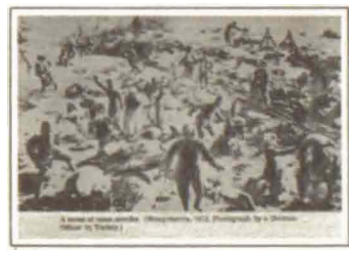
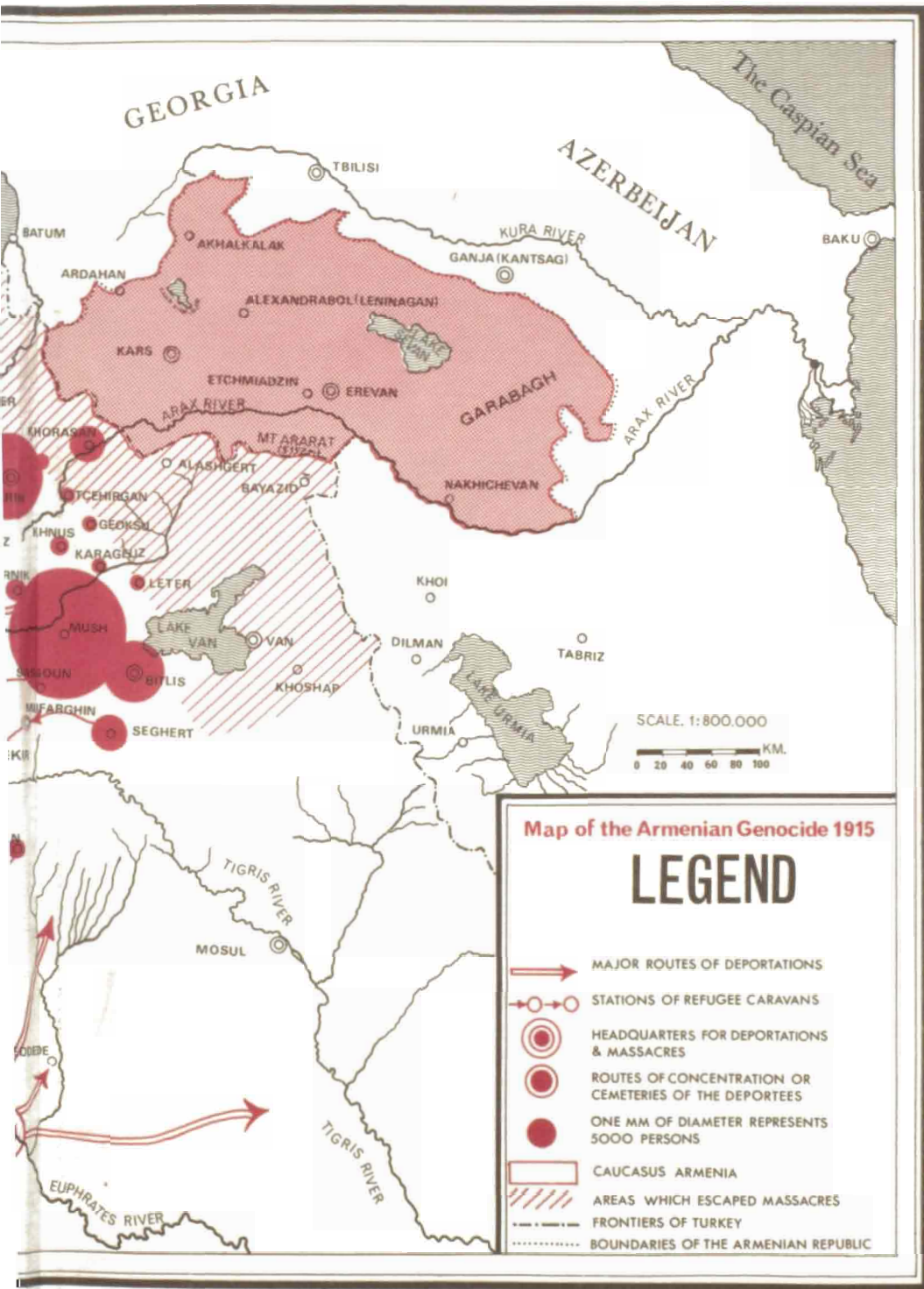


THE ARMENIAN GENOCIDE

INSTITUT FÜR ARMENISCHE FRAGEN

ARMENIAN GENOCIDE



AND DEMAND

APRIL 24

VICTIMS OF THE FIRST GENOCIDE OF THE 20th CENTURY

THE ARMENIAN GENOCIDE

VOLUME DOCUMENTATION
TOME DOCUMENTATION
BAND 2 DOKUMENTATION



INSTITUT FÜR ARMENISCHE FRAGEN

ՀԱՅ ԳՐԱԴԱՐԱՆ
Библиотека ЕГУ

57925

THE ARMENIAN GENOCIDE. DOCUMENTATION. VOLUME 2

© 1988 Institut für Armenische Fragen e. V.,
Steinsdorfstraße 20, D-8000 München 22,
Telefon (089) 296096 · Telex 528053 armen d

Alle Rechte vorbehalten

Auslieferung/Distribution: Buchhandel-Service Dietrich Prehl
Schleißheimer Straße 401, D-8000 München 45,
Telefon (089) 3 14 11 60

ISBN 3-923510-24-1 · Printed in Germany

Inhalt

Foreword / Préface / Vorwort von Artem Ohandjanian	15
Foreword / Introduction / Vorwort von Univ.-Prof. Dr. Wolfdieter Bihl	20
Bericht über die Stimmung in Anatolien	39
Meeting über die Begebenheiten in den armenischen Provinzen. Resolution an die Regierung in Konstantinopel	40
Die Lage im Vilajet Van	41
Nachrichten aus Erzerum	43
La communauté arménienne en Turquie supplique sa Majesté Impériale de la défendre	44
Les Arméniens en Turquie menacés par l'extermination systématique	44
Les Arméniens des Etats-Unis et du Canada demandent l'exécution des réformes promises	45
La Colonie arménienne d'Angleterre sollicite l'Empereur François-Joseph de sa puissante protection pour les Arméniens en Turquie après le massacre des 300 000	46
Armenische Kirchenfürsten werden bei der Londoner Botschafter-Réunion zugunsten ihrer Konnationalen in der asiatischen Türkei vorstellig	46
Kurdische Bevölkerung soll von den Behörden mit Waffen versehen worden sein ...	47
Bitte um Schutz und Hilfe für die Konnationalen im türkischen Armenien und Cilicien	48
Über die Wünsche der Armenier und die Stimmung in Erzerum	50
Bitte um Einflußnahme zur Beendigung der Greuelthaten	51
Demande aux Puissances européennes de soutenir auprès de la Turquie la mise en vigueur du Traité de Berlin et du projet de 1895	51
Zuschrift einer armenischen Delegation, die die Forderungen der Armenier zu vertreten hat	52
Schilderung des armenisch-orthodoxen Patriarchats über Ausschreitungen und Gewaltakte, denen die christliche Bevölkerung in den armenischen Provinzen angeblich ausgesetzt ist	53
Report of the Conference on the Question of Armenia held in a Comittee room of the House of Commons	61
Comte-rendu des armenisch-orthodoxen Patriarchats. Trostlose Sicherheits- verhältnisse in den armenischen Provinzen	63
Vorschläge zur gegenwärtigen Situation in Armenien	67
Übergabe eines Memorandums über die Lage in Armenien durch den Patriarchen Archarouni an den Großvezier	67
Vorlage des armenischen Memorandums	68
Sir Edward Grey über Reformen in Armenien	74
Meldungen des armenisch-orthodoxen Patriarchen. Großvezier: durchgreifende Reformen erst nach Beendigung des Krieges	75

Interesse Österreich-Ungarns an der Aufrechterhaltung der ottomanischen Herrschaft in Asien	87
Markgraf Pallavicini wird ermächtigt, an den Beratungen der Botschafter über die in Armenien einzuführenden Reformen teilzunehmen	88
Reformvorschläge für die armenischen Vilajete	90
Wirksame Reformen in Armenien im Interesse der Türkei	91
Das armenische Reformprojekt betreffend	93
Séance du 21 Juin 1913 de l'Assemblée Nationale Arménienne. A propos de l'Emigration des Arméniens	94
Anregung durch Rußland zur Schaffung einer privilegierten armenischen Provinz ..	100
Ist die Reformfrage für Rußland nur Mittel zum Zweck?	101
Unterredung mit Talaat Bey über die armenischen Reformen und über den armenisch-katholischen Konflikt	104
Unterredung mit Mgre. Terzian über die armenische Frage	105
Russisches Vorprojekt zu den Reformen in Armenien	106
Europäische Kontrolle über die Anwendung der neuen Gesetze?	115
Die ersten Etappen der armenischen Reform-Aktion	115
Russische Regierung legt Entwurf zu einem armenischen Reformprojekt vor	116
Aide-Mémoire der kaiserlich russischen Regierung	117
Haltung der Mächte in der armenischen Reformfrage	119
Verzögerung des Reformprojekts für die sechs anatolischen Vilajets durch Deutschland und Österreich-Ungarn	124
Das Zunehmen der Auswanderung und die Mittel zu deren Bekämpfung	127
Die armenische Aspiration betreffend	129
Armenische Reformaktion	131
Aide-Mémoire	133
Armenische Reformfrage in Kleinasien	139
Sir Edward Grey über die Ausarbeitung von Reformen	141
Frage der Reformen in Armenien	142
Armenisches Aktionskomitee sieht ein, daß die Durchführung der russischen Reformvorschläge unmöglich ist	143
Armenisches Aktionskomitee wünscht, daß Rußland den Reformen nicht entgegenarbeitet	144
Wünsche des armenischen Aktionskomitees betreffend Durchführung der Reformen	144
Neuer Vorschlag des russischen Botschafters in der armenischen Frage. Bericht des armenisch-orthodoxen Patriarchats	145
Über die armenischen Reformprojekte	151
Sondierungsgespräche wegen eines neuen Reformprojekts	153
Armenische Frage dürfte in den nächsten Tagen zu einer Lösung kommen	153
Die Designierung von europäischen Funktionären wird erwogen	154
Gerüchte, daß die Armenier Waffen und Munition zur Verfügung hätten	156

Befürchtung von Massakern in Erzerum	156
Ansicht der Armenier über die Rolle, welche Rußland bei der Einführung von Reformen in Armenien zu spielen gedenkt	157
Einigung in der armenischen Reformfrage zwischen russischer Botschaft und Großvezier	158
Rußlands Stellung zu den armenischen Unruhen. Russisch-türkische Beziehungen	161
Schwierigkeiten zwischen der Pforte und dem Generalinspektor hinsichtlich der Engagementbedingungen	162
Die Verträge der armenischen Generalinspektoren wurden unterzeichnet	162
Armenische Inspektoren	163
Ruhe in den östlichen Vilajets	164
Überlegungen der Türkei, welches Bündnis einzugehen sei	165
Deutscher Botschafter zur Gefahr der Massaker	166
Hiesige Stimmung	167
Eingreifen der Türkei? Hindernis ist die finanzielle Lage	167
Eingreifen der Türkei, sobald die von deutscher Seite zugesicherte Summe eingetroffen ist	168
Eingreifen der Türkei. Stellung des Großveziers	169
Behufs Insurgierung des Kaukasus werden mehrere Banden ausgerüstet	171
Bericht über die hiesige Lage	172
Die Türkei stellt das loyale Verhalten der Armenier auf eine harte Probe, wenn sie ihnen nicht Schutz gewährt	173
La Turquie et les Arméniens	173
Zur Lage im Kaukasus	174
Betrachtung über den gegenwärtigen großen Krieg	175
Zur Lage	178
Massenverhaftungen von Armeniern. Vermutung eines armenischen Komplotts ...	178
Bildung einer mohammedanisch-armenischen Legion	181
Unruhen in den armenischen Centren Kleinasiens	181
Unmenschliches Vorgehen gegen Christen in der Türkei	183
Armenische Unruhen	184
Les Kurdes ont fait un grand massacre d'Arméniens	184
Die armenische Bewegung	185
Türkische Behörden schreiten gegen armenische Bewegung ein	185
Angebliche Revolution im Gebiete von Van	186
Armenische Bewegung in Samsun	187
Schutz und wirtschaftliche Förderung für das armenische Volk durch Rußland	187
Englische und russische Agitation hat viel Zündstoff aufgehäuft	189
Ereignisse in Erzerum	190
Hinrichtung zahlreicher Armenier	191
Agitation gegen die Regierung	192

Die Hinrichtungen von Armeniern in der Provinz dauern fort	193
Armenische Bewegung in Trapezunt	194
Alle Armenier haben das Vilajet binnen fünf Tagen zu verlassen	195
Die Verbannung nach Mosul bezweckt offensichtlich den Tod des größten Teils der Ausgewiesenen	196
Armenische Ausweisungen aus Trapezunt	196
Der Aufstand der Kurden	197
Abtransport soll Donnerstag beginnen!	198
Bitte um ausgiebige Milderung der gegen die Armenier getroffenen Maßregeln	198
Internierung von Armeniern ins Innere Anatoliens	199
Verschickung der Armenier	200
Die Verfolgung der Armenier	201
Der Patriarch schlägt vor, die armenische Bevölkerung auswandern zu lassen	202
Verbannung der Armenier aus Trapezunt. Viele Tausende Unschuldiger sind dem sicheren Tod verfallen	203
Verbannung der Armenier aus Samsun nach Mesopotamien	205
Handelt die Türkei bei der Verbannung der Armenier mit dem Einverständnis der Verbündeten?	205
Evakuierung der armenischen Bevölkerung	206
Interventions politiques auprès de la Porte à propos des affaires arméniennes	207
Die Armenier werden im Gebiete der ganzen Türkei auf das Strengste überwacht ...	208
Angebliche Liste von Armeniern, die nach der Provinz verbannt werden sollen	210
Die Ausweisung der Armenier ist für den auswärtigen Handel und die hiesige Industrie von größtem Nachteil	211
Vertrauliche Weisung, die Verfolgung der Armenier einzustellen	212
Die Ausweisung der armenisch-gregorianischen Bevölkerung hat begonnen	214
Die hiesige Regierung hat den Banken verboten, weder Gelder noch Schmuck- sachen von Armeniern in Verwahrung zu nehmen	216
Die Verfolgung der Armenier dauert fort	216
Zwangsverkauf der Immobilien	217
Durch die Brotnappheit und die Teuerung der Hauptbedarfsartikel verschlechtert sich die Stimmung zusehends	218
Forderung zur Türkisierung des Reiches. Situationsbericht	225
Die Ausweisung der Armenier dauert ungemindert fort	227
Armenische Aufstände	227
Amerikanische Missionäre melden, daß ungeheure Massen von Armeniern zu Grunde gegangen sind	228
Bitte des Superior der Mechitaristen in Erzerum, Pater Augustin Amrig, die in armenisch geschriebenen Briefe dem Generalabt in Wien weiterzuleiten	229
Bericht eines Missionars	230
Täglich neue Ausweisungen von Armeniern. Im Ministerium des Innern sind keine Armenier mehr beschäftigt	233

Die Verschickung der Armenier in das Innere soll – gemäß einem Erlaß – eingestellt werden	234
Gewalttaten bei der Durchführung der Verbannungsmaßregeln	235
Die Zurückdrängung des armenischen Elements ins Innere, während des Krieges, ist eine geniale, kühne staatsmännische Tat	236
Strenge Weisungen, die Verfolgung der Armenier einzustellen	237
Die Ausweisung der Armenier ist ein vernichtender Schritt gegen die Rasse	239
Brief des Paters Augustin Amrig in Erzerum	239
Türkische Maßregeln gegen armenische katholische Priester und Laien	240
Angeblicher Ausschluß Ahmed Risa Beys aus dem Komitee für Einheit und Fortschritt	242
Verschickung der Armenier in das Innere Kleinasiens	243
Die Armenierverfolgung in der Türkei	245
La Congrégation des Méchitaristes est informée de la Loi concernant le service militaire des religieux	245
Englische Angriffe wegen der Vorkommnisse in Armenien	246
Deportierung von Armeniern nach Amerika?	247
Durch rigorose Zensur bedingt, nur unvollkommene Nachrichten über die Ausdehnung der Christenverfolgung	249
Bericht über die Haltung von Konsul Rössler in der Armenierfrage angefordert	250
Verordnung über die Bestrafung der Familien von Deserteuren und Stollungsflüchtigen	251
Armenier-Verfolgung	252
Der Apostolische Nuntius bittet um Vermittlung bei der Hohen Pforte	252
Die Vernichtung der Armenier ist ein Schandfleck des zwanzigsten Jahrhunderts und ein indirekter Selbstmord der Verbündeten der Türkei	253
Armenische Unruhen	255
Verfolgung der Armenier	256
Zwei Missionsitzungen in Berlin	258
Das Schreiben Seiner Heiligkeit wurde dem Sultan übergeben	259
Die Ausweisung der Armenier hat begonnen	259
Eingabe an den Reichskanzler betr. den Schutz der armenischen Christen	261
Interesse an der Erhaltung der Handelsbeziehungen	262
Verschickung der Armenier. Christenverfolgung	262
Unglaubliche Roheit bei der Ausweisung armenischer Familien	263
Innerpolitische Zustände in der Türkei	265
Die armenischen Zwangsauswanderer	268
Armenier- und Christenverfolgung	269
Christenverfolgung in der Türkei	271
Verhaftungen von Armeniern	272
„Procès-verbal“ des k. und k. Konsuls und des bulgarischen Generalkonsuls in Adrianopel über die innerpolitischen Zustände in der Türkei	273

Deutschenfeindliche Stimmung	274
Das katholische Missions- und Schulwesen in der Türkei und die deutschen Katholiken	275
Die Ausweisung von Armeniern hat aufgehört	276
Zur Lage	277
Antwort des Reichskanzlers auf die Eingabe betr. den Schutz der armenischen Christen	280
Die Häuser der ausgewiesenen Armenier werden vermietet	281
Der Fall Menzildjian	281
Einladung zu einer Besprechung über den Stand der katholischen Missionen	282
Armenische Verfolgung. Der Fall Menzildjian	283
Die türkischen Maßregeln gegen die Armenier scheinen nachzulassen	283
Privileg der Kaiserin Maria Theresia für die Kongregation der Mechitaristen	285
Die Mitglieder der Mechitaristen-Kongregation betrachten sich nicht nur als Schützlinge, sondern auch als Staatsangehörige der Monarchie	287
Konferenz der Katholiken in Wien	287
Englische Angriffe gegen die Deutschen	292
Vente des propriétés mobilières et immobilières laissées par les Arméniens	293
Die Mitglieder des Mechitaristen-Konventes in Erzerum sind nach Konstantinopel abgereist	294
Die Armenierverfolgung wird mit derselben Grausamkeit wie vor sechs Monaten betrieben	294
Geplante armenische Petition an die Regierung	296
Staatsangehörigkeit der Mitglieder der Wiener Mechitaristen-Kongregation	297
Schutzgenossen	299
Haltung der deutschen Konsuln betreffend die Verfolgung der Armenier	299
Zwangswise Bekehrung zum Mohammedanismus	300
Mechitaristen-Brüder in Erzerum	300
Die Pforte lehnt eine Kontrolle des Gerichtswesens durch deutsche richterliche Beamte ab	302
Stand und Aussichten über die Unternehmungen für die deutschen Katholiken in der europäischen Türkei	303
Aktennotiz aus der deutschen Botschaft in Konstantinopel über die Unterredung des Abgeordneten Erzberger am 10. Februar 1916 betreffend Armenier- und Christenfrage im Orient	307
Die Ansiedelungen von Armeniern im Vilajet Syrien	314
Armenierausweisungen werden fortgesetzt	315
Zwangswise Übertritt der Armenier zum Islam	316
Die Ausweisung der armenischen Bevölkerung aus Rodosto hat von neuem begonnen	319
Mitteilung über Verfolgung, Ermordung und Deportation der Armenier. Forde- rung an Österreich, die Türkei zur Beendigung dieser Greuel zu veranlassen	320

Memorandum über die armenische revolutionäre Bewegung und die Maßnahmen zu deren Unterdrückung	323
Armenierverfolgung wird für immer ein Schandfleck für die türkische Regierung bleiben	323
Vérité sur le Mouvement révolutionnaire arménien et les Mesures gouvernementales	325
Widerruf des Religionswechsels der zu Mohammedanern gewordenen Armenier ...	336
Die aus Adrianopel ausgewiesenen Familien wurden nach Kleinasien deportiert ...	337
Anzeichen einer Spannung zwischen den Türken und den Deutschen	338
Die Ausweisung aller Armenier soll bevorstehen	339
Die rückgekehrten armenischen Familien wurden in einem von der Regierung bezeichneten Haus untergebracht	340
Die Entwicklung des jungtürkischen Regimes	341
Armenierkonversion	345
Armeniergreuel seitens der Türken	345
Warnung vor der Möglichkeit einer Interpellation	346
La question arménienne, les relations entre la Turquie et la Hongrie et l'influence du Saint-Siège	347
Armenische Revolutionäre in Aleppo	348
Die Note des türkischen Botschafters in Wien beruht auf falschen Informationen ...	348
Stellungnahme Deutschlands	350
Die Konversion der armenischen Auswanderer zum Islam	350
Das armenische Nationalstatut	352
Listen der ausgewiesenen Armenier	354
Deutscher Botschafter Graf Metternich	362
Des Arméniens trouble la paix des morts	363
Waffenfunde armenischer Provenienz	364
Amerikanische Demarchen zugunsten der Armenier	365
Die Besserung der Lage der armenischen Zwangsauswanderer	366
„Schwarze Liste“ von angeblichen armenischen Revolutionären	367
Zustände in Anatolien	368
Die armenische Frage in der Antwortnote der Entente	369
Äußerung des Großveziers zur armenischen und syrischen Frage	371
Wechsel in der türkischen Regierung	372
Spionage und Attentatspläne der Armenier in Odrin	372
Unterdrückung eines Berichtes über die Armenierverfolgungen	373
Der Krieg diente dem Zentralkomitee der jungtürkischen Partei als Gelegenheit, den Handel und die Industrie den Armeniern und Griechen zu entreißen	374
Mißstimmung über die schrankenlos wuchernde Korruption	375
Djavid Bey im türkischen Kabinett	376
Viscount Bryce: The Treatment of the Armenians in the Ottoman Empire 1915/16 ..	378
Behandlung der Griechen in der Türkei	379

Türkisches Desideratum nach einer largeren Interpretierung des geheimen Vertrages	380
Türkisches Verlangen einer großzügigeren Interpretierung der geheimen Bündnisverträge und bulgarische Wünsche bezüglich der Dobrudscha anlässlich des Besuches S. M. des deutschen Kaisers in Konstantinopel und Sofia	381
Über den Zusatzartikel zum Bündnisvertrag	382
Friedensbedingung der Türkei: Räumung des von den Russen okkupierten türkischen Gebietes	384
Demande de soutenir l'entr'aide catholique	384
L'impossibilité de soutenir l'entr'aide catholique	385
Ansuchen des Apostolischen Delegaten um Erkundigungen über deportierte katholische Armenier	386
Die Russen im Vilajet Trapezunt; armenische Banden im Gefolge	386
Banden in den armenischen Provinzen	387
Aufstand im russischen Kaukasusgebiet?	387
Die angeblichen armenischen Banden an der Kaukasusfront	388
Deutsche Bedingungen für einen Friedensvertrag	391
Bericht über die Vollversammlung am 1. März 1918	393
Der Vorsitzende der russischen Delegation protestiert gegen den Artikel IV des Friedensvertrages	394
Protokolle der Friedensverhandlungen mit Rußland	396
Der Kampf gegen das Armenier- und Griechentum in Ost- und Mittel-Anatolien (1915-1918)	408
Die türkische Presse und die armenischen Bandenuntaten	411
Pressekampagne gegen die Armenier	414
Die armenische Frage. Ein Artikel des „Tanin“	414
Keine weiteren antiarmenischen Presseartikel	416
Unklare und sich widersprechende Nachrichten aus Transkaukasien	417
Gefahr für die Armenier im Kaukasus	418
Communiqué	419
Talaat Pascha: Keine Gewaltmaßnahmen gegen die Armenier	420
Großvezier ist der Meinung, daß die mohammedanischen Grundbesitzer die türkischen Truppen freudig begrüßen werden	420
Vernichtung des armenischen Volkes wird weitergeführt	421
Communiqué des hiesigen armenischen Korrespondenzbureaus	422
Angebliche armenische Massaker an der Kaukasusfront	422
Transkaukasische Regierung verlangt Räumung der besetzten Gebiete	423
Einmarsch türkischer Truppen in Transkaukasien	424
Von türkischer Seite werden angebliche armenische Massaker an der Kaukasusfront geleugnet	425
Die türkisch-transkaukasischen Beziehungen	426
Über die „Kaukasische Sache“ wurde noch kein Entschluß gefaßt	427

Angebliche armenische Massaker an der Kaukasusfront	428
Türkische Regierung erwägt Amnestie für alle Armenier	429
Glückwunschdepeschen	429
Armenische Deputation in Berlin	430
Rat der kaiserlich-deutschen Regierung an die türkische Regierung, die Grundlagen des Brester Vertrages nicht zu verlassen	433
Kaukasien	436
Materialien zur osteuropäischen Politik	437
Der Batumer Friedensvertrag	443
Bericht einer Konversation zwischen dem Militärbevollmächtigten Pomiankowski und dem armenischen Delegierten und Minister Khatissian	444
Den Kaukasus betreffend	447
Die armenische Frage	448
Bitte um Beistand gegen die gewaltsamen Verfolgungen der Türkei	450
Die Delegation der armenischen Republik in Berlin	452
Die Lage der geflüchteten Armenier ist geradezu verzweifelt	453
Bericht des Dr. Stefan Steiner über seine Reise im Kaukasusgebiete	455
Besuch in Eriwan. Gespräche mit den Ministern und dem Katholikos über die Lebensunfähigkeit Armeniens in den Batumer Grenzen und die Flüchtlingskata- strophe	462
Die armenischen Flüchtlinge mißtrauen den Türken und wollen nur dann in ihre Dörfer zurückkehren, wenn ihr Schutz von einer anderen Macht übernommen wird	463
Die Frage der de-facto-Anerkennung der armenischen Republik und der Entsen- dung einer diplomatischen Vertretung nach Eriwan	464
Kaukasus-Problem und Österreich-Ungarn	466
Die Anerkennung der armenischen Regierung als de-facto-Regierung erscheint gegenwärtig nicht unbedenklich	470
Die durch den russisch-deutschen Zusatzvertrag geschaffene Situation ist für die Türkei absolut unannehmbar	470
Die Lage der Armenier in Baku ist entsetzlich	471
Die Türkei ist gezwungen, Frieden zu schließen	473
Unmenschliche Ausschreitungen der türkischen Truppen und der Tataren gegen die armenische Bevölkerung bei der Einnahme von Baku	474
Quellen	476
Editorial Instructions / Indication de la Rédaction / Redaktioneller Hinweis	476
Register	478

Foreword

As I looked through documents regarding Armenia in the Austrian Archives in connection with my book "Austria-Hungary and Armenia, 1914-1918," I became convinced that these reports dealt with a decisive period of Armenian history from an Austrian point of view.

The importance of these reports is based on the fact that their authors were diplomatic representatives of Austria-Hungary, a State that was an ally of Turkey during the war years of 1914-1918. Therefore, no one can suspect that these reports might have been written by enemy diplomats, or that there was any manipulation in favour of the Armenians.

These documents answer many open and controversial questions regarding the Armenian Issue. For example, they show that efforts for reform by the European powers in favour of the Armenians from 1912 to 1914 were delayed by Germany and Austria-Hungary for political reasons (Documents: July 11, 1913, No. 38/C, and December 29, 1913, No. 82/F); that subsequently, the idea of the persecution of Armenians in Turkey was more or less suggested by the German side (Documents: August 26, 1914, Telegram No. 494; October 22, 1915, No. 70/P; November 10, 1915, Z. 100/P), and that the orders for the persecution of the Armenians were issued by the Turkish Government (Documents: September 30, 1915, No. 79/P.A; October 29, 1915, Z. 95/P; March 3, 1916, Z. 19/P; March 10, 1916, No. 21/P.B; October 26, 1915 and February 27, 1917, No. 47).

The documents will also prove that the persecution of the Armenians had begun in early 1915 and not after the Armenian uprising in Van in the middle of April of that year (Documents: January 18, 1915, No. 38; January 26, 1915, No. 50). In this documentation the implementation of the massacres was authentically described (Documents: August 13, 1915, No. 66/P.B; October 26, 1915 and November 6, 1915, No. 98/P). In contrast to other assertions, the number of victims till the end of 1915 is estimated to be one million (Documents: October 26, 1915 and December 2, 1915, No. 444).

The use of the expressions "genocide," "the extermination of a race," and the like, by Austro-Hungarian diplomats in Turkey is also noteworthy, because they prove that the massacres had indeed attained the proportions of a genocide according to the Austrian diplomats (Documents: August 13, 1915, No. 66/P.B; September 30, 1915, No. 79/P.A and November 6, 1915, Z. 98/P).

These documents also testify that measures taken by the Germans and the Austro-Hungarians to help the Armenians had the semblance of manoeuvres of deception (Documents: January 14, 1916, No. 23; March 8, 1916, Z. 21/P).

Many other controversial questions can be partially elucidated through the material at hand.

The reports of the Austro-Hungarian diplomats also provide further information regarding the European Near East policy, the interest of the Central Powers in Asia Minor and the domestic situation within Turkey.

By means of painstaking work, I have selected these documents from thousands of reports in different political departments, in packages and files of the Court and State archives, Diocesan archives, the archives of the Ministry of War, and the general administration archives; finally I arranged them chronologically.

Their publication will be useful to all those who are interested in the Armenian Issue, as the authenticity of these documents is beyond any doubt.

At this point, I wish to express my sincere thanks to the staffs of the Court and State archives, Diocesan archives, the archives of the Ministry of War, and the general administration archives for their advice and cooperation in my search for the documents.

Vienna, May 1988

ARTEM OHANDJANIAN



Préface

En préparant mon livre «L'Empire austro-hongrois et l'Arménie 1914-1918» j'ai eu l'occasion d'étudier les documents sur les Arméniens se trouvant dans les Archives autrichiennes. Ce travail me persuada qu'il s'agissait là de rapports diplomatiques mettant en valeur une période décisive de l'histoire arménienne, d'un point de vue autrichien.

L'importance de ces documents tient au fait que les auteurs de ces comptes rendus étaient les représentants diplomatiques de l'Etat austro-hongrois, allié de la Turquie durant les années de guerre de 1914 à 1918. Ces documents ne peuvent donc être, en aucun cas, considérés comme suspects d'avoir été rédigés par des diplomates hostiles à la Turquie ou manipulés en faveur des Arméniens.

Ils permettent d'apporter des réponses à de nombreuses questions et d'éclaircir des points toujours litigieux concernant la «Question Arménienne». On peut, par exemple, avoir la preuve que les tentatives de réformes, entreprises dans les années 1912-1914 en faveur des Arméniens par les puissances européennes ont été freinées par l'Allemagne et l'Autriche-Hongrie pour des raisons politiques (document du 11 juillet 1913, n° 38/C et du 29 décembre 1913, n° 82/F). De plus, on verra que l'idée d'une persécution des Arméniens a été plus ou moins suggérée par le côté allemand (document du 26 août 1914, télégramme n° 494; du 22 octobre 1915, n° 70/P; du 10 novembre 1915, Z. 100/P) et que les ordres formels de persécuter les Arméniens émanaient du gouvernement turc (document du 30 septembre 1915, n° 79/P. A; du 29 octobre 1915, Z. 95/P; du 3 mars 1916, Z. 19/P; du 10 mars 1916, n° 21/P. B; du 26 octobre 1915 et du 27 février 1917, n° 47).

Il est également prouvé ici que les persécutions des Arméniens avaient commencé au début de l'année 1915 et non pas après le soulèvement des Arméniens à Van, à la mi-avril 1915 (document du 18 janvier 1915, n° 38, et du 26 janvier 1915, n° 50).



Dans les documents présentés, la mise à exécution des massacres est décrite par des témoins dignes de foi (document du 13 août 1915, n° 66/P. B; du 26 octobre 1915 et du 6 novembre 1915, n° 98/P).

Contrairement à d'autres affirmations, le nombre des victimes s'élève à un million de morts et ce pour la seule année 1915 (document du 26 octobre 1915 et du 2 décembre 1915, n° 444).

Il faut aussi remarquer que les diplomates austro-hongrois en poste en Turquie se servent ouvertement des expressions comme «genocide» ou «extermination d'une race», ce qui prouve que les massacres – dans les yeux des diplomates autrichiens – avaient bien pris la dimension d'un genocide (document du 13 août 1915, n° 66/P. B; du 30 septembre 1915, n° 79/P. A et du 6 novembre 1915, Z. 98/P).

En plus, ces documents établissent un autre constat: les mesures prises par les Allemands, ainsi que par l'Autriche-Hongrie, pour venir en aide aux Arméniens, se limitaient strictement à des manœuvres de diversion (document du 14 janvier 1916, n° 23 et du 8 mars 1916, Z. 21/P).

La documentation présentée ici servira également à éclaircir bien d'autres points litigieux en ce qui concerne la «Question arménienne».

Les rapports des diplomates austro-hongrois donnent, en outre, des informations sur la politique européenne au Proche-Orient, sur les intérêts des puissances de l'Europe centrale en Asie Mineure et sur la situation intérieure de la Turquie.

Au cours d'une tâche difficile, j'ai sélectionné ces documents parmi des milliers de rapports se trouvant dans les archives des diverses sections politiques, dans les cartons et les liasses d'actes des Archives d'Etat autrichiennes, des Archives de l'Administration Générale, des Archives du Ministère de la Guerre et des Archives des Diocèses. Je les ai ensuite classés par ordre chronologique.

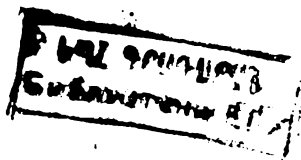
L'objectif de cette édition est de présenter à tous ceux qui s'intéressent à la «Question arménienne» une documentation dont l'authenticité est au-dessus de tout soupçon.

En conclusion, je profite de la circonstance pour remercier sincèrement les collaborateurs des Archives d'Etat autrichiennes, des Archives de l'Administration Générale, des Archives du Ministère de la Guerre et des Archives des Diocèses de leur assistance, de leurs conseils et de leur volonté inlassable à m'aider dans mes recherches.

Vienne, Mai 1988

ARTEM OHANDJANIAN

★



Vorwort

Als ich die Dokumente über Armenien in den österreichischen Archiven für mein Buch „Österreich-Ungarn und Armenien 1914–1918“ durcharbeitete, kam ich zu der Überzeugung, daß diese Berichte eine entscheidende Epoche der armenischen Geschichte aus österreichischer Sicht dokumentieren.

Die Bedeutung dieser Dokumente zeigt sich darin, daß die Berichtersteller diplomatische Vertreter desjenigen Staates waren, der Verbündeter der Türkei in den Kriegsjahren 1914–1918 war, nämlich Österreich-Ungarn. Demzufolge kann nicht der Verdacht aufkommen, daß die Berichte von feindlichen Diplomaten verfaßt worden wären und eine Manipulation zugunsten der Armenier vorliegt.

Diese Dokumente geben Antwort auf die vielen offenen und strittigen Fragen über die „Armenische Frage“: z. B. erweist sich, daß die Reformbestrebungen der europäischen Mächte zugunsten der Armenier – 1912 bis 1914 – von Deutschland und Österreich-Ungarn aus politischen Gründen verzögert wurden (11. Juli 1913, Nr. 38/C und 29. Dezember 1913, Nr. 82/F). Des weiteren, daß die Idee einer Armenierverfolgung der Türkei von deutscher Seite mehr oder weniger nahegelegt wurde (26. August 1914, Telegramm Nr. 494; 22. Oktober 1915, Nr. 70/P; 10. November 1915, Z. 100/P) und daß die Befehle zu den Armenierverfolgungen von der türkischen Regierung erlassen wurden (30. September 1915, Nr. 79/P.A; 29. Oktober 1915, Z. 95/P; 3. März 1916, Z. 19/P; 10. März 1916, Nr. 21/P.B; 26. Oktober 1915 und 27. Februar 1917, Nr. 47).

Es wird auch bewiesen, daß die Armenierverfolgungen gleich am Beginn des Jahres 1915 begonnen hatten und nicht erst nach dem Armenieraufstand in Wan, Mitte April 1915 (18. Jänner 1915, Nr. 38; 26. Jänner 1915, Nr. 50).

In den vorliegenden Dokumenten wird die Durchführung der Massaker authentisch beschrieben (13. August 1915, Nr. 66/P.B; 26. Oktober 1915 und 6. November 1915, Nr. 98/P).

Die Zahl der Opfer wird entgegen anderen Behauptungen mit einer Million bis Ende 1915 angegeben (26. Oktober 1915 und 2. Dezember 1915, Nr. 444).

Bemerkenswert ist auch die Verwendung der Ausdrücke „Völkermord“, „Exterminierung einer Rasse“ und dergleichen von den k. u. k. Diplomaten in der Türkei. Dadurch wird bewiesen, daß die Massaker doch – nach Ansicht österreichischer Diplomaten – das Ausmaß eines Völkermordes angenommen hatten (13. August 1915, Nr. 66/P.B; 30. September 1915, Nr. 79/P.A und 6. November 1915, Z. 98/P).

Diese Dokumente bezeugen auch, daß die Hilfsmaßnahmen der Deutschen sowie Österreich-Ungarns für die Armenier nur den Charakter von Täuschungsmanövern hatten (14. Jänner 1916, Nr. 23; 8. März 1916, Z. 21/P).

Auch viele andere strittige Fragen werden durch das vorliegende Material einer Klärung näher gebracht.

Die Berichte der k. u. k. diplomatischen Vertreter liefern weiters Informationen über die europäische Nahost-Politik, das Interesse der Mittelmächte an Kleinasien und die innere Lage der Türkei.

Ich habe diese Dokumente in mühevoller Arbeit aus tausenden von Berichten, aus verschiedenen politischen Abteilungen, Kartons und Faszikeln des Haus-, Hof- und Staatsarchivs, des Allgemeinen Verwaltungsarchivs, Kriegsarchivs und Diözesanarchivs ausgehoben. Anschließend habe ich sie chronologisch eingeordnet.

Ihre Herausgabe soll allen an der „Armenischen Frage“ Interessierten zugute kommen, denn die Echtheit dieser Dokumente ist über jeden Zweifel erhaben.

An dieser Stelle möchte ich allen Mitarbeitern des Haus-, Hof- und Staatsarchivs, Allgemeinen Verwaltungsarchivs, Kriegsarchivs und Diözesanarchivs meinen aufrichtigen Dank für ihren Rat und ihre stete Hilfsbereitschaft bei der Suche nach Dokumenten zum Ausdruck bringen.

Wien, im Mai 1988

ARTEM OHANDJANIAN

Foreword

I am writing a foreword as a non-Turkish, non-Armenian, and to a certain extent “neutral historian,” who for many years has been interested in ethnic and religious minorities and other mentalities.

Professor Ermacora wrote in his foreword to Volume I of the Armenian Documentation that he had been unable to enlist the support of the Austrian archives.¹ This deficiency has been remedied in the present volume by Artem Ohandjanian.²

By means of painstaking work, Ohandjanian has brought together a collection of all documents concerning the Armenian Question for the years 1912–1918 in the Austrian Archives (the Lepsius Edition is only a selected documentation). These documents of the Austro-Hungarian authorities are authentic without any shadow of doubt. Their authenticity, in contrast to the so-called Andonian Documents³, is unassailable. The diplomats of a State allied with the Ottoman Empire have certainly not “palliated” their reports in favour of the Armenians. In recent years Turkish scholars have presented the Armenian Question through the Turkish point of view. The Turks argue that a formal order for the massacres by the Turkish *government* is not at hand, and that therefore no genocide has taken place.

The documents September 30, 1915, No. 79/P.A; October 26, 1915, October 29, 1915, No. 95/P; March 3, 1916, No. 19/P; March 10, 1916, No. 21/P.B of the Ohandjanian collection testify that the orders for persecutions were issued by the Ottoman Government. In any case, the Turkish archives concerning this field of the First World War are inaccessible. In this connection, Professor Ermacora writes: “These writings, however, cannot get around the facts, namely, that by state decree the deportation of the Armenian population from its ancestral homeland actually did take, and that in the course of this mass deportation the Armenian people were made to pay a heavy toll in blood. The more recent writings from Turkish sources do not dispute these facts, but they do attempt to develop a theory of justification as to why such events took place. The guilty are sought, and those who inflicted pain are charged for their actions. The national emergency existing during the state of war at that time, when Turkey found itself, along with the Central Powers, aligned against the Allied Forces, is invoked as justification . . . But the international legal facts of that time remain untouched by these arguments, for there can be no justification of any kind for a situation resembling genocide. It is neither possible nor permissible to justify genocide in terms of international law.”⁴

¹ Ermacora in: *The Armenian Genocide. Documentation*. Vol. I (Munich 1987) 18.

² Artem Ohandjanian, *Österreich-Ungarn und Armenien 1914–1918*. (Wien 1986 as manuscript, as reprint 1988).

³ Against the authenticity Erich Feigl, *Ein Mythos des Terrors. Armenischer Extremismus – seine Ursachen und Hintergründe* (Freilassing–Salzburg 1986). For the authenticity at last Vahakn N. Dadrian, *The Naim-Andonian Documents on the World War I Destruction of Ottoman Armenians: The Anatomy of a Genocide*. In: *International Journal of Middle East Studies* 18 (1986) 311–360.

⁴ Ermacora, P. 19f.

There was no Turkish-Armenian “hereditary hostility”. On the contrary, up to the 19 century the Armenians were considered as the “millet-i-sadika” (the loyal nation). The tragic development began first at the moment when the Ottoman Empire had to give up the Balkan peoples, the Armenians wanted to substitute a *religious-cultural* autonomy with a *political* autonomy. This, for Constantinople, was a threat to the “root country” of Asia Minor. The incitement, the raising of false hopes by the Great Powers and by European and American missionaries bore evil fruits. Through a minority of Armenians so indoctrinated, the majority of the Armenian people in the Ottoman Empire were drawn into developments that led to ruin.⁵

Large-scale massacres of Armenians occurred in 1884–1886 that Abdul Hamid II at least tolerated. The 1909 massacres in Cilicia and the tendencies of Turkification that began in 1911, buried many hopes of a common Turkish-Armenian future. In spite of all this, during the Tripoli and the Balkan wars the leadership of the Dashnagtsutiun called on the Armenian soldiers to fight bravely. After all, the Armenian Gabriel Noradounghian Efendi was the Ottoman Foreign Minister, the Armenian Oskan Efendi was Post Minister till 1914, in 1916 there were still Armenian deputies in Parliament, and in many ministries there were high-ranking Armenian officials. Indeed, a particularly xenophobic-minded official, who played a large role in the cancellation of the Capitulations, was the Armenian Herant Bey Abro. At the beginning of 1914 delegates of the Young Turk Committee, Dr. Behaeddin Shakir, Oemer Nadji and Hilmi, promised the Dashnak Party Convention at Erzerum an autonomous Armenian State consisting of Russian Armenia and the Turkish provinces of Erzerum, Van, and Bitlis, in exchange for support against the Russians. The Party rejected the proposal, but declared its loyalty towards the Ottoman State. It is difficult to say what the fate of the Ottoman Armenians would have been, had this last offer of the Turks been unconditionally accepted. In the opinion of Gotthard Jäschke, the Armenians could well have avoided their terrible fate “if they had resolutely accepted Ottomanism, the initial aim of the Young Turks”; but since 1911 “Ottomanism” was essentially another word for Turkification.

At the beginning of the war the Patriarch ordered all Ottoman Armenian dioceses to hold services to pray for the victory of the Ottoman Fatherland; the Dashnak organ “Azatamart” called on the Armenians to bear themselves as exemplary citizens and to avoid all conflicts with other elements of the Empire.

Concerning the events of the following months, it is difficult to answer the extremely complex “question of guilt”. In view of numerous prejudices, passions, misunderstandings, rumours, exaggerations, and immense suffering, it is possible to reconstruct “the whole truth” only approximately. According to Richard G. Hovannisian, the best expert on the subject from the Western Armenian side: “Although most Armenians maintained a correct attitude vis-à-vis the Ottoman government, it can be asserted with some substantiation that the manifestations of loyalty were insincere, for the sympathy of most Armenians throughout the

⁵ For the following see Wolfdieter Bihl, *Die Kaukasus-Politik der Mittelmächte*. Teil I (Wien-Köln-Graz 1975) 166–181 [other indications are to be found there].

world war was with the Entente, not with the Central Powers. By autumn, 1914, several prominent Ottoman Armenians, including a former member of parliament, had slipped away to the Caucasus to collaborate with Russian military officials. Such acts provided the Ittihadist Triumvirate with the desired excuse to eradicate the Armenian problem and eliminate the major racial barrier between the Turkic peoples of the Ottoman and Russian Empires.”

Regarding the sequence of events, Trumpener’s statement is of importance: “In fact, most of the available evidence points to the conclusion that a systematic decimation of the Armenian population in the eastern provinces had already been decided on by the Ittihad ve Terakki regime, and that the troubles in Van and elsewhere merely served as a convenient excuse for getting a Program of mass deportations and large-scale extermination started.”

The fact is, that a minority of Ottoman Armenians had launched actions that could be considered as disloyal towards the Ottoman state. The majority of Ottoman Armenians had taken no part in openly anti-Turkish activities; as regards their feelings, however, it can be said that under the influence of the negative experiences of the past decades, and the non-implementation of the February 8, 1914 Ottoman-Russian agreement concerning reforms in East Anatolia, they were rather inclined to favour the Entente. It is also a fact that the Turks have used the occasion of the activities of a minority to present the Armenians as collectively guilty and to decide upon a radical “solution” of the “Armenian Question”.

An all-Armenian uprising never took place. Also the oft-mentioned “Uprising” of Van (siege of the city from April 20 to May 17, 1915), which has always been cited by the Turks as a pretext for the deportations, after a closer study turns out to be an act of self-defence after the murder of five Armenian leaders on April 16, 1915 on the orders of the Vali (governor) of Van; in any case, an eventual link with the Russians, whose advance forces (together with Russian-Armenian volunteers) entered the city on May 18, 1915, is debatable.

It is evident from the sources, that from April 1915 a real rebellion psychosis had been created among the Turks (and the diplomats in Berlin and Vienna); the terrifying spectre of an all-Armenian uprising – in the middle of the war, at the time of the battle of the Dardanelles, with unforeseen consequences especially for the Caucasian Front, clouded and poisoned minds and hearts as a terrible threat to the existence of the Ottoman State.

On April 24/26, 1915, about 600 Armenian deputies, party leaders, writers, journalists, clergymen and physicians were arrested in Constantinople and deported to Asia Minor; on April 29, 1915 the population of Constantinople was ordered to give up all weapons in its possession.

On May 27, 1915 the Council of Ministers drafted the following law, which was promulgated in the official organ “Takvim-i-Vekayi” five days later [english translation of the french text]:

“Article 1. – In time of war, army and division commanders or their deputies, as well as commanders of independent military posts, who encounter a menace from the population of an attack or armed resistance, or who meet, in any form whatever, an

opposition to government orders or to acts and measures concerning the defence of the country and the maintenance of public order, have the authorisation and the obligation to repress them immediately and vigourously by use of armed force and to suppress radically all attacks and resistance.

Article 2. – Army, corps, and division commanders can, if military necessities compel them, displace and settle in other localities, separately or together, the population of towns and villages that they suspect to be guilty of treason or espionage.

Article 3. – This law is valid from the day of its publication.”

On May 30, 1915, the Ottoman Council of Ministers emphasized the necessity of the deportations, but provided the following precautionary measures:

“1. to safeguard the person and the possessions of the deportees until they had reached their destination and to forbid any form of persecution;

2. to compensate the deportees with new property, land, and goods necessary for a comfortable life;

3. to permit Moslem refugees to inhabit the abandoned villages only after having officially recorded the value of the homes and land and making clear that the property still belonged to the legal owners;

4. to sell or rent those fields, properties, and goods not settled by Moslem refugees and to keep in the treasury, in the owner’s name, on account of the derived income, after first deducting administrative expenses;

5. to authorize the finance minister to create special committees to supervise these transactions and to publish circulars pertaining to the compensations for the properties and their protection;

6. to oblige all officials to comply with the law and report to the government during the course of its fulfillment.”

Wangenheim reported to the Ministry of Foreign Affairs on May 31, 1915 that Enver intended “in order to stop Armenian espionage and to prevent new Armenian mass uprisings ... to make use of the State of War (Emergency) to close a large number of Armenian schools, to prohibit Armenian postal correspondence, to suppress Armenian newspapers, and to deport all not fully incontestable families in the actually insurgent centres to Mesopotamia.”

In an interview on August 20, 1915 with Dr. Johannes Lepsius, the German champion of the Armenians, Enver assumed “the responsibility for what was going on internally.” The chief author, however, was Talaat; it was he who sent the directions to the *valis* (governors), but the deportations, in any case, were decided upon by the entire cabinet.

The manner in which the deportations proceeded made a mockery of the precautionary measures announced on May 30, 1915 in every way. First, on many occasions they did not even take the “trouble” to deport the Armenians, but massacred them then and there, that is to say tortured and butchered them – one has to use this word – in an unparalleled frenzy of blood. The men were disarmed, sent to labour battalions, and there murdered; death overtook the women, the children, the old, the sick, the pregnant, the priests and the nuns. Those who were to be deported to Mesopotamia or Syria, were so mishandled that many died on the way.

Then, the war regions were not the only ones to be evacuated. The deportation of a population group that could be suspected of collaboration with the enemy, could be declared as "exigencies of war or preventive measures." But the Armenians of the Black Sea coast, Cilicia and Western Anatolia were also affected. Only Constantinople, with the exception of those deported in April 1915, and Smyrna were spared.

The exact number of Armenians who died cannot be estimated. Most researchers speak of about one million. Erich Feigl, an author critical of the Armenians, cites a source that speaks of 600,000 Armenian dead.⁶

A not exactly ascertainable number of Armenian women and girls were abducted to Moslem houses, and an equally uncertain number of Armenians were compelled to adopt Islam. To escape their cruel fate, the Armenians of Shabinkarahisar (June/July 1915) and Urfa (October 1915) rose up in arms.

According to document October 22, 1915, No. 70/P, Kwiatkowski was informed by usually reliable German sources, the first suggestion to render the Armenians harmless, in any case not in the manner in which it was actually done, came from the German side. According to document November 10, 1915, No. 100/P, Nadamlenzki (Adrianople) spoke of rumours of a German toleration of further Armenian persecutions. He had received information from an informant about an "influential" German personality, who had declared that Germany had wanted the Armenian persecutions. Document January 14, 1916, No. 23 shows, on the contrary, that Wolf-Metternich had come forward against the rumours of a German agreement (or any desire) in connection with the persecution of the Armenians. In order to maintain their alliance with the Turks, the governments of Berlin and Vienna did not go beyond protests. But the efforts of help and assistance by numerous German and Austro-Hungarian diplomats and consular officials was greater than one had hitherto realized.

According to the files, up to the late summer of 1915, and partly beyond that, German and Austro-Hungarian diplomats were biased by the presentation of a danger to the existence of the Ottoman State through an all-Armenian uprising; the traces of the "mode of speech" adopted by the Turks reach up to 1917.

The Austro-Hungarian diplomats, too were for a long time influenced by the reports presented to them by the Turks of an "Armenian danger" or of an "Armenian High Treason". But although they thoroughly approved of certain measures against "subversive tendencies," they in no way agreed with arbitrary action, especially against women and children. In reports from informers who worked for the Austro-Hungarian Embassy, a sharper tone was sometimes struck; in a related report of April 29, 1915 (about the arrests in Constantinople) it is said: "Constantinople was thoroughly cleared of suspected Armenians."

It is interesting that Pallavicini did not make a single presentation in writing to the Turkish authorities (as had done Wangenheim and Hohenlohe). From the sources, only verbal protests are known: On May 2, 1915 he warned Talaat against persecu-

⁶ Feigl, P. 80.

tions of women and children, which would facilitate the incitements of the enemies of Turkey. From Pallavicini's choice of words it is evident that he wanted to deal very carefully so as not to hurt Turkish feelings: On June 24, 1915, in a report to the Austro-Hungarian Foreign Ministry, he admitted that the Armenians "through the clumsy policies of the Turks ... had been driven directly into the arms of the Russians." On the same day he wrote to Burián, that to Kwiatkowski's question as to what attitude to adopt in connection with Catholic Armenians, he had replied that "he wanted to remain completely passive in this matter for the time being ... so as not to hurt Turkish susceptibilities"; any action on the part of Kwiatkowski would make it very difficult for him (Pallavicini) "to go to the Porte with eventual presentations in favour of Catholic Armenians."

In time it became clear to the Austro-Hungarian diplomats that it was a matter of the "extermination of a race" (Documents August 13, 1915, No. 66/P. B; September 30, 1915, No. 79/P. A; November 6, 1915, No. 98/P). It is not clear from the sources whether Burián or Pallavicini ever thought of resorting to sharper measures than diplomatic protests, as for example economic sanctions, in order to compel the Turks to change their policy; neither, in any case, did the German Imperial Government give the use of such measures any earnest thought. Nevertheless, the reports of Pallavicini and Trauttmansdorff were not sparing in their expressions of severe condemnation when speaking of the anti-Armenian measures; on March 10, 1916 Pallavicini called the massacres and deportations "an everlasting stain of shame for the Turkish government".

Part of the great tragedy of the Armenian people was that in the summer of 1916 it had long become the object of the politics of the Great Powers, that Russia, which had promised autonomy to Turkish Armenia for the part played by Armenian Volunteer Corps in which Turkish Armenian also fought, which in its turn had served as an excuse for the Turks for their actions against the Armenians, had drawn plans to partition Turkish Armenia with France, naturally without consulting those concerned.

Now this collection of Austrian files on the Armenian question will help to substantiate what is still considered a "hot iron," and an impartial and earnest researcher cannot ignore them.

Univ.-Prof. Dr. Wolfdieter BIHL



Introduction

Je ne suis ni Turc, ni Arménien, et cette préface considère donc la question envisagée d'un point de vue «neutre»: je me suis occupé depuis de nombreuses années, en tant qu'historien, des minorités ethniques et religieuses, des mentalités étrangères, et c'est à ce titre que j'écris.

Dans le volume I de la présente documentation, le Professeur Ermacora écrivait que les faits allégués n'avaient pu être attestés à partir des Archives autrichiennes.¹ Ce manque est aujourd'hui comblé, grâce au travail d'Artem Ohandjanian.²

Celui-ci, au prix d'un effort considérable, a en effet réuni une collection de documents concernant la question arménienne et provenant des années 1912-1918, tels qu'ils se trouvaient dans les Archives autrichiennes (il ne faut pas oublier que l'édition de Lepsius ne représente qu'un choix de documents). Ces documents provenant des autorités austro-hongroises sont authentiques, sans qu'il puisse y avoir là-dessus de contestation – on sait le doute qui pèse sur les documents mis en valeur par A. Andonian.³ Les diplomates écrivant des rapports sur les Arméniens ne peuvent pas être soupçonnés d'«embellir» la situation: ils étaient après tout les fonctionnaires d'un Etat allié de l'Empire Ottoman. Ces dernières années, des savants turcs ont présenté la question arménienne de leur point de vue. Leur argumentation est la suivante: il n'existe pas d'ordre écrit appelant au massacre des Arméniens, et provenant du *gouvernement* de l'Empire Ottoman. Il ne s'agit donc pas d'un génocide.

Les documents de la collection Ohandjanian datés du 30-9-1915, n° 79/P.A; du 26-10-1915; du 29-10-1915, n° 95/P.B; du 3-3-1916, n° 19/P; du 10-3-1916 n° 21/P prouvent que les ordres appelant à l'extermination des Arméniens provenaient effectivement du gouvernement ottoman. Les Archives turques relatives à cet aspect de la Première Guerre Mondiale ne sont pas accessibles. Le Professeur Ermacora émet l'opinion suivante: «Ces écrits (il s'agit de l'argumentation des historiens turcs) ne peuvent pas nier les faits: les Arméniens ont été déportés de leur patrie par ordre du gouvernement, et ils ont dû payer un lourd tribut de vies humaines à cette déportation de masse. D'ailleurs, dans des publications récentes, les historiens turcs ne nient pas ces faits. Mais ils tentent de développer une théorie qui les justifierait. Ils cherchent des coupables, ils comptabilisent des souffrances, ils mettent en avant la situation du pays en état de guerre, la Turquie étant alors engagée dans la guerre aux côtés des Puissances Centrales. Il se peut que l'un ou l'autre de ces arguments soit

¹ Felix Ermacora, dans *The Armenian Genocide. Documentation*, Vol. I (Munich 1987), 18.

² Cf. également Artem Ohandjanian, *Österreich-Ungarn und Armenien 1914-1918* (Wien 1986 comme manuscrit, comme réprint 1988).

³ Contre l'authenticité, cf. en dernier lieu Erich Feigl, *Ein Mythos des Terrors. Armenischer Extremismus – seine Ursachen und Hintergründe* (Freilassing-Salzburg). Pour la thèse de l'authenticité, cf. en dernier lieu Vahakn N. Dadrian, *The Naïm-Andonian Documents on the World War I Destruction of Ottoman Armenians: The Anatomy of a Genocide*, dans *International Journal of Middle East Studies* 18 (1986), pp. 311-360.

exact... mais aucun d'eux ne touche de près ou de loin au principe d'un état de faits qui concerne le droit des peuples.»⁴

Il n'y a pas d'«inimitié séculaire» entre les Turcs et les Arméniens. Au contraire: jusqu'au 19^{ème} siècle, les Arméniens étaient considérés comme «millet-i sadika» (la nation fidèle). Le développement tragique des faits a commencé lorsque l'Empire Ottoman fut obligé de céder des possessions dans les Balkans, et que les Arméniens ont voulu remplacer l'autonomie *religieuse* et *culturelle* qui était la leur par une autonomie *politique*. C'était là, aux yeux de Constantinople, une menace contre l'intégrité du pays, dont le centre était en Asie Mineure. Les Grandes Puissances, les missionnaires européens et américains éveillèrent, il est vrai, de fausses espérances parmi les Arméniens. Une minorité d'Arméniens fut endoctrinée, et la majorité des Arméniens de l'Empire Ottoman se trouva ainsi engagée dans un cycle d'événements qui l'amènèrent à sa perte.⁵ Les premiers massacres de grande envergure eurent lieu dans les années 1894–1896. Ces massacres furent tolérés, sinon commandés, par le Sultan Abdul Hamid II. De nouveaux massacres en Cilicie, en 1909, ainsi que les tendances à la turquisation après 1911 mirent fin aux illusions sur la possibilité d'un avenir commun entre les Turcs et les Arméniens. Nonobstant ces faits, les dirigeants du parti Tachnaksoutioun appelèrent les soldats arméniens à se battre courageusement aux côtés des Turcs pendant la guerre de Tripoli et des Balkans. L'Arménien Gabriel Noradounghian était Ministre des Affaires Etrangères. Jusqu'en 1914, l'Arménien Oskan Effendi était, quant à lui, Ministre des Postes. Même en 1916, il y avait encore des députés arméniens, et des fonctionnaires arméniens haut placés dans les ministères. On cite l'exemple d'un fonctionnaire particulièrement xénophobe, Herant Bey Abro, en partie responsable de la suppression des Capitulations. Au début d'août 1914, à Erzeroum, les plénipotentiaires du parti Jeune-Turc, Dr. Bahâeddin Chakir, Ömer Naci et Hilmi, donnèrent aux Arméniens du parti Tachnak leur accord pour fonder un Etat autonome, qui aurait englobé l'Arménie russe, et les provinces turques d'Erzeroum, de Van et de Bitlis, si bien sûr en contrepartie les Arméniens se plaçaient aux côtés des Turcs (contre les Russes). Le parti refusa, mais réitéra ses déclarations de loyauté envers l'Etat ottoman. Il est difficile de dire ce qu'aurait été le sort des Arméniens ottomans, si ces dirigeants tachnaks avaient accepté alors l'offre qui leur était faite. Gotthard Jäschke pense que les Arméniens auraient pu éviter l'effroyable destin qui fut le leur, «s'ils avaient approuvé l'ottomanisme, qui était le but poursuivi initialement par les Jeunes-Turcs». Il ne tient pas compte du fait que l'«ottomanisme» n'était, dès 1911, qu'une autre façon de dire la turquisation!

Au début de la guerre, le Patriarche arménien de Constantinople, chef spirituel des Arméniens de l'Empire Ottoman, demanda à tous ses diocèses de dire des messes pour la victoire de la patrie ottomane. L'organe du parti Tachnak, «Azatamart», appela les Arméniens à se conduire comme de parfaits citoyens et à éviter tout conflit avec les autres éléments de l'Empire.

⁴ Ermacora, pp. 19 et suiv.

⁵ Pour ce qui suit, cf. Wolfdieter Bihl, *Die Kaukasus-Politik der Mittelmächte*, Teil I (Wien-Köln-Graz 1975), pp. 166–181 [on y trouvera les références nécessaires].

Quant aux événements des mois suivants, il est extrêmement difficile de se prononcer sur la question de la «culpabilité». Si l'on prend en compte les nombreux préjugés réciproques, les passions, les malentendus, les bruits répandus, les exagérations et la souffrance insoutenable, on ne pourra reconstituer l'«entière vérité» qu'approximativement. Le meilleur connaisseur du côté arménien-occidental en la matière, Richard G. Hovannisian, écrit ceci: «Although most Armenians maintained a correct attitude vis-à-vis the Ottoman government, it can be asserted with some substantiation that the manifestations of loyalty were insincere, for the sympathy of most Armenians throughout the world war was with the Entente, not with the Central Powers. By autumn 1914, several prominent Ottoman Armenians, including a former member of Parliament, had slipped away to the Caucasus to collaborate with Russian military officials. Such acts provided the Ittihadist Triumvirate with the desired excuse to eradicate the Armenian problem and eliminate the major racial barrier between the Turkic peoples of the Ottoman and Russian Empires.»

Voici une autre constatation importante, provenant du livre de Trumpener sur les relations turquo-allemandes pendant la Première Guerre Mondiale: «In fact most of the available evidence points to the conclusion that a systematic decimation of the Armenian population in the eastern provinces had already been decided on by the Ittihad ve Terakki regime, and that the troubles in Van and elsewhere merely served as a convenient excuse for getting a Program of mass deportations and large-scale extermination started.»

Le fait est qu'une minorité des Arméniens ottomans avaient recours à des formes d'action qui ne pouvaient être considérées que comme une preuve d'illoyauté envers l'Etat Ottoman. La majorité des Arméniens Ottomans n'a commis aucun acte d'inimitié envers les Turcs. Leurs sentiments personnels penchaient plutôt vers l'Entente – sous l'influence des expériences négatives des dernières décennies, et du fait que les accords russo-turcs du 8 février 1914, projetant des réformes en Anatolie Orientale, n'avaient pas été appliqués. C'est aussi un fait que les Turcs ont pris pour prétexte ces actions venant d'une minorité de gens, pour chercher une «solution finale» à la question arménienne, dans le sens d'une culpabilité collective.

Il n'y a pas eu de soulèvement général chez les Arméniens. Même le soulèvement de Van, dont on parle tant (siège de la ville du 20 avril au 17 mai 1915), et que les Turcs mettent toujours en avant pour expliquer les mesures de déportation en masse, se révèlent être, après plus ample examen, un acte d'auto-défense après le meurtre de cinq dirigeants arméniens par le vali de Van (16 avril 1915). S'il y a eu éventuellement, des relations avec les troupes russes dont l'avant-garde (avec des volontaires arméniens de Russie) atteint la ville le 18 mai 1915, reste un point controversé.

Les sources montrent qu'il y avait, dès le mois d'avril 1915, une véritable psychose chez les Turcs (mais aussi chez les diplomates de Berlin et de Vienne), qui craignaient un soulèvement général des Arméniens – au milieu de la guerre, à l'époque des combats dans les Dardanelles, un tel soulèvement aurait eu des conséquences imprévisibles pour le front du Caucase, et aurait menacé l'existence de l'Empire Ottoman. Tout cela troublaient les esprits et empoisonnait les cœurs.

Entre le 24 et le 26 avril 1915, à Constantinople près de 600 Arméniens furent saisis

dans une rafle, députés, dirigeants politiques, écrivains, journalistes, prêtres et médecins, et emprisonnés par les Turcs, puis déportés en Asie Mineure. Le 29 avril 1915 on força la population arménienne de Constantinople à remettre les armes qu'elle aurait pu détenir.

Le 27 mai 1915, le Conseil des Ministres prit la décision suivante, publiée cinq jours plus tard en tant que décret dans le journal officiel «Takvim i Vekayi». Nous donnons ici la traduction française du texte turc :

«Article 1. – En temps de guerre, les commandants d'armée et de division ou leurs remplaçants, ainsi que les commandants des postes militaires indépendants, qui se verraient en butte de la part de la population à une attaque ou une résistance armée, ou rencontreraient sous quelque forme que cela soit une opposition aux ordres du gouvernement ou aux actes et mesures concernant la défense du pays et la sauvegarde de l'ordre public, ont l'autorisation et l'obligation de les réprimer immédiatement et vigoureusement au moyen de la force armée et de supprimer radicalement l'attaque et la résistance.

Article 2. – Les commandants d'armée, des corps d'armée et de divisions peuvent, si les besoins militaires l'exigent, déplacer et installer dans d'autres localités, séparément ou conjointement, la population des villes et des villages qu'ils soupçonnent coupable de trahison ou d'espionnage.

Article 3. – Cette loi entre en vigueur à partir de sa publication.»

Le 30 mai 1915 le Conseil des Ministres ottoman confirme la nécessité des déportations, mais prescrit les mesures suivantes [résumé anglais de l'original turc]:

«1. to safeguard the person and possessions of the deportees until they had reached their destination and to forbid any form of persecution;

2. to compensate the deportees with new property, land, and goods necessary for a comfortable life;

3. to permit Moslem refugees to inhabit the abandoned villages only after having officially recorded the value of the homes and land and making clear that the property still belonged to the legal owners;

4. to sell or rent those fields, properties, and goods not settled by Moslem refugees and to keep in the treasury, in the owner's name, on account of the derived income, after first deducting administrative expenses;

5. to authorize the finance minister to create special committees to supervise the transactions and to publish circulars pertaining to the compensations for the properties and their protection;

6. to oblige all officials to comply with the law and report to the government during the course of its fulfillment.»

Le 31 mai 1915 un rapport de Wangenheim au Ministère des Affaires Etrangères annonçait ceci: «Pour prévenir l'espionnage et de nouveaux soulèvements de la part des Arméniens, Enver envisage, sous le couvert de l'état d'urgence, de fermer un grand nombre d'écoles arméniennes, d'interdire la circulation du courrier et les journaux arméniens, et de déporter en Mésopotamie toutes les familles sur lesquelles pèse un quelconque soupçon dans les centres arméniens insurgés.»

Le 20 août 1915, dans une conversation avec le défenseur allemand des Arméniens,

le Docteur Johannes Lepsius, Enver déclara qu'il endossait «la responsabilité pour les événements qui se produisent à l'intérieur du pays». Mais l'instigateur principal était Talaat, qui envoyait lui-même les instructions aux valis. La déportation avait cependant bel et bien été décidée par le Cabinet au grand complet.

La façon dont les déportations furent menées tournent en dérision la déclaration du 30 mai 1915 sur les mesures de prévention. Tout d'abord, on ne prit même pas la «peine», en beaucoup d'endroits, de déporter, on massacrait les Arméniens sur place, les torturait et les abattait (le mot n'est pas trop fort), dans une ivresse de sang sans pareille. Les hommes furent désarmés, envoyés dans des bataillons de travail, et tués. La mort n'épargna ni les femmes, ni les enfants, ni les vieillards, ni les malades, ni les prêtres, ni les religieuses, ni les femmes enceintes. Ceux qui furent déportés vers les déserts de Mésopotamie et de Syrie le furent dans de telles conditions que la plupart n'en réchappèrent pas. En second lieu, ce ne furent pas seulement les régions touchées par la guerre qui furent évacuées (la déportation d'une partie de la population soupçonnée d'entente avec l'ennemi pouvait encore être considérée comme «mesure de prévention»): tous les Arméniens étaient concernés par l'ordre de déportation, aussi bien ceux des villes et des villages au bord de la Mer Noire que ceux de Cilicie et d'Anatolie occidentale. Seuls furent épargnés les Arméniens de Constantinople (à part les déportations d'avril 1915) et de Smyrne.

Le nombre de victimes n'a jamais pu être déterminé avec exactitude. La plupart des chercheurs donnent un chiffre approximatif d'un million de morts. Erich Feigl, qui n'est pas un auteur favorable aux Arméniens, cite une source selon laquelle il y aurait eu 600.000 victimes.⁶

Le nombre de femmes et de jeunes filles arméniennes emmenées de force et enfermées par les Musulmans ne peut pas être déterminé exactement. Il en va de même pour les Arméniens qui furent islamisés de force. Pour échapper aux atrocités qui les attendaient, les Arméniens se soulevèrent dans un certain nombre d'endroits: en particulier à Chabinkarahisar (Juin-Juillet 1915) et Ourfa (Octobre 1915).

Le document n° 70/P du 22-10-1915 montre que Kwiatkowski aurait appris de source allemande généralement bien informée que les premières incitations à rendre les Arméniens inoffensifs (mais pas de la manière dont cela s'est effectivement passé) venait des Allemands eux-mêmes. Le document n° 100/P du 10-11-1915 indique que Nadamlenzki (Andrinople) faisait part des bruits sur le fait que les Allemands toléraient parfaitement les persécutions dont les Arméniens étaient victimes. On trouve dans ce document les indications d'un homme de confiance sur une personnalité allemande «influente» qui aurait expliqué que les Allemands encourageaient même ces persécutions. Le document n° 123 du 14-1-1916 montre par contre que Wolff-Metternich s'est élevé contre les bruits d'un souhait ou d'un encouragement de la part des Allemands, en ce qui concerne le sort fait aux Arméniens. Pour ne pas se mettre à dos leur allié, les gouvernements de Berlin et de Vienne n'allèrent pas au-delà des protestations. Mais beaucoup de diplomates et de consuls allemands et austro-hongrois se montrèrent hommes de bonne volonté, assistant les Arméniens bien plus qu'on ne l'a dit jusqu'à présent.

⁶ Feigl, p. 80.

Ainsi les dossiers prouvent que ces diplomates étaient convaincus jusqu'à la fin de l'été 1915, et même au-delà, de la menace d'un soulèvement imminent et général de la part des Arméniens, qui aurait mis en danger l'existence de l'Empire Ottoman. On ressent jusqu'en 1917 les traces de cet «usage de langue» adopté par les Turcs.

Les diplomates d'Autriche-Hongrie ont été longtemps convaincus, par exemple, que les nouvelles communiquées par les Turcs, selon lesquelles les Arméniens, coupables de «haute trahison», représentaient un «grave danger», étaient vraies. Mais au-delà de certaines mesures à prendre contre les «tendances subversives», ils ne pouvaient en aucun cas être d'accord avec ce traitement uniforme, en particulier contre les femmes et les enfants. Dans les rapports des agents confidentiels qui travaillaient pour l'Ambassade, on trouve souvent un ton tranchant. Ainsi dans un rapport du 29 avril 1915 (sur les arrestations à Constantinople): «A Constantinople, on s'est débarrassé habilement des Arméniens suspects.»

Il est intéressant de noter que Pallavicini n'a effectué aucune démarche écrite auprès des autorités turques (contrairement à Wangenheim et Hohenlohe). Les sources nous renseignent seulement sur les protestations verbales qui ont été effectuées. Le 2 mai 1915, Pallavicini attire l'attention de Talaat sur le fait que la persécution contre les enfants et les femmes ferait le jeu des ennemis de la Turquie, qui ne manqueraient pas l'occasion de la vilipender. Le vocabulaire employé par Pallavicini prouve qu'il s'est conduit en la circonstance avec la plus extrême prudence, pour ne pas blesser la susceptibilité de ses alliés. Le 24 juin 1915, on lit ceci dans un rapport au Ministre des Affaires Etrangères: les Arméniens «vont être poussés directement dans les bras des Russes ... à cause de la politique malencontreuses des Turcs». Le même jour l'ambassadeur écrivait à Burián, que Kwiatkowski lui avait demandé quelle attitude il devait adopter vis-à-vis des Arméniens catholiques, et qu'il lui avait répondu «qu'il préférerait se comporter dans cette affaire de façon tout à fait passive ... pour ne pas blesser les susceptibilités turques». Une quelconque action de Kwiatkowski lui rendrait la tâche plus difficile pour «ses prochaines démarches auprès de la Porte en faveur des catholiques arméniens».

Les diplomates austro-hongrois se rendirent compte peu à peu qu'il s'agissait de «l'extermination d'une race» (documents: n° 66/P du 13-8-1915; n° 79/P du 30-9-1915; n° 98/P du 6-11-1915). Les sources ne disent pas si Pallavicini ou Burián ont songé à prendre des mesures plus radicales que les simples protestations diplomatiques – par exemple des sanctions économiques –, pour avoir barre sur la détermination des Turcs. De telles sanctions n'ont pas été envisagées sérieusement non plus par les sphères gouvernementales allemandes. Dans les rapports de Pallavicini et de Trauttmansdorff, les critiques acerbes contre les mesures anti-arméniennes ne manquent pourtant pas: Pallavicini disait le 10 mars 1916 que ces massacres et déportations demeurerait «à tout jamais une tache honteuse pour le gouvernement turc».

Ce qui est particulièrement tragique pour le destin du peuple arménien, c'est qu'en été 1916 il était devenu un simple objet dans la politique des Grandes Puissances: la Russie et la France s'étaient partagé entre eux l'Arménie turque, évidemment sans demander leur avis aux intéressés, alors que les premiers avaient promis l'autonomie aux Arméniens de Turquie, avaient incité pour cela les Arméniens à lever des

bataillons de volontaires dans lesquels combattaient des Arméniens de l'Empire Ottoman (encore un prétexte saisi par les Turcs pour expliquer leur action anti-arménienne).

Cette documentation regroupant les dossiers autrichiens concernant les Arméniens va donc pouvoir contribuer à mettre les choses au point sur cette question toujours brûlante. Toute recherche, effectuée sans idées préconçues, ne pourra plus se passer de ces sources qui viennent d'être mises en évidence.

Univ.-Prof. Dr. Wolfdieter BIHL



Vorwort

Ich schreibe ein Vorwort als Nichttürke und Nichtarmerier gewissermaßen als „Neutraler“, als ein seit vielen Jahren an ethnischen und religiösen Minderheiten und an anderen Mentalitäten interessierter Historiker.

Professor Ermacora schrieb im Vorwort zu Band I der Armenier-Dokumentation, daß diese sich nicht auf österreichische Archivalien stützen konnte.¹ Diesem Mangel wird vorliegende Dokumentation Artem Ohandjanians² abhelfen.

In mühevoller Weise hat Ohandjanian eine Sammlung aller die armenische Frage betreffenden Dokumente für die Jahre 1912–1918 aus österreichischen Archiven zusammengestellt (die Lepsius-Edition ist nur eine Auswahldokumentation). Diese Dokumente österreichisch-ungarischer Behörden sind unbezweifelbar echt. Die Authentizität dieser Quellen ist – zum Unterschied zu den sogenannten Andonian-Dokumenten³ – unangreifbar. Die Berichterstatter eines mit dem Osmanischen Reich verbündeten Staates haben sicher nicht zugunsten der Armenier „beschönigt“. In den letzten Jahren haben türkische Gelehrte die armenische Frage aus türkischer Sicht dargestellt. Die türkische Argumentation ist folgende: Ein eindeutiger schriftlicher Tötungsbefehl der osmanischen *Regierung* ist nicht vorhanden, daher ist es kein Genozid gewesen.

Die Dokumente der Sammlung Ohandjanian 30. 9. 1915, Nr. 79/P.A; 26. 10. 1915; 29. 10. 1915, Nr. 95/P; 3. 3. 1916, Nr. 19/P; 10. 3. 1916, Nr. 21/P.B bezeugen, daß die Befehle zu den Verfolgungen von der osmanischen Regierung ausgegangen sind. Die türkischen Archive sind für diesen Bereich des Ersten Weltkrieges allerdings

¹ Felix Ermacora in: *The Armenian Genocide. Documentation*. Vol. I (Munich 1987) 18.

² Siehe auch Artem Ohandjanian, *Österreich-Ungarn und Armenien 1914–1918* (Wien 1986 als Manuskript, als Reprint 1988).

³ Gegen die Echtheit zuletzt Erich Feigl, *Ein Mythos des Terrors. Armenischer Extremismus – seine Ursachen und Hintergründe* (Freilassing–Salzburg 1986). Für die Echtheit zuletzt Vahakn N. Dadrian, *The Naim-Andonian Documents on the World War I Destruction of Ottoman Armenians: The Anatomy of a Genocide*. In: *International Journal of Middle East Studies* 18 (1986) 311–360.

nicht zugänglich. Professor Ermacora meint dazu: „Um Fakten kommen diese Schriften aber nicht herum, nämlich, daß es die Aussiedlung der armenischen Bevölkerung aus ihrer angestammten Heimat aufgrund staatlicher Anordnung tatsächlich gegeben hat und daß im Zuge dieser Massenaussiedlung das armenische Volk einen hohen Blutzoll leisten mußte. Die neueren Schriften aus türkischer Feder bestreiten diese Fakten nicht. Aber sie versuchen, eine Rechtfertigungstheorie zu entwickeln: Rechtfertigung, warum es zu diesen Vorgängen kam. Schuldige werden gesucht, Schmerzhaftes wird Schmerzhaftem aufgerechnet, der nationale Notstand des damaligen Kriegszustandes, in dem sich die Türkei gemeinsam mit den Mittelmächten gegen die Alliierten befand, wird zur Rechtfertigung herangezogen. Das mögen alles richtige Argumente sein ... aber mit diesen Argumenten wird an das Prinzipielle eines seinerzeitigen völkerrechtlichen Tatbestandes nicht gerührt.“⁴

Es gibt keine türkisch-armenische „Erbfeindschaft“. Im Gegenteil: bis ins 19. Jahrhundert galten die Armenier als „millet-i sadika“ (treue Nation). Die tragische Entwicklung begann erst, als die Armenier zum Zeitpunkt, als das Osmanische Reich die Balkanvölker aufgeben mußte, den Status einer *religiös-kulturellen* Autonomie durch den einer *politischen* Autonomie ersetzen wollten. Dadurch sah Konstantinopel das kleinasiatische „Kernland“ als gefährdet an. Die Aufwiegelung, das Falsche-Hoffnungen-Erwecken durch die Großmächte und durch europäische und amerikanische Missionare trugen böse Früchte. Durch eine so indoktrinierte Minderheit der Armenier wurde die Mehrheit des armenischen Volkes im Osmanischen Reich in Entwicklungen hineingezogen, die in das Verderben geführt haben.⁵

1894–1896 kam es zu großen Armeniermassakern, die Abdul Hamid II. zumindest duldeten. Die kilikischen Massaker des Jahres 1909 und die Türkisierungstendenzen ab 1911 begruben viele Vorstellungen einer gemeinsamen türkisch-armenischen Zukunft. Dessenungeachtet riefen die Daschnakzutiun-Führer während des Tripoliskrieges und der Balkankriege die armenischen Soldaten zur Tapferkeit auf. Immerhin war der Armenier Gabriel Noradounghian Efendi osmanischer Außenminister; bis 1914 fungierte der Armenier Oskan Efendi als Postminister; noch 1916 gab es armenische Abgeordnete; in vielen Ministerien gab es hohe armenische Beamte. Ja ein besonders fremdenfeindlich gesinnter Beamter, der maßgeblichen Anteil an der Aufhebung der Kapitulationen hatte, war der Armenier Herant Bey Abo.

Anfang August 1914 machten die Abgesandten des jungtürkischen Komitees Dr. Bahâeddin Şakir, Ömer Naci und Hilmi der Daschnaken-Partei in Erzerum die Zusage, im Falle der Unterstützung der Türken (gegen die Russen) einen autonomen armenischen Staat zu errichten, bestehend aus Russisch-Armenien und den türkischen Provinzen Erzerum, Van und Bitlis. Die Partei lehnte ab, erklärte aber ihre Loyalität dem osmanischen Staat gegenüber. Es ist schwer zu entscheiden, wie das Schicksal der ottomanischen Armenier verlaufen wäre, wenn diese dem letzten Angebot der Türken bedingungslos zugestimmt hätten. Gotthard Jäschke meint,

⁴ Ermacora, S. 19f.

⁵ Zum Folgenden siehe Wolfdieter Bihl, *Die Kaukasus-Politik der Mittelmächte*. Teil I (Wien-Köln-Graz 1975) 166–181 [dort auch die Hinweise für die Belege].

daß die Armenier ihr furchtbares Schicksal wohl nur hätten vermeiden können, „wenn sie den Osmanismus, das anfängliche Ziel der Jungtürken, entschlossen bejaht hätten“ – aber „Osmanismus“ war ab 1911 im wesentlichen nur eine Umschreibung für Türkisierung!

Der Patriarch ließ bei Kriegsbeginn alle osmanisch-armenischen Diözesen anweisen, Gottesdienste für den Sieg des osmanischen Vaterlandes abzuhalten; das Organ der Daschnaken, „Azatamart“, rief die Armenier dazu auf, als vorbildliche Staatsbürger zu handeln und Zusammenstöße mit den anderen Elementen des Reiches zu vermeiden.

Für die Ereignisse der folgenden Monate ist es schwer, die äußerst komplexe „Schuldfrage“ zu beantworten. Angesichts der vielen Vorurteile, Leidenschaften, Mißverständnisse, Gerüchte, Übertreibungen und des ungeheuren Leides ist es wohl nur annähernd möglich, die „volle Wahrheit“ zu rekonstruieren. Der beste Kenner der Materie auf westlich-armenischer Seite, Richard G. Hovannisian, meint: „Although most Armenians maintained a correct attitude vis-à-vis the Ottoman government it can be asserted with some substantiation that the manifestation of loyalty were insincere, for the sympathy of most Armenians throughout the world war was with the Entente, not with the Central Powers. By autumn, 1914, several prominent Ottoman Armenians, including a former member of parliament, had slipped away to the Caucasus to collaborate with Russian military officials. Such acts provided the Ittihadist Triumvirate with the desired excuse to eradicate the Armenian problem and eliminate the major racial barrier between the Turkic peoples of the Ottoman and Russian Empires.“

Wichtig für den Verlauf der Ereignisse ist Trumpeners Feststellung: „In fact most of the available evidence points to the conclusion that a systematic decimation of the Armenian population in the eastern provinces had already been decided on by the Ittihad ve Terakki regime, and that the troubles in Van and elsewhere merely served as a convenient excuse for getting a Program of mass deportations and large-scale extermination started.“

Faktum ist, daß eine Minderheit der osmanischen Armenier Aktionen gesetzt hat, die als Illoyalität dem osmanischen Staat gegenüber gelten können. Die Mehrheit der osmanischen Armenier hat keine offen-antitürkischen Handlungen begangen; ihre gefühlsmäßige Haltung war – unter dem Eindruck der negativen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte und des Nichtinkrafttretens des osmanisch-russischen Reformabkommens über Ostanatolien vom 8. Februar 1914 – eher der Entente zugeeignet. Faktum ist auch, daß die Türken die Handlungen einer Minderheit zum Anlaß genommen haben, um im Sinne eines Kollektivschuldgedankens die „armenische Frage“ endgültig zu „lösen“.

Einen gesamt-armenischen Aufstand hat es nicht gegeben. Auch der vielzitierte „Aufstand“ von Van (Belagerung der Stadt vom 20. April bis 17. Mai 1915), der immer von den Türken als Vorwand für die Deportationsmaßnahmen angegeben wurde, erweist sich bei näherem Studium als Akt des Selbstschutzes nach der vom Vali von Van angeordneten Ermordung von fünf armenischen Führern (16. April 1915) – umstritten ist allerdings eine eventuelle Verbindung mit den Russen, deren

Vorhuten (mit russisch-armenischen Freiwilligen) am 18. Mai 1915 in die Stadt eindringen.

Aus den Quellen geht hervor, daß ab April 1915 eine richtige Aufstandspsychose die Türken (und die Diplomaten Berlins und Wiens) erfaßt hatte; das Schreckgespenst eines gesamtarmenischen Aufstandes – mitten im Krieg, zur Zeit der Dardanellenschlacht, mit unabsehbaren Folgen besonders für die Kaukasus-Front, als schreckliche Bedrohung der Existenz des osmanischen Staates – vernebelte und vergiftete die Gehirne und Herzen.

Am 24./26. April 1915 wurden in Konstantinopel rund 600 armenische Deputierte, Parteiführer, Schriftsteller, Journalisten, Geistliche und Ärzte von den Türken verhaftet und nach Kleinasien deportiert; am 29. April 1915 wurde die Bevölkerung Konstantinopels aufgefordert, alle Waffen abzuliefern.

Am 27. Mai 1915 beschloß der Ministerrat folgendes Gesetz, das fünf Tage später in der offiziellen Zeitung „Takvim-i Vekayi“ publiziert wurde [französische Übersetzung des türkischen Originals]:

„Article 1. – En temps de guerre, les commandants d’armée et de division ou leurs remplaçants, ainsi que les commandants des postes militaires indépendants, qui se verraient en butte de la part de la population à une attaque ou une résistance armée, ou rencontreraient, sous quelque forme que cela soit, une opposition aux ordres du Gouvernement ou aux actes et mesures concernant la défense du pays et la sauvegarde de l’ordre public, ont l’autorisation et l’obligation de les réprimer immédiatement et vigoureusement au moyen de la force armée et de supprimer radicalement l’attaque et la résistance.

Article 2. – Les commandants d’armée, de corps d’armée et de division peuvent, si les besoins militaires l’exigent, déplacer et installer dans d’autres localités, séparément ou conjointement, la population des villes et des villages qu’ils soupçonnent coupable de trahison ou d’espionnage.

Article 3. – Cette loi entre en vigueur à partir de sa publication.“

Am 30. Mai 1915 bekräftigte der osmanische Ministerrat die Notwendigkeit der Deportationen, sah aber die folgenden Vorkehrungen vor [englische Zusammenfassung des vollen türkischen Wortlauts]:

„1. to safeguard the person and possessions of the deportees until they had reached their destination and to forbid any form of persecution;

2. to compensate the deportees with new property, land, and goods necessary for a comfortable life;

3. to permit Moslem refugees to inhabit the abandoned villages only after having officially recorded the value of the homes and land and making clear that the property still belonged to the legal owners;

4. to sell or rent those fields, properties, and goods not settled by Moslem refugees and to keep in the treasury, in the owner’s name, on account of the derived income, after first deducting administrative expenses;

5. to authorize the finance minister to create special committees to supervise these transactions and to publish circulars pertaining to the compensations for the properties and their protection;

6. to oblige all officials to comply with the law and report to the government during the course of its fulfillment.“

Wangenheim berichtete dem Auswärtigen Amte am 31. Mai 1915, daß Enver „zur Eindämmung der armenischen Spionage und um neuen armenischen Massenerhebungen vorzubeugen ... unter Benutzung des Kriegs-(Ausnahme-)Zustandes eine große Anzahl armenischer Schulen zu schließen, armenische Postkorrespondenz zu untersagen, armenische Zeitungen zu unterdrücken und aus den jetzt insurgierten armenischen Zentren alle nicht ganz einwandfreien Familien in Mesopotamien anzusiedeln“ beabsichtige.

Enver übernahm in einem Gespräch mit dem deutschen Vorkämpfer für die Armenier, Dr. Johannes Lepsius, am 20. August 1915 die „Verantwortung für das, was im Innern vor sich gehe“. Der Hauptmotor war wohl Talaat, er sandte auch die Weisungen an die Valis; beschlossen wurde die Deportation aber jedenfalls vom Gesamtkabinet.

Die Art und Weise wie die Deportationen vor sich gingen, spotteten den Vorkehrungsmaßnahmen vom 30. Mai 1915 in jeder Weise. Erstens nahm man sich vielfach nicht die „Mühe“, die Armenier zu deportieren, sondern es kam zu Massakern an Ort und Stelle, d. h. zu Folterungen und Abschlachtungen – man muß dieses Wort gebrauchen – in einem Blutrausch ohnegleichen. Die Männer wurden entwaffnet, in Arbeitsbataillone gesteckt und dort ermordet; der Tod ereilte Frauen, Kinder, Greise, Kranke, Schwangere, Geistliche und Nonnen. Denjenigen, die nach Mesopotamien und Syrien deportiert wurden, wurde eine solche Behandlung zuteil, daß viele starben. Zweitens wurde nicht nur das Kriegsgebiet evakuiert – die Deportation einer Bevölkerungsgruppe, die man der Zusammenarbeit mit dem Feinde verdächtigte, konnte man als „kriegsnotwendige Präventiv- bzw. Vergeltungsmaßnahme“ erklären –, sondern es wurden auch die Armenier der Schwarzmeerküste, Kilikiens und Westanatoliens betroffen; verschont blieben nur Konstantinopel (bis auf die im April 1915 Deportierten) und Smyrna.

Eine nicht genau eruierbare Zahl von Armeniern kam zu Tode. Die meisten Forscher sprechen von rund 1 Million Toten. Der armenierkritische Autor Erich Feigl zitiert eine Quelle, die von 60000 armenischen Toten spricht.⁶

Eine nicht genau klärbare Zahl von armenischen Frauen und Mädchen wurde in muslimische Häuser verschleppt; eine kaum feststellbare Zahl Armenier wurde zwangsislamisiert. Um ihrem grausamen Schicksal zu entgehen, erhoben sich die Armenier in Şebinkarahisar (Juni/Juli 1915) und Urfa (Oktober 1915).

Aus Dokument 22. 10. 1915, Nr. 70/P geht hervor, Kwiatkowski habe aus gewöhnlich verlässlicher deutscher Quelle erfahren, daß die erste Anregung zur Unschädlichmachung der Armenier – allerdings nicht in der tatsächlich durchgeführten Weise – von deutscher Seite erfolgt sei. Nach Dokument 10. 11. 1915, Nr. 100/P gab Nadamlenzki (Adrianopel) Gerüchte von einer deutschen Duldung der Armenierverfolgungen weiter. Er habe eine Mitteilung eines Gewährsmannes über eine „einflußreiche“ deutsche Persönlichkeit, die erklärt habe, daß Deutschland die Ar-

⁶ Feigl, S. 80.

menierverfolgungen gewollt hätte. Das Dokument 14. I. 1916, Nr. 23 zeigt hingegen, daß Wolff-Metternich gegen das Gerücht von einer deutschen Zustimmung (oder gar Erwünschtheit) in bezug auf die Armenierverfolgungen aufgetreten ist. Um die Türken als Bundesgenossen zu erhalten, gingen die Regierungen in Berlin und Wien über Proteste nicht hinaus. Die Hilfstätigkeit zahlreicher deutscher und österreichisch-ungarischer Diplomaten und Konsularbeamten ist aber größer gewesen, als man bisher angenommen hat.

Aus den Akten geht hervor, daß die reichsdeutschen und österreichisch-ungarischen Diplomaten bis in den Spätsommer 1915 und zum Teil darüber hinaus von der Vorstellung eines gesamtarmenischen, die Existenz des Osmanischen Reiches bedrohenden Aufstandes befangen waren; bis in das Jahr 1917 reichen die Spuren des von den Türken übernommenen „Sprachgebrauches“.

Auch die Diplomaten Österreich-Ungarns waren lange von der ihnen von den Türken vermittelten Vorstellung einer „armenischen Gefahr“ bzw. des „armenischen Hochverrats“ befangen. Aber obwohl man gewisse Maßnahmen gegen „subversive Tendenzen“ durchaus billigte, so war man doch keineswegs mit einem unterschiedslosen Vorgehen, vor allem gegen Frauen und Kinder, einverstanden. In Berichten von Konfidenten, die für die k. u. k. Botschaft arbeiteten, wird zum Teil ein scharfer Ton angeschlagen; so heißt es in einem diesbezüglichen Bericht vom 29. April 1915 (zu den Verhaftungen in Konstantinopel): „In Konstantinopel wird mit verdächtigen Armeniern tüchtig aufgeräumt.“

Interessant ist, daß Pallavicini keine einzige schriftliche Demarche (wie Wangenheim und Hohenlohe) bei den türkischen Stellen unternommen hat. Aus den Quellen sind nur mündliche Protestschritte bekannt: Am 2. Mai 1915 warnte er Talaat vor der Verfolgung von Frauen und Kindern, die den Gegnern der Türkei die Hetzarbeit erleichtern würde. Aus Pallavicinis Wortwahl ist ersichtlich, daß er nur mit äußerster Vorsicht vorgehen wollte, um die türkischen Empfindlichkeiten nicht zu verletzen: Am 24. Juni 1915 gab er in einem Bericht an den k. u. k. Minister des Äußern zu, daß die Armenier „durch die ungeschickte türkische Politik . . . direct in die Arme der Russen getrieben“ worden seien. Am selben Tage schrieb er Burián, daß er Kwiatkowski auf dessen Frage, welche Haltung er bezüglich der katholischen Armenier einnehmen solle, geantwortet habe, „er möchte sich bis auf weiteres in dieser Frage ganz passiv verhalten . . . um nicht die türkischen Susceptibilitäten zu verletzen“; ein Vorgehen Kwiatkowskis würde es ihm (Pallavicini) sehr erschweren, „mit eventuellen Vorstellungen an die Pforte zu Gunsten der katholischen Armenier heranzutreten“.

Den k. u. k. Diplomaten wurde mit der Zeit klar, daß es sich um die „Exterminierung einer Rasse“ handelte (Dokumente 13. 8. 1915, Nr. 66/P.B; 30. 9. 1915, Nr. 79/P.A; 6. 11. 1915, Nr. 98/P). Aus den Quellen ist nicht belegbar, ob Burián oder Pallavicini daran gedacht haben, schärfere Mittel als diplomatische Proteste – z. B. wirtschaftliche Sanktionen – anzuwenden, um die Türken zu einem Einlenken zu bewegen; solche wurden allerdings von reichsdeutschen Regierungsstellen auch nicht ernsthaft in Erwägung gezogen. In den Berichten Pallavicinis und Trauttmansdorffs wird nichtsdestoweniger mit scharfen Ausdrücken bei Erwähnung der anti-

armenischen Maßnahmen nicht gespart: Pallavicini nannte die Massaker und Deportationen am 10. März 1916 „für immer ein[en] Schandfleck für die türkische Regierung“.

Zur besonderen Tragik des armenischen Volkes gehörte es, daß es im Sommer 1916 längst zum Objekt der Politik der Großmächte geworden war, und Rußland – das Türkisch-Armenien Autonomie versprochen hatte, für das das armenische Volk Freiwilligeneinheiten aufgestellt hatte, in denen auch ottomanische Armenier kämpften (was wiederum einer der Vorwände der Türken für ihr antiarmenisches Vorgehen gewesen war) – Türkisch-Armenien unter sich und Frankreich aufgeteilt hatte, natürlich ohne die Betroffenen zu konsultieren.

Der nun vorliegende österreichische Aktenbestand zur armenischen Frage wird zur Versachlichung dieses immer noch „heißen Eisens“ beitragen können. Eine unvoreingenommene ernsthafte Forschung wird an diesen Quellen nicht vorbeigehen können.

Univ.-Prof. Dr. Wolfdieter BIHL

Bericht über die Stimmung in Anatolien

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GENERALKONSULAT
TRAPEZUNT]

Z. 31/P

Trapezunt, am 9. September [1912]

Hochgeborener Graf!

In Samsun wie auch hier, fand ich vollständige Ruhe. Man betrachtet überall in diesem Teile Anatoliens den Sturz der Jungtürken als eine natürliche Folge der ihrerseits schamlos betriebenen Protektion ihrer Parteigänger, respective der rücksichtslosen Verfolgung oder Beiseiteschiebung der Gegenpartei.

Allerdings sind sie noch bei weitem nicht vernichtet. Sie bilden sogar die besser organisierte Partei, und wenn die Umwandlung des Komitees in eine rein politische Landespartei stattfindet, so können ihnen ihre früheren Kadres bei den Wahlen die besten Dienste leisten.

Ich hörte von einem Jungtürken die Äusserung, dass sich erst nach dem Sturze ihres Kabinetts gezeigt habe, wer der Partei treu geblieben sei, und dass hiedurch dieselbe ein festeres Gefüge erhalten habe.

Aber ob noch genug Anhänger ihnen geblieben sind um den bevorstehenden politischen Kampf mit Erfolg ausfechten zu können, das ist fraglich!

Bezeichnend für die Unsicherheit der Lage und die Unvertrautheit der Bevölkerung mit den notwendigen Vorkehrungen und Manövern vor den Wahlen ist, dass ausser *einem* liberalen Kandidaten der Griechen hier noch niemand als Kandidat der einen oder der anderen Partei genannt wird, obwohl bis zum 1/14. Oktober sämtliche Wahlen im Reiche vorzunehmen sind.

Im Grunde genommen zeigt sich in allen Kreisen der Bevölkerung grosse Gleichgiltigkeit gegenüber jedem eventuellen Ausgange der Wahlkämpfe und dem Schicksale des Kabinetts. Man hat anfangs geglaubt, dass die Jungtürken und Mahmud Schevket Pascha das Reich regenerieren wollen. Da es aber jetzt von letzterem und fast allen Anführern der Jungtürken nur heisst, dass ihr Hauptbestreben auf ihre eigene Bereicherung gerichtet war, so verspricht man sich von ihrer Rückkehr zur Regierung nichts Gutes. Selbstverständlich hat man auch kein Vertrauen zu den Kreaturen Abdul Hamids und erwartet auch von den älteren Staatsmännern, wie Kiamil Pascha, keine rettende Tat.

Verschieden ist jedoch im Allgemeinen die Stimmung der Mohammedaner und der Christen. Erstere sind durch das Fehlschlagen der auf die Bekämpfung des albanesischen Aufstandes und die Pazifizierung Albaniens gerichteten Aktion der früheren Regierungen und auch der jetzigen Regierung traurig gestimmt und versprechen sich nichts Gutes von dem Ausgange der Friedensverhandlungen mit Italien. In dieser Beziehung beschuldigen sie jetzt England der Vorschubleistung im Interesse Italiens. Warum hat England die Okkupierung der Inseln zugelassen? – sagen sie. Die Zunahme des Bandenunwesens in Makedonien erfüllt sie mit grossem Unbehagen, ebenso die Vergrösserung der Truppenmacht Russlands in Kaukasien. Die Christen hingegen sehen mit Schadenfreude dem über dem Reiche hereingebrochenen Gewitter zu.

Die Griechen trachteten seit jeher ihre Nationalität intakt zu erhalten, in der Hoffnung, dass sie nach der Auflösung des Türkischen Reiches die Herrschaft über weite Gebiete desselben erlangen werden, und freuen sich immer, wenn es den Türken schlecht geht, namentlich wenn dieselben durch unglückliche Kriege oder Gebietsverluste geschwächt werden.

Die Armenier unterstützten bis jetzt die Jungtürken, welchen sie ihre Befreiung von der schrecklichen Tyrannei Abdul Hamids und von den unablässigen Verfolgungen und Peinigungen der Schergen dieses Tyrannen verdanken, in der Erwartung, dass sie für ihre Dienste werden belohnt werden. Die Metzereien in Adana und die immer häufiger werdenden Übergriffe und Mordtaten der Kurden belehrten sie aber, dass sie auch unter dem konstitutionellem Regime auf ihrer Hut sein müssen. Man kann wahrlich von ihnen nicht verlangen, dass sie Liebe zu den Türken in ihrem Herzen empfinden. Sie dachten früher, unter Abdul Hamid, durch Errichtung eines armenischen Königreiches sich von der türkischen Herrschaft befreien zu können, das Vordringen der Russen in Persien und die Verfolgung ihrer Connationalen in Kaukasien hat sie indessen darüber belehrt, dass ihnen keine abgesonderte Existenz, sondern höchstens ein Wechsel in der Race, welcher sie unterworfen sind, bevorsteht.

Wollen sie nun den Jungtürken wieder Gefolgschaft leisten, oder eine eigene, respective zwei oder drei eigene Parteien bilden, dies wird sich bald herausstellen.

Die Griechen scheinen hier mit den Liberalen (Ententisten) gehen zu wollen.

Gleichlautend berichte ich nach Konstantinopel.

Geruhen Euere Excellenz den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht zu genehmigen
MÓRICZ

Seiner Exzellenz
Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHSStA PA XXXVIII 357



Meeting über Begebenheiten in den armenischen Provinzen. Resolution an die Regierung in Konstantinopel

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GENERALKONSULAT
SMYRNA]

Nr. 66

Smyrna, den 10. September 1912

Hochgeborener Graf!

Vorgestern hat hier ein Meeting von Armeniern stattgefunden, an welchem ungefähr 1500 Personen teilnahmen. Zweck der Versammlung war, auf die traurigen Begebenheiten hinzuweisen, die sich in den armenischen Provinzen zutragen. Insbesondere wurde darüber Klage geführt, dass die Regierung nichts zur Hintanhaltung

der Begehung von Verbrechen tue, die sich in besorgniserregender Weise mehren, dass ferner die Uebergriffe der Kurden das Land bedrohen und zum Schauplatze von räuberischen Gräueltaten machen und schliesslich, dass jede energischere Massregel für die Sicherheit von Leben und Eigentum, zur allgemeinen Unzufriedenheit des armenischen Volkes, mangle.

Es wurden die folgenden Resolutionen angenommen:

1. sich im Namen des armenischen Teiles der Bevölkerung von Smyrna an die Regierung in Konstantinopel mit dem Ausdrücke des Unwillens über die bisherige Vorgangsweise der Behörden zu wenden und um sofortige energische Massnahme zur Herstellung von Ruhe und Ordnung zu bitten,

2. die tiefste Entrüstung darüber auszudrücken, dass trotz der seit dem Jahre 1909 von den verschiedenen Ministerien gegebenen bindenden Erklärungen niemals wirksame Mittel zur Anwendung gelangt sind um den seit Jahren herrschenden misslichen Zuständen zu steuern.

Auch hat die Versammlung beschlossen, die übrigen Nationalitäten des Reiches zu informieren, dass das ungerechte Vorgehen gegen ein Volk, das, wie das armenische, ein Element der Ordnung und des friedlichen Fortschrittes bilde, die öffentliche Ruhe gefährden und zu Interventionen führen könnte, worunter das ganze Land eventuell zu leiden haben würde.

Die Beschlüsse wurden auf telegrafischem Wege dem Grossvezier, dem Kriegsminister, dem Minister des Innern und dem Cheich-ül-Islam, sowie schriftlich dem neuernannten hiesigen General-Gouverneur Reschid-Bey mitgeteilt.

Gleichlautend berichte ich nach Konstantinopel.

Genehmigen, Euer Exzellenz, den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht. MERLE

Seiner Exzellenz

Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHSStA PA XXXVIII 356



Die Lage im Vilajet Van

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GENERALKONSULAT
TRAPEZUNT]

Z. 34/P

Trapezunt, am 17. September 1912

Hochgeborener Graf!

Von einer *sehr* gut informierten, vertrauenswürdigen Persönlichkeit erfahre ich soeben über die Lage im Vilajet Van Folgendes:

Nach wie vor entfalten dort die Daschnaktzutium – das mit den Jungtürken verbündet gewesene armenische Komitee – die regste Tätigkeit in Bezug auf die Organisierung der Armenier und ihren Schutz durch heimlich operierende Banden.

In der Stadt Van hatten vor 21 Jahren keine Massakres stattgefunden, weil die Mehrzahl der Einwohner Armenier sind, die dort schon damals bewaffnet waren. Gegenwärtig sind die Armenier in jener Stadt mit modernen Schiesswaffen und Bomben in ausreichendem Masse versehen und stehen für den Ernstfall unter der sachkundigen Leitung von bewährten Anführern.

Die Banden besuchen regelmässig die armenischen Dörfer, heben dort eine Kontribution für ihre Zwecke ein, üben Strafjustiz gegenüber untreuen Konnationalen und vertheidigen die Armenier gegen die Kurden.

Das Endziel der Armenier sei dort, die Herrschaft zu erlangen, das ist das herrschende Element zu werden. Dort haben sie nur mit den Kurden zu tun, denn die türkische Bevölkerung sei nur ein kleiner Bruchteil der Einwohnerschaft. Die unwissenden und ganz ungebildeten Kurden werden von ihren Stammhäuptlingen (ihren Bejs) geleitet und befehligt. Letzteren gilt also der von den Armeniern geführte Kampf, denn wenn dieselben niedergedrungen werden, haben die Armenier von der führerlosen Masse der Kurden nichts mehr zu befürchten und können die Leitung der Angelegenheiten der Provinz in ihre Hände nehmen und ihre Forderungen bezüglich der Rückgabe von Grundstücken u. dgl. leicht durchsetzen.

Sie haben auch dem mächtigen Kurdenchef Hussejn Pascha nach der Proklamierung der Konstitution kräftig zugesetzt, so dass derselbe – wie bekannt – mit ca. 600 Reitern nach Persien flüchten musste, und erst nach Erhalt der Zusicherung seiner Straflosigkeit zurückkehrte.

Bekir Bey, der damals dort Wali war, erzwang von ihm die Zurückgabe mehrerer Grundstücke an die früheren armenischen Eigentümer, obwohl Hussejn Pascha *formell* im Rechte war.

Hussejn Pascha hüte sich jetzt etwas gegen die Armenier zu unternehmen, damit diese seine Taten nicht als Beweise für ihre früheren Beschuldigungen anführen können.

Es hausen gegenwärtig zwei Kurdenräuberbanden im Wilajet Van: die eine ist die des Mir Mehe, die sich zumeist an der persischen Grenze, respective in Persien aufhalte und nur auf Streifzüge herüberkomme, – die andere die des Seid, eines zweiten Kurdenchefs. Mir-Mehe befehligte eine 30 Mann starke Bande, sei erst 22 Jahre alt und der beste Schütze in ganz Kurdistan. Derselbe setzte sich ausser der Beraubung von Armeniern die Vertilgung ihrer Anführer zum Ziele. Für Ali Pascha, dem früheren Wali von Van, welcher vor ca. 3 Jahren auf der Durchreise von armenischen Komitadschis in Batum ermordet wurde, wolle zum Beispiel Mir Mehe noch 6 Armenier ermorden. Seid gehe nicht auf Morden, sondern nur auf Raub aus, sei aber ebenfalls von den Armeniern gefürchtet. Er behaupte, dass sein Vater unschuldig im Kerker sitze, und wolle deshalb der Aufforderung, sich zu unterwerfen, nicht nachkommen.

Das Wichtigste an dem Kampfe zwischen den Kurden und den Armeniern sei der Umstand, dass wenn die Regierung die Armenier protegirt, sie die Sympathien der Kurden sich verscherzt, da ja früher Letzteren gesagt wurde dass die Armenier die ärgsten Feinde des Landes seien und sie nun jetzt sehen müssen, dass sie eben diesen Feinden gegenüber zurückgesetzt werden. Es finde bereits ein Liebäugeln zwischen

den Kurden und den Russen statt, welch' Letztere Erstere für sich gewinnen möchten. Hierin liege auch die Bedeutung der Kurdenfrage. Früher galten die Kurden als die verlässlichsten Vertheidiger der Ostgrenze gegen die Russen und nun sei zu befürchten, dass sie (es) eventuell mit den Russen halten werden, wenn die türkische Regierung Ungeschicklichkeiten bei der Behandlung der kurdischen, respective der armenischen Frage begehe.

Die Kommission, welche jetzt nach Anatolien werde entsendet werden, werde von den Armeniern wahrscheinlich zu unrichtigen Massregeln verleitet werden.

Das Wesen dieser Sache sei, dass jetzt die Armenier in Van die Oberhand gewinnen, besser gesagt die Herrschaft erlangen wollen und ihren Widersachern nur aus diesem Grunde auf jegliche Weise zusetzen. Wenn da Missgriffe geschehen, könne eine kurdische Frage von sehr grosser Tragweite entstehen.

Gleichlautend berichte ich nach Konstantinopel.

Geruhen Euere Excellenz den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht zu genehmigen.

MÓRICZ

Seiner Exzellenz

Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHStA PA XXXVIII 357



Nachrichten aus Erzerum

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GENERALKONSULAT
TRAPEZUNT]

Z. 61

Trapezunt, am 7. December 1912

Hochgeborener Graf!

Wie ich von einem in Erzerum wohnhaften österreichischen Staatsangehörigen erfahre, war vor ca. 20 Tagen dort die Stimmung der Muselmanen gegenüber den Christen sehr gespannt. Man habe auch damals ein wohlorganisiertes Komplott aufgedeckt, dessen Ziel Christengemetzel war. Dies sei jedoch von der Regierung rechtzeitig vereitelt worden. Selbst vor 10 Tagen sollen jedoch die Türken noch Lust gehabt haben, die Christenwohnungen in Brand zu stecken, zu welchem Zwecke man schon eine ziemliche Menge Petroleum verteilt hatte. Der Wali wolle aber Ruhe. Die Bevölkerung (die christliche) habe immer noch grosse Angst vor einem Gemetzel, obwohl man augenblicklich nichts Verdächtiges höre oder sehe. Alles sei bewaffnet.

Von russischen Umtrieben habe man sehr viel gesprochen, es habe sich jedoch nichts bewahrheitet. Man sprach von einigen Hundert Kosaken, welche am 28. v. M. hätten dort einziehen sollen um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Wohl sei unterdessen der russische Generalkonsul nach Teheran abgereist und sein Nachfolger angekommen, jedoch ohne Kosaken.

Gegenwärtig sei in Erzerum alles ruhig. Ueberhaupt sei bis jetzt keine einzige Ausschreitung vorgekommen. Von russischen Umtrieben sei weder in der Stadt, noch in deren Umgebung etwas zu merken.

Die Freiwilligen, deren baldige Ankunft in Trapezunt gemeldet wurde, seien nach dem Eintreffen der Nachricht von dem bevorstehenden Waffenstillstande sämtlich in die Heimat zurückgesandt worden. Sie sollen meistens Söhne des Kurdenstammes der Umgebung (also nicht Armenier!) gewesen sein.

Gleichlautend berichte ich nach Konstantinopel.

Geruhen Euere Excellenz den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht zu genehmigen.

MÓRICZ

Seiner Exzellenz
Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHStA PA XXXVIII 357



La communauté arménienne en Turquie supplique sa Majesté Impériale de la défendre

Telegramm

Nr. 423

Teheran, 18. Dezember [1912]

nous avons soumis aux pieds du trone de sa majeste imperiale une supplique relative aux armeniens de turquie. nous prions instamment votre excellence de vouloir bien preter son bienveillant concours a cette malheureuse nation en prenant en main la defense de sa juste cause. communaute armenienne

BITSCHORSKY

son excellence

le ministre des affaires etrangeres vienne

HHStA PA XII 462



Les Arméniens en Turquie menacés par l'extermination systématique

Telegramm

Nr. 887

Djoulfa, 25. Dezember [1912]

excellence l'exigence droit humain elementaire des armeniens turquie savoir garantie vie honneur et biens droit promulge par article 61 traite berlin 1878 et memorandum 11 mai 1895 sous surveillance des six grandes puissances a produit dans cercles

[interesses] des tendances de mouvements separatistes et insurrectionnels et on a [force et] massacre en masse trois cents mille armeniens et partielles tueries pillages incendies enlevements filles et femmes conversions forcees islamisme. atrocites perpetuelles suivies jusqu'a present. lentement mais systematiquement par coupable complice du gouvernement ayant pur et simple but exterminer aneantir population armenienne dans son foyer seculaire pour etouffer la [question] mentionnee. excellence quel sort infernal attend les armeniens lorsque par retour des troupes fugitives et tant de milliers hordes des emigrants roumelie s'installeront envahissant anatolie et armenie portant avec eux vengeance et courroux contre infideles. excellence les armeniens azerbaijan s'adressent a vous pour solliciter de vouloir bien prendre en consideration leur extremement penible situation et accorder tous vos possibles philanthropiques assurant droits humains de nos coreligionnaires de turquie et en les favorisant d'une organisation et bonne administration de justice et civilisatrice sauvegardant conditions existence en armenie et cilicie pour leur paisible culture. archeveche azerbaijan vicair pere GARABED MANOUKIAN president NAZARBEK secretaire SCHAHBAZ signatures legalisees par telegraphe

excellence le premier ministre
de l'empire austro hongrois vienne

HHSStA PA XII 462



Les Arméniens des Etats-Unis et du Canada demandent l'exécution des réformes promises

Telegramm

Nr. 5378

New York, 28. Dezember [1912]

les armeniens des etats-unis et canada nous ont charge d'inviter respectueusement votre attention bienveillante sur la situation deplorable de nos compatriotes en turquie et vous prier accorder l'appui de votre influence a la conference ambassado-riale a fin d'assurer l'execution des reformes promises par l'article LXI du traite de berlin

archimandrite VEHOUNI [et]
AYVAZIAN president

son excellence comte berchtold
minister affaires etrangeres vienne

HHSStA PA XII 462



**La Colonie arménienne d'Angleterre sollicite l'Empereur
François-Joseph de sa puissante protection pour les
Arméniens en Turquie après le massacre des 300 000**

ARMENIAN RECTORY
UPPER BROOK ST.
MANCHESTER

Manchester, ce 30 Decembre 1912

Majesté,

Au moment où les représentants des Puissances Européennes s'appêtent à régler la nouvelle phase de la question d'Orient, la Colonie Arménienne d'Angleterre lève respectueusement les yeux vers Votre trône impérial, et prie humblement Votre Majesté de vouloir bien ordonner à ses délégués de prendre en main la cause arménienne au cours des prochaines négociations entre les Puissances signataires du traité de Berlin. L'article 61 du traité de Berlin ne fut jamais appliqué et le martyr du plus ancien peuple chrétien égala celui des Chrétiens des premiers siècles. Trois cent mille cadavres jonchèrent les villes et villages habités par les Arméniens. Nous faisons appel aux sentiments de haute philanthropie du magnanime Empereur d'Autriche-Hongrie, et nous sollicitons sa puissante protection pour nos compatriotes si cruellement persécutés par haine de la foi du Christ.

Pour la Colonie Arménienne d'Angleterre.

KÈVORK UTUDJIAN, Evêque

A Sa Majesté Impériale François-Joseph
Empereur d'Autriche-Hongrie etc., Vienne

HHStA PA XII 462



**Armenische Kirchenfürsten werden bei der Londoner Bot-
schafter-Réunion zugunsten ihrer Konnationalen
in der asiatischen Türkei vorstellig**

[K. UND K. MINISTERIUM
DES AEUSSERN, WIEN]

Telegramm in Ziffern

an Grafen Mensdorff in London, Nr. 154

Wien, am 31. Dezember 1912

Nachdem Patriarch Ormaniom und andere armenische Kirchenfürsten sich nach London begeben, um bei der Botschafter-Réunion zugunsten ihrer Konnationalen in der asiatischen Türkei vorstellig zu werden, hat auch der hiesige Mechitaristenabt, Erzbischof Govrik, die Absicht, nach England zu reisen und mich diesbezüglich um meinen Rat befragt.

Ich habe Mgre. Govrik erwidert, daß er infolge seines Aufenthaltes in der

Monarchie kaum wesentliche Aufschlüsse über das Schicksal der Armenier in der Türkei geben könne und daß übrigens die Londoner Botschafter-Réunion zu einer Besprechung der armenischen Frage wenigstens bisher nicht berufen erscheint, ich jedoch im übrigen kein Bedenken gegen die geplante Reise hege.

Da der Erzbischof indes Wert darauf zu legen scheint, daß der durch ihn repräsentierte armenisch-katholische Mechitaristenorden bei Vertretung der armenischen Interessen nicht hinter den anderen beteiligten Faktoren zurückbleibe, ist es nicht ausgeschlossen, daß er demnächst die Reise nach London antrete.

Für diesen Fall möchte ich ihn umsomehr dem freundlichen Entgegenkommen Euer Exzellenz empfehlen, als das Interesse des hierländischen Armeniertums an der nationalen Sache uns die im Falle des Aktuellwerdens der armenischen Frage vielleicht nicht unerwünschte Gelegenheit bieten könnte, auch bei diesem Teile des orientalischen Problems ein Wort mitzureden.

HHStA PA XII 462



Kurdische Bevölkerung soll von den Behörden mit Waffen versehen worden sein

Telegramm von Graf Thurn

Nr. 10
Chiffre

Petersburg, 11. Jänner 1913

Im Laufe der heutigen Konversation erwähnte Herr Sazonow [Sasonow], er habe recht ungünstige Nachrichten aus Armenien erhalten, wo zufolge Meldungen dortiger russischer Konsulate die kurdische Bevölkerung von den Behörden mit Waffen versehen werde. Russland, welches seiner Mission als Beschützer der Christen im Orient nicht untreu werden dürfe, könnte unter keinen Umständen Wiederholung von armenischen Massakern dulden.

Minister habe deshalb in nachdrücklichster Weise den türkischen Botschafter auf die ernstesten Folgen aufmerksam gemacht, welche Ausschreitungen gegen die Armenier nach sich ziehen müssten. Das auffallende Interesse, welches man hier seit einiger Zeit für Armenien hegt, scheint mir symptomatisch; es könnte offenbar damit einerseits beabsichtigt sein, durch Andeutung derartiger Interventionsmöglichkeit eine Pression auf die Türkei auszuüben, um sie für den Friedensschluss gefügiger zu machen, andererseits könnte man aber hieraus auch auf das Vorhandensein weiterer, heute vielleicht noch nicht klar definierter Pläne Russlands schließen.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA XII 462



Bitte um Schutz und Hilfe für die Konnationalen im türkischen Armenien und Cilicien

ARMENISCHE CULTUSGEMEINDE FÜR
DAS HERZOGTUM BUKOWINA UND
DAS KÖNIGREICH GALIZIEN

Suczawa, am 21. Jänner 1913

Euere Excellenz!

Tief erschüttert durch die alarmierenden Nachrichten, die aus dem türkischen Armenien und Cilicien neuerlich zu uns dringen, erlaubt sich der gefertigte Ausschuss der armenischen Cultusgemeinde für das Herzogtum Bukowina und das Königreich Galizien in *Suczawa* als legale Vertreterin der unter dem glorreichen Scepter der Habsburger lebenden Armenier, sich ergebenst an Euere Excellenz mit der Bitte zu wenden, der beklagenswerten und äusserst gefahrvollen Lage unserer Connationalen, welche in jenen heimgesuchten Landstrichen hart um ihre Existenz zu kämpfen haben, das Augenmerk zuwenden zu wollen.

Das armenische Volk in der Türkei leidet seit Jahrhunderten wegen seiner treuen und unerschütterlichen Anhänglichkeit an die christliche Religion und westliche Kultur unsäglich unter dem harten Drucke unzivilisierter fanatischer und raublustiger Volksstämme. Mordend, plündernd und sengend ziehen diese barbarischen Horden durch Armenien, die armenischen Dörfer in Schutt und Asche verwandelnd; alle von Armeniern bewohnten türkischen Vilajete gleichen Trümmerhaufen. Greise, Weiber und Kinder der Armenier werden von den Kurden erbarmungslos hingeschlachtet und ihrer Habe beraubt. In diesen Zeiten höchster Not und Verzweiflung wendet sich dieses Volk an die Grossmächte Europas, die Beschützer des christlichen Glaubens und der Civilisation und erwartet von diesen Befreiung vom Joche.

Europa hat auf dem Berliner Kongresse den Verzweiflungsschrei des geknechteten Armenien gehört und im Artikel 61 des Berliner Vertrages den Provinzen der armenischen Türkei Reformen und administrative Verbesserungen versprochen, aber statt der Reformen die die türkische Regierung in den von Armeniern bewohnten Vilajete einzuführen sich verpflichtet hatte, wurde die armenische Bevölkerung einer systematischen Verfolgung ausgesetzt die den Zweck der Schwächung und Dezimierung des armenischen Elementes verfolgte und der die fürchterlichen Massacres der Jahre 1884–1896 die Krone aufsetzten.

In der Zeit dieser blutigen Gemetzel wurde der hohen Pforte seitens der Botschafter der sechs Grossmächte ein Projekt zur Einführung von Reformen vorgelegt: aber auch dieses Projekt ist bloss auf dem Papiere geblieben und neuerliche Gemetzel folgten.

Die Einführung des konstitutionellen Regimes in der Türkei hat bei den Armeniern die Hoffnung geweckt, dass auch für sie eine Aera der Gerechtigkeit folgen werde. Aber trotz ihrer loyalen und ergebenen Haltung die lang ersehnten Reformen nicht beschieden, blieben die Armenier die Opfer unausgesetzter Verfolgungen seitens der Kurden und das Blutbad von Adana, noch furchtbarer als jene, welche die

hamidische Regierung kennzeichneten, bewies wohl am deutlichsten, dass das konstitutionelle Regime in der Türkei nur Lug und Trug gewesen.

Heute sind die Christen der europäischen Türkei dank dem Balkankriege von ihrem Joche befreit. Aber das türkische Armenien verbleibt in einem Zustande, noch viel bejammernswerter als je zuvor. Dieser Zustand droht noch viel trostloser zu werden, wenn die muselmanischen Emigranten aus der europäischen Türkei sich nach Kleinasien ergiessen und wenn nach Beendigung des Krieges die türkischen und kurdischen Soldaten als Besiegte heimkehren und blutige Rache nehmen werden an den christlichen Armeniern für die am Balkan erlittenen Niederlagen. Die christliche armenische Nation wird alsdann, von niemandem geschützt, vollständig wehr- und waffenlos ihrer vollständigen Vernichtung entgegengehen gleichsam als Strafe dafür, dass sie durch Jahrtausende treu an ihrem christlichen Glauben festgehalten hat und ein Bollwerk der europäischen Kultur und Civilisation in Kleinasien war.

Es wäre gerecht und human, dass Europa das Werk der Balkanstaaten vollende und in dem Zeitpunkte, wo die mazedonische Frage ihrer endgültigen Erledigung entgegengeht, auch die armenische Frage einer Lösung zuführe. Wenn dies nicht geschieht, wird die Lage Armeniens eine ewig fliessende Quelle von Konflikten und Unruhen bilden wie es bisher Mazedonien gewesen. Die Regierung Seiner Majestät, unseres allergnädigsten Kaisers und Herrn, hat immer dem armenischen Volke gegenüber hochherzige Sympathien bewiesen und wir Armenier, die wir das Glück haben, unter dem glorreichen Scepter der Habsburger zu leben, sind vom tiefsten Danke erfüllt für den mächtigen Schutz und das besondere Wohlwollen, das uns seitens der hohen Regierung stets zuteil ward. Aber blutenden Herzens sehen wir die furchtbaren Leiden unserer Connationalen im türkischen Armenien und Cilicien und erbitten für dieselben in der Krisis, welche sie jetzt durchmachen, Schutz und Hilfe.

Es stehen wohl jetzt Verhandlungen zwischen den Grossmächten in Aussicht, um alle im Gefolge des Balkankrieges aufgerollten Fragen zu bereinigen. Wir erlauben uns daher namens der unter dem glorreichen Scepter Oesterreichs lebenden Armenier an die hohe österreichische Regierung als Mitsignatarin des Berliner Vertrages das Ersuchen zu richten zugleich im Namen der Humanität und der Civilisation und im Interesse des Friedens im Oriente an die hohe Regierung den Appell, diese Frage im Sinne der bereits im § 61 des Berliner Vertrages vorgesehenen Reformen einer Lösung zuzuführen.

Der Obmann der armen. Cultus-Gemeinde

VARTERES RITTER VON PRUNKUL
Abgeordneter der I. Kurie

[Das Dokument enthält 30 weitere Unterschriften]

[Seiner Exzellenz
Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien]

HHStA PA XII 462



Über die Wünsche der Armenier und die Stimmung in Erzerum

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GENERALKONSULAT
TRAPEZUNT]

Z. 9

Trapezunt, am 30 Jänner 1913

Hochgeborener Graf!

Es wird mir Folgendes aus Erzerum gemeldet:

Die anatolische Reform-Frage spuckt hier freilich in allen Köpfen. Ich habe mich bei mehreren mehr oder weniger revolutionären Geistern erkundigt, was die Leute eigentlich wollen. Die Aussagen aller stimmen darin überein, dass alle eine Bürgerschaft für Sicherheit ihres Lebens und ihrer Güter verlangen, was es bis dato nicht gegeben.

In dieser Beziehung verlangt man vor Allen, die Unterwerfung des ganzen armenischen Gebietes unter europäische Kontrolle. Diese solle aber von allen europäischen Staaten insgesamt ausgeführt werden und nicht von Russland allein. Nur im Falle, dass die vereinten europäischen Staaten auf die Ueberwachung dieses Gebietes verzichten, würden sich die Armenier gänzlich auf ihren russischen Nachbarstaat angewiesen sehen. Eine Reform wird aber überall und sehr energisch verlangt: auch zögert man hier nicht der Freude über die Verluste der Türken und über die jetzige erzwungene Verzichtleistung auf Adrianopel öffentlich Ausdruck zu geben.

Die Türken sind hier über die Verluste ihres Vaterlandes sehr erschüttert, man merkt aber trotzdem sehr wenig von Ausbrüchen des Hasses gegen Christen: alles ist ruhig, so hat es wenigstens den Anschein. Nur halten die Türken verschiedene „Meetings“ ab, um über die gegenwärtige traurige Lage zu konferieren. Sie scheinen sich in ihr Schicksal zu ergeben?

Andererseits verbreitet eine türkische Agence die Nachricht, dass an der russischen Grenze 27 Armeekorps(?) mobilisiert seien, zur Vermehrung der übrigen bereits am gleichen Orte mobilisierten Armeen(?). Die Armenier werden durch diese Anordnungen sympathisch berührt. Im Ganzen genommen, wünschen also die Armenier nichts anderes als Gerechtigkeit und eine europäische Kontrolle, – so sagen sie wenigstens.

Von dem Wunsche nach armenischen General-Gouverneuren verlautet zur Zeit noch nichts.

Gleichlautend berichte ich nach Konstantinopel.

Geruhen Euere Excellenz den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht zu genehmigen.

MÓRICZ

Seiner Exzellenz
Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHStA PA XII 462



Bitte um Einflußnahme zur Beendigung der Greuelthaten

Telegramm von der armenischen Kolonie Java

[Nr. 201]

Batavia, 6. März 1913

Erbitten Auswärtigen Amtes mächtigen Einfluß Beendigung fortwährender Gräueltaten, systematischen Verfolgungen, Abschachtungen unserer Brüder in Türkisch-Armenien und Cilicien, Einführung Reformen, Wahrung Sicherheit, Ehre, Leben, Eigentum, gemäß Artikel 61 Berliner Vertrages.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA XII 462



Demande aux Puissances européennes de soutenir auprès de la Turquie la mise en vigueur du Traité de Berlin et du projet de 1895

AMBASSADE DE LA
RÉPUBLIQUE FRANÇAISE À VIENNE

Note Verbale Nr. A/28

Vienne, le 18 Mars 1913

Le Gouvernement de la République a reçu par les soins de Boghos Nubar Pacha, chef d'une déléation nommée par S. S. le Catholicos Kevork V, Patriarche et chef suprême de tous les Arméniens, une note sur les revendications arméniennes datée du 1er Mars 1913.

Les rédacteurs de ce document réclament l'application de l'article 61 du Traité de Berlin qui est toujours resté lettre morte, de même d'ailleurs que le mémorandum accompagné d'un projet de réformes qui, élaboré le 11 Mai 1895 par les Ambassadeurs d'Angleterre, de France et de Russie à Constantinople, fut approuvé par l'Allemagne, l'Autriche-Hongrie et l'Italie, et accepté avec quelques modifications par la Sublime Porte, sans que celle-ci d'ailleurs en ait jamais tenu compte.

La Déléation arménienne émet le vœu que les Puissances européennes obtiennent de la Turquie la mise en vigueur de ce projet de 1895 dont quelques articles ont dû être modifiés par suite de la promulgation de la Constitution Ottomane, et elle voit dans l'application des réformes arméniennes et dans l'introduction du contrôle européen un facteur essentiel pour le maintien du statu quo dans la Turquie d'Asie.

Pour satisfaire au désir de son Gouvernement qui ne doute pas que le document ci-dessus indiqué n'ait également été porté à la connaissance du Ministère Impérial et Royal des Affaires Etrangères, l'Ambassade de France aurait intérêt à connaître quelle impression a causé sur lui la note de la Déléation arménienne.

Au Ministère I. et R. des Affaires Etrangères, à Vienne

HHStA PA XII 462

Zuschrift einer armenischen Delegation, die die Forderungen der Armenier zu vertreten hat

[K. UND K. MINISTERIUM
DES AEUßERN, WIEN]

Abschrift eines Erlasses

1. an Grafen Szögyény in Berlin

2. an Herrn von Mérey in Rom

Nr. 1358–1359

Wien, 31. März 1913

Die hiesige französische Botschaft hat die in Kopie anverwahrte Verbalnote* anhergerichtet.

Wie Euer Exzellenz aus dieser entnehmen wollen ist der Regierung der Republik eine vom 1. März datierte Zuschrift einer armenischen Delegation zugekommen, welche vom Katholikos Kevork V. ernannt wurde und die Forderungen der Armenier zu vertreten hat.

Die von der Delegation redigierte Note schließt mit dem Wunsche, daß die europäischen Mächte bei der Türkei das Inkrafttreten des Projektes durchsetzen, welches von den Botschaftern Englands, Frankreichs und Rußlands in Konstantinopel unterm 11. Mai 1895 ausgearbeitet und von Oesterreich-Ungarn, Deutschland und Italien gutgeheißen wurde. Die armenische Delegation erblickt – wie in ihrem Memorandum bemerkt wird – in der Anwendung der Reformen und der europäischen Kontrolle einen wesentlichen Faktor für die Aufrechterhaltung des status quo in der asiatischen Türkei.

Die französische Regierung nimmt an, daß der k. u. k. Regierung eine identische Zuschrift zugekommen ist und legt Wert darauf, den Eindruck zu erfahren, welche diese Zuschrift der armenischen Delegation hier hervorgerufen hat.

Wie Euer Exzellenz bekannt, habe ich speziell in allen Fragen, welche die asiatische Türkei betreffen, mich bemüht, ein einvernehmliches Vorgehen mit den anderen Dreibundmächten zu beobachten; es schiene mir daher auch im gegenwärtigen Falle ein vorgängiges Einvernehmen über die der französischen Regierung zu erteilende Antwort am Platze, wobei ich voraussetze, daß dem dortigen Kabinette durch die dortige französische Botschaft eine gleiche Anfrage zugekommen ist.

Ich beehre mich daher, Euer Exzellenz zu ersuchen, ad 1: Herrn von Jagow / ad 2: Marquis di San Giuliano von dieser Angelegenheit Kenntnis zu geben und dieselbe mit ihm in der angedeuteten Richtung besprechen zu wollen.

Hochdieselben wollen ad 1: dem Herrn Staatssekretär / ad 2: dem Herrn Minister des Aeußern gegenüber bemerken, daß uns die in der Note der französischen Botschaft bezogene Zuschrift der armenischen Delegation bis nun nicht zugekommen ist und daß ich daher der Meinung bin, die Antwort an die französische Botschaft könnte sich darauf beschränken, dieses Nichterhalten der erwähnten Zuschrift und die Bemerkung zu verzeichnen, daß unter diesen Umständen für uns kein Grund vorliege, der Frage näherzutreten.

* Siehe S. 51

Was die in der Botschaftsnote erwähnte Bemerkung der armenischen Delegation von dem Vorteile der Anwendung von Reformen und der Einführung einer europäischen Kontrolle anbelangt, so könnte dieselbe meiner Ansicht nach schließlich noch mit dem Hinweise auf die europäische Türkei abgetan werden, bei welcher sich die Hinfälligkeit solcher Maßregeln offenkundig dokumentiert hat.

Ein gleicher Erlaß ergeht unter einem an

ad 1: Herrn von Mérey.

ad 2: Grafen Szögyény.

ad 1 und 2: Empfangen etc.

HHSStA PA XII 462



Schilderung des armenisch-orthodoxen Patriarchats über Ausschreitungen und Gewaltakte, denen die christliche Bevölkerung in den armenischen Provinzen angeblich ausgesetzt ist

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL]

Nr. 22/D

Konstantinopel, am 15. April 1913

Hochgeborener Graf!

Im Verfolge meines ergebensten Berichtes vom 6. Februar l. J., Nr. 7/E, erlaube ich mir Euer Exzellenz anverwahrt die mir vom armenisch-orthodoxen Patriarchate zugekommene Schilderung von Ausschreitungen und Gewaltakten, welchen die christliche Bevölkerung in den armenischen Provinzen seitens der Kurden und behördlichen Organe angeblich fortdauernd ausgesetzt ist, zur hohen Kenntnissnahme zu unterbreiten.*

Als ich kürzlich mit Mahmud Schefket Pascha über die armenische Frage sprach, sagte mir derselbe, die Unruhen in Armenien würden durch Russland geschürt, indem die russischen Agenten die Kurden und die Armenier gegen einander aufhetzen. Um in Armenien die Reformen leichter einführen zu können, setzte der Grossvezier fort, sollte man vor Allem in jenen Gebieten Eisenbahnen bauen. Jedoch auch in dieser Beziehung mache Russland der Türkei Schwierigkeiten und bestehe auf seinen diesbezüglichen Vorrechten. Auf diese Weise werde die Türkei sogar gehindert, im nordöstlichen Teile Kleinasien's türkische Staatsbahnen zu bauen, weil Russland noch für die nächsten 15 Jahre das erwähnte Recht in Anspruch nehmen wolle.

Mahmud Schefket Pascha meinte schließlich, dass aus den vorerwähnten Gründen die Ausführung der von der Türkei für die armenischen Provinzen beschlossenen Reformen wesentlich erschwert werden dürfte.

* Siehe S. 54-60

Ich habe den Eindruck gewonnen, dass der Grossvezier befürchtet, die mit den Reformen in Mazedonien gemachten verhängnisvollen Erfahrungen könnten sich in Armenien wiederholen.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner Ehrfurcht.

PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

BEILAGE ZU BERICHT NR. 22/D DDO. COS-PEL* 15. APRIL 1913

LA SITUATION ACTUELLE DANS LES PROVINCES HABITÉES PAR LES ARMÉNIENS, IX

par lettre

Séert, 18 Janvier 1913

Le commandant des troupes locales, accompagné de quelques gendarmes entre depuis 3 mois dans les villages, sous prétexte d'arrêter le brigand Kurde Mahmoud Emin et vit aux dépens des chrétiens, en prélevant des impôts. Pendant ce temps Mahmoud Emin reste dans sa maison en toute tranquillité.

Le 1^{er} janvier, la population musulmane de la ville, armée de fusils et de révolvers, a traversé le marché, en proférant des menaces suivantes contre les chrétiens: «Demain, après la prière, nous allons massacrer les chrétiens. La Russie protège les Arméniens. Ah! elle vous a promis l'indépendance? . . . Eh bien! nous ferons en sorte que dans le pays il ne reste plus de chrétiens, etc. etc. etc.»

La population, prise de terreur, s'est réfugiée au vicariat arménien. Après une courte délibération, nous avons décidé de nous présenter la nuit même chez le gouverneur, en compagnie des vicaires Syrien et Chaldéen.

Le gouverneur, au lieu d'encourager la délégation, a augmenté ses craintes par son silence.

Vendredi, les Arméniens n'ont pas osé ouvrir leurs boutiques. Nous nous sommes présentés, avec quelques membres du Conseil Civil, au commandant militaire. Bien que celui-ci ait voulu nous rassurer, nous avons appris de bonne source que la nuit dernière des cartouches ont été distribuées aux soldats.

Samedi, jusqu'à midi, les boutiques sont restées fermées.

par lettre

Mouche, 18 Janvier 1913

Le 13 courant, les gendarmes turcs, sous prétexte de chercher des déserteurs, ont emprisonné et battu cruellement les nommés Baghdassar Ghatchiquian et Elo Mighikiam, originaires de Mokouk.

Trois jours après, ils ont conduit chez lui, le susdit Baghdassar et en présence de ses

* Cos-pel = Abkürzung für Konstantinopel

enfants et de sa femme, l'ont attaché, à l'aide d'une corde, à la colonne de la maison, puis se sont mis à le rouer de coups sans pitié.

Presque dans tous les villages, ces gendarmes ont commis les mêmes cruautés.

Ces gendarmes appartiennent à la classe la plus basse et la plus fanatique des Turcs. Ils sont les ennemis déclarés des Arméniens. L'enrôlement de soldats est, entre leurs mains, une arme dont ils se servent pour assouvir leur haine.

Cette haine est très accentuée, aussi chez les officiers parmi lesquels Kiazim se fait particulièrement remarquer.

Les Kurdes et les Turcs se soustraient au service militaire. Mais ils ne sont l'objet d'aucune rigueur.

par lettre

Esqui-Chéhir, 9 Février 1913

Hier, dans le village d'Artaki, près d'Esqui-Chéhir, deux jeunes gens Arméniens, nommés Ankiné et Mighirditch, étaient allés dans une forêt pour abattre du bois.

En ce moment, ils furent attaqués par Keuruk Khalil Oghlou Husséine et 3 cavaliers turcs qui tuèrent Mighirditch et blessèrent grièvement Ankiné au pied.

par lettre

Diarbékir, 11 Février 1913

La surexcitation des esprits a augmenté à la suite des nouvelles télégraphiques extraordinaires qui sont parvenues.

La population est défiante. Elle s'attend d'instant à instant à des choses imprévues et considère sa vie en danger.

Bien que depuis quelques jours des faits nouveaux ne soient pas notés, on ne saurait dire que la population vit tranquille. Un petit incident suffit pour l'effrayer.

Il y a deux jours, à la suite d'instructions envoyées par le Chéih-ul-Islam, la population musulmane s'est réunie dans une Mosquée, à l'effet d'entendre les sermons de ses ulémas et de prier pour le succès des armes turques.

Mais les chrétiens, effrayés, fermèrent leurs boutiques et se réfugièrent dans leurs maisons.

par lettre

Smyrne, 11 Février 1913

Ismaïl Hakki Bey, ex député de Cumuldjina a fait une conférence subversive devant une foule compacte, excitant les musulmans contre les chrétiens. Nous vous envoyons la traduction de cette conférence:

«Messieurs!

Le gouvernement précédent est [la] cause que l'ennemi est parvenu jusqu'à nos portes. Si le cabinet actuel n'avait pas pris les rênes du pouvoir, ledit gouvernement aurait conclu une paix avilissante pour l'honneur national.

Par conséquent, il faut que vous aidiez le cabinet actuel de votre argent et de vos armes.

Engagez-vous comme volontaires, pour la défense de l'Etat ottoman qui a un passé de 700 ans. Au lieu de dormir dans vos lits, courez sur les champs de bataille pour y recevoir le martyr.

Moi aussi je me suis inscrit comme volontaire, conformément aux ordres du prophète. Voyez, les prêtres des Grecs et de ces chiens de Bulgares vont à la guerre, marchant à la tête des troupes. Que font nos hodjas au fond des Médressés?

Ces chiens de Bulgares, de Serbes, de Grecs qui, en Roumélie, [ont] foulé aux pieds les tombeaux de nos ancêtres, ils ont massacré des centaines de milliers de musulmans; ils ont souillé l'honneur de nos sœurs; ils ont suspendu des cloches au haut de nos minarets et ont officié dans nos Mosquées.

Laquelle dois-je citer encore de leurs nombreuses lâchetés?

Donc, courez aussi aux armes et rejoignez le champ de bataille.

Massacrez tous les Chrétiens que vous rencontrerez, parce que vous pouvez être sûrs que tous ceux qui portent le nom chrétien ont versé le sang de centaines de Musulmans.

Ces lâches Anglais qui nous exploitent, ces vils Russes et ces vils Français se sont mis d'accord pour nous réduire à cet état.

Il ne faut pas avoir confiance en eux. Gagnons notre cause par nos propres moyens.

Nous avons proclamé la Constitution pour améliorer la situation du pays, mais les lâches Européens ont renversé tous nos salutaires projets.»

par dépêche

Diarbékir, 12 Février 1913

La nommée Sara, fille de Nadir Bédrossian, originaire de Dérîk qui avait été enlevée et souillée par un Kurde, a été laissée par le gouvernement entre les mains de l'usurpateur, malgré qu'il ait constaté qu'elle était âgée de moins de 15 ans.

La nommée Lussik, fille de Haroutioun, originaire de Sérînk, qui d'après les registres mêmes de l'Etat-civil, est âgée de moins de 3 ans que son frère qui a 15 ans, est, à l'effet d'être de force convertie à l'islamisme, amenée devant le conseil administratif présidé par le vali. Ledit conseil, profitant de ce que les membres Musulmans y ont la majorité, fixe à sa guise l'âge de la jeune fille qu'il livre à son ravisseur.

Ce fait et d'autres faits vexatoires de cette espèce ne cessant de se produire, au mépris des prérogatives nationales et religieuses, nous protestons.

par lettre

Sivas, 13 Février 1913

Outre les exactions des gendarmes turcs dans le village de Yapaghtoun, 3 autres gendarmes de Darendé sont allés dans le village d'Achod sous prétexte d'y recueillir des secours militaires. Ils se sont installés dans une des chambres de l'église arménienne, et à l'instigation des Turcs de la localité, ils ont appelé d'un village voisin deux autres gendarmes, puis pénétrant dans les maisons des villageois arméniens, ils ont cruellement battu, ceux-ci ainsi que leurs femmes, détruisant leurs vivres et brisant leurs meubles. Ils ont torturé le prêtre du village et l'ont emprisonné dans sa maison, proférant des injures contre la religion et l'honneur des Arméniens.

par lettre

Alep, 19 Février 1913

Les Turcs Kérim-Hassan, Djin-Osman, Perchab-Osman, Arab-Ali armés de fusils martinie, ont assailli le village arménien d'Adjenli et ravi 25 livres turques ainsi que tous les objets de valeur se trouvant dans les maisons.

Deux jours après, ayant appris que les villageois avaient informé de ce fait le gouvernement, ils ont, pour la deuxième fois, attaqué le village, exigeant 50 livres. Les paysans, abandonnant leurs maisons et leurs biens, se sont enfuis au village d'Andirin.

par dépêche

Diarbékir, 18 Février 1913

La nommée Marian, femme de Kazbar Alexanian originaire de Bidjéi-Atlichak a été enlevée par force, il y a 4 jours.

Nous venons d'apprendre qu'une dépêche a été adressée aux valis par le ministre de la justice, autorisant le mariage avec des musulmans des jeunes filles chrétiennes adultes enlevées, sans qu'il y ait nécessité d'accomplir les formalités d'usage pour conversion à l'islamisme.

Nous protestons contre cette dépêche attentatoire à la religion et à la dignité nationale.

par lettre

Séert, 17 Février 1913

Toutes les démarches faites auprès du gouvernement, aussi bien par notre archevêché que par le patriarcat, sont restées sans effet. Les brigands n'ont pas été arrêtés. Ils se promènent librement.

Le bandit Mehmed Emine s'est rendu au village de Sirmed et s'est fait remettre, par force, de l'argent.

Le commandant Mahmé, à la tête de 80 gendarmes, poursuit ledit brigand qui n'a pas été arrêté jusqu'ici. Nous avons appris de source certaine que le commandant s'est mis d'accord avec le brigand. Cela explique que celui-ci ne soit pas encore arrêté.

par lettre

Brousse, 26 Février 1913

La nuit d'hier, la police locale a remis à l'église arménienne le cadavre d'un jeune homme âgé de 25 ans, sauvagement assassiné et dont l'identité n'a pu être établie aussitôt.

Aujourd'hui, après examen du cadavre, nous avons établi qu'il s'agit du nommé Charoukin Parsehian, originaire de Nasli-Han, gardien dans une fabrique.

L'autopsie de la victime a prouvé que les criminels ont d'abord tué Charoukin Parsehian à coups de fusil, puis lui déchirant le ventre, l'ont brûlé, en l'enduisant de pétrole.

Les criminels restent inconnus...

par dépêche

Oghnoud, 19 Mars 1913

Les assassins Kurdes de Manouk, ont été acquittés par le tribunal de Kindj. Ces individus, leurs complices, ainsi que les influents de l'endroit nous préparent des malheurs pour le printemps.

Le fonctionnaire de police, Husni effendi, s'est accordé avec eux. La population chrétienne de notre district ne songe qu'aux calamités quelles sont prêtes de fondre sur elle.

par dépêche

Adana, 18 Mars 1913

Les pillages, et les rapt de femmes et les persécutions par les brigands des Turcs, surtout ceux commis par Kérime Oghli, dans les localités de Caban, d'Andéroun et les alentours sont devenus si nombreux, que la circulation est complètement interrompue.

Nous demandons des mesures efficaces pour assurer l'ordre et la sécurité dans le pays.

par lettre

Ismi, 5 Mars 1913

Le Chaudronier Artine, du village de Mitchakugh, âgé de 66 ans, qui s'était rendu à cheval dans les villages turcs, y a été assassiné et son corps, affreusement mutilé, a été transporté à Mitchakugh. L'un des poumons avait été arraché et la tête du cadavre était attachée au tronc.

LA SITUATION ACTUELLE DANS LES PROVINCES HABITÉES PAR LES ARMÉNIENS, X

par dépêche

Bitlis, 31 Mars 1913

Les Musulmans de notre ville, surexcités par un meurtre dont l'auteur est inconnu, et qu'ils imputent aux Arméniens, ont blessé quatre personnes.

La population arménienne est en proie à la terreur.

J'implore protection prompte et efficace.

par lettre

Yozghad, 23 Février 1913

Mouhsine Bey, mudir du nahié de Kizil-Kodja (Yozghad) qui y exerce ses fonctions depuis 4 ans, a, plusieurs fois déjà, par suite de son passé et de sa conduite dictée par le fanatisme et une grande animosité contre les chrétiens, donné des sujets de plainte à notre évêque.

Ces jours-ci, Mouhsine Bey a commis un nouvel acte de sauvagerie et de cruauté qui a rempli de douleur les Arméniens de Yozghad.

Malgré tout l'empressement que nous montrons à accomplir le service militaire, à payer les impôts et à donner des offrandes au profit de l'armée, le gouvernement agit à notre égard de la façon la plus injuste, la plus vexatoire, récompensant ainsi notre fidélité et notre dévouement.

Ce mudir, accompagné de nombreux partisans du régime hamidien, ainsi que de 15 cavaliers, a assailli le village arménien de Saatli, près Yozghad, sous prétexte de découvrir des déserteurs arméniens. Mais au lieu de perquisitionner conformément aux usages constitutionnels, il a commis de telles atrocités, qu'il y a lieu de se demander si l'on ne vit pas dans un siècle de barbarie.

Ledit mudir, sans aucun avis, est entré avec ses acolytes, dans les maisons des villageois, en proférant des injures contre la nation arménienne. Il a soumis les femmes et les enfants à la torture. N'ayant pu découvrir aucun déserteur, il a ordonné de faire sortir des maisons les femmes et les enfants, puis il a fait apporter du foin et du bois et a menacé d'incendier les maisons de la dame Elisabeth, mère de Mardiros; d'Ovsanna, femme de Nahabet; de Rachel, femme de Vartan; de Nektar, femme d'Aghabey; de Nazlou, mère d'Esase; d'Elisabeth, mère d'Apissoghon.

Le bois et le foin furent entassés, tandis que s'élevaient les plaintes et les lamentations des enfants et des femmes. En ce moment, quelques anciens du village ayant eu le courage de déclarer que cette affaire aurait des conséquences graves, le mudir se contenta d'emmener cinq femmes, au lieu de déserteurs. Deux avaient avec elles leurs enfants. Les battant et les injuriant, il les conduisit d'abord au village arménien de Satchli où il laissa les deux enfants et une vieille femme. Les autres furent emmenées au village de Kizil-Yar et de là à celui de Hadji-Chéfati, où l'on passa la nuit.

Pendant tout ce trajet, le mudir et ses hommes étaient à cheval, tandis que les malheureuses femmes marchaient à pied. Le lendemain, elles furent conduites au village de Yastaghli, puis à Kabadja Oghli où l'on passa la deuxième nuit.

Le jour suivant, après avoir, en subissant toute sorte d'affronts et de tortures traversé un village turc, elles furent enfin conduites au département de la police d'où on les relâcha.

Les malheureuses auraient été violentées.

Non seulement sous le régime constitutionnel, mais même sous le régime hamidien, nous n'avons pas vu qu'une femme musulmane ait subi pareilles injustices et pareilles tortures parce que son mari ou son fils aurait déserté.

par lettre

Bilédjik, 23 Mars 1913

Un gendarme arménien, Guiragos Garabétian, originaire de Zir (près Yozghad), venu pour affaire à Bilédjik, a été tué l'autre jour dans un restaurant, d'un coup de fusil, par un gendarme turc. La balle ayant traversé la poitrine, la mort fut instantanée.

par lettre

Van, 21 Mars 1913

Les villages de Vosime et de Khrokhdentz [vermutl. Hrohdentz], théâtre ordinaire de tant d'exactions, sont réduits actuellement à une misère extrême. Ils risquent un anéantissement complet, tous les jeunes gens de ces villages se trouvant en prison ou en fuite. Restés seuls, privés de toute ressource, les enfants et les vieillards, sont menacés de mourir de faim.

par dépêche

Van, 25 Mars 1913

Les tribunaux turcs, connus pour leur mollesse, et leur habitude de traîner les procès pendant des mois, ainsi que, le ministère public qui emprisonne sans motif et arbitrairement telle ou telle personne, n'inspirent aucune confiance.

Beaucoup de gens préfèrent s'enfuir plutôt que de se rendre à l'invitation des procureurs impériaux. Les conséquences de cet état de choses paraissent devoir être graves.

par dépêche

Van, 21 Mars 1913

Après une absence de trois mois, je suis revenu à Van et j'ai trouvé le district de Hizan dans une situation déplorable. Non seulement on n'a pris aucune mesure sérieuse pour l'application de la justice, mais on a laissé pleine liberté aux criminels. Les paysans arméniens voient avec terreur l'approche de printemps; car ils sont sûrs que la série des assassinats, pillages et autres crimes et exactions va recommencer.

Les brigands Kurdes arment librement les villages Kurdes.

Le Vali de Van, qui comprend son devoir à l'inverse, ne fait rien pour remédier à cet état de choses.

Les Arméniens qui songent à leur défense, et, depuis quelques temps, plusieurs membres notoires du comité Dachnaktzoutioun, sont, de la part des autorités, l'objet de poursuites. Les prisons regorgent d'accusés politiques. Si l'on ne remédie à cette situation, les suites en seront très graves.

HHStA PA XII 462



Report of the Conference on the Question of Armenia held in a Committee room of the House of Commons

London, on Friday April 25th, 1913

DELEGATES PRESENT:

Mr. J. Annan Bryce, M. P.	}	for the British Committee
Mr. Noel Buxton, M. P.		
Sir Edward Boyle, Bart.		
Mr. T. P. O'Connor, M. P.		
Mr. Arthur Ponsonby, M. P.		
Dr. V. H. Rutherford		
Mr. Harold Spender		
Mr. Aneurin Williams		
and		
Mr. Arthur G. Symonds, Secretary		
Mr. Robert de Caix		for the French Committee
Dr. J. Lepsius		for the German Committee
M. Leopold Favre	}	for the Swiss Committee
M. Rene Caparede		
Pastor Adolf Hoffman		
His Excellency Noubar Boghos Pasha	}	for the National Armenian Delegation
Mr. H. N. Mosditchian		

There were present also representatives of the London and Manchester Armenian Committees.

Mr. Aneurin Williams was voted to the Chair, and offered a hearty welcome to the delegates. After expressing an earnest hope that the result of the Conference would be to enable them all to unite in formulating a policy with regard to the future of Armenia which would tend to bring peace and prosperity to that unhappy and sorely tried nation, he stated shortly that the British Committee had agreed at their last meeting that the scheme then set before them by His Excellency Noubar Pasha, which was practically the scheme drafted by the Powers in 1895, and accepted by the Porte, with the modifications rendered necessary by the changed conditions of Turkey since then, was worthy of support; and he then called upon Noubar Pasha to address the Conference and expound the Scheme to them.

His Excellency, who spoke in French, addressed the delegates, and after emphasizing the imperative necessity of availing themselves of the present juncture of affairs in Turkey and the moderation and fairness of the Armenian demands, he explained fully

the Scheme of reforms which the Delegation, that had been nominated by the Catholicos, had drafted to submit to the Powers for their consideration, when the final settlement of the Eastern question was dealt with by them.

After the conclusion of His Excellency's speech the Conference was addressed by Dr. Lepsius, (who spoke in German, and whose speech was translated into English by Mr. Ponsonby); by M. de Caix, M. Favre, and Mr. Buxton.

A resolution moved by Mr. Buxton, seconded by Mr. Symonds, and unanimously passed, was to the following effect:—

“That the members of this Conference pledge themselves to maintain organised Committees in their respective countries, definitely occupied with the work of educating public opinion on the Armenian question, and of influencing their respective governments by sustained pressure in favour of reforms in the interests of the inhabitants and necessary for the maintenance of the integrity of the Turkish Empire, such Committees engaging themselves to keep in constant communication with each other”.

Mr. J. Annan Bryce, M. P., spoke next and proposed that the Conference should resolve that immediate steps should be taken for an active propaganda and for pressure to be brought on the Governments, but he withdrew his resolution in favour of the following series of resolutions, which were proposed by Mr. T. P. O'Connor, seconded by M. de Caix, supported by Dr. Lepsius, M. Favre and other delegates, and unanimously agreed to:

“That this Conference of Delegates from the British, French, German and Swiss Committees formed to watch the interests of Armenia, agree to the following resolutions:

1. That the wrongs of the Armenian people demand the attention and sympathy of Europe; and as, in spite of the provisions of the Treaty of Berlin and the Scheme of Reforms of 1895, which were accepted in principle and promulgated by the Turkish Government, their sufferings have not been diminished, it is now necessary that the Armenian question should be taken in hand by all the Powers of Europe:

2. That the Powers therefore should be urged to make the solution of the Armenian problem an essential part of the general settlement which must follow the close of the war in the Balkans:

3. That this Conference suggests, as the joint recommendation of the Committees of the several countries of Europe here represented, the following programme

a) The appointment of a European High Commissioner to be nominated by the Sultan with the approval of the Powers;

b) A permanent Commission of Supervision and control, to include representatives of the Powers;

c) A general provincial elective assembly, composed half of Armenians and half of Moslems;

d) The creation of a local gendarmerie and Police;

e) Judicial and financial local reforms;

f) Administrative measures for indemnifying the victims of agrarian spoliations;

g) Measures to control the Kurds and the Nomad tribes:

4. That this proposal respects the integrity of the Turkish Empire, and demands nothing but the most necessary reforms:

5. That this Scheme can be accepted not only by the Powers, but also by the Turkish Government, inasmuch as all its subjects would be equally benefitted by the greater security of life and property in the provinces inhabited by the Armenians, and its financial and commercial stability would be immensely strengthened by the growth of wealth which good government and order invariably create:

6. That the attention of the Great Powers should be immediately directed to the danger to the provinces inhabited by the Armenians, arising from the inrush of refugees from European Turkey and the return of the Turkish soldiers recently engaged in the Balkan war:

7. That copies of these resolutions be sent to the International Financial Commission about to meet in Paris and to the Foreign Ministers of the Great Powers.”

Votes of thanks to the British Committee and to the Chairman, proposed by Noubar Pasha and supported by Pastor Hoffman and others concluded the Conference.

HHStA PA XII 462



Comte-rendu des armenisch-orthodoxen Patriarchats. Trostlose Sicherheitsverhältnisse in den armenischen Provinzen

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL]

Nr. 24/D

Konstantinopel, am 3. Mai 1913

Hochgeborener Graf!

Im Verfolge meines ergebensten Berichtes vom 15. v. Ms., No. 22/D, beehre ich mich Euer Exzellenz in der Anlage ein neues Comte-rendu* des armenisch-orthodoxen Patriarchates über die Situation in den armenischen Provinzen zur hohen Kenntnissnahme gehorsamst zu unterbreiten.

Wie Hochdieselben aus der vorerwähnten Beilage dieser Relation entnehmen werden, setzt das genannte Patriarchat seine informatorische Tätigkeit in Bezug auf die schlechten Sicherheitsverhältnisse in den von Armeniern bewohnten Vilajeten bei den hiesigen Botschaften fort. Aehnlich hatten seinerzeit die bulgarischen Handelsagenten in Mazedonien die Konsuln der Grossmächte über die seitens behördlicher Organe und der mohammedanischen Einwohner gegen die bulgarische Bevölkerung begangenen Ausschreitungen auf dem Laufenden erhalten und des Oefteren die

* Siehe S. 64–66

einschlägige Berichterstattung einiger der genannten Vertreter der Grossmächte in einem der bulgarischen Propaganda günstigen Sinne zu beeinflussen verstanden. Seit einiger Zeit arbeitet das armenische Patriarchat in gleicher Weise und dürfte damit, wie man hier glaubt, ein ähnliches Ziel, wie die erwähnte bulgarische Propaganda verfolgen, nämlich die Einführung der europäischen Kontrolle in Armenien.

Für gestern war die Einberufung der armenisch-orthodoxen Nationalversammlung anberaumt, der Patriarch hat dieselbe jedoch in letzter Stunde abgesagt und auf den nächsten Freitag vertagt. Dies soll Zeitungsnachrichten zufolge, eine Unzufriedenheit in der hiesigen armenischen Gemeinde hervorgerufen haben.

Es verlautet, dass Mrge. Archarouni in den nächsten Tagen dem Grossvezir ein Memorandum über die trostlosen Sicherheitsverhältnisse in den armenischen Provinzen vorlegen und dringend eine Remedur verlangen wird. Sollte er von der Regierung keine befriedigende Antwort erhalten, so wäre nach einer hier verbreiteten Version mit seiner Demission zu rechnen. Andererseits wird jedoch angenommen, dass es Russland mit Rücksicht auf die gegenwärtige europäische Lage vorziehen würde, die armenische Frage erst in einem späteren Zeitpunkte aufs Tapet zu bringen und dass vielleicht aus diesem Grunde in der armenischen Bewegung eine Abflauung eintreten könnte.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner Ehrfurcht.

PALLAVICINI

Seiner Exzellenz

Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

BEILAGE ZU BERICHT NR. 24/D DDO. COS-PEL 3. MAI 1913

LA SITUATION ACTUELLE DANS LES PROVINCES DE L'ANATOLIE
ORIENTALE HABITÉES PAR LES ARMÉNIENS, XI

par lettre

Mouche, 14 Mars 1913

On nous informe de Khouyte et autres localités, qu'au printemps on redoute un grand danger. Dès maintenant, les Kurdes menacent les paysans arméniens.

par lettre

Mouche, 14 Mars 1913

Les Arméniens du village d'Azoudi, (Mouche) sont de véritables victimes entre les mains des tribus Kurdes dont ils subissent la tyrannie. Nous vous envoyons la liste des exactions commises par les Dérébeys au cours du dernier mois:

Khalid a enlevé, du village d'Azoudi 50 couffes de paille, 20 tas de foin.

Ismaïl	"	"	"	"	"	60	"	"	"	20	"	"	"
Husni	"	"	"	"	"	60	"	"	"	15	"	"	"
Ahmed	"	"	"	"	"	45	"	"	"	8	"	"	"
Kiamil	"	"	"	"	"	50	"	"	"	2	"	"	"

Ismail	et Husni	ont enlevé	au villageois	KH. Hovhannessian	1 mouton.
"	" Hakki	"	" " "	K. Hardarinian	1 chèvre.
"	" Husni	"	" " "	O. Sarkissian	"
Ahmed	" Husni	"	" " "	S. Mighirtitchian	"
Méfi Bey	a	"	" " "	S. Tonabet	1 vache.

Khalid Bey se fait remettre, à l'occasion du mariage de la fille de Kazaryan Haro et comme droit de vasselage, 10 chèvres.

par lettre

Mouche, 14 Mars 1913

Les villages de Djabaghjour et de Koukhp [vermutl. Khoulp] sont le théâtre des déprédations des Aghas. Avant la Constitution, ces individus usurpaient comme Dérébey ou chef de tribus. Maintenant ils agissent comme fonctionnaires et ne réussissent que mieux dans l'accomplissement de leurs desseins.

Les tribunaux sont dans un état déplorable.

Hassan agha qui, sous l'ancien régime n'avait jamais mis le pied dans un tribunal – ne reconnaissant aucune loi – vient d'être nommé maintenant juge d'instruction (mustentik).

L'autre jour, le tribunal de Guendj a acquitté les assassins du fils de Manouk Krikorian, malgré les preuves les plus évidentes.

Le Kaïmakam de Khoulp nourrit aussi une haine spéciale à l'égard des arméniens. Sur ses instructions, on fouille les voyageurs arméniens, confisquant tout ce que l'on trouve: leurs effets, leurs livres, leurs papiers, après quoi, on les emprisonne pendant des mois. Il n'y a aucune différence entre le régime actuel et le régime hamidien.

par dépêche

Hadjine, 2 Avril 1913

Aujourd'hui, vers 11 heures du soir, deux gendarmes, baïonnette au canon, ont assailli les familles dans les quartiers.

Les gendarmes du corps de garde ont, de leurs côté, attaqué les gens du marché. Cette double agression a été commise sans aucun motif.

La population est en proie à la terreur. Le commandant des gendarmes, ni la police locale ne nous inspirent aucune confiance.

Notre vie est en danger. Nous implorons secours.

par lettre

Adana, 2 et 4 Avril 1913

Le 20 Mars, 2 militaires déguisés arrivent à Sis et s'entretiennent secrètement, pendant une heure, avec le gouverneur. On croit que lesdits individus habillés en civil sont des «Comitadjis» militaires, lesquels conduits par le fameux Comitadji Mafadji Suleyman, ont poursuivi leur chemin jusqu'à Haman-Keuy où ils ont passé la nuit. Eloignant de là deux Arméniens qui s'y trouvaient, ils ont rassemblé des Turcs et ont prononcé des discours.

Le lendemain, Mafadji Suleyman est retourné à Adana et s'y est entretenu avec 2 Turcs fanatiques, lesquels, le lendemain 27 Mars, sont jusqu'à midi et sans ouvrir leur porte, restés chez eux où ils ont reçu la visite de Turcs avec lesquels ils ont tenu conseil. Le même jour dans l'après-midi, un hodja, ayant tenu dans le marché des propos subversifs et susceptibles de provoquer la mésentente, a été arrêté par le commissaire de police et emprisonné.

D'autre part, les faits suivants se sont passés à Sis:

A Maï-Guézir, dont le quart des habitants a été massacré au cours des événements précédents, une femme musulmane conseille à un étameur arménien de prendre ses effets et de s'éloigner, lui déclarant que les faits d'il y a 4 ans vont se renouveler et que l'on a commencé à coller des placards dans les villages. L'étameur se réfugie à Sis.

Alors qu'un vieux badigeonneur catholique de Hadjine était en train de badigeonner, un enfant musulman accompagnant sa mère lui dit: «Nous massacrerons ces gïaours.» Sur quoi, la mère gronde son fils.

Le soir de 20 Mars, le commissaire de police de Sis a affirmé qu'un certain nombre de villageois sont venus annoncer au pacha qu'ils viendraient en foule massacrer et piller. Le pacha les aurait chassés.

Depuis quelques jours, les musulmans, en sortant de la Mosquée, au lieu d'aller, comme à l'ordinaire, au café, se réunissent en des lieux écartés et tiennent des conciliabules. Des inconnus continuent à visiter clandestinement les villages.

Leurs chefs sont Yaghoub Djémil et Hosref. Le premier est tristement célèbre par ses crimes à Adana et par le rôle qu'il a joué dans l'affaire du viol de la jeune fille italienne.

Ces agissements mystérieux, que l'on a appris à Adana, ont livré la population à la terreur. 3 Turcs et un Arménien ayant été assassinés dans le district de Baghtché, et un professeur arménien y ayant été nuitamment blessé, cela a augmenté les craintes des habitants.

Il est regrettable que les autorités locales essayent de mettre ces crimes sur le compte des Arméniens. Ceux-ci seront obligés d'émigrer à Mersine et à Chypre, si le gouvernement ne remédie à cette situation.

par dépêche

Hadjine, 9 Avril 1913

Le Mutessarif de Kozan, qui s'était rendu à Hadjine à la suite de l'incident provoqué par les gendarmes, n'ayant pas observé une attitude impartiale et n'ayant ordonné à l'égard desdits gendarmes aucune des mesures édictées par la loi, l'émotion des habitants est à son comble. La plupart ont pour leur sauvegarde, l'intention d'embrasser la religion catholique. J'en informe le patriarcat.

HHStA PA XII 462



Vorschläge zur gegenwärtigen Situation in Armenien

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
LONDON]

Nr. 46/I

London, am 9. Mai 1913

Hochgeborener Graf!

Am 25. April hat das armenische Komitee eine Konferenz abgehalten, an welcher außer Vertretern der armenischen Komitees von London und Manchester Delegierte des „British Armenian Committee“ sowie des französischen, deutschen und schweizerischen Komitees und schließlich Vertreter der nationalen armenischen Delegation teilgenommen haben.

Gegenstand der Verhandlung war die gegenwärtige Situation in Armenien, welche nach Ansicht des Komitees es zu einer dringenden Notwendigkeit macht, daß die Mächte sich ungesäumt mit der Lösung der armenischen Frage befassen.

Als solche Lösung wird in der Resolution die Ernennung eines europäischen Generalgouverneurs, die Einsetzung einer internationalen Kontrollkommission und die Einführung weitgehender Reformen vorgeschlagen.

Aus der Liste der Delegierten des „British Armenian Committee“* werden Eure Exzellenz ersehen, daß in derselben die gleichen Namen figurieren wie im Londoner Balkan-Komitee. Es ist wohl anzunehmen, daß die Tätigkeit dieser Persönlichkeiten, welche durch die jüngsten Ereignisse am Balkan einen Abschluß gefunden haben dürfte, nunmehr auf dem Gebiete der armenischen Frage ihre Fortsetzung finden wird.

Genehmigen Eure Exzellenz den Ausdruck meiner Ehrfurcht. MENSENDORFF

* Siehe S. 61

Seiner Exzellenz
Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHSStA PA XII 462



Übergabe eines Memorandums über die Lage in Armenien durch den Patriarchen Archarouni an den Großvezier

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL]

Nr. 26/G

Konstantinopel, am 13. Mai 1913

Hochgeborener Graf!

Der armenisch-orthodoxe Patriarch wurde gestern vom Grossvezier empfangen, um demselben ein Memorandum über die Lage in Armenien zu überreichen. Die Unterredung dauerte über eine Stunde. Unmittelbar nach dem Besuche des Patriar-

chen hatte ich Gelegenheit, mit dem Grossvezier zu sprechen. Mahmud Schefket Pascha sagte mir, die türkische Regierung sei sich dessen bewußt, dass die Zustände in Armenien keine guten seien und dass etwas geschehen müsse. Vorläufig beabsichtigt er, 6000 Gendarmen in die betreffenden Vilayete zu entsenden, damit die Behörden die Mittel in die Hand bekommen, Leben und Eigentum der Einwohner zu schützen. Sobald der Friede hergestellt sein wird, beabsichtige die Regierung, durchgreifende Reformen in Anatolien in Angriff zu nehmen. Allerdings fügte Mahmud Schefket Pascha hinzu, werde alles davon abhängen, ob man die türkische Regierung ruhig arbeiten lassen und ob nicht die Wühlarbeit von aussen wieder einsetzen wird. Meines Erachtens kann man sich in letzterer Beziehung keinen besondern Hoffnungen hingeben, da alle Anzeichen dafür sprechen, dass Russland schon jetzt den Moment für gekommen erachtet, seine Pläne in Bezug auf Armenien zur Ausführung zu bringen.

Aus armenischen Kreisen erfahre ich, dass der Patriarch mit der Aufnahme, die er beim Grossvezier fand, zufrieden war.

Genehmigen Euere Exzellenz den Ausdruck meiner Ehrfurcht

PALLAVICINI

Seiner Exzellenz

Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHSStA PA XII 462



Vorlage des armenischen Memorandums

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL]

Nr. 27

Konstantinopel, am 15. Mai 1913

Hochgeborener Graf!

Im Verfolge meines ergebensten Berichtes vom 13. d. M., Nr. 26G, beehre ich mich, Euer Exzellenz anverwahrt den Text des vom armenisch-orthodoxen Patriarchen am 12. d. M. dem Grossvezier überreichten Memorandums* zu unterbreiten.

Aus diesem Schriftstücke werden Hochdieselben entnehmen, dass der Patriarch im Auftrage der armenisch-orthodoxen National-Versammlung der Regierung ein Exposé über die gefahrvolle Situation in den von Armeniern bewohnten Provinzen gibt und lenkt insbesondere die Aufmerksamkeit der Pforte auf die gereizte Stimmung der Mohammedaner und der Behörden gegenüber der armenischen Bevölkerung, welch' letztere nach den aus Armenien einlangenden Berichten, wie alle Christen überhaupt, von den Mohammedanern für die Misserfolge der türkischen

* Siehe S. 69

Waffen in dem gegenwärtigen Kriege verantwortlich gemacht wurde, weshalb als eine Folge dieser verhängnisvollen Stimmung in Armenien Christen-Massaker zu befürchten stünden.

Das Memorandum konkludiert mit dem dringenden Appell an den Grossvezier, er möge durch rechtzeitige Ergreifung wirksamer Schutzmaßnahmen den befürchteten Ereignissen vorbeugen.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner Ehrfurcht
Seiner Exzellenz
Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

PALLAVICINI

BEILAGE ZU BERICHT NR. 27 DDO. COS-PEL 15. MAI 1913

L'ASSEMBLÉE NATIONALE ARMÉNIENNE
voulant faire une dernière tentative légale auprès du gouvernement, a, le 12 courant, par l'entremise de son conseil mixte, présenté à S. A. le Grand-Vézir le mémorandum ci-dessous, à l'effet d'exposer la situation désespérée du peuple Arménien et demander remède.

A. S. A. Le Grand-Vézir

Altesse!

Alors que nous attendions du régime constitutionnel la restitution des biens et terrains sans nombre usurpés, à l'aide des moyens les plus iniques et les plus vexatoires, aux Arméniens qui, sous le prétexte – inventé par l'absolutisme – d'une insurrection arménienne, étaient considérés comme hors la loi; alors que nous attendions le châtement de tant de bandits notoires et l'adoption de mesures propres à garantir de toute vexation notre nation si cruellement éprouvée, non seulement les espérances nourries par nous sous ce rapport ne se sont pas réalisées, mais les meurtres, brigandages, conversions forcées et autres crimes et exactions commis à diverses dates et en différents endroits, au cours des 4 ou 5 dernières années, ont suivi une marche ascendante.

Nous n'avons pas manqué de porter, pour ainsi dire au jour le jour, ces faits à la connaissance de Votre Altesse, ainsi que des ministres de l'intérieur et de la justice, par des takrirs, des mémorandums, ou verbalement.

Les susdits exposés étant déjà connus du gouvernement impérial, nous nous abstenons de les répéter.

Or, alors que nous ne cessions de solliciter un remède au mal, dernièrement se sont manifestés, dans les vilayets d'Adana, Van, Diarbékir et Bitlis, des symptômes inquiétants, précurseurs d'un massacre, d'une catastrophe susceptible de faire oublier, par leur horreur, les plus épouvantables tragédies du passé. Nous nous voyons donc dans l'obligation d'attirer sur cette situation exceptionnelle la plus sérieuse attention de Votre Altesse.

Une délégation, nommée par le conseil mixte de notre Patriarcat, avec mission d'exposer en détail au ministre de l'intérieur un état de choses qui menace l'existence de la patrie et de l'Etat, n'a pas, malheureusement, été reçue par son Excellence, qui n'a même pas daigné motiver son refus d'admettre en sa présence une délégation venue dans l'unique but de rendre service au pays!

Le fait que – jusque dans la capitale – les portes de la justice restent fermées devant nous en des circonstances où nous croyons devoir recourir au gouvernement pour le mettre au courant des choses graves qui intéressent le salut même de l'Empire, et que le Vali d'Adana, ainsi que plusieurs autres gouverneurs-généraux de vilayets importants agissent de la même façon à l'égard de nos évêques, nous ont réduit – comme aussi les membres du conseil mixte de notre Patriarcat – à un si profond désespoir, que nous nous sommes vus obligés de présenter notre démission à l'Assemblée nationale.

Mais l'Assemblée a refusé de l'accepter et, en séance extraordinaire, a décidé de soumettre encore une fois au pouvoir central, dans un takrir détaillé, la situation faite au peuple arménien, – situation que ne saurait, d'aucune façon, justifier les aspirations nourries de tout temps par ce peuple, – opinant qu'il convient qu'en ce moment délicat, le conseil mixte continue à remplir les devoirs de sa charge vis à vis de l'Etat et de la nation.

En conséquence, nous avons l'honneur de présenter à Votre Altesse, comme au chef du gouvernement, ce mémorandum qui a le caractère d'une démarche au nom de l'Assemblée nationale.

Le sort des armes s'étant prononcé contre les Ottomans, et des désastres en étant résultés pour l'Empire, on veut rejeter sur les chrétiens la responsabilité de ces malheurs, et des lettres qui nous parviennent de nos évêchés en Asie-Mineure, il ressort que l'on a fait naître dans la masse musulmane et chez certaines catégories de gens l'opinion qu'il ne sera possible de préserver des empiétements de l'Europe ce qui reste encore du territoire ottoman, qu'en anéantissant l'élément arménien.

On était loin de songer aux conséquences terribles d'une pareille conviction et l'on n'avait rien entrepris dans le but de la modifier, lorsque l'incident d'Erzindjan vint à se produire. Les publications faites au sujet de cet incident augmentèrent encore la surexcitation, déjà très grande, des esprits.

D'une part, de fausses rumeurs étant propagées à dessein, d'autre part, aucune mesure efficace n'étant prise à l'effet de mettre un terme aux meurtres, brigandages, attentats à l'honneur, violentations, conversions forcées, etc., qui se succèdent sans discontinuer dans les vilayets précités; et même à chaque plainte qui lui est adressée, le gouvernement se bornant – selon une règle en faveur sous l'absolutisme – à demander des informations aux autorités locales qui, de leur côté, soucieuses d'éviter une révocation, nient, systématiquement, les faits les plus patents et les plus notoires; en présence d'une semblable situation, ne convient-il pas de penser qu'aujourd'hui encore, tout comme sous l'ancien régime, les Arméniens, sont considérés comme hors la loi?

Le fait qu'outre que les causes des anciens crimes et exactions n'ont pas été supprimées et leurs auteurs punis, mais que certains d'entre eux ont même été –

antérieurement à la guerre – l'objet de distinctions honorifiques et autres récompenses, a donné plus de force encore à cette opinion que les Arméniens ne sauraient profiter de la justice et de l'équité que l'on est en droit d'attendre du régime constitutionnel.

Alors que des communiqués officiels mêmes, il ressort que l'affaire d'Erzindjan n'a pas le caractère d'un complot contre le gouvernement, mais est un incident de médiocre importance, la ligne de conduite suivie par l'autorité locale dans l'instruction de cette affaire et les mesures qu'elle ordonne contribuent grandement à accroître l'effervescence contre les Arméniens et, ainsi que l'indiquent les faits ci-dessous, à provoquer les symptômes les plus alarmants.

1. Le nommé Yaghoub Djémil effendi et son compagnon Hosrow, – tous deux du nombre des organisateurs de la tragédie d'Adana – viennent de reprendre leur ancien rôle et parcourent la province en tous sens, tenant, avec divers autres individus qui se sont également distingués au cours des mêmes événements, des conciliabules auxquels prennent part certains fonctionnaires locaux.

2. De même que peu avant la boucherie d'Adana, le journal *Itidal*, publié dans cette ville, prépara la catastrophe par des articles incendiaires, de même aujourd'hui, le journal *Papaghan* (le Perroquet) paraissant à Mersine, ainsi que d'autres feuilles locales se livrent, sans recevoir aucun avertissement de la part des autorités, à des publications analogues et surexcitent au plus haut point les esprits.

3. Les musulmans demeurant dans les quartiers arméniens ont commencé à les quitter et à aller s'établir en des quartiers exclusivement habités par des Musulmans.

4. De nombreux chefs de tribu arrivés, de différents endroits, à Diarbékir, ont tenu – soi-disant pour délibérer au sujet des moyens propres à amener une entente entre les tribus – des réunions auxquelles certains autres individus ont aussi assisté avec ostentation.

A l'issue desdites réunions et de la séparation des chefs, dans tous les parages où ceux-ci ont passé, les meurtres et autres crimes – ordinaires avant-coureurs de massacres – se sont multipliés.

Ces faits ont déjà été portés à la connaissance des Ministres de la Justice et de l'Intérieur.

5. Bien que quelques personnes patriotes à même de prévoir l'effet déplorable que l'affaire d'Erzeroum – annoncée par l'Agence Ottomane – produirait sur les masses, se soient adressées au vali pour le supplier de ne pas faire paraître de communiqué officiel, le vali, sans tenir compte de cette louable démarche, s'est empressé de donner l'estampille officielle à l'information de l'agence et l'a, en termes redondants, portée à la connaissance du public.

6. Plusieurs individus condamnés à propos des événements d'Adana et diverses autres personnes suspectes, visitent, ces jours-ci, très fréquemment le vali en question.

7. Tandis que les individus accusés de l'assassinat d'un prêtre et d'un directeur d'école arméniens dans le vilayet de Van, ont été, grâce aux efforts et aux ordres du vali de cette province, acquittés à la hâte et élargis, une grande partie des habitants arméniens de deux villages est, depuis longtemps, détenue par suite du meurtre de

Hadji Yaghoub, et une partie, afin d'échapper à ces persécutions ordonnées au nom de la loi et ne pas périr dans les cachots s'est vue contrainte à chercher refuge sur les montagnes.

Le nombre des personnes gémissant dans les prisons atteint 150, et la voix de ces infortunés qui implorent justice n'est entendue nulle part.

8. Alors que les bandits ayant assassiné des centaines d'Arméniens dans le vilayet de Bitlis, volé ou usurpé leurs biens et commis tant d'autres méfaits, sont laissés en liberté; parce qu'au dernier lieu, deux musulmans ont été tués par des personnes inconnues, et qu'aucun indice ne permette de supposer que les meurtriers sont des Arméniens, la populace Musulmane s'est livrée contre nos nationaux aux mêmes manifestations violentes qui, d'habitude, précèdent les massacres, et elle a poussé l'audace jusqu'à assaillir le local du gouvernement.

9. Mehmed Bey, fils du vali de Bitlis, se rendant au Kaza de Gharzan, a convoqué les chefs de tribu et les a mis d'accord. A la suite de cette réunion, la tranquillité s'est trouvée à tel point troublée dans le Sandjak de Séert et aux environs, que les allées et venues sont devenues impossibles et que la population arménienne vit sous la menace continue d'un massacre.

D'autre part, on ne cesse de travailler à amener une entente complète entre les tribus de ces parages, dans le but évident de sacrifier les Arméniens.

10. Alors que les autorités locales laissent les gens des tribus et les individus sanguinaires s'armer et proférer ouvertement des menaces contre les Arméniens, par contre, elles confisquent aussitôt toute arme qui, rarement, à la suite de perquisitions, est découverte chez un Arménien, sans même tenir compte qu'elle n'est jamais de la catégorie des armes prohibées.

Cette conduite injuste indique assez la partialité des autorités.

En présence d'indices aussi inquiétants, la population arménienne du Kaza d'Osmanié, ne se sentant plus en sûreté, a abandonné ses champs et ses habitations et s'est réfugiée à Deurt-Yol.

Dans le susdit Kaza d'Osmanié, on est allé jusqu'à interdire – cela date de 3 ans – de sonner la cloche de l'église protestante, malgré que l'usage en existât.

A Endjerli, le contrebandier Réchid a voulu soulever les Musulmans contre les Arméniens, en leur tenant ces propos: «Les Bulgares ont envahi Adana! que chacun songe à son salut» par ailleurs, il a cherché à provoquer des troubles, en disant aux Arméniens: «Musulmans et Arméniens s'entr'égorgent à Adana!» bien qu'un capitaine arrivé d'Adana avec 8 gendarmes, ait empêché qu'une émeute se produise et ait arrêté les coupables, ceux-ci n'ayant reçu aucun châtiment et aucune mesure propre à garantir la sécurité n'ayant été prise, les Arméniens de la localité susdite se sont vus dans l'obligation de s'enfuir à Adana.

Point n'est besoin d'ajouter que les habitants des villages de Sandjaks ou Kazas menacés, tels que: Séert, Kéghi, etc. abandonnant leurs terres pour chercher refuge aux chefs-lieux, on doit – surcroît d'infortune – compter avec une disette.

Il convient de souligner aussi cette particularité que tous les faits alarmants notés à Diarbékir, Adana, Endjerli, etc. se sont produits le même jour, c'est à dire, le 3 Avril 1329 [1911 n. Chr.].

Et si, à ladite date, une catastrophe a pu être évitée à Adana, cela est dû à l'attitude énergique du commandant militaire et aux efforts patriotiques de quelques personnes sensées de l'endroit.

Comme si les faits ci-dessus mentionnés ne constituaient pas un danger suffisant pour les vilayets précités, les émigrés musulmans obligés de fuir devant l'ennemi sont, au fur et à mesure, installés dans les régions habitées par les Arméniens. Outre cela, on ne doit pas perdre de vue que la surexcitation des esprits dans ces parages n'est que trop susceptible d'influer sur l'état d'âme des soldats qui sont sur le point de rentrer dans leurs foyers et qui voudront prendre la revanche de leur défaite sur la malheureuse population arménienne sans défense.

Nous n'avons guère besoin de rappeler non plus que les fonctionnaires judiciaires, civils et de la police sont – sauf de rares exceptions – des personnes imbues des idées et habituées aux usages de l'ancien régime et, par conséquent, incapables de se pénétrer des exigences de l'époque et des intérêts véritables et vitaux de l'Empire. De plus ces fonctionnaires considèrent les chrétiens comme la principale cause des malheurs du pays et croient que pour mettre un terme à ces désastres, il est nécessaire d'anéantir les chrétiens. Etant donné cette mentalité desdits fonctionnaires, il est hors de doute que l'impartialité et la justice ne sauraient présider à leurs actes officiels – enquêtes, appréciations, perquisitions, etc. – qui, l'influence pernicieuse de la masse et des meneurs aidant, ne peuvent rester dans les limites prescrites par la loi.

Il faut voir une conséquence de ces dispositions dans le fait que ceux qui assassinent les Arméniens et usurpent leurs propriétés ne sont pas poursuivis et même reçoivent parfois des récompenses; ou que s'ils sont – rarement – l'objet de poursuites, ils sont toujours acquittés, alors que les Arméniens arrêtés sont retenus en prison, sans instruction judiciaire et sans jugement. Ceux d'entre ces derniers qui, par crainte de la prison préventive, ne répondent pas aux citations qui leurs sont adressées, sont considérés comme des bandits, la force armée est lancée à leurs trousses et ils sont exposés aux pires rigueurs.

Cependant, nulle conscience ne saurait admettre que l'infortunée nation Arménienne, qui reste toujours convaincue que ses destinées, dans le présent comme dans l'avenir, sont liées à celles de l'Empire Ottoman, et qui, plus que tous les autres éléments – musulmans ou non musulmans – a rempli ses devoirs envers la patrie; nulle conscience ne saurait tolérer que cette nation infortunée soit, par l'emploi de procédés iniques – héritage abject de la tyrannie – mise, de nouveau, au ban de l'équité et de la justice.

Dans le cas où des mesures efficaces ne seraient pas immédiatement adoptées en vue de réagir contre cet état d'âme et de choses et de remédier au mal, non seulement des désastres irréparables en découleront pour la nation arménienne, mais de véritables calamités devant en résulter pour l'Empire, l'unique remède à cette situation est, croyons nous, de combattre et de détruire dans l'esprit des fonctionnaires, ainsi que de la masse musulmane, l'opinion défavorable qu'ils se sont formée à l'endroit des chrétiens. Or il n'est possible d'atteindre ce but qu'en s'opposant aux incitations subversives ouvertes ou cachées; en ordonnant des mesures sévères contre ceux qui, par de tels actes, préparent la catastrophe; en mettant un terme aux poursuites

vexatoires et inutiles qui s'exercent contre les Arméniens; en rendant, enfin, à ceux-ci la confiance à laquelle ils ont droit.

Nous sollicitons, par conséquent, avec la dernière insistance, de Votre Altesse d'adresser aux vilayets des instructions sévères enjoignant de tenir les fonctionnaires qui commettent ou laissent commettre des actes contraires à la justice et aux lois, personnellement responsables; de déférer ces fonctionnaires à la justice, et interdisant de les employer désormais au service de l'Etat; de faire paraître un communiqué officiel rejetant et condamnant la fausse opinion formée au sujet des Arméniens, et de prodiguer, en même temps, à la presse d'énergiques conseils dans ce sens. Dans la ferme attente, etc.

HHStA PA XII 462



Sir Edward Grey über Reformen in Armenien

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
LONDON]

Nr. 53/D

London, am 30. Mai 1913

Hochgeborener Graf!

Sir E. Grey hat gestern im Unterhause in Erwiderung auf verschiedene Anwürfe betreffs der Dringlichkeit der Einführung von Reformen in Armenien eine längere Erklärung abgegeben, die ich mich beehre in Nachstehendem kurz zusammenzufassen.

Die Frage von Reformen in der asiatischen Türkei sei eine Angelegenheit, welche alle europäischen Mächte angehe, die dortselbst Interessen haben. Diese müssen sich im Einvernehmen mit der türkischen Regierung mit der Frage befassen und er hoffe, dass das Ergebnis solcher Verhandlungen ein umfassender Reform-Entwurf sein werde. Während der fortwährenden und sich immer wiederholenden Krisen der jüngsten Zeit und bei der Fülle von Arbeit, welche die Ereignisse in der europäischen Türkei mit sich gebracht haben, sei es jedoch unmöglich gewesen, an die Ausarbeitung von Reformentwürfen heranzutreten. Alle Mächte – und nicht minder die Türkei selbst – wissen, dass Unruhen und Massacres in den Provinzen der asiatischen Türkei neue, nicht nur für das türkische Reich als solches, sondern auch für die interessierten Mächte Besorgniss erregende Fragen aufrollen müssten. Die meistinteressierten Mächte ohne Ausnahme wollen eine solche Besorgniss und überhaupt das Aufrollen von politischen, die asiatische Türkei betreffenden Fragen vermieden sehen. Er glaube, dass einerseits die Türkei völlig bereit sei, von einer Unterstützung seitens Europas Gebrauch zu machen, und andererseits die Mächte bereit seien, ihre Unterstützung zu dem Zwecke zu leihen, die Autorität der türkischen Regierung in den asiatischen Provinzen herzustellen. Die Kraft der Türkei, welche England nach Friedensschluss in der asiatischen Türkei gefestigt und aufrechterhalten zu sehen

wünscht, werde von der Herstellung einer Gerichtsbarkeit und gesunder finanzieller Verhältnisse abhängen. Diese beiden wesentlichen Ziele wolle die englische Politik verfolgen, und er hoffe, die Mächte werden in der der Türkei zu gebenden Unterstützung zusammenwirken, und dies in einer Weise, dass nicht etwa die türkische Autorität Einbusse erleide, sondern dass es ermöglicht werde, durch und mit Hilfe der türkischen Autorität sichere Grundlagen für eine Gerichtsbarkeit und für gesunde Finanzen zu schaffen.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner Ehrfurcht.

MENSDORFF

Seiner Exzellenz

Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHStA PA XII 462



Meldungen des armenisch-orthodoxen Patriarchen. Großvezier: durchgreifende Reformen erst nach Beendigung des Krieges

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL]

Nr. 31/I

Konstantinopel, am 31. Mai 1913

Hochgeborener Graf!

Ich beehre mich Euer Exzellenz ergebenst zu melden, dass der armenisch-orthodoxe Patriarch den hiesigen Vertretern der Großmächte auch ferner Mitteilungen über die Sicherheitsverhältnisse in den armenischen Provinzen zukommen lässt und erlaube mir, die seit meiner ergebensten Berichterstattung vom 3. Mai l. J. Nr. 24 D, eingelangten diesbezüglichen Meldungen* Hochdenselben im Anbuge zur Kenntnis zu bringen.

Ich hatte kürzlich Gelegenheit, mit Mahmud Schefket Pascha abermals über die armenische Frage zu sprechen. Der Großvezier sagte mir bei jenem Anlasse, die Situation in Armenien sei zwar nie eine gute gewesen, jedoch hätten sich in der letzten Zeit keine Vorkommnisse ereignet, die sie als besonders gefährlich erscheinen lassen könnten. Die Regierung werde auch in Armenien durchgreifende Reformen einführen, könne dieselben aber erst nach Beendigung des Krieges in Angriff nehmen, da ihr bis dahin das wirksamste Hilfsmittel, nämlich die Armee, in jenem Lande fehle.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner Ehrfurcht

PALLAVICINI

* Siehe S. 76–86

Seiner Exzellenz

Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

**LA SITUATION ACTUELLE DANS LES PROVINCES DE L'ANATOLIE
ORIENTALE HABITÉES PAR LES ARMÉNIENS, XII**

par lettre

Van, 25 Mars 1913

Par ma lettre en date du 21 février, j'ai informé que 25 personnes du village d'Ozime et 22 personnes du village de Hrohdentz sont l'objet de poursuites et qu'elles ont dû s'enfuir pour ne pas être arrêtées.

Depuis lors, les persécutions sont devenues plus intenses. Ainsi un Arménien de Haragonis a été arrêté et amené ici, sous prétexte qu'il armerait par force les paysans. Des citations ont été, sous le même prétexte, envoyées à 7 autres Arméniens de Mandan, dont l'un a été emprisonné, 5 Arméniens des villages de Pergariv et de Godj, ainsi qu'une quinzaine d'Arméniens de notre ville – contre certains desquels des citations régulières n'ont même pas été lancées – sont poursuivis à la fois par les autorités judiciaires et policières.

Si les personnes citées ne comparaissent pas, ce n'est nullement parce qu'elles se sentent coupables, mais parce que le tribunal ne leur inspire aucune confiance, qu'elles doutent de l'impartialité de celui-ci et sont certaines d'être, pendant des mois, des années peut-être, retenues en prison.

Il convient de noter qu'alors qu'on arrête des Arméniens, sous l'accusation d'armer par force les villageois, on laisse toute liberté aux Kurdes et aux Turcs qui se promènent armés de pied en cap. Par contre, non seulement on ne permet pas aux Arméniens de porter la moindre arme mais on perquisitionne chez eux – ainsi qu'on l'a fait à Gargar et qu'à l'instigation du gouverneur Djavid Bey, on le fait actuellement à Bachkalé–; on perquisitionne chez eux, sous prétexte de chercher des armes. De nombreuses personnes sont, de ce chef, emprisonnées et poursuivies.

Autre fait à noter. Alors que 25 villageois d'Ozime sont poursuivis, pour avoir usé du droit de légitime défense et avoir tué quelques uns des Kurdes qui avaient assailli leur village; alors que 16 villageois de Hrohdentz sont emprisonnés, et 22 sont l'objet de poursuites, à propos de la mort de Hadji Yaghoub et de ses acolytes, et que tout un village est – bien que les gens de Khrokhentz [vermutl. Hrohdentz] ne soient nullement responsables de la mort de ces bandits dans leur localité – livré à l'anéantissement, à peine 2–3 Kurdes sont emprisonnés à propos de l'assassinat de Rafaiel et Mardiros, et encore à Bitlis, afin qu'ils puissent plus facilement se tirer d'affaire, ainsi que le prouvent de nombreux précédents qui vous ont été déjà signalés.

Cet état de choses est intolérable et ne peut s'expliquer que par l'intention de livrer les Arméniens, sans armes et sans protection, à la fureur de leurs bourreaux.

Si l'on tient compte de la partialité du gouvernement, ainsi que des abus et attermolements du tribunal comme de la prévention qui inspire tous ses actes, on doit trouver très naturel que les Arméniens poursuivis n'aient aucune confiance en de semblables pouvoirs et ne veuillent pas se mettre à la merci de leur bon plaisir et de leur caprice, au risque d'une détention dont l'issue est incertaine. Voilà pourquoi ils

ne se présentent pas. Mais la loi prévoyant des moyens de les faire comparaître, ils ont eu, de leur côté, recours à ceux qui leur ont semblé propres à empêcher leur arrestation; ainsi le nombre des fugitifs augmente, tout comme sous l'ancien régime.

Est-il besoin de dire que la continuation de cette situation anormale met en danger la tranquillité du pays, les fugitifs pouvant, en cas de rencontre avec les poursuivants, recourir aux armes ? Cela est arrivé l'année dernière où Sarkis (de Bulgarie), tua un gendarme.

Les choses sont susceptibles de s'aggraver davantage au printemps où les fugitifs pourront gagner les montagnes, à l'effet de se mettre hors d'atteinte et de se procurer des moyens d'existence légaux ou illégaux.

J'ai exposé tout cela au gouverneur-général Izzet Bey, comme au procureur-général. Mais tous les deux m'ont renvoyé, le premier déclarant qu'il n'avait pas à se mêler des affaires du pouvoir judiciaire, le second, que le juge d'instruction étant indépendant du ministère public n'attacherait aucune importance à ses conseils.

Je me vois en conséquence dans la nécessité de vous soumettre cette triste situation en implorant le prompt remède qu'elle comporte.

par lettre

Séert, 11 Mars 1913

Un Kurde nommé Mo, de Hermen a assailli le village de Kozi et a pillé le moulin, enlevant 12 charges de blé.

Le nommé Derviche Amiré Iskan a volé à Sof Abraham de Tellan 2 chevaux.

Dans le village de Khanik, les hommes de Bécharé ont assassiné un Syrien nommé Barsam, qui voulait empêcher leurs rapines.

par lettre

Mouche, 12 Mars 1913

On écrit de Sassoun que le Kurde Abdul Aziz, meurtrier de Racho, exerce une pression sur les Arméniens du Village de Nor-Kugh, à l'effet de se faire céder la propriété (tapou) de terres qui leur appartiennent depuis des Siècles.

Le Kurde Haïdar originaire de Pilrik a enlevé le bœuf du monastère de Komk. Nous avons protesté au gouvernement mais sans aucun [résultat].

Une troupe de Kurdes a assailli le village de Komk, menaçant de mort les notables du village. Devant la résistance qu'ils ont rencontrée, ils se sont bornés à enlever la chèvre de Guendjo.

Les Caporaux Osman et Khalid et dix soldats ont battu cruellement Bédros.

Les susdits ont enlevé:

- 1 chèvre à Bédros Guiragssian;
- 2 moutons et 20 poules à Avédis Djanoyan;
- 4 " à Guiragos, lui arrachant aussi la barbe.
- 4 " à Ado, qu'ils ont castré, et ont emporté également les provisions de sa maison.
- 2 " à Der Krikorian de Héghine;
- 4 " à Dano Mardirossian "

- 3 moutons à Krikor Séméan de Héghine
- 1 " à Guiragos Khatchoyan;
- 2 " et 20 poules à Rédo de Choughek.
- 2 " et 20 " à Déro Manoyan;
- 2 " et 20 " à Osso Osmayan;
- 4 " et 20 " à Sando;

Ont été en outre enlevés:

- 1 vache à Kopé, d'Artzouk;
- 2 livres turques à Nersès de Héghine;
- 2 tapis à Guiragos de "
- 3 moutons à Arakel, de Héghine;
- 2 " à Sako " "
- 3 " et 1 vache à Ado, de Saghtountz;
- 1 " à Kéork "
- 1 " " 1 " à Elo d'Engousnak.

par lettre

Mouche, 20 Mars 1913

L'autre jour, Ibrahim et Moussa ont assailli nuitamment le village de Molakind et ont enlevé par force Almasd épouse de Haro.

par lettre

Gurine, 30 Mars 1913

Un brigand, Djévad, avec 8 acolytes, ravagent les alentours de notre village.

Il y a deux jours, pénétrant nuitamment dans le village de Fatma-Derviche, ont sonné à la porte d'un arménien, se faisant passer pour de simples voyageurs. Puis menaçant l'Arménien de mort, ils se sont fait remettre son fusil et se sont enfuis.

Il y a trois jours, les mêmes bandits ont assailli la maison de Djano Aghavsian de Kiavour-Déré et au cours d'une fusillade qui a duré 3 heures, ils ont blessé Djano et son fils, puis, entrant dans la maison ils ont cruellement battu et torturé ceux qui s'y trouvaient et sont partis, en emportant pour plus de 300 livres turques de marchandises.

Ils ont sous menace sommé ces infortunés de préparer 2000 livres, leur déclarant qu'ils reviendraient dans quelques jours.

par lettre

Osmanié, 8 Avril 1913

Le mutessarif Réouf Bey, depuis qu'il a pris possession de son poste, s'est montré l'ennemi déclaré des Arméniens qu'il menace et ne cesse de molester.

Il a interdit de sonner les cloches de l'Eglise.

Il empêche la construction d'une clôture à l'endroit où ont été enterrées les victimes des massacres d'Adana, afin que ces lieux soient constamment foulés.

De tout son pouvoir il excite les musulmans contre les chrétiens, et afin d'atteindre son but, il impute tous les crimes aux Arméniens.

par lettre

Marache, 3 Avril 1913

Les volontaires Kurdes ont ravagé les jardins et les vignes et abattu les arbres des Arméniens.

Si ces méfaits continuent les Arméniens mourront de faim car ils n'osent aller aux champs pour travailler.

Les mêmes faits ayant préludé aux massacres de 1895, notre malheureuse population redoute le renouvellement de ces boucheries, ce qui n'est guère improbable.

par lettre

Adana, 12 Avril 1913

Deux cordonniers, Arakel et Agop, ayant quitté le village turc de Djizekli, pour rentrer en ville, rencontrent en route deux musulmans armés qui après leur avoir fait subir toute espèce de tortures, les blessent grièvement.

Les victimes ont été transportées ici baignant dans leur sang. Leurs blessures sont très graves. Les criminels n'ont pas été arrêtés.

par lettre

Van, 15 Avril 1913

Dans les premiers jours du mois courant, on a assassiné un Arménien nommé Sosso, près de Hizan. Un autre Arménien d'Anabat a disparu. Les Arméniens de Harbt, ne pouvant supporter les exactions de Kurdes ont abandonné leur village.

LA SITUATION ACTUELLE DANS LES PROVINCES DE L'ANATOLIE ORIENTALE HABITÉES PAR LES ARMÉNIENS, XIII

lettre

Mouche, 9 Avril [1913]

Le 5 Mars, le chef de tribu Kurde Mouhamed Chérif a, à la tête de ses acolytes, assailli l'étable du prêtre Ohannès, au village de Kiabolau et a emporté le foin et la paille.

Les Chéikhs Feyzoullah et Mahmoud ont enlevé 100 tas de foin et 100 couffes de paille.

Le 7 Avril, le brigand Tchato, de Modgan, avec un groupe de Kurdes, a enlevé les 30 moutons de Mighré Lakéyan du village d'Artzouk. Les mêmes Kurdes avaient, en automne, emporté 80 moutons appartenant au susdit Mighré.

Dans les parages de Varto, des émissaires spéciaux envoyés par les fils de Bederkhan Bey circulent parmi les Kurdes qu'ils arment. Ils tiennent des conciliabules, dans le but de massacrer et de dépouiller les Arméniens.

lettre

Diarbékir, 10 Avril [1913]

Le 29 Mars, un jeune homme âgé de 18 ans, a été assassiné auprès du village d'Omaran. Il a reçu 23 coups de poignard. Ses effets ont été enlevés.

Le 6 Avril, Mighirtitch Ohannessian de Hachda a été assailli par trois Kurdes armés qui l'ont grièvement blessé. Sa vie est en danger.

Le 6 Avril, le Kurde Cheikh Seyfédoullah, du village de Didan, emprisonne dans le même village l'Arménien Hatcho Séférian, et le fait battre si cruellement qu'il a les os cassés. Sa plainte aux autorités reste sans résultat.

Le 6 Avril, les Kurdes assaillent le village de Hadjidjan, mais, grâce à la résistance opposée par les villageois, l'attaque ne réussit pas.

Le 7 Avril, des gendarmes se rendent, pour faire une enquête, au village de Kodjan.

N'ayant pas réussi à mettre la main sur Ado Eghoyan et Krikor Arabian, deux Arméniens innocents, ils pénètrent dans les demeures de ces derniers où ils cassent les meubles, jettent dans la rue les provisions de nourriture qu'ils trouvent, égorgent une vache et emmenant les jeunes femmes dans une maison, menacent de les violenter. Mais les habitants s'étant portés en foule vers ce lieu, ils renoncent à leur projet.

Le mouvement qui se prépare parmi les Kurdes de Séert et de Bohtiom et qui est susceptible d'éclater d'un moment à l'autre, ainsi que les fréquentes attaques qui ont eu lieu au cours des 15-20 derniers jours à Silvan et à Behérik, ont livré la population de nos parages à une si grande terreur, que les allées et venues d'un village à un autre se font avec des précautions extrêmes et avec les plus grandes appréhensions. Les bestiaux sont condamnés à crever par suite de l'impossibilité où l'on est de les conduire aux pâturages. Les autorités locales restent indifférentes et ne prennent aucune mesure pour assurer la sécurité de la population.

dépêche

Bitlis, 22 Avril [1913]

Le fameux brigand kurde Mahmé.a enlevé 4 Arméniens. Il a nuitamment assailli le village de Guelhok. Nous n'avons aucune confiance en l'autorité locale. Veuillez faire les démarches nécessaires.

dépêche

Séert, 23 Avril [1913]

La nuit dernière, Kasbar et sa femme ont été assassinés et leur maison a été pillée.

dépêche

Séert, 23 Avril [1913]

Les fameux brigands Kurdes, Tchétó, Djémil, Dévrèche ont pillé les villages arméniens et syriens.

Les villageois n'ayant trouvé aucune protection auprès des autorités, ont abandonné leurs semailles et se sont enfuis.

Il n'y a aucune sécurité sur les routes à Silvan, deux maisons chrétiennes ont été pillées.

dépêche

Diarbékir, 23 Avril [1913]

Aux environs de Bichérik (Silvan), les Kurdes s'arment à la hâte. En présence des meurtres, pillages et troubles qui se succèdent, la population considère sa vie en danger.

Les moyens employés par l'autorité locale sont insuffisants à enrayer le péril. Nous vous prions de recourir à des mesures immédiates.

dépêche

Kégbi, 23 Avril [1913]

Chah Husséin bey, résidant au village d'Altoun, a interdit les semailles du printemps. Il a fait venir au village des gendarmes, à l'effet d'empêcher les semailles d'automne. Nous vous prions de faire, auprès de qui de droit, des démarches en vue de la levée de cette interdiction.

dépêche

Mouche, 24 Avril [1913]

Khosrof ef. qui avait été blessé par les Kurdes, est mort.

par lettre

Diarbékir, 6 Avril 1913

Par notre lettre du 22 Mars, nous vous avons informé du mouvement qui a commencé en nos parages et qui prend une inquiétante extension dans les milieux Kurdes. Nous vous avons également annoncé que des délégations, envoyées par le gouvernement, sont parties d'ici et de Bitlis, avec mission de faire cesser ce mouvement ou de lui imprimer une autre tendance.

Des informations authentiques que nous avons recueillies, il ressort que si ledit mouvement existe, c'est grâce au vali de Bitlis, Ali pacha, partisan d'une politique de douceur et de clémence à l'égard des Kurdes. A la suite de ses démarches auprès du Ministère de l'Intérieur, celui-ci l'a autorisé à déléguer auprès des beys Kurdes, à l'effet de leur donner des conseils, les personnes qui lui sembleraient propres à remplir cet office.

Sur l'ordre du même Ministère, l'ex-député, Pirindji Zadé Feyzi bey, est parti d'ici pour rejoindre la délégation précitée.

Il y a quelques jours, Feyzi bey est rentré à Diarbékirkir, ayant rempli sa mission.

Nous venons d'apprendre qu'une partie de la délégation partie de Bitlis est allée à Modgan; l'autre partie s'est rendue à Gharzan où elle a rejoint la délégation partie d'ici. Ces gens se trouvent rassemblés chez Bcharé Tchato, au village d'Ainkassir. Avec eux se trouvent: Abdul-Kader, qui a été plusieurs fois emprisonné pour ses méfaits; Hassoyé Ibrahim, contre lequel le tribunal de notre localité a déjà lancé 2 mandats d'arrêt; Hassané Osman deux fois condamné par contumace; Bcharé Tchato qui a l'année dernière, tué ses deux neveux et qui est l'objet de 2 mandats d'arrêt délivrés par le tribunal de Bitlis; Hadji Mouhamed, chef de la tribu des Rechkotan, contre lequel le même tribunal a également lancé un mandat d'arrêt.

Ces individus auraient, – soi-disant – à la suite de conseils qui leur ont été

prodigués, consenti à se réconcilier, à ne pas se nuire et à ne plus commettre des crimes. Mais nous sommes fondés à croire que les conseils donnés aux individus susdits ont été d'une autre nature. On a probablement voulu les séparer des fils de Bederkhan bey ou même, peut-être, les pousser contre eux.

Bien que le gouvernement croit la rébellion qui a éclaté dans les parages de Midiate et dont l'auteur est le chef de la tribu des Raman, Derviche Alié Raman, du village de Tchélik, bien que le gouvernement croie cette rébellion terminée par la révocation – à l'effet de donner satisfaction au susdit – du mudir et du Kaïmakam de l'endroit, cependant la continuation des brigandages dans les régions précitées ainsi que l'insécurité de la voie fluviale entre Diarbékir et Moussoul prouvent que cette question n'est pas encore solutionnée. Et même, depuis le retour de la délégation dont nous avons parlé, l'insécurité dans notre province est devenue plus grande. Les faits ci-dessous confirment nos dires.

Le 24 Mars, alors que 5 villageois arméniens de Hintzorik rentraient de la ville au village, 7 Kurdes armés les ont dévalisés près du village de Képo, leur enlevant 60 livres en espèces et pour 40 livres de marchandises. L'un des villageois, Arouche Tchoboyan a disparu; quant aux 4 autres, Artine, Tétto, Movsès et Charo, ils se sont, au retour, plaints aux autorités d'Allivan, qui ont arrêté 3 des bandits.

Le 25 Mars, Krikor Haroutiounian, du village de Sirmi situé aux environs de notre ville, a été, alors qu'il faisait paître ses troupeaux, assailli par les Kurdes Emine, Boubo, Hisso et Cheïho, du village de Kirghali, qui l'ont si cruellement battu, qu'il est resté perclus d'un bras et d'une jambe. Il se trouve en traitement à l'hôpital de notre ville; quant aux malfaiteurs, ils se promènent librement malgré la plainte déposée contre eux.

La jeune fille arménienne nommée Loussik, enlevée il y a un mois, est la sœur de ce Krikor, et les auteurs du rapt sont sans doute les mêmes Kurdes qui, encouragés par la molle attitude du gouvernement dans cette première affaire, ont commis le récent méfait.

Piro et Tchazon, de la tribu des Rechkotan ont, le 27 Mars, assailli, en plein jour, le troupeau de village de Hléli (Bichérik), et ont enlevé 7 moutons appartenant à David Hatchadourian, et 4 moutons appartenant aux villageois Kurdes de l'endroit.

Le 25 Mars, les Kurdes se sont introduits nuitamment dans la maison de Boghos Korkoyan, du village de Barissil et ont emporté la plus grande partie du mobilier.

Le 31 Mars, 5 voyageurs se rendant de notre ville à Targhine, ont été dévalisés. On leur a enlevé tout ce qu'ils avaient.

Le 1 Avril, deux Arméniens qui se rendaient de notre ville à Bichérik, ont été dévalisés près du village de Bismil. Les bandits enlèvent à l'un d'eux, Melkon Touhmanian, 77 médjidiés et demi.

Ces derniers jours, les Kurdes, armés, se promènent librement dans les parages de Bichérik.

Tandis que ces méfaits se commettent, nous apprenons que les autorités de notre province, de concert avec celles de Bitlis, ont fait une démarche auprès du pouvoir central, à l'effet d'obtenir la grâce d'une soixantaine d'aghas Kurdes condamnés pour divers crimes. Telle est, à l'heure présente, notre situation.

par dépêche

Mouche, 20 Avril 1913

L'autre jour, les Kurdes ont enlevé 4 chevaux du village de Sol. A l'instigation du fameux Dérébey Kalamat oghlou Ali, son fils Férik et ses acolytes pénétrant dans le village d'Avran, ont assassiné le fils et enlevé les chevaux d'Essani.

Sélim bey, de Samout, et ses acolytes ont assailli le village arménien d'Aghpi et ont mortellement blessé Dikran à coups de hache.

Aucun des criminels n'a été arrêté.

La population est en proie à la terreur, les crimes ayant recommencé avec le printemps.

par dépêche

Mouche, 21 Avril 1913

La situation continue à être déplorable.

Aujourd'hui, Hosrof Ef. Aghayan, percepteur du fisc, a été blessé d'un coup de fusil dans la maison de l'agha du village de Harnodji, en présence d'autres percepteurs et de gendarmes.

Les Kurdes ont empêché les Arméniens de Houïte de faire leurs semailles.

par dépêche

Kégbi, 21 Avril 1913

Il y a quelques jours, Hlé oghlou Hassan d'Elgan, a brûlé, le moulin de Hovakim du village de Sakatzor.

En dépit de nos démarches auprès du gouvernement, le criminel n'a pas été arrêté. Hier, celui-ci, de concert avec Mouhammed, a assassiné ledit Hovakim.

Les crimes se succèdent.

La population est dans la terreur.

LA SITUATION ACTUELLE DANS LES PROVINCES DE L'ANATOLIE ORIENTALE HABITÉES PAR LES ARMÉNIENS, XV

dépêche

Kars-Bazar, 29 Avril [1913]

Le 28 courant, a eu lieu une fusillade nocturne, répandant la terreur parmi la population. Les femmes et les enfants se sont réfugiés à l'Eglise.

dépêche

Samsoun, 4 Mai [1913]

Aujourd'hui on a perquisitionné chez deux Arméniens inoffensifs. Nous protestons contre ces agissements anticonstitutionnels.

dépêche

Bitlis, 1 Mai [1913]

Les cruautés de Séid Ali ont obligé les Arméniens du village de Dadik à se réfugier ici. Les villages d'Erouni ont été dévastés.

La population se prépare à émigrer.

dépêche

Diarbékir, 2 Mai [1913]

Nous protestons contre les dispositions du nouveau règlement du vilayet qui viole les droits des chrétiens.

Avant ce règlement, le conseil du vilayet se composait de chrétiens et de musulmans, en nombre égal.

Le nouveau règlement supprime cette disposition.

lettre

Diarbékir, 19 Avril [1913]

Le dix du mois courant, alors qu'un vieillard âgé de 70 ans Aré Nouréyan, chef du village de Kanikugh (Silvan) se promenait dans son champ il a été assailli par deux Kurdes qui l'ont assassiné en lui portant 15 coups de couteau.

Le 8 Avril les hommes de Cheikh Seiffeddine, de Silvan, ont nuitamment tiré des coups de fusil contre le village de Maran, livrant la population à la terreur.

D'autres faits analogues se passent fréquemment dans ces parages.

A Silvan, il n'y a aucune sécurité. Les allées et venues d'un village à un autre ont complètement cessé. La même situation existe à Bichérik où règne une véritable anarchie.

Les tribus Kurdes qui se combattaient depuis de nombreuses années sont aujourd'hui amies et alliées. Elles ne cessent de tenir des conciliabules.

Les autorités locales sont au courant des faits mais feignent de ne rien voir.

par dépêche

Bitlis, 20 Avril 1913

Nous confirmons nos dépêches des 31 Mars et 2 Avril. Nous protestons contre l'imputation, par le gouvernement, de l'affaire en question, aux Arméniens en général. Les criminels qui ont blessé les nôtres n'ont pas encore été arrêtés.

Les meneurs viennent d'être relâchés. Nous vous prions de faire des démarches, afin que l'interrogatoire des Arméniens emprisonnés ait lieu en notre présence. Hier les troupeaux des villageois arméniens de Kachak (Modgan), et de ceux de Surème (Bitlis), ont été enlevés. Avec le printemps les crimes ont recommencé. Les dispositions des Musulmans nous causent les plus vives appréhensions. Notre situation est très grave.

lettre

Kharpout, 10 Avril [1913]

A Kéropé, village arménien de notre district, a été tué un Arménien nommé Krikor Payélian; la victime a reçu 13 coups de couteau.

dépêche

Bitlis, 27 Mai [1913]

Aujourd'hui même où est arrivé ici le nouveau Vali, on a assassiné, à midi, à 4 heures de distance de ville, Ohannès de Persed.

Notre situation est grave.

dépêche

Séert, 26 Avril [1913]

L'autre jour, on a enlevé les bêtes des agriculteurs de Balker. Djémil a exigé par force 30 livres turques. La situation est devenue très grave. Implorons secours!

dépêche

Bitlis, 26 Avril [1913]

D'après les nouvelles de Séert, les assassinats et pillages continuent systématiquement.

La culture et la circulation entre les villages arméniens ont cessé.

Au secours!

dépêche

Erzindjan, 28 Avril [1913]

Malgré la déclaration du gouvernement que l'affaire de l'explosion n'est l'œuvre que de 3 ou 4 individus, 13 personnes innocentes sont injustement retenues en prison.

Au nom de notre population, nous vous prions de faire auprès de qui de droit des démarches en vue de l'élargissement de ces prisonniers.

dépêche

Diarbékir, 27 Avril [1913]

Je suis prêt à prouver point par point, le contenu des lettres et dépêches que j'ai adressées jusqu'ici.

Notre vali fait courir le bruit que les plaintes adressées au sujet de l'insécurité qui règne sont dues à l'imagination des Arméniens qui sont des traîtres. (haine).

dépêche

Séert, 29 Avril [1913]

Les villages de Gol et de Bitcher (Gharzan) ont été pillés et deux personnes ont été grièvement blessées.

LA SITUATION ACTUELLE DANS LES PROVINCES DE L'ANATOLIE
ORIENTALE HABITÉES PAR LES ARMÉNIENS, XVII

lettre

Diarbékir, 23 Avril [1913]

Les pillages et persécutions continuent à Silvan.

Le 15 Avril, les Kurdes de Bazmar ont enlevé, par force, 4 mulets et un cheval appartenant à des villageois arméniens de Nalter.

Le 18 Avril, Emينو-Zino et Pilo de la tribu de Kassarghan sont entrés dans la maison de Charo Hovsepian et l'ont dévalisée.

Le 19 Avril, les voleurs se sont introduits dans l'église de Salo et l'ont dévalisée.

dépêche

Marache, 9 Mai [1913]

Les assassins de Hosrof se promènent librement. L'autorité locale ne les inquiète nullement; nous demandons justice.

lettre

Yalova, 7 Mai [1913]

Les gendarmes turcs sont entrés dans la maison de Garabet Hagopyan, sous prétexte de le chercher et ne l'ayant pas trouvé, ils ont battu cruellement les deux sœurs de Garabet.

Ils ont ensuite emprisonné le mouhtar du village, Agop, ainsi que quelques autres personnes qu'ils ont si cruellement battues que les malheureux gardent encore le lit.

dépêche

Van, 11 Mai [1913]

Malgré qu'on ait constaté que les meurtriers de Nouri bey sont des Kurdes, l'autorité locale ne cesse de molester les Arméniens d'Ardjak, persistant à leur attribuer un crime qu'ils n'ont pas commis.

dépêche

Banderma, 11 Mai [1913]

Le 7 Mai, un Turc d'Edindjik nommé Elmas bey a enlevé par force la fille âgée de 14 ans d'Agop Chakarian. Nos démarches auprès des Autorités locales n'ont donné aucun résultat. Le ravisseur n'est pas arrêté, et l'on ne sait pas où se trouve la jeune fille.

dépêche

Bitlis, 12 Mai [1913]

On a enlevé cette nuit 5 personnes du village de Korvou.

On a assassiné un prêtre Chaldéen. Le Vali assiste indifférent à ces exactions.

La malheureuse population ne peut plus supporter ces crimes.

HHStA PA XII 462



Interesse Österreich-Ungarns an der Aufrechterhaltung der ottomanischen Herrschaft in Asien

[K. UND K. MINISTERIUM
DES AUßEREN, WIEN]

Telegramm in Ziffern

1. an Grafen Szögyény in Berlin, Nr. 386,
2. an Herrn von Mérey in Rom, Nr. 570,
3. an Grafen Mensdorff in London, Nr. 449,
4. an Markgrafen Pallavicini in Konstantinopel, Nr. 265

Wien, am 5. Juni 1913

I.

Wie mir Herr von Tschirschky mitteilt, habe das Berliner Kabinett die Absicht, auf der Londoner Réunion die Frage der armenischen Reformen anzuregen. Die deutsche Regierung lasse sich hiebei einerseits von der Rücksichtnahme auf die bedeutenden wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in Kleinasien, andererseits von der Absicht leiten, gegen eventuelle weitergehende Pläne Rußlands das Prävenire zu spielen.

Da ich infolge einer Unterbrechung unserer Konversation nicht in die Lage kam, dem kaiserlich deutschen Botschafter über meine Stellungnahme zu der geplanten Anregung seiner Regierung zu informieren, ersuche ich Euer Exzellenz, Herrn von Jagow mitzuteilen, daß auch Oesterreich-Ungarn das allergrößte Interesse an der Aufrechterhaltung der ottomanischen Herrschaft in Asien habe. Ich sei daher gerne bereit, die in Aussicht genommene Anregung durch Grafen Mensdorff unterstützen zu lassen; ich setze hiebei als selbstverständlich voraus, daß an den für Armenien in Aussicht genommenen Reformen alle sechs Signatarmächte des Berliner Vertrages teilnehmen und daher auch Oesterreich-Ungarn bei der Zusammensetzung des Reformapparates in gleicher Weise wie die anderen Mächte vertreten sein wird. Sobald mir eine Meldung Euer Exzellenz darüber vorliegen wird, daß das Berliner Kabinett mit diesem meinem Standpunkte einverstanden ist, werde ich Graf Mensdorff mit einschlägigen Instruktionen versehen.

2-4.

Ich telegraphiere heute Nachstehendes an Grafen Szögyény: (Inseratur Telegramm sub 1 in extenso.)

ad 2.

Vorstehendes zur streng vertraulichen Mitteilung an Marquis di San Giuliano, von welchem ich annehme, daß er in der armenischen Frage einen analogen Standpunkt, wie ich, einnehmen dürfte.

ad 3 und 4.

Vorstehendes vorläufig zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information.

Markgraf Pallavicini wird ermächtigt, an den Beratungen der Botschafter über die in Armenien einzuführenden Reformen teilzunehmen

[K. UND K. MINISTERIUM
DES AEUSSERN, WIEN]

Telegramm in Ziffern

1. an Markgrafen Pallavicini in Konstantinopel, Nr. 276,
2. an Grafen Thurn in St. Petersburg, Nr. 373,
3. an Grafen Szögyény in Berlin, Nr. 407,
4. an Herrn von Mérey in Rom, Nr. 604,
5. an Grafen Szécsen in Paris, Nr. 321,
6. an Grafen Mensdorff in London, Nr. 468.

Wien, am 10. Juni 1913

1.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 271 vom 7. d. M.

Ich ermächtige Euer Exzellenz, an den vom russischen Kabinett vorgeschlagenen Beratungen der Botschafter in Konstantinopel über die in Armenien einzuführenden Reformen unter der Voraussetzung teilzunehmen, daß diese Reformen die Integrität der Türkei unberührt lassen und mit dem Prestige und der Autorität des Sultans vereinbar sind, sowie daß die türkische Regierung sich an den diesbezüglichen Pourparlers beteiligt.

Euer Exzellenz wollen sich in diesem Sinne Ihren Kollegen gegenüber aussprechen.

Zu Euer Exzellenz persönlicher Information bemerke ich, daß wir selbstredend auch in dieser neuen Phase der Angelegenheit an dem in meinem Telegramme Nr. 235 vom 5. d. M. ersichtlichen Standpunkte einer gleichmäßigen Partizipation aller Mächte an der Aufstellung des Reformprogrammes wie an der Zusammensetzung des etwaigen Reformapparates festhalten und daß Euer Exzellenz nächste Aufgabe in den Konferenzen darin bestehen wird, für die Verwirklichung dieses Prinzipes einzutreten.

2.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 370 vom 7. d. M.

Euer Exzellenz wollen Herrn Neratow mitteilen, daß ich Markgraf Pallavicini ermächtigt habe, an den vom russischen Kabinett vorgeschlagenen Beratungen der Botschafter in Konstantinopel über die in Armenien einzuführenden Reformen unter der Voraussetzung teilzunehmen, daß diese Reformen die Integrität der Türkei unberührt lassen und mit dem Prestige und der Autorität des Sultans vereinbar sind sowie daß die türkische Regierung sich an den diesbezüglichen Pourparlers beteiligt.

3.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 258 vom 9. d. M. erhalten.

Ueber die Stellungnahme des italienischen Kabinettes in der Frage der armenischen Reformen telegraphiert mir Herr von Mérey, Marquis di San Giuliano meine, man könne dem russischen Vorschlage mit dem Vorbehalte zustimmen, daß die betreffenden Reformen mit der Integrität der Türkei und mit der Autorität und dem Prestige des Sultans vereinbar sein müßten.

Ich ermächtige Markgrafen Pallavicini unter einem, (Inseratur ex Telegramm sub 1 von „an den vom russischen Kabinett...“ bis „... Pourparlers beteiligt.“)

Vorstehendes zur Mitteilung an Herrn von Jagow.

4.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 341 vom 9. d. M. erhalten.

Ueber die Stellungnahme des Berliner Kabinettes in der Frage der armenischen Reformen telegraphiert mir Graf Szögyény, die deutsche Regierung sei bereit, dem russischen Vorschlage zuzustimmen, in der Voraussetzung, daß auch die Türkei an den bezüglichen Verhandlungen teilnehmen werde.

Ich ermächtige Markgrafen Pallavicini unter einem, (Inseratur ex Telegramm sub 1 von „an den vom russischen Kabinett...“ bis „... Pourparlers beteiligt.“)

Vorstehendes zur Mitteilung an Marquis di San Giuliano.

5-6.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 317/458 vom 7. d. M.

Ich telegraphiere an Grafen Thurn wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 2 von „Euer Exzellenz wollen Herrn Neratow mitteilen“, bis „... Pourparlers beteiligt.“)

Vorstehendes zur Euer Exzellenz Information und Regelung Ihrer Sprache.

HHSStA PA XII 463

★

Reformvorschläge für die armenischen Vilajete

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPOL]

Nr. 33/D

Jeniköj, am 10. Juni 1913

Hochgeborener Graf!

Der Grossvezier kam gestern mir gegenüber auf die Reformidee für die von Armeniern bewohnten Vilajete zu sprechen und sagte, er wisse, dass Russland an die Mächte herangetreten sei, damit ein Reformprogramm ausgearbeitet und der Pforte vorgelegt werde. Er wisse auch, dass deutscherseits, um den russischen Plänen vorzugreifen, der Vorschlag gemacht worden sei, die Frage der in Armenien durchzuführenden Reformen zu besprechen. Mahmud Schefket Pascha will dem deutschen Botschafter, als derselbe ihn über seine Stellungnahme zur deutschen Anregung sondierte, bedeutet haben, es wäre ihm lieber, wenn die Vorschläge von russischer Seite kämen.

Mir sagte der Grossvezier, er sehe selbst ein, dass in den armenischen Vilajets gewisse Reformen durchgeführt werden müssten, und sei er entschlossen, dies zu tun, ja er habe damit auch schon den Anfang gemacht, indem er 5000 Gendarmen hingesendet, 32 neue Gerichte kreiert und Anordnungen für die Reform der Justizpflege getroffen hätte. Betreffs der weiteren Haltung der Regierung in der Reformfrage gäbe es für dieselbe zwei Wege, die eingeschlagen werden könnten: entweder selbst mit einem umfassenden Reform-Programme hervortreten und auf diese Weise der ganzen russischen Aktion die Spitze abzubrechen, oder aber abzuwarten, bis die Mächte mit einem Reformprogramme an ihn herantreten, jedoch schon jetzt faktisch gewisse notwendige Verbesserungen einzuführen, womit er ja, wie erwähnt, bereits begonnen habe. Letzterer Weg schein ihm der bessere zu sein, denn wenn die Pforte selbst ein Programm aufstellte, würde ihr betreffs der Durchführung desselben kein Vertrauen entgegengebracht werden, und ausserdem könnte dasselbe leicht über die russischen Wünsche hinausgehen, oder wenigstens auch solche Reformvorschläge enthalten, an welche die Mächte gar nicht denken würden, so dass durch eine Aufrechterhaltung des türkischen Programmes und eventuelle Ergänzung durch Vorschläge aus dem Programme der Mächte ein weit grösseres Projekt entstehen könnte, als wenn die Mächte selbst mit einem solchen hervortreten würden. Offenbar schwebt Mahmud Schefket Pascha der Gedanke vor, dass in letzterem Falle durch Verhandlungen und Hinweise auf bereits durchgeführte Punkte eine Einschränkung des von den Mächten vorzuschlagenden Programms durchgesetzt werden könnte.

Der Grossvezier sprach sich offen dahin aus, dass es Russland gar nicht um das Los der Armenier und um die Einführung von Reformen zu tun sei, sondern es wolle damit nur eine Handhabe zur steten Einmischung und zu politischen Machinationen in den nordanatolischen Vilajets haben; es sei eben eine Wiederholung des Spieles in Mazedonien beabsichtigt.

Ich teile vollkommen die Ansicht Mahmud Schefkets Paschas, dass Russland

durch seinen Reformvorschlag nur eigennützige Zwecke verfolgt, und es sich für das Zarenreich nur darum handelt, der Türkei durch die Einführung von ausgedehnten Reformen Schwierigkeiten zu bereiten und ein günstiges Terrain für seine politische Arbeit in Armenien zu schaffen. Dass Russland mit seiner Anregung nur politische Zwecke verfolge, schliesse ich auch daraus, dass mein russischer Kollege in der letzten Zeit sehr viel mit dem armenischen Patriarchen zusammenkommt und die russische Botschaft ungemein stark mit armenischen Kreisen arbeitet.

Im übrigen halte ich die Lage der armenischen Bevölkerung durchaus nicht für so schlecht, wie sie russischerseits hingestellt wird, und lassen sich die heutigen Zustände in den sechs Vilajets mit jenen in den 90iger Jahren, welche Anlass zur Ausarbeitung des Reformprogramms vom Jahre 1895 gegeben haben, nicht vergleichen. Ich habe in der letzten Zeit des öftern Gelegenheit gehabt, Euer Exzellenz die Zusammenstellungen des armenischen Patriarchates über die Vorfälle in Armenien zu unterbreiten, und finde ich, dass diese Berichte über die Mißstände in Armenien selbst Zeugnis dafür ablegen, dass die Lage der dortigen Bevölkerung gar nicht so arg sei, sonst würde das Patriarchat wohl nicht nötig haben, jeden kleinen Diebstahl in der Liste seiner Rekrimationen aufzuzählen.

Mein englischer Kollege sagte mir vor einigen Tagen gesprächsweise, er sei der Ansicht, dass die Vorgänge in Armenien stark übertrieben werden, denn so viel Morde, als sich das Patriarchat aus den dortigen Vilajets melden lässt, kämen in Paris oder einer andern europäischen Großstadt innerhalb viel kürzerer Zeit vor.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner Ehrfurcht PALLAVICINI

Seiner Exzellenz

Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHStA PA XII 463



Wirksame Reformen in Armenien im Interesse der Türkei

Telegramm von Graf Thurn

Nr. 211
Chiffre

Petersburg, 15. Juni 1913

Betrifft armenische Reformfrage.

Ich habe im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes No. 373 vom 11. d. M. Herrn Sazonow [Sasonow] von der bedingungsweisen Zustimmung der k. und k. Regierung zum russischen Vorschlag von Botschafterbesprechungen in Konstantinopel, die sich mit der Frage armenischer Reformen zu beschäftigen hätten, verständigt.

Herr Sazonow erwiderte mir, dass, was die Aufrechterhaltung der Integrität der Türkei und die Wahrung der Autorität und des Prestiges des Sultans anbelangt, er vollständig die Auffassung Euer Exzellenz teile. Die russische Regierung sei aufrich-

tig und ohne jeden Hintergedanken bestrebt, die Türkei in ihrem jetzigen Bestande zu erhalten und zu sichern. Allerdings sei er der Ueberzeugung, dass wirksame Reformen in Armenien, die gerade im Interesse der Türkei dringend notwendig seien, nicht ohne Einführung irgend einer europäischen Kontrolle durchführbar sein werden.

Was aber die Teilnahme der türkischen Regierung an den Beratungen der Botschafter schon in deren erstem Stadium anbelangt, so müsste er sich entschieden dagegen aussprechen, weil die türkischen Delegierten gewiss nur eine Verschleppungstaktik treiben würden und durch sie nur ein Element der Intrige in die Beratungen getragen würde, indem sie zweifellos auch die kleinste im Laufe der Besprechungen zutage tretende Meinungsverschiedenheit zur Kontrekariierung der ganzen Aktion ausnützen würden. Auch sei er überzeugt, dass durch Zuziehung von Türken von vorneherein die ganze Reformaktion in den Augen der Armenier diskreditiert werden und so nicht die erwünschte Beruhigung gewährleisten würde. Nach Ansicht Herrn Sazonows sollte vielmehr vorerst durch die Vertreter der Großmächte auf der 1895-er Basis ein Reformprogramm ausgearbeitet und dieses fertige Elaborat dann der türkischen Regierung zur Annahme vorgelegt werden.

Zum Schlusse betonte Herr Sazonow, wie sehr es für die russische Regierung ein Gebot der Notwendigkeit sei, auf die tatsächliche Durchführung der Reformen in Armenien zu dringen, umso mehr als auch in den angrenzenden Gebieten Russlands eineinhalb Millionen Armenier leben und es deshalb für Russland von vitalem Interesse sei, dass jenseits seiner Grenze absolute Ruhe geschaffen werde.

Bei diesem Anlasse hob der Herr Minister nochmals mit großem Nachdrucke hervor, dass Russland darüber hinaus gar kein Ziel verfolge, und dass die ihm vielfach zugeschriebenen eigennützigen Absichten gänzlich erfunden seien. Insbesondere könne er mir die bündigste Zusicherung geben, dass Russland keinerlei Eroberungsabsichten in diesen Gebieten hege.

Mein deutscher Kollege, der sich Herrn Sazonow gegenüber in gleichem Sinne wie ich ausgesprochen hat, erhielt eine analoge Antwort. Marquis Carlotti hat ebenfalls die gleichen Instruktionen erhalten, hatte jedoch bis gestern keine Gelegenheit, sich seines Auftrages bei Herrn Sazonow zu entledigen.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA XII 463



Das armenische Reformprojekt betreffend

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPOL]

Nr. 34/D

Jeniköj, am 19. Juni 1913

Hochgeborener Graf!

Beim letzten Diplomatenempfang brachte ich dem Grossvezier gegenüber das Gespräch auf die der türkischen Regierung jetzt obliegende, auf die Reorganisierung und Konsolidierung des Reiches hinzielende Arbeit und wies ich daraufhin, dass es im Interesse der Pforte gelegen wäre, allen Gegnern des Reiches jeden Prätext zu Klagen und Einmischungen zu benehmen und durch Durchführung von wirklichen Verbesserungen in der Verwaltung und wirtschaftlichen Hebung des Landes allen staatsfeindlichen Tendenzen den Boden zu entziehen.

Said Halim Pascha erwiderte mir, dass die Regierung sich ihrer Pflichten voll bewusst und dass sie von den besten Absichten in Bezug auf Durchführung von Reformen beseelt sei, da sie eingesehen habe, dass eine Konsolidierung des Reiches und das wirtschaftliche Aufblühen der Provinzen nur durch Einführung und gewissenhafte Anwendung von Reformen ermöglicht werden könne. Um dieselben durchzuführen, sei aber ziemlich viel Geld erforderlich und daran gebricht es der Pforte gerade jetzt. Wenn daher die Mächte ein Interesse an der Erhaltung des osmanischen Reiches haben und aufrichtig die Inaugurierung des Reformwerkes wünschen, so müssten dieselben der Türkei die nötigen Mittel, welche sich auf ungefähr drei Millionen Pfund belaufen dürften, verschaffen. Die ottomanische Regierung würde in diesem Falle bereit sein, denjenigen Mächten, welche ihr das Geld beschaffen würden, eine gewisse Kontrolle über die richtige ausschließliche Verwendung desselben zu Reformzwecken einräumen.

Mein deutscher Kollege, mit welchem ich die Frage der in den armenischen Vilajets einzuführenden Reformen besprach, sagte mir, seine Regierung sei der Ansicht, dass es am besten wäre, in der Reformfrage England vorzuschieben. Denn wenn die englische Regierung ernstlich die Erhaltung und Konsolidierung des türkischen Reiches wünsche, so werde sie auch gerne an den einzuführenden Verbesserungen arbeiten und würde dann durch die ernste, der Sache selbst gewidmete Arbeit der englischen Organe der Einfluss Russlands, das nur zu selbstsüchtigen Zwecken die Reformen einzuführen wünscht, und dessen destruktive Tendenzen der Türkei gegenüber für niemanden ein Geheimnis sind, contrebanciert werden. Sollte aber auch England nicht aufrichtig eine Erstarkung der Türkei wünschen und nicht gewillt sein, daran mitzuarbeiten, dann freilich wäre alle Mühe verloren und wäre die Aufteilung des osmanischen Reiches nur eine Frage der Zeit und dann würde Deutschland auch darauf bedacht sein, bei der Teilung soviel als möglich zu erhalten.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner Ehrfurcht

PALLAVICINI

Seiner Exzellenz Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

Séance du 21 Juin 1913 de l'Assemblée Nationale Arménienne. A propos de l'Emigration des Arméniens

Le Conseil Mixte a donné lecture à l'Assemblée du très important document ci-dessous:

Indépendamment des nouvelles reçues d'Arménie touchant l'insécurité qui y règne et les exactions qui s'y commettent et qui deviennent chaque jour plus fréquentes, le fait le plus grave et le plus inquiétant est l'émigration en masse du peuple arménien, émigration qui prend des proportions de plus en plus considérables.

Ce n'est certes pas le désir de chercher fortune qui pousse la nation arménienne, si cruellement éprouvée, vers des horizons inconnus et un avenir incertain, mais le manque de travail, la faim et le perpétuel danger auxquels se trouvent exposés son honneur, sa vie et ses biens. Ce sont là les motifs qui, dans le passé aussi, ont obligé nos nationaux à abandonner les lieux qui les ont vu naître et à s'éloigner d'une patrie devenue inhospitalière.

Tout en constatant cette calamité nationale, qui est une conséquence de la situation politique et économique extrêmement défavorable du pays, nous ne saurions assister, indifférents, à un état de choses pareil et laisser la population désespérée – *surtout dans le moment actuel où des raisons impérieuses lui commandent de rester dans ses foyers*, – nous ne saurions, disons-nous, à la minute actuelle, laisser la population arménienne désertir ces foyers, pour aller se perdre, s'anéantir à l'étranger.

Devant ce péril, le Conseil Mixte, profondément ému, croit devoir s'adresser à votre honorable Assemblée, pour la prier d'user de sa haute autorité, en vue d'inviter, par un appel solennel, nos infortunés nationaux à ne pas s'éloigner de la mère-patrie, à patienter et à résister encore un peu, ainsi qu'ils l'ont fait pendant des siècles.

Le Conseil Mixte a également donné les explications verbales ci-après:

«Il est superflu de dire à quel point l'émigration est nuisible à notre nation qui a déjà si durement payé de ce chef.»

«L'importance du nombre des Arméniens qui au cours des huit dernières années, ont pris la route d'exil, ne pouvait laisser notre nation indifférente.»

«De renseignements officiels, il ressort que d'une petite ville comme Kéghi, 100 personnes ont émigré en un jour. D'Erzindjan 1000 personnes sont parties en une semaine. 120 familles ont quitté Erzeroum en un mois.»

«Il convient de faire remarquer que, sous l'ancien régime où les conditions étaient plus dures, le nombre des émigrants était moins important.»

«Les statistiques établissent que de 1903 à 1907, dans une période de 4 ans, 9921 Arméniens ont émigré en Amérique, tandis que de 1908 à 1913, près de 20,000 personnes ont quitté le pays.»

«Rien qu'au cours des 3-4 premiers mois de l'année 1913, 2008 individus sont partis.»

«Il faut absolument remédier à ce mal. C'est là pour nous une question de vie ou de

mort. Bien que les principales causes de ce courant soient les conditions économiques et l'insécurité qui règnent dans les parages précités, il ne faut cependant pas encourager par l'indifférence une inclination aussi funeste qui tend notamment à amoindrir l'importance de notre élément.»

«Il convient de faire remarquer, en outre, que ceux qui s'en vont à l'étranger partent en famille, emmenant avec eux femmes, vieillards, enfants, ce qui indique que leur départ n'est pas temporaire, mais définitif, et a plutôt le caractère d'un mouvement colonisateur que d'une émigration.»

«Tandis que les Arméniens habitant ces contrées les abandonnent, le Gouvernement s'efforce, par contre, d'amener des *mouhadjirs* à Kharpout et à Sivas et de les installer sur les terres mises aux enchères par les autorités.»

«Pour en revenir à la question d'insécurité qui provoque ce grand mouvement d'émigration, elle n'a pas encore abouti à une solution pratique, et ce qui se dit au sujet de l'arrestation de brigands ne répond nullement à notre attente. Jusqu'ici pas un des bandits notoires n'a été capturé. Seuls quelques individus inconnus et sans importance ont été arrêtés.»

«Ceux qui restent continuent tranquillement leur œuvre néfaste, opprimant, de tout façon, les Arméniens qui, privés d'espoir, ne voient leur salut que dans l'exode.»

«Le peuple a supporté les privations économiques. Il les supporte toujours. Mais à l'heure présente, il y a une persécution intentionnelle contre les intellectuels, les jeunes et ceux qui appartiennent à la classe aisée. Les causes de l'émigration étant donc aujourd'hui surtout politiques, le Conseil Mixte a cru devoir s'adresser à votre honorable Assemblée qu'il adjure en sa qualité de représentant de la nation entière, d'user en l'occurrence de toute sa haute autorité.»

A la fin, l'Assemblée a, à l'unanimité, adopté la résolution suivante:

«L'Assemblée, ayant pris connaissance du projet du Conseil Mixte, ainsi que de ses explications verbales touchant l'émigration en masse des Arméniens, – émigration si désastreuse pour leur patrie – et après avoir entendu à ce sujet divers représentants, dans le but de parer à cette calamité, décide de:

1° adresser, au nom du Conseil Mixte et de l'Assemblée nationale, à toutes les provinces habitées par les Arméniens, un *appel solennel*, rappelant qu'aujourd'hui plus que jamais l'élément arménien peut nourrir l'espoir de voir se réaliser ses aspirations légitimes touchant la garantie de son existence et de sa sécurité au pays natal, et insistant sur le fait qu'au nom des intérêts suprêmes et séculaires des Arméniens, il doit rester sur la terre de ses aïeux pour y défendre l'existence de la nation;

2° envoyer, dans le même but, quelques délégués ecclésiastiques et laïques pour adresser verbalement les mêmes exhortations au peuple et, de concert avec les autorités ecclésiastiques de l'endroit, organiser, à l'effet de poursuivre le même objet, des conseils locaux, par l'entremise des vicariats;

3° adresser aux sociétés arméniennes de bienfaisance se trouvant à Constantinople, en province et à l'étranger, ainsi qu'en général, à la classe aisée de la nation arménienne, un appel, afin que des quêtes sur une vaste échelle soient organisées, à Constantinople par l'entremise du Conseil Mixte, et en province par celle des

vicariats, dans le but de se procurer une somme destinée à améliorer la situation économique de ceux qui ont recours à l'émigration et à leur donner les moyens de supporter les conditions affreuses qui les entourent, et de ne pas se séparer du Sol Natal.»

II. BEILAGE ZUM BERICHT NR. 41/E DDO. COS-PEL 22. JULI 1913 [SIEHE S. 127]

Notice très confidentielle

Les aspirations des Arméniens

Les Arméniens n'ont pas d'aspirations politiques. Mais ils tiennent pour que des mesures efficaces soient prises pour garantir: 1° leur *sécurité*, 2° leur *égalité politique* avec les Musulmans, 3° leur *droit de développer librement leur culture nationale*.

Ces revendications n'ont rien d'incompatible avec leur sincère désir de rester des Ottomans et de travailler au relèvement de la patrie ottomane. Mais pour cela il faut que les réformes qui leur sont promises soient réalisées et que les *Arméniens soient contents de leur sort*.

Attitude du Gouvernement Ottoman

Malheureusement le Gouvernement turc ne semble pas avoir compris la gravité de la question arménienne, ni renoncé à sa politique traditionnelle de demi-mesures. L'attitude qu'il a adoptée vis-à-vis de la question arménienne semble exclure toute possibilité d'entente. Il s'oppose à toute réforme de caractère particulier ou local. Il ne veut que des réformes générales qui seraient introduites à la fois dans toutes les parties de l'Empire et profiteraient à tous les Ottomans sans exception. Il ne tient pas compte de ce fait que dans aucune partie de l'Empire, en dehors des vilayets arméniens, il n'y a un peuple traqué, pillé et assassiné comme le peuple arménien et sur la tête duquel planerait sans cesse le danger des massacres. Si les Arméniens sont l'objet de persécutions aussi bien de la part de la population musulmane que de la part des administrations et des tribunaux c'est parce qu'ils sont des *chrétiens*. Après cinq ans de régime constitutionnel ils se voient obligés, comme dans les plus mauvais jours du régime d'Abd-ul-Hamid, d'abandonner et de fuir leur foyer. Le compte-rendu de la séance du 4 Juillet 1913 de l'Assemblée Nationale Arménienne révèle une situation des plus alarmantes. Les réformes arméniennes ne peuvent pas être confondues avec les réformes générales. Elles doivent prévoir *des mesures efficaces de protection pour le peuple arménien*, en plus des dispositions qui assureront les bienfaits *d'une bonne administration au profit de toutes les populations* qui habitent les vilayets arméniens. Ces réformes constituent d'ailleurs, en vertu de l'article 61 du traité de Berlin, une obligation spéciale que le Gouvernement turc ne peut pas méconnaître. Quant aux

Puissances, elles ne peuvent pas oublier que depuis 35 ans cette obligation est restée lettre morte.

Caractère illusoire des réformes proposées par la Sublime Porte; la nouvelle loi des vilayets et son appendice

La nouvelle loi des vilayets ne contient aucune disposition au profit des Arméniens. Au contraire elle supprime celles qui existaient dans la législation antérieure. La représentation des nationalités non musulmanes dans l'Assemblée générale des vilayets et dans les Conseils administratifs n'est assurée par aucune disposition dans la nouvelle loi. Aucune disposition non plus pour garantir leur participation aux fonctions publiques. L'ancienne loi des vilayets disposait que l'Assemblée générale et les Conseils administratifs seraient composés des membres *musulmans et chrétiens en nombre égal* et la loi des réformes de 1895, communiquée aux Puissances, accordait aux Arméniens une participation proportionnelle dans les fonctions publiques. Enfin la nouvelle loi est rédigée avec l'arrière-pensée de ne pas permettre aux Arméniens l'usage de leur langue dans leurs rapports avec les autorités (Art. *). Telle est cette loi que le Gouvernement présente aux Puissances comme une œuvre de réformes en faveur des Arméniens.

Quant à la décentralisation elle y est tellement défigurée que le Gouvernement turc a fini par en convenir lui-même et il s'est vu obligé de publier un appendice pour lui donner une forme présentable. Il est regrettable de constater que là encore il n'a pas été capable d'un effort sincère. A première vue on semble accorder des pleins pouvoirs aux inspecteurs généraux (art. 3 de l'appendice). En réalité on ne leur accorde rien puisqu'on réserve à la Sublime Porte la solution des conflits qui naîtront entre l'inspecteur général d'une part et l'administration centrale d'autre [part] (art. 5 de l'appendice). Il est à présumer que dans les rapports de l'inspecteur général avec l'administration centrale tout se transformera en conflits.

Délimitation de la région arménienne

Quelques personnes ont vu dans la délimitation de la région arménienne une intention séparatiste. C'est un soupçon que rien ne justifie. L'article 61 du traité de Berlin parle *des provinces habitées par les Arméniens*. Les six Puissances, dans leur note collective du 7 Septembre 1880 ont en vue ces mêmes provinces. La note dit textuellement: «La distribution des communes et des groupes administratifs en général, devrait se faire de façon à réunir le plus d'*éléments homogènes* possibles; elle devrait *tendre à grouper les Arméniens*.» Les Puissances, en donnant ce conseil ne faisaient certes pas une œuvre séparatiste. Le Gouvernement turc a toujours reconnu l'existence de *la province arménienne* (Ermeni vilayeti). Elle ne fut supprimée

* Die Nummer des Artikels wurde im Originaldokument nicht angegeben

qu'après la guerre russo-turque. On en forma plusieurs vilayets dans le but exclusif de disperser les populations arméniennes et de les incorporer dans les masses musulmanes des régions avoisinantes. Ce morcellement a été poussé si loin que les nouveaux vilayets qu'on a créés présentent plutôt la superficie moyenne d'un sandjak.

Le Gouvernement turc se propose d'ajouter aux six vilayets celui de Trébizonde et de faire deux secteurs de cette région, l'un au nord (Trébizonde, Erzeroum, Sivas), l'autre au sud (Van, Bitlis, Kharpout, Diarbékir). Cette proposition ne se justifie par aucun motif d'ordre ethnique, économique ou géographique. La région arménienne avec sa délimitation naturelle est presque égale comme étendue (190.000 k.c.) à chacun des deux secteurs (192.000 K. c. et 160.000 K. c.). Elle est à peine plus grande que les vilayets voisins de Bagdad (140.000 K. c.), de Bassorah (138.000 K. c.). Elle ne peut former que deux sandjaks comme celui de Zor (100.000 K. c.). Le partage en secteurs n'offre aucun avantage au point de vue d'une bonne administration. Il ne vise par conséquent [que] de maintenir le morcellement du peuple arménien. C'est un acte de mauvaise politique en même temps que de mauvaise administration sur lequel nous jugeons inutile d'insister. Nous demandons par conséquent la réunion des six vilayets en une seule région.

Vraies réformes

Les réformes à introduire dans les vilayets arméniens doivent viser deux buts: 1° la bonne administration pour tous, 2° la protection des Arméniens.

Bonne administration; décentralisation administrative

La décentralisation des vilayets arméniens doit être *réelle*. On ne peut pas remédier au mal dont souffrent les provinces éloignées de l'Anatolie par des combinaisons dépourvues de tout caractère pratique. Maintenir la division actuelle en vilayets et placer à leur tête, en plus des valis, un inspecteur général est un système qui va à l'encontre de toutes les règles de la science administrative. Dans ce système proposé par la Sublime Porte, l'inspecteur général est un organe d'*inspection* en même temps qu'un organe d'*exécution*. On ne peut pas cumuler ces deux fonctions sans porter préjudice à la bonne marche des affaires administratives et sans provoquer des heurts et des complications. Ce serait aussi la cause de dépenses considérables et inutiles. Du reste la combinaison du vali et de l'inspecteur général n'a pas pour elle-même la nouveauté. On en a fait l'expérience en Macédoine d'une façon suffisamment concluante.

Protection des Arméniens

a) *Gouverneur Général européen nommé avec l'assentiment des Puissances.* L'essentiel est de protéger les Arméniens contre la tendance générale des fonctionnaires et des juges d'avantager le Musulman au préjudice du Chrétien. Le gouverneur général qui sera placé à la tête de la province arménienne doit donc être d'une impartialité rigoureuse, indépendant et soutenu dans sa tâche par la sympathie des Puissances. Cela signifie qu'il doit être Européen et que sa nomination doit avoir lieu *avec leur assentiment*. La Sublime Porte considère une nomination semblable comme attentatoire à la souveraineté ottomane. C'est une erreur facile à démontrer. En tous cas, *il n'y a pas, aux yeux des Arméniens, œuvre sérieuse de réformes si la personne appelée à les appliquer n'est pas nommée avec l'assentiment des Puissances*. On en pourrait discuter la forme mais le principe doit être maintenu si l'on ne veut pas abandonner les Arméniens à leur triste sort.

b) *Pleins pouvoirs; droits de nommer et de destituer tous [les] fonctionnaires et les juges.* Il va sans dire que le gouverneur général doit avoir le droit absolu de nommer et de destituer tous les fonctionnaires et tous les juges sans exception, surtout ceux de degrés supérieurs. Il ne pourra pas faire œuvre utile s'il n'a pas le pouvoir de choisir ses collaborateurs. Il doit être aussi armé pour briser tous les mauvais vouloirs qui l'entoureront. Il ne sera obéi par les fonctionnaires et les juges de tout ordre que dans la mesure de son pouvoir de les sommer et de les destituer.

c) *Représentations des Arméniens dans l'assemblée provinciale et les conseils administratifs et leur participation aux fonctions publiques.* Les Arméniens demandent que l'assemblée provinciale et les conseils administratifs soient composés de membres musulmans et chrétiens *en nombre égal*, conformément à la législation antérieure.

De même ils devraient participer aux fonctions publiques dans une *mesure égale* à celle des Musulmans.

Ils justifient cette demande par leur importance, qui, dans les vilayets arméniens est supérieure, en tous cas égale, à celle de l'élément musulman. Pour s'en convaincre il suffit de prendre en considération avec *leur nombre, leur puissance économique et leur degré de culture*.

d) *Usage de la langue arménienne.* Les Arméniens devraient être autorisés à faire usage de leur langue devant les tribunaux et en général dans leurs rapports avec les autorités. Les lois et les décrets devraient être publiés aussi en langue arménienne.

e) *La justice.* La justice devrait être réformée tout au moins dans la mesure prévue dans le projet des réformes élaboré en 1895 par les Ambassadeurs de France, de la Grande-Bretagne et de Russie.

f) *Les terres des Arméniens.* On doit prendre pour base dans ce règlement la

restitution aux Arméniens de leurs terres de manière à les réintégrer dans leur foyer. Les indemnités en numéraires ou en terres seraient accordées à leur détenteurs actuels.

g) *Garantie*. Il importe surtout que l'application des réformes ne souffre pas d'un changement politique, ni même de régime. Elle doit être à l'abri des événements qui peuvent toujours survenir dans un pays troublé comme la Turquie.

Tant qu'elle dépendra du bon vouloir du Gouvernement turc, elle sera évidemment une entreprise sans lendemain et ne pourra inspirer confiance. C'est en s'appuyant sur un contrôle européen, *institué sur les lieux mêmes*, que l'œuvre des réformes réalisera les espérances qu'on aura placées en elle. En résumé:

1° la formation d'une seule province par le groupement des vilayets orientaux habités par les Arméniens avec une décentralisation administrative,

2° la nomination d'un gouverneur général européen avec l'assentiment des Puissances et avec pleins pouvoirs,

3° la représentation dans l'Assemblée provinciale et les Conseils administratifs et la participation des Arméniens aux fonctions publiques égale à celle des Musulmans,

4° l'usage de la langue arménienne devant les tribunaux et les autorités et publication des lois dans cette langue aussi,

5° la réforme des tribunaux,

6° la restitution de leurs terres aux Arméniens,

7° l'institution d'un contrôle européen sur les lieux dans une forme pratique et efficace,

Sont, aux yeux du peuple arménien, les conditions *sine qua non* d'une œuvre sérieuse de réformes.

HHStA PA XII 462



Anregung durch Rußland zur Schaffung einer privilegierten armenischen Provinz

Telegramm von Markgraf Pallavicini

Nr. 311

Chiffre. Vertraulich

Jeniköj, 23. Juni 1913

Armenische Reformen.

Herr von Giers sagte mir gestern, er habe seinen ersten Dragoman, Herrn Mandelstam, welcher ein genauer Kenner der Türkei ist, beauftragt, die armenische Reformaktion zu studieren und hierüber ein Exposé auszuarbeiten. Er werde mir dasselbe sodann mit der Bitte übergeben, vertraulich Kollegen bei mir zu versammeln, um eine Vorbesprechung im Gegenstande abzuhalten.

Ich erwiderte meinem russischen Kollegen, ich sei bereit, dies zu tun, sobald der englische Botschafter Instruktionen haben wird, was gestern nachmittags noch nicht der Fall war. Gleichzeitig sagte ich ihm, meine Instruktionen gingen dahin, etwaigen Vorschlägen zuzustimmen, soweit* dieselben Souveränitätsrechte des Sultans nicht tangieren.

Russischer Botschafter erklärte, dies stimme mit seinen Instruktionen überein, bemerkte aber ausdrücklich, daß sein Vorschlag dahin gehen würde, aus Armenien eine privilegierte Provinz nach dem Muster Libanon zu machen.

Augenscheinlich wird Russland die Führerschaft in dieser Frage an sich ziehen und verfolgt durch die Anregung der Schaffung einer privilegierten armenischen Provinz den Zweck, für sich eine möglichst weitgehende Einflußsphäre abzustecken, was meiner Ansicht nach der erste** Schritt zur Aufteilung der asiatischen Türkei wäre.

Ich bitte mich hochgeneigtest in Kenntnis zu setzen, ob ich die mir zugekommene Instruktion richtig auslege, wenn ich mich bei den bevorstehenden Beratungen gegen die Schaffung einer privilegierten armenischen Provinz eventuell ausspreche.

Mein deutscher Kollege ist der Ansicht, daß das russische Projekt die deutschen Interessen schädigen würde, da auf diese Art jene* Armenier, welche in der deutschen Interessensphäre leben, in die Reformaktion nicht einbezogen werden würden.

* Chiffre verstümmelt

** Chiffre fehlt

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA XII 463



Ist die Reformfrage für Rußland nur Mittel zum Zweck?

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL]

Nr. 35/A

Jeniköj, am 28. Juni 1913

Hochgeborener Graf!

In Ergänzung meiner gegenständlichen telegraphischen Berichterstattung beehre ich mich, Euer Exzellenz ergebenst zu melden, dass meine letzten Gespräche mit Herrn von Giers mich in der Auffassung immer mehr bestärken, dass es Russland bei der armenischen Reformfrage nur darum zu tun sei, aus den sechs anatolischen Vilajets, die es als seine Einflußsphäre betrachtet, eine grosse autonome Provinz mit ausgedehnten Privilegien zu machen. In einem solchen Gebilde würde die christliche Bevölkerung, von russischen Agenten angestachelt, bald alle möglichen Rekrimationen gegen den General-Gouverneur und die türkischen Verwaltungsorgane erheben, und Russland jedenfalls Gelegenheit zu einem aktiven Einschreiten geben.

Obwohl Herr Sassonow dem Grafen Thurn gegenüber alle Russland imputierten destruktiven Absichten gegenüber der Türkei zurückgewiesen und sein ernstes und aufrichtiges Bestreben betont hat, nur die Einführung von wirklichen Reformen in Armenien durchzusetzen, halte ich an meiner Ansicht fest, dass die Reformfrage für Russland nur Mittel zum Zwecke ist und das letzte Ziel seiner Politik die Ausbreitung der russischen Herrschaft über Ostanatolien und in späterer Folge über die ganze Küste des Schwarzen Meeres einschließlich Konstantinopels sei.

Wenn es in Russlands Absicht gelegen wäre, durch die Einführung von Reformen stabile Verhältnisse und eine Konsolidierung der türkischen Macht in Asien herbeizuführen, so würde es doch nicht so viel Gewicht auf die Kreierung einer privilegierten Provinz aus den sechs von ihm als seine Influenzsphäre betrachteten Vilajets legen. Es schwebt den russischen Staatsmännern offenbar die Schaffung eines ähnlichen Zustandes vor, wie er für Mazedonien seinerzeit geplant und teilweise auch durchgeführt wurde. Der Keim des Zerfalles, der im mazedonischen Reformwerke von Anfang an gelegen war, ist so rasch zur Reife gekommen, dass der Gedanke, dasselbe Rezept auch auf Armenien anzuwenden, für Russland geradezu verlockend sein muss. Die Beteuerungen über Wahrung der Integrität des Besitzstandes des Sultans dürften ebenso unaufrichtig sein, wie die seinerzeitigen russischen Erklärungen über die Wahrung der Integrität der europäischen Türkei.

Wenn man sich die Entwicklung des Reformwerkes im Jahre 1895 vor Augen hält, so kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, dass Russland auch heute nichts anderes will, als den seinerzeit nicht ganz gelungenen Versuch erneuern, ein aus den schon damals genannten sechs Vilajets bestehendes, in möglichst losem Zusammenhange mit der Zentralregierung stehendes Gebiet zu schaffen, in welchem sich dank seiner Organisation und der Nähe Russlands für letzteres bald Gelegenheit zum Eingreifen ergeben würde. Dass es nie Russlands Absicht war, durch Einführung von Reformen die armenischen Vilayets wirklich zu pacifizieren und die Macht der Türkei zu stärken, geht aus der weiteren Entwicklung der armenischen Reformfrage Ende 1895 und Anfang 1896 klar hervor.

Als damals Lord Salisbury angesichts der durch die Armeniermassacres hervorgegerufenen grossen Erregung in London energisch auf Applizierung des im Vorjahre vereinbarten Reformplanes drang und sogar mit einer Flottendemonstration drohte, war es Russland, welches, von Frankreich unterstützt, alle englischen Schritte durchkreuzte und die Durchführung der Reformen hintertrieb. Und als dann im Jahre 1896 der Sultan sich an den Zaren um Hilfe wandte, erklärte sich letzterer bereit, die Sicherheit des Sultans zu garantieren, der Türkei finanzielle Unterstützung zu leihen und sogar einen Teil der Kriegsentschädigung vom Jahre 1879 zu erlassen, falls der Sultan Russland das Recht einräumen würde, die sechs ostanatolischen Provinzen für die Dauer von 10 Jahren zu besetzen. Es liegt wohl auf der Hand, dass aus der temporären Besetzung eine dauernde geworden und vielleicht damals schon die russischen Aspirationen auf die ganze Schwarze-Meer-Küste und Konstantinopel zutage getreten wären, wenn Abdul Hamid auf die Propositionen des Zaren eingegangen wäre.

Meiner Ansicht nach war Russlands Politik immer auf eine Ausdehnung des

eigenen Reiches längs der Küste des Schwarzen Meeres gerichtet und das letzte Ziel der russischen Politik war stets Konstantinopel. Ich kann daher in dem Anschneiden der armenischen Reformfrage seitens Russlands nur die Wiederaufnahme seiner alten Expansionspolitik erblicken und kann ich an eine aufrichtige Mitarbeit Russlands zwecks Konsolidierung der türkischen Macht in Asien nicht glauben.

Mein deutscher Kollege zeigte sich auch über die Insistenz, mit der Russland seinen Plan zur Schaffung einer aus den sechs Vilajets bestehenden Provinz verfolgt, sehr beunruhigt. Auch Baron Wangenheim mutet dem Zarenreiche in letzter Linie nur destruktive Absichten gegen die Türkei zu. Abgesehen von diesem allgemeinen Gesichtspunkte, erblickt der deutsche Botschafter eine direkte wirtschaftliche Schädigung der deutschen Interessen, und zwar besonders jener der Bagdadbahn-Gesellschaft, in der Schaffung einer aus den sechs ostanatolischen Vilajets bestehenden separaten Provinz mit Sonderrechten, weil die zum Teile armenische Bevölkerung in den übrigen Vilajets selbstredend unzufrieden wäre, dass die Reformen nicht auch auf diese Provinzen ausgedehnt würden. Dies würde dann Anlass zu Unruhen in den von der Bagdadbahn durchzogenen, ebenfalls von armenischer Bevölkerung stark durchsetzten Teilen des Reiches geben. Deutschland müsste daher, wenn es zur Besprechung der Frage kommen wird, darauf bestehen, dass die Reformen gleichartig auf alle von Armeniern bewohnten Teile der Türkei angewendet werden. Uebrigens halte er an seiner Ansicht fest, dass es für die Verwirklichung der Reformidee am förderlichsten wäre, England in den Vordergrund zu schieben.

Diesbezüglich sagte mir Baron Wangenheim noch, dass schon Mahmud Schefket Pascha an England mit der Bitte herangetreten sei, der Türkei einen oder mehrere Staatsmänner zur Verfügung zu stellen, welche als Inspektoren mit der Reorganisation der ganzen Verwaltung in den armenischen Vilajets betraut werden würden. Das Londoner Kabinett hätte es jedoch damals abgelehnt, auf die türkischen Vorschläge einzugehen.

Said Halim Pascha hat nun in London nochmals das Ersuchen gestellt, ihm zwei englische General-Inspektoren für die ostanatolischen Provinzen namhaft zu machen, und soll er sich hiebei auf den Zypern-Vertrag berufen haben, der England in dieser Beziehung ein gewisses Vorrecht einräumte. Auf eine neuerliche ablehnende Antwort des Foreign Office soll die Pforte dasselbe darauf aufmerksam gemacht haben, dass sie sich an eine andere Macht wenden würde, wenn England die genannten zwei Inspektoren nicht beistellen wolle.

Einem Berichte Tewfik Pascha's an das hiesige Auswärtige Amt zufolge soll dieser Hinweis auf eine andere Macht auf Sir Edward Grey grossen Eindruck gemacht haben und hätte er sich eine definitive Antwort noch vorbehalten.

Mein deutscher Kollege hat den Eindruck, als ob die in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 300 vom 25. d. M. erwähnte französische Anregung der Bestellung eines türkischen Oberkommissärs für die ostanatolischen Vilajets bis zur Ausarbeitung der armenischen Reformen durch die obenerwähnte Bemerkung der Pforte, dass sie sich im Falle einer definitiven Ablehnung seitens Englands an eine andere Macht (vielleicht Deutschland?) wenden würde, provoziert worden wäre, indem die Entente-mächte, um einerseits England aus der Verlegenheit zu helfen, andererseits aber zu

verhindern, dass die Pforte eventuell an Deutschland herantrete, durch Frankreich den Vorschlag der sofortigen Ernennung eines türkischen Oberkommissärs hätte machen lassen.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ein[Aus-]druck meiner Ehrfurcht PALLAVICINI

Seiner Exzellenz

Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHS&A PA XII 463



Unterredung mit Talaat Bey über die armenischen Reformen und über den armenisch-katholischen Konflikt

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL]

Nr. 35/B

Jeniköj, am 28. Juni 1913

Hochgeborener Graf!

Einige Tage nach der Konstituierung des Kabinetts Said Halim Paschas besuchte ich den mir von früher her bekannten Minister des Innern. Im Laufe des Gespräches kam auch auf die Frage der armenischen Reformen die Rede, indem mich Talaat Bey spontan diesbezüglich um meine Ansicht bat. Ich erwiderte demselben, meines Erachtens sollte die Regierung sich im gegenwärtigen Zeitpunkte weniger mit einem zeitraubenden Studium von Reformprojekten befassen, sondern die schon beschlossenen Reformen ohne Zeitverlust tatsächlich anzuwenden beginnen. Talaat Bey erwiderte hierauf, die Regierung werde demnächst den hiesigen Botschaften ein Mémoire zukommen lassen, aus welchem sowohl das von der Regierung ausgearbeitete Reformprojekt als auch die zu dessen Durchführung bereits vorgekehrten Maßnahmen zu ersehen sein werden.

Ich benützte die Gelegenheit, um den armenisch-katholischen Konflikt zur Sprache zu bringen. Ich sagte dem Minister, dass ich dem verstorbenen Großvezier Mahmud Schefket Pascha in nichtoffizieller Weise eine Art Détente in dem besagten Konflikte empfohlen habe, welcher Vorschlag auch vom Großvezier bis auf weiteres akzeptiert worden wäre und zwar insbesondere in Bezug auf die In-suspensio-Belassung der vom Laienrate angeregten Umschreibung der Immobilien des Patriarchates auf den Namen der Nation. Jedenfalls wäre es meiner Ansicht nach nicht klug, den armenisch-katholischen Patriarchatskonflikt auf die Spitze zu treiben und das Ansehen des katholischen Klerus noch weiter schädigen zu lassen. Die türkische Regierung sollte meiner Ansicht nach trachten, sagte ich schließlich, den armenisch-katholischen Klerus für sich zu gewinnen, da derselbe im Vereine mit der armenokatholischen Bevölkerung der Regierung stets treu geblieben sei, wogegen die orthodoxen Armenier bekanntlich seit jeher nach aussen gravitieren.

Talaat Bey zeigte Verständnis für meine Ausführungen und versprach mir, er werde dieselben für die Behandlung der beiden erwähnten Fragen im Auge behalten.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner Ehrfurcht PALLAVICINI

Seiner Exzellenz Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHStA PA XII 463



Unterredung mit Mgre. Terzian über die armenische Frage

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPOL]

Nr. 35/C

Jeniköj, am 28. Juni 1913

Hochgeborener Graf!

Mittels meines heutigen Berichtes No. 35/B, habe ich die Ehre Euer Exzellenz zu melden, dass ich vor einigen Tagen Gelegenheit genommen habe, mit Talaat Bey die Angelegenheit des armenisch-katholischen Patriarchates in ganz vertraulicher und inoffizieller Weise zur Sprache zu bringen.

Mgre. Terzian besuchte mich vorgestern und sprach seinen Dank für meine Bemühungen aus. Er fügte hinzu, er werde hierüber nach Rom berichten. Ich benützte diesen Anlass um den Patriarchen über die Lage der von Armeniern bewohnten Provinzen zu befragen. Mgre. Terzian antwortete mir, dass die Berichte seiner Bischöfe aus allen 16 Diözesen gar nicht so ungünstig lauteten. Wenn nun wieder Zwischenfälle zwischen Armeniern und Mohamedanern vorkommen, so seien meistens die Armenier selbst daran Schuld. Die namentlich von russischer Seite vorgebrachten Klagen über die Zustände in jenen Vilajets seien daher sehr übertrieben.

Wenn man die Verteilung des armenischen Volkes in Kleinasien in Betracht zieht, so muss man in der von Russland aufgestellten Theorie, dass es sich gerade bei der armenischen Frage speciell um die in der Nähe der russischen bzw. persischen Grenzen gelegenen Vilajete handelt, die Tendenz erblicken aus diesen Vilajeten ein gesondertes Gebiet zu schaffen. Die Zahl der Armenier in Kleinasien übersteigt überhaupt nicht die Ziffer von 1 600 000 Seelen. Dieses verhältnismäßig kleine Volk lebt beinahe in ganz Kleinasien zerstreut, so dass in keinem Vilajet eine armenische Majorität vorhanden wäre. Bloss in den beiden Vilajeten Van und Bitlis wird das armenische Volk 50% der Gesamtbevölkerung betragen. In den übrigen 4 von Russland ins Auge gefassten Vilajeten sind nur schwache armenische Minoritäten vertreten, so dass die Bezeichnung dieser 6 Vilajets mit dem Namen „Armenier“ eine ganz willkürliche und unbegründete ist.

Genehmigen, Euere Exzellenz, den Ausdruck meiner Ehrfurcht. PALLAVICINI

Seiner Exzellenz Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHStA PA XII 462



Russisches Vorprojekt zu den Reformen in Armenien

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL]

Nr. 36/A

Jeniköj, am 1. Juli 1913

Hochgeborener Graf!

Im Verfolge meiner einschlägigen telegrafischen Berichterstattung beehre ich mich Euer Excellenz anverwahrt, das vom ersten Dolmetsch der russischen Botschaft ausgearbeitete Vorprojekt zu den Reformen in Armenien* zur hohen Kenntnissnahme ergehenst zu unterbreiten.

Herr von Giers übergab das vorerwähnte Elaborat in der heutigen Botschafterreunion mit dem Bemerkten, es handle sich hiebei um kein Projekt der russischen Regierung, sondern blos um einen Entwurf, der von Herrn Mandelstam unter seiner (des Herrn Botschafters) Anleitung ausgearbeitet wurde, und welcher seinem Dafürhalten nach bei den Besprechungen der Botschafter als Behelf dienen könnte.

Wie Euer Excellenz aus den Vorbemerkungen zu diesem Entwurfe entnehmen werden, wurde derselbe unter Zugrundelegung der bezüglichlichen nachstehenden Quellen und Bestimmungen verfaßt und zwar:

1. Das Memorandum der Botschafter Englands, Frankreichs und Russlands vom Mai neuen Stiles 1895.
2. „Projet de réformes administratives à introduire dans les provinces arméniennes“ von den vorbenannten drei Botschaftern zur selben Zeit ausgearbeitet.
3. Kaiserliches Irade vom 20. October 1895.
4. Vilajetsgesetzentwurf vom Jahre 1880; von der europäischen Kommission für die europäischen Provinzen ausgearbeitet.
5. Protokolle und Règlements für die Verwaltung des Libanon.

Das charakteristische an dem in Rede stehenden Projekte ist, dass dasselbe die Schaffung einer privilegierten Provinz aus den sechs Vilajeten Erzerum, Van, Bitlis, Diarbekir, Kharput und Sivas mit der Einschränkung vorsieht, dass die an der Grenze der einzelnen Vilajete gelegenen Gebiete Hekkvan, die südlichen Teile von Siest, Bescherik und Malatra sowie der südwestliche Teil von Sivas aus dem privilegierten Territorium auszuschliessen wären.

An der Spitze der Provinz stünde ein unter Zustimmung der Grossmächte von Seiner Majestät dem Sultan auf die Dauer von 5 Jahren zu ernennender christlicher Gouverneur, der ein Ottomanischer Staatsangehöriger, oder ein Europäer sein könnte. Der Generalgouverneur wäre mit den weitgehendsten Befugnissen ausgestattet, er würde alle administrativen Organe der Provinz ernennen und absetzen, ja selbst die richterlichen Beamten bestellen können, über die Gendarmerie und Polizei verfügen, und für die Aufrechterhaltung der Ordnung auch über die militärischen Streitkräfte befehlen. Dem Generalgouverneur stünde ein Verwaltungsrat zur Seite, der sich aus den Departementchefs der Provinz, den Oberhäuptern der Konfessio-

* Siehe S. 107

nen, den europäischen technischen Beiräten der Departementchefs und aus sechs Beiräten zur Hälfte Christen und Mohamedaner zusammensetzt.

Eine Generalversammlung, der die Prerogativen eines Landtages zufallen würden, hätte die für die Bedürfnisse der Provinz nötigen Gesetze zu beschliessen, welche direkt Seiner Majestät dem Sultan zur Sanktion vorzulegen wären.

Die Generalversammlung wird im Wege von Wahlen aus den einzelnen Kasas auf Grund des Proportionalprinzips beschickt. Dem Generalgouverneur steht das Recht zu, die Generalversammlung aufzulösen, für welchen Fall die Neuwahlen zwei Monate nach der Auflösung vorzunehmen sind, so dass die neue gesetzgebende Versammlung spätestens in vier Monaten nach der Auflösung zusammentreten hätte.

Die Armée garnisoniert zur Friedenszeit in der Provinz.

Die Polizei geht im Wege der Wahl aus den Nahien (Gemeinden) hervor und untersteht dem Gemeindevorsteher (Mudir). Zu ihrer Organisierung werden europäische Officiere gewählt werden.

In der Verwaltung entfällt die Institution der Vilajete, so dass die privilegierte Provinz in Sandjaks eingeteilt wird. Die weiteren Unterteilungen sind Kasas (Bezirke) und Nahien (Gemeinden); letzteres entspricht der bosnischen Benennung „Bezirksexpositur“.

Wie Euer Excellenz aus dem Vorstehenden entnehmen werden, geht das russische Projekt dahin aus fast ganz Ostanatolien eine privilegierte Provinz zu bilden und auf diese Weise zu mindest die vorläufige Interessensphäre Russlands abzustecken. Die Realisierung dieses Projektes würde den ersten Schritt zur Aufteilung der asiatischen Türkei bilden, und es könnte daher demselben meiner Ansicht nach nur dann zugestimmt werden, wenn sich alle Mächte tatsächlich entschlossen hätten, der türkischen Herrschaft auch in Asien ein Ende zu bereiten.

Genehmigen Euer Excellenz den Ausdruck meiner Ehrfurcht.

PALLAVICINI

Seiner Exzellenz

Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

BEILAGE AD BERICHT AUS KONSTANTINOPEL, DDO. 1. JULI 1913, NR. 36 A

Copie

AVANT-PROJET DES RÉFORMES À INTRODUIRE EN ARMÉNIE,
élaboré par M. A. Mandelstam, 1^{er} Drogman de l'Ambassade
de Russie à Constantinople, sur la base

du Mémoire des Ambassadeurs de France, de Grande Bretagne et de Russie à Constantinople sur les réformes en Arménie (mars-avril 1895),

du projet de réformes administratives à introduire dans les provinces arméniennes, élaboré par les Ambassadeurs de France, de Grande Bretagne et de Russie à Constantinople (mars-avril 1895),

du décret sur les réformes en Arménie promulgué par S. M. I. le Sultan en date du 20 octobre 1895,

*du projet de loi des vilayets de la Turquie d'Europe du 11/23 août 1880, élaboré par la Commission européenne,
et des protocoles et règlements relatifs au Liban.*

I.

§ 1^{er} Il sera formé une seule province des six vilayets suivants: Erzerum, Van, Bitlis, Diarbékir, Kharpout, Sivas, à l'exclusion de certaines parties situées sur les confins, savoir: Hekkiari, les parties sud de Séert, de Bichérik et de Malatia et la partie nord-ouest de Sivas.

§ 2. La province comprendra les divisions administratives suivantes: 1° Sandjak (département), 2° Kaza (arrondissement), 3° Nahié (commune).

§ 3. La fixation de ces divisions administratives se fera de façon que les populations y soient réparties en groupes ethnographiques les plus homogènes possible.

(Comp. point I^{er} du mémorandum des trois ambassadeurs de 1895: art. 7 du projet des ambassadeurs 1895.)

II.

Le Gouverneur Général (Vali Oumoumi) de la province arménienne sera un sujet ottoman chrétien, ou, de préférence, un européen nommé par S. M. I. le Sultan pour un terme de cinq ans avec l'assentiment des Puissances.

(Comp. art. 17 du Traité de Berlin; art. I^{er} du règlement crétois de 1896; règlement et protocole relatif au Liban; art. II et VII du mémorandum des trois ambassadeurs de 1895; préambule du décret sur les réformes en Arménie du 20 octobre 1895, point I^{er}.)

III.

§ 1^{er}. Le Gouverneur Général est le chef du pouvoir exécutif de la province. Il nomme et révoque tous les agents administratifs de la province, sans aucune exception. Il nomme également tous les juges de la province.

§ 2. Les forces de police et de gendarmerie sont placées sous l'autorité directe du Gouverneur Général.

§ 3. Sur la demande du Gouverneur Général, les forces militaires devront être mises à sa disposition pour le maintien de l'ordre dans la province.

(Comp. art. I^{er} du règlement du Liban de 1864; projet de la Commission européenne de 1880; art. 27, 32 et 44; loi sur l'administration des vilayets de 1913, art. 20, 25 et 26).

IV.

Le Gouverneur Général de la province sera assisté d'un Conseil administratif ayant un caractère consultatif et composé:

- a) des chefs des divers départements de l'administration de la province;
- b) des chefs spirituels des différentes communautés religieuses;
- c) des conseillers techniques européens, au service du Gouvernement Impérial; assistants des chefs des départements de l'administration;
- d) de six conseillers (3 musulmans et 3 chrétiens) choisis par l'Assemblée provinciale parmi ses membres.

(Comp. art. 49 du projet de la Commission européenne de 1890; art. 62 de la loi sur l'administration des vilayets de 1913; art. 6 du décret du 20 octobre 1895).

V.

§ 1^{er}. L'Assemblée provinciale se composera de musulmans et de chrétiens en nombre égal.

§ 2. Les membres de l'Assemblée provinciale seront élus au scrutin secret dans les cazas par des collèges électoraux constitués à cet effet.

§ 3. Le nombre des sièges à attribuer aux différentes nations musulmanes et chrétiennes de la province sera fixé pour chaque caza séparément. Ce nombre devra être proportionnel au chiffre des populations du caza, autant que cela sera compatible avec le principe du § 1^{er} de cet article.

(Comp. art. 2 du règlement et protocole relatifs à la réorganisation du Mont Liban du 9 juin 1861; art. 3, § 5 du projet de trois ambassadeurs de 1895; art. 69 du projet de la Commission européenne de 1881; art. 103 de la loi de 1913).

VI.

§ 1^{er}. L'Assemblée sera élue pour une durée de cinq années et se réunira une fois par an en session ordinaire de deux mois. Cette session pourra être prolongée par le Gouverneur Général.

§ 2. L'Assemblée pourra être convoquée en session extraordinaire par le Gouverneur Général, soit de sa propre initiative, soit à la demande des deux troisièmes des membres de l'Assemblée.

§ 3. Le Gouverneur Général pourra dissoudre l'Assemblée provinciale. Dans ce cas, les électeurs devront être convoqués dans les deux mois et la nouvelle Assemblée devra se réunir dans les quatre mois qui suivront le décret de dissolution.

§ 4. Les décrets de convocation et de dissolution seront promulgués au nom de S.M.I. le Sultan.

(Comp. art. 73-75 du projet de la Commission européenne de 1880; art. 111-115 et 125 de la loi sur les vilayets de 1913).

VII.

§ 1^{er}. L'Assemblée provinciale légiférera sur les matières d'intérêt provincial.

§ 2. La compétence législative et budgétaire de l'Assemblée provinciale sera au moins aussi étendue que celle prévue par les art. 82-93 du projet élaboré en 1880 par la Commission européenne.

§ 3. Les lois votées seront soumises à la sanction de S.M.I. le Sultan. Cette sanction devra être donnée ou refusée dans les deux mois; ce délai passé, le silence du Gouvernement sera interprété comme impliquant la sanction.

(Comp. art. 82-93 du projet de la Commission européenne de 1880; art. 123, 124, 128-135 de la loi sur l'administration des vilayets de 1913).

VIII.

§ 1^{er}. Les Conseils administratifs des Sandjaks seront présidés par les moutessarifs et se composeront des chefs des services du sandjak, des chefs spirituels des communautés religieuses et de six membres (dont 3 musulmans et 3 chrétiens) élus par les Conseils administratifs des cazas.

§ 2. Les Conseils administratifs des cazas seront présidés par les Kaimakams et se composeront des chefs du service du caza, des chefs, spirituels des communautés religieuses et de 4 membres (dont 2 musulmans et 2 chrétiens) élus par les Conseils des nahiés.

§ 3. Les attributions de ces conseils seront fixées en conformité avec les art. 115-116 et 139-140 du projet de loi élaboré en 1890 par la Commission européenne.

(Comp. art. 114, 115, 116, 138, 139 et 140 du projet de la Commission européenne de 1880; art. 6 du décret du 20 octobre 1895; art. 62, 63, 64 et 65 de la loi de 1913).

IX.

§ 1^{er}. La circonscription de chaque nahié sera, autant que possible, fixée de telle façon que les villages appartenant à la même race, soient groupés dans le même nahié.

§ 2. Chaque nahié sera administré par un moudir, assisté d'un conseil élu par la population et composé de 4 membres au minimum et de 8 au maximum. Le conseil choisira parmi ses membres le moudir et son adjoint. Le moudir devra appartenir au groupement ethnique qui forme la majorité des habitants, et l'adjoint à l'autre groupement.

§ 3. Dans les nahiés dont la population est mixte, la minorité devra être représentée au conseil proportionnellement à son importance, à condition qu'elle comprenne au moins 25 maisons.

§ 4. Les attributions des conseils des nahiés seront fixées en conformité avec les dispositions des art. 162-168 du projet de loi, élaboré en 1880, par la Commission européenne.

(Comp. art. 162-168 du projet de la Commission européenne de 1880; art. 7, 8 et 9 du projet de réforme élaboré par les 3 ambassadeurs en 1895; art. 7, 8 et 9 du décret du 20 octobre 1895).

X.

§ 1^{er}. Il y aura dans chaque nahié un juge de paix nommé par le Gouverneur Général et appartenant à la religion de la majorité de la population du nahié. Il y aura, en outre, un juge de paix dans chaque chef-lieu de caza.

§ 2. Le juge de paix connaîtra:

1^o En matière pénale, sans appel, des contraventions passibles de peines de simple police et, à charge d'appel, des délits n'entraînant pas une peine de plus de 50 piastres d'amende et de 3 mois de prison;

2^o en matière civile, sans appel, de toute action personnelle, civile et commerciale jusqu'à concurrence de 1000 piastres et à charge d'appel, des mêmes actions jusqu'à concurrence de 5000 piastres.

§ 3. Le juge de paix tiendra aussi son tribunal en conciliation. Il pourra, sur la demande des parties, désigner des arbitres pour décider des contestations dont l'objet dépasserait même 5000 piastres. Dans les cas de sentence arbitrale, les parties renonceront à tout appel.

§ 4. Les tribunaux du sandjak n'auront qu'une chambre civile, composée d'un président et de deux juges, magistrats diplômés (dont l'un musulman et l'autre chrétien), nommés par le Gouverneur Général. Les tribunaux du sandjak connaîtront, en premières instances, des affaires civiles ou commerciales dépassant 5000 piastres et, en appel des jugements rendus par les juges de paix en matière civile ou commerciale.

§ 5. Les sections criminelles des tribunaux du sandjak seront remplacées par des cours d'assises ambulantes. Ces cours d'assises seront composées d'un magistrat-président, choisi par la cour d'appel dont relève le tribunal du sandjak, parmi les membres, de cette cour et de deux membres désignés par la même cour d'appel parmi les juges de paix du sandjak, dont l'un musulman et l'autre chrétien.

§ 6. La cour d'assises siègera tour-à-tour dans tous les cazas où sa présence sera reconnue nécessaire.

§ 7. Il y aura un juge d'instruction dans chaque caza. En arrivant au caza, le président de la cour d'assises se fera remettre par le juge d'instruction un état des causes instruites susceptibles de lui être déférées immédiatement et un état des causes en cours d'instruction. S'il constate, au sujet de ces dernières, quelques irrégularités ou des lenteurs non-motivées, il adressera immédiatement un rapport au président de la cour d'appel.

§ 8. La cour d'assises connaîtra, en appel, des jugements rendus par les juges de paix en matière de délits. Elle connaîtra en première et dernière instance des crimes ainsi que des délits entraînant une peine de plus de 500 piastres d'amende ou de plus de 3 mois de prison.

§ 9. Il y aura au moins six cours d'appel. Chaque cour d'appel est composée d'un président, magistrat diplômé, nommé par le Gouverneur Général, et de nombre de

chambres suffisant pour connaître des affaires civiles qui lui seront dévolus en appel et pour fournir des présidents aux cours d'assises ambulantes. La cour d'appel est régulièrement constituée dès qu'elle réunit deux membres et un président. Elle comprend, en outre, un procureur général et un nombre suffisant de procureurs et de substituts.

§ 10. Des tribunaux de commerce seront installés dans les localités où le besoin s'en fera sentir. Dans les endroits où ils fonctionneront, les tribunaux civils ne connaîtront pas des affaires commerciales.

§ 11. La compétence des tribunaux du Chéri sera nettement définie et le Gouverneur Général veillera à ce qu'ils n'empiètent pas sur les attributions des autres tribunaux de la province. Les juges du Chéri ne pourront accumuler leurs fonctions avec celle des présidents ou membres des autres tribunaux de la province.

(Comp. art. 29–39 du projet des réformes élaboré par les 3 ambassadeurs en 1895; art. 215–263 du projet de la Commission européenne de 1880).

XI.

§ 1^{er}. Un corps de police et un corps de gendarmerie seront créés dans la province. Ces corps seront recrutés par moitié parmi les habitants musulmans et chrétiens de la province.

§ 2. L'organisation et le haut commandement de ces corps seront confiés à des officiers européens au service de la Turquie.

§ 3. Des gardes champêtres seront institués dans les nahiés. Ils seront nommés par les conseils des nahiés et placés sous les ordres des moudirs.

(Comp. art. 18–21 du projet de réformes des trois ambassadeurs de 1895; art. 24 du décret du 20 octobre 1895).

XII.

§ 1^{er}. Les recrues domiciliées dans la province y feront en temps de paix leur service militaire.

§ 2. Les régiments de la cavalerie légère kurde (ex-hamidienne) seront licenciés.

(Comp. art. 25 du projet des trois ambassadeurs 1895; art. 28 du décret du 20 octobre 1895).

XIII.

§ 1^{er}. Les fonctionnaires de l'administration et les juges de la province seront choisis, en nombre égal, parmi les musulmans et les chrétiens.

§ 2. Lors de la répartition des postes des Gouverneurs des sandjaks (mutessarifs) et de cazas (kaimakams) on devra prendre en considération les chiffres des différents groupements ethniques ainsi que l'importance de leurs intérêts économiques.

(Comp. art. 5 du décret du 20 octobre 1895).

XIV.

Seuls, les habitants sédentaires jouiront des droits d'élection et d'éligibilité.
(Comp. art. 24 § 8 du projet des 3 ambassadeurs de 1895; art. 27 du décret du 20 octobre 1895).

XV.

§ 1^{er}. Les lois, décrets, ordonnances, circulaires et avis officiels, destinés à être publiés dans la province, seront rédigés dans les trois principales langues de la province (turc, arménien, kurde).

§ 2. Les requêtes, pétitions et toutes les pièces qui doivent être remises aux autorités administratives ou judiciaires seront rédigées dans l'une de ces 3 langues principales au choix des intéressés.

§ 3. Devant les tribunaux les plaidoiries pourront être faites, au choix des intéressés, dans leur propre langue.

§ 4. Les sentences des tribunaux seront libellées en turc et accompagnées d'une traduction de la langue des parties.

(Comp. art. 40 du projet des trois ambassadeurs de 1895; art. 22 du projet de la Commission européenne de 1880; circulaire du ministère de l'intérieur en date du 6 avril 1913 au vilayet de langue arabe).

XVI.

§ 1^{er}. Chaque nation de la province a le droit de créer et d'administrer des écoles privées de tous degrés.

§ 2. Elle pourra établir des taxes spéciales sur les membres de la nation en vue de pourvoir aux besoins de ces écoles.

§ 3. L'enseignement dans ces écoles privées se fera dans la langue nationale.

§ 4. La haute surveillance de ces écoles appartient au Gouverneur Général qui l'exercera avec les règles posées par le statut organique de la province.

§ 5. L'enseignement de la langue turque sera obligatoire dans les écoles privées.

(Comp. titre XIV du projet de la Commission de 1880.)

XVII.

Une commission spéciale présidée par le Gouverneur Général déterminera les conditions dans lesquelles les Arméniens dont les terres ont été usurpées en obtiendront, soit la restitution, soit la contre-valeur, en numéraire ou en terres.

(Comp. art. 26 du projet des ambassadeurs de 1895; art. 29 du décret du 20 octobre 1895.)

XVIII.

L'inviolabilité des droits et privilèges découlant pour la nation arménienne du Sahmanatroutioum (statut organique) de 1863 et des bérats octroyés par les Sultans est formellement reconnue.

(Comp. point XI du mémorandum des trois ambassadeurs de 1895.)

XIX.

Il ne devra pas être installé de mouhadjirs sur le territoire de la province.

XX.

Des dispositions spéciales, conformes à l'esprit des principes ci-dessus énoncés, seront élaborées pour améliorer le sort des arméniens habitant hors des limites de la province et spécialement en Cilicie.

(Comp. art. 12 du mémorandum des ambassadeurs de 1895; art. 4 du préambule du décret du 20 octobre 1895.)

XXI.

Une commission spéciale composée des délégués du Gouvernement ottoman et des Puissances élaborera le statut organique de la province, ainsi que les dispositions mentionnées à l'art. XX, en s'inspirant des principes énoncés dans cet avant-projet.

XXII.

Les Puissances s'assureront de l'exécution de toutes ces dispositions.

(Comp. art. VIII du mémorandum de 1895; art. 32 du décret du 20 octobre 1895; art. 14 du règlement crétois de 1896.)

Constantinople, juin 1913

HHS&A PA XII 463



Europäische Kontrolle über die Anwendung der neuen Gesetze?

Telegramm von Markgraf Pallavicini

Nr. 327
Chiffre

Jeniköj, 3. Juli 1913

Ich sprach heute mit dem Großvezier über die türkischen Reformpläne und sagte ihm, es sei notwendig*, daß tüchtige europäische Generalinspektoren und technische Inspektoren gewählt werden und ihrer Wahl** auch stattgegeben werde.

Dann sagte ich Said Halim Pascha, daß sich Türkei wohl eine europäische Kontrolle darüber werde gefallen lassen müssen, daß die neuen Gesetze auch richtig angewendet und die Anordnungen der Generalinspektoren und der anderen Reformorgane durchgeführt werden.

Großvezier antwortete, er sei durchaus nicht gegen eine europäische Kontrolle, doch sei es nicht an der Pforte, sondern an den Regierungen, eine passende Form dafür zu finden.

* Chiffre verstümmelt

** Chiffre fehlt

[K. und k. Ministerium
des Aeussem, Wien]

HHStA PA XII 206



Die ersten Etappen der armenischen Reform-Aktion

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
ROM]

Nr. 41/R

Rom, den 3. Juli 1913

Hochgeborener Graf,

Die Frage der Reformen in Armenien schlägt schon im Beginne ein beängstigend rasches Tempo ein. Dem russischen Vorschlage von Botschafter-Beratungen über diesen Gegenstand ist sofort die französische Proposition der Einsetzung eines Oberkommissärs für die armenischen Vilayete gefolgt und nunmehr rückt Russland schon mit dem Plane der Schaffung einer privilegierten armenischen Provinz hervor. Mit den beschwichtigenden Erklärungen dieser beiden Mächte über ihre einschlägigen Absichten scheint mir dieser Vorgang schlecht zu stimmen. Schließlich wirkt es geradezu komisch, dass als vorläufig letztes Glied in dieser Kette von Vorschlägen der türkische Grossvezier, als ob er den Zweibund noch überbieten wollte, um einen Schritt weitergeht, nicht einen türkischen, sondern einen europäischen Oberkommissär eingesetzt und dessen Wirkungskreis ausgedehnt und permanisiert sehen will.

Man ist versucht zu glauben, dass die Jungtürken, ähnlich wie sie es mit der europäischen Türkei gemacht haben, nun auch mit dem asiatischen Teile des Reiches möglichst rasch aufräumen möchten.

Wie Euer Exzellenz aus meiner telegrafischen Berichterstattung geneigtest ersehen haben, ist Marchese di San Giuliano für den französischen Vorschlag hauptsächlich aus dem Grunde eingenommen, weil er meint, ein Oberkommissär könne immerhin die Lage jener Provinzen verbessern, Massacres verhüten, Mißbräuche der Verwaltung abschaffen und dadurch jenen Vorfällen vorbeugen, deren Eintreten Russland einen Vorwand zu weitergehenden Aktionen bieten könnte.

In voller Übereinstimmung mit Euerer Excellenz ist aber auch der hiesige Minister des Aeußern der Ansicht, dass die Schaffung einer privilegierten armenischen Provinz eine äußerst gefährliche Maßregel, nämlich voraussichtlich der erste Schritt auf dem Wege der Lostrennung Armeniens von der Türkei wäre.

Marchese di San Giuliano verfolgt schon die ersten Etappen dieser armenischen Reform-Aktion mit unverkennbarem Unbehagen. Er sieht in Russland und dessen Alliierten das treibende Element in der Sache, er setzt wenig Hoffnung in ein kluges Vorgehen der Pforte, und da das Endergebnis solcher Reform-Aktionen im Oriente immer das gleiche, für die Türkei katastrophale ist, fragt er sich, ob es den anderen Mächten, Italien inbegriffen, wenigstens gelingen werde, ihre schwierige und undankbare Aufgabe zu erfüllen, nämlich die Aktion einzudämmen und zu retardieren und dadurch den vorhersehbaren Ausgang des damit eingeleiteten Auflösungs-Prozesses der asiatischen Türkei hinauszuschieben.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner Ehrfurcht.

MÉREY

Seiner Exzellenz

Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHStA PA XII 463



Russische Regierung legt Entwurf zu einem armenischen Reformprojekt vor

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
ST. PETERSBURG]

Nr. 26/E
Vertraulich

St. Petersburg, am 4. Juli / 21. Juni 1913

Hochgeborener Graf!

Wie mir mein deutscher Kollege mitteilt, ist russischerseits ein Entwurf zu einem armenischen Reformprojekt vorgelegt worden, welches so weitgehend ist, dass dadurch nach Ansicht der deutschen Regierung Armenien in ein nur ganz loses Zusammengehörigkeits-Verhältnis zur Türkei gebracht werden würde. Dieses in

seiner Bestimmung sogar weit über das Lybanonstatut hinausgehende Projekt erscheine daher dem Berliner Kabinett in dieser Ausdehnung nicht akzeptabel und ist Graf Pourtalès beauftragt worden, die russische Regierung von dieser Auffassung zu verständigen.

Mein deutscher Kollege erzählt mir streng vertraulich, er habe bei dieser Gelegenheit Herrn Sazonow [Sasonow] darauf aufmerksam gemacht, dass die Gewährung von gar so weit gehenden Privilegien an Armenien ihm geradezu die Losreissung dieses Gebietes vorzubereiten schein, eine Entwicklung welche durchaus nicht den Intentionen Deutschlands entsprechen würde.

Herr Sazonow habe hierauf geantwortet, dass auch er durchaus nicht an eine Zerreiſung der asiatischen Türkei denke und dass die vorgeschlagenen weitgehenden Reformen für Armenien gerade den Zweck verfolgten, durch Schaffung dauernder geordneter Verhältnisse daselbst die Aufrechterhaltung der Türkei in ihrem gegenwärtigen Besitzstande zu sichern.

Er erneuerte Grafen Pourtalès die schon wiederholt abgegebene feierliche Versicherung, dass Russland jedweder Hintergedanke hiebei ferne liege und dass es nichts anderes wünsche, als durch Erzielung geordneter Verhältnisse in den seiner Grenze nahe gelegenen Gebieten der Notwendigkeit irgend einer Einmischung enthoben zu werden.

Es scheint meinem deutschen Kollegen, und hierin teile ich seine Ansicht, dass Herr Sazonow es mit diesen Beteuerungen ernst meint und dass er *derzeit* wirklich nicht an ein aktives Eingreifen und an territoriale Erwerbungen auf Kosten der Türkei denkt. Andererseits liegt aber doch der Gedanke nahe, dass die russische Regierung durch Schaffung eines mit dem Zentrum möglichst lose zusammenhängenden Armeniens sich für etwaige aktivere Zukunftspläne das Terrain vorzubereiten bestrebt sein dürfte.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner Ehrfurcht.

THURN

Seiner Exzellenz

Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHStA PA XII 463



Aide-Mémoire der kaiserlich russischen Regierung

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
ST. PETERSBURG]

Nr. 27

St. Petersburg, am 9. Juli / 26. Juni 1913

Hochgeborener Graf!

Mit ergebenster Bezugnahme auf meine telegraphische Berichterstattung beehre ich mich Euer Exzellenz anverwahrt ein mir heute übermitteltes, auf die Reformak-

tion in Armenien Bezug habendes Aide-Mémoire* der kaiserlich russischen Regierung gehorsamst zu unterbreiten.

Genehmigen Hochdieselben den Ausdruck meiner Ehrfurcht.

THURN

* Siehe unten

Seiner Exzellenz
Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

BEILAGE AD POLITISCHER BERICHT VOM 9. JULI / 26. JUNI 1913 NR. 27

AIDE-MÉMOIRE

Le Ministère IMPÉRIAL croit devoir attirer l'attention du Gouvernement Imperial et Royal sur les considérations suivantes qui règlent l'attitude du Gouvernement IMPÉRIAL dans la question de réformes à introduire dans les vilayets arméniens.

D'accord avec les autres Puissances, la Russie est contraire à toute idée de démembrement de l'Empire Ottoman. Le Ministère IMPÉRIAL a la conviction profonde que l'intégrité de la Turquie dépend en grande partie de la pacification de ces contrées les plus éprouvées par l'arbitraire et les vexations de toute sorte, qu'elles ont subies du fait d'une administration défectueuse. Cette pacification ne pourra, cependant, avoir lieu que, si les Puissances prennent sans retard en main la réalisation des réformes indispensables.

Le Gouvernement IMPÉRIAL a à maintes reprises attiré l'attention des Grandes Puissances, ainsi que celle de la Porte sur l'étroite connexion qui existe pour lui entre la question arménienne et les problèmes de l'administration Russe au Caucase. Le Gouvernement IMPÉRIAL ne saurait tolérer un état chronique de désordres et d'anarchie qui, grâce à la proximité de la frontière turque, ne peut ne pas avoir une répercussion des plus dangereuses dans les régions limitrophes du Caucase. Les dernières nouvelles ne font que confirmer l'impression qu'on peut s'attendre prochainement à des excès regrettables de la part des Kurdes. L'impéritie et la faiblesse des autorités locales turques font redouter l'éventualité d'évènements auxquels le Gouvernement IMPÉRIAL ne saurait en aucun cas rester indifférent.

Dans ces circonstances un accord prompt et aussi complet que possible entre les Puissances pourrait seul prévenir le danger autrement imminent de complications périlleuses.

HHSStA PA XII 463



Haltung der Mächte in der armenischen Reformfrage

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL]

Nr. 38/B
Streng vertraulich

Jeniköj, am 11. Juli 1913

Hochgeborener Graf!

Ich habe bereits des öftern in meinen Berichten Gelegenheit gehabt, die Haltung und die Ideen meines deutschen Kollegen in der Frage der Aufrechterhaltung des asiatischen Besitzstandes der Türkei Euer Exzellenz auseinanderzusetzen. Ebenso habe ich wiederholt auf die destruktiven Tendenzen der russischen Politik der Türkei gegenüber hingewiesen und auch die Haltung Herrn von Giers' skizziert.

Wie mir nun Baron Wangenheim mitteilt, ist der russische Botschafter schon einigemal an ihn mit Andeutungen herangetreten, dass es seiner Ansicht nach gut wäre, wenn Deutschland und Russland sich über eine Abgrenzung ihrer Einfluss-Sphären in der asiatischen Türkei verständigen würden. Dass Herr von Giers eine solche Abgrenzung als Basis für eine künftige Aufteilung der asiatischen Türkei vorschwebt, unterliegt – der Meinung meines deutschen Kollegen nach, die ich vollständig teile – keinem Zweifel.

Baron Wangenheim hat sich allen Avancen Herrn von Giers gegenüber vollständig reserviert und ablehnend verhalten und entspricht dieser Haltung seiner von mir Euer Exzellenz bereits gemeldeten Ansicht, dass Deutschland alles daran setzen müsse, die Integrität des asiatischen Besitzstandes der Türkei nicht antasten zu lassen, vorausgesetzt, dass es noch möglich ist, dieselbe zu erhalten. Mein deutscher Kollege hat mir unlängst sogar gesagt, er würde seiner Regierung raten, das osmanische Reich in Asien auch dann zu stützen, wenn es darüber zu einem Kriege mit Russland kommen müsste. Natürlich geht er dabei von der Voraussetzung aus, dass auch England die Erhaltung der Türkei aufrichtig wünsche. Wenn dieser Faktor aus seinem Kalkül ausgeschieden werden müsste und England auf die russischen, auf eine Aufteilung der Türkei hinzielenden Pläne eingehen würde, dann sieht er selbst ein, dass an eine Erhaltung und Konsolidierung des türkischen Reiches nicht mehr zu denken wäre, und dann müsste Deutschland sich mit Russland und England über eine Aufteilung der Türkei einigen, wobei sich Deutschland alles sichern müsste, was es heute schon als seine Influenz-Sphäre betrachtet.

Da Baron Wangenheim heute noch an dem Gedanken festhält, dass auch England an der Erhaltung der Türkei Interesse haben muss, möchte er in der armenischen Reformfrage jenen Staat vorschieben und die russischen Pläne durch denselben zu kontrekarrieren suchen.

Wie ich mir Euer Exzellenz telegraphisch zu melden erlaubte, hat der Grossvezier meinem deutschen Kollegen mitgeteilt, dass sich Sir Edward Grey bereit erklärt hätte, der Türkei zwei Generalinspektoren für die beiden Sektoren zur Verfügung zu stellen, in welche die sechs ostanatolischen Vilajets eingereiht wurden.

Wenn nun England wirklich diese beiden General-Inspektoren hersenden will, so

hofft mein deutscher Kollege, dass es sich auch dem russischen Projekte der Schaffung einer autonomen die sechs Vilajete umfassenden Provinz widersetzen wird, und auf diese Weise durch England die russischen Absichten durchkreuzt und das von Herrn Mandelstam ausgearbeitete Projekt zu Falle gebracht werde.

In Berlin scheint man über die Haltung des hiesigen deutschen Vertreters in letzter Zeit etwas beunruhigt zu sein; wenigstens machte mir derselbe vor einigen Tagen im strengsten Vertrauen einige allerdings nicht ganz klare Bemerkungen, aus denen ich immerhin entnehmen zu können glaube, dass man dort befürchtet, dass Baron Wangenheim zwischen Russland und England Zwietracht zu säen suche. Den Auslassungen meines deutschen Kollegen zufolge scheint es in Berlin Leute zu geben, die sich vor einer zu prononciert anti-russischen Politik fürchten.

Wie die englische Regierung sich zum Projekte des russischen Botschafters stellt, lässt sich hier nicht feststellen. Die Unterstützung, welche der englische Delegierte in der Reunion der Botschafter-Delegierten dem russischen Projekte angedeihen lässt, würde darauf schliessen lassen, dass die russischen Absichten auf die ostanatolischen Vilajets in London gebilligt werden. Andreerseits würde diese Haltung Englands mit der Beistellung der zwei General-Inspektoren für Ost-Anatolien nicht in Einklang zu bringen sein. Nun wäre es nicht unmöglich, dass England analoge Absichten hätte, wie Baron Wangenheim, und dass man in London wohl gegen die Bildung einer armenischen Provinz sei, aber das Giers-sche Projekt gerade durch Deutschland und uns zu Falle bringen möchte, ohne selbst dabei hervorzutreten.

Allerdings wäre es auch möglich, dass die Aeusserungen Said Halim Pascha's über die Bereitwilligkeit Englands, die zwei Generalinspektoren der Türkei zur Verfügung zu stellen, nicht ganz den Tatsachen entsprechen und dass Sir Edward Grey auf das türkische Ersuchen nur ganz allgemeine, vage Zusicherungen gegeben hätte. Bei den Türken ist gar zu oft der Wunsch der Vater des Gedankens und halte ich es nicht für ausgeschlossen, dass man sich in London über die Entsendung der beiden Generalinspektoren noch in keiner verbindlichen Form geäussert hätte.

Was nun das von Herrn Mandelstam ausgearbeitete und uns durch den russischen Botschafter mitgeteilte Reformprojekt anlangt, so hat dasselbe wohl keine Aussicht, von den Mächten angenommen und zur Basis von Verhandlungen mit der Pforte gemacht zu werden.

Die grundlegenden Prinzipien des russischen Projektes, nämlich die Errichtung einer autonomen Provinz aus den sechs Vilajets mit einem eigenen Landtage und einem mit allen möglichen Rechten ausgestatteten Generalgouverneur widerstreiten sosehr den mir von Euer Exzellenz gegebenen Instruktionen, gegen alles Stellung zu nehmen, was gegen die Souveränität des Sultans verstossen würde, dass unser Standpunkt mit dem russischen gänzlich unvereinbar ist. Die deutsche und die italienische Regierung scheinen, den Aeusserungen der betreffenden Botschafter zufolge, auf demselben Standpunkte zu stehen.

Daher muss der russische Vorschlag schon in der ersten Botschafter-Reunion begraben werden, denn es ist nicht möglich, bei so stark divergierenden Anschauungen auch nur eine Annäherung der beiderseitigen Auffassung herbeizuführen.

Mein russischer Kollege scheint sich auch über die Aufnahme, die sein Projekt in

der Botschafterreunion finden wird, keinen Illusionen hinzugeben, und geht aus seinen Aeusserungen schon jetzt hervor, dass er damit rechnet, dass eine Einigung zwischen den Mächten auf der Basis seines Projektes nicht zustandekommen werde.

Uebrigens wird russischerseits die Tendenz des Mandelstam'schen Elaborates – aus den sechs Vilajets eine mit der russischen Einfluss-Sphäre zusammenfallende, in möglichst losem Zusammenhange mit der Zentralregierung stehende autonome Provinz zu schaffen – nicht mehr geleugnet, und hat der russische Botschaftsrat mir gegenüber diese Tendenz zugegeben.

Dies bestätigt die von mir schon oft ausgesprochene Ansicht, dass Russland auf eine Teilung des asiatischen Besitzstandes der Türkei hinarbeitet, und müssen wir daher das russische Reformprojekt als inakzeptabel bezeichnen und uns der Annahme desselben im Mächte-Konzert widersetzen, da wir an der Erhaltung der Türkei doch Interesse und bei einer eventuellen Aufteilung dieses Reiches nichts zu gewinnen haben.

Meiner Ansicht nach wird Russland angesichts der Unmöglichkeit, sein Projekt zur Grundlage eines einmütigen Vorgehens der Mächte gegen die Pforte zu machen, sich dazu bequemen müssen, die Reform-Frage auf Grund der türkischerseits erlassenen Gesetze und der einschlägigen Zirkularnote der Pforte, respektive der Instruktionen für die Generalinspektoren zu behandeln, ausser es würde schon jetzt die Zeit zum Eingreifen und zur Aufteilung der Türkei für gekommen erachten.

Wenn dies nicht der Fall ist, so wird Russland wohl trachten, das türkische Reform-Elaborat zumindest nach allen Richtungen zu ergänzen und vor allem durch Einsetzung einer europäischen Kontrolle zu vervollständigen. Natürlich würde bei dieser Eventualität Herr von Giers ebenfalls alle möglichen Amendements vorschlagen, welche mit der Souveränität des Sultans schwer in Einklang zu bringen wären.

Dass das türkische Elaborat, das die armenischen Vilajets anlangt, gewisser Verbesserungen bedarf, ist die Ansicht aller meiner Kollegen, und glaube ich auch, dass man der Pforte vorschlagen sollte, gewisse schon im Jahre 1895 gemachte Zugeständnisse auch jetzt zu erneuern. Dieselben müssten die Ernennung von christlichen Muavins bei den mohammedanischen Valis und Mutessarifs und umgekehrt, und die Einführung einer Kontrolle für die Durchführung der Reformen umfassen.

Was letzteren Punkt anlangt, so müsste man meiner Meinung nach, wenn die türkischerseits promulgierten Reformen nicht wieder lediglich am Papier bleiben sollen, eine internationale Kontrolle einführen, für welche die Form noch zu finden wäre. Es liesse sich beispielsweise eine internationale Kommission für eine gewisse Zeitdauer auf der Pforte einsetzen, oder aber müsste türkischerseits eine direkte Korrespondenz zwischen den beiden Generalinspektoren und den Botschaftern zugestanden werden, damit diese in der Lage seien, die Vorschläge ersterer bei der türkischen Regierung zu unterstützen.

Wie ich Euer Exzellenz telegraphisch berichtete, habe ich dem Grossvezier bereits gesagt, dass sich die Türkei bezüglich der beiden Sektoren in Ostanatolien eine europäische Kontrolle wohl werde gefallen lassen müssen und hat mir derselbe

damals geantwortet, dass er gegen dieselbe nichts einzuwenden habe, nur sei es nicht an der Pforte, sondern an den Mächten, diesbezügliche Vorschläge zu machen.

Als ich nun unlängst dem Grossvezier gegenüber die Frage der europäischen Kontrolle wiederum berührte, zeigte er sich schon viel weniger entgegenkommend. Ich hatte den Eindruck, dass Said Halim Pascha nach Besprechung mit seinen Kollegen anderer Ansicht geworden sei, und ihn seine mir damals ausgesprochene Bereitwilligkeit reue. Ich benützte die Gelegenheit, um dem Grossvezier klar zu machen, dass die Kontrolle des Reformwerkes in den sechs Vilajeten im Interesse der Türkei liege. Denn dadurch und nur dadurch könnte den Feinden der Türkei jeder Vorwand zu unliebsamen Ingerenzen genommen werden. Es sei ja von gewissen Seiten immer behauptet worden, dass alles türkische Reformwerk toter Buchstabe bleibe, und dasselbe werde auch jetzt von denjenigen behauptet werden, die aggressive Tendenzen gegen die Türkei hegten. Wenn aber die Pforte auf den Vorschlag der europäischen Kontrolle eingehen würde, so würde sie damit ihren ernststen Willen, die Reformen durchzuführen, bekunden und es würde dadurch ihren Feinden jeder Prätext zu Rekrimationen und eventuellem Einschreiten genommen werden.

Im weiteren Verlaufe des Gespräches sagte mir der Grossvezier, dass England sich bereit erklärt habe, die zwei Generalinspektoren für die ostanatolischen Vilajets zu nominieren. Ich frug ihn darauf, ob es wahr sei, dass man Belgien um Beistellung gewisser Sous-Inspecteurs gebeten habe, und befrug ihn, auf seine bejahende Antwort, ob er sich auch an unsere Regierung diesbezüglich gewendet hätte. Said Halim Pascha erwiderte, dass die Pforte bisher nur von gewissen kleinen Staaten technische Beiräte verlangt hätte; man werde aber eine grössere Anzahl von solchen Beamten brauchen und werde sich dann auch an die Grossmächte und sicherlich auch an uns wenden.

Zum Schlusse meiner Ausführungen möchte ich Euer Exzellenz von einer Bemerkung Mitteilung machen, die der amerikanische Geschäftsträger mir gegenüber fallen liess. Er sagte mir, dass aus den Berichten der zahlreichen amerikanischen Missionäre in den von Armeniern bewohnten Vilajets hervorgehe, dass die Zustände in jenen Gegenden sich bedeutend gebessert hätten und heute dieselben durchaus nicht als schlecht bezeichnet werden können.

Im Nachhange zu der Euer Exzellenz mit Bericht vom 3. d. M., Nr. 37, unterbreiteten Zirkularerlass der Pforte an ihre Botschafter beehre ich mich Hochdenselben in der Anlage* die mir vom Grossvezier übergebene Einteilung des Reiches in sechs Inspektions-Sektoren ergebenst vorzulegen. Die ostanatolischen Vilajets sind darin zwischen dem dritten und fünften Inspektions-Sektor aufgeteilt.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner Ehrfurcht.

PALLAVICINI

* Siehe S. 123

Seiner Exzellenz
Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

<i>Premier Secteur Administratif:</i>	Brousse Angora Castamoni Boli Ismid Karassi Dardanelles
<i>Deuxième Secteur Administratif:</i>	Smyrne Konia Adana
<i>Troisième Secteur Administratif:</i>	Erzérourm Sivas Trébizonde Djanique
<i>Quatrième Secteur Administratif:</i>	Beyrouth Alep Damas Ourfa Zor Jérusalem
<i>Cinquième Secteur Administratif:</i>	Bitlis Diarbékir Mamourétul-Aziz Van
<i>Sixième Secteur Administratif:</i>	Bagdad Bassorah Moussoul



Verzögerung des Reformprojekts für die sechs anatolischen Vilajets durch Deutschland und Österreich-Ungarn

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL]

Nr. 38/C

Jeniköj, am 11. Juli 1913

Hochgeborener Graf!

Wie ich Euer Exzellenz zu melden die Ehre hatte, hat Herr von Giers das von seinem ersten Dragoman Herrn Mandelstam unter seiner Kontrolle ausgearbeitete Reformprojekt für die sechs anatolischen Vilajets (mit Ausschluss gewisser Gebiete, in welcher die mohammedanische Bevölkerung in erdrückender Majorität ist) in der letzten Botschafterreunion vorgelegt, und dafür plaidiert, dass dasselbe von sämtlichen Grossmächten angenommen und der Pforte als Basis für ein gemeinsam auszuarbeitendes, organisches Statut für die von ihm patronisierte armenische Provinz vorgeschlagen werde.

Mein deutscher Kollege schlug nun, lediglich in der Absicht, durch diese Massnahme Zeit zu gewinnen, vor, das russische avant-projet einer aus Beamten der Botschaften gebildeten Kommission zu überweisen. Letztere sollte sich auf das Studium des Mandelstam'schen Projektes und einen für die Botschafter ganz unverbindlichen Meinungsaustausch beschränken und das Ergebnis desselben den Missionschefs vorlegen.

Ich ergänzte diesen Antrag meines deutschen Kollegen dahin, dass die Kommission nicht nur das russische Projekt, sondern auch das uns in Aussicht gestellte türkische Reformprojekt dem Studium unterziehen solle.

Beide Vorschläge wurden acceptiert und wurden sogleich die Mitglieder der Kommission nominiert. Wie ich Euer Excellenz telegrafisch meldete, betraute ich mit dieser Arbeit Legationsrat Panfili, der als Vertreter des Doyens in der Kommission auch den Vorsitz führt. Die übrigen Mitglieder sind: für Deutschland, der 2^{te} Dragoman Herr Schönberg, für Frankreich, Legationssekretär Graf Saint-Quentin, für England, der 1^{te} Dragoman Herr Fitzmaurice, für Italien der 2^{te} Dragoman Herr Chabert und für Russland der 1^{te} Dragoman Herr Mandelstam.

Herr von Giers war über den Aufschub, den die Diskutierung seines Projektes durch die Einsetzung dieser Kommission erfahren musste, nicht sehr erbaut und verlangte, dass dieselbe schon am nächsten Tage zusammentrete, um das Reformprojekt zu studieren.

Ich gab Herrn Panfili die Direktive, die Arbeiten in der Kommission möglichst zu verzögern, dabei aber zu vermeiden, dass russischerseits unsere Verschleppungstaktik bemerkt werde, damit Herr von Giers nicht daraus Veranlassung nehme, die ganze Sache abzubrechen und seine Regierung zu einem selbständigen Vorgehen gegenüber der Pforte zu bewegen.

Bis jetzt ist es gelungen, ohne irgend einen Verdacht auf Seite der Russen zu erwecken, das Studium der Reformprojekte in die Länge zu ziehen, obwohl Herr

von Giers stets darauf drang, dass die nächste Sitzung schon am folgenden Tage stattfinde und einmal mich sogar bat, eine Sitzung auf den Vormittag statt auf den Nachmittag eines Tages ansetzen zu lassen, weil damit wenigstens einige Stunden gewonnen seien.

Da vor der ersten Kommissionssitzung anstatt des angekündigten türkischen Reformprojektes ein bereits sanktioniertes Gesetz (Articles additionnels à la loi sur l'administration des vilajets) und eine Instruktion für die Generalinspektoren den Missionen übermittelt wurde, verstand es sich von selbst, dass diese Gesetzartikel und die Instruktionen zusammen mit dem russischen Vorschlage dem Studium unterzogen werden sollten.

Eingedenk der Weisung, die Sache möglichst dilatorisch zu behandeln, warf Herr Panfili in der Sitzung die Frage auf, welches Elaborat man als Ausgangspunkt für die Discussion nehmen müsse, und erreichte, da eine Einigung hierüber nicht erzielt werden konnte, eine Vertagung der Sitzungen.

Als nach 4 Tagen eine neue Sitzung einberufen wurde, erklärte der Vorsitzende, dass er die Instruktion erhalten habe: „d'étudier l'avant-projet russe conjointement avec les communications de la Sublime Porte en prenant toutefois pour point de départ les articles de l'avant-projet russe.“

Nachdem auch der deutsche und der italienische Delegierte gleiche Instruktionen erhalten hatten, wurde die Discussion über den ersten Artikel des russischen Projektes eröffnet.

Herr Panfili trat natürlich für die Beibehaltung der jetzigen administrativen Einteilung des Reiches und die Einteilung in 6 Inspektionssektoren ein, während russischerseits die Idee der Errichtung einer möglichst autonomen Provinz verteidigt wurde.

Man kam bei der zweiten Sitzung nicht über das Studium dieses ersten Punktes hinaus.

Die ganze dritte Sitzung war dem Studium des 3. Artikel des russischen avant-projet (Ernennung des Generalgouverneurs mit Zustimmung der Mächte) gewidmet und wurde unsererseits bei dieser Gelegenheit besonders hervorgehoben, dass das türkische System des fremden Generalinspektors, mit einer bezüglich der Form noch zu diskutierenden europäischen Kontrolle, viel mehr Garantien biete, als der russische Vorschlag der Errichtung einer autonomen Provinz mit einem Generalgouverneur, dem eine ganze Reihe von Prärogativen der Centralregierung und des Sultans übertragen wären. Herr Panfili bemerkte auch, dass er in den russischen Vorschlägen einen Angriff auf die Souveränität des Staates erblicke, was natürlich von Herrn Mandelstam bestritten wurde.

Bei jeder Sitzung hat der Vorsitzende Gelegenheit genommen, zu betonen, dass die Kommission lediglich zum Studium der Frage eingesetzt wurde und die in derselben geäußerten Meinungen als Privatansichten der einzelnen Delegierten angesehen werden müssten, und daher weder den betreffenden Missionschef noch seine Regierung irgendwie binden könnten. Ja man könne aus den Ausführungen der Delegierten nicht einmal Schlüsse auf die Haltung der Missionschefs oder der Regierungen ziehen, weil die Kommissions-Mitglieder ohne jede Instruktion dem

Studium der vorliegenden Projekte obliegen. Dieses habe nur den Zweck, ein Elaborat zu liefern, in welchem bei jedem Punkte alle für und gegen denselben sprechenden Argumente vermerkt werden und ein Vergleich zwischen dem russischen Vorschlag und den türkischen Bestimmungen gezogen wird.

Ein nicht eingestandener, sehr wichtiger Zweck, den Baron Wangenheim und ich mit diesen Kommissions-Sitzungen verfolgten, war, durch eingehende Befragung Herrn Mandelstams über die Beweggründe seiner einzelnen Vorschläge die wahren Tendenzen der Russen noch mehr ans Tageslicht zu ziehen.

Dieser Zweck ist auch erreicht worden, denn Herr Mandelstam hat speziell die Zusammenfassung der sechs Vilajets in eine Provinz und die Ernennung eines Generalgouverneurs gegen alle Einwendungen unseres und des deutschen Delegierten so hartnäckig verteidigt, dass aus seiner ganzen Haltung mit überzeugender Klarheit hervorgeht, dass es Russland in erster Linie darum zu tun sei, aus der russischen Influenz-Sphäre in der asiatischen Türkei eine in möglichst losem Zusammenhange mit der Zentral-Regierung stehende Provinz zu machen.

Was die Haltung der einzelnen Kommissions-Mitglieder betrifft, so unterstützt Graf Saint-Quentin stets lebhaft die Ansichten des Russen, der Engländer verhält sich ziemlich passiv, pflichtet aber zum Schlusse immer der Meinung Mandelstams bei und betont stets, dass das russische Projekt ihm besser den lokalen Bedürfnissen zu entsprechen scheine, als das türkische.

Die Polemik gegen die Vorschläge des russischen Delegierten wird von Legationsrat Panfili und Herrn Schönberg geführt, während der Italiener sich damit begnügt, sich in allem und jedem zu den Ansichten unseres und des deutschen Delegierten zu bekennen.

Bei der letzten Sitzung teilte Herr Mandelstam mit, dass Herr von Giers sehr ungeduldig sei und ihm grosse Vorwürfe darüber gemacht habe, dass immer nur ein Artikel des Projektes behandelt werde.

Herr Panfili erwiderte, dass alle Delegierten ihr möglichstes tun, um die Arbeit schnell zu beendigen, dass aber eine raschere Beratung der Frage nicht tunlich sei, wenn ein Elaborat geliefert werden solle, welches nur halbwegs den Anspruch auf Vollständigkeit erheben wolle.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner Ehrfurcht

PALLAVICINI

Seiner Exzellenz

Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHStA PA XII 463



Das Zunehmen der Auswanderung und die Mittel zu deren Bekämpfung

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL]

Nr. 41/E

Jeniköj, am 22. Juli 1913

Hochgeborener Graf!

Vor einigen Tagen sprachen der armenische Erzbischof Hemayak und der Redakteur der Zeitung „Sabah“ und Mitglied der armenischen „conseil mixte“, Herr Kelekian, namens des armenischen Patriarchen bei mir vor und übergaben, da ich abwesend war, einem Botschaftsbeamten die zwei beiliegenden Memorandums.*

Das eine davon ist ein Protokoll über eine am 2. Juni l. J. abgehaltene Sitzung der armenischen Nationalversammlung und befasst sich mit der Frage der Auswanderung und den Mitteln zu deren Bekämpfung. Der conseil mixte behauptet, dass die Lage der christlichen Bevölkerung in den ostanatolischen Vilajets noch schlechter geworden sei, als zur Zeit der ärgsten Armenier-Verfolgungen unter dem alten Regime und will dies durch den Umstand erweisen, dass die Auswanderung des armenischen Elementes seit der Proklamierung der Konstitution noch zugenommen und im Jahre 1913 eine nie dagewesene Höhe erreicht hat.

Die Nationalversammlung hat über Vorschlag des conseil mixte beschlossen, dieser Auswanderungsbewegung ernstlich entgegenzutreten, da die Armenier nie so berechnete Hoffnungen auf Realisierung ihrer legitimen Wünsche haben könnten, als gerade jetzt.

Ich glaube, dass wenn die im Protokolle angeführten Zahlen der Wahrheit entsprechen sollten, das Zunehmen der Auswandererbewegung auf ganz andere Gründe zurückzuführen ist, als auf die armenischerseits angeführte stete Zunahme der Unsicherheit im Lande. Wenn auch die Zustände in den armenischen Vilajets heute noch keineswegs als gut bezeichnet werden können und die Inangriffnahme des Reformwerkes dringend erheischen, so wird allgemein zugegeben, dass die jetzige Lage der dortigen christlichen Bevölkerung mit derjenigen unter dem Hamidischen Regime, wo die Armenier ihres Lebens und Eigentums nie sicher waren, nicht im entferntesten verglichen werden kann. Meiner Ansicht nach dürfte die Zunahme des Auswanderungsstromes in erster Linie auf die rege Tätigkeit, welche die Auswanderungsagenten unter dem wohlwollenden Auge der Behörden seit der Proklamierung der Konstitution in Armenien entfalten, zurückzuführen sein.

Das zweite ebenfalls anruhende Schriftstück ist ein vom armenisch-gregorianischen Patriarchate verfasstes Memorandum über die Aspirationen der Armenier.

Vor allem wird betont, dass die Armenier keinerlei politische Aspirationen haben, sondern nur Garantien für die Sicherheit, politische Gleichstellung der Christen und Mohamedaner und das Recht der freien kulturellen und nationalen Entfaltung beanspruchen.

* Siehe S. 94–100

Nach einer abfälligen Kritik des neuen Vilajetsgesetzes und der kürzlich publizierten Zusatzartikel desselben präcisirt das Memorandum die Hauptforderungen der Armenier; und zwar verlangen dieselben 1. die Bildung einer einzigen Provinz aus den von Armeniern bewohnten ost-anatolischen Vilajeten, 2. die Einsetzung eines fremden, mit Zustimmung der Mächte ernannten Generalgouverneurs, 3. Gleiche Anzahl Armenier und Mohamedaner in dem Provinziallandtage, den Conseils administratifs und den öffentlichen Aemtern, 4. Zulassung der armenischen als Gerichtssprache und Publizierung der Gesetze in jener Sprache, 5. Justizreform, 6. Rückgabe der geraubten Ländereien, 7. europäische Kontrolle.

Bei Durchsicht des Memorandums fällt sofort die völlige Übereinstimmung desselben in allen Hauptpunkten mit dem russischen avant-projet des réformes auf. Die Uebereinstimmung ist so gross, dass sich unwillkürlich der Gedanke aufdrängt, dass zwischen der russischen Botschaft und dem armenischen Patriarchate eine Kollaboration stattgefunden hat, oder wenigstens Letzteres vom Elaborate Herrn Mandelstam's Kenntnis hatte, oder dieser von dort aus inspiriert wurde.

Am Tage nach der Uebergabe der beiden Schriftstücke erschien Herr Kelekian wieder in Jeniköj und hatte ich eine längere Unterredung mit ihm, in welcher er mich versicherte, dass den Armeniern jeder Gedanke von separatistischen Tendenzen ferne liege. Sie wollen ottomanische Staatsangehörige bleiben, nur beanspruchen sie gleiche Rechte und gleiche Behandlung wie die Mohamedaner. Ich glaube selbst, dass diese separatistischen Tendenzen und der Gedanke einer Losreissung der armenischen Provinzen von der Türkei, welche von russischer Seite stets propagiert wurden, unter den leitenden armenischen Notablen bisher keine Anhänger haben, dieselben möchten vielmehr eine möglichst autonome Provinz aus den sechs Vilajets gebildet wissen, in welcher sie dann eine grosse Rolle zu spielen hoffen.

Herr Kelekian entwickelte mir dann kurz die im Memorandum enthaltenen Ideen, worauf ich ihm sagte, dass die Bildung einer Provinz mit eigenem Statut, selbst wenn alle Mächte ohne Ausnahme dieselbe befürworten würden, von der Pforte niemals zugegeben werden würde. Ebenso bezeichnete ich die Ernennung eines Generalgouverneurs mit so ausgedehnten Vollmachten als für die Pforte inacceptabel. Ich sagte Herrn Kelekian, dass die Armenier meiner Ansicht viel besser daran thäten, sich mit den von der Pforte angekündigten Reformen zu begnügen, als Sachen zu verlangen, welche die türkische Regierung nicht gewähren könne.

Mein Mitredner schien von meinen Erklärungen nicht befriedigt zu sein.

Genehmigen Euer Excellenz den Ausdruck meiner Ehrfurcht.

PALLAVICINI

Seiner Exzellenz

Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHStA PA XII 462



Die armenische Aspiration betreffend

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL]

Nr. 46/D

Jeniköj, am 12. August 1913

Hochgeborener Graf!

Der in meinem Berichte vom 22. v. M., Nr. 41/E, erwähnte Chefredakteur des „Sabah“ und Mitglied des armenischen Laienrates, Diran Kelekian, sprach vor einigen Tagen bei Legationsrat Panfili vor und hielt ihm einen längern Vortrag über die armenischen Aspirationen.

Ausser den im obigen Berichte bereits niedergelegten Ausführungen sagte Herr Kelekian, dass die Armenier das grösste Interesse daran hätten, ottomanische Staatsangehörige zu bleiben, und niemals unter russische Herrschaft kommen dürfen, weil sie nur in ersterem Falle ihre Stammesbrüder in Russland in deren Kampfe um die Erhaltung der nationalen Ideale unterstützen können. Russland müsse heute bei der Behandlung der eigenen armenischen Bevölkerung auf die ausserhalb seiner Grenzen lebenden Armenier Rücksicht nehmen. Wenn alle Armenier unter russischem Szepter vereinigt würden, so könnte die russische Entnationalisierungs-Politik ohne weiteres auch auf die Armenier ausgedehnt werden. Was die Reformen anlangt, erklärte Herr Kelekian, dass die Intelligenz in der armenischen Bevölkerung ganz genau wisse, dass Russland in dem von Herrn Mandelstam ausgearbeiteten Avant-Projet so weitgehende Reformen nur zu dem Zwecke verlangt habe, um angesichts des natürlichen Widerstandes der türkischen Regierung und vielleicht auch einiger Mächte gegen die Schaffung einer autonomen Provinz die Reformaktion ganz zu vereiteln und dann noch der armenischen Bevölkerung gegenüber als Verteidiger ihrer Aspirationen dazustehen. Von der armenischen Intelligenz werde aber das Spiel Russlands durchschaut und jeder gebildete Armenier wisse, dass Russland nichts mehr fürchtet, als Reformen in Armenien eingeführt zu sehen. Russlands Absichten gehen darauf aus, in den armenischen Provinzen nie geordnete Zustände eintreten zu lassen, um im gegebenen Momente stets einen Prätext zur Einmischung und schliesslich zum Einmarsche finden zu können. Das Verhalten der russischen Regierung im Jahre 1896 hätte den Armeniern gezeigt, wie wenig jener an der wirklichen Einführung von Reformen liege.

Es gäbe in Armenien aber auch viele ungebildete Leute, welche die russische Politik nicht durchschauen, und diese werde dann – geblendet durch das russischerseits den Armeniern vorgeheuchelte Wohlwollen und durch russisches Geld gekauft – die Anstifter von Unruhen, deren Repression seitens der Regierung Russland den willkommenen Anlass zum Einschreiten bieten könnte.

Von diesen Erwägungen ausgehend und in voller Kenntnis des russischen Spieles hätte das armenische Patriarchat es für notwendig gefunden, die russischen Vorschläge zu unterstützen und in seinem Memorandum (mein Bericht vom 22. v. M., Nr. 41/E) ungefähr dasselbe als Postulat der Armenier aufzustellen, was Russland in seinem Avant-Projet verlangt habe.

In Wirklichkeit wünschten aber die Armenier nur die Einführung von Reformen, die sie dem russischen Einflusse entziehen und die Gefahr einer Annexion durch Russland ganz beseitigen würde.

Wenn es den Mächten gelingen würde, die Einführung von solchen Reformen von der Pforte zu erwirken, so wären damit die Aspirationen der Armenier befriedigt. Die von der Pforte selbst angekündigten Reformen seien aber vollständig ungenügend und müssten vielfach ergänzt werden. Herr Kelekian legt besonders auf eine bessere ethnische Gruppierung der einzelnen Rassen in den Sandjaks der ostanatolischen Vilajete, auf entsprechende Vertretung des armenischen Elementes in den Generalversammlungen, den Conseils Administratifs und bei der Besetzung der Richter- und Beamten-Stellen Gewicht. Ausserdem meint er, dass es unerlässlich wäre, den europäischen Organen (Generalinspektoren) nicht nur das Revozierungs- sondern auch das Ernennungs-Recht der Beamten zu geben.

Die grösste Gefahr und ein direktes Eingehen auf Russlands Absichten erblickt Herr Kelekian darin, dass es betreffs der Reformaktion zwischen den Mächten zu keiner Einigung käme und dass eventuell infolge der exorbitanten russischen Vorschläge die Reformaktion ganz der Pforte überlassen werden könnte. Dann würde Russland seine wühlerische Tätigkeit in Armenien wieder aufnehmen und es würde dann auch leicht einen Vorwand zur Einmischung und zur Okkupierung der ostanatolischen Vilajets finden können.

Es sei im Interesse Europas und auch in jenem der Armenier gelegen, dass man Russland dadurch, dass man die Pforte zur Durchführung von Reformen im Mindestumfange der im Jahre 1896 vorgeschlagenen zwingt, jeden Vorwand zu selbständigem Vorgehen benehme. — Herr Panfili verhielt sich Herrn Kelekian gegenüber streng rezeptiv.

Die Ausführungen Kelekian's stehen in vielen Punkten in diametralem Gegensatz zu seinen mir gegenüber geäusserten Ansichten und bin ich überzeugt, dass die Aenderung seiner Haltung darauf zurückzuführen ist, dass er aus meinen ihm gegebenen Antworten entnommen hat, dass keine Aussicht bestehe, der Türkei das russischerseits ausgearbeitete Reformprojekt aufzuoktroyieren. Dass das armenische Patriarchat bei Ausarbeitung seines Memorandums mit der russischen Botschaft kollaboriert hat, liegt auf der Hand, denn sonst wäre die Uebereinstimmung in den Postulaten der beiden Elaborate kaum erklärlich.

Die von Kelekian gebrauchte Ausrede, dass das Patriarchat Russland misstraue, und nur deshalb dieselben Forderungen aufgestellt hätte, um Russlands Absichten, durch Aufstellung zu grosser Prätenzionen das Reformwerk ganz zu vereiteln, zu durchkreuzen, ist zu kompliziert und paradox, um glaubhaft zu erscheinen.

Ich glaube vielmehr, dass Kelekian von der russischen Botschaft über die Haltung der einzelnen Mächte zur Reformfrage und über die Stellungnahme der Botschaftsdelegierten zum russischen Avant-Projet informiert wurde. Der ungemein schlaue Armenier hat nun wahrscheinlich Herrn Panfili nur zu dem Zwecke aufgesucht, um mir durch seine Vermittlung die Ueberzeugung beizubringen, dass die Armenier respektive das Patriarchat nicht unter russischem Einflusse stünden und sie sich vor nichts so sehr fürchten, als vor einer russischen Einmischung in die

armenischen Angelegenheiten und vor einer künftigen russischen Invasion in Ost-anatolien.

Ich halte es sogar nicht für ausgeschlossen, dass mein russischer Kollege, welcher mit der Ablehnung seines Projektes durch die Mächte rechnet und weiss, dass wir auch gegen die von ihm patronisierte Schaffung einer autonomen armenischen Provinz sind, entweder selbst oder durch Herrn Mandelstam Kelekian dazu veranlasst hat, Legationsrat Panfili aufzusuchen und ihm den gemeldeten Vortrag zu halten, um mich zu dem Glauben zu verleiten, dass zwischen dem armenischen Patriarchate und der russischen Botschaft nicht nur keine Kooperation sondern sogar gegenseitiges Misstrauen bestehe.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner Ehrfurcht

PALLAVICINI

Seiner Exzellenz

Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHStA PA XII 463



Armenische Reformaktion

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPOL]

Nr. 46/E

Jeniköj, am 12. August 1913

Hochgeborener Graf!

Von deutscher Seite ist in der armenischen Frage dadurch ein neuer Schachzug gegen Russland geführt worden, dass durch den deutschen Gelehrten und bekannten Armenierfreund Dr. Lepsius auf das armenische Aktionskomité in der Richtung eingewirkt wurde, dass das Komité selbst das Mandelstam'sche Projekt fallen lasse und sich mit weniger weitgehenden Forderungen begnüge.

Wie mir mein deutscher Kollege mitteilt, ist es Dr. Lepsius bereits gelungen, das armenische Aktionskomité zum Aufgeben der für die Pforte inakzeptablen, auf die Schaffung einer autonomen armenischen Provinz hinzielenden Punkte des russischen Avant-Projets zu bestimmen.

Für die Aenderung ihrer Haltung verlangen die Armenier die Unterstützung der Mächte betreffs Durchführung des türkischen Reformprogramms samt den von den Botschaftsdelegierten in der 7. Sitzung als notwendig bezeichneten Ergänzungen zum türkischen Reformwerke und folgende vier vom Aktionskomité als unerlässlich qualifizierte Forderungen:

1. In den von Armeniern bewohnten Gebieten dürfen Muhadjirs nur mit Genehmigung der Generalinspektoren angesiedelt werden.
2. Der Militärdienst muss in den in Frage kommenden Vilajets im Prinzipie

regional sein, jedoch dürfen die Truppen aus den armenischen Vilajets im Falle innerer Unruhen auch ausserhalb Armeniens verwendet werden.

3. Den Mächten soll eine gewisse Mitwirkung bei der Auswahl der Generalinspektoren gewahrt werden.

4. In den Conseils administratifs der Sandjaks, Vilajete und Kazas sollen Mohammedaner und Nicht-Mohammedaner nicht proportionell, sondern zu gleichen Teilen vertreten sein.

Das armenische Aktionskomité ist dagegen bereit, ausdrücklich auf die Ernennung eines General-Gouverneurs oder Oberkommissärs zu verzichten. Auch erklärte es sich damit einverstanden, dass das Recht der Ernennung der Beamten bei der Zentralregierung verbleibe.

Der im obigen skizzierte jetzige Standpunkt der Armenier deckt sich im grossen und ganzen mit den von den Tripleallianz-Mächten von Anfang an aufgestellten Grundsätzen und erscheinen mir auch die neuen vier armenischerseits aufgestellten Postulate für die Pforte durchaus annehmbar, da sie weder auf eine Autonomie Armeniens hinzielen, noch die Souveränität des Sultans tangieren.

Das armenische Komité will nun auf Grund des mit Dr. Lepsius vereinbarten Programms mit der Pforte in Verhandlungen treten. Mein deutscher Kollege unterstützt seinerseits unter der Hand bei der Regierung das Komité und sucht die maßgebenden Faktoren zur Nachgiebigkeit und zum Eingehen auf die armenischen Wünsche zu bestimmen.

Wenn nun, was Baron Wangenheim für wahrscheinlich hält, eine Einigung zwischen der Pforte und dem armenischen Komité zustandekommt, so wird das türkischerseits aufgestellte Reformprogramm, ergänzt durch die von unserem und dem deutschen Delegierten in der 7. Kommissions-Sitzung verlesenen Amendements-Vorschläge und den früher aufgezählten vier neuen Punkten, vom armenischen Aktionskomité selbst dem russischen Botschafter als das Um und Auf der armenischen Wünsche unterbreitet und er um die Unterstützung der russischen Regierung zur Realisierung derselben ersucht werden.

Letztere wird dann wohl endgiltig die weitgehenden Postulate des Mandelstam'schen Projektes fallen lassen müssen, da sie doch nicht gut über den Rahmen der Reformen hinausgehen kann, mit deren Gewährung die Armenier selbst sich vollständig befriedigt erklären.

Die Nachgiebigkeit des armenischen Aktionskomités dürfte ausser auf die überzeugende Argumentation des als armenophil bekannten Dr. Lepsius auch darauf zurückzuführen sein, dass das Mandelstam'sche Projekt in seinen wesentlichsten Artikeln nicht nur von den Dreibund-Mächten als unannehmbar angesehen wird, sondern dass es auch in Paris und London nicht günstig aufgenommen wurde und von der ablehnenden Haltung der beiden Entente-Mächte hier bereits einiges durchgesickert ist.

Herr von Giers scheint sich der Aussichtslosigkeit, sein Projekt durch die Mächte annehmen zu lassen, so wie der mangelnden Unterstützung desselben seitens Frankreichs und Englands vollkommen bewusst zu sein; wenigstens lässt seine Haltung darauf schliessen, da er, der früher die Reformarbeit um einen Tag, ja oft um Stunden

beschleunigen wollte, seit circa drei Wochen mit keinem Worte das Reformwerk mir gegenüber berührt hat.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner Ehrfurcht
Seiner Exzellenz
Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

PALLAVICINI

HHStA PA XII 463



BEILAGE ZUM ERLASS 3970-71 DDO. WIEN 19. AUGUST 1913 [SIEHE S. 142]

Aide-Mémoire

Copie

Vienne, le 14 août 1913

La commission réunie à Constantinople en vue d'étudier l'avant-projet russe relatif aux réformes à introduire en Arménie a terminé ses travaux sans que les représentants des Ambassades d'Autriche-Hongrie, d'Allemagne et d'Italie aient adhéré aux dispositions essentielles de ce projet, auquel ils ont opposé, en s'en déclarant satisfaits, le programme général de réformes élaboré par le Gouvernement ottoman. L'idée ayant été émise toutefois que ces réformes pourraient être contrôlées par l'Europe, les délégués austro-hongrois et allemand ont proposé que les inspecteurs généraux dont la création a été décidée par la Sublime Porte fussent tenus de communiquer leurs rapports au doyen des Ambassadeurs à Constantinople. Mais la commission s'est séparée, sans qu'un accord ait pu se faire entre les délégués.

En présence des divergences d'opinion qui se sont produites parmi ceux-ci, le Gouvernement de la République a été conduit à se demander s'il ne serait pas possible de trouver les bases d'un accord très désirable, en conciliant les propositions des avant-projets russe et ottoman, dans ce qu'elles offrent de garanties aux Puissances pour la sécurité et l'avenir des populations chrétiennes d'Arménie. Il estime en effet que la condition indispensable du succès de tout projet de réforme, réside dans l'unanimité des vues des Puissances qui l'auront élaboré, d'une part, et dans son acceptation de plein gré par la Turquie d'autre part.

La recherche d'un terrain d'entente paraît devoir être facilitée par une étude comparative de l'avant-projet russe et du programme ottoman de réforme. L'Ambassade de France a donc l'honneur de soumettre ci-joint au Ministère Impérial et Royal des Affaires Etrangères deux tableaux sommaires des mesures essentielles proposées par l'un et l'autre Gouvernement, et elle attacherait beaucoup de prix à savoir comment de son côté le Ministère Impérial et Royal des Affaires Etrangères envisage la question des réformes en Arménie.

PROGRAMME DE RÉFORMES PRÉPARÉ PAR LE GOUVERNEMENT OTTOMAN

Les grandes lignes de ce programme sont seules actuellement connues par des déclarations verbales du Grand-Vizir et du Ministre Impérial de l'Intérieur.

Il s'inspire essentiellement de la loi sur l'administration des vilayets, récemment complétée par une loi additionnelle portant création d'inspecteurs généraux.

I° Répartition des 6 vilayets arméniens en 2 inspections générales

Sur les 6 inspections générales dont la création est décidée en principe, deux seulement préoccupent pour le moment le Gouvernement ottoman: l'une comprendra les vilayets de Trébizonde, Erzeroum et Siwas; l'autre ceux de Van, Bitlis, Diarbékir et Kharpout.

Le projet ottoman stipule donc le maintien des anciens vilayets arméniens et prévoit seulement leur répartition en deux inspections générales.

Pour bien marquer sa volonté de ne pas laisser s'organiser une province arménienne, la Sublime Porte a même eu soin, en établissant la classification des six secteurs administratifs d'Anatolie, de séparer les uns des autres les vilayets orientaux. C'est ainsi qu'entre le troisième secteur (vilayets d'Erzérourm, Siwas, Trébizonde, sandjaks de Djanik ou Sansoun) et le cinquième secteur (vilayets de Van, Bitlis, Diarbékir, Karpont [Kharpout], Mamouret ul Aziz) elle a placé dans le quatrième les vilayets de Beyrouth, Alep, Damas, et les sandjaks de Orfa, Zor et Jérusalem.

II° Attributions des inspecteurs généraux

Les inspecteurs généraux, nommés pour cinq ans, jouiraient d'une absolue indépendance pour toutes les recettes et les dépenses ne relevant pas directement du budget de l'Empire; de même, pour la désignation des fonctionnaires, sauf à faire ratifier par le Sultan la nomination des valis et des mutessarifs.

Ce serait donc pour l'Arménie, comme d'ailleurs pour les autres provinces de l'Empire ottoman, l'expérience de décentralisation la plus complète qui ait encore été tentée.

III° Extensions des attributions des conseils généraux

Conformément au même principe de décentralisation, ces conseils auront dorénavant le droit de décider dans les affaires d'intérêt local. Les droits et attributions des fonctionnaires seront en outre élargis et précisés.

IV° Engagement de spécialistes étrangers comme conseillers adjoints aux inspecteurs généraux

Le Gouvernement Impérial se préoccupe déjà de faire établir par ses Ambassadeurs une liste de spécialistes étrangers parmi lesquels il choisira, à défaut d'ottomans qualifiés, des conseillers qui seront adjoints aux inspecteurs généraux et s'occuperont de l'agriculture, des travaux publics, des affaires administratives et de la police.

V° Organisation de la gendarmerie

La Sublime Porte a déjà envoyé dans chaque vilayet des corps d'inspecteurs de gendarmerie placés sous la présidence du Général Bauman. Ces inspecteurs ont reçu pour mission d'étudier sur place le nombre des gendarmes nécessaire à chaque vilayet pour y assurer l'ordre et la tranquillité.

Pour réorganiser la gendarmerie, il sera fait appel à des officiers étrangers. Ceux-ci doivent exercer des commandements effectifs et n'auront pas seulement un rôle d'inspecteurs.

VI° Réorganisation de la justice

En vue de faciliter les actions judiciaires entre habitants d'une même localité, le principe des tribunaux de justice de paix a été adopté. Des tribunaux seront organisés, indépendamment de tous ceux déjà existants, dans les principaux sandjaks et cazas.

VII° Réformes financières

Les budgets des vilayets seront désormais séparés. La surveillance de la stricte application des lois et règlements financiers sera exercée par la commission financière internationale instituée au Ministère des Finances et dont le nombre des membres a été augmenté.

La circulation de la richesse mobilière dans les vilayets sera assurée par l'application des lois sur les hypothèques et sur le transfert des immeubles, ainsi que par la suppression des «guediks».

Enfin, par l'application de la loi conférant le droit de propriété aux personnes morales, la formation des sociétés pouvant faire des transactions sur les immeubles a été autorisée, et un large crédit est ouvert à l'agriculture en vue de son développement.

AVANT-PROJET RUSSE DE RÉFORMES EN ARMÉNIE
élaboré par l'Ambassade Impériale de Russie à Constanti-
nople, et inspiré dans une large mesure des desiderata du
patriarcat arménien, ainsi que du projet de loi sur les vilayets
de la Commission européenne de 1880.

I° Réunion des six vilayets arméniens en une seule province

L'idée maîtresse du projet russe et la réunion en une seule province des six vilayets d'Erzérout, Van, Bitlis, Diarbékir, Kharpout et Siwas, dont seraient détachés certains territoires de bordure exclusivement peuplés de musulmans.

Ainsi se trouverait reconstitué l'ancien « ayalet » d'Erzérout que la Porte avait morcelé en vilayets pour éviter que cette province, où dominait l'élément arménien, ne reçut en 1878 son autonomie.

Les vilayets actuels seraient supprimés et, seules, subsisteraient les divisions administratives intérieures: sandjaks, cazas et nahiés.

II° Nomination d'un Gouverneur général

A la tête de la province serait placé un Gouverneur général (vali-oumouni). Celui-ci serait sujet ottoman et de religion chrétienne.

D'après le projet primitif, et conformément au désir très vivement exprimé par les Arméniens, les fonctions de Gouverneur général auraient pu être confiées de préférence à un Européen nommé par le Sultan pour une durée de cinq ans avec l'assentiment des Puissances. Toutefois cette proposition, qui se serait heurtée à un refus certain de la Porte, a été retirée.

Le Gouverneur général, chef du pouvoir exécutif, nommerait et révoquerait les fonctionnaires de tous ordres, disposerait de la police et de la gendarmerie et pourrait requérir les forces militaires pour assurer le maintien de l'ordre.

III° Conseil administratif

Le Gouverneur général serait assisté d'un conseil administratif ayant un caractère consultatif et où entreraient, à côté des chefs de service de l'administration provinciale, de leurs conseillers techniques européens et des chefs des communautés religieuses, six représentants de l'assemblée provinciale (trois musulmans et trois chrétiens).

IV° Election d'une assemblée provinciale

Le pouvoir législatif appartiendrait à l'assemblée provinciale élue au scrutin secret pour cinq ans et composée de chrétiens et de musulmans en nombre égal. La compétence législative et budgétaire de cette assemblée serait au moins aussi étendue que celle prévue par les articles 82 à 93 du projet élaboré en 1880 par la commission européenne.

V° Conseils administratifs des sandjaks et cazas

Dans les sandjaks et les cazas seraient également institués des conseils administratifs formés sur le modèle du conseil administratif provincial et régis, quant à leurs attributions, par des dispositions inspirées du projet de 1880.

Les nahiés ou communes seraient administrées par des conseils élus, dont la composition et le fonctionnement ont été prévus en détail par les projets de 1880 et de 1895.

VI° Réorganisation de la justice

La réorganisation de la justice aurait lieu suivant les systèmes préconisés en 1895 : l'institution des juges de paix, à raison de un par nahié, en serait la base. Au-dessus de ces magistrats, la juridiction civile serait exercée par les tribunaux de sandjaks et les cours d'appel, la juridiction pénale par des cours d'assises ambulantes.

Limitation de la compétence des tribunaux du Chéri, dont les empiètements créent actuellement tant de confusion, et qui ne connaîtraient plus que des litiges entre Musulmans.

VII° Création de corps de police et de gendarmerie

Il serait créé un corps de police et un corps de gendarmerie spéciaux à la province, recruté par moitié parmi les habitants musulmans et chrétiens. L'organisation et le haut commandement en seraient confiés à des officiers européens au service de la Turquie.

VIII° Service militaire

Conformément aux suggestions du patriarcat arménien, dont sont également inspirées les six dispositions suivantes (9 à 14), l'avant-projet russe stipule le service militaire régional en temps de paix et le licenciement des régiments kurdes «hamidiens».

IX° Egalité numérique des musulmans et des chrétiens pour la nomination des fonctionnaires de tous ordres

X° Refus des droits électoraux aux nomades

XI° Reconnaissance de l'Arménien comme langue officielle, concurremment avec le Turc

XII° Création d'écoles

Reconnaissance du droit pour la nation arménienne, comme d'ailleurs pour toute autre, de créer et d'administrer en toute liberté les écoles privées, qui seraient entretenues au moyen de taxes spéciales perçues sur les membres de la nation, et où l'enseignement serait donné dans la langue nationale.

XIII° Inviolabilité des droits et privilèges

consacrés par le statut organique ou Sahmanatroutioum de 1863.

XIV° Interdiction aux émigrés ou mouhadjirs de l'accès de la province

XV° Répartition des terres usurpées

Au lieu de stipuler la restitution immédiate des terres usurpées, comme le demandait le patriarcat, l'avant-projet russe renvoie la question à l'étude d'une commission spéciale présidée par le Gouverneur général et prévoit que les propriétaires, dépossédés, pourront recevoir une compensation en argent ou en terres.

XVI° Statut organique

Une Commission composée de délégués du Gouvernement ottoman et des Puissances élaborerait le statut organique de la province.

XVII° Contrôle des Puissances

Le dernier article de l'avant-projet russe prévoit que les Puissances s'assureront de l'exécution de toutes les dispositions arrêtées.

Armenische Reformfrage in Kleinasien

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GENERALKONSULAT
SMYRNA]

Nr. 45/P

Smyrna, den 14. August 1913

Hochgeborener Graf,

Wie ich von unterrichteter armenischer Seite vertraulich erfahre, macht sich in hiesigen und anderen armenischen Kreisen in allerletzter Zeit eine gewisse Mißstimmung gegen Oesterreich-Ungarn geltend, welche auf die von uns in der Frage der armenischen Reformen kürzlich eingenommenen Haltung zurückzuführen sei.

Der von Oesterreich-Ungarn gegenüber dem Reformprogramm des armenischen Patriarchates der Botschafterreunion in Konstantinopel unterbreitete Gegenvorschlag betreffend die Ernennung eines zweiten Gouverneurs für die armenischen Provinzen, welcher in armenischen Kreisen Ueberraschung hervorrief, wird den mir zugekommenen Nachrichten zufolge, von diesen als ein Hemmnis für das armenische Reformwerk angesehen, das in letzter Linie ja auf eine gewisse, wenn auch nicht deutlich ausgeprägte Autonomie der armenischen Provinzen hinzielen dürfte.

Im Gegensatz zu der bei uns vielleicht verbreiteten Ansicht, dass dieses Reformprogramm zum Teil von Russland inspiriert sei, wird darauf hingewiesen, selbes sei unabhängig von äusseren Einflüssen durch das armenische Patriarchat in Gemeinschaft mit führenden Parteipolitikern ausgearbeitet worden, wie beispielsweise Bogos Nubar Pascha, dem Vertreter des armenischen Katholikos, Advokat Zohrab, Abgeordneten im türkischen Parlament, Monseigneur Turian, armenischen Expatriarchen, Agnuni, einem der Führer der bekannten politischen Partei Taschnaksutian, Advokat Vahan Malésian, Generalsekretär des armenischen Wohltätigkeitsvereines in Egypten und anderen. Es bezwecke einzig und allein, Garantien für die Integrität der armenischen Provinzen Kleinasiens, sowie für die soziale und politische Freiheit seiner Bewohner zu schaffen.

Sollte der Gegenvorschlag Oesterreich-Ungarns nicht sosehr von deutschen Interessen (Schaffung eines Bollwerkes für Adana) diktiert sein, als vielmehr dahin zielen, Empfindlichkeiten der Türkei zu schonen, so könne dieser Zweck auch in der Weise erreicht werden, dass etwa die Ernennung des europäischen Gouverneurs für die armenischen Provinzen vorbehaltlich der Billigung durch die Mächte, welche in offiziöser Form oder auch stillschweigend erfolgen könne, dem Sultan allein reserviert bleibe. Hiedurch werde Oesterreich-Ungarn es gleichzeitig vermeiden, sich weitere armenische Kreise zu entfremden, was seine jetzige Haltung leider befürchten lasse.

Sollten die sechs armenischen Provinzen infolge mangelhafter oder unaufrichtiger Durchführung des Reformprogrammes, wie die Ernennung eines zweiten Gouverneurs dies mit sich bringen könne, keine entsprechenden Garantien ihres materiellen Bestandes bzw. ihrer nationalen Entwicklung durch die einstimmige Garantie der Grossmächte erhalten, so würden sie schliesslich nur Russland in die Arme getrieben, das in diesem Falle die Adanafrage in dem ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkt

stets aufrollen könne; hiedurch würden aber in erster Linie die Interessen des Dreibundes gefährdet. – Insolange es sich nicht um Existenzfragen handle, zögen die Armenier aber die Entwicklung ihres Volkstums innerhalb des türkischen Reichsverbandes und unter den Garantien der Grossmächte, der Abhängigkeit von Russland vor, da der Orthodoxismus eine grössere Absorptionswirkung auf die armenische Nation ausübe als der Islam.

Allerdings lässt sich nicht leugnen, dass derzeit mit Rücksicht auf die üblen Erfahrungen, welche die Armenier in den letzten Jahrzehnten mit dem europäischen Konzert gemacht haben, in manchen, insbesondere kaufmännischen Kreisen Armeniens eine starke russophile Stimmung herrscht, die durch taktvolle Behandlung der in Russland lebenden Armenier russischerseits entsprechend gefördert wird.

Im Anschluss an obige Darlegungen beehre ich mich noch ergebenst anzuführen, dass die armenische Bevölkerung Kleinasiens nach den insbesondere in der Küstengegend wirtschaftlich aufwärtsstrebenden griechischen Elementen die grösste Bedeutung für die kommerzielle Erschliessung des Innern Kleinasiens und dessen gesteigerte Anteilnahme am Weltverkehr besitzt, dass daher die Sympatien derselben dem österr. ungar. Handel in Zukunft ein bedeutendes Absatzgebiet eröffnen könnten. – In diesem Zusammenhang darf ich insbesondere auf Samsun als den für den Handel bedeutendsten Hafen dieser Gebiete verweisen. Samsun hat dank seines guten Hinterlandes in letzter Zeit weit grössere Fortschritte zu verzeichnen gehabt, als das von Gebirgen umsäumte Trapezunt und das für den Handel den armenischen Provinzen etwas abseits gelegene Inëboli. Samsun ist für Oesterreich-Ungarn hauptsächlich durch grosse Zuckerimporte, sowie den Export von Tabak, Nüssen, Häuten etc. von Bedeutung.

Der Zukunft dieses Platzes Rechnung tragend, hat die türkische Regierung auch bereits Konzessionen zum Bau einer elektrischen Strassenbahn sowie einer Wasserleitung in Samsun an Theodoraki Effendi Arzoglou, den Präsidenten der dortigen Handelskammer, einem in Genf erzogenen Griechen vergeben.

Gleichlautend berichte ich unter Einem sub Zl. 43 nach Konstantinopel.

Genehmigen, Euer Exzellenz, den Ausdruck meiner tiefsten Ehrfurcht.

DR. STUMVOLL

Seiner Exzellenz
Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHStA PA XII 462



Sir Edward Grey über die Ausarbeitung von Reformen

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
LONDON]

Nr. 73/D

London, am 15. August 1913

Hochgeborener Graf!

Bevor der Staatssekretär am vergangenen Dienstag seine eingehende Erklärung über die Lage am Balkan abgab, wurden an ihn im Unterhause folgende Fragen gestellt:

Hat die Türkei kürzlich aus eigenem Antriebe den Mächten Vorschläge betreffs Verwaltungs-Reformen in Armenien unterbreitet?

Sind seitens einer der Mächte gegen diese Vorschläge Einwendungen erhoben worden?

In welchem Stadium befinden sich gegenwärtig die Verhandlungen unter den Mächten mit Bezug auf allgemeine Reformen in der asiatischen Türkei; ist als Basis dieser Verhandlungen der Grundsatz aufgestellt worden, dass sie nicht darauf abzielen, verschiedene Interessensphären zu schaffen, sondern für die Türkei das Zusammenarbeiten und die Unterstützung der Mächte zu sichern, um die asiatischen Besitzungen durch die Einführung einer guten Verwaltung zu erhalten?

Die erste Frage beantwortete Sir E. Grey bejahend. Was die zweite und dritte Frage betreffe, so seien die sechs Botschafter in Konstantinopel gegenwärtig damit beschäftigt, einen Reform-Entwurf zu besprechen; er sei nicht in der Lage im gegenwärtigen Stadium der Beratungen eine Erklärung über die Natur des Entwurfes abzugeben, er könne nur soviel sagen, dass das Ziel, welches alle Mächte anstreben, in dem letzten Satze der Anfrage richtig wiedergegeben ist, und dass die Mächte eine Interessen-Sphären-Abgrenzung im türkischen Reiche nicht im Auge haben.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner Ehrfurcht MENSdorFF

Seiner Exzellenz

Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

BEILAGE AD BERICHT NR. 73/D DDO. LONDON 15. AUGUST 1913

TURKEY AND THE GREAT POWERS

SIR J. BARRAN (Hawick Burghs, Min.) asked the Secretary for Foreign Affairs whether proposals had recently been made voluntarily by Turkey to the Powers for administrative reform in Armenia; whether objection had been taken by any Power to these proposals; what was the present position of negotiations between the Powers with a view to general reform in Asiatic Turkey; and whether it was accepted, as a basis of such negotiations, that their object was not to establish different spheres of interest, but to secure for Turkey the co-operation and support of all the Powers in preserving her Asiatic dominions by the establishment of good government.

SIR E. GREY – The answer to the first point is in the affirmative. As regards the second and third points the position is that the representatives of the six Great Powers at Constantinople are engaged in discussing a scheme of reforms; but at this early stage of the question I cannot usefully make any statement with regard to the nature of the scheme except to say that the object of all the Powers is correctly described in the last words of the hon. gentleman's question, and that they have not in view the establishment of different spheres of interest in the Turkish Empire.

HHStA PA XII 463



Frage der Reformen in Armenien

[K. UND K. MINISTERIUM
DES AEUSSERN, WIEN]

Abschrift eines Erlasses

Nr. 3970-71

1. an Grafen Szögyény in Berlin
2. an Herrn von Mérey in Rom

Wien, 19. August 1913

Der hiesige französische Botschafter hat hier das samt Beilagen abschriftlich anverwahrte Aide-mémoire* übergeben, welches die Frage der Reformen in Armenien zum Gegenstande hat.

Am Ende dieses Elaborates wird der Wunsch ausgedrückt, darüber informiert zu werden, wie sich die k.u.k. Regierung zu dem armenischen Reformprojekte zu verhalten gedenkt.

Ehe ich diese Anfrage beantworte, würde ich Wert darauf legen zu erfahren, welche Antwort die dortige Regierung erteilen wird. Ich setze nämlich voraus, daß auch vom dortigen französischen Botschafter ein gleicher Schritt unternommen wurde und halte dafür, daß die der französischen Regierung von den Kabinetten des Dreibundes zugehenden Aeüßerungen in merito übereinstimmen sollten.

Indem ich beifüge, daß ich mich in gleicher Weise unter einem auch an die königlich italienische/kaiserlich deutsche Regierung wende, ersuche ich Hochdieselben, Vorstehendes mit Marquis di San Giuliano/Herrn von Jagow zu besprechen und mir über die bezügliche Unterredung zu berichten.

Empfangen etc.

* Siehe S. 133

HHStA PA XII 463



Armenisches Aktionskomitee sieht ein, daß die Durchführung der russischen Reformvorschläge unmöglich ist

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL]

Nr. 48/C

Jeniköj, am 21. August 1913

Hochgeborener Graf!

Wie mir mein deutscher Kollege, der durch den hier weilenden Dr. Lepsius mit den armenischen Kreisen in steter Fühlung steht, mittheilt, hat das armenische Aktionskomité nun vollkommen eingesehen, dass die Durchführung der russischen Reformvorschläge unmöglich ist, da die Pforte auf keinen Fall auf die russischerseits präkonisierte Sonderstellung Armeniens eingehen würde. Da dem armenischen Komité aber die Durchführung der von der Pforte angekündigten Reformen, samt den von den Delegierten der Botschaften der Dreibundmächte vorgeschlagenen Amendements sehr am Herzen liegt, arbeitet es jetzt an dem Zustandekommen einer Einigung mit der türkischen Regierung

Das armenische Komité hat im Jahre 1908 eine Vereinbarung mit Russland über die für Armenien zu erreichenden Reformen abgeschlossen und sich dabei vollkommen die Hände gebunden. Daher fürchtet es nun, dass das von ihm mit der Pforte zu vereinbarende Programm von Russland nicht akzeptiert würde und dass auch die in Russland wohnenden Armenier dafür büßen müssten, dass das Komité von der russischen Politik abgeschwenkt und auf die Anregung Deutschlands eingegangen ist.

Um eine Contrecarrierung des mit Dr. Lepsius vereinbarten Planes durch Russland zu vermeiden, wäre dem armenischen Aktionskomité sehr daran gelegen, wenn das Terrain in Petersburg durch eine vertrauliche Fühlungnahme der Cabinette der Tripelallianzmächte mit demselben entsprechend vorbereitet und die russische Regierung veranlasst würde, den jetzigen restringierten armenischen Wünschen nicht entgegenzuarbeiten und womöglich dieselben im Einvernehmen mit den anderen Mächten zu unterstützen.

Genehmigen Euere Exzellenz den Ausdruck meiner Ehrfurcht.

PALLAVICINI

Seiner Exzellenz

Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHStA PA XII 463



Armenisches Aktionskomitee wünscht, daß Rußland den Reformen nicht entgegenarbeitet

[K. UND K. MINISTERIUM
DES AEUSSERN, WIEN]

Nr. 4076
an Baron Flotow in Berlin

Wien, am 26. Aug. 1913

Wie Euer – dem in der Anlage gegen seinerzeitigen Rueckschluss im Originale mitfolgenden Berichte der k. u. k. Botschaft in Konstantinopel entnehmen werden, hat Baron Wangenheim dem Markgrafen Pallavicini davon Mitteilung gemacht, dass das armenische Aktionskomitee anlaesslich der von demselben lebhaft gewuenschten Durchfuehrung der von der Pforte angekuendigten Reformen in der von den Delegierten der Dreibundmaechte amendierten Form eine Kontrekarrierung seitens der russischen Regierung fuerchte. Deshalb sei dem genannten Komitee sehr daran gelegen, dass durch eine gegenstaendliche Fuehlungnahme der Kabinette der Tripleallianz in Petersburg die russische Regierung eventuell veranlasst wuerde, den jetzigen restringierten armenischen Wuenschen nicht entgegenzuarbeiten und, wenn moeglich, dieselben zu unterstuetzen.

Bevor ich diesem Anliegen von Armenischer Seite naecher treten kann, waere es im Hinblick auf das in Euer -- Telegramm vom 23. d. M. No 384 im vorletzten Alinea betreffs Baron Wangenheim mir Einberichtete, erforderlich, die Wohlmeinung des Kabinettes von Berlin im Gegenstande kennen zu lernen. Euer -- wollen sohin Gelegenheit nehmen, Vorstehendes mit Herrn von Jagow zu besprechen und mir dessen Ansicht ehetunlich mitteilen.

HHStA PA XII 463



Wünsche des armenischen Aktionskomitees betreffend Durchführung der Reformen

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
BERLIN]

Nr. 28/B
Vertraulich

Berlin, am 29. August 1913

Hochgeborener Graf!

In Entsprechung des mir mit dem hohen Rescripte vom 26. d. Nr. 4076 erteilten Auftrages habe ich Gelegenheit genommen, den Inhalt des im Anschlusse gehorsamst in Rückvorlage gebrachten Berichtes des Markgrafen Pallavicini vom 21. August l. J. Nr. 48 C mit dem Staatssekretär zu besprechen.

Herr von Jagow sagte mir, Freiherr von Wangenheim hätte ihm auch im Gegen-

stande berichtet. Nachdem aber Herr Sasonow ihm durch den hiesigen russischen Geschäftsträger mitteilen liess, er würde ihm in der armenischen Frage demnächst eine Aufzeichnung zukommen lassen, in der er ihm seine bezüglichen Gesichtspunkte auseinandersetzen wolle, sei er vorerst nicht in der Lage, der Anregung Baron Wangenheims näher zu treten.

Streng vertraulich bemerkte der Staatssekretär mir gegenüber, die sehr umfangreiche Berichterstattung Freiherrn von Wangenheims über die armenische Frage übersprude von stets neuen Ideen, die – wie ihm dünke – nicht immer mit einander in Einklang stünden, so dass es ihm vorderhand schwer falle, die ganze Frage zu überblicken. Was den letzten in Rede stehenden Anwurf des deutschen Botschafters anlange, so erscheine ihm unter anderm nicht klar, mit welchen Persönlichkeiten Dr. Lepsius verhandle.

Genehmigen Euere Excellenz den Ausdruck meiner tiefen Ehrfurcht. FLOTOW

Seiner Exzellenz

Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHSStA PA XII 463



Neuer Vorschlag des russischen Botschafters in der armenischen Frage. Bericht des armenisch-orthodoxen Patriarchats

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL]

Nr. 50/E

Jeniköj, am 2. September 1913

Hochgeborener Graf!

Der russische Botschafter vermied es in der letzten Zeit, den anderen Kollegen gegenüber die armenische Frage irgendwie zu berühren. Augenscheinlich gab er sich noch immer der Hoffnung hin, in der Adrianopeler Frage einen Erfolg aufweisen zu können. Da er nunmehr zur Ueberzeugung gekommen sein mag, dass in der Angelegenheit von Adrianopel keine Lorbeeren mehr zu holen sind, will er jetzt die armenische Frage abermals hervorholen, um wenigstens hierin zu einem gewissen Erfolge zu gelangen. Wie Euere Exzellenz aus meiner telegrafischen Berichterstattung im Gegenstande ersehen haben werden, regte Herr von Giers, wie er mir selbst sagte, kürzlich in Petersburg die Idee an, die russische Regierung möge die anderen Grossmächte ersuchen, ihre hiesigen Vertreter behufs Fortsetzung der Diskussion in der armenischen Frage mit Instruktionen zu versehen.

Mein russischer Kollege liess in dem diesbezüglichen Gespräch mir gegenüber die Bemerkung fallen, die verschiedenen Detailfragen des Reformprojekts spielten keine so grosse Rolle, die Hauptsache wären vielmehr die folgenden vier Punkte:

1. Für die Ernennung des Generalgouverneurs – eventuell könnte es auch zwei solche geben – müsste vorher die Zustimmung der Mächte eingeholt werden.

2. Der Generalgouverneur sollte die Befugnis haben, Beamte zu ernennen und abzusetzen.

3. Den Mächten müsste eine Kontrolle über die Tätigkeit des Generalgouverneurs eingeräumt werden und

4. hätten die Conseils Généraux der Provinz zu gleichen Teilen aus Mohammedanern und aus Christen zu bestehen.

Ich erwiderte meinem russischen Kollegen, dass auch meiner Ueberzeugung nach Etwas für Armenien geschehen sollte. Meines Erachtens wäre es aber vielleicht praktischer, wenn die Mächte ihr Hauptaugenmerk darauf richten würden, auf die Durchführung, eventuell auch auf Ergänzung der von der Pforte in Aussicht genommenen Reformen zu dringen, als Programme aufzustellen, welche wahrscheinlich kaum die Zustimmung *aller* Mächte erlangen und andererseits auch schwerlich von der Pforte angenommen werden dürften. Bei letzterer Eventualität könnte ich es mir aber, fuhr ich fort, nach den von uns in der Adrianopeler Frage gemachten Erfahrungen nicht leicht vorstellen, auf welche Art es Europa gelingen könnte die türkische Regierung zur Annahme eines von den Mächten ausgearbeiteten Reformprogrammes zu zwingen. Herr von Giers meinte hierauf, das türkische Reformprojekt hätte gar keinen Wert, weshalb die Mächte trachten müssten, wenn für Armenien überhaupt Etwas geschehen sollte, das russische Projekt soviel als möglich zu realisieren.

Wie ich von meinem deutschen Kollegen erfahre, fanden über seine Anregung kürzlich Besprechungen zwischen Dr. Mandelstam und dem deutschen Dragoman Dr. Schönberg in Bezug auf die armenische Reformfrage statt. Die russische Botschaft präziserte hiebei in der Hauptfrage ihren Standpunkt dahin, dass eine administrative Zweiteilung der armenischen Provinzen, wie dies in dem türkischen Reformprojekt vorgeschlagen ist, russischerseits im Prinzip zugegeben werden könnte, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass die Grenze zwischen den beiden Sektoren nicht etwa vertikal, sondern horizontal laufen würde.

Nach Ansicht Baron Wangenheims, die auch ich teile, wäre der auf der vorerwähnten Weise abzugrenzende nordarmenische Sektor als die erste Etappe der russischen Pläne in Armenien zu betrachten. Er sondierte den Grossvezir dieser Tage in der armenischen Frage. Letzterer äusserte sich dem deutschen Botschafter gegenüber dahin, die türkische Regierung würde weder zugeben, dass ihr von den Mächten eine administrative Neueinteilung der anatolischen Vilajete aufoktrojiert werde, noch akzeptieren, dass die Ernennung der zwei Generalinspektoren von der vorherigen Genehmigung der Mächte abhängig gemacht werde. Said Halim Pascha hätte hinzugefügt, dass sich im Sinne des Artikels 61 des Berliner Vertrages über eine gewisse Kontrolle der Mächte bei der Anwendung der armenischen Reformen sprechen liesse, gegen eine Einmischung in innere Angelegenheiten würde sich jedoch die Türkei mit aller Kraft wehren.

Baron Wangenheim berichtete hierüber nach Berlin und bemerkte ausdrücklich, man müsste darauf gefasst sein, dass die Türkei in der armenischen Frage nicht

nachgeben wird, weshalb man sich schon im voraus darüber klar sein müsste, falls die Mächte über den russischen Vorschlag in Meinungs-austausch treten würden, welche Pressionsmittel anzuwenden wären, um einem ähnlichen Fiasko wie in der Adria-nopeler Frage aus dem Wege zu gehen. Mein deutscher Kollege gelangt in dem vorzitierten Berichte zu denselben Konklusionen wie ich in meinem eingangs angedeuteten Gespräche mit Herrn von Giers, indem er ausführt, dass es seiner Ansicht nach weder zu einer Einigung der Mächte in Bezug auf den russischen Vorschlag, noch zu dessen Annahme seitens der Türkei kommen dürfte.

Wie Euere Exzellenz auf dem anverwahrten Berichte* des armenisch-orthodoxen Patriarchates ersehen werden, setzt das Letztere die üblichen Meldungen über die Situation in den armenischen Provinzen, nach einer längeren Pause, seit einigen Tagen wieder fort. Die Koinzidenz mit dem jüngsten Vorschlage Herrn von Giers' ist jedenfalls bezeichnend.

Genehmigen Euere Exzellenz den Ausdruck meiner Ehrfurcht. PALLAVICINI

* Siehe unten

Seiner Exzellenz
Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

BEILAGE ZUM BERICHT NR. 50/E, DDO. JENIKÖJ 2. SEPTEMBER 1913

LA SITUATION ACTUELLE DANS LES PROVINCES DE L'ANATOLIE
ORIENTALE HABITÉES PAR LES ARMÉNIENS, XXVI

*Principaux crimes et délits notés du 10/23 Juin au 13/26 Août 1913,
dans les Vilayets habités par les Arméniens*

Le procès des Arméniens emprisonnés à propos de l'assassinat de Moughdad continue. Le 8 courant a été interrogé l'agent de police qui a transporté le blessé en corps de garde.

L'agent en question a déclaré que Moughdad a répété à trois reprises que les agresseurs étaient Bared et ses deux compagnons Musulmans, qu'il n'a pu cependant reconnaître.

Le président du tribunal et le procureur impérial ont invité l'agent de police à répéter trois fois sa déposition. Celle-ci ne leur ayant pas plu, le président s'est écrié d'un air courroucé: «Réfléchissez bien. La victime a-t-elle dit trois Arméniens ou trois musulmans?» Intimidé par le ton du président l'agent de police a répliqué:

«3 Arméniens». Les membres arméniens de la cour ont protesté – mais sans résultat – contre cette iniquité.

On peut, par ce fait, juger de la mentalité et des dispositions des juges et des fonctionnaires turcs dans les provinces habitées par les Arméniens.

lettre

Alep, 26/9 Juillet 1913

Le 4 courant, deux Arméniens Kirbo et Hasso, de Sassoun ont été assassinés au moulin de Djoun, par 12 cavaliers Kurdes.

Le 6 courant, le Turc Sislo, fils de cheigh Ali, a assassiné l'Arménien Sarkis Movsessian du village de Mouche.

La situation des émigrants arméniens qui travaillent aux moulins de Kilis est intolérable.

Le 12 courant vers le soir, tandis que les Arméniens revenaient d'un enterrement, on fit pleuvoir sur eux une pluie de balles, ce qui livra à la terreur tous les Arméniens de la ville. Le kaimakam réussit à grand-peine à calmer la fureur d'un gendarme et de deux bachibozouks.

Les Arméniens de Boulanik sont molestés à propos de l'assassinat d'un musulman. Mais des preuves existent que le meurtre a été commis par les camarades mêmes de la victime: des musulmans.

C'est la période des travaux champêtres. Mais retenus dans les prisons de Kokisson, les Arméniens ne peuvent pas s'y livrer et leurs champs se trouvent forcément délaissés. L'injustice et l'iniquité règnent ici.

lettre

Diarbékir, 25/8 Juillet 1913

Le commandant de la gendarmerie est parti l'autre jour d'ici accompagné des chefs des tribus Aligan et Rahaban, ainsi que de nombreux cavaliers kurdes dont le tribunal avait prononcé la culpabilité. Le but de cette expédition est, soi-disant, d'arrêter les chefs de la tribu Raman.

Ce prétendu corps de répression a dévalisé complètement les villages arméniens-chaldéens se trouvant sur son chemin.

dépêche

Bitlis, 6 Juin 1913

Melkon, directeur de l'école de Djghak, a été assassiné. Les brigands et les assassins ont recommencé leur œuvre néfaste.

lettre

Séert, 21 Juin 1913

Malgré que plus de 50 soldats et 100 gendarmes commandés par un Alay Bey se trouvent au village d'Eroun (Chirvan), le 16 courant Mehmed Emine a assailli en plein jour le village chrétien de Sarous et a enlevé toutes les bêtes de labour. Aucune poursuite n'a eu lieu. A Gharzan se trouvent de nombreux soldats avec des canons, mais jusqu'ici, ils n'ont nullement inquiété les brigands. On assure qu'ils ont reçu des ordres supérieurs leur enjoignant de ne pas arrêter Béchar, Djémal, Derviche et Mahmoud qui sont le fléau de Gharzan.

dépêche

Bitlis, 12 Juillet 1913

Aujourd'hui, en plein jour, 2 Arméniens: Apraham de Norchène, et Baghdassar, d'Anabat ont été assassinés. Deux autres Arméniens de Hirid, ont été enlevés.

lettre

Diarbékir, 15 Juillet 1913

L'Arménien Hatcho, âgé de 60 ans, originaire d'Azkagintch, a été assassiné par les Kurdes de Hadji-Tchagh, alors qu'il travaillait aux champs.

Un muletier arménien de Farghine a été assailli par les Kurdes qui lui ont enlevé son mulet.

dépêche

Modghan, 18 Juillet 1913

Lanis oghlou Mouhamed et ses frères, brigands fameux à Gharzan, ont assassiné, dans leur maison même, un marchand arménien Kazbar et sa femme.

Les meurtriers n'ont pas été jusqu'ici inquiétés. Ils en profitent pour terroriser les villages arméniens qui se dispersent, ne pouvant supporter les violences de ces brigands. Les assassins, même quand ils sont obligés de fuir, entrent au service de la Dette publique comme Coldjis et reçoivent ainsi des salaires. Nous ne pouvons comprendre que des bandits et des criminels puissent jouir d'un pareil traitement.

Nous vous supplions de prendre des mesures propres à garantir notre honneur, notre vie et nos biens.

dépêche

Van, 19 Juillet 1913

Les Kurdes ont assailli le village de Norchène et ont assassiné Charo Mouradian. Mais à la suite de l'enquête partielle menée par le kaimakam, 8 Arméniens ont été emprisonnés et 40 autres se sont vus obligés à fuir.

lettre

Egine, 11 Juillet 1913

7-8 gendarmes entrés au village de Narver, dans le but d'arrêter 2 déserteurs arméniens se sont livrés à toute sorte d'exactions à l'égard des villageois. Pénétrant d'abord dans les maisons des déserteurs, ils y ont égorgé un mouton qui a servi à leur nourriture. Ils ont menacé ensuite d'égorger les autres moutons. Ils ont dévalisé le champ d'orge, en y lâchant leurs bêtes. Puis liant à un arbre le nommé Melkou et le mouhtar de l'endroit, ils leur ont fait subir des tortures. Les grand-mères des déserteurs ont été emprisonnées par ces forcenés. Bien que parmi les déserteurs il y ait aussi un musulman, les gendarmes n'ont dit que quelques mots à son sujet au mouhtar turc.

dépêche

Gavache, (Van) 3 Août 1913

Les bêtes de labour du village de Cheigh ont été enlevées par cheikh Moussa. La sécurité fait complètement défaut dans la province. Tous les habitants du village de Tasso ont émigré.

Au village de Kétchar, on a assassiné Krikor Saboyan.

dépêche

Adana, 10 Août 1913

Le musulman Riza qui, au cours des événements d'Adana, avait souillé l'honneur d'une petite fille âgée de 8 ans nommée Marie, a été relâché. On demande justice.

dépêche

Bitlis, 12 Août 1913

Les Kurdes ont assassiné les Arméniens Missak et Kazbar, originaires d'Osdine, qu'ils avaient enlevés. Les malheureux paysans sont en proie à la terreur.

dépêche

Kégbi, 10 Août 1913

7 brigands armés ont assailli le Directeur de l'école d'Erzeroum, sa femme et ses compagnons. Les bandits les ont liés, et après leur avoir enlevé tout ce qu'ils avaient: argent, mulets et autres effets, d'une valeur totale de 300 livres turques, ont sous leurs yeux, violé la fille, âgée de 10 ans, du directeur.

Ce crime a causé ici la plus vive et plus pénible impression.

lettre

Kégbi, 30 Juillet 1913

Le 19 courant, vers le soir, la fille de Stépan Vartanian a été enlevée de force, par Verto Oghlou Mehmed, originaire de Blédjan.

lettre

Sivas, 31 Juillet 1913

Le 18 courant, un Turc, Zia, a souillé l'honneur du fils de Markos Karabetian, âgé de 8 ans. Le malheureux garde le lit.

HHStA PA XII 463

- ★

Über die armenischen Reformprojekte

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPOL]

Nr. 51/D
Vertraulich

Jeniköj, den 11. September 1913

Hochgeborener Graf!

Am 7. d. M. habe ich die Ehre gehabt, unter No. 461 Euer Excellenz telegrafisch zu berichten, dass mein deutscher Colleague aus Berlin den Auftrag erhalten habe, seine Ansicht über die den Reformprojekten für Armenien gegenüber einzunehmende Haltung darzulegen.

Baron Wangenheim teilt mir nunmehr vertraulich mit, dass er in seiner diesbezüglichen Meldung das russische Projekt als praktisch nicht durchführbar bezeichnet habe, da er es einerseits für ausgeschlossen halte, dass sich alle Mächte auf dasselbe einigen könnten, andererseits aber fest überzeugt sei, dass selbst für den Fall, als dies dennoch geschehen sollte, die Türkei unter keinen Umständen ihre Zustimmung hiezu geben würde; so dass also die Mächte vor eine ähnliche Situation gestellt würden, wie sie kürzlich in der Adrianopler Frage eingetreten ist. Der Grossvezier habe ihm (Baron Wangenheim) mitgeteilt, es seien ihm Gerüchte über ein russisches Reformprojekt zugekommen, welches die Schaffung eines autonomen Armeniens nach Analogie des Libanon ins Auge fasse. Er (der Grossvezier) werde dem russischen Botschafter auf das allerbestimmteste erklären, dass keine türkische Regierung, solange die Türkei überhaupt bestehe, ihre Zustimmung zu einem derartigen Projekte geben könnte. Wolle man dasselbe zur Durchführung bringen, so müsse man zuerst die Türkei aus Armenien vertreiben.

Wie mir Baron Wangenheim des Weiteren streng vertraulich sagte, habe er in Berlin zu verstehen gegeben, er halte es im deutschen Interesse für geboten, womöglich derartig zu manövrieren, dass die Ablehnung des russischen Projektes, mit welchem sich ja, wie Euer Excellenz bekannt, auch die Armenier identifiziert haben, nicht von der deutschen Regierung direkt ausgehe, sondern dass man lieber zuwarten solle, bis dies seitens einer anderen Macht geschehe; und zwar nicht so sehr aus dem Grunde um die russische Empfindlichkeit zu schonen, sondern hauptsächlich darum, damit die Armenier keinen Grund zu Klagen gegen die deutsche Politik hätten.

Zur Vervollständigung meiner bezüglichen Berichterstattung beehre ich mich Euer Excellenz in der Anlage das in meinem Eingangs bezogenen Telegramme erwähnte confidenzielle Memorandum * des armenischen Patriarchates zu unterbreiten, in welchem die 5 Programmpunkte des von Armeniern vorgeschlagenen und mit dem russischen beinahe identischen Reformprojektes enthalten sind.

Genehmigen Euer Excellenz den Ausdruck meiner Ehrfurcht.

PALLAVICINI

* Siehe S. 152

Seiner Exzellenz
Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

Notice très confidentielle

Le peuple arménien qui a mis son espoir dans la haute intervention des Puissances pour obtenir une amélioration de son sort, attend Leur décision. Comme il a eu l'honneur de le porter à la connaissance du Gouvernement Britannique par sa notice confidentielle du 4/17 Juillet, il demeure convaincu:

1° Qu'il est absolument nécessaire qu'une seule pensée et une seule main dirigent l'administration des six vilayets, d'où la conséquence logique de les réunir et de les placer sous les ordres d'un seul Gouverneur-Général;

2° Que ce Gouverneur-Général doit être un Européen et inspirer confiance aux Puissances, d'où la nécessité absolue de Leur assentiment pour sa nomination;

3° Que son action, pour pouvoir être efficace, ne doit pas dépendre de la S. Porte; qu'il doit par conséquent, être muni de pleins pouvoirs, et doit avoir le droit de nommer tous les fonctionnaires et juges.

4° Que l'égalité en nombre dans la représentation et dans les fonctions publiques des musulmans et des non-musulmans est essentielle;

5° Que la nouvelle administration doit être placée sous un contrôle européen bien organisé.

Telles sont les conditions indispensables pour créer un ordre de choses durable en Arménie. Il suffit que les Puissances le désirent sincèrement pour qu'il soit établi pour le bonheur de la population arménienne et des populations musulmanes de cette région.

Le peuple arménien ne cessera d'exprimer sa profonde reconnaissance au Gouvernement Britannique pour l'intérêt qu'il a bien voulu lui témoigner dans ces moments historiques et qui, il en a le ferme espoir, ne lui fera pas défaut désormais, jusqu'à la solution complète de la question arménienne et après.

Il croit aussi accomplir un devoir en ajoutant que l'état d'incertitude et d'angoisse extrême dans lequel se trouve le peuple arménien depuis plus de six mois ne saurait être prolongé outre mesure sans danger pour le crime des esprits et sans amener un découragement.

Septembre 1913

HHStA PA XII 463



Sondierungsgespräche wegen eines neuen Reformprojekts

Telegramm von Markgraf Pallavicini

Nr. 487
Chiffre. Vertraulich

Jeniköj, 16. September 1913

Mein russischer Kollege hat heute den deutschen Botschafter aufgesucht und ihm ein neues Reformprojekt für Armenien entwickelt, welches er als seine private Idee bezeichnete. Nach demselben soll 1. die von den Türken ins Auge gefaßte Gruppierung der Vilajets aufgenommen werden und 2. sollen die damit für Armenien selbst zu ernennenden Generalinspektoren avec le concours amical des Grandes Puissances ernannt werden.

Baron Wangenheim, welcher diesen Vorschlag für annehmbar hält, hat denselben seiner Regierung mitgeteilt und für den Fall der Ablehnung zweiten Punktes seitens der Pforte einen Alternativvorschlag, von dem er vorläufig seinem russischen Kollegen noch nicht gesprochen haben will, hinzugesetzt. Laut diesem soll sich türkische Regierung nicht, wie ihrerseits ins Auge gefaßt, an eine, sondern an sämtliche Mächte behufs Designierung betreffender Generalinspektoren wenden. Sollten die Regierungen in Petersburg und Berlin mit diesen Vorschlägen ihrer Botschafter sich einverstanden erklären, so würden dieselben vorerst den Großvezier sondieren und sodann würden auch die anderen Kabinette eingeladen werden, sich der Aktion bei der Pforte anzuschließen.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHSStA PA XII 463



Armenische Frage dürfte in den nächsten Tagen zu einer Lösung kommen

Telegramm von Markgraf Pallavicini

Nr. 684
Chiffre

Pera, 23. Dezember 1913

Armenische Frage dürfte in den nächsten Tagen zu einer Lösung kommen.

Bisher stiess Grossvezir im Ministerrate diesbezüglich auf heftigen Widerstand, hauptsächlich seitens des neuen Bautenministers, Djemal Beys. Mein russischer Kollege hatte mich schon zu wiederholten Malen gebeten, ihm bei den türkischen Staatsmännern zur Erreichung seines Zieles behilflich zu sein. Da Djemal, wie ich bei den türkisch-bulgarischen Friedensverhandlungen konstatieren konnte, auf meine Ratschläge zu hören pflegt, habe ich die Sache gestern mit ihm besprochen und

glaube ich, eine Formel gefunden zu haben, die sowohl ihm annehmbar erscheint, als auch meinen deutschen und russischen Kollegen befriedigen würde, wie ich mich nachträglich zu überzeugen Gelegenheit hatte. Heute oder morgen soll Besprechung zwischen Grossvezir und den beiden Botschaftern stattfinden.

Wenn es gelingen sollte, armenische Frage zur Lösung zu bringen, so würde hiedurch auch die Frage der deutschen Militärmission günstig beeinflusst. In letzterer Beziehung handelt es sich jetzt hauptsächlich darum, Zeit zu gewinnen.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHS&A PA XII 463



Die Designierung von europäischen Funktionären wird erwogen

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL]

Nr. 82/F
Vertraulich

Konstantinopel, 29. Dezember 1913

Hochgeborener Graf!

In der jüngsten Zeit konnte ich constatieren, dass zwischen meinen deutschen und russischen Kollegen eine gewisse Spannung eingetreten war. Letzterer hatte mir gegenüber vor nicht langer Zeit darüber Klage geführt, dass er in der Armenischen Frage von dem deutschen Botschafter nicht genügend unterstützt werde. In den allerletzten Tagen hat nun, hauptsächlich Dank der Aufwerfung der Frage der Militärmission, eine gewisse Annäherung in der Armenischen Frage zwischen den beiden Botschaftern stattgefunden. Baron Wangenheim war nämlich der Ansicht, dass sich der russische Botschafter bezüglich der Militärmission traitabler zeigen werde, wenn man ihm in der armenischen Frage mehr Entgegenkommen zeige und ihm zu einem Erfolge auf diesem letzteren Gebiete ver helfe. Von dieser Erwägung ausgehend hat der deutsche Botschafter vor einigen Tagen Herrn v. Giers den in meinem Telegramme No 684 v. 23. d. M. erwähnten Vorschlag gemacht, die armenische Frage gemeinsam mit ihm dem Grossvezir gegenüber zur Sprache zu bringen. Hiedurch hoffte er auch in der Öffentlichkeit Russlands und Frankreichs den Eindruck hervorzurufen, dass Russland und Deutschland in dieser Frage geschlossen vorgehen, und hiedurch auch dort Capital für die Beurteilung der Militärmission herauszuschlagen.

Diese Zusammenkunft hat tatsächlich gestern stattgefunden.

Zuerst hatte ich Gelegenheit mit Baron Wangenheim das Resultat derselben zu besprechen. Mein deutscher College äusserte sich sehr optimistisch, so dass ich den

Eindruck hatte, als sei die Sache eigentlich bereits gewonnen. Erst eine nachträgliche Unterredung mit Herrn v. Giers brachte mich zur Ueberzeugung, dass man zwar einen gewissen Fortschritt gemacht habe, jedoch noch weit von einem positiven Resultate entfernt sei.

Der russische Botschafter hat nämlich im Laufe der Unterredung die Idee lanciert, ob es nicht besser wäre statt Conseillers fremde Inspectoren zu ernennen, ein Gedanke, welcher eigentlich vom Präsidenten des Staatsrates Halil Bey stammt. Durch diese Lösung würden die Schwierigkeiten entfallen, welche sich bei dem mit meinem Berichte vom 8. d. M. Nr. 77/D vorgelegten Projekte bezüglich der Schlichtung von Streitfällen zwischen den einheimischen Inspectoren und fremden Conseillers ergeben haben. Der Grossvezier stimmte dieser Anregung des Herrn v. Giers für seine Person zu, ebenso wie auch einem Vorschlage Baron Wangenheims, laut welchem die Pforte im Falle einer Vacanz während der 10jährigen Amtsdauer der europäischen Conseillers resp. Inspectoren sich neuerlich „au concours amical des Puissances“ behufs Designierung eines Nachfolgers wenden werde. Was den Modus der Designierung der europäischen Functionäre anbelangt, so möchte ich den Ausführungen meines Telegrammes von 26. d. M. No. 687 nur noch hinzufügen, dass der Grossvezier es rundweg abgelehnt hat, sich diesbezüglich schriftlich an die Botschafter zu wenden, sondern seine Bitte um diese Designierung nur mündlich bei jedem einzelnen vorbringen will. Ferner hat Said Halim Pascha sich bereit erklärt, einen allgemein gehaltenen Brief an die Botschafter zu richten, in welchem die Befugnisse der Inspectoren oder Conseillers umschrieben werden, ja er ging so weit, zu versprechen, dass er diesbezüglich über die formulierten Wünsche hinauszugehen gesonnen sei, jedoch lehnte er es ab, diese Befugnisse punktweise zusammenzufassen. Als Resultat der in Rede stehenden Besprechung kann man also sagen, dass so viel erreicht ist, dass der Grossvezier für seine Person den beiden früher erwähnten Anregungen der Botschafter Folge gegeben hat, jedoch ist immer noch abzuwarten, wie sich der Ministerrat zu denselben stellen wird. – Aus einem Gespräche, welches ich unlängst mit dem neuen Bautenminister, Djemal Bey, hatte glaube ich schliessen zu können, dass die Minister in dieser Frage keine besonderen Schwierigkeiten machen dürften, so dass doch mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, dass man in einigen Wochen zu einer Einigung wird gelangen können.

Genehmigen Euer Excellenz den Ausdruck meiner Ehrfurcht.

PALLAVICINI

Seiner Exzellenz

Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHStA PA XII 463



Gerüchte, daß die Armenier Waffen und Munition zur Verfügung hätten

Präs. Nr. 2116 von 1914

Abschrift

des durch den k. und k. Militärattaché in Konstantinopel an den k. und k. Generalstab vorgelegten Konsularberichts

Aleppo, 18. I. 1914

Seit einiger Zeit kursieren in der Stadt mit Hartnäckigkeit Gerüchte, daß im Frühjahr die Armenier unter der Ägide Russlands zu den Waffen greifen werden. Man behauptet, daß die revolutionäre armenische Bewegung über 100000 Mann aufbringen wird. Die Armenier hätten große Mengen Waffen und Munition zur Verfügung und ihre Vorräte würden täglich durch bedeutende Sendungen aus dem Kaukasus vermehrt.

Diese Gerüchte scheinen nach dem Eindrucke den man hier erhält nicht aus der Luft gegriffen zu sein. Es wird allgemein behauptet, daß die Armenier von der jetzigen Regierung nichts erhoffen. Weiters unterliegt es keinem Zweifel, daß die Armenier ununterbrochen Waffen, Munition und Dynamit einschmuggeln. Russland setzt fort die armenische Bewegung zu schüren. Mein russischer College hat in früherer Zeit des öfteren behauptet, dass Russland bis nach Alexandrette kommen und zu diesem Zweck die armenischen Provinzen in Besitz nehmen müsse. Durch diesen Vormarsch werde sich Russland den seit Jahrzehnten angestrebten Ausbruchhafen auf das Mittelmeer sichern und gleichzeitig der Bagdadbahn das Rückgrat brechen. Mein englischer College äusserte sich sehr besorgt über die seiner Ansicht nach drohende Intervention Russlands und mein französischer College meinte, dass sich die armenische Frage verschärft habe und einer baldigen Lösung entgegengehe.

Die Äusserungen meiner Collegen der Tripelentente fallen in's Gewicht, weil dieselben seitens ihrer Regierungen Instructionen erhalten und auf den Gang der Ereignisse Einfluss nehmen.

Kriegsarchiv, KM Präs. 47-1/33-1914



Befürchtung von Massakern in Erzerum

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GENERALKONSULAT
TRAPEZUNT

Z. 6/P

Trapezunt, am 24. Januar 1914

Im Nachhange zu meinem Telegramme No. 2 beehre ich mich zu berichten, dass nach meinem Gewährsmanne, dessen Brief von 21. d. M. datiert ist, vorige Woche

die furchtsamsten Armenier zwar von Massakre-Vorbereitungen der Türken sprachen, aber diese Ideen den Armeniern in Erzerum von dort weilenden russischen Agenten beigebracht wurden, einzig zum Zwecke das Volk zu beunruhigen und so die Intervention Russlands zu beschleunigen. Dies sei auch das Resultat der Nachforschungen der dortigen Konsuln. Gegenwärtig sei aber auch diese unbegründete Furcht des Volkes beseitigt und herrsche überall *absolute Ruhe*.

Ich berichte auch nach Konstantinopel. Der k. u. k. Generalkonsul: MÓRICZ

Seiner Exzellenz

Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHStA PA XII 463



Ansicht der Armenier über die Rolle, welche Rußland bei der Einführung von Reformen in Armenien zu spielen gedenkt

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GENERALKONSULAT
TRAPEZUNT

Z. 9/P

Trapezunt, am 30. Januar 1914

Es ist interessant zu hören, welche Rolle die Armenier hier den Russen bezüglich der Zukunft Armeniens zgedacht haben.

Russland soll ihnen versprochen haben Armenien eine Autonomie wie die Finnlands zu gewähren. Im Falle der Einführung von Reformen werde dort Russland die Armenier gegen die Türkei poussieren, zu diesem Zwecke viel Geld ausgeben, heimlich Gewehre zur Verfügung der Revolutionäre stellen und nach dem Ausbrechen eines armenischen Aufstandes intervenieren.

Die Aktion der Armenier in der Angelegenheit der Reformen sei von Etschmiadzin aus dirigiert, wo der Patriarch im engen Einvernehmen mit den Russen handle.

Bezüglich der Angliederung des Wilajets Trapezunt an das Gebiet der Reformen meinen die Armenier, dass die türkische Regierung absichtlich dieselbe in Aussicht genommen habe um die Position der Armenier in dem fraglichen Rayon zu schwächen.

Auffallend ist jedoch, dass die hiesige Municipalität vor fünf Tagen infolge eines diesbezüglichen Beschlusses des Stadtrates nach Konstantinopel den Wunsch der Stadt telegraphiert hat, das Wilajet möge nicht in die Zone der Reformen eingeschlossen werden, und dass der Wali diesen Beschluss angeregt haben soll.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch nicht unerwähnt lassen, dass einem Gerüchte zufolge die Kaimakams von Tireboli und Ordu (beide Städte sind in diesem Wilajet gelegen) zu Gehilfen des zu ernennenden Generalinspektors ausersehen sind. Beide sollen in ihrem Distrikte unbeliebt sein. Dies würde übrigens an und für sich noch nicht viel heissen, denn die Unionisten hatten die ihnen nicht ganz ergebenen Beamten und die Ententisten sind gegen alle unionistisch gesinnte Funktionäre so

dass, unparteiisch genommen, beide trotz ihrer Unbeliebtheit noch ganz tüchtige und zur Erfüllung ihrer neuen Aufgabe geeignete Persönlichkeiten sein können!

Gleichlautend berichte ich nach Konstantinopel.

Der k. u. k. Generalkonsul: MÓRICZ

Seiner Exzellenz
Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHStA PA XII 463



Einigung in der armenischen Reformfrage zwischen russischer Botschaft und Großvezier

**K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL**

Nr. 10/P.E

1 Beilage [Siehe unten]

Konstantinopel, den 9. Februar 1914

Der russische Geschäftsträger hat mir mitgeteilt, dass in der armenischen Reformfrage zwischen russischer Botschaft und Grossvezier eine vollständige Einigung zu Stande gekommen ist.

Er hat mir das beiliegende Konzept einer Note übergeben, welche die Pforte an die hiesigen Botschaften zu richten hätte, nachdem sie den Mächten den Wunsch um Nominierung zweier Inspektoren ausgedrückt haben wird. Diese Inspektoren sollen aus Holland, Belgien, Norwegen oder Dänemark genommen werden.

Aus dem früher erwähnten, vom russischen Geschäftsträger mir übergebenen Schriftstücke geht hervor, daß das Petersburger Kabinett schließlich doch Alles angenommen hat, was schon vor zwei Wochen zwischen dem Grossvezier und der hiesigen russischen Botschaft vereinbart worden war. Es lässt sich von hier aus schwer beurteilen, was der eigentliche Grund für die von Herrn Sassonow in der letzten Phase der Verhandlungen erhobenen Schwierigkeiten gewesen sein mag.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

BEILAGE ZU BERICHT NR. 10/P.E DDO. KONSTANTINOPEL, 9. FEBRUAR 1914

Deux Inspecteurs Généraux étrangers seront placés à la tête des deux secteurs de l'Anatolie Orientale: Mr. A. ... à la tête de celui comprenant les vilayets d'Erzeroum, Trébizonde, et Sivas; et Mr. B. ... à la tête de celui comprenant les vilayets de Van, Bitlis, Kharpout, Diarbékir.

Les Inspecteurs Généraux auront le contrôle de l'administration, de la justice, de la police et de la gendarmerie de leurs secteurs.

Dans les cas où les forces de sûreté publique s'y trouveraient insuffisantes et sur la demande de l'Inspecteur Général, les forces militaires devront être mises à sa disposition pour l'exécution des mesures prises dans les limites de sa compétence.

Les Inspecteurs Généraux révoquent selon le cas tous les fonctionnaires dont ils auront constaté l'insuffisance ou la mauvaise conduite en déférant à la justice ceux qui se seraient rendus coupables d'un acte puni par les lois; ils remplacent les fonctionnaires subalternes révoqués par des nouveaux titulaires remplissant les conditions d'admission et capacité prévues par les lois et les règlements. Ils auront le droit de présenter à la nomination du Gouvernement de Sa Majesté le Sultan les fonctionnaires supérieurs. De toutes les mesures de révocation prises ils préviennent immédiatement les Ministères compétents par des dépêches télégraphiques brièvement motivées, suivies dans la huitaine du dossier de ces fonctionnaires et d'un exposé de motifs détaillé.

Dans des cas graves nécessitant des mesures urgentes les Inspecteurs Généraux jouiront d'un droit de suspension immédiate à l'égard des fonctionnaires inamovibles de l'ordre judiciaire, à la condition d'en référer immédiatement les cas au Département de la Justice.

Dans les cas où il serait constaté des actes commis par les Valis nécessitant l'emploi de mesures de rigueur urgentes, les Inspecteurs Généraux soumettront par télégraphe le cas au Ministère de l'intérieur qui en saisira immédiatement le Conseil des Ministres lequel statuera dans un délai maximum de quatre jours après la réception du télégramme de l'Inspecteur Général.

Les conflits agraires seront tranchés sous la surveillance directe des Inspecteurs Généraux.

Des instructions plus détaillées relatives aux devoirs et aux attributions des Inspecteurs Généraux seront élaborées après leur nomination et avec leur concours.

Dans le cas où durant le terme de dix années les postes des Inspecteurs Généraux deviendraient vacants, la Sublime Porte compte pour le choix desdits Inspecteurs Généraux sur le concours bienveillant des Grandes Puissances.

Les lois, décrets et avis officiels seront publiés dans chaque secteur dans les langues locales. Chaque partie aura le droit devant les tribunaux et devant l'administration de faire usage de sa langue, lorsque l'Inspecteur Général le jugera possible. Les jugements des tribunaux seront libellés en turc et accompagnés, si possible, d'une traduction dans la langue des parties.

La part de chaque élément ethnique (ounsour) dans le budget de l'instruction publique de chaque vilayet sera déterminée proportionnellement à sa participation aux impôts perçus pour l'instruction publique. Le Gouvernement Impérial ne fera aucune entrave à ce que dans les communautés les correligionnaires contribuent à l'entretien de leurs écoles.

Tout ottoman devra accomplir son service militaire en temps de paix et de tranquillité dans la région de l'inspectorat militaire qu'il habite. Toutefois le Gouvernement Impérial enverra jusqu'à nouvel ordre dans les localités éloignées du Yémen, de l'Assyr et du Nedjd des contingents de l'armée de terre prélevés de toutes les

parties de l'Empire Ottoman proportionnellement aux populations y établies; il enrôlera en outre dans l'armée de mer les conscrits pris dans tout l'Empire.

Les régiments Hamidiens seront transformés en cavalerie de réserve. Leurs armes seront conservées dans les dépôts militaires et ne leur seront distribuées qu'en cas de mobilisation ou de manœuvres. Ils seront placés sous les ordres des commandants de corps d'armée dont la zone comprend la circonscription où ils se trouvent. En temps de paix les commandants des régiments, des escadrons et des sections seront choisis parmi les officiers de l'armée impériale ottomane active. Les soldats de ces régiments seront soumis au service militaire d'un an. Pour y être admis ils devront se pourvoir par eux-mêmes de leurs chevaux avec tout l'équipement de ceux-ci. Toute personne, sans distinction de race ou de religion, se trouvant dans la circonscription qui se soumettrait à ces exigences pourra être enrôlée dans lesdits régiments. Réunis en cas de manœuvres ou de mobilisation ces troupes seront soumises aux mêmes mesures disciplinaires que les troupes régulières.

La compétence des Conseils Généraux des Vilayets est fixée d'après les principes de la Loi du 13 mars 1329 (1913).

Un recensement définitif – auquel il sera procédé sous la surveillance des Inspecteurs Généraux dans le plus bref délai – lequel autant que possible ne dépassera pas un an – établira la proportion exacte des différentes religions, nationalités, et langues dans les deux secteurs. En attendant les membres élus aux Conseils Généraux (Nedjlissi Oumoumi) et aux Comités (Endjoumen) des Vilayets de Van et Bitlis seront par moitié musulmans et non-musulmans. Dans le Vilayet d'Erzeroum, si le recensement définitif n'est pas effectué dans un délai d'un an, les membres du Conseil Général seront de même élus sur la base de l'égalité, comme dans les deux vilayets susnommés. Dans les vilayets de Sivas, Kharpout et Diarbékir les membres des Conseils Généraux seront dès à présent élus sur la base du principe de la proportionnalité. A cet effet jusqu'au recensement définitif le nombre des électeurs musulmans restera déterminé d'après les listes ayant servi de base aux dernières élections et le nombre des non-musulmans sera fixé d'après les listes qui seront présentées par leurs communautés. Si cependant des difficultés matérielles rendaient ce système électoral provisoire impraticable, les Inspecteurs Généraux auront le droit de proposer pour la répartition des sièges aux Conseils Généraux des trois vilayets Sivas, Kharpout et Diarbékir une autre proposition plus conforme aux besoins et aux conditions actuelles desdits vilayets.

Dans tous les vilayets où les Conseils Généraux seront élus sur la base du principe de la proportionnalité la minorité sera représentée dans les Comités (Endjoumen).

Les membres élus aux Conseils Administratifs seront comme par le passé pour la moitié musulmane et non-musulmane.

A moins que les inspecteurs généraux n'y voient d'inconvénient, le principe d'égalité entre musulmans et non-musulmans sera appliqué pour le recrutement de la police et de la gendarmerie dans les deux secteurs, à mesure que les postes deviendraient vacants. Le même principe d'égalité sera appliqué, autant que possible, pour la répartition de toutes les autres fonctions publiques dans les deux secteurs.

Rußlands Stellung zu den armenischen Unruhen. Russisch-türkische Beziehungen

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
ST. PETERSBURG

Nr. 19/P.C

12. April/30. März 1914

In meinem heutigen Berichte lit. A habe ich die Aeusserungen des Unbehagens wiedergegeben, mit welchen Herr Sazonow [Sasonow] der jüngsten in Armenien ausgebrochenen Unruhen gedachte. –

Es besteht kein Anlass daran zu zweifeln, dass diese Aeusserungen aufrichtige sind, und dass der russische Minister des Aeussern tiefere Gründe dafür hat, als sein Bedürfnis nach Sommerruhe, um das Auflodern eines Aufstandes in Armenien zu perhorreszieren. Wie ich von glaubwürdiger Seite erfahre, soll sich Herr Sazonow selbst dahin ausgesprochen haben, dass der Ausbruch eines ernstlichen Aufstandes in Armenien, begleitet von etwaigen Massacres, Russland zur Intervention zwingen würde, und dass man doch nicht glauben werde, Russland würde Armenien sodann wieder verlassen! Andererseits konnte ich verschiedenen Bemerkungen Herrn Sazonows entnehmen, dass dieser dem jungtürkischen Régime noch immer mit dem gleichen Misstrauen gegenübersteht und mit dem weiteren Verbleiben der Jungtürken an der Macht sich einstweilen nur vom Standpunkte des „es kommt selten etwas Besseres nach“ abzufinden scheint. – Diese die Bedeutung und den bisherigen Erfolg der mit einigem eclat in Szene gesetzten russisch-türkischen Annäherung charakterisierende Stellungnahme wurde mir, was die Gegenseite betrifft, durch Fahreddin Bey bestätigt, welcher auch seinerseits sein Misstrauen gegen die neue russisch-türkische Freundschaft nicht verhehlen konnte.

Da man sich in St. Petersburg jedoch vollkommen im Klaren zu sein scheint, dass sowohl Frankreich als England einer armenischen Expedition durchaus abgeneigt sind, und was England anbelangt vielleicht sogar bei Eintritt dieser Eventualität dem Bestande der Entente gefährliche Weiterungen fürchtet, andererseits aber einem etwaigen armenischen Massaker nicht untätig zusehen zu können glaubt, ist es begreiflich, wenn man hier derzeit den Wunsch hegt, einem solchen Dilemma zu entgehen. –

Mit einem ernstlichen Widerstande Deutschlands gegen ein russisches Vorgehen in Armenien dürfte heute hiezulande von niemandem gerechnet werden. –

Dass man russischerseits übrigens seine Vorbereitungen trifft, um gegebenenfalls, wenn die Ereignisse dazu zwingen sollten, in Armenien intervenieren zu können, darauf scheinen die sich mehrenden Indizien einer andauernden militärischen Aktivität im russischen Süd-Osten hinzuweisen.

Der k. u. k. Botschafter: SZÁPÁRY

Seiner Exzellenz
Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHStA PA XII 463



Schwierigkeiten zwischen der Pforte und dem Generalinspektor hinsichtlich der Engagementbedingungen

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 35/P.C

Konstantinopel, am 16. Mai 1914

Ich erfahre auf der holländischen Gesandtschaft, dass hinsichtlich der Engagementbedingungen zwischen der Pforte und dem kürzlich hier eingetroffenen Generalinspektor für Armenien, Westeneck [Westenenk], in mehreren Punkten Schwierigkeiten zu Tage getreten sein sollen.

Im Vertrage, den die türkische Regierung dem Genannten anbot, soll nicht von den Befugnissen die Rede sein, welche den Generalinspektoren eingeräumt sind. Herrn Westeneck, welcher auf dem Standpunkte steht, keinen Vertrag unterfertigen zu können, in dem nicht sein Wirkungskreis festgesetzt erscheint, wurde bedeutet, dass derselbe nachträglich in einer bezüglichen Verordnung festgelegt werden würde. Der Genannte soll noch nicht entschlossen sein auf diese Vertröstung einzugehen.

Auch hinsichtlich seiner Bezüge sollen Differenzen bestehen. Herr Westeneck behauptet, dass ihm der russische Botschafter angedeutet hätte, er (Westeneck) würde einen Gehalt in der Höhe von 5000 Ltques jährlich erreichen können, während die türkische Regierung ihm vorläufig 3000 Ltques anbietet.

Weiters soll die türkische Regierung dem Generalinspektor die Auslagen für Reisen im Amtsbezirke pauschalieren wollen, während Westeneck für eine jeweilige Verrechnung derselben eingenommen ist. Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz

Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHStA PA XII 463



Die Verträge der armenischen Generalinspektoren wurden unterzeichnet

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 38/P.G

Bezug auf Bericht Nr. 35/P.C vom 16.
und Telegramm Nr. 206 vom 23. d.M.

Konstantinopel, am 25. Mai 1914

Die letzte Schwierigkeit, welche sich, nachdem die im Bericht No. 35/P.C vom 16. d.M. erwähnten behoben waren, der Unterzeichnung des Vertrages mit den

armenischen General-Inspectoren entgegenstellte war – laut Mitteilung des holländischen Gesandten – die, dass man türkischerseits die in Armenien bereits functionierenden Civil-Inspectoren den General-Inspectoren nicht unterstellen, sondern das Recht der ersteren mit den türkischen Behörden direct zu verkehren, wahren wollte.

In diesem Punkte zeigten sich aber die Herren Westenenk und Hoff ganz intransigent, und ihre Festigkeit hat den Erfolg gehabt, dass die Verträge am Tage der Abreise Talaat Beys nach Bukarest – der Minister des Innern wollte, wie mir der niederländische Gesandte weiter mitteilt, dieselben vor seiner Fahrt nach Rumänien durchaus perfectionnirt sehen – im Grossen und Ganzen in der von den General-Inspectoren gewünschten Form unterzeichnet wurden.

Da die Herrn Westenenk und Hoff nach ihrer eigenen Aussage sich noch für einige Wochen nach Norwegen respective Holland begeben, ist nicht damit zu rechnen, dass dieselben vor Hochsommer auf dem Schauplatz ihrer zukünftigen Tätigkeit eintreffen werden. Zu besonderer Eile wird sie die Türkei sicherlich nicht anspornen.

Der k. u. k. Geschäftsträger: MITTAG

Seiner Exzellenz
Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHSStA PA XII 463



Armenische Inspektoren

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 42/P.E
Bezug auf Bericht Nr. 38/P.G vom 25. v.M.

Konstantinopel, am 3. Juni 1914

Entsprechend den Bestimmungen der mit Bericht No. 13/P.-E vom 18. Februar l. J. unterbreiteten Pforten-Note wurde von den zwei dort festgelegten Sektoren jener von Erzerum, Trapezunt und Sivas Herrn Westenenk, jener von Van, Kharput, Bitlis, Diarbekir Herrn Hoff zugewiesen.

Beiden Generalinspectoren soll die Würde eines „Bala“ (ungefähr dem Range eines Divisionsgenerals entsprechend) verliehen werden.

Wie es heisst sollen die Inspektoren, welche augenblicklich sich in ihrer Heimat befinden, am 5. Juli ihren Dienst in obgenannten Sektoren antreten.

Der französische Botschafter sagte mir kürzlich, die Pforte würde in Bälde eine Note an die hiesigen Botschaften richten, um ihnen die Perfectionnirung der Engagements der Inspektoren zu notificiren.

Sobald uns diese Note zugekommen sein werde, beabsichtige Herr Bompard – in Abwesenheit Seiner Exzellenz Markgrafen Pallavicini ist der französische Botschaf-

ter Doyen – die Vertreter der Grossmächte zu sich zu bitten, um darüber schlüssig zu werden, ob und in welcher Weise auf die zu erwartende Pforten-Note zu reagiren sein werde.

Der k. u. k. Geschäftsträger: MITTAG

Seiner Exzellenz
Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHStA PA XII 463



Ruhe in den östlichen Vilajets

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 51/P.G
Zu Bericht 42/P vom 3. Juni l.J.

Jeniköj, am 20. Juli 1914

Die beiden für die Einführung der Reformen in den armenischen Vilajets engagierten Generalinspectoren weilen augenblicklich noch hier, sind aber, wie mir der Grossvezir sagte, im Begriffe, nach ihren Bestimmungsorten abzugehen. Ihre Ernennung wurde kürzlich im Amtsblatte kundgemacht und stimmen dessen Angaben bezüglich des ihnen verliehenen Ranges und ihres Wirkungskreises genau mit jenen des obbezogenen Berichtes überein.

Wie mir der Grossvezir mitteilte, herrscht gegenwärtig in den fraglichen Provinzen vollkommene Ruhe; tatsächlich sind auch seit längerer Zeit die Klagen des armenischen Patriarchates über die dortigen Zustände, sowie die verschiedenartigen Alarmnachrichten aus jenen Gegenden gänzlich verstummt.

Diese schon vor jeglichem Eingreifen der europäischen Reformorgane eingetretene Beruhigung ist wohl ein Beweis dafür, dass den vielfachen Beschwerden, mit welchen die Botschaften im Vorjahre und bis in den heurigen Winter hinein seitens des Patriarchates überschüttet wurden, wohl weniger die tatsächlichen Verhältnisse, als der Wunsch Russlands zu Grunde lag, die nötigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, damit die auf dem Prinzip fremder Controlle fussende Reformation dortselbst nunmehr effectiv in Gang gebracht werden könne.

Dass gegenwärtig in den östlichen Vilajets alles ruhig sei, bestätigte mir übrigens kürzlich der russische Botschafter selbst, allerdings nicht ohne hinzuzufügen, dass sich diese Sachlage von einem Tage auf den anderen wiederum ändern könne; hierin kann wohl ein weiteres Anzeichen dafür erblickt werden, dass für ein eventuelles Wiederaufleben der Bewegung in erster Linie ein bezügliches von russischer Seite herrührendes *mot d'ordre* massgebend sein würde.

Herr von Giers ist, wie er mir weiters sagte, seit Wochen bemüht, beim Grossvezir die officielle Mitteilung des seinerzeitigen Abkommens über die in Armenien einzuführenden Reformen an die Botschaften (vgl. m. erg. Bericht vom 23. April l.J. No. 28/p.-G.) durchzusetzen. Said Halim Pascha ist im Principe durchaus nicht

gegen die Erfüllung dieses Verlangens, bat aber den Botschafter, sich diesbezüglich bis zum Beginn der Parlamentsferien zu gedulden, da ein derartiger immerhin heikler Schritt, wenn während der Tagung des Parlamentes unternommen, leichtmöglicher Weise in der einen oder anderen Hinsicht zu unerwünschten Consequenzen für die Regierung führen könne.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHStA PA XII 463



Überlegungen der Türkei, welches Bündnis einzugehen sei

Telegramm von Markgraf Pallavicini

Nr. 338
Chiffre. Geheim

Jeniköj, 20. Juli 1914

Hatte heute mit Großvezier, Talaat und Enver Unterredungen.

Ersterer gab mir zu, dass er vielleicht schon nächste Woche zwecks Zusammenkunft mit Herrn Venizelos abreisen werde. Er leugnet auch nicht, dass Gedanke einer Allianz mit Griechenland bestehe, ohne aber diesbezüglich recht mit der Sprache herauszurücken. Seine Aeusserungen von neulich wiederholend betonte er ausdrücklich, dass, wenn wir jetzt die Gelegenheit benützen und einen durchschlagenden Erfolg erzielen, gewiss auch andere Mächte (:er meinte Rumänien und die Türkei:) auf unsere Seite treten würden. Aus seinen Worten merkte ich deutlich den Einfluss einer inzwischen erfolgten Unterredung mit Baron Wangenheim.

Viel weniger zurückhaltend sprach Talaat über Gedanken einer Allianz mit Griechenland. Er sagte offen, die Idee dazu käme von Rumänien, sympathischer wäre hier indessen eine Entente mit Bulgarien. Wie ich wisse, habe er selbst daran gearbeitet, doch sei Bulgarien aus Furcht vor Rumänien darauf nicht eingegangen. Ein rumänisch-bulgarisches Zusammengehen sei, wie er in Bukarest konstatieren konnte, allerdings nicht zu erreichen.

Ebenso offen äußerte sich Enver Pascha; ich konnte namentlich aus seinen Reden entnehmen, dass Idee einer türkisch-griechisch-rumänischen Allianz von den Ententemächten gefördert werde. Er machte kein Hehl daraus, dass die Türkei sich einem christlichen Balkanstaat anzuschliessen ein Interesse habe; sie wäre auch bereit, statt mit Griechenland mit Bulgarien ein Bündnis einzugehen, wenn sie des Rückhaltes am Dreibund sicher wäre. Im weiteren Verlaufe sagte mir Kriegsminister, die Türkei könne in 20 Tagen 200000 und in einem Monat weitere 100000 Mann gut ausgerüsteter Truppen aufstellen, die im Verein mit der bulgarischen Armee genügen würden, um Griechenland und Rumänien im Schach zu halten. Er ließ auch durchblicken, dass die Türkei, falls Russland in einen Krieg verwickelt würde, im

Stande wäre, unter der mohammedanischen Bevölkerung Russlands, sowie im Asserbeidjan [Aserbaidtschan] einen ernsten Aufstand hervorzurufen. Schließlich meinte er, die Türkei müsse sich in Bälde darüber klar werden, auf welche Seite sie sich zu stellen hätte, um ihre militärischen Dispositionen danach einrichten zu können. Aus den Äusserungen türkischer Staatsmänner erhalte ich den Eindruck, dass Türkei trotz der Furcht vor Russland es vorziehen würde, mit den Dreibundmächten zu gehen, sofern sie nur ein kraftvolles Auftreten derselben wahrnehmen würde; man ist hier der Meinung, dass namentlich ein energisches Vorgehen der beiden Zentralmächte Russland den Mut zu einem offenen Auftreten gegen dieselben benehmen würde.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA I 522



Deutscher Botschafter zur Gefahr der Massaker

Telegramm von Markgraf Pallavicini

Nr. 494
Chiffre

Jeniköj, 26. August 1914

Zu Euer Exzellenz Telegramm No. 370.

Baron Wangenheim sagte mir, amerikanischer Botschafter hat sich zuförderst auch im Namen englischen Botschafters an ihn bezüglich angeblicher Gefahr Christenmassacres gewendet.

Deutscher Botschafter antwortete, solange England Dardanellen oder eine türkische Hafenstadt nicht angreife, sei nichts zu befürchten.

Im gegenteiligen Falle aber könne man für nichts gutstehen.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA XII 207



Hiesige Stimmung

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GENERALKONSULAT
TRAPEZUNT

Z. 62/P

Trapezunt, am 21. September 1914

Die beabsichtigte Aufhebung der Capitulationen wurde hier durch Festzüge, zum Teil durch Europäer-feindliche Reden – auch seitens des neuen Wali's – gefeiert; überschwengliche Hoffnungen betreffend die Besteuerung, Aufhebung der fremden Schulen, Einführung 100% Zölle auf ausländische Erzeugnisse, wurden laut.

Die schlummernde fremdenfeindliche Neigung der Mohammedaner erhält durch die geplante Massregel jedenfalls neue Nahrung. –

Die Stimmung unter den Türken bleibt uns und den Deutschen günstig, umso gehässiger zeigen sich neben den Armeniern die Griechen, welche die unsinnigsten, uns ungünstigen Gerüchte willig aufnehmen und weiter verbreiten.

Gleichlautend berichte ich nach Konstantinopel.

Der k. u. k. Konsul: KWIATKOWSKI

Seiner Exzellenz
Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHStA PA I 941



Eingreifen der Türkei? Hindernis ist die finanzielle Lage

Telegramm von Markgraf Pallavicini

Nr. 688. Chiffre

Pera, 10. Oktober 1914

Heute morgens noch vor Erhalt Euer Exzellenz Telegrammes No. 599 von gestern hatte ich Besprechung mit Großvezier über Frage eines aktiven Eingreifens der Türkei. Er bemerkte hiebei, großes Hindernis sei finanzielle Lage. Außerdem müsse auch auf Volksstimmung Rücksicht genommen werden. Gegenwärtig sei nicht bloß die öffentliche Meinung der Türkei, sondern aller mohammedanischer Länder für Oesterreich-Ungarn und Deutschland. Ein eventueller militärischer Mißerfolg könnte plötzliches Umschlagen der Stimmung im Volk zur Folge haben. Er dachte hiebei auf Angriffe der englisch-französischen Flotte auf türkische Küstenstädte.

Streng vertraulich

Von deutscher Seite erfahre ich, daß heute abends zwischen Enver Pascha, Talaat Bey und Djemal Bey geheime Besprechung stattfinden wird. Hiebei soll Djemal, dessen Haltung bisher nicht ganz klar ist, gezwungen werden, Farbe zu bekennen, ob er sich der Aktionspartei anschließen will, an deren Spitze Enver Pascha steht. Bei

morgigem Ministerrat wird sodann von den Obgenannten Erklärung abgegeben werden, daß sie demissionieren. Falls Großvezier sich mit ihnen nicht solidarisch erklären sollte. Nachdem Enver Pascha und seine Anhänger der Unterstützung der Majorität des Komités sicher sind, würde wahrscheinlich ein neues Kabinett unter Präsidium Halil Beys gebildet werden, in welchem Kriegsminister Hauptrolle spielen und welchem der jetzige Finanzminister Djavid Bey nicht angehören würde.

Wie ich weiter erfahre, spielt hiebei die Geldfrage große Rolle. Enver Pascha wurde nämlich von deutscher Regierung für den Fall des Losschlagens eine Anleihe von 100 Millionen Francs und außerdem noch Flüssigmachung bei hiesiger Deutscher Bank erliegender Summe von 300000 türkischen Pfund in Aussicht gestellt.

Vorläufig ist mir nicht bekannt, welche militärische Aktion seitens der Kriegspartei geplant ist, ob mit Flotte oder vielleicht im Kaukasus, respektive Nordpersien.

Schließlich erfahre ich noch, daß hiesiger französischer Botschafter bei seinen Kollegen Russlands und Englands auf Bruch mit der Türkei hinarbeiten soll.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA I 941



Eingreifen der Türkei, sobald die von deutscher Seite zugesicherte Summe eingetroffen ist

Telegramm von Markgraf Pallavicini

Nr. 700
Chiffre. Geheim

Pera, 13. Oktober 1914

Auf die in meinem Telegramme Nr. 688 vom 10. d. M. gemeldete Besprechung zwischen Enver Pascha, Talaat, Halil Bey und Djemal Pascha, bei welcher Gelegenheit letzterer vollkommen gewonnen wurde, fand Sonntag Besprechung dieser vier Herren mit meinem deutschen Kollegen statt. Hiebei wurde Protokoll unterzeichnet, wonach Türkei sofort losschlagen wird, sobald von den deutscherseits zugesicherten 100 Millionen Francs, 2 Millionen Pfund in Konstantinopel eingetroffen sind.

Enver erklärte nachher deutschem Botschafter *persönlich*, er mache sich anheischig loszuschlagen, sobald 1 000 000 Pfund hier ist.

Mein deutscher Kollege hat telegraphische Nachricht aus Berlin, dass Sonntag nachmittags erste tranche von 500000 Pfund von Berlin abgegangen.

Türkische Regierung soll beabsichtigen, im Verhältnis zu den eingehenden Goldbeträgen aus Berlin den dreifachen Betrag in Noten auszugeben.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA I 941

Eingreifen der Türkei. Stellung des Grossveziers

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 64/P.A

Zu Bericht vom 29. October l.J., Nr. 63/P.A

Streng vertraulich

[Konstantinopel,] 5. November 1914

Als ich vorige Woche über die Situation in Constantinopel berichtete, war es sehr schwer die sich hinter den Culissen abspielenden Vorgänge klar zu übersehen; es schwebte ein undurchdringlich scheinendes Dunkel. Ich hatte damals meine Zweifel, ob nicht die vier Minister Talaat Bey, Enver Pascha, Djemal Pascha und Halil Bey ein Doppelspiel spielten, und ich musste mich fragen, ob nicht die Behauptung dieser vier Staatsmänner, der Grossvezier wisse um ihre Pläne nicht, vielleicht gar nicht wahr sei.

Das Vorgehen der türkischen Flotte im Schwarzen-See und der Verlauf der hiedurch eingetretenen Grossveziers-Krise haben die einzelnen Phasen der Vorgänge klarer zutage treten lassen und haben gezeigt, dass, wie Euer Exzellenz aus meiner einschlägigen telegrafischen Berichterstattung gesehen haben, meine Zweifel zum Teil nicht berechtigt waren. Der Grossvezier hat tatsächlich um den Plan seiner vier Minister, es schon jetzt zum activen Eingreifen der Türkei kommen zu lassen, nicht gewusst. Der Befehl an Admiral Suchon, auszulaufen und die russische Flotte, wenn sich eine günstige Gelegenheit bietet, anzugreifen, ist vom Kriegsminister und Marineminister ohne Wissen des Grossveziers ergangen. Warum die vier Minister nicht, wie es ursprünglich beabsichtigt war, vor Auslaufen der Flotte an den Grossvezier die Frage gerichtet haben, ob er ihre Politik mitmachen oder demissionieren wolle, sondern den Chef der Regierung vor ein *fait accompli* gestellt haben, ist mir auch heute noch nicht ganz klar. – Die Ausführung der in dieses Stadium der Ereignisse hineinspielenden Intriguen, bei denen das Geld wohl auch eine Rolle gespielt haben dürfte, würde mich zu weit führen.

Ueber die Art und Weise der Einleitung der Flottenaction selbst war aber, allem Anscheine nach, Enver Pascha unter seinen Minister-Collegen allein im Geheimniss mit Admiral Suchon, denn auch diese drei waren von der intensiven Offensiv-Action der Flotte im Schwarzen-See sichtlich überrascht.

Es zeigt sich heute deutlich, dass Admiral Suchon nach einem schon vorher im Detail festgelegten Plane vorgegangen ist. Die officiellen Communiqués sprechen in dieser Beziehung nicht die Wahrheit. – Von einem russischen Angriffe kann überhaupt keine Rede sein. Tatsache ist vielmehr, dass die Flotte sich gleich beim Auslaufen aus dem Bosphorus verteilt hat, und die einzelnen Schiffe nach den verschiedenen Küstenstädten mit dem Auftrage dort offensive Actionen vorzunehmen, beordert wurden. Der russische Minenleger wurde nicht in der Nähe des Bosphorus sondern in der Nähe von Sebastopol angetroffen und dort versenkt.

Es ist wohl nur zu natürlich, dass der Grossvezier über die Vorgangsweise seiner

Minister, die ihn vollkommen beiseite gelassen hatten, tief empört und verletzt war. Sehr aufgeregt war er auch daher, dass Baron Wangenheim ihn persönlich versichert hatte, der Admiral werde ohne sein – des Grossveziers – Wissen nichts unternehmen. Als ich Prinz Said Halim Pascha letzten Sonntag in Jeniköj aufsuchte (vide mein Telegramm No. 766 vom l.d.M.) sagte er mir ausdrücklich, dass es doch nicht angehe, dass ein deutscher Admiral in solcher Weise über die Schicksale der Türkei verfüge. Er war damals fest entschlossen entweder Mittel und Wege zu finden, den „Incidenzfall“ im Schwarzen-Meere mit der russischen Regierung zu applanieren oder aus dem Amte zu scheiden.

Wenn sich der Grossvezier wenige Stunden darauf nach einer Unterredung mit Talaat Bey doch entschloss auf seinem Posten zu verbleiben, so ist dies, meiner festen Ueberzeugung nach, so geschehen, dass ihn der Herr Minister des Innern direct bedrohte, und er diesen Drohungen nachzugeben vorgezogen hat.

Als ich den Grossvezier vor zwei Tagen auf der Pforte aufsuchte, konnte ich aus seiner Stimmung und seinen Reden constatieren, dass er nur gezwungen sich mit der Situation abfindet und auch heute noch überzeugt ist, dass das Eingreifen der Türkei im jetzigen Stadium ein Fehler sei. Mir gegenüber sagte er, er habe sich nur deshalb entschlossen im Amte zu bleiben, weil er glaube seinem Vaterlande in dieser schwierigen Stunde hiemit einen Dienst erweisen zu können. Er liess mir aber gleichzeitig durchblicken, dass, falls er zurückgetreten wäre, er sich an die Spitze derjenigen gestellt hätte, welche der gegenwärtigen Politik der Türkei eine scharfe Opposition machen.

Ich habe keinen Anlass daran zu zweifeln, und glaube, dass es schon deshalb von grosser Wichtigkeit ist, dass Prinz Said Halim Pascha, der als Gegner sehr gefährlich wäre, auch weiter Grossvezier bleibt. Ein anderer Grund ist aber auch, dass die öffentliche Meinung heute noch gar nicht so sehr für die active Politik Enver Pascha's und seiner Genossen montiert ist, und die Tatsache, dass Prinz Said Halim Pascha an der Spitze der Regierung bleibt, ein beruhigendes Moment für die öffentliche Meinung bildet, welche nur zu leicht von einem Misstrauen in die Führung der verhältnismässig jung emporgekommenen, massgebenden Staatsmänner befallen werden könnte.

Man darf daher meiner Ansicht nach den Bogen heute hier nicht zu straff spannen, und in dieser Beziehung würde es sich sehr empfehlen, dass von deutscher Seite besondere Vorsicht beobachtet werde, damit nicht das Gefühl platzgreift, Deutschland wolle die Türkei vollständig ihrer Selbständigkeit berauben. Ein solches Schlagwort wäre eine starke Waffe für die Propaganda der Feinde der jetzigen Machthaber, und es wäre dann in der Türkei leicht denkbar, dass Leute wie Enver Pascha oder Talaat Bey eines schönen Tages auf die eine oder andere Weise verschwinden. Wenn die verschiedenen türkischen Actionen im Schwarzen-Meere, im Kaukasus u. s. w. gelingen, dann, glaube ich, wäre diese Gefahr nicht gross. Andernfalls müsste ich aber solche Besorgnisse für nur zu berechtigt halten.

Ein weiterer Punkt den ich bedenklich finde, ist die augenscheinlich in den führenden Kreisen und namentlich bei Enver Pascha bestehende Absicht, die religiös fanatischen Gefühle der islamitischen Bevölkerung als Werkzeug benützen zu

wollen. Ich höre, der Scheich ül Islam hätte eine Fetwa erlassen, die in Mekka verlautbart worden wäre, laut welcher alle guten Muselmanen verpflichtet sind, die Russen, Engländer und Franzosen als Feinde des Islams zu tödten. Nach meinen langjährigen hiesigen Erfahrungen möchte ich annehmen, dass eine solche Fetwa, welche an die gesamte mohammedanische Welt gerichtet ist – im Gegensatze zu localen Aufhetzungen gegen die christliche Bevölkerung eines kleinen Gebietes oder einer Stadt, – von keiner grossen Wirkung sein dürfte; wenn aber diese Verhetzung im grossen Folgen haben sollte, dann wäre sie höchst gefährlich, weil die Schuld für diese Folgen auf Deutschland als den Anstifter fallen würde. Es scheint mir zweifellos, dass etwaige Massacres in den neutralen Ländern und besonders in Amerika und Italien den schlechtesten Eindruck machen müssten.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

HHStA PA I 943



Behufs Insurgierung des Kaukasus werden mehrere Banden ausgerüstet

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GENERALKONSULAT
TRAPEZUNT

Copie

Z. 79/P

Trapezunt, am 8. November 1914

Hier und in Rizeh wurden mehrere Banden, zusammen einige hundert Mann behufs Insurgierung des Kaukasus ausgerüstet; die Teilnehmer sind auch mit Handgranaten versehen, die Organisation erfolgt durch deutsche Offiziere, die in Rizeh selbst Häftlinge einreihen.

Hier wurde in 8000 Exemplaren eine Proklamation an die Bevölkerung des Kaukasus gedruckt. –

An der Küste (Kerasunt, Ordu, Samsun) stehen bei 100000 Mann zu Landungsoperationen bereit.

Am 6. dieses Monats wurden hier 4000 Mann gedeckt durch zwei Kreuzer ausgeschifft; die Mannschaft ist besser ausgestattet.

Militärspitäler werden errichtet.

Der k. u. k. Konsul: KWIATKOWSKI

Seiner Exzellenz
Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

Nachtrag

Copie

Am 9. dieses Monats wurden 169 hiesige Sträflinge in den Banden-Dienst eingereiht, am 10. die vor 4 Tagen eingelangten Truppen in's Innere dirigiert; am gleichen Tage landeten hier, gedeckt durch den Kreuzer „Hamidieh“, 1000 Mann. Weitere Transporte sind im Zuge. Auch in anderen Küstenorten wurden Banden zu Operationen im Kaukasus gebildet.

In Erzerum und Gebiet sind mehrere deutsche Offiziere tätig, auch das Festungskommando liegt in deutschen Händen.

KWIATKOWSKI

HHStA PA I 942



Bericht über die hiesige Lage

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GENERALKONSULAT
TRAPEZUNT

Z. 80/P

Trapezunt, am 8. November 1914

Die hiesige Lage ist ruhig, die Türken voll Optimismus, Griechen und Armenier gedrückt, durch Waffenverteilung an Mohammedaner beunruhigt.

Die Stimmung der Türken ist nicht nur gegen Russland, sondern *ebenso* gegen England gerichtet, weit milder in Bezug auf Frankreich.

Der k. u. k. Konsul: KWIATKOWSKI

Seiner Exzellenz
Herrn Leopold Grafen Berchtold, Wien

Nachtrag

Copie

Die Stimmung unter den Türken gestaltet sich für die Monarchie infolge der Telegramme Seiner Majestät und des Erzherzogs-Oberkommandanten immer günstiger. Ich würde die Entsendung einer Hilfskolonne (des Roten Kreuzes) auch auf den armenischen Kriegsschauplatz, wo der überstrenge Winter besondere Pflege der Kranken und Verwundeten erheischt, empfehlen.

Der neue Wali von Erzerum, Tachsin Bey, hatte sich in gleicher Eigenschaft in Van vorteilhaft eingeführt.

KWIATKOWSKI

HHStA PA I 942



Die Türkei stellt das loyale Verhalten der Armenier auf eine harte Probe, wenn sie ihnen nicht Schutz gewährt

Konfidenten-Bericht

Nr. 38

Konstantinopel, 18/1. 1915

Aus verschiedenen armenischen Vilajets sind Meldungen an das Patriarchat eingelangt, wonach der alte Antagonismus zwischen dem türkischen und dem armenischen Elemente sich in allerlei Untaten gegen das letztere Luft gemacht habe. Zu großen Massakres ist es nirgends gekommen, wohl aber sind an verschiedenen Orten wohlhabende Armenier ermordet und ihre Häuser geplündert worden. Das Bedenklichste an diesen Vorgängen ist, daß die Behörden diesen Untaten mit gekreuzten Armen zugesehen haben.

Die Armenier hofften, daß Envers Erscheinen im Kaukasus diesem Treiben ein Ende machen werde, aber sie sind in dieser Erwartung getäuscht worden, obwohl Enver der letzte ist, der die Angriffe auf die Armenier billigt und der nicht die Gefahr erkennt, die diesen Vorfällen innewohnt. Die Türkei ist heute mehr als je auf ein loyales Verhalten der Armenier angewiesen, und sie stellt dieses auf eine harte Probe, wenn sie den Armeniern nicht Schutz vor Angriffen auf ihr Leben und ihr Eigentum gewährt, umso mehr, als die Armenier sich in dem Kampfe zwischen der Türkei und Russland ehrlich auf die Seite der ersteren gestellt haben. Es ist auch zu berücksichtigen, daß sich in der türkischen Kaukasusarmee verhältnismäßig viele Armenier befinden.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHSStA PA XL 272



La Turquie et les Arméniens

Rapport confidentiel

Nr. 50

Konstantinopel, 26/1. 1915

Un bruit qui sort de la maison même du Ministre de l'Intérieur, Talaat Bey, dit que ce dernier se rendrait prochainement à Erzeroum. Sa mission serait en connexité avec l'attitude hostile des Arméniens.

On met souvent les soldats arméniens à la première ligne de combat afin de les faire tuer. Les Kurdes ont recommencé à massacrer des villageois arméniens, mais d'une façon isolée afin de ne pas faire croire à un massacre en masse des Arméniens.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHSStA PA XL 272

Zur Lage im Kaukasus

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 9/P.A

Konstantinopel, 28. Jänner 1915

Wiewohl es der türkischen Regierung gelang die breite Oeffentlichkeit über die Lage im Kaukasus zu täuschen, so vermochte sie scheinbar doch nicht zu verhindern, dass ihren Gegnern Einzelnes über die erlittene Schlappe bekannt, und von denselben zu ihrer Wühlarbeit ausgenützt werde. Dies gilt nach den mir vorliegenden konfidentiellen Meldungen speciell von der Entente freundlichen Fraktion des Comités, Djavid Bey und Consorten, sowie gewissen armenischen Milieux die zwar stets mehr [oder] weniger russenfreundlich waren, insbesondere aber seitdem vor zwei Jahren die Frage der Reformen in den ostanatolischen Vilajets aufs Tapet gebracht wurde, absolut im russischen, Comité feindlichen Fahrwasser segeln. Beide Gegner taten ihr möglichstes um Alarmnachrichten zu verbreiten und die Partei Djavid Bey's soll sogar eine Intrigue gegen Talaat Bey, die zweite Stütze der deutschfreundlichen Komité-Partei, eingefädelt haben, bei der auch der Vali von Smyrna, Rahmi Bey, ein absoluter Anhänger Djavid's, eine Rolle gespielt haben soll. Nach derselben Quelle wäre Talaat Bey im Komité nur mit Mühe davor aufzuhalten gewesen, gegen Rahmi Bey vorzugehen. – Die Demissions-Komödie, welche Konsul Radimsky in seinem Bericht No. 7/P v. 2. d. M. behandelt, scheint mir für die Stichhaltigkeit dieser Meldung zu sprechen.

Von anderer, ebenfalls konfidenteller Seite erfahre ich, dass die Regierung Verdacht gegen die Armenier hegt, und dass Talaat Bey jüngst die Aufmerksamkeit des armenischen Patriarchen auf die Folgen einer etwaigen regierungsfeindlichen Agitation der Armenier gelenkt habe.

Bemerkenswert scheint mir in diesem Zusammenhange, dass der bisherige Mutesarîf von Pera, Kiani Bey, angeblich ein weitschichtiger Verwandter Djavid Bey's, kürzlich seiner Funktionen enthoben und durch den bisherigen Chef der Abteilung für Polizeiwesen im Ministerium des Innern, Ismail Djambolat Bey, ersetzt wurde, der allgemein als überaus tatkräftig und Talaat Bey absolut ergeben gilt.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHS&A PA XII 209



Betrachtung über den gegenwärtigen großen Krieg

AMBASSADE D'AUTRICHE-HONGRIE
CONSTANTINOPLE

Nr. 1

Streng vertraulich

Konstantinopel, 11. Februar 1915

Hochgeborener Baron!

Im Verfolge meines Privatschreibens vom 4. d.M. will ich heute kurz die Fehler beleuchten, welche meiner Ansicht nach bei der *Durchführung* der von Deutschland während des gegenwärtigen grossen Krieges eingeschlagenen Politik mit Bezug auf die Türkei begangen wurden, und welche einerseits auf vorher nicht genügend überlegte Entschlüsse, andererseits auf den gerade momentan stärkeren Einfluss des einen oder des anderen der so zahlreichen, nicht immer übereinstimmenden Berliner Machtfaktoren zurückzuführen sind.

Schon vor dem aktiven Eintritt der Türkei in den Krieg beschäftigte sich Marschall Liman mit dem Gedanken einer Landung türkischer Truppen bei Odessa. Er stiess hiebei auf den Widerstand des Admiral Souchon und des deutschen Botschafters. Vorbedingung für die Durchführbarkeit eines solchen Unternehmens wäre ein Zusammenwirken der Landstreitkräfte und der Flotte gewesen, zu welchem sich der Admiral aber nicht verstehen wollte, solange die türkische Flotte nicht die Herrin im Schwarzen-Meere wäre. Ich muss darin Admiral Souchon vollständig recht geben, dass nach seiner Meinung an eine militärische Aktion im Gebiete des Schwarzen-Meeres nicht zu denken war, bevor nicht wenigstens ein Teil der russischen Flotte vernichtet gewesen wäre. Der Admiral hatte daher den Plan, man sollte – wenn die Türkei aktiv in den Krieg eingreifen sollte – eine günstige Gelegenheit abwarten, die es ihm ermöglichen würde, durch einen Ueberfall auf die russische Flotte dieselbe wenigstens zum Teile unschädlich zu machen. In Berlin jedoch war, nach meiner Ansicht ohne genügende Ueberlegung der Folgen dieses Schrittes, der Entschluss gefasst worden, die Türkei zum sofortigen Losschlagen zu veranlassen, und so erhielt der Admiral den Befehl, den Kriegszustand je eher herzustellen. Er konnte nun seinen wohldurchdachten Plan nicht ausführen, und es kam zu der bekannten Beschiessung von Sebastopol und einiger anderer russischer Häfen, welche wohl den Kriegszustand herstellte aber weiter ohne tatsächlichen Effekt blieb. An die Erringung der Herrschaft im Schwarzen-Meere war nicht mehr zu denken; im Gegenteile, heute ist eher die russische Flotte die Herrin im Schwarzen-Meere. Damit waren aber auch alle Pläne einer Landung bei Odessa zunichte geworden, und dass die heute nicht zu leugnende Absperrung des Seeweges nach Trapezunt für die Operation im Kaukasus ein sehr empfindliches Erschwernis ist, liegt auf der Hand.

Die Expedition im Kaukasus wurde gleichfalls auf Wunsch Deutschlands in Angriff genommen. Man wollte vor allem mit derselben den sehr berechtigten Zweck erreichen, russische Truppen in jenen Gebieten zu binden. – Es wurde einerseits unter speciell deutscher Führung eine Aktion eingeleitet, welche mehr den Character eines Bandenkrieges haben sollte, die aber nicht genügend vorbereitet war und so

misslang, andererseits wurde eine regelrechte militärische Campagne organisirt, welche wenn sie schliesslich auch unter dem Commando Enver Pascha's stand, doch unter der Leitung deutscher Offiziere vor sich ging.

Ueber die Durchführung des Kriegsplanes kam es dann noch zu ziemlichen Differenzen zwischen Marschall Liman und General Bronsart, und es wurde schliesslich der Plan des letzteren gegen den Willen des ersteren durchgeführt, der bei der unvollendeten Ausrüstung der Truppe, bei den Schwierigkeiten im Nachschube und bei den dortigen klimatischen Verhältnissen als fast undurchführbar bezeichnet werden muss und zu den bekannten Resultaten führte.

Diese ganze Aktion hatte viel grössere Dimensionen angenommen, als es anfangs beabsichtigt gewesen war; infolgedessen waren auch die Verluste sehr bedeutende, und bekam das Misslingen eine weit höhere politische Bedeutung.

Eine völlig unreife Idee war der Plan der Gründung eines unabhängigen georgischen Staates, der gleichsam einen Pufferstaat zwischen der Türkei und Russland bilden soll. Deutsche Offiziere wurden mit der Bildung von Banden betraut, welche neben der Bekämpfung der Russen auch dem Zwecke einer georgischen Aufstandsbewegung dienen sollten. Eifersüchteleien unter den Offizieren und das begreifliche Misstrauen der Türken gegen diese deutsche Aktion brachten dieselbe zum Scheitern.

Die wichtigste Expedition, welche die Türkei über Anregung Deutschlands in diesem Kriege unternimmt, ist aber jene gegen Egypten. Ausserhalb der Regierung stehende Persönlichkeiten in Berlin scheinen die Idee propagirt zu haben, den englischen Einfluss in Egypten zu vernichten, und den deutschen an dessen Stelle zu setzen. Man hörte auch das Wort fallen, der Kanal von Suez werde in deutsche Hände übergehen. Zu diesem Zwecke wurden die Türken auf die Idee gebracht, Egypten zu erobern und es dem türkischen Reiche wieder völlig einzuverleiben. Unter Mithilfe zahlreicher deutscher Offiziere wurde das Expeditions-Corps, das zuerst 30000 Mann stark sein sollte, in Damaskus organisirt. Infolge der bedeutenden Truppen-Concentration, welche aber England in Egypten vorgenommen hat, musste auch die türkische Armee immer mehr verstärkt werden. Sie soll heute circa 100000 Mann zählen. Die türkische Aktion gegen Egypten ist auf diese Art zu einer sehr grossen und ernstesten geworden, welche ihr im Falle des Gelingens wohl einen grossen moralischen Erfolg aber schwerlich einen tatsächlichen Gewinn bringen kann, weil die Türkei wohl kaum imstande sein dürfte, ein erobertes Egypten auf die Dauer unter ihrer Herrschaft zu erhalten.

Sollte aber die ägyptische Expedition mit einem Misserfolge enden, so wären für die Türkei die Folgen weit ernstere, als jene der Misserfolge im Kaukasus, weil dadurch die Stellung der heute am Ruder befindlichen Staatsmänner schwer erschüttert würde. Ich sollte meinen, dass die deutschfeindlichen Elemente, wie Djavid Bey und seine Anhänger nur auf diesen Moment warten, um einen entschiedenen Vorstoss gegen das jetzige Regime und dessen deutschfreundliche Politik zu machen.

Durch die erwähnten militärischen Operationen welche die Türkei auf Grund deutscher Initiative unternimmt, und durch die weiteren Aktionen auf persischem Gebiete und in Mesopotamien ist ein grosser Teil der türkischen Kräfte verzettelt

worden, so dass die heute der Türkei in Europa zur Verfügung stehende Armee verhältnismässig sehr reducirt worden ist. Eine in Europa möglichst starke Türkei als alliirte Macht wäre jedoch im Hinblick auf mögliche Eventualitäten am Balkan für die Centralmächte von grösstem Interesse gewesen.

Was die deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Türkei anbelangt, so kann man diese schwerlich als eine von Anfang an zielbewusste und realistische bezeichnen. Man versprach sich von dem aktiven Eingreifen der Türkei und der dadurch bewirkten Herabminderung des französischen Einflusses eine Art unbeschränkte Monopolstellung Deutschlands, der sich die Türkei willig fügen werde. Herr v. Wassermann wurde gleich zu Anfang des türkischen Krieges nach Konstantinopel entsendet, um als Berater der deutschen Botschaft im Sinne der damals in deutschen Finanz- und Regierungskreisen herrschenden Anschauung und weitgehenden Absichten tätig zu sein. – Der Genannte musste aber im Laufe seiner hiesigen Tätigkeit einsehen, dass die in Berlin gesteckten Ziele unerreichbar seien, und dass man sich nicht einbilden dürfe, es könnte Deutschland bei dem einmal wachgerufenen Misstrauen der Türkei gelingen, in wirtschaftlicher Beziehung eine Art Alleinherrschaft zu erringen. Ich glaube, dass diese bessere Einsicht in letzter Zeit auch dadurch in deutschen Kreisen an Boden gewinnt, dass die Deutschfreundlichkeit, durch die Misserfolge im Kaukasus – welche vielfach der Leitung der deutschen Offiziere zugeschrieben werden – eine merkliche Einbusse erlitten hat. Sollte es nun gar noch zu Misserfolgen in Egypten kommen, so wäre die Stellung der Deutschen stark compromittirt. Dies gibt so manchen deutschen Financiers zu denken, und flösst ihnen mit Bezug auf die zukünftige wirtschaftliche Stellung Deutschlands in der Türkei ernste Besorgnisse ein.

Bei aller Bewunderung für die deutsche Kraft und Energie kann man es nicht leugnen, dass deutscherseits hier sehr bedeutende taktische Fehler in der Verfolgung der an sich richtigen Politik begangen worden sind. Sie liegen meiner Ansicht nach teilweise in momentanen Einflüssen so mancher nicht immer competenten Stellen, zum grossen Teile aber auch darin, dass Entschlüsse gefasst werden, ohne die Folgen und Rückwirkungen vorher gehörig zu überdenken; die Deutschen stecken sich dadurch in mancher Richtung Ziele, die sie in der Folge nicht erreichen können. Die zahlreichen persönlichen Differenzen unter den hiesigen deutschen Factoren selbst sind aber in sehr bedeutendem Masse daran schuld, dass die Popularität der Deutschen in der Türkei – welche übrigens gerade vor Ausbruch des jetzigen Krieges keine sehr grosse war – trotz der momentanen ausserordentlich günstigen Situation nicht im Zunehmen begriffen ist. Sie haben es eben nicht verstanden, durch zielbewusstes, logisches Vorgehen und einmütige Arbeit aller in Betracht kommenden Factoren das den Türken angeborene Misstrauen gegen jeden Fremden schwinden zu machen, und geben dadurch denjenigen Elementen eine Waffe in die Hand, welche es sich für die Zukunft auch mit den jetzigen momentanen Feinden nicht verderben wollen.

In politischer Beziehung aber haben die Deutschen durch ihr zu wenig überdachtes, und manchmal rein persönlichen Ambitionen entspringendes Vorgehen eine Situation geschaffen, in welcher der Türkei Aufgaben gestellt sind, die in militärischer und finanzieller Beziehung ihre Kräfte übersteigen könnten. Es könnte dies zu

Enttäuschungen führen, für welche bei der schliesslichen Abrechnung die Türkei die Centralmächte verantwortlich machen würde.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner Verehrung.

PALLAVICINI

Seiner Exzellenz

Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA I 943



Zur Lage

Konfidenten-Bericht

Nr. 93

Konstantinopel, 3/III. 1915

Die ursprünglich große Begeisterung für Deutschland ist entschieden abgeflaut. Die Zahl derer, die den Krieg für ein großes Unglück halten, wächst. Unbedingt zuverlässig sind nur Enver und Talaat. Enver weiß, daß sein Schicksal an diesen Krieg und an das Bündnis mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn geknüpft ist und daß es für ihn kein Schwanken mehr gibt. Er weiß aber auch, daß sein Leben ernstlich bedroht ist, weshalb er große Sicherheitsmaßnahmen für seine Person getroffen hat. Vertrauen hat er nur zu den sogenannten Kanun, der Militärpolizei, der allein seine Ueberwachung übertragen ist.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA XL 272



Massenverhaftungen von Armeniern. Vermutung eines armenischen Komplotts

[K. k. KORRESPONDENZBÜRO,
VERTRETUNG IN KONSTANTINOPEL]

Korrespondenten-Bericht

Nr. 36

Konstantinopel, am 29. April 1915

Am Anfang dieser Woche hat die Polizei zahlreiche Verhaftungen von Armeniern, namentlich aus den besseren Ständen vorgenommen. Die genaue Zahl der Verhafteten ist nicht bekannt und wird vorläufig hierüber jede offizielle Auskunft verweigert;

nach gewissen amtlichen Angaben sollen nur 180 Personen verhaftet worden sein, jedoch wird es allgemein angenommen, dass die Zahl der präventiv verhafteten Armenier viel grösser ist. Verhaftet wurden insbesondere intellektuelle Leute und zwar Aerzte, Apotheker, Journalisten, darunter der Chefredakteur des türkischen Blattes „Sabah“ und Professor für politische Geschichte an der türkischen Universität Diran Kelekian Effendi, jedenfalls aber Leute, die den verschiedenen armenischen politischen Parteien angehören, in erster Linie der Partei der Hintschakisten (Sozial-Demokraten) und dann derjenigen der Taschnak (Radikalen) und der Ramgawar (Demokraten) – die Armenier haben sich in solchen politischen Schattierungen schon längst und vor jeder Existenz einer autonomen politischen Betätigung zerteilt – und in Verbindung mit armenischen politischen Vereinen oder Komites des Auslandes befinden. Ein Teil der Verhafteten wurde bereits in die Provinz (Angora, Konia) verschickt, andre werden wahrscheinlich freigelassen und diejenigen, gegen die Beweise existieren, viele hievon in contumaciam sollen kriegsgerichtlich abgeurteilt werden. So wurden bereits der Präsident und der Vizepräsident des Pariser Komites der Hintschak kriegsgerichtlich vorgeladen.

Die Gründe der Massenverhaftungen wurden bisher offiziell nicht angegeben, sowie übrigens dieser ganze Vorfall bis jetzt in der Presse nicht gemeldet wurde. Die Vorladung der beiden oberwähnten Führer enthält jedoch die Andeutung, dass dieselben „denjenigen Personen angehören, welche des Versuches einer Störung der inneren Ruhe des Landes angeklagt sind“. Es müsste also als höchstwahrscheinlich angenommen werden – und hierüber soll die Regierung, vertraulichen Informationen zu Folge, schon längst durch Konfidenten-Meldungen Kenntnisse gehabt haben – dass sich die Armenier in Verbindung mit den im Auslande lebenden türkischen Oppositionsführern im Dienste der Tripel-Entente zum Zwecke der Unterstützung deren Pläne durch innere Unruhen hier und in der Provinz gestellt hatten. Vermöge ihrer revolutionären Organisationen, welche im Auslande (England, Frankreich, die Schweiz, Egypten, Amerika) verbreitet sind und die sich nach anarchistischem Vorbilde der Waffe und des Dynamits bedienen, hatten sich die Armenier zur Zeit des hamidischen Regimes im Dienste der Jungtürken gestellt. Nach den vergeblichen Versuchen einer nationalen armenischen Revolution, welche nach der Erlangung der politischen Autonomie der sogenannten armenischen Provinzen abgesehen hatte, waren es die Armenier, die auf Grund eines regelrechten Abkommens mit dem jungtürkischen Komite, das gescheiterte Attentat gegen den Ex-Sultan Abdul Hamid für Rechnung der Jungtürken unternahmen. Es wäre daher nicht unmöglich, dass auch jetzt die armenischen Komites im Dienste der türkischen Opposition seien, damit sie im geeigneten Moment für Rechnung der Tripel-Entente eine innere Revolution in Konstantinopel und in der Provinz (russische Grenze) provozieren. Nicht nur wurden die leitenden Kreise der armenischen Komites früher durch England und jetzt namentlich durch Russland materiell unterstützt, vielleicht reichlich subventioniert, sondern ist es eine Tatsache, dass die Armenier, die früher in Russland arg verfolgt waren, nunmehr Russland politisch zugetan sind. Dies seit der vorjährigen Regelung der armenischen Reform-Frage.

Bei dieser Frage der administrativen oder politischen Reformen der armenischen

Provinzen, welche, früher durch England geleitet, in ihrer letzten Phase durch Deutschland (damals wurde in Berlin ein Deutsch-armenischer Verein gebildet und Deutschland wollte die Armenier Ciliciens gewinnen) und insbesondere durch Russland gehandhabt wurden, konnte Russland, gegen die Zusage seiner Einwilligung zur 4% zentigen Zollerhöhung, der Einführung der Staatsmonpole etc. alle seine Bedingungen durchsetzen, namentlich auch die Ausdehnung der Reformen auch auf das Vilajet Trapezunt und die Zuziehung des armenischen Elementes zur Hälfte in der Polizei und Gendarmerie und in allen öffentlichen Funktionen, und zwar in Gebieten wo sie nur 10–30% der ganzen Bevölkerung bilden. Die Erlangung solcher Reformen, dank welcher die Armenier die Armenisierung von sieben anatolischen Vilajets hofften, machte aus den Armeniern die politischen Kunden Russlands in der Türkei und dies erklärt warum seit Anfang des Krieges die Armenier so viel für Russland schwärmen. Der europäische Krieg hat die armenischen Reformen umgestossen. Also wünschen die Armenier, dass Russland den Krieg gewinnt, damit auch die heiss ersehnten Reformen, welche eine so schreiende Ungerechtigkeit gegen die Türken und die anderen Bevölkerungselemente waren, dann ruhig eingeführt oder ausgedehnt werden konnten.

Daher konnte man bemerken, dass bei Ausbruch des türkischen Krieges zahlreiche Freiwillige nicht nur aus russisch- sondern auch aus türkisch-Armenien in der russischen Armee kämpften. Eine Vorrückung der russischen Armee durch das Tal von Alaschkerd in das Vilajet Wan dürfte höchstwahrscheinlich das Signal eines armenischen Aufstandes sein. Dies wussten die Türken, daher hatten sie sehr strenge Massregeln getroffen.

Was in der letzten Zeit in Wan geschehen ist und in welchem Masse die umlaufenden Gerüchte über Unruhen in diesem Vilajet [zutreffen], ist schwer zu erfahren. Näheres wurde über einen Aufstandsversuch in der Berggegend von Zeitun, in Cilicien, einem Herde von häufigen armenischen Revolten, bekannt. Dort haben die Armenier den Militärdienst verweigert und sich tätig gegen die hingesandte Gendarmerie aufgelehnt, wobei der Gendarmeriekommandant, ein Major getötet wurde. Truppen wurden in genügender Zahl nach diesem Gebiete entsendet und der Versuch dürfte in seinem Keime erstickt worden sein. Diese Ereignisse in Verbindung vielleicht mit anderen Informationen der Polizei über politische, dreiverbandfreundliche Umtriebe der Armenier dürften bei den Massenverhaftungen der Armenier massgebend gewesen sein.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PL 245



Bildung einer mohammedanisch-armenischen Legion

Konfidenten-Bericht

Nr. 165

Konstantinopel, 29/IV. 1915

Schon seit längerer Zeit fanden Verhaftungen von Armeniern statt, aber sporadisch, während sie jetzt grösseren Umfang und einen bestimmten Charakter annehmen. Dass dabei auch über das Ziel geschossen wird, ist hier nichts Neues. Englisches Geld in Gemeinschaft mit russischen Agenten hat an der armenischen Bewegung gearbeitet.

Der Georgier Hassan Bey, Sohn Ahmed Paschas, hat bei Batum eine mohammedanisch-armenische Legion gebildet und sie gegen die Türken geführt. Auch der bekannte Kurde Reszak Bey, aus der Familie Bederkhan, ist an der Bewegung beteiligt. Sein Einfluss erstreckt sich hauptsächlich auf die persisch-türkischen Grenzdistrikte von Bajaret bis in die Höhe von Wan. In Persien findet jetzt eine lebhaftere Arbeit seitens der Jungtürken statt, die eine grosse Zahl tüchtiger Stabs- und Subalternoffiziere dorthin geschickt haben, die in persische Dienste getreten sind und der Tätigkeit Reszak's einen starken Damm entgegensetzen. Um Erzerum wurden schon vor Monaten einige hundert Armenier verhaftet und verbannt. In Brussa hat man vor 20 Tagen die armenischen Jahrgänge bis zu 45 Jahren einberufen und die Einberufenen in entfernte Provinzen verschickt. Wie gross die Zahl ist, ist nicht genau festzustellen, sie beläuft sich aber auf einige Tausende.

Bombenfunde sind in Konstantinopel und an verschiedenen anderen Orten gemacht worden. In Konstantinopel wird mit verdächtigen Armeniern tüchtig aufgeräumt.

Jedenfalls wurden seitens Englands den Armeniern grosse Versprechungen gemacht, um sie zur Erhebung gegen die Türkei zu veranlassen.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA XL 272



Unruhen in den armenischen Centren Kleinasiens

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 32/P.D

Konstantinopel, am 29. April 1915

Bereits seit mehreren Wochen werden aus den armenischen Centren Kleinasiens, wie Van, Erzerum, Erzinghian etc. Unruhen gemeldet. Die Bewegung wurde zuerst mit der Einziehung der Armenier unter die Fahnen in Verbindung gebracht, bei

welcher Gelegenheit es zu Ausschreitungen armenischer Banden gegen die türkische Bevölkerung und anderseits zu Gewalttaten der Kurden gegen die Armenier gekommen wäre. Fremdes Geld scheint bei dieser armenischen Bewegung eine Rolle zu spielen. Die Regierung, welche ernstere Unruhen in der gegenwärtigen Zeit vermeiden wollte, beschränkte sich auf die Verhaftung einzelner Rädelsführer und trachtete dadurch, dass sie keine energischen Massnahmen ergriff, die Bewegung in den Grenzen lokaler Incidenzfälle zu halten.

Im Laufe der vergangenen Woche sowie in den letzten Tagen ist man in Constantinopel zu zahlreichen Verhaftungen geschritten. Die Unruhen in den armenischen Centren Kleinasiens scheinen grössere Dimensionen angenommen zu haben und es ist unstreitig stellenweise auch zu Massacres gekommen. In der Hauptstadt soll man festgestellt haben, dass die ja immer existierenden armenischen Revolutions-Comités eine intensivere Thätigkeit entfalteteten, man spricht auch von Auffindung versteckter Waffen und Munition. Um ein Umsichgreifen der Bewegung hintanzuhalten, wurden in erster Linie Armenier aus den Kreisen der Intelligenz, wie Advokaten Aerzte etc. verhaftet. Sie sollen vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Da aber die Regierung auch in Constantinopel es vorzieht, gegenwärtig nicht zu energisch vorzugehen, und man glaubt, der Situation vollkommen Herr zu sein, so werden voraussichtlich ein grosser Teil der in Constantinopel Verhafteten nach Konia gebracht und dort entweder freigelassen oder interniert werden.

Der amerikanische Botschafter sprach mir neulich über die armenischen Unruhen und über die in Kleinasien vorgekommenen Massacres und meinte, dass es einen sehr schlechten Eindruck machen würde, wenn es in der Türkei, die jetzt mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland gemeinsame Sache mache, zu Unruhen und eventuell zu armenischen Massacres kommen sollte. Herr Morgenthau suggerierte mir auch gewissermassen, mich beim Grossvezier dafür einzusetzen, dass nicht durch Anwendung zu scharfer Massnahmen es zu Provokationen und ernststen Folgen komme.

Ich habe keinesfalls die Absicht, dies zu tun. Denn abgesehen davon, dass solche Ratschläge kaum viel Gehör finden, würde meiner Ansicht nach die Türkei sie als eine Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten empfinden, die ihr gerade von Seite der verbündeten Mächte am unangenehmsten wäre.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 209



Unmenschliches Vorgehen gegen Christen in der Türkei

Telegramm von Markgraf Pallavicini

Nr. 347
Chiffre. Vertraulich

Pera, 1. Mai 1915

Armenier.

Russischer Botschafter in Washington hat die amerikanische Regierung ersucht, Herrn Morgenthau zu beauftragen, bei der türkischen Regierung bezüglich der kürzlich in Armenien stattgefundenen Massacres ernste Vorstellungen zu erheben. Russischer Vertreter hat hinzugefügt, Russland habe mehr mohammedanische Untertanen als die Türkei Christen; es behandle seine mohammedanischen Untertanen gut, es erwarte von der Türkei, daß die bezüglich ihrer Christen das Gleiche tue.

Die amerikanische Regierung hat infolgedessen Herrn Morgenthau beauftragt, bei den hiesigen maßgebenden Stellen die Angelegenheit, welche, wie mir amerikanischer Botschafter sagt, amerikanische öffentliche Meinung im höchsten Grade aufregt, zur Sprache zu bringen.

Nach Berichten, die Herrn Morgenthau zugekommen, sind in der Gegend von Van mehrere tausend Armenier ermordet worden.

Außerdem wurden Bewohner armenischer Dörfer vertrieben, Frauen und Kinder vertrieben und von ihren Männern getrennt.

In meinem Berichte von gestern Nr. 33/D habe ich diesen Gegenstand behandelt und mich dahin ausgesprochen, daß ich mich einer jeden Einmischung enthalten möchte. Bei der politischen Bedeutung, welche die Frage aber jetzt angenommen, glaube ich bei nächster Gelegenheit die türkischen Staatsmänner in freundschaftlichster Weise auf die Rückwirkung aufmerksam machen zu sollen, welche ein unmenschliches Vorgehen gegen Christen in der Türkei auf die allgemeine Lage haben könnte, da unseren Gegnern ein neuer Vorwand gegeben wird, mit aller Macht gegen die Türkei vorzugehen.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA XII 209



Armenische Unruhen

Telegramm von Markgraf Pallavicini

Nr. 352
Chiffre

Pera, 2. Mai 1915

Zu meinem Telegramm No. 347 von gestern.

Ich habe gestern Gelegenheit gehabt, Talaat Bey darauf aufmerksam zu machen, daß man – wie ich höre – von russischer Seite bemüht ist, die armenischen Unruhen zu benützen, um die öffentliche Meinung in Amerika gegen die Türkei und die Zentralmächte aufzuhetzen.

Ich sagte ihm, es schiene mir ratsam, in der Sache Vorsicht walten zu lassen, um nicht etwa unnötiger Weise, namentlich durch Verfolgung von Frauen und Kindern, den Gegnern der Türkei die Hetzarbeit zu erleichtern.

Talaat gab mir zu, daß einige tausend, aber nicht nur Armenier, sondern auch Türken, bei den Unruhen zu Grunde gegangen sind, er leugnet aber, daß auch gegen Frauen und Kinder Gewalttaten vorgekommen seien.

Im übrigen dankte er mir für meine Warnung und sagte, türkische Regierung werde sich darauf beschränken, nur gegen die Schuldigen vorzugehen.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA XII 209



Les Kurdes ont fait un grand massacre d'Arméniens

Rapport confidentiel

Nr. 169

Konstantinopel, 2/V. 1915

La sécurité est en danger entre Médine et La Mecque. Des bandes de Bédouins ont intercepté toutes les routes. La caravane sacrée qui rentrait a pu à grand-peine se sauver. Le bataillon qui l'accompagnait a perdu plusieurs hommes dans les engagements avec les bandits.

Les Kurdes ont fait un grand massacre d'Arméniens à Bitlis, Van, Diarbékir et Erzeroum. Le Patriarche était allé faire des représentations auprès du Ministre de l'intérieur, mais il a été mis à la porte.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA XL 272



Die armenische Bewegung

Konfidenten-Bericht

Nr. 174

Konstantinopel, 5/V. 1915

Bisher wurden zirka 500 Verhaftungen unter der armenischen Intelligenz vorgenommen. Unter den Verhafteten befindet sich auch der Chefredakteur des „Sabah“ und türkische Hochschulprofessor Kelekian, der 1895-1896 Sekretär des Revolutions-Patriarchen Izmirlian war, dann amnestiert wurde und in den letzten Jahren sich unter den Türken eine angesehene Stellung errungen. Trotzdem gilt er als der hervorragendste und gefährlichste geistige Führer der Armenier.

Türkischerseits wird behauptet, daß die Armenier hier und in der Provinz gegen englisches Gold Unruhen am Thronbesteigungsfeste des Sultans provozieren sollten, um nach Konstantinopel und in die Provinz viele Truppen von der Bosphorus- und Dardanellenarmee abzulenken und auf diese Weise die Landungsoperationen gelingen zu lassen.

Der frühere erste englische Botschaftsdragoman Fitzmaurice, der gegenwärtig in Sofia weilt, soll an diesen Plänen mitgearbeitet haben. – Es dürften in diesen Anklagen Uebertreibungen stecken, wohl um die angeblichen armenischen Revolten, welche in Erzerum, Van und anderen Orten in Cilicien stattgefunden und von türkischen Massacres begleitet waren, zu begründen.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA XL 272



Türkische Behörden schreiten gegen armenische Bewegung ein

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GENERALKONSULAT
TRAPEZUNT

Z. 23/P

Trapezunt, am 5. Mai 1915

Laut Mitteilungen aus türkischer Quelle wurde eine ausgebreitete armenische Erhebung, die auf russische Einflüsse zurückgeführt wird, durch Gewalttaten armenischerseits gegen die türkischen Behörden in Van eingeleitet, jedoch daselbst, wie es scheint durch kurdische Mithilfe blutig unterdrückt. Die Bewegung machte sich auch in einigen Städten im Innern, Erzerum, Bitlis, Siwas u. s. w. fühlbar und führte überall zum Einschreiten der türkischen Behörden.

Auch hier wurden, vermutlich über Weisung aus Konstantinopel, in der armenisch-gregorianischen Kirche, in der armenisch-katholischen Kapelle, im armenischen Klub und in einer Anzahl von Privathäusern mit Schonung Durchsuchungen

vorgenommen, einige Funde (Waffen, Munition, Bücher etc.) gemacht und wenige Verhaftungen durchgeführt. Dieselben Erhebungen erstrecken sich auch auf die armenischen Dörfer der Umgebung.

Die Stimmung ist hier ruhig, Ausschreitungen sind kaum zu befürchten, obwohl sich bei den Türken verhaltener, infolge der Parteinahme der Armenier für Russland, gesteigerter Groll regt.

Inwieweit bei den Nachrichten aus dem Innern die landesübliche Uebertreibung beteiligt ist, entzieht sich vorläufig der hiesigen Beurteilung.

Gleichlautend berichte ich nach Konstantinopel.

Der k. u. k. Konsul: KWIATKOWSKI

P. S. Von andrer Seite erfahre ich jedoch, dass die Erbitterung über den drückenden Militärdienst und die schonungslosen Requisitionen die armenischen Ausschreitungen veranlasst hätten.

KWIATKOWSKI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA I 944



Angebliche Revolution im Gebiete von Van

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 37/P.C

Konstantinopel, am 20. Mai 1915

Aus sicherer Quelle erfahre ich, dass die Lage in den von Armeniern bewohnten Gegenden eine recht ungünstige ist. Speziell im Gebiete von Van soll eine richtige Revolution ausgebrochen sein, welche man türkischerseits blutig zu unterdrücken im Begriffe steht. Ob dies in vollem Umfange gelingt, steht noch dahin.

In Konstantinopel selbst scheint man die seinerzeit eingeleitete Verhaftung von armenischen Notabeln vorläufig eingestellt zu haben, doch herrscht hier noch immer ein lebhaftes Misstrauen gegen die Armenier vor, das von denselben in vollem Masse erwidert wird.

Mein amerikanischer Kollege hat jüngst neuerlich versucht, mich für die Armenier zu interessieren, doch erklärte ich ihm, dass ich jetzt nicht in der Lage wäre, diesfalls etwas zu tun.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 209



Armenische Bewegung in Samsun

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GENERALKONSULAT
TRAPEZUNT

Z. 30/P

Trapezunt, am 31. Mai 1915

Von den in Samsun verhafteten (beiläufig 40) Armeniern starb einer bald nach der Einlieferung – angeblich infolge von Misshandlungen – im Gefängnisse. Die Leiche wurde nachts beerdigt, die von der Familie geforderte Leichenöffnung behördlich verweigert. Das Grab wird polizeilich bewacht und von Zeit zu Zeit mit Kalkwasser begossen.

Bei den Hausdurchsuchungen wurden Waffen und Handgranaten, sowie angeblich auch ein Geschütz (?) gefunden.

Die Verhafteten wurden vorläufig nach Baffra gebracht.

Gleichlautend berichte ich nach Konstantinopel.

Der k. u. k. Konsul: KWIATKOWSKI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XXXVIII 368



Schutz und wirtschaftliche Förderung für das armenische Volk durch Rußland

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GENERALKONSULAT
TRAPEZUNT

Z. 31/P

Vgl. Nr. 23 u. 30/P

Trapezunt, am 9. Juni 1915

Im Hinblick auf die letzten armenischen Kundgebungen und die mögliche Aufrollung der armenischen Frage gelegentlich der künftigen Friedensverhandlungen scheint mir eine Aeusserung des hiesigen armenisch-gregorianischen Prälaten einiges Interesse zu verdienen.

Im Zusammenhange mit den kürzlich gegen die Armenier getroffenen Massregeln sagte mir der Prälat, die Armenier wären schon mit der Verwirklichung der im Vorjahre angekündigten Reform (Generalinspektoren u. A.) zufrieden und habe das Patriarchat seine diesbezügliche Unterstützung zugesichert, die Armenier zögen die türkische der russischen Herrschaft vor, da sie in der Türkei ihre Religion und Sprache erhalten konnten, während in Russland ihr Volkstum bedroht sei.

Nach meinen hier, und im Vorjahre auch in Erzerum gemachten Wahrnehmungen, glaube ich, dass der Prälat mit seinen Anschauungen vereinzelt steht, – oder

nicht die Wahrheit sprach. Der Grossteil der Armenier erwartet von der Türkei nach den vielen Versprechungen und Enttäuschungen nichts mehr. Allerdings entspricht auch die russische Herrschaft nicht ihrem Ideal, bezüglich dessen das religiös und politisch gespaltene armenische Volk sich nicht einigen kann. Allein es findet bei Russland, abgesehen von der nahen Glaubensverwandtschaft, immerhin einigen Schutz und wirtschaftliche Förderung. Darum auch seine, seit Kriegsbeginn noch verstärkte Hinneigung zu Russland und dessen Verbündeten, darum auch das Eintreten der russischen Politik für die Armenier; Beweis dessen: das Einvernehmen mit der Türkei hinsichtlich der Armenier (Jänner 1914) und die diesbezügliche Erklärung Sasonoffs [Sasonows] in der letzten Duma-Tagung, die im Orangebuch behauptete Durchkreuzung der russischen Bemühungen für die Armenier durch deutsche Ränke und die Verknüpfung der armenischen Frage mit der Sehnsucht nach Konstantinopel und den Dardanellen in der russischen Presse.

Brachte es die russische Politik zustande, die Armenier ihren Zwecken dienstbar zu machen, so gelang es ihr auch, deren Todfeinde, die Kurden, teilweise auf Russlands Seite zu ziehen. Der russische Einfluss wuchs seit Verkündigung der Verfassung namentlich unter den Kurden des Vilayets Bitlis, geschickt wurde ihre Unzufriedenheit genährt, Waffen ihnen zugewendet, der Aufstand von Bitlis (Anfang April 1914) versteckt gefördert und einige Verschwörer im dortigen russischen Konsulate geborgen. Selbst das Organ des General-Statthalters in Tiflis trat bei diesem Anlasse offen für die Kurden ein, so dass sich die türkische Regierung zu strengen Abwehrmassregeln (18 Hinrichtungen, bei 100 Verbannungen) veranlasst sah.

Strebt Russland auf diese Weise auch über Armenien seinem Ziele entgegen, so gewinnt anlässlich der nunmehr frei einbekannten russischen Bemühungen die beabsichtigte Bildung eines Georgischen Staates, beziehungsweise eines kaukasischen Staatenbundes, erhöhte Bedeutung, da sich der neue Staat nicht bloss den russischen Bestrebungen entgegenstellen würde, sondern auch berufen sein könnte, das Erbe der Türkei in Ost-Anatolien anzutreten. Diese Gefahr wird die Türkei in demselben Masse bannen, als sie aufrichtig, rasch und kräftig die angekündigte Reform in Angriff nimmt, mit der bisherigen Gleichgiltigkeit gegenüber den Bedürfnissen der Bevölkerung und mit der bisher geübten Willkür und Bedrückung bricht. Bei der bekannten Unzulänglichkeit ihrer Beamtenschaft wird die Türkei zur Durchführung der Reform der europäischen Mitarbeit bedürfen, und da mag unter veränderten politischen Verhältnissen auch unserer Monarchie auf manchen Gebieten Gelegenheit zu wirksamer Betätigung geboten sein.

Gleichlautend berichte ich nach Konstantinopel:

Der k. u. k. Konsul: KWIATKOWSKI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHSStA PA XXXVIII 368



Englische und russische Agitation hat viel Zündstoff aufgehäuft

Konfidenten-Bericht

Nr. 216

Konstantinopel, 10/VI. 1915

In letzter Zeit wurden in Siwas, Bitlis und anderen Plätzen, in denen Armenier in grosser Zahl ansässig sind, aber auch in Konstantinopel erhebliche Bombenfunde gemacht. Die Zeitungen sprachen nicht darüber, doch sollten die bekannten Enthüllungen des „Tanin“ die Aufdeckung neuerer Umsturzbestrebungen vorbereiten. Einzelne bekannte armenische Persönlichkeiten verschwanden über Nacht aus der Hauptstadt und wurden nach Adana u. a. Plätzen geschafft. Wenn auch einige Unschuldige getroffen wurden, so muss man doch einräumen, dass englische und russische Agitation viel Zündstoff aufgehäuft hat.

Vor der italienischen Kriegserklärung an Oesterr.-Ungarn wurde ferner eine aus Pera stammende Korrespondenz an das feindliche Flottenkommando vor den Dardanellen entdeckt, die mit unsichtbarer Tinte geschrieben war. Der Feind wurde aufgefordert, in Konstantinopel binnen 5 Tagen einzuziehen und die christliche Fahne wieder auf der heiligen Sophie aufzupflanzen. Als die Antwort eintraf, dass dies wohl erst in 10 Tagen möglich sein werde, wurde die Versicherung vor die Dardanellen geschickt, dass die Christen zu den Befreiern auch gegen die türkischen Bajonette stehen würden. Die Schriftzüge wurden entwickelt und gegen 40 katholische Geistliche und Brüder sowie 20 Schwestern französischer und italienischer Nationalität ins Gefängnis abgeführt, wo sie die Korrespondenz als von ihnen herrührend und unterschriftlich vollzogen anerkannten. Der italienische Botschafter, Marquis Garroni, hatte 4-5 der Schuldigen noch kurz vor der Festnahme heimlich weggeschafft. In der türkischen Armee ist infolge dieser verschiedenen Ereignisse eine grosse Bereinigung vorgenommen worden, indem die Armenier und Griechen entwaffnet und nur mehr zu Arbeiten an Wegen, Verschanzungen und ähnlichen Verrichtungen herangezogen werden. Die Gewehre u. Munition der christlichen Soldaten wurden an die Mohammedaner verteilt.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA XL 272



Ereignisse in Erzerum

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GENERALKONSULAT
TRAPEZUNT

Z. 32/P

Trapezunt, am 12. Juni 1915

Umstehend fasse ich die Mitteilungen eines Kapuziners und eines Beamten der Dette Publique, die kürzlich aus Erzerum hier eintrafen, über dortige Vorkommnisse der letzten Monate zusammen.

Gleichlautend berichte ich nach Konstantinopel.

Der k. u. k. Konsul: KWIATKOWSKI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

I. Der *Vali* Tachsin Bey, früher in Wan, seit November 1914 in Erzerum, ist nur scheinbar europäerfreundlich; er leitet die Verwaltung, wälzt aber nach Bedarf die Verantwortlichkeit ab. Für die durch Epidemien und Nahrungsmangel schwer heimgesuchte Stadt tat er nur wenig und wandte seine Aufmerksamkeit hauptsächlich der Unterkunft und Verpflegung der Truppen zu. Die Mörder des auf offener Strasse im Februar getöteten Vizedirektors der Ottoman-Bank in Erzerum, eines Armeniers, sind noch nicht verhaftet. Immerhin verhinderte Tachsin Bey im März über Verwendung einflussreicher Türken ein drohendes Armenier-Gemetzel und beschränkte im Mai die Ausweisung der Armenier auf die Dörfer um Erzerum.

II. *Deutschland*. Nach den schweren türkischen Verlusten im Jänner dieses Jahres machten sich namentlich in Offizierskreisen Erzerums Stimmen gegen Deutschland geltend, das beschuldigt wurde, die ungenügend vorbereitete Türkei zum Kriege getrieben zu haben. „Wir sind die Gendarmen Deutschlands“ (auch hier vereinzelt).

Gegen die auch in Konstantinopler Blättern angekündigte Eröffnung einer deutschen Schule in Erzerum wurde u. a. im dortigen „Bairak“ Stimmung gemacht, die Errichtung der Schule unterblieb. (16. Februar 1915)

III. *Behandlung der Armenier*. Im Jänner-Februar 1915 wurden in mehreren armenisch-katholischen Dörfern des Tortum Gewalt-Taten begangen. Zwei armenisch-katholische Priester wurden verhaftet und erst nach einigen Wochen freigelassen.

Im Zusammenhange mit den Ereignissen in Wan erfolgten in Erzerum bei zahlreichen Armeniern Durchsuchungen, über 100 Verhaftungen, die aber nicht aufrecht erhalten wurden, in der Folge 15 Ausweisungen (Verbannungen).

Während der ganzen Zeit litten die Armenier besonders unter den militärischen Leistungen.

Das Verhältnis zwischen Türken und Armeniern ist gründlich vergiftet.

IV. *Behandlung der fremden Konsulate* und ihrer Angehörigen. Der russische Generalkonsul wurde am 1. November 1914 nachts mit seiner leidenden Frau und dem Vizekonsul zur schleunigen Abreise, vorerst nach Konia, veranlasst, der

englische Konsul hingegen fand rücksichtsvolle Behandlung; der französische Vizekonsul war schon vor Kriegsbeginn abgereist.

Die Dragomane des französischen und englischen Konsulates wurden, nachdem sie durch zwei Tage im Konak bei ungenügender Nahrung im kalten Zimmer gefangen gehalten waren, Ende November 1914 nach Kaisarieh gebracht; die Kawassen und Diener dieser Aemter mussten die Reise dorthin unter Eskorte zu Fuss zurücklegen. Drei Diener des dem Russischen Generalkonsulate in Erzerum zugeordneten Offiziers wurden hingerichtet.

Die Konsulate der feindlichen Mächte werden zu Spitalszwecken verwendet.

V. *Begleiterscheinungen des Krieges.* Da auch das militärärztliche Personal schwere Verluste erlitt, musste auf verschiedene Weise Ersatz geschaffen werden; so betätigte sich ein Zahnarzt als Internist und Chirurg in Erzerum, ein anderer Zahnarzt in der Quarantäne in Kadrak.

Alle geräumigen Häuser, die Schulen, das armenisch-katholische Bistum dienen als Kasernen und Spitäler.

Der Bedarf der Truppen, Verwundeten und Kranken wuchs mit der Strenge des Winters; während hier heute noch ansehnliche Vorräte lagern, mussten in Erzerum drückende Leistungen, namentlich an Brot, Mehl, Bekleidung, erhoben werden.

Dem empfindlichen Holzangel fielen u. a. die Bänke und sonstiges Holzwerk des Collège français, das Gebälk zweier grosser Han's und hölzerne Wagen zum Opfer.

HHStA PA XXXVIII 368



Hinrichtung zahlreicher Armenier

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 47/P.E

Konstantinopel, am 18. Juni 1915

In letzter Zeit sind in Constantinopel selbst und in den Provinzen zahlreiche Armenier von Kriegsgerichten zum Tode durch den Strang verurteilt und hingerichtet worden. An 20 Armeniern wurden solche Todesurteile vor zwei Tagen im hiesigen Kriegsministerium vollzogen. Die Regierung hat ein Communiqué veröffentlicht, welches besagt, dass sich die Hingerichteten der Teilnahme an Umsturzbewegungen und der Verbreitung falscher Nachrichten schuldig gemacht hatten.

Diese scharfen Massnahmen gegen die Armenier stehen offenbar auch mit den revolutionären Vorgängen in Armenien und speziell mit dem Vordringen der Russen auf Van in Zusammenhang. Es sollen noch weitere zahlreiche Verhaftungen in Kleinasien bevorstehen.

In der christlichen Bevölkerung hat dieses strenge Vorgehen der türkischen

Regierung selbstverständlich einen sehr schlechten Eindruck gemacht, aber selbst in jungtürkischen Kreisen werden diese Massenverhaftungen und Hinrichtungen, welche auf die Initiative Talaat Beys zurückgeführt werden, als eine verfehlte Politik bezeichnet.

Der amerikanische Botschafter ist kürzlich über Ersuchen der Regierungen der drei Ententemächte beauftragt worden, der Pforte mitzuteilen, dass England, Frankreich und Russland die türkischen Machthaber für die gegen die Armenier ergriffenen Massnahmen persönlich verantwortlich machen. Der Grossvezier war, wie ich erfahre, über diese Mitteilung Herrn Morgenthau auf das Höchste entrüstet und soll ihm gegenüber daraus auch gar kein Hehl gemacht haben. PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 209



Agitation gegen die Regierung

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. KONSULAT
ALEPPO

Z. 7/P
Streng vertraulich

Aleppo, am 24. Juni 1915

Mit einem Aufwande von enormen Geldsummen ist seitens der Entente in den letzten zwei Monaten ein verzweifelter Versuch gemacht worden, sämtliche Gegner der Regierung zu mobilisieren und im Lande die seit Kriegsbeginn angestrebten Unordnungen, beziehungsweise Massacres zu provocieren. Die Erfolge der Entente stehen in keinem Verhältnisse zu den Anstrengungen. Wohl sind blutige Ausschreitungen der Armenier in den Grenzprovinzen zu verzeichnen, sowie eine gewisse Unruhe in den übrigen führenden christlichen und auch liberalen arabischen Kreisen zu konstatieren, doch auch der neue Versuch kann als gänzlich gescheitert angesehen werden. Bei der letzten Aktion haben der Entente, meinem Eindrucke nach, die italienischen und amerikanischen Konsularfunktionäre desgleichen Staatsangehörige der genannten Länder kräftigst Vorschub geleistet. Weiters hat sich um die Sache der Entente die hier blühende Freimaurerei besondere Verdienste erworben. Man kann sagen, dass von ihr aus die regierungsfeindliche und ententefreundliche Opposition geleitet wird. In ihren Reihen befinden sich alle diejenigen vereinigt, welche auf nicht ehrlichen Wegen zu Ehren und Geld gelangen wollen.

Die Deutschen, welche hier ihre auf Gewinnung der Sympathien der Christen gerichtete Politik fortsetzen, haben ahnungslos der Wühlarbeit der Entente manchen Dienst geleistet, da einige ihrer christlichen Vertrauensmänner unter deutscher Aegide tatsächlich die Zwecke der Entente fördern.

Gegenwärtig befinden sich in Aleppo zirka 6000 Armenier, welche aus Dertiol und anderen Städten des Hinterlandes aus Gründen der öffentlichen Ordnung hieher abgeschafft worden sind.

Gleichlautend berichte ich sub Z. 10/P. nach Konstantinopel.

Der k. u. k. Konsul: DANDINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XXXVIII 366



Die Hinrichtungen von Armeniern in der Provinz dauern fort

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 49/P.E

Zu Bericht Nr. 47/P.E vom 18. Juni 1915

Konstantinopel, am 24. Juni 1915

In meinem einschlägigen Berichte erwähnte ich, dass dem Vernehmen nach hier noch weitere Hinrichtungen von Armeniern wegen Hochverrat erfolgen sollten. Wie ich von meinem amerikanischen Collegen erfahre, hat sich nun Enver Pascha demselben gegenüber jüngst dahin geäußert, dass dies nicht der Fall sei. Er habe gleichzeitig hervorgehoben, dass die Regierung, gegen die armenische Nation als solche garnichts habe, sondern durch die erfolgten Executionen bloss die armenischen Geheim-Comités treffen und jenen Armeniern, die mit Russland pactieren, ein abschreckendes Beispiel geben wollte.

Von anderer Seite höre ich, dass die Hinrichtungen von Armeniern in der Provinz fort dauern, und dass die Regierung in den bezüglichlichen Prozessen mit äusserster Strenge vorgeht.

Meiner Ansicht nach geschieht dies zum Teile auch deshalb, weil die am Ruder befindlichen türkischen Staatsmänner seitens der Armenier Attentate gegen ihre Person befürchten. Hiefür liegen verschiedene Anzeichen vor. Bezeichnend ist diesfalls nachstehender Fall. Gestern suchten zwei Offiziere den Militärbevollmächtigten, General Pomiankowski, auf, um ihm im Auftrage Enver Paschas anzuzeigen, dass der Hilfs-Drigoman, A. Lazar (armenischer Nationalität) im Amte für die Armenier Waffen verborgen habe und baten zugleich, ihnen die Erlaubnis meinerseits zu erwirken, im Amts-Lokale Nachforschungen pflegen zu dürfen. Ich habe diese Erlaubnis natürlich rundweg verweigert, den Offizieren aber den Sachverhalt erklären lassen, worauf sich dieselben entschuldigten und entfernten. Die Sache ist nämlich die, dass Lazar über Auftrag Luxuswaffen von Angehörigen der Kolonie in amtliche Verwahrung übernommen hat. Durch diese Massnahme wurde eine hier-

amtliche Stellungnahme zu den ergangenen polizeilichen Verfügungen betreffend den Besitz von Waffen durch Private vermieden, überdies auch Unannehmlichkeiten für Kolonienmitglieder vorgebeugt.

Ich erwähne diesen Vorfall bloss, weil derselbe ein Zeichen dafür ist, wie hier zur Zeit die Spionage floriert und welche Furcht die hiesigen leitenden Personen vor Attentaten haben.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass das Vorgehen der Regierung den Armeniern gegenüber ein falsches war. Letztere sind den Türken allerdings von jeher feindlich gesinnt, sie waren aber auch nicht die Freunde der Russen, weil sie vermöge ihrer sehr freisinnigen Tendenzen für Russland wenig Vorliebe haben konnten. Durch die ungeschickte türkische Politik wurden aber die Armenier, genötigt zwischen zwei Uebeln das geringere zu wählen, direct in die Arme der Russen getrieben.

Ich bin überzeugt, dass der hiesige armenisch-gregorianische Patriarch stets mit Russland Fühlung besass, und dass er nun, nach den letzten Ereignissen, samt seinem ganzen Clerus mehr denn je mit Russland sympathisiert. Durch das Vorgehen der hiesigen Regierung scheint die armenische Frage jedenfalls in ein Stadium getreten zu sein, das den Türken recht gefährlich werden kann, besonders wenn die Russen in Armenien weiter vordringen, in welchem Falle sich die Armenier denselben dort wohl rückhaltlos anschliessen dürften. Es scheint mir überhaupt nicht ausgeschlossen, dass wenn die Situation sich aus irgendeinem Grunde hiefür günstig gestalten sollte, in der Hauptstadt selbst plötzlich ein Armenieraufstand ausbrechen könnte.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 209



Armenische Bewegung in Trapezunt

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 49/P.F

Konstantinopel, am 24. Juni 1915

Wie Euer Exzellenz aus der einschlägigen Berichterstattung des k. und k. Generalkonsulates in Trapezunt bekannt ist, hat die armenische Bewegung auch dort sehr stark um sich gegriffen und zu scharfen Repressivmassnahmen der türkischen Behörden Anlass gegeben. In Ergänzung seiner diesbezüglichen Berichte sind in den letzten Tagen auch kurze telegraphische Meldungen Konsul von Kwiatkowski's hier eingetroffen, die besagen, dass die behördliche Räumung von mehreren Ortschaften im Inneren von Armenien fort dauert. So sollen die Armenier aus Erzindjan

[Erzinghian] und Baiburt ausgewiesen worden sein und dasselbe Los stehe ihnen auch in Trapezunt bevor, wo in der Stadt allein an 300 armenische Familien wohnen. Konfiskationen von Zigarettenpapier mit armenischen Zeichen und Verhaftungen der Verkäufer wurden bereits vorgenommen.

Der dortige armenisch-gregorianische Praelat wurde ferner wegen angeblicher Urkundenfälschung militärgerichtlich verfolgt und musste behufs Vornahme der Untersuchung am 18. Juni von Trapezunt nach Erzerum abreisen.

Auch scheint der armenisch-katholische bischöfliche Vikar, der ein Greis ist, bedroht zu sein, ebenso wie die dortigen Mechitaristen, die unter keinem Schutze stehen.

Unter diesen Umständen hat sich Herr von Kwiatkowski anher mit der Anfrage gewendet, welche Haltung er bezüglich der katholischen Armenier einnehmen soll. Ich habe ihm geantwortet, er möchte sich bis auf weiteres in dieser Frage ganz passiv verhalten.

Meine Antwort ist durch die heutige politische Lage begründet, die unsere Stellung den Türken gegenüber in allen Angelegenheiten, in welchen ihre Unabhängigkeit von jedem europäischen Einfluss in Frage kommen könnte, zu einer sehr heiklen gestaltet und – um nicht die türkischen Suszeptibilitäten zu verletzen – es mir sehr erschwert, mit eventuellen Vorstellungen an die Pforte zu Gunsten der katholischen Armenier heranzutreten.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHSStA PA XII 209



I. BEILAGE ZUM BERICHT NR. 50/P. C DDO. KONSTANTINOPEL 27. JUNI 1915 [SIEHE S. 196]

Alle Armenier haben das Vilajet binnen fünf Tagen zu verlassen

Abschrift

des vom k. und k. Generalkonsulate in Trapezunt unterm 26. Juni 1915
an die k. und k. Botschaft gerichteten Telegramms

Armenisch-katholischer Vikar bat mich weinend, nochmals um Intervention für seine Gemeinde. Laut heutiger Verordnung haben alle Armenier, kranke ausgenommen, das Vilajet binnen fünf Tagen zu verlassen und werden im Innern an behördlich bestimmten Orten angesiedelt; Eindruck herzerreissend.

Im Innern Sodraker Hissar sollen Armeniermassaker stattfinden.

Die Verbannung nach Mosul bezweckt offensichtlich den Tod des größten Teils der Ausgewiesenen

Abschrift

des vom k. und k. Generalkonsulate in Trapezunt unterm 26. Juni 1915
an die k. und k. Botschaft gerichteten Telegramms

Hiesige Armenier sollen nach Mossul gebracht werden. Angesichts dieser verhängnisvollen, in keinem Verhältnis zur Schuld der hiesigen Armenier stehenden Massregeln, halte ich es für meine Pflicht, auf die schweren politischen und auch uns treffenden wirtschaftlichen Folgen dieses Vorgehens, das offensichtlich den Tod des grössten Teiles der Ausgewiesenen, – darunter viele Frauen und Kinder, bezweckt, hinzuweisen. Vielleicht ist es doch möglich, in letzter Stunde eine Milderung durchzusetzen und die harten Massregeln nur auf Männer zu beschränken; vielleicht wäre die Internierung der Armenier im Innern des Vilajets möglich. Die Verbannung nach Mossul kommt bei der grossen Entfernung mangels Unterkunft und Verpflegung an der verseuchten Strecke einer Verurteilung zum Tode gleich (Kollegen teilen meine Ansicht).

Die Gerüchte betreffs des Todes des armenischen Prälaten auf der Reise nach Erzerum und die Verunglückung der vorgestern abends mittelst Segler abtransportierten Armenier verzeichne ich unter Reserve.

HHStA PA XII 209



Armenische Ausweisungen aus Trapezunt

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 50/P.C
zum Bericht Nr. 49/P.F vom 24. Juni 1915
2 Beilagen [Siehe S. 195 u. 196 oben]

Konstantinopel, am 27. Juni 1915

Aus Trapezunt sind soeben die abschriftlich angeschlossenen zwei Telegramme eingelaufen, die das Schicksal der dortigen Armenier in einem sehr traurigen Lichte erscheinen lassen. Aber auch von anderer Seite höre ich, dass die aus ihrer Heimat vertriebene armenische Bevölkerung nicht nur dem grössten Elend preisgegeben wird, sondern auch einer gänzlichen Ausrottung durch die auf sie lauenden kurdischen Banden entgegengeht.

Unter solchen Umständen werde ich trotz der von mir einberichteten Bedenken versuchen, in freundschaftlicher Weise auf Talaat Bey einzuwirken und ihm vor Augen zu führen, dass die Türkei durch ein solches Vorgehen nur sich selbst schadet und die von ihren Feinden vorgebrachten Anschuldigungen rechtfertigt.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

P.S.: Nach Fertigstellung dieses Berichtes sah ich Baron Wangenheim, der mir sagte, dass er heute Gelegenheit hatte, mit dem Grossvezir im obigen Sinne zu reden und dass derselbe die von meinem deutschen Kollegen vorgebrachten Argumente als richtig erkannte.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 209



Der Aufstand der Kurden

Konfidenten-Bericht

Nr. 239

Konstantinopel, 28/VI. 1915

Der kurdische Aufstand hat an Ausdehnung zugenommen. Die Bezirke Wan, Bitlis, Dersim und Musch sind von ihm ergriffen. Man schenkt ihm auch seitens der türkischen Regierung nunmehr volle Beachtung. Seitens des Komitees wurden zwei türkische Beys, einer aus Erzinghian, der andere aus Kamach, westlich Erzinghian, abgeschickt, um mit den Aufständischen zu verhandeln. Armenier und Kurden vereint, waren unter russischer Anleitung und mit russischer Unterstützung mit der Bildung eines eigenen Staatswesens mit Selbstverwaltung vorgegangen.

Enver Pascha hatte bereits vor einiger Zeit seinen Schwager Djevdet Bey, Generalgouverneur von Wan, und den Kommandanten in Erzerum, Halil Bey, nach Urmia, der Hauptstadt der persischen Provinz Aserbaidshan, abgeschickt, um den Herd der kurdischen Erhebung aufzufinden. Diese Mission, gelegentlich welcher Djevdet Bey an der persischen Grenze verwundet wurde, hatte Fiasko gemacht.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA XL 272



Abtransport soll Donnerstag beginnen!

Abschrift

des vom k. und k. Generalkonsulate in Trapezunt an die k. und k. Botschaft
gerichteten Telegramms vom 29. Juni 1915, Nr. 100

Vertraulich

Von verlässlicher Seite erfahre ich, dass das jungtürkische Komité vor einigen Tagen unter den Georgiern wegen armenischen Massakers werben liess; unterblieben über Einsprache des georgischen Komités; heute schreckliche Szenen auf der Strasse, in Kirchen, Konsulat. Abtransport soll Donnerstag beginnen!

Bitte um ausgiebige Milderung der gegen die Armenier getroffenen Maßregeln

Abschrift

des vom k. und k. Generalkonsulate in Trapezunt an die k. und k. Botschaft
gerichteten Telegramms vom 29. Juni 1915, Nr. 101

Angesichts der heutigen Schreckenszenen, der Todesangst Tausender unschuldiger Frauen, Kinder, Greise, bitte ich Euer Exzellenz im Einvernehmen mit allen Kollegen über warme Bitte des hiesigen griechischen Metropoliten und seiner Gemeinde in letzter Stunde nochmals inständig an entscheidender Stelle auf ausgiebige Milderung der gegen die Armenier des Vilajets Trapezunt und Sandjak Samsun getroffenen Massregeln hinwirken zu wollen; schon der Aufschub der Donnerstag beginnenden Ausweisung würde die Möglichkeit weiterer Verhandlungen ergeben. Genug der zahllosen Opfer im Innern – „retten Sie mir wenigstens *ein* Kind!“ sagte mir heute eine reiche armenische Frau.

HHStA PA XII 209



Internierung von Armeniern ins Innere Anatoliens

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 51/P.E
zum Berichte Nr. 50/P.C vom 27. Juni 1915
2 Beilagen [Siehe S. 198]

Konstantinopel, am 1. Juli 1915

Wie ich in meinem obbezogenen Berichte zu melden in dem Falle war, beabsichtigte ich mich bei den massgebenden Faktoren freundschaftlicher Weise dafür zu verwenden, dass bei der Internierung armenischer Familien aus dem Gebiete des Schwarzen Meerbeckens in das Innere des Landes unnütze Härten vermieden werden. Ich war seither in der Lage, den Grossvezier diesbezüglich zu sprechen. Ich hob bei dieser Gelegenheit hervor, dass wenn auch so manche Armenier staatsfeindlicher Umtriebe schuldig oder dringend verdächtig sein mögen, dies jedenfalls nicht bei allen, welche dieses Gebiet bewohnen, zutreffen dürfte, so dass die gegen dieselben unterschiedslos, auch gegen deren Frauen und Kinder angeordnete Massnahme der gewaltsamen Internierung in das Gebiet von Mossul innerhalb einer überaus kurzen Frist, kaum gerechtfertigt erscheine. Der Umstand, dass bei der Art und Weise, wie diese Massnahme durchgeführt werden soll, dieselbe nahezu einem Todesurteil gegen die von derselben Betroffenen gleichkomme, dies aber massgebendenortes nicht unbekannt sein könne, lasse überdies die fragliche Internierung vor der Oeffentlichkeit in einem eigenen, für die Türkei recht inopportunem Lichte erscheinen, welches Moment nur Wasser auf die Mühle der Feinde sein könne.

Said Halim Pascha wandte zunächst ein, dass man die Armenier – nach den gemachten Erfahrungen – ja doch nicht im Küstengebiet des Schwarzen Meeres belassen könne, gab mir aber schliesslich zu verstehen, dass die Leute jedenfalls nicht so weit wie dies in Aussicht genommen war, interniert werden sollten.

Baron Wangenheim hat gelegentlich seiner Demarche in diesem Gegenstande – wie er mir sagte – im selben Sinne argumentiert. Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

P.S. Im Anbuge unterbreite ich Abschriften zweier mir heute über die Zustände in Trapezunt und im Sandjak Samsun vom Generalkonsulate Trapezunt zugekommenen Telegramme. Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 209



Verschickung der Armenier

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 54/P.C
zum Berichte Nr. 51/P.E vom 27. Juni 1915

Konstantinopel, am 8. Juli 1915

Als ich mich kürzlich beim Grossvezier in freundschaftlicher Weise zu Gunsten der Armenier verwendete, gab er mir zu verstehen, dass unnütze Härten bei deren Abschiebung und Internierung vermieden werden würden. Seither höre ich indess, dass dies nicht nur nicht der Fall ist, sondern dass gegen die Armenier in direkt grausamer Weise vorgegangen wird, indem sie vielfach geradezu einer hochnotpeinlichen Behandlung unterworfen werden, um ihnen Geständnisse über geheime Verbindungen, Bombenlager, etc. zu erpressen. Mein amerikanischer Kollege sagte mir, es seien ihm diesbezüglich haarsträubende Dinge bekannt geworden. Die Leute sollen geradezu wie zu Abdul Hamid's Zeiten torturiert werden. Er habe daher verschiedentlich versucht, auf die hiesigen Staatsmänner einzuwirken und die massgebenden Faktoren auf den schlechten Eindruck aufmerksam zu machen, den diese Dinge sowohl in Amerika, als in Europa machen müssten, doch sei dies vergebens gewesen. Talaat Bey lasse sich heute auf diesen Gegenstand überhaupt nicht mehr ein, so dass Herr Morgenthau auf einschlägige Besprechungen ganz verzichten will.

Die türkischerseits gegen die Armenier begangenen Grausamkeiten lassen sich auf die Dauer nicht verhehlen und werden – u. zw. zum Schaden der türkischen Sache – auch ausserlandes bekannt. Tatsächlich hat die bulgarische und rumänische Presse dieses Thema bereits aufgegriffen und in armenisch-freundlichem Sinne behandelt. Leider sind die hiesigen Machthaber von der Unrichtigkeit ihres Vorgehens gegen die Armenier nicht zu überzeugen und liegt die Gefahr nahe, dass diesbezügliche, eindringlichere Vorstellungen bei denselben die Sache bloss verschlimmern. Man hat es hier eben augenscheinlich darauf abgesehen, das nun einmal verdächtig gewordene armenische Element ein für alle male unschädlich zu machen.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 209



Die Verfolgung der Armenier

Konfidenten-Bericht

Nr. 249

Konstantinopel, 10/7. 1915

Als Rache dafür, daß zahlreiche osmanische Armenier in der russischen Kaukasus-Armee dienen, welche gleichzeitig mit der russischen Besetzung des Vangebietes eine aufständische Bewegung, angeblich auch die Bildung einer provisorischen armenischen Regierung unter dem früheren türkisch-armenischen Deputierten Pastirmadschain, hervorgerufen haben, beginnen jetzt die Türken mit der Entfernung der Armenier aus den meisten in der übrigen Türkei von denselben bewohnten Gebieten. Mehrere tausend Armenier, auch die ruhige Bevölkerung, wurden bereits aus den Orten der Schwarzenmeerküste nach dem Innern Anatoliens, meistens nach Mossul, verschickt, wobei die Frauen und Kinder von ihren Männern und Eltern getrennt werden. – Auch die hiesigen Armenier werden weiter strengstens überwacht und die Polizei soll fortwährend nach versteckten Waffen und Dynamit fahnden, womit die Armenier durch Unruhen im gegebenen Momente der Triple-Entente behilflich sein sollen. Zu den bisherigen Verfolgungen gesellt sich nunmehr angeblich auch die Konversion zum Islam. Wie verlautet, sollen einige der hiesigen Kaufleute von ihren Angehörigen im Innern Anatoliens Depeschen erhalten haben, worin die Betreffenden die Mitteilung machen, dass sie den wahren Glauben Gottes (Islam) angenommen haben und ihren Angehörigen anempfehlen, dasselbe zu tun.

Das geschilderte Vorgehen der Türken hat auch eine sehr nachteilige Rückwirkung auf die Deutschen, indem es eine starke deutschfeindliche Stimmung unter den Armeniern schafft, die sich sagen, dass alles dies unter der Duldung der Deutschen geschieht, die doch die ganze Regierung in der Hand haben sollen.

Unbeglaubigten Gerüchten zufolge soll auch unter den Griechen Anatoliens eine Konvertierungsbewegung im Gange begriffen sein.

[K. und k. Ministerium
des Auessern, Wien]

HHSStA PA XL 272



Der Patriarch schlägt vor, die armenische Bevölkerung auswandern zu lassen

K. UND K. MARINEEVIDENZBUREAU

Konfidenten-Nachricht

Res. Nr. 274/KD

Konstantinopel, am 16. Juli 1915

Die amtlichen Berichte besagen:

(...)

Obzwar das Thema etwas fernliegt, so ist es doch interessant, über *Armenien und die Armenier-Verfolgungen* über welche jetzt aus dem Innern mehr Nachrichten kommen, etwas zu erfahren. Es ist unläugbar, daß die Türken es dort mit einer organisierten Revolution zu tun hatten und das genannte Volk nicht in der Hand haben. In Van, wo die Türken eine Art Bartolomäusnacht durchmachten und nachts geschlachtet wurden, herrschte eine aufgestellte armenische Nationalregierung. Gegen 10000 Ueberläufer sollen in den russischen Reihen die Kaukasusarmee verstärkt und ganze armenische Regimenter gebildet haben. Im Innern im Rücken der türkischen Armee wird dieselbe durch Bildung armenischer Banden molestiert und ist es erklärlich, daß die Türkei die schärfsten Repressivmaßregeln anwendet, um der Bewegung Herr zu werden. Die Bilder, welche aus jenen Gegenden Ankommende entwerfen (sie werden auch teilweise von der öster. Skiläufer-Mission des Dr. Pietschmann, welche zurückkam, bestätigt) sehen sehr düster aus, wenn man auch von der bei solchen Anlässen üblichen Uebertreibung absieht. Armenische Männer werden herdenweise zusammengetrieben und niedergeschossen, Weiber und Kinder, welche das Land verlassen müssen, sollen am Marsche in Schluchten gestoßen und ertränkt u. dgl. werden. Die Leiter der armenisch-nationalen Bewegung bemühen sich die Details hierüber den Regierungen der Zentralmächte, der Vereinigten Staaten und der Entente bekannt werden zu lassen. Wie die Leute ihre Sache sehen, kann aus den Protest-Unterredungen, die der armenische Patriarch Ende voriger Woche mit dem Großvezier und dem Minister des Innern Talaat Bey hatte, durchgesehen werden: die ganze armenische Bevölkerung von 9 Vilajets (Provinzen u. zw. Trapezunt, Erzerum, Van, Bitlis, Masmuretulasis, Diarbekir, Sivas, Adana, Aleppo und drei Sandschaks (Samsun, Cesarea [Kaisarieh] und Urfa) wird aus ihren Wohnsitzen vertrieben und weit ins Innere von Kleinasien, in die von Kurden und Arabern bewohnten Teile von Mesopotamien und das südliche Kurdistan, also in der Wüste von Gor und von Viranschahir und zwischen Mosul u. Bagdad zwangsweise verschickt. Infolge der allgemeinen Mobilisierung sind alle wehrfähigen Männer unter den Waffen und der Rest, die Jungen von 15 bis 20 und die Männer von 45 bis 60 Jahren werden von der Regierung für Frohndienste verwendet. Vertrieben wurden also nur die Frauen, die Greise und die kleinen Kinder. Der lange Weg ins Innere müsse zu Fuß zurückgelegt werden, da wegen der Requierierungen keine Wagen vorhanden sind. Die Strapazen seien am Marsche ungeheuer und die wenige Habe die

mitgenommen werden könne, fällt den kurdischen Räuberbanden in die Hand. Die kleine Anzahl der Eintreffenden sei überdies auch dem Tode geweiht, da sie in der Wüste ohne Mittel und ohne Ackerbaugeräte verhungern müßen. Die Worte des Patriarchen fanden nach seiner Aussage kein Gehör und auch sein Vorschlag, die armenische Bevölkerung auswandern zu lassen, wurde nicht angenommen, da die türkische Regierung auf dieses Volk noch nicht verzichtet habe. Nach seiner Erzählung übersteigt die Zahl der massakrierten Armenier 4000. Nicht die Armenier hätten die Türken, sondern diese die Armenier geschlachtet, weil vor dem Rückzuge der Russen aus der Grenzgegend des Vilajets Erzerum, die Armenier die russischen Truppen gut aufgenommen hätten. Als dann die Türken einen Teil des von ihnen wiedereroberten Gebietes nochmals räumen mußten, fielen die Armenier über die Bewohner der türkischen Dörfer her, um sich zu rächen. Nicht nur in Konstantinopel, sondern auch in Adana, Diarbekir und anderen Orten wurden Armenier hingerichtet. Alle armenischen bischöflichen Vikare und sogar Bischöfe seien im Gefängnis. Der Bischof von Diarbekir wurde tödlich geschlagen. Ebenso eine sehr große Anzahl von Armeniern dort und in anderen Orten, dieselben werden überhaupt überall mißhandelt. Das Elend unter dem armenischen Volke sei so ungeheuer, daß Mütter ihre Kinder zu je 5 Piaster verkaufen.

(...)

Die armenische Frage, die von der hiesigen amerikanischen Botschaft aufs Tapet [gebracht] und ventilirt wird, scheint unter dieser „In-Schutz-Nahme“ schärfere Formen anzunehmen. Der Botschafter Mr. Morgenthau erklärt, daß die Vereinigten Staaten so viel Missionen, Schulen und Interessen in den armenischen Vilajets hätten und sich für das armenische Volk einsetzen müßten, so daß es selbst zum Bruche mit der Türkei kommen könnte. (Was freilich platonisch bleiben würde!)

Wie ich aus verlässlicher Quelle hörte, riet Morgenthau den amerikanischen Familien an, sich bereit zu halten, um gegebenenfalls Konstantinopel zu verlassen.

(...)

HHStA PA I 944



Verbannung der Armenier aus Trapezunt. Viele Tausende Unschuldiger sind dem sicheren Tod verfallen

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GENERALKONSULAT
TRAPEZUNT

Nr. 42/P

Trapezunt, am 20. Juli 1915

Nachdem schon Gerüchte betreffend die Verbannung der Armenier im Vilayet Erzerum und die Veröffentlichung des Gesetzes über die Zwangsansiedlung aufrührerischer Volksteile in andere Gegenden den kommenden Ereignissen vorausgeilt waren, verlautbarte die Vilayet-Regierung am 26. vorigen Monats eine Verordnung,

derzufolge alle Armenier behufs Ansiedlung im Innern das Vilayet binnen 5 Tagen zu verlassen hätten. Lähmender Schrecken bemächtigte sich der Bedrohten und erschütternde Vorfälle spielten sich in den folgenden Tagen bei den Behörden und Konsulaten, beim griechischen Metropolit, in der katholischen und amerikanischen Mission ab. Der Vali, kaum ein Europäer- und Christenfreund, der aber in der Behandlung der (Kriegs-)Fremden vornehme Gesinnung bekundet hatte, schien weicheren Regungen nicht unzugänglich und stellte unter dem Drucke verschiedener Einflüsse Schonung der Katholiken, der Kranken, der Greise und Kinder, für welche letztere er Erziehungs-Anstalten unter christlicher Leitung zu errichten sich bereit erklärte, in Aussicht, selbst das Jungtürkische Comité versprach scheinbar, unter der Bedingung der Waffenablieferung, Verwendung in Konstantinopel.

Unter grossen militärischen Vorkehrungen vollzog sich ab 1. Juli ruhig der Auszug der Armenier und bald war es klar, dass die gemachten Versprechungen nicht ernsthaft gemeint waren, denn am 4. Juli (Sonntag) wurden plötzlich die Katholiken, nachdem man sie in Sicherheit gewiegt, ohne dass man ihnen Zeit zu Vorbereitungen gelassen, in aller Hast ausgewiesen; selbst der 73-jährige bischöfliche Vikar, die Schwestern und die Venetianer Mechitaristen, die verdienstlich für die Jugend-Erziehung gewirkt hatten, mussten die Stätte vieljähriger Tätigkeit verlassen. Auch die übrigen Zusagen wurden nicht eingehalten, so dass heute, ausser einer Anzahl von Kindern, die aber nur an mohammedanische Familien hier und an der Küste verteilt wurden, einigen Begünstigten, Schwerkranken und wenigen Beamten, die Armenier die Stadt und das Vilayet verlassen haben. Die Meisten sollen auf dem Landwege nach dem Vilayet Mossul geschafft werden, ein geringer Teil zur See in der Richtung nach Samsun, mit unbekannter weiterer Bestimmung.

Bei der Beschwerlichkeit des Weges, den höchst mangelhaften Vorkehrungen, den vielen, namentlich in den kurdischen Gebieten drohenden Gefahren, werden nur wenige das Ziel erreichen und soll offenbar auf diese Weise nach einem früheren russischen Recepte „L'Arménie sans Arméniens“ die Lösung der armenischen Frage erfolgen.

Es darf allerdings nicht übersehen werden, dass die Armenier den Türken im Hasse nicht nachstanden, dass ihre Gräueltaten und hochverräterische Parteinahme in Wan zugunsten Russlands, sowie die Haltung der Armenier seit Kriegsbeginn die Türken schwer reizen und Gegenmassregeln hervorrufen musste, trotz alledem lässt sich das gekennzeichnete Vorgehen, das übrigens auch unter den Türken vielfach Anfechtung findet, vom menschlichen, politischen und wirtschaftlichen Standpunkte nicht rechtfertigen, da viele Tausende Unschuldiger dem sicheren Tode verfallen und die an materiellen, wie intellektuellen Kräften so arme Türkei neuerlich schwer getroffen wird.

Auch hätte sich eine verschiedene Behandlung der einzelnen Gebiete empfohlen. Waren auch die dichteren Mengen der Armenier in den ost-anatolischen Vilayets für die Türkei eine politische Verlegenheit, hier am Pontus war das armenische Element nicht von Belang, da auf das Vilayet Trapezunt mit 1 000 000 Einwohnern, nur 25 000 bis 30 000 Armenier, auf Samsun (Stadt) mit 35 000 Einwohnern nur 5000 bis 6000 Armenier entfielen.

Man muß tief in die Geschichte zurückgreifen, um so gewaltsamen Versuchen zur Vernichtung eines Volkes zu begegnen.

Gleichlautend berichte ich nach Konstantinopel.

Der k. u. k. Konsul: KWIATKOWSKI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XXXVIII 368



Verbannung der Armenier aus Samsun nach Mesopotamien

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GENERALKONSULAT
TRAPEZUNT

Nr. 43/P

Trapezunt, am 20. Juli 1915

Laut Mitteilung unseres dortigen Konsularamtes wurden die Armenier von Samsun bis auf wenige Ausnahmen, zu Beginn dieses Monats nach Mesopotamien verbannt.

Einige Hundert, darunter wenige Katholiken, suchen sich durch Übertritt zum Islam zu retten.

Hier wurde der Religionswechsel zurückgewiesen.

Gleichlautend berichte ich nach Konstantinopel.

Der k. u. k. Konsul: KWIATKOWSKI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XXXVIII



Handelt die Türkei bei der Verbannung der Armenier mit dem Einverständnis der Verbündeten?

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GENERALKONSULAT
TRAPEZUNT

Nr. 46/P
Chiffre

Trapezunt, den 31. Juli 1915

Gegenstand: Verbannung der Armenier.

Offenbar behufs Beschönigung der Behandlung der Armenier erklärte der hiesige Vali mehreren Personen, die Deutschen hätten in Belgien 50000 Menschen hinge-

richtet; der Defterdar behauptet bezüglich unserer Truppen dasselbe Vorgehen in Bosnien. Andere Aeuserungen beschuldigen die Verbündeten der Türkei des Einverständnisses.

Auf Grund übereinstimmender Mitteilungen kann kein Zweifel bestehen, daß eine größere Anzahl der hiesigen Armenier auf der Strecke getötet, andere (Frauen, Kinder) auf Barken in das Meer hinausgeführt und dort versenkt wurden.

Gleichen Bericht richte ich nach Konstantinopel.

Der k. u. k. Konsul: KWIATKOWSKI m.p.*

* m. p. = Abkürzung für manu propria (eigenhändig)

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XXXVIII 368



Evakuierung der armenischen Bevölkerung

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. KONSULAT
ALEPPO

Z. 10/P

Aleppo, am 8. August 1915

Nach beinahe zehn monatigen fruchtlosen Bemühungen zwecks Herbeiführung einer Aenderung in der Haltung der Armenier in den östlichen Vilajets, hat sich die Regierung zu einschneidenden Massregeln entschlossen und die Evakuierung einer grossen Anzahl von Städten und Dörfern angeordnet. Meines Wissens sind von diesen Massregeln die Armenier in Dertiol, Hassan Bekli, Aintab, Killis, Marasch, Zeitun, Osmanie, Basna, Kadi Jemen, Hadschin, Adana, Sis, Tarsus, Diarbekir und Kharput betroffen worden. Die Zahl der Evakuierten wird gegenwärtig schätzungsweise mit 140000 angegeben.

Gerüchte über blutige Massacres sind im Umlaufe, verdienen jedoch wenig Glauben, dagegen kann mit grosser Wahrscheinlichkeit angenommen werden, dass summarische Hinrichtungen gefährlicher armenischer Elemente in grösserer Anzahl im Innern des Landes stattgefunden haben. Die Regierung hat gegenüber dem Treiben der Armenier eine ungewöhnliche Langmut und eine grosse Nachsicht an den Tag gelegt. Noch heute wird mit den Evakuierten ohne Härte vorgegangen. Vereinzelte Uebergriffe der staatlichen Organe dagegen mögen vorkommen.

Ich habe den Eindruck, dass in absehbarer Zeit auch die übrigen christlichen Gemeinden zu leiden haben werden, da deren Haltung während des Krieges keineswegs den Beifall der Regierung gefunden haben kann.

Die Evakuierten werden nach Der-El-Zor, sowie in die östlichen Teile des Vilajets Aleppo dirigiert.

Die wirtschaftlichen Folgen dieser Massregel lassen sich gegenwärtig nicht absehen.

Schuld an diesen Vorgängen trägt, meiner Ansicht nach, in erster Reihe die Entente, welche aus rein selbstsüchtigen Motiven bestrebt war, durch jahrelange bis heute fortgesetzte Wühlereien die Christen in diesen Gegenden zu aussichtslosen Ausschreitungen gegen die Regierung anzustiften.

Gleichlautend berichte ich sub Z. 17/P. nach Konstantinopel.

Der k. u. k. Konsul: DANDINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA XXXVIII 366



Interventions politiques auprès de la Porte à propos des affaires arméniennes

Rapport confidentiel

Nr. 290

Konstantinopel, 9/8. 1915

Sous le prétexte qu'il y a des Arméniens en Bulgarie, le Gouvernement bulgare a commencé à son tour à intervenir auprès de la Porte à propos des affaires arméniennes soi-disant de façon amicale. Le Gouvernement américain continue ses démarches dans la même question et j'apprends que même les Légations de Roumanie et de Grèce auraient attiré verbalement l'attention de la Porte sur les poursuites injustes contre les Arméniens et conseillé amicalement leur cessation. – D'autre part, les Turcs continuent à persécuter les Arméniens. Les Députés arméniens Zohrab et Vartkis ont été tués à Alep; on prétend quand-même que le premier serait mort de mort naturelle. A Ada-Bazar, Sandjak d'Ismid, à 12 heures de Constantinople, tous les Arméniens se sont réfugiés dans les montagnes avec armes à la suite de persécutions par les Turcs. Des troupes ont été envoyées d'ici à leur poursuite. – Les villageois grecs, qu'on expulse de leurs villages du Vilayet de Brousse, incendient leurs villages intentionnellement avant de les quitter.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA XL 272



Die Armenier werden im Gebiete der ganzen Türkei auf das Strengste überwacht

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 66/P.B

Zum h. a.* Berichte Nr. 54/P.C vom 8. Juli 1915

Jeniköj, am 13. August 1915

Die Lage in Armenien ist unzweifelhaft heute eine äusserst ernste. Es unterliegt nach all' den mir von verschiedenen Seiten zukommenden Nachrichten keinem Zweifel, dass die Armenier in den Gegenden von Van, Bitlis etc., aber auch an der Küste des Schwarzen Meeres durch die seit langem in russischem Solde stehenden revolutionären Comités gegen die türkische Regierung aufgehetzt sind, und dieser Krieg benützt werden soll, um Armenien vom türkischen Joch zu befreien. Zur Unterdrückung dieser sehr ernsten Bewegung hat die türkische Regierung die strengsten Massnahmen ergriffen. Es kam zu Aufständen, welche blutig unterdrückt worden sind, wobei türkischerseits mit der grössten Grausamkeit vorgegangen wird. Es werden nicht nur die Schuldigen bestraft, sondern allgemein die Männer getötet, und selbst Frauen und Kinder nicht verschont. Von der Küste des Schwarzen Meeres wurden – wie auch aus Berichten des k. u. k. Consulates in Trapezunt hervorgeht – die Armenier massenweise, und zwar die Männer von den Frauen und Kindern getrennt, in das Landesinnere zum Beispiel nach Mossul verbannt. Dass wohl nur sehr wenige bei dieser enormen Distanz ihr Ziel erreichen, liegt auf der Hand. Die Armenier werden überdies im Gebiete der ganzen Türkei auf das Strengste überwacht, massenweise eingesperrt, und im ganzen Reiche kommt es auf Grund kriegsgerichtlicher Urteile zu sehr zahlreichen Hinrichtungen.

Der amerikanische Botschafter verfügt über Berichte der vielen, im ganzen Reiche verstreuten Missionäre und erzählt mir, dass deren Meldungen von den unerhörtesten Grausamkeiten zu berichten wissen. Nach der Schätzung Herrn Morgenthau's hätten bereits über 100000 Armenier ihr Leben verloren.

Ich besprach neulich den Ernst der armenischen Frage mit dem deutschen Botschafter. Fürst Hohenlohe sprach die Ansicht aus, dass wir die Angelegenheit unbedingt beim Grossvezir zur Sprache bringen und diesen darauf aufmerksam machen sollten, welche Gefahren das unmenschliche Vorgehen gegen die Armenier für die Türkei selbst in sich birgt.

Damals waren die bulgarisch-türkischen Verhandlungen gerade in einer Phase, in welcher Deutschland und wir in der Frage von Kirkkilisse einen starken Druck auf die Türkei auszuüben im Begriffe waren. Ich glaubte Fürst Hohenlohe daher raten zu sollen, mit einer solchen Demarche lieber noch etwas zuzuwarten. Nachdem aber seither die Deutschen ein weiteres Insistiren auf die Nachgiebigkeit der Türkei in dieser Frage aufgegeben haben, und dieser Entschluss die türkische Regierung für Deutschland günstig stimmen musste, suggerirte ich dem deutschen Botschafter,

* h. a. = Abkürzung für hieramtlich

diesen Augenblick zu benützen und versprach ihm, auch meinerseits die Aufmerksamkeit des Grossvezirs auf den Ernst der armenischen Frage zu lenken.

Ich habe dies vorgestern getan und dem Grossvezir in einem durchaus freundschaftlichen Gespräche gesagt, ich wisse sehr wohl, dass unter der armenischen Bevölkerung weitgehende revolutionäre und sogar staatsfeindliche Tendenzen herrschen; es wäre nur selbstverständlich, dass die schuldigen Elemente zur Rechenschaft gezogen und auf das Strengste bestraft würden; ich müsse es aber für einen grossen Fehler halten, dass sich die Regierungsorgane nicht zu rechtfertigender, arger Grausamkeiten, insbesondere gegen Frauen und Kinder zuschulden kommen liessen. Ich machte den Grossvezir auch darauf aufmerksam, dass die Zeit kommen werde, wo die Türkei für diese Politik der Exterminirung eines dem türkischen Reiche immerhin nützlichen Volkes werde zur Verantwortung gezogen werden. Die Türkei dürfe nicht erwarten, dass Oesterreich-Ungarn oder Deutschland ihre Haltung in der armenischen Frage dann irgendwie verteidigen könnten.

Said Halim Pascha konnte dies alles nicht leugnen, er verteidigte sich aber damit, dass die revolutionären und antitürkischen Tendenzen Dimensionen angenommen hätten, welche eine direkte Gefahr für den Bestand des türkischen Reiches bilden würden, wodurch die Regierung zu den schärfsten Massnahmen gezwungen sei.

Fürst Hohenlohe hat gestern in derselben Angelegenheit beim Grossvezir vorsprechen wollen; da er diesen jedoch nicht antraf, so hat er mit Talaat Bey gesprochen, bei welchem zufällig auch Enver Pascha und Halil Bey anwesend waren.

Während ich mich beim Grossvezir auf freundschaftliche Vorstellungen beschränkte, war der Schritt des deutschen Botschafters eine förmliche Demarche, zu welcher er, wie ich anzunehmen Grund habe, von seiner Regierung direkt beauftragt war. Der deutsche Botschafter hat auf der Pforte ein schriftliches aide-mémoire hinterlassen, in welchem unter anderem auch erwähnt wird, dass Deutschland von verschiedenen Seiten der Vorwurf gemacht wird, dass es das Begehen so unerhörter Grausamkeiten und die Exterminirung einer Rasse ruhig mit ansehe und sogar dazu rate.

Die deutsche Regierung hat, meiner Ansicht nach, sehr Recht, sich rechtzeitig gegen diesen Vorwurf, der ihr nicht erspart bleiben wird, zu decken. Der gestrige Schritt des deutschen Botschafters soll ihr offenbar die Handhabe bieten, sich seinerzeit, wenn die armenische Frage und das Vorgehen der Türkei einmal zur Sprache kommen wird, darauf berufen zu können, dass sie die türkische Regierung vor den Folgen ihrer Politik gegen die Armenier gewarnt hat.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 209



Angebliche Liste von Armeniern, die nach der Provinz verbannt werden sollen

Konfidenten-Bericht

Nr. 293

Konstantinopel, 15/8. 1915

Die hiesige deutsche Botschaft soll in der armenischen Frage einen neuen, diesmal angeblich ernsteren Schritt gemacht haben, um die Verfolgung der unschuldigen Armenier zu verhindern. Eine etwaige Vernichtung der ganzen armenischen Nation würde dem Prestige Deutschlands, als einer christlichen Macht, entschieden schaden. Andererseits glaubt man, dass das erhöhte Interesse der deutschen Botschaft zu Gunsten der Armenier auch der Einwirkung des aus Berlin eigens hierher gereisten Professors Lepsius, eines Armenophilen, der auch während der armenischen Wirren der 90er Jahre durch öffentliche Vorträge grosse Propaganda gegen die Türken gemacht hatte, zuzuschreiben ist. Lepsius, der wiederholt die armenischen Provinzen bereiste, hatte das Vilayet Adana besucht, als im Jahre 1913, wie damals gerüchtweise verlautete, Deutschland eine armenische Frage und Auflehnung in Cilicien schaffen wollte. Später, als die Türken hier türkisch-russische, türkisch-französische und türkisch-englische Vereine zur Förderung einer Annäherung an die Tripleentente gründeten, wirkte Lepsius bei der Gründung des deutsch-armenischen Vereines, der in Berlin als Antwort auf diese türkischen Komitees gebildet wurde, mit.

In den letzten Tagen wurden auch in Konstantinopel einige Armenier aus den unteren Ständen verhaftet; es wird angeblich eine Liste von Armeniern, die nach der Provinz verbannt werden sollen, bereit gehalten. Diese gehören alle der Partei der Demokraten an, deren Chef der ägyptisch-armenische Millionär Boghos Nubar Pascha ist. – Ein türkischer Deputierter von Erzerum und einflussreicher Angehöriger des jungtürkischen Komitees sagte mir, dass die Regierung die grösste Mühe entfaltet, damit nicht die von den Armeniern in der Gegend von Van verübten Gräueltaten in der türkischen Öffentlichkeit bekannt würden. Die Folge davon wäre ein schrecklicher Ausbruch der türkischen Rachesucht: Die Armenier hätten in Van die Türken, sogar Frauen und Kinder in einer Weise massakriert, dass die russischen Offiziere unter Androhung von schweren Strafen dem Blutbade einhalt zu tun versucht haben sollen.

In Adabazar, bei Ismidt, von wo alle Armenier zwangsweise vertrieben wurden, wurden zahlreiche Dynamitbomben entdeckt.

Auch sollen Anschläge in Konstantinopel durch die armenischen Komitees in Vorbereitung gewesen sein.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA XL 272



Die Ausweisung der Armenier ist für den auswärtigen Handel und die hiesige Industrie von größtem Nachteil

Abschrift

des von der k. und k. Konsularagentie in Brussa an die k. und k. Botschaft
Konstantinopel gerichteten Berichtes Nr. 441/P vom 16. August 1915

Die hierorts sich aufhaltende armenisch-gregorianische und armenisch-protestantische Bevölkerung wurde am 14. August l. J. seitens der hiesigen Regierung aufgefordert, bis längstens Dienstag den 17. l. Mts. reisefertig zu sein, um in's Innere des Landes (es heisst nach Konia) abgeschoben zu werden.

Es ist ihnen erlaubt worden, nur ihre Möbel zu verkaufen, was jedoch ihre Geschäfte anbelangt, so wurden dieselben behördlich abgesperrt und versiegelt.

Der grösste Teil der armenischen Bevölkerung besteht aus wohlhabenden Leuten, welche sich nicht nur mit dem Handel sondern sich auch sehr viel mit Industrie, wie Seidenspinnerei und Seidenweberei betätigen.

Wenn auch strategische Gründe die Ausweisung dieser Leute erheischen, so ist doch diese Massnahme für den auswärtigen Handel sowie für die hiesige Industrie vom grössten Nachteil.

Viele dieser Armenier haben durch Vermittlung Konstantinopler Kommissionäre aus unserer Monarchie und Deutschland Waren bezogen und ich vermute, dass viele unserer Fabriken durch diese Ausweisungen einen gewissen Schaden erleiden werden.

Der hiesige Generalgouverneur hat mir gestern persönlich mitgeteilt, dass alle Armenier ohne Unterschied auf Geschlecht, Alter und Gesundheitszustand abgeschoben werden müssen, dass die bereits zugesiegelten Handelsgeschäfte derselben nach einigen Tagen durch eine Kommission eröffnet werden sollen, welche zur Liquidierung der Waren zu schreiten hätte. Mit dem Erlöse der Waren sollen auf Grund der Handelsbücher die Gläubiger ausgezahlt und der eventuell sich ergebende Rest auf den Namen der betreffenden Firma beim hiesigen Emniet Sendouk erlegt werden.

Die Einrichtungsstücke der armen Bevölkerung, deren Verkauf schon gestern begonnen hatte, wurden zu Spottpreisen verkauft. Kupferzeug in grossem Masse wurde beinahe verschenkt. Die Reichen haben von ihren Einrichtungsstücken überhaupt nichts verkauft und gedenken ihre Häuser möbliert zurückzulassen.

Die Häuser sollen von der Regierung übernommen, um teils möbliert, teils leer weiter vermietet zu werden. Viele dieser Häuser enthalten sehr reiche Möbel, deren Verkauf unter den gegenwärtigen Verhältnissen und dem grossen Geldmangel nicht nur sehr schwer, sondern undurchführbar wäre.

Es ist mir nicht möglich, die verzweifelte Lage der armenischen Bevölkerung zu schildern. Herzerreissend ist es, wenn man einen Blick auf die von den Armeniern bewohnten Viertel wirft. Männer, Frauen und Kinder jammern; auf den Strassen liegen sämtliche Hauseinrichtungsstücke und sonstiges Hauszeug, welches von Türken und Türkinnen umzingelt ist, in der Absicht, beinahe umsonst sich diese Gegenstände anzueignen.

Nicht nur die christliche, sondern auch ein grosser Teil der muselmanischen Bevölkerung ist durch die Vorgangsweise der Regierung empört und man merkt ihre grosse Unzufriedenheit.

Ich werde nicht ermangeln, falls in der Beschlussfassung der Regierung eine Aenderung eintreten sollte, hierüber nächstens zu berichten.

HHStA PA XII 209



Vertrauliche Weisung, die Verfolgung der Armenier einzustellen

Konfidenten-Bericht

Nr. 300

Konstantinopel, 19/8. 1915

Einer noch nicht bestätigten Nachricht zufolge soll seit gestern ein Umschwung in den Absichten der Regierung in Bezug auf die Armenier eingetreten sein: Die Provinzbehörden sollen bereits die vertrauliche Weisung erhalten haben, die Verfolgung der Armenier einzustellen. Ob dies zutrifft und ob jede Verfolgung dieses Bevölkerungselementes aufhören wird, bleibt jedenfalls abzuwarten. Angesichts der allgemeinen Entrüstung der Türken gegen die Armenier würde es sehr schwer sein, den einmal wieder entfesselten Hass gegen diese Nation zu dämpfen.

Das jungtürkische Regime hatte den Armeniern nach den Massenmassakres unter Abdul Hamid eher Sympathien entgegengebracht, zum Teil als Anerkennung für die unter dem absolutistischen Regime dem jungtürkischen Komitee durch die armenischen revolutionären Komitees geleisteten Dienste. Die Armenier wurden als die nach den Israeliten treueste und ergebenste Nationalität betrachtet, die am leichtesten für die Verwirklichung des nach der Staatseinheit abzielenden Amalgamierungsprogrammes der Jungtürken zu haben gewesen wäre. Doch schon nach den ersten Verfassungsjahren haben die Jungtürken erkannt, dass auch die Armenier Sonderbestrebungen hatten und dass sie, sich auf den Boden der türkischen Staatseinheitsidee stellend, nach der Beherrschung aller anderen Elemente in den ostanatolischen Provinzen, vielleicht in ganz Anatolien, strebten, obwohl sie in den meisten sogenannten armenischen Provinzen in Minorität waren. – Seit Ausbruch des [Ersten] Weltkrieges haben die Armenier an der Ostgrenze eine solche Haltung eingenommen, dass der Ausbruch einer allgemeinen Entrüstung der ganzen türkischen Bevöl-

kerung gegen sie die notwendige Folge davon sein musste. Sie haben nicht nur der russischen Armee bewaffneten Beistand geleistet und für dieselbe tatsächlich die Stadt Van erobert, sondern auch Massenmassakres von Türken inszeniert, und es ist nur fraglich, ob die Türken oder die Armenier zuerst damit begonnen haben. Ausserdem sollen aber die Armenier, nach den türkischen Angaben, auch eine innere Organisation gehabt haben, um im Falle eines russischen Einfalles einen Aufstand hervorzurufen und der türkischen Armee in den Rücken zu fallen. Diese Organisation soll insbesondere im Vilayet Sivas, also auf der Etappenlinie zwischen dem Endpunkte der Eisenbahn Konstantinopel-Angora und Erzerum bestanden haben. Und neuerdings soll eine ähnliche Organisation auch zwischen den Dardanellen und dem Schwarzen Meere, dem Sakariatale entlang, aufgedeckt worden sein. Mittelpunkt der Organisation soll die Stadt Adabasar gewesen sein, wo zahlreiche Bomben entdeckt wurden, so wie an vielen Punkten auf den beiden Ufern des sich ins Schwarze Meer ergiessenden Sakaria-Flusses. Auch Waffendepots sollen dort bestanden haben. – Armenische Banden sollten nämlich im Falle einer Vorrückung der Anglo-Franzosen vom Süden und der Russen vom Norden der türkischen Armee in die Flanken fallen.

Alle diese Entdeckungen, die nur gerüchtweise in die grossen türkischen Massen durchdringen konnten, haben eine tiefe Leidenschaft gegen die Armenier entfesselt. Deshalb der Entschluss der türkischen Regierung, die Armenier in die entlegensten Provinzen des Reiches zu verbannen und die Rücksichtslosigkeit, mit der diese Massregel, die nahezu die vollständige Vernichtung der armenischen Nation in der Türkei zur Folge gehabt hätte, ausgeführt wurde. – Aber eben diese Rücksichtslosigkeit musste notwendigerweise das Interesse und das Menschlichkeitsgefühl auch der Alliierten der Türkei erwecken und die Folge davon sowie der Beschwerden der interessierten Geschäftswelt war, nach wiederholten Ratschlägen, der schriftliche Schritt, den der deutsche Botschafter am 7. I. M. bei der Pforte im Namen seiner Regierung, als christlicher Macht, unternommen hat, um den türkischen Machthabern die Schonung der Unschuldigen zu empfehlen.

Ob jetzt der angebliche Entschluss der Pforte, die Armenier fortan in Ruhe zu lassen, auch tatsächlich ausgeführt wird, wäre stark zu bezweifeln; denn für die seit einigen Jahren eingesetzte Bewegung gegen die christlichen oder richtiger gegen alle nichttürkischen Elemente sind nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche und soziale Momente massgebend. – Den Türken ist der Staat zu klein und zu arm geworden, um davon, wie früher, reichlich und nichtstuend leben zu können. – Zahlreiche mit kleinen Pensionen oder Abfindungssummen abgesetzte Beamte und Zehntausende von vertriebenen oder freiwillig eingewanderten Mohammedanern aus den im Balkankriege verlassenen Gebieten sind in die Türkei zugeströmt. Der überwiegende Teil dieser ganzen Bevölkerung bleibt ohne Beschäftigung. Die entlassenen Beamten, die mit ihren Abfindungssummen kleine Geschäfte gründen wollten, wurden grösstenteils bankrott. Die Türken können gegen die Christen, die sparsamer, besser ausgerüstet und erfahrener sind, bessere Kapitalanlagen besitzen und bisher bei den Banken mehr Kredit geniessen wie die Mohammedaner, nicht ankämpfen. – Daher die frühere Boykottsbewegung gegen die

Griechen, daher die Vertreibungen und gewaltsame Aneignung des Mobilar- u. Immobililvermögens der auswandernden, ausgewiesenen und in die Provinz verbannten Christen.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHSStA PA XL 272



BEILAGE ZU BERICHT NR. 70/P. B DDO. COS-PEL 27. AUGUST 1915 [SIEHE S. 227]

Die Ausweisung der armenisch-gregorianischen Bevölkerung hat begonnen

Abschrift

des Berichtes der k. und k. Konsular-Agentie in Brussa
ddo. 19. August 1915 Nr. 453/P

Seit gestern früh hat die Ausweisung der armenisch-gregorianischen Bevölkerung begonnen. Die armenischen Protestanten bleiben vorläufig noch hier und werden wahrscheinlich nicht abgeschoben werden.

Die hiesige Regierung hat zu diesem Zwecke alle Ochsenwägen aus den benachbarten Dörfern gesammelt und sie für den Transport dieser unglückseligen Menschen bestimmt. Diese Ochsenwägen, welche gewöhnlich zum Transport von Heu und Getreide bestimmt sind, sind oberhalb nicht bedeckt, so dass die Reisenden den glühenden Sonnenstrahlen und dem Regen ausgesetzt sein werden.

Gestern früh wurden circa 500 solcher Wägen bereit gestellt, auf welche Männer, Frauen und Kinder samt ihrem Bettzeug aufgeladen wurden. Diese beschleunigte Auswanderung und das Forttragen der Einrichtungsstücke sah so aus, als ob die Leute sich von einem grossen Brande und Plünderung retten wollten.

Die Zahl der gestern abgegangenen Armenier betrug circa 1800 Personen, welche bis nach Biledjik auf den erwähnten Ochsenwägen und von dort aus per Bahn bis nach Konia gebracht werden sollen. Seit gestern verbreitet sich hierorts das Gerücht, dass die Ausgewiesenen nicht in Konia verbleiben werden, sondern von dort zu Fuss weiter in's Innere (man spricht von Mesopotamien) geführt werden sollen.

Die gestern abgeschobene Bevölkerung bestand aus Familien der ärmsten Klasse. Heute konnte man schon unter den Abreisenden bessere Familien bemerken, die auf ihre Kosten sogenannte Jaili (eine Art türkischer Wagen mit Pferdegespann) mieteten, um die Reise nach Biledjik zu unternehmen. Diese Reise dauert mit einem guten Wagen 17 bis 18 Stunden, und werden dafür gewöhnlich 2 Tage gebraucht. Die Ochsenwägen hingegen, werden kaum in 8 Tagen ihr Ziel erreichen können, und wird es ein Wunder sein, wenn unter solchen traurigen Transportverhältnissen ein

Teil der kleinen Kinder und der alten kranken Leute schon während dieser Reise nicht um's Leben kommen wird.

Sollte sich nun das Gerücht bewahrheiten, dass diese Ausweislinge von Konia aus die Reise zu Fuss fortzusetzen haben, so kann man mit Bestimmtheit annehmen, dass nicht einmal ein Drittel dieser nur aus Brussa abgeschobenen 9000 Personen ihren Bestimmungsort erreichen wird.

Man sagt, dass einige armenische Mädchen bereits Türken geheiratet haben, und andere wieder werden von Türken belästigt und bedroht, um denselben Weg zu folgen. Dies ist das einzige Mittel, um der Ausweisung entweichen zu können.

Der hiesige Markt ist seit vergangenem Freitag tot, alle armenischen Geschäfte sind versiegelt und sollen nur von einer mit der Prüfung der Geschäftsbücher und Liquidirung der Waren betrauten Kommission eröffnet werden.

Die ganze Sachlage macht den Eindruck eines Staats-Fallimentes. Häuser werden auf Grund einer mündlichen Erklärung im Beisein eines Beamten des Defterhané verkauft. Die Käufer sollen, wie ich erfahren habe, lauter Mitglieder des Comités Union & Prog. sein, welche sich die Häuser beinahe umsonst aneignen.

Diese Vorkommnisse müssen den Handel sehr beeinträchtigen, und werden nicht nur türkische Kaufleute, sondern auch Fabriken unserer Monarchie mit grossem Verluste herauskommen.

Es gibt unter den Armeniern Manufaktur- und Kolonial-Warenhändler, die gewiss mit unseren und deutschen Fabrikanten in Geschäftsverbindung standen, und welche auch bestimmt, wenn nicht den ausländischen Fabriken direkt, aber doch durch Vermittlung Konstantinopler Kommissäre grössere Beträge schulden müssen.

Die in ihren Geschäften sich befindende Ware, welche durch die erwähnte Kommission im Liquidierungswege veräussert werden wird, kann von dem, was ich sehe, kaum ein Viertel ihres Wertes erzielen. Blicke nur das unbewegliche Vermögen der Armenier unantastbar, so bestünde unseren Fabrikanten gegenüber eine weitere Deckung für ihre Forderungen.

Demnach, um die Interessen unserer Fabrikanten wahren zu können, wäre es meiner unmassgebenden Ansicht nach angezeigt, dass Schritte bei der Hohen Pforte schleunigst unternommen werden, damit der Verkauf der Immobilien der abgeschobenen Armenier vorläufig eingestellt, die bereits abgeschlossenen fingirten Käufe annullirt, und der Verkauf derselben erst nach definitiver Regelung der Schulden der armenischen Kaufmannschaft ihren Gläubigern gegenüber gestattet werde.

Der k. u. k. Kanzleirat u. Gerent: L. TRANÒ m. p.

Die hiesige Regierung hat den Banken verboten, weder Gelder noch Schmucksachen von Armeniern in Verwahrung zu nehmen

Abschrift

eines Berichtes der k. und k. Konsular-Agentie in Brussa
vom 20. August 1915 Nr. 460/P

Wie es verlautet, sollen viele Kurden sich von Brussa entfernt haben, um die armenischen Auswanderer unterwegs zu überfallen und auszuplündern. Ob diese Nachricht auf Wahrheit beruht kann ich nicht mit Bestimmtheit angeben, weiss aber nur soviel, dass die hiesigen Banken von der hiesigen Regierung den Auftrag erhalten haben, weder Gelder noch Schmucksachen von den Armeniern in Verwahrung zu nehmen.

Es ist mir bekannt, dass viele Armenier nicht nur Geld sondern auch Schmuck mit sich nehmen.

Gleichlautend berichte ich an das k. u. k. Konsulat.

Der k. u. k. Kanzleirat u. Gerent: L. TRANÒ m. p.

HHStA PA XII 209



Die Verfolgung der Armenier dauert fort

K. K. KORRESPONDENZBÜRO
VERTRETUNG IN KONSTANTINOPEL

Korrespondenten-Bericht

Nr. 116

Konstantinopel, am 21. August 1915

Trotz der Nachrichten, wonach die Pforte eine Sistierung der Verfolgung der Armenier angeordnet hätte, dauert dieselbe fort und es wird aus polizeilichen und jungtürkischen Kreisen verbreitet, dass die Regierung neue Anhaltspunkte dafür hat, dass die Armenier auch in Konstantinopel Unruhen inszenieren sollten.

Also hat der Schritt des deutschen Botschafters Fürsten Hohenlohe nichts genützt, sogar eher geschadet, da die Pforte das *corpus delicti* vernichten will, damit nicht etwa während oder nach Friedensschluss die europäischen Regierungen, Deutschland inbegriffen die armenische Frage wieder aufrollen würden.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PL 246

Zwangsvverkauf der Immobilien

Abschrift

des von der k. und k. Konsularagentie in Brussa an die k. und k. Botschaft
gerichteten Berichtes Nr. 464/P vom 23. August 1915

In der gestern nachmittags abgeschobenen dritten Gruppe befanden sich zumeist nur reiche armenische Familien, von welchen alle Grundbesitzer am Vorabend ihrer Abreise um 9½ Uhr durch den Diener des Clubs Union & Progrès aufgefordert wurden, sich behufs Uebertragung ihrer Immobilien in die Defterhané zu begeben. Diesem Befehle leisteten die Armenier sofort Folge und übertrugen zwangsweise ihre Immobilien auf Türken, deren Namen sie erst in der Defterhané erfahren hatten.

Die Zwangsverkäufe wurden auf folgende Weise durchgeführt:

Die Armenier sind rechtzeitig aufgefordert worden, sobald sie vor den Defterhané erscheinen würden, zu erklären, dass sie ihr Haus oder Grundstück eigenwillig verkaufen und dass das ihnen angebotene Geld dem Gegenwerte des verkauften Gegenstandes entspricht.

Im Zimmer, wo die Beamten und einige Zeugen sich befanden, lag auf einem Tische ein Sack mit Geld, welcher dem Verkäufer nach Beendigung der Formalitäten eingehändigt wurde. Der Käufer musste das Geld zählen, erklären, dass es richtig sei und über bereits früher erhaltenen Auftrag das Geld wieder in den Sack legen.

Kaum aus dem Zimmer gelangt, wurde dem Verkäufer das Geld von Türken, die am Eingange warteten, abgenommen und derselbe Geld enthaltende Sack musste für weitere darauf folgende Zwangsverkäufe dienen.

Die Verkäufe sind auf eine so listige Art und Weise durchgeführt worden, dass sich die Armenier nicht nur ihrer Immobilien, sondern auch des ihnen bezahlten minimalen Gegenwertes noch im Gebäude der Defterhané beraubt sahen.

Am erwähnten Abende wurden unter anderen die zwei schönsten Häuser Brussa's übertragen, u. zw. das eine auf den Namen des Clubs Union et Progrès und das andere auf den des Präsidenten des Komités Ibrahim Bey.

Obwohl der hiesige Gouverneur den Eindruck eines guten und gerechten Menschen macht und, wie ich erfahren habe, sein Möglichstes behufs Vermeidung solcher Greuelthaten getan hat, besitzt derselbe nicht diejenige Macht, um sich den Mitgliedern des Komités Union et Progrès entgegenzusetzen zu können. Ich weiss mit Bestimmtheit, dass auch gestern während der ganzen Nacht derartige Verkäufe vorgenommen wurden. Gesprächsweise hat mir der Gouverneur vertraulich mitgeteilt, dass er einen Modus suche, um diese gesetzwidrigen Verkäufe zu verhindern, eventuell auch zu annullieren. Gleichzeitig hat er mir erklärt, dass er für die Sicherheit der armenischen Reisenden die nötigen Massregeln getroffen hat.

Durch die Brotnapppheit und die Teuerung der Hauptbedarfsartikel verschlechtert sich die Stimmung zusehends

HEINRICH ALBERTALL
VERTRETER DES K. K. KORRESPONDENZ-
BÜROS IN KONSTANTINOPEL

APHORISTISCHE BERICHTSNOTIZEN ÜBER DIE HIESIGE SITUATION UND STIMMUNGEN

Streng vertraulich

Konstantinopel, den 24. August 1915

Inhalt:

- I. Vorbemerkung
- II. Nr. 298 Inneres
- III. Nr. 299 Militaerisches
- IV. Nr. 300 Aeusseres
- V. Nr. 301 Deutsches

I. Vorbemerkung

Um denjenigen Persoenlichkeiten, welchen [ich] Copie meiner Berichtenotizen sende, deren Lektuere zu erleichtern, d. h. abzukuerzen und hierdurch also besser zu nuetzen, separiere ich alles Publicistische und sonstige „Kleine Muenze“, welche nur das Literarische Bureau interessiert und demselben nuetzt, und sende es von nun an nur in einer Copie an dieses Departement.

II. Nr. 298 Inneres

Brodmangel in Constantinopel. Der Orient, die Tuerkei ist bekanntlich ein Brodland, die Tuerken sind Brodesser, d. h. das Brod bildet bei den Armen beinahe die einzige Nahrung, bei der besser situierten Masse die Hauptnahrung und auch der Mittelstand sogar die hoeheren Staende verzehren ungleich mehr Brod als im Occident. Die Brodfrage ist somit hier wichtig und gefaehrlich. Wenn man objektiv bleibt, so muss man zugeben, dass ein wirklicher Brodmangel oder gar Brodnot hier nicht existiert. So wie alles wird eben auch die Brodfrage beinahe von allen Beobachtern und Beurteilern uebertrieben. Wahr ist nur, dass in letzter Zeit in den meisten Stadtquartieren (merkwuerdigerweise in allen nicht) die Baecker den Brodverkauf um Stunden verzoegerten, dass deshalb Ansammlungen vor den Baeckerlaeden stattfanden, die sich hier und da zu argen Draengereien, ja sogar Schlaegereien entwickelten, bei welchen es Leichtverwundete gab (jedoch keine Tote, wie behauptet wurde) und dass seither Polizei und die creierte Ersatz-Gendarmerie bei der Brotausgabe resp. Brodverkauf intervenieren muss. Einige male hatten die Baecker fuer die Kaeufer nicht genugendes Quantum Brod, aber auch in dieser Beziehung

machten einzelne, ich glaube constatirt zu haben: rein mohamedanische Quartiere, eine Ausnahme. Kein Wunder also, dass die aengstliche Bevoelkerung beunruhigt ist und durch groessere Brodeinkaeufe, aus welchen Zwieback macht, sich fuer erwartende wirkliche Brotnotlage zu verproviantieren sucht. Man kann also vorlaeufig hoechstens von einer Brodknappheit, aber von keiner Brotnot sprechen. Der Brotpreis ist nicht gestiegen und ist seit November v.J. stationaer. Waehrend des russisch-tuerkischen Krieges 1877/8 war er vier mal hoeher als jetzt. Was ist nun der Grund der besagten Knappheit und Unregelmaessigkeit des Brodverkaefes? Seitens der Baecker wird uebereinstimmend angegeben, dass ihnen nicht genug regelmaessig und nicht genuegendes Quantum Mehl zum Backen ausgefolgt wird. Forscht man weiter nach, so constatirt man, dass daran folgendes schuld ist. Getreide ist hier genuegend vorhanden, dagegen aber kein genuegender Stock von Mehl. Die hiesigen Muehlen, welche seit Kriegsausbruch also schon seit zehn Monaten, wo der Mehlexport aus Russland und Rumaenien aufgehoeht hat, den hiesigen Mehlbedarf besorgen muessen, koennen nur mit grosser Anstrengung die Arbeit bewaeltigen, hie und da brauchen sie auch kleinere oder groessere Reparaturen, manchmal waren auch die noetigen Ersatzstuecke nicht sogleich zu beschaffen. An Kohlen hat es bisher nicht gefehlt, dies ist aber eine Zukunftsgefahr, auf welche ich noch an anderer Stelle zurueckkommen werde. Einigemal wurde die besagte Brodknappheit und Unregelmaessigkeit auch dadurch erzeugt, dass die Militaer-Verwaltung ploetzlich unerwartet groesseres Quantum an Mehl oder Brod beanspruchte. Dass einzelne Stadtquartiere oder Vororte keinen oder viel weniger „Brodmangel“ haben, ist auf unregelmaessige Verteilung von Mehl oder wie schon angedeutet auf eine Art Protektion fuer Mohamedaner zurueckzufuehren. – Buechel-Einfuehrungen und andere Massregel, welche in einzelnen Quartieren fuer die Brod Consumenten eingerichtet wurden, sind nicht genuegend systematisch, nicht zielbewusst, nicht streng und gerecht, um Missbraeuche zu verhueten und erfolgreich zu sein. – Ich habe absichtlich die Brodfrage etwas ausfuehrlich behandelt, weil wie ich im zweitnaechsten Absatz ausfuehren werde, dieselbe der gefaehrlichste Ferment fuer die hiesige Stimmung ist.

Die Teuerung der uebrigen Hauptbedarfsartikel und die Stadtpraefektur. Die Brodfrage, die Teuerung der uebrigen Hauptbedarfsartikel und besonders diesbezugliche Zukunftssorgen und Gespenstersehereien haben in der letzten Zeit eine grosse, allgemeine Unzufriedenheit in der hiesigen Bevoelkerung erzeugt. Die Presse darf ueber alle diese Fragen nichts schreiben, was die Unzufriedenheit erhoecht. Durch Aufklaerung und Beruhigung der Bevoelkerung, Ratschlaege und Vorschlaege an die Behoerden koennte die Presse nuetzlich und calmierend wirken. Ein Ersatz sollte hierfuer die arrangierte Interpellation des Stadtpraefekten im Generalrat der Municipalitaet sein, welche publiziert wurde (siehe Beilage „Hilal“). Fuer die Nahrungsversorgung Constantinopels in naechster und in einer kritischen Zeit sind alle die gemachten Angaben interessant und lehrreich. Man ersieht, dass die Stadtpraefektur erst jetzt durch ein provisorisches Gesetz die noetige Machtvollkommenheit erhielt, dass sie sich erst kuerzlich Controll- und Ausuebungsorgane improvi-

sierter, und dass der ganze Apparat und dessen Funktionierung sozusagen feldmaessig ist, viel Friktionsflaechen hat, leicht gehemmt und sogar versagen kann. Darin liegt eine grosse Gefahr fuer kuenftige Kriegskrisen, welche zu befuerchten sind.

Constantinopler und Provinz-Stimmung. Dieselbe verschlechtert sich zusehend: durch die Brodfrage, Teuerungen der uebrigen Hauptbedarfsartikel (alle diese Suenden werden auf's Conto der Regierung, Stadtpraefektur und Comité gesetzt und behauptet, dass sich deren Mitglieder durch verschiedene diesbezieugliche Operationen bereichern) und andere Kriegsfolgen, ferner durch den Kriegsausbruch mit Italien, durch die geringen Friedensaussichten und die stetig empfindlicher werdenden materiellen und personellen Kriegslasten und Opfer. Unter den Mohamedanern verbreiten sich fast allgemein die Bacillen der Kriegsmuedigkeit, Kriegsmisstimmung und Mißstimmung gegen die Deutschen, welche als Urheber dessen angesehen werden, dass die Tuerkei sich immer mehr und tiefer in den grossen Krieg verwickelt. Die Kriegslust und das Kriegspflichtgefuehl wird nur mehr von der Regierung, Comité und Presse aufrechterhalten. Ueber die vielen und ausgedehnten Provinzen habe ich keine genuegende Uebersicht, aber aus den mir vorliegenden einzelnen Nachrichten laesst sich, glaube ich, mit ziemlicher Sicherheit die Schlussfolgerung ziehen, dass nur in einzelnen, geographisch besonders guenstig gelegenen Gebieten eine bessere Stimmung als hier vorherrscht, in den meisten Gebieten ist sie gleich oder aehnlich und in einigen durch die Naehelikeit des Kriegstheaters, oder wirtschaftlich leidenden Gebieten ist sie zweifellos viel schlechter. – Kurz gesagt: auch die Masse der Mohamedaner sehnt sich jetzt schon nach *irgend* einem Kriegsende wie nach einer *Erloesung*, die erdrueckende Majoritaet der Nichtmohamedaner erwartet dagegen, wie schon letztthin constatiert, einen fuer die Tuerken unguenstigen Kriegsschluss wie eine *Auferstehung* und den Feind wie einen *Messias*.

In den aergsten Tagen der Brodknappheit konnte man oft, angeblich sogar von armen tuerkischen Frauen den zornigen Ausspruch hoeren: „Moechten doch die Englaender kommen, damit wir genug Brod haben.“ Diese Aeusserungen sind zwar bemerkenswert, duerfen aber nicht ueberschaetzt werden. Aehnliche Stimmungsaeusserungen einer Herde wuerden auch anderswo nach so kleiner Nahrungs-Knappheit und Sorgen vorkommen.

Die Regierungs-„Reifen“. Trotz der obbesagten zweifellos, fortschreitenden Verschlechterung der tuerkischen Imponderabilien halte ich jedoch die Talaat-Enver'schen „Reifen“ noch immer fuer *genuegend*, um das alttuerkische „Fass“ mit der jungtuerkischen Fuellung zusammenzuhalten. Dieselben duerften auch noch ein schwereres und gefaehrlicheres *Kriegsrollen* ueberdauern. Ob sie erst bei einer grossen Katastrophe oder schon beim Herannahen einer solchen auseinandergehen, wage ich nicht zu prophezeien. – Kleinere und groessere unguenstige Erscheinungen der letzten Zeit: bis zu offenem Conflict gediegene Friktionen einzelner Departements oder Persoenlichkeiten, angebliche „passive Resistenz“ von Funktionaeren (ich wuerde es als angeborene oder Sommerfaulheit oder Kriegsmuedigkeitsstimmung charakterisieren) Unzulaenglichkeit von Polizei, Gendarmerie und anderer

oeffentlicher Organe usw. duerfen *nicht uebertrieben, ueberschaetzt* und verallgemeinert werden. Die *Hauptsache* ist ja die *Biegsamkeit* und *Widerstandskraft* der obbesagten „Reifen“.

Armenier. Nach meinen, – ich muss aber im Voraus zufuegen nur lueckenhaften Informationen, haben die amerikanischen und deutschen Schritte (ich hoffe, dass auch wir hier und in Wien diesbezugliche *Ratschlaege* gaben) doch ein wenig genuetzt und die Massregel gegen die Armenier zwar nicht aufgehalten, aber doch sichtlich gemildert, wenigstens in einzelnen bekannt gewordenen Faellen. Verhaftungen und Abschiebungen, welche in letzter Zeit hier erfolgten, scheinen nicht zahlreich zu sein und nur Provinz-Armenier zu betreffen. Von armenischen und anderen Seiten wird behauptet, dass die Tuerken die Armenier vernichten oder schwaechen wollen, um sich von der armenischen wirtschaftlichen Domination zu befreien und wirtschaftlich auf eigne Fuesse zu stellen. Nach meinen Erhebungen und Erwaegungen ist diese Behauptung unrichtig. Wie schon letzthin ausgefuehrt habe, ist das armenische Schuldconto schwer belastet und das wirtschaftliche Profitieren ist nicht das Motiv der tuerkischen Massregel, sondern nur eine Gelegenheits-Folgerung und geschieht uebrigens tuerkischerseits ziemlich ungeschickt und unsystematisch. –

III. Nr. 299 Militaerisches (Nur Quintessenzen und fuer unmilitaerische Leser)

Bosporus. Da man einen russischen *Landangriff* nicht mehr befuerchtet, wird die Bosporus Armee immer mehr reduziert.

Adrianopel. Auch von der Besatzung von Adrianopel und ueberhaupt aus diesem ganzen Corpsbereich wurden letzter Zeit wieder Truppen entnommen, was ein Zeichen ist, dass man sich der Bulgaren sicher glaubt.

Tschataldscha. Diese Befestigungslinie wird dagegen fortdauernd weiter ausgebaut; fast die gesamte moderne Armierung ist aber in den Dardanellen und im Bosporus.

Dardanellen. Die drei kritischen Tage des feindlichen Generalangriffes Ende der ersten Dekade dieses Monats sind gluecklich vorueber. Verwundete sind hier 4000 angekommen. Der Verlust an Toten und Vermissten (Gefangenen) wird auf 1500 bis 2000 geschaezt. Die feindlichen Verluste gibt Enver Pascha mit 60000 (!?) an. Dies waere zehnmal mehr als bei den Tuerken und ist daher sicher stark uebertrieben. – Der kleinere Angriff, den der Feind von seiner neueroberten Stellung bei Anafarte in den letzten Tagen unternommen hat, soll ihm nach tuerkischen Angaben ueber 5000 Mann Verlust gekostet haben. – Die Tuerken haben sich von den drei kritischen Tagen materiell und moralisch rasch retabliert. – Tuerken und Deutsche sehen wieder zuversichtlicher in die Zukunft. Das Schreckgespenst ist nur: je laenger der Kampf dauert, desto mehr sich fuehlbar machende Knappheiten an Geschuetzen, Artillerie Munition, Gewehren und *anderem* Kriegsmaterial. „Dafuer zu sorgen, dass dies alles herkommt, ist die erste Pflicht der Deutschen, denn es ist beinahe

schon zu spaet“, sagte mir gestern ein tuerkischer General. – An Menschenmaterial hat die Tuerkei noch keine Not, aber dasselbe verschlechtert sich langsam durch die Verluste, was auch schon in den Dardanellen hie und da empfindlich fuehlbar ist.

Russisches Kriegstheater. Die Eroberung von Van war mehr eine armenische Tat als eine russische. Daher hat durch die tuerkische Wiedereroberung von Van ein *schreckliches* Strafgericht ueber die Armenier des ganzen dortigen Gebietes begonnen.

Kriegstheater am Persischen Golf. Nach einem tuerkischen General, der Vali von Bassorah war, besteht eine Gefahr fuer Bagdad erst im Fruehjahr!?

Arabischer Nebenkriegsschauplatz. Der kleine tuerkische Erfolg von Lakadsch und Perim hat nur lokale militaerische Bedeutung, aber es ist ein grosser tuerkischer moralischer Erfolg und zwar durch den Eindruck auf den „arabischen Globus“.

Unterseebootkrieg. Der Feind beherrscht noch immer das Marmarameer: die Versenkung des persischen Kohlendampfers „Ispahan“ bei Haidar Pascha (hiesiger Endpunkt der Bagdadbahn) und des Minenschiffes „Samsoun“ bei Rodosto am 10., seither ein Dutzend Segelschiffe, kleinere Remorqueurs und Mahonen (Lichterschiffe) beweist es. Die zwei ersten Verluste fallen auf's Conto ungenuegender oder nachlaessiger tuerkischer Ueberwachung.

Seekrieg im Schwarzen Meer. Die Russen, welche bisher beinahe 100 tuerkische Fahrzeuge (darunter sind aber auch kleine Segler bis 10 Tonnen gerechnet) versenkt haben, beherrschen jetzt das Schwarze Meer fast vollstaendig – seitdem „Goeben“ und in Reparatur befindliche „Breslau“ fuer den „letzten Kampf“ aufgespart werden – und erschweren sehr die hochwichtige Kohlenzufuhr aus Herakle. Bezueglich Letzterer hat man endlich ein provisorisches Gesetz geschaffen, welches Ersatz fuer versunkene Kohlenprivatdampfer und Pensionen an die Verwundeten oder an die Hinterbliebenen der Schiffbesatzung zusichert.

Der neue Feind: Italiener! Hier u. in Europa werden fuer die ital. Kriegserklaerung verschiedene Motive angegeben. Auf *einen* hat man, glaube ich, vergessen: nach den Misserfolgen Italiens zu Land und See gegen uns, angesichts des Zurueckdraengens in Tripolis, wollen sich die Herren Katzelmacher, wenn die Eroberung der Dardanellen und Constantinopels gelingt, wenigstens etwas Kriegsruhm und irgend einen Bissen holen. – Ihre Mitwirkung an den Dardanellen ist natuerlich gar nicht zu verachten, wird auch nicht von den Tuerken verachtet, und italienische „Extratouren“ an der cecilischen Kueste koennen den Tuerken unangenehm werden und den Italienern Erfolg bringen, freilich auch Misserfolg und Blamagen. Auf der Insel Rhodos sollen 15 000 Italiener bereit stehen und diese Tage sprach man schon von der Ankunft 30 bis 40 Truppentransportdampfern vor den Dardanellen. Bakalum! (Wir werden sehen.)

Enver Pascha spielt geschickt den Kriegsminister, Generalissimus und Machthaber: Zum Bairam sandte er jedem Verwundeten ein Pfund Zuckerwerk, gefallene Offiziere werden dekoriert, ihre Hinterbliebenen erhalten offizielle Beileidsschreiben, fuer die gefallenen Helden wird im Kriegsmuseum ein Album angelegt usw. Dies uebt gute Wirkung auf den Kriegsgeist und Moral der Armee – und fuer Enver!

Italien. Wenn auch nicht nur diplomatisch Informierte, sondern auch alle sehenden und denkenden Menschen in der Tuerkei nach dem Benehmen, Vorbereitungen, Sprechen und Abreisen der Italiener den Krieg mit Italien erwarteten, so hat doch der Ausbruch desselben grossen Eindruck auf die Tuerken gemacht, welchen man, glaube ich, kurzweg als unangenehm und unguenstig zusammenfassen kann. Eine neue Verstaerkung des die Tuerkei bedraengenden Feindes und ein neuer Forderungsteller und Raeuber beim Friedensschluss. So urteilen selbst einfache Tuerken, die meist einen gesunden, generellen politischen Verstand oder wenigstens Instinkt haben. Auch die Betrachtungen der Intelligenz bewegen sich uebrigens auf derselben Basis und im aehnlichen Rahmen.

Amerikaner sind jetzt die Vertreter der Untertanen und Interessen *aller* Feinde der Tuerkei geworden. Ausserdem sind sie die Protektoren der verfolgten Armenier. Infolgedessen haben sich ihre Friktionsflaechen mit den Tuerken ausserordentlich vermehrt. Ihre Verbitterung gegen die Tuerken (auch wegen ihrer moralisch und materiell geschaedigten Missionsanstalten in Kleinasien) steigt daher immer mehr. Auch sie erwarten natuerlich den Englaender hier wie einen „Messias“ und sind die Hauptverbreiter dieser hoffnungsvollen Botschaft.

Bulgarien. Bemerkenswert ist, dass waehrend die Tuerken, Deutsche und wir uns ueber die tuerkisch-bulgarische Verstaendigung in *vertraulichen* Kreisen entweder hoffnungsvoll oder schon befriedigt aeussern, die bulgarischen Vertreter aeusserst reserviert oder noch stark skeptisch sind. Dies war besonders in den Tagen am 17. und 18. d. M. der Fall. Am 18. beklagte sich auch der „Tanin“ in einem laengeren Artikel unter anderem darueber, dass ein grosser Teil der bulgarischen Presse die tuerkische Lage in den Dardanellen duester schildert. Seitdem schweigt die Tuerkenpresse zufolge eines mot d'ordre. – In hiesigen hoeheren tuerkischen und deutschen militaerischen Kreisen verlautet, dass ein bulgarisches Vorgehen gegen Serbien sofort erfolgt, sobald wir die Offensive gegen Serbien werden ergreifen koennen.

Transportweg ueber Bulgarien und Rumaenien. Hoch und Nieder, Militaer und Civil (Erstere wegen des Kriegsmaterialtransportes, Letztere wegen der Zufuhr von diversen Bedarfsartikeln in erster Linie Zucker und Petroleum) erwarten die Eroeffnung dieses Weges mit grosser Sehnsucht und nach der von der Agence telegraf. bulg. verbreiteten Zeitungsnachricht (Narodni Pravo) hofft man nun mit uebergrosser Zuversicht, dass dieser „Zuckerweg“ auch die Herbringung des dringend noetigen Kriegsmaterials ermoeeglichen wird. Das Pressebureau hat der Tuerkenpresse diesbezuglich Commentare untersagt.

V. Nr. 301 Deutsches

Beinahe alle hiesigen berufenen und unberufenen Beobachter der hiesigen Situation (besonders Deutsche und Tuerken, aber auch andere) behaupten, dass sich das tuerkisch-deutsche Verhaeltnis stetig verschlechtert, den Tuerken oder den Deut-

schen feindliche Kreise prophezeien sogar, dass es ploetzlich zu einem Krach zwischen den beiden Verbundeten noch waehrend des Krieges kommen kann. (Letzteres bezweifele ich vorderhand) Ich muss also wieder dieses Verhaeltnis mit diversem Aktuellen, Speziellen und Allgemeinen beleuchten.

Aus tuerkischer Comité Quelle erfahre ich, dass die Note der Deutschen Botschaft wegen der armenischen Frage den Passus enthielt, die Pforte soll nicht vergessen, dass Deutschland ein christlicher Staat und daher Christen beschuetzen muss – welcher sowie auch anderes der Note die Tuerken sehr verschnupft habe.

Von deutscher Seite hoere ich, dass auf diese Verschnupfung die Verzoegerung der Audienz des Prinzen [Fürst] Hohenlohe, die erst Sonntag d. 22. d. M. stattfand (nach 4 Wochen seit seiner Ankunft und seine Mission soll ja nur 6 oder 8 Wochen dauern) zurueckzufuehren sei.

Seine Exzellenz Markgraf Pallavicini sagte mir Sonntag, dass der Grund der Verzoegerung ein Unwohlsein des Sultans sei. Ein hoher Palais Funktionaer bestreitet entschieden, dass der Sultan unwohl war.

Auf diese Verstimmung wird auch zurueckgefuehrt, dass die juengsten deutschen Kriegserfolge (nach dem Fall von Warschau) Kriegsfinanzerfolg Helfferichs und Kriegsredeerfolg des Reichskanzlers hier kein entsprechendes Echo fanden.

Das Verhaeltnis zwischen deutschen und tuerkischen Offizieren, Mannschaften verschlechtert sich tatsaechlich stetig. Dies ist aber anders nicht moeglich angesichts der grossen geistigen, seelischen und materiellen Lebens-Distanzen und Differenzen, die zwischen den beiden Verbundeten bestehen. Und es war zwischen Verbundeten nie besser, oft schlechter, seit Kriege gefuehrt werden. Und ein solches kompliziertes, friktionsreiches Verbundetenverhaeltnis hatte uebrigens noch niemals Gelegenheit gehabt sich zu erproben.

Mir liegt eine Menge Informationen ueber die deutsch-tuerkischen Friktionen vor. Ich will dieselben nicht verallgemeinern und daraus Schluesse ziehen. Einiges will ich aber anfuehren.

Rittmeister Graf Canitz (frueher Botschaftsekretaer hier), der zwecks einer militaerischen Mission nach Suedpersien in Bagdad weilt, wurden dorten unglaubliche Schwierigkeiten und Chicanen gemacht, (so z. B. deutsche Geldsendung 20000 Mark nicht ausgezahlt) sodass er eine geharnischte offene Klage Depesche an den deutschen Kaiser sandte. Nach der Eroberung von New Georgievsk wurde der Osmanische Lloyd, Schweizer Hotel Kroecker, hiesiger Wolffbureau Vertreter u. A. polizeilich gezwungen, deutsche und unsere Flaggen einzuziehen.

Ein tuerkischer Dragoman eines deutschen Generals (schwaechlicher Effendi einer Stambouler Ia Familie), der bisher wegen seiner Gesundheit und Soldatenunlust Druেকেberger spielte, erklaerte, er gehe lieber zur Front und direkt ins Feuer, als weiter unter den Deutschen zu dienen. –

Die hiesige deutsche Colonie ist jetzt innerlich allgemein tuerkischunfreundlich gesinnt, und da sie die Kunst des Schweigens nicht versteht, sondern im Gegenteil viel schwatzt, klatscht, raisoniert und kritisiert, (denselben Vorwurf kann man den deutschen Offizieren und Mannschaften machen) was ja auch zu den Ohren der Tuerken kommt, so erhaelt die Verstimmung fortwaehrend neue Nahrung.

Wie schon letzthin gesagt, fehlt dem complizierten, deutschen Staat im Tuerkenreich ein „Hirt“. Die Botschaft hat keine genuegende Autoritaet, Goltz ist ein „alter Herr“, Liman ist die „personifizierte Nervositaet“, Souchon ein Hitzkopf!

Merkwuerdigerweise erheben sich in juengster Zeit deutsche Stimmen, dass nun auch Enver Pascha ein versteckter Deutschenfeind ist. Dies ist ungerecht! Enver *war* und *ist* die Hauptstuetze des complizierten hiesigen deutschen Apparates.

Dass die Deutschen durch ihre heimatlichen Brillen und Maßstäbe ihre Ueberhebung und Anpassungsunfaehigkeit an der bis zu einer foermlichen „Los von den Deutschen“-Stimmung gediehenen Entfremdung mitschuldig sind, habe [ich] wiederholt ausgefuehrt. Heute muss ich nur noch beifuegen, dass auch die Tuerken ihre Indolenz, Kindereien, Faulheit, unglaubliche Dummheiten und vereinzelte Faelle von activer und passiver Resistenz an der Verschlechterung des Verhaeltnisses mitschuldig sind. Sie sind jetzt auch schon ungerecht und undankbar gegen die deutschen Leistungen geworden. Die zweifelloose Wahrheit, dass ohne deutschen Geist und Hilfe die Englaender schon laengst Herrn der Dardanellen und die Russen Herr Constantinopels [wären], wird nicht genuegend anerkannt.

Wenn man alle diese Imponderabilien und alle Ponderabilien ueberblickt, so muss man zu dem Schluss kommen, dass die deutschen Actien hier nicht gut stehen. Fallen die Dardanellen, was ja noch immer moeglich ist, dann ist der deutsche Bagdadbahn- und Colonietraum zu Ende und mit demselben Hunderte Millionen. Schneidet die Tuerkei den Krieg halbwegs gut ab, dann stehen Deutschland unabsehbare Friedenskaempfe in der Tuerkei bevor, vielleicht mit ploetzlich sehr grossen Enttaeusungen verbunden und vielleicht werden sogar noch aus den beiden Verbuendeten zwei Feinde. –

Qui vivra verra!

An das literarische Bureau des
k. und k. Ministerium des Aeussern, Wien

HHStA PL 246



Forderung zur Türkisierung des Reiches. Situationsbericht

Konfidenten-Bericht

Nr. 312

Konstantinopel, 27/8. 1915

Vor einigen Tagen wurde mit der Ausweisung der Armenier aus Konstantinopel begonnen. Der Umfang dieser ersten Ausweisung ist bisher nicht festzustellen, da man bei Durchführung dieser Massregel äusserst vorsichtig vorgegangen ist, damit möglichst wenig davon an die Oeffentlichkeit dringe. Aber es scheint, dass vorzugsweise Personen aus den untersten Bevölkerungsschichten abgeschafft worden sind;

dass auch Männer in höherer sozialer Stellung der Ausweisung verfallen sind, ist bis jetzt nicht bekannt. Vielleicht sind diese vorläufig durch die Schritte geschützt, welche von der Diplomatie der befreundeten Mächte unternommen wurden, aber nach allem, was man hört, werden sie dadurch nicht dauernd geschützt sein, sondern eines Tages, sozusagen in einem unbewachten Augenblicke, verschickt werden, und man wird es erst erfahren, wenn sie längst am Verbannungsort angelangt sein werden. Denn diesmal soll ganze Arbeit getan werden; man will sich nicht mehr wie früher nur mit, wenn auch noch so reichlichen, Aderlässen begnügen.

Dieses Vorgehen gegen die Armenier wird von der türkischen Bevölkerung im grossen und ganzen gebilligt. Die meisten Türken sehen darin eine Notwendigkeit, wenn die geplante Türkisierung des Reiches Tatsache werden soll, denn lebhafter als in der ganzen Zeit seit der Wiedereinführung der Verfassung wird diese Forderung erhoben. Insbesondere will man der türkischen Sprache eine Stellung einräumen, die ihr bei dem internationalen Charakter der Stadt nicht zukommt. Selbst der Fahrplan der Bosporusschiffe wird nur noch türkisch veröffentlicht. Hand in Hand mit diesen Bestrebungen gehen die Anweisungen an die unteren Beamten, zumal die der Polizei, im Verkehre mit Fremden sich jeder Höflichkeit zu enthalten, Anweisungen, die mit wahrer Begeisterung ausgeführt werden. Die Türken wollen der Welt zeigen, dass sie Herren im Lande sind und lehnen Ratschläge auch von befreundeter Seite oder vielmehr zumal von befreundeter Seite mit Bestimmtheit ab. Das hindert freilich nicht, dass insbesondere die Deutschen für jeden Mißstand verantwortlich gemacht werden und infolgedessen der Unmut gegen diese immer schärfer hervortritt. So beschuldigt man die Deutschen, den sehr empfindlichen Brotmangel herbeigeführt zu haben, der nicht etwa dadurch entstanden ist, dass es an Getreide fehlt, sondern weil man unterlassen hat, für ausreichende Backgelegenheit zu sorgen. Vor einigen Tagen fand vor der Pforte eine Kundgebung statt, an der überwiegend Frauen beteiligt waren, die durch Zurufe die Regierung veranlassen wollten, durch geeignete Massnahmen dem Brotmangel zu steuern. Einige Frauen riefen: „Wir müssen hungern, während die deutschen Offiziere Caviar essen!“ – Ein türkischer Offizier sagte anlässlich dieser Kundgebung: „Wehe den Deutschen, wenn uns ein militärisches Unglück zustösst!“ – Tatsächlich hört man jetzt nach der italienischen Kriegserklärung wieder mehr den Vorwurf, dass die Türkei vom Kriege verschont geblieben wäre, wenn nicht Deutschland sie im eigenen Interesse in den Krieg hineingetrieben hätte. Die italienische Kriegserklärung hat nämlich wieder eine ziemlich entmutigende Wirkung geübt.

Ueber die Art, wie sich Italien am Kriege beteiligen wird, ist man hier ausschliesslich auf Vermutungen angewiesen. Marchese Garroni liess in einem Gespräch mit dem niederländischen Gesandten durchblicken, dass er von seiner Regierung unzureichend unterrichtet worden und ausser Stande gewesen ist, diese im friedlichen Sinne zu beeinflussen.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA XL 272

Die Ausweisung der Armenier dauert ungemindert fort

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 70/P.B
zu Bericht Nr. 69/P.D vom 24. August 1915
2 Beilagen [Siehe S. 214 u. 216]

Jeniköj, am 27. August 1915

Ich unterbreite im Anbuge die Abschriften zweier Berichte der k. u. k. Konsular-Agentie in Brussa, aus welchen hervorgeht, dass im dortigen Amtsbezirke die Verschickungen der Armenier in das Landesinnere ungemindert fort dauern und dass die Behörden hiebei mit grösster Rücksichtslosigkeit und Härte vorgehen.

Von verschiedenen nicht offiziellen Seiten kommen mir fortwährend Nachrichten zu, dass aus einer grossen Anzahl von Städten und Dörfern im Inneren Klein-Asiens die armenische Bevölkerung evakuiert wird. Auch in Konstantinopel und Umgebung werden täglich Armenier aus allen Bevölkerungsschichten durch die Polizei zusammengefangen und nach Anatolien geschafft.

Die sehr ernste Demarche des deutschen Botschafters, über welche ich mit Bericht vom 13. d. Mts. No. 66/P.-B gemeldet habe, scheint also bisher soviel wie keinen Erfolg gehabt [zu] haben.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 209



Armenische Aufstände

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. KONSULAT
ALEPPO

Z. 12/P

Aleppo, am 27. August 1915

Blutige Zusammenstösse zwischen Armeniern und bewaffneter Macht werden aus Suedie bei Antiochia, aus Urfa ferner aus der Umgebung von Zeitun gemeldet. Das Verlangen der türkischen Regierung auf Auslieferung der Waffen, wurde von den Armeniern mit Schüssen beantwortet und führte zu noch gegenwärtig anhaltenden Kämpfen. Eine aus der Gegend von Diarbekir kommende armenische Bande von 2000 Köpfen griff bei Ras El Ain eine Tscherkessen-Ansiedlung an. Mit Hilfe von Militär wurde dieselbe bis auf den letzten Mann vernichtet.

Der Abtransport der evakuierten Armenier dauert an. Gegenwärtig werden auch im Landesinnern wohnhafte katholische Armenier evakuiert, desgleichen protestantische Armenier. Für letztere soll sich ohne Erfolg die deutsche Regierung verwendet

haben. Unter den Evakuierten herrscht grosses Elend und eine grosse Sterblichkeit. Die Regierung macht ihrerseits die Anstrengungen, um den Leiden der Evakuierten zu steuern. Unterstützung im ausreichenden Masse findet die Regierung für ihre diesbezüglichen Bestrebungen nicht einmal in christlichen Kreisen, welche sich in erster Linie um das eigene Wohl besorgt zeigen.

Militärisch geben diese lokalen Aufstände den Behörden zu keinen ernststen Besorgnissen Anlass. Angesichts der allgemeinen Kriegslage ist eine Schwächung der Widerstandskraft der Türkei durch die geschilderten Vorgänge nicht zu befürchten.

Gleichlautend berichte ich unter Z. 20/A. nach Konstantinopel.

Der k. u. k. Konsul: DANDINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XXXVIII 366



Amerikanische Missionäre melden, daß ungeheure Massen von Armeniern zu Grunde gegangen sind

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 71/P.B

Zum h. a. Berichte Nr. 70/P.B vom 27. August 1915

1 Beilage [Siehe S. 217]

Jeniköj, am 31. August 1915

Ich unterbreite im Anbuge Abschrift eines weiteren Berichtes der k. u. k. Consular-Agentie in Brussa, mit welchem diese die Art und Weise schildert, wie die von dort ausgewiesenen besitzenden Armenier gezwungen werden, vor ihrer Abreise ihre Immobilien an Mitglieder des Comités „Union et Progrès“ und andere Türken zu veräussern.

Durch den amerikanischen Botschafter höre ich, dass die amerikanischen Missionäre im Innern Kleinasiens melden, dass ungeheure Massen von Armeniern, sei es durch Ermordung, sei es durch Hunger und Krankheiten zu Grunde gegangen sind. Auch deutsche Offiziere, die sich in letzter Zeit in Kleinasien aufgehalten haben, erzählen von schauerlichen Szenen, die sich in den dortigen Gegenden abgespielt haben.

Ich habe gestern auch Talaat Bey in ähnlicher Weise gesprochen, wie bereits dem Grossvezir gegenüber. Der Minister des Innern sagte mir, er habe strenge Weisungen herausgegeben, dass die Verfolgung der Armenier einzustellen sei. Er bemerkte hiebei, dass in wiederholten Fällen Uebergriffe der Behörden vorgekommen seien, welche er in strengster Weise zur Rechenschaft ziehen werde. Aus den Aeusserungen Talaat Bey's konnte ich entnehmen, dass das unerhörte Vorgehen gegen die Arme-

nier – falls es tatsächlich dazu kommt – jetzt deshalb eingestellt werden soll, weil man alle jene Armenier, welche [man] entweder als Revolutionäre, als Staatsfeinde oder als unangenehme wirtschaftliche Konkurrenten betrachtete, aus dem Wege geräumt hat. Man hält die armenische Frage jetzt gewissermassen als erledigt.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 209



BEILAGE ZU BERICHT NR. Z. 63/P DDO. TRAPEZUNT 24. SEPTEMBER 1915 [SIEHE S. 239]

**Bitte des Superior der Mechitaristen in Erzerum,
Pater Augustin Amrig, die in armenisch geschriebenen Briefe
dem Generalabt in Wien weiterzuleiten**

Erzerum, d. 31. August 1915

Hochwohlgeborener Herr!

Heimlich schreiben wir Ihnen, Euer Hochwohlgeboren, diesen Brief, bittend Sie inständig, unsern armenisch geschriebenen Brief in die Hand unseres Herrn General-Abt in Wien zu erreichen lassen. In grosser Noth sich befindend, erlaubten wir uns und wagten an Ihnen, Euer Hochw. diesen Brief zu schreiben. Im armenischen Briefe, an unsern H. Gen-Abt, haben wir gar keine politische Frage hinein gemischt, sondern mit dem melden wir ihm nur unsere gegenwärtige kritische Lage, angehend ihm, dass es hier kein Armenier gibt mehr, infolgedessen uns hier weder Zweck bleibt zu weilen, noch auch Mittel um zu leben und noch mehr, im Gegentheil, gegen unsere Leben auch drohen schwere Gefahr, solange wir hier sind, infolgedessen bitten wir unsern H. Gen-Abt, dass er durch einem starken Befehl mittels österr. ung. Ministeriums des Aeussern und des türk. Ministers des Innern uns sicher und gesund in Konstantinopel oder Smyrna ankommen lasse.

Euer Hochwohlgeboren, der hiesige K. deutsche Konsul, bis jetzt hat uns in jedem Falle geholfen und geschützt und schützt weiter. Wir sind ihm dafür tief dankbar. Er will uns sogar nach unserm Wunsche nach Konst. führen lassen, aber weil er ein neu Gekommener ist und viel Glauben der Türk. Regierung beimessend uns nur mit einem türk. Führer nach Konst. vom Lande führen will, desswegen wir in Kummer gefallen sind während wir von *sicherer* und *wahrer* Quelle wissen, dass es gegen uns auch eine *Verschwörung* giebt, und auf der Reise uns niedermetzeln wollen und leider dieses Geheimniss auch wir Ihm, d. heisst dem K. deutschen Konsul, mit einem schweren Grunde nicht mittheilen können. Hier mit uns sind zehn armenische Schwestern auch, welche ausnahmsweise mit dem Schutze des Herrn von Scheubner-Richter, des ehemaligen K. deutschen Konsuls geblieben sind. Also unsere kritische

Lage aufrichtig Ihnen, Euer Hochw. ausdrückend, warten wir demüthigst um Gottes willen, auf Ihre wohlwollende Hilfe. Die Winterszeit auch ist nahe und uns sehr gefährlich von vielen Seiten. Weil unser Brief sicher nach Wien zu spät erreichen wird und wir sehr wahrscheinlich die Winterszeit hier zubringen werden, bis es uns eine Hilfe von Wien komme, desswegen bitten wir um Ihre wohlwollende Güte auf das inständigste, dass Sie auch, Euer Hochw. ein Mittel für uns verschaffen wollen, sicher seiend dass Sie, Euer Hochw. noch bessere und sichere Mittel kennen als wir damit wir bald von unserer kritischen Lage uns rettend in Konst. oder Smyrna erreichen können.

Ein Pater, von uns, P. Matthäus D. Hadji, welcher in Kodortschur [vermutl. Hodortscher] (In Jusuf Eli Provinz, drei Tage weit von Trapezunt) sich befand, ist mit dem Volke in Verbannung gegangen, und soviel auch das K. deutsches Konsulat sich bemühte ihn zu finden lassen, ihm es nicht gelang ihn zu finden und zu retten. Ist es Ihnen auch vielleicht, Euer Hochw. eine Hilfe nicht möglich dem verlorenen Pater zu leisten? Vertrauend auf Ihre Güte, wir bitten Sie Euer Hochw. für das Alles auf das inständigste. – Wahrscheinlich unsere Bittschrift oder Brief bleibt geheim, zumal vom hiesigen K. deutsches Konsulate.

Mit tiefer Hochachtung und für immer dankbar bleibend, bin ich Ihr ganz ergebener Diener.

P. AUGUSTIN AMRIG

Superior d. Mechitaristen in Erzerum

Herrn Dr. Ernst von Kwiatkowski
k. und k. österr.-ungarischer General-Konsul, Trapezunt

HHStA PA XII 464



Bericht eines Missionars

Ismidt, 1. Sept. 1915

Gelegentlich meiner ersten Missionsreise nach Ismidt, welche am 28. August erfolgt ist, habe ich dort persönlich folgende Feststellungen machen können.

1. In den Gegenden von Ismidt und Bakschedschik waren gegenwärtig alle Armenier von seiten der türkischen Regierung verschiedenen Verfolgungen ausgesetzt. Die Meisten sind, nach Pfändung ihrer sämtlichen Habe, ins Inland verschleppt worden, wo der Tod gewiß nicht das größte Uebel ist, das ihrer wartet.

2. Die armenischen Katholiken erfahren hierin keine Ausnahme, die von Ismidt sind am 2. und die von Bakschedschik am 16. August verjagt worden.

3. Vor der Abreise hatten diese Unglücklichen versucht heimlich möglichst viele ihrer Habseligkeiten zu verkaufen, um einiges Reisegeld herauszuschlagen, ohne welches sie hätten verhungern müssen. Bei solchen Gelegenheiten waren zu haben: z. B. Nähmaschinen zu 5 Piaster, feingepolsterte Sessel zu nur 20 Para usw.

4. Ich habe Gelegenheit gehabt verschiedene der von den Christen verlassen

Häuser zu besichtigen. Ueberall finden sich deutliche Spuren noch frischer Plünderung, ausgeführt von der türkischen Bevölkerung, besonders von Frauen und gutgeheißen von den Behörden.

5. Mehrere der verlassenem Häuser sind in Lagerräume umgewandelt worden, wo man die den Christen geraubten Möbel aufstapelt, um sie entweder in türkischen Familien zu verteilen, oder sie öffentlich zu versteigern. Selbst die Miete der verlassenem Wohnungen wird versteigert.

6. In den Lagerräumen des Bahnhofes von Ismidt befinden sich zurzeit etwa 100 Frauen und Mädchen (alles Familienangehörige jener christlichen Soldaten, die gegenwärtig ihr „Vaterland“ verteidigen) welche bestimmt sind in ausschließlich türkische Ortschaften des Innern verteilt zu werden, und zwar im Verhältnis von 5 christlichen zu 10 türkischen Familien. Sie werden natürlich alle gezwungen den Glauben zu verleugnen.

7. Freitag den 27. August, verheerte ein großer Brand bereits das ganze armenische Viertel von Ismidt. Mehr als 600 Häuser fielen dem Feuer zum Opfer.

8. Samstag durften die katholischen Armenier aus ihrer Verbannung nach Ismidt zurückkehren, die meisten kamen am gleichen Tage an, in Begleitung von ihren Priestern. Sie besaßen zwar nichts mehr, was sie ihr Eigen nannten, dankten aber dennoch Gott, mit dem nackten Leben davongekommen zu sein, und glaubten sich von nun an sicher.

9. Zum Zwecke, sie vor ihrer Rückkehr noch tüchtig auszusaugen, hatte man ihnen mehrere Male das Reisegeld abgefordert, ohne ihnen jedoch dafür die betreffende Fahrkarte zu geben. Letztere wurde ihnen erst gelegentlich ihrer Ankunft in Ismidt eingehändigt, wo sie natürlich noch einmal und endgültig zu bezahlen hatten.

10. Nach ihrer Rückkehr konnten jene, deren Häuser vom Brande verschont geblieben, nicht mehr davon Besitz ergreifen denn, gleich ihrem anderen Eigentum, waren auch ihre einstigen Wohnungen von den Behörden versteigert worden oder durch die Regierung mit Beschlag belegt.

11. Am 29. gegen Mittag zwang ein plötzlicher unerklärlicher Gegenbefehl die am Tage zuvor zurückgekehrten Katholiken sofort wieder in die Verbannung zu wandern. Im selben Augenblick brachte ein Eisenbahnzug neue Ankömmlinge, man erlaubte diesen nicht einmal, aus ihren Viehwagen herauszukriechen, sie mußten vereint mit den ersteren, sofort wieder den Rückzug antreten.

12. Gregorianische Armenier, die, aus verschiedenen Teilen des osmanischen Reiches zusammengetrieben, truppenweise bei Ismidt vorüberziehen, um den Weg ihrer Verbannung anzutreten, werden in der dortigen armenisch-schismatischen Kirche verschiedenen Verhören und Torturen unterworfen. Sie werden, um sie zur Angabe vermeintlicher „Komitadschis“ zu zwingen, auf Bänke gebunden, solange auf die nackten Fußsohlen geschlagen, bis sie entweder ohnmächtig werden oder durch die Qualen gezwungen, einen xbeliebigen Namen nennen, der dann zu weiteren Verhaftungen Anlaß gibt.

So habe ich z. B. ein Opfer solcher Folterungen aus der Kirche schleppen sehen, es war ohnmächtig und hatte beide Arme und einen Fuß verrenkt.

Diesen Bericht über Ismidt habe ich am 1. September 1915 dem österreichisch-

ungarischen Botschafter überreicht. Seine Exzellenz wollte meinen Angaben kaum Glauben schenken und berief sich auf ein ihm am 30. August von Talaat Bey gegebenes Versprechen, wonach die Verfolgungen der Armenier im allgemeinen eingestellt seien und speziell die armenischen Katholiken schon alle in ihr verlassenes Heim zurückgekehrt, ihre früheren, friedlichen Beschäftigungen wieder aufgenommen hätten. Ich bestand natürlich darauf, Seiner Exzellenz das Gegenteil zu bestätigen, was von seiten der österreichisch-ungarischen Botschaft sofort zu weiteren Schritten Anlaß gab.

Am 4. September 1915 begab ich mich nun, fest bauend auf deren günstiges Ergebnis, abermals nach Ismidt und fand dort die Lage schlimmer als je vor.

1. Von den verbannten Armeniern war nicht nur kein Einziger zurückgekehrt, sondern auch die wenigen, bis dato geduldeten Katholiken waren ins unwirtliche Inland verjagt worden. Kein kath. Priester war zu finden, die drei, die sich aus Bakdschedschik vertrieben in Ismidt aufhielten, sind nach Konstantinopel befördert worden.

2. Die armenisch-katholische Pfarrkapelle und die betreffende noch nicht fertig gebaute Kirche sind von der Regierung in Beschlag genommen. Am Firste des Pfarrhauses flatterte der Rote Halbmond.

3. Sämtliche Kircheneinrichtung ist von den wie Vandalen hausenden Behörden hinausgeworfen worden, bei welcher Gelegenheit einige griechische Frauen mehrere Kruzifixe und die Heiligen Oele aufgelesen und mir nachher eingehändigt haben.

4. Es befinden sich in Ismidt zur Zeit etwa 70 Katholiken lateinischen Ritus, darunter fünf österreichische Familien. Diese besuchten früher die dortige lateinische Kirche, welche aber, weil unter französischem Schutz vor mehreren Monaten von der Regierung geschlossen wurde. Seitdem wohnten sie stets dem armenisch-katholischen Gottesdienst bei und sind nun nach Vertreibung der armenischen Katholiken gänzlich ohne Priester und allen religiösen Trost bar.

5. Diese lateinischen Katholiken befinden sich außerdem nur noch allein inmitten einer fanatisierten Bevölkerung, die nunmehr gewohnt ist, alles christliche Besitztum als ihr eigenes zu betrachten, und nicht verstehen können, daß verhaßte „giaurs“ in Ismidt überhaupt noch geduldet werden können. Es kommt vor, daß katholische Mädchen von den Türken in sehr frecher Weise belästigt wurden.

6. Die weiblichen Familienangehörigen der im vorigen Bericht unter Nr. 6 angeführten christlichen Soldaten sind ihrem Schicksal nicht entgangen. Sie sind bereits ins Innere abgeführt worden.

7. Sofort nach Feststellung der oben angegebenen Tatsachen besuchte ich den Mutessarif, um gegen das Geschehene Einspruch zu erheben, und auch um ihn zu bitten, mir zwecks des sonntäglichen Gottesdienstes für die lateinischen Katholiken, die armenisch-katholische Kirche öffnen zu wollen. Ich wurde, obwohl Oesterreicher, in grober Weise empfangen und dann, mehr als drei Stunden lang von einem Beamten zum andern geschickt, um nichts zu erreichen. War somit gezwungen, mich des mitgenommenen Feldaltars zu bedienen und das hl. Messopfer in einem katholischen Hause darzubringen, konnte auch aus Furcht vor polizeilicher Nachstellung nur die allerwenigsten Katholiken um mich versammeln.

Nachtrag vom 12. Januar 1916

Ueber Neujahr war ein anderer Missionar in Ismidt. Nach ihm das Armenviertel zerstört, der übriggebliebene Besitz wird angeblich zu Gunsten der Armenier, tatsächlich zur Füllung der Taschen der Beamten versteigert. Einige Armenier, die zurückgeblieben, halten sich versteckt und sind am Verhungern. Dagegen dürfen die protestantischen Armenier sich freier bewegen. Der katholische Friedhof von Ismidt wurde geschändet und sämtliche Kreuze gebrochen.

Um Oeffnung der Kirche will sich die österreichisch-ungarische Botschaft bemühen.

Diözesanarchiv Wien, Maria Empfängnis Verein II, Faszikel 8



Täglich neue Ausweisungen von Armeniern. Im Ministerium des Innern sind keine Armenier mehr beschäftigt

Konfidenten-Bericht

Nr. 318

Konstantinopel, 2/9. 1915

Täglich erfolgen hier neue Ausweisungen von Armeniern, meist ohne daß die Familien derselben auch von dieser Maßnahme betroffen würden, während die Verbannungen in anderen Orten, wie Izmiel, Erzerum, Kharput, Diarbekir, Musik, Cesarea [Kaisarieh], Konja, meist mit Familien erfolgen. Die Zahl der Ausgewiesenen beträgt täglich 2–400. Es heißt, daß alle Armenier aus Konstantinopel verbannt werden sollen. Den Betroffenen wird der Grund ihrer Verbannung nicht mitgeteilt. Der frühere Minister des Aeußern, Noradounghian, sowie der frühere Postminister Oskan Effendi, einer der besten Fachminister, sind geflohen. Der bekannte Abgeordnete Vartkes war verbannt, kehrte jedoch wieder zurück und wurde nun von neuem ausgewiesen. Der frühere Abgeordnete Sohrab soll hingerichtet worden sein.

Im Ministerium des Innern gibt es jetzt keine Armenier mehr. In anderen Ministerien sind zwar noch Armenier beschäftigt, doch sollen auch diese demnächst entfernt werden.

Zur Verteidigung der Dardanellen wie der Südküste Thraziens sind alle disponiblen Truppen der I., II. u. V. Armee sowie Teile der IV. aus Syrien – da ein größeres Unternehmen gegen den Suezkanal zunächst ausgeschlossen erscheint – konzentriert worden.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHSStA PA XL 272



Die Verschickung der Armenier in das Innere soll – gemäß einem Erlaß – eingestellt werden

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 72/P.H

Zum Bericht Nr. 71/P.B vom 31. August 1915

Jeniköj, am 3. September 1915

Hiesigen katholisch-armenischen Priestern kommen fortwährend Nachrichten aus Angora und anderen Orten zu, dass in die barbarischen Massnahmen gegen die armenische Bevölkerung auch die katholischen Armenier zum grossen Teile inbegriffen sind. Ein römisch-katholischer Geistlicher bestätigte mir, dass sich das Gleiche auch in Ismidt ereignet.

Ich habe in meinen wiederholten Gesprächen mit Talaat Bey stets auch insbesondere auf die katholischen Armenier seine Aufmerksamkeit gelenkt; er gab mir immer die Versicherung, dass die katholischen und protestantischen Armenier nichts zu befürchten hätten. Die Versicherungen des Ministers des Innern haben sich daher bisher als unwahr erwiesen.

Gestern hat Talaat Bey dem Fürsten Hohenlohe die deutsche Uebersetzung eines Erlasses überbracht, den er an alle Mutessarifs herausgegeben habe. Es ist dies offenbar jene Weisung, von welcher mir der Minister letzten Montag gesprochen hat, und die ich in meinem obbezogenen Berichte erwähnt habe. Der deutsche Botschafter hat mir diesen Erlass vorgelesen. In demselben wird angeordnet, dass die Verschickungen der Armenier in das Innere eingestellt werden sollen, die Armenier, welche bereits auf der Wanderung seien, wären mit Brot und Oliven zu betheilen, Angriffe auf dieselben, besonders auf Frauen, hätten auf das strengste geahndet zu werden u. s. w. –

Es wäre nicht ausgeschlossen, dass dieser Erlass vielleicht darauf berechnet ist, dem deutschen Botschafter und mir Sand in die Augen zu streuen und es bleibt ausserdem zu erwarten, ob dieser Erlass, falls er wirklich ergangen, auch durchgeführt werden wird, da es aus zahlreichen Nachrichten hervorgeht, dass sich nicht nur viele Mitglieder des Komités und Juden durch Ankauf des zurückgelassenen armenischen Hab und Gutes um Spottpreise in bedeutender Weise bereichern, sondern auch die Behörden selbst ihre materiellen Vorteile an den Massenverschickungen der Armenier haben.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 209



Gewalttaten bei der Durchführung der Verbannungsmaßregeln

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GENERALKONSULAT
TRAPEZUNT

Z. 54/P

Trapezunt, am 4. September 1915

Wie zu erwarten, wurden zahlreiche Armenier bei Durchführung der Verbannungsmaßregeln getötet. Frühere Aeusserungen, wie: „Ihr braucht nicht viel mitzunehmen“ – „Die kommen nicht wieder“ – hinsichtlich der Kinder: „Auch kleine Nattern sind gefährlich“, hatten Schlimmes befürchten lassen. Auf Grund verlässlicher Ermittlung sollen nachstehend einige Fälle erörtert werden.

Nach Mitteilung eines türkischen Offiziers wurden in den ersten Julitagen bei Hamsi-Kiöi – 52 km von Trapezunt – hundertzweiunddreissig bei militärischen Arbeiten verwendete Armenier erschossen.

Der hiesige Deutsche und der amerikanische Konsul, welche mit Genehmigung des Vali am 17. Juli l. J. auf der Erzerumer Strasse eine Erkundigungsfahrt unternahmen, beobachteten bei Bestattung einer Leiche einen Mann, der ohne Aufforderung berichtete, kurz vorher 4 andere Leichen begraben zu haben.

Nach übereinstimmenden türkischen Mitteilungen wurden hier im Juli und August l. J. einige Hundert armenische Frauen, Kinder und Greise mittelst Barken in's Meer hinausgeführt und dort versenkt.

Wie schon früher die armenischen Beamten der Regie und der Dette Publique, wurden am 17. August l. J. nachts drei Beamte der Ottoman-Bank ausgehoben und allgemeiner Annahme nach, wie auch der armenische Muchtar (Gemeinde-Vorsteher) und Frau, für die sich der Deutsche Konsul eingesetzt hatte, ausserhalb der Stadt ermordet.

Aehnliche traurige Vorfälle meldet der Konsularbericht vom 1. August l. J., No. 52, aus Kerasunt; so wurden am 28. Juli zwischen Kerasunt und Ordou bei 60 nackte, im Meere treibende Leichen gezählt. Der Grossteil der Armenier von Kerasunt wurde bei Koulak-Kaja von den Gendarmen geplündert und dann niedergemacht.

Ein Bericht unseres Vizekonsulates in Samsun vom 11. August l. J., No. 138, erwähnt die Tötung von beiläufig 1200 Armeniern (Männern) in Mersifun und von beiläufig 1600 in Amassia.

Ergänzend berichteten mir 2 kürzlich aus Konstantinopel über Sivas hier eingetroffene georgische Comité-Mitglieder über das grenzenlose Elend Tausender fortgetriebener Armenier im Innern, das häufige Vorkommen von Leichen und das offene Geständnis türkischer Offiziere und Beamter, dass die Armenier ausgerottet würden.

Viele Tausende von Armeniern dürften so ihr Leben eingebüsst haben und die Zahl der Opfer diesmal beträchtlicher sein, als zur Zeit der hamidischen Massacres; die armenische Frage scheint für die Türkei dank der ihr günstigen gegenwärtigen Verhältnisse, gelöst.

Wie das Leben, ist auch das Gut der Armenier preisgegeben. „Des officiers, des

fonctionnaires, la police ont volé les Arméniens“ sagte mir ein Offizier, während ein höherer Justizbeamter behauptete, dass reichlich die Hälfte des Geldes und Schmuckes der Armenier verschwunden sei. Tatsächlich waren nach türkischen Mitteilungen die Funde gering, da nur 1200 Ltq., 7500 Rubel, wenig Schmuck und Teppiche zu Stande gebracht wurden. In der Stadt und Umgebung boten verdächtige Erscheinungen und Soldaten Ringe, wie auch anderen Schmuck, mitunter handweise, zum Verkaufe an.

In Kerasunt, wo der armenische Besitz an Bargeld auf 10000 Ltq. geschätzt wurde, konnten nur 102 Ltq. behördlich sichergestellt werden.

Bei dieser Vorgangsweise sind Befürchtungen hinsichtlich der Befriedigung der ausländischen Gläubiger der Armenier begründet (Vgl. h. a. Bericht v. 16. VIII. 1915, Zl. 270).

Nochmals glaube ich erwähnen zu müssen, dass in hiesigen türkischen Kreisen die Annahme, Deutschland sei mit dem Vorgehen gegen die Armenier einverstanden, an Verbreitung gewonnen hat.

Gleichlautend berichte ich nach Konstantinopel.

Der k. u. k. Konsul: KWIATKOWSKI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHSStA PA XXXVIII 368



Die Zurückdrängung des armenischen Elements ins Innere, während des Krieges, ist eine geniale, kühne staatsmännische Tat

[HEINRICH ALBERTALL
VERTRETER DES K. K. KORRESPONDENZ-
BÜROS IN KONSTANTINOPEL]

Konstantinopel, den 6. September 1915

II. Nr. 303 Inneres

(...)

Armenisches. Ich wiederhole zuerst mein Urteil; die jungtuerkische *Reduzierung* und *Zurueckdraengung* des armenischen Elements in's Innere, während der jetzigen *Kriegszeit-Gelegenheit*, ist eine geniale, kuehne staatsmaennische Tat. – Die *Maximalzahl* der armenischen Angaben ueber die vernichteten Armenier betraegt eine Million, was zweifellos masslos uebertrieben ist (die armenische Gesamtbevoelkerung wird auf zwei Millionen geschaetzt); die *Maximalzahl* der tuerkischen Angaben ueber die massakrierten Tuerken seitens der Armenier in den Vilayets Van, Erzerum etc. betraegt 80000! – Der Sandschak Ismidt wird auch von den Armeniern beinahe ganz gesaeubert, da Feuersbruenste und verschiedene Einverstaendnisse mit dem

Feind (Unterseebooten) auf ihr Schuldconto gesetzt werden. – Die letzte Nachricht ueber tuerkische Massacres kommt aus Angora: 8000 Armenier sollen dort verschwunden (!?) sein, ihre Weiber und Kinder sollen in einen Hangar eingesperrt und erstere von den Tuerken benuetzt werden. Von hier werden vorderhand nur die unverheirateten Armenier aus der Provinz abgeschoben. – Mit der allgemeinen Gewaltmassregel gehen weitere spezielle im Gefolge: Pensionierung und oft auch gleichzeitig Exilierung armenischer Beamten. Nach armenischen Angaben sollen jetzt nur noch etwa 2% des fruerehen Standes der armenischen Beamten im Dienst sein. So z. B. im Bautenministerium von fruerehen 150 nur 5.– Armenier und Christen ueberhaupt, schieben, wie schon gesagt, diese tuerkische Drangsalierung der Armenier den Deutschen in die Schuhe; von den deutschen Gegenschritten erfahren sie nichts und wenn, da sie unwirksam, nuetzt es nichts dem deutschen Ansehen.

Katholiken. Die Drangsalierungen der orthodoxen Armenier werden auch auf katholische Armenier ausgedehnt. – Beinahe alle katholischen Priester sind infolge der tuerkischen Christenverfolgung (der Armenier) noch mehr tuerkenfeindlich geworden als sie ohnehin waren, compromittieren sich auch oft oder werden nun tuerkischerseits verdaechtig, hiedurch wurden die diversen letzten tuerkischen Massregeln gegen Katholiken (Priester, Kirchen, Anstalten, Laien) gezeitigt, Interventionen helfen da nichts oder nicht viel und machen die Tuerken nervoes, verbitterter und schaden den Interessen der Intervenierenden.

(..)

An das literarische Bureau des
k. und k. Ministerium des Aeussern, Wien

HHStA PL 246



Strenge Weisungen, die Verfolgung der Armenier einzustellen

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 73/P.A
zum Berichte Nr. 72/P.H vom 3. Sept. 1915

Jeniköj, am 8. September 1915

Trotz der Versicherungen Talaat Bey's, wonach er strenge Weisungen erlassen habe, die Verfolgung der Armenier einzustellen und obwohl er Fürst Hohenlohe auch den deutschen Text eines solchen Erlasses uebergeben hatte, scheint in der Lage der Armenier bisher noch immer keine Besserung eingetreten zu sein. Sowohl von Seiten des armenisch-katholischen Patriarchates als auch aus katholisch-geistlichen Kreisen kommen mir noch immer einschlägige Klagen zu und meldet ueberdies das

k. und k. Generalkonsulat Beirut, dass Nachrichten des dortigen syrisch-katholischen Patriarchen zufolge im Innern Massakers stattfinden, von welchen selbst die katholischen Armenier nicht verschont blieben und denen auch der Bischof von Mardin mit mehreren Geistlichen zum Opfer gefallen sein soll; auch wäre ein Patriarch nach dem Hauran deportiert worden.

Es wäre allerdings im Bereiche der Möglichkeit, dass diesen Nachrichten Fakten zugrunde liegen, die sich noch vor dem besprochenen Erlasse Talaat Bey's zugetragen haben und dass nun vielleicht eine Besserung in der Lage der Armenier, wenigstens des katholischen Teiles derselben, eintritt, immerhin scheinen mir die Aussichten hiefür aus den in meinen einschlägigen Berichten erwähnten Gründen und weil die Türken augenscheinlich auch jetzt wieder ein Doppelspiel treiben dürften, recht gering.

Wie ich nämlich aus der Polizei-Sektion des Ministeriums des Innern erfahre, sind allerdings Weisungen in die Provinz ergangen, die Katholiken in ihre Wohnstätten zurückkehren zu lassen, doch erfluss kürzlich auch ein Erlass des Kriegsministers, wonach die Armenier, gleichgültig welcher Konfession, so zu verteilen seien, dass sie nirgends mehr als 5% (!) der Bevölkerung bilden.

Der Effekt des Erlasses Talaat Bey's dürfte aber in praxi durch jenen der Weisung des Kriegsministers paralisiert werden.

Auskünften derselben Amtsstelle zufolge, sei überhaupt der Chef des Mohadjir-(Einwanderungs-)Wesens nach Kleinasien entsendet worden, um die ganze dort veranlasste Bevölkerungsbewegung in einigermaßen geordnete Bahnen zu leiten. Nachdem die Aufgabe dieses Funktionärs normalerweise darin besteht, die Ansiedelung mohammedanischer Immigranten in der Türkei zu unterstützen, letztere aber hier heute noch in grossem Elend sind, so scheint mir die Annahme naheliegend, dass von der Exmission des besagten Chefs des Mohadjirwesens im Grunde eher die mohammedanischen Immigranten als die von ihrem Herde vertriebenen Armenier profitieren dürften.

Jedenfalls beweist diese Massnahme im Verein mit den vorbesprochenen Erlässen des Ministers des Innern und des Kriegsministers, welchen Schwierigkeiten eine Einflussnahme auf die massgebenden türkischen Faktoren selbst dann begegnet, wenn sie in einer Form erfolgt, welche eine formelle Ablehnung mit dem beliebten Hinweis auf die „interne Angelegenheit der souveränen Türkei“ unmöglich macht.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHSStA PA XII 209



Die Ausweisung der Armenier ist ein vernichtender Schritt gegen die Rasse

Konfidenten-Bericht

Nr. 336

Konstantinopel, 12/9. 1915

Die Lage der Armenier in der Türkei gilt als verzweifelt. Es handelt sich tatsächlich kaum mehr um eine Ausweisung von Elementen, die man mit der revolutionären Erhebung in Van in Zusammenhang bringen will, sondern um einen vernichtenden Schritt gegen die Rasse im allgemeinen. In den Provinzen, in Städten wie Ismidt, Erzerum, Kharput, Diarbekir, Bitlis, Musch, Kaisarieh, Konia und anderen trifft der Verbannungsbefehl Familien, die in einigen Stunden den Ort verlassen müssen und an einen anderen verbannt werden, den sie nicht erreichen können, da sie die erforderlichen Geldmittel nicht so schnell flüssig machen, keine ausreichende Nahrung mitnehmen und unterwegs kein Obdach aufsuchen können.

Nach dem Friedensschlusse und bei demselben werden die Willkürsakte und Greuel, denen die Armenier zum Opfer gefallen sind, gewiss zur Sprache kommen. Russen, Engländer und Franzosen werden nicht Abstand nehmen, auf Grund reichen Materials die armenische Frage zu geisseln und mit Genugtuung werden sie die Gefühllosigkeit brandmarken, der diese immerhin hoch entwickelte Rasse zum Opfer gefallen ist. Es ist zu befürchten, dass diese Anklage hauptsächlich Deutschland empfindlich treffen wird, denn das Lob, das deutscherseits der Türkei überreich gespendet ist, wird als Beifall auch für die Handlungen der Türkei im allgemeinen angesehen werden. Auf Deutschland wird der grösste Teil der Schuld an den schweren türkischen Verfehlungen gewälzt werden, denn die Gegner werden glaubhaft machen, dass die Türkei, die in allem der deutschen Initiative gefolgt ist, auch die Armenierverfolgungen mit Wissen und im stillen Einverständnis mit Deutschland begangen hat.

HHSStA PA XL 272



Brief des Paters Augustin Amrig in Erzerum

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GENERALKONSULAT
TRAPEZUNT

Z. 63/P

Zum h. a. Berichte vom 22. 9. 1915, Z. 327 A

1 Beilage [Siehe S. 229]

Trapezunt, am 24. September 1914

In der Anlage unterbreite ich einen mir von Pater Augustin Amrig, Superior der Mechitaristen in Erzerum, zugekommenen Brief behufs allfälliger Verwertung seines Inhalts gegenüber dem Erzbischof Dr. von Govrik. –

Da seitens der türkischen Regierung an die unterstehende Behörde die Weisung erging, die katholischen und protestantischen Armenier in ihrem derzeitigen Aufenthaltsorte zu belassen, glaube ich, dass den Mechitaristen in Erzerum vorläufig keine Gefahr droht; allenfalls könnte im Wege der k. u. k. Botschaft an zuständiger Stelle in Konstantinopel nochmals unser Interesse an den Mechitaristen in Erzerum hervorgehoben werden.

Der k. u. k. Konsul: KWIATKOWSKI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 464



Türkische Maßregeln gegen armenische katholische Priester und Laien

[HEINRICH ALBERTALL
VERTRETER DES K. K. KORRESPONDENZ-
BÜROS IN KONSTANTINOPEL]

Konstantinopel, den 25. September 1915

II. Nr. 309 Inneres

(...)

Armenier und Katholiken. Die Nachrichten ueber die tuerkischen Massregeln gegen die Armenier sind tief traurig; freilich sind sie unuebersehbar und unkontrollierbar. Eine ganz sichere Information mag hier Platz finden. Der mir persoendlich bekannte Spezialist fuer armenische Abschlaechtungen Ex-Wali von Adana, Emin Buad, der 1909 von dort auf diplomatisches Einschreiten pensioniert werden musste (unseren fruerehen Konsuln in Macedonien ist derselbe als Beamte aus Ueskueb und Salonik wohl bekannt) wurde vor ca. 14 Tagen nach Ismid entsandt mit der geheimen Mission dort eine kleine verkuerzte Neuauflage seines Werkes von Adana zu veranstalten. In acht Tagen soll dieser armenische Henker sein Werk schon vollenden.

Das eine vermag ich mit Gewissheit zu konstatieren, dass sowohl die berufensten armenischen Faktoren als auch diejenigen katholischen Stellen, welche sich fuer das Los der Armenier interessieren und diesbezugliche Nachrichten sammeln, fuer die meisten ihre Angaben und Daten keine Beweise beibringen koennen und ihre Informationen meistens aus voreingenommenen Quellen schoepfen (es sind dies abgesehen von armenischen und amerikanischen Quellen) Beamte der Dette Publique, Tabak Regie, Ottoman Bank etc., welche groesstenteils levantinische Amphibien sind. Alle einzelnen Opfer-Angaben bewegen sich in runden Tausendzahlen und die

Gesamtsumme der Opfer, deren Maximal Angabe eine Million erreicht, also die Haelfte der armenischen Bevoelkerung, basiert nur auf willkuerlichen Schaetzungen, deren Zweck und Ziel ist, recht hohe Zahlen zu erreichen, – ich erinnere daran, dass selbst die Hoechstzahlen der grossen armenischen Massacres 1895/6, auf Grund der bekannten, auch sehr fragwuerdigen Enquête der sechs Botschaften die jetzigen Angaben nicht erreichten. Man summierte damals: 150000 massacrierte Armenier, 50000 Waisen und 80000 zwangsweise zum Islam uebertretene. Ich erinnere ferner darauf, dass damals Rom die Massacres dazu benutzte, um die Kirchen-Union-Idee zu foerdern. So, nur um ein Beispiel zu nennen, schloss eine Publikation (herausgegeben von Pater Charmetant, Directeur Général de l'Œuvre d'Orient) mit der offenen Mahnung und Drohung: „Ou la réunion avec Rome ou bien la décadence continue et la désagrégation finale“. Nach unzähligen Anzeichen ist in Rom diese Kirchen-Union-Idee wieder aufgenommen worden. Vielleicht war auch der Schluss der paepstlichen Kundgebung vom 28. Juli ds. Js. gegen den Krieg, welcher auch fuer die betet, die „noch nicht der roemischen Kirche angehören“, eine Anspielung darauf. Sicher ist, dass der hiesige paepstliche Delegat, Monseigneur Dolci, eifrigst noetiges Material sammelt und hiezu fast alle hiesigen katholischen Priester, und soweit es moeglich ist, auch die in der Provinz veranlasst hat. Diese Anteilnahme, welche den Tuerken nicht verborgen bleiben konnte, sowie seine sonstigen fortwährenden Interventionen, welche sich nicht nur auf fremde und levantinische katholische Priester, sondern auch auf armenisch katholische Priester und Laien erstrecken, scheinen die Tuerken erbittert zu haben. Viele Versprechungen, die er von den Tuerken erhaelt, bleiben daher unerfuellt, oder werden nachtraeglich zurueckgezogen. Es ist also kein Wunder, wenn gegenwaertig der hiesige katholische Clerus und Laienwelt hochgradig erregt und von einer foermlichen Verfolgung der katholischen in der Tuerkei sprechen.

Einige der allerjuengsten Massregeln der Tuerken, so z. B. die naechtliche Delogierung der „Petites Soeurs“, welche eine besonders segensreich wirkende internationale Altersversorgungsanstalt unterhalten haben, muessen tatsaechlich als unnoetige Roheitsakte oder gar Barbareiakte bezeichnet werden, welche auch gegen tuerkische Interessen sind, da ja der Krieg nicht ewig waehren wird, und Imponderabilien auch realen Wert haben.

Ein hier fuer die Dardanellen weilender katholischer Militaerpfarrer, wollte wegen dieser Zustaende hinausreisen, um hierueber Bericht zu erstatten, wurde jedoch von der Deutschen Botschaft an der Abreise gehindert.

Meiner Ansicht waere auch fuer unser Interesse und Ansehen als katholische Vormacht eine Intervention dringend angezeigt. Diesbezugliche Schritte von unserer hiesigen Botschaft oder bei Hussein Hilmi Pascha versprechen jedoch keinen oder wenig Erfolg. Es koennte vielleicht nur irgend eine geschickte Kundgebung seitens unseres Kaisers die verblendeten, uebermuetigen Tuerken aufrueeteln, und teilweise Abhuelfe schaffen.

Vollkommene wahrscheinlich nicht, da die Tuerken von dem Glauben durchdrungen sind, dass sie nur in der jetzigen Kriegszeit, in welcher alle Moralwerte, selbst von den kriegfuehrenden Kultur-Nationen ersten Ranges missachtet werden, sich

von den diversen bisherigen staatlichen Fesseln und Ballasten befreien koennen, und daher die sich vielleicht nie mehr bietende Gelegenheit unbedingt benutzen muessten.

An das literarische Bureau des
k. und k. Ministerium des Aeussern, Wien

HHStA PL 246



Angeblicher Ausschluß Ahmed Risa Beys aus dem Komitee für Einheit und Fortschritt

Konfidenten-Bericht

Nr. 352

Konstantinopel, 26/9. 1915

In einer vor kurzem abgehaltenen Sitzung beschäftigte sich der Verwaltungsrat des Komitees für Einheit und Fortschritt fast ausschliesslich mit der Frage des früheren Kammerpräsidenten und jetzigen Senators Ahmed Risa Bey. Derselbe hatte in der letzten Parlamentssession das Kabinett Said Halim Pascha aus verschiedenen Anlässen zu bekämpfen und angeblich dessen Sturz herbeizuführen versucht.

Schon in einer vor dem Schlusse der letzten Parlamentssession abgehaltenen Sitzung hatte der Verwaltungsrat der jungtürkischen Partei beschlossen, Ahmed Risa eine Rüge zu erteilen und ihn um Aufklärung aufzufordern. Ahmed Risa Bey hatte darauf geantwortet, er habe sich entschlossen, dem Kabinette und der Partei Opposition zu machen, weil man seine Anschauungen nicht berücksichtigen wollte. Aus dieser Antwort Ahmed Risas war ersichtlich, dass er mit dem neuen Kurs der auswärtigen Politik der Pforte nicht einverstanden war. Man behauptet jedoch, vielleicht mit Recht, dass Ahmed Risa Bey der Regierung hauptsächlich darum zürnte, weil er nicht zum Präsidenten des Senates ernannt werden konnte. Der Verwaltungsrat der Partei soll nunmehr in seiner gestrigen Sitzung den Ausschluss Ahmed Risa Beys aus der Partei beschlossen haben. Es wurde auch verabredet, diese ziemlich wichtige Entscheidung der Presse nicht mitzuteilen, weil sie im gegenwärtigen Momente Anlass zu vielleicht irrigen Mutmassungen und Kommentaren geben könnte, und wahrscheinlich in Zusammenhang mit der Frage der Verfolgung der Armenier gebracht werden dürfte, da es bekannt ist, dass Ahmed Risa die Regierung ganz offen wegen der rücksichtslosen Verfolgung der Armenier getadelt hatte.

Nach meinen sicheren Informationen ist Ahmed Risa, wie die Regierung in Erfahrung gebracht hat, entschlossen, gleich nach der Wiederaufnahme der Parlamentssession dem Senatspräsidium einen Interpellationsantrag einzureichen, worin Aufklärungen über die Verfolgung der Armenier verlangt werden. Es ist jedoch höchst wahrscheinlich, dass diese Interpellation auch dann keine weiteren Folgen haben dürfte, wenn das anfechtbare Interpellationsrecht des Senats zugestanden und über die Interpellation debattiert werden würde. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass

der Interpellationsantrag Ahmed Risas, vielleicht auch ohne verlesen zu werden, von der grossen Majorität des Senats abgelehnt werden dürfte.

Was den Ausschluss Ahmed Risas aus der Partei anbelangt, so müsste man demselben keine allzugrosse Bedeutung beimessen. Zwar würde dieser Ausschluss, wenn in Europa bekannt, als hochwichtig erscheinen, weil ja Ahmed Risa im Auslande gewissermassen als die Personifizierung und der Chef der Jungtürken betrachtet wurde. Seine Bedeutung in der Türkei, insbesondere seit der Wiederherstellung der Verfassung, war jedoch nicht so gross, als man sich im Auslande vorstellte.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA XL 272



Verschickung der Armenier in das Innere Kleasiens

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 79/P.A

Konstantinopel, 30. September 1915

Alle Nachrichten, welche von armenischer Seite stammen und aus dem Inneren Kleasiens bis hierher dringen, melden von den unerhörten Greuelthaten, die gelegentlich der Verschickung der Armenier vorgekommen sind. Man könnte annehmen, daß diese Nachrichten mit Rücksicht auf ihre Quellen übertrieben wären, sie finden jedoch leider durch Berichte der Agenten und Filialen der hiesigen Banken, durch zurückgekehrte deutsche Offiziere etc. ihre Bestätigung. Augenzeugen erzählen von schrecklichen Szenen, welche sich bei der Evakuierung der von Armeniern bewohnten Dörfern abgespielt haben. Im gleichen Sinne haben auch unsere Konsularämter in Damaskus und in Trapezunt berichtet. Die Männer werden größtenteils erschlagen, Frauen und Kinder um ein Spottgeld an Türken verkauft. Diejenigen, welche die Wanderung in das Innere antreten, erreichen nur zu einem geringen Prozentsatze ihr Ziel, weil sie unterwegs durch Entbehrungen, Krankheit oder Erschöpfung zugrunde gehen. Es ist heute nicht mehr zu leugnen, daß die Türken die zweifellos sogar zahlreich vorgekommenen Fälle von Hochverrat und Aufruhr zum Anlaß genommen haben, die Exterminierung der armenischen Rasse durchzuführen, was ihnen zu einem großen Teile gelungen zu sein scheint. Talaat Bey sagte mir neulich selbst mit einer gewissen Genugtuung, daß es z. B. in Erzerum kaum mehr einen Armenier geben dürfte. Alle Nachrichten stimmen darin überein, daß die jüngsten Maßnahmen der Regierung gegen die Armenier unvergleichlich mehr Menschenleben gekostet haben, als die Massakers Abdul Hamids.

Bei dem jetzt herrschenden ganz maßlos übertriebenen Chauvinismus der Türken

ist der Haß gegen alles Fremde und gegen den Christen in stetem Steigen begriffen. Es darf daher nicht wundernehmen, daß sich auch der in der Türkei so zahlreichen Griechen eine ziemliche Unruhe bemächtigt hat. Die seit längerer Zeit bestehende Unsicherheit in den Beziehungen mit Griechenland kann diese Beunruhigung nur erhöhen.

Die vorige Woche in Griechenland erfolgte Mobilisierung ist hier trotzdem verhältnismäßig ruhig aufgenommen worden und ich sollte glauben und hoffen, daß türkischerseits alles getan werden wird, um nicht durch unüberlegte Maßnahmen – wie schon so oft – der griechischen Regierung Anlaß zu Beschwerden zu geben und dadurch die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verschlechtern.

Sollte es jedoch in der weiteren Entwicklung der Dinge zum Kriegszustande zwischen der Türkei und Griechenland kommen, so müßte ich befürchten, daß die Türkei, welche heute in dem Wahne lebt, die Exterminierung der armenischen Rasse ungestraft ausführen zu können, die Gelegenheit benützen würde, um auch gegen die Griechen mit Gewaltmaßnahmen und Massenausweisungen vorzugehen. Es würde dann bei der praktischen Undurchführbarkeit solcher Maßnahmen die Griechen das gleiche Schicksal erwarten, wie es in den letzten Monaten die Armenier betroffen hat.

Wenn – nach türkischer Auffassung – die Armenier die Schuld dafür trifft, daß der Türke in der Türkei keinen wirtschaftlichen Aufschwung nehmen kann, so müßte diese Theorie in gleicher Weise auf den Griechen anwendbar sein. Denn neben dem Armenier ist es der Grieche, der den Handel und das Wirtschaftsleben in der Türkei in der Hand hat.

Ebenso wie aber die Schuld für die Verfolgung der Armenier dem Einflusse der Zentralmächte und in erster Linie Deutschlands in die Schuhe geschoben wird, würden die Ententemächte – sollte es zu Verfolgungen der Griechen im großen Stile kommen – auch dafür sorgen, daß diese jeder Zivilisation Hohn sprechende Gewalt-herrschaft der Türken gleichfalls und vielleicht noch in erhöhtem Maße auf Rechnung der teutonischen Barbaren geschrieben werden würde.

Der k. u. k. Geschäftsträger: **TRAUTTMANSDORFF**

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 209



Die Armenierverfolgung in der Türkei

Nr. 619

Auszug

aus den Berichten des k. und k. Militärattachés in Konstantinopel

[Konstantinopel,] den 8. 10. 1915

(..)

Die Armee-, Korps- und selbständigen Divisionskommandanten wurden durch ein eigenes Gesetz ermächtigt, unzuverlässige Bevölkerung ihres Operationsbereiches zwangsweise zu übersiedeln. Diese Massregel wurde insbesondere gegen die Armenier mit ausserordentlicher Strenge angewendet, ja, es hat den Anschein, als wäre dieses Gesetz überhaupt nur geschaffen worden, um die gänzliche Ausrottung der Armenier unter gesetzlichem Schutze durchführen zu können.

Ganze Gebiete wurden dieserart entvölkert, in vielen Ortschaften liegen massakrierte Armenier unbeerdigt.

Die Massregel hat auch wirtschaftlich missliche Folgen, durch welche in vielen Fällen auch fremde Staatsangehörige betroffen werden.

In türkischen Kreisen macht sich die Anschauung bemerkbar, dass das Vorgehen der türkischen Regierung gegen die Armenier mit Einverständnis Deutschlands geschieht.

(..)

K. U. K. ARMEE OBERKOMMANDO

Kriegsarchiv, KM AOK. NA. 17011



BEILAGE ZUM BERICHT DDO. KONSTANTINOPEL 7. DEZEMBER 1915 NR. 101/P. C [SIEHE S. 297]

La Congrégation des Méchitaristes est informée de la Loi concernant le service militaire des religieux

CONSULAT GÉNÉRAL
DE L'EMPIRE OTTOMAN À VIENNE

Nr. 2795

Vienne, le 9 octobre 1915

Le Consulat Général de l'Empire Ottoman a l'honneur de porter à la connaissance de la Congrégation des Méchitaristes à Vienne que le Ministère Impérial de la Guerre à qui le cas des nommés Georges Norbaronian, Antoine Oskanian, Haroutioun Der Stepanian et de leurs semblables a été soumis, vient de faire savoir que parmi les religieux qui portent toujours l'habit ecclésiastique ceux qui sont réservistes et territoriaux peuvent seuls profiter de l'exemption mentionnée dans le dernier paragraphe modifié de l'article 91 de la loi provisoire sur le service militaire tandis que les

élèves des écoles des Congrégations de la naissance des années 1310 et 1311 qui font partie du service actif ne sauraient aucunement en bénéficier. Cependant, d'après l'article 42 de la susdite loi, les diplômés et élèves des écoles en question pouvant avoir le droit au service limité (un an), on doit agir pour le service militaire des susmentionnés selon les prescriptions de ce dernier article.

La Congrégation des Méchitaristes est donc priée de transmettre les Tezkéré-i-Osmanié des élèves susmentionnés au Consulat Général et d'inviter ces jeunes gens à se présenter lundi le 11 octobre 1915 entre 10 et 12 heures à la Chancellerie consulaire afin de recevoir les instructions nécessaires concernant l'examen médical auquel ils auront à se soumettre.

Le Gérant du Consulat Général: R. HORNER

A la Congrégation des Méchitaristes, Vienne

HHStA PA XII 464



BEILAGE ZUM BERICHT NR. 17/P, ALEPPO VOM 30. NOVEMBER 1915 [SIEHE S. 292]

Englische Angriffe wegen der Vorkommnisse in Armenien

Aus „Wochenblatt der Frankfurter Zeitung“ Nr. 41

Frankfurt, 12. Oktober 1915

Aus Armenien kommen Meldungen von amerikanischer Seite, dass sich die Türken dort gegen die aufständischen Armenier Grausamkeiten haetten zu schulden kommen lassen. Auf diese Vorgänge kam Lord Cromer auch im Oberhause zu sprechen. Er meinte zwar, es [sei] doch kaum zu glauben, dass die Zahl der Opfer wirklich, wie behauptet wurde, 800000 betrage. Dann aber kam die echt englische Niedertracht zum Durchbruch. Lord Cromer meinte nämlich, obwohl glaubwuerdige Berichte ueber eine deutsche Mitschuld bei den Morden nicht vorliegen, sei doch Deutschland mitverantwortlich, da sein Einfluss in Konstantinopel unbestritten sei. Lord Bruce antwortet, dass es noetig sei, die Berichte der ganzen Welt mitzuteilen. Die Berichte der Konsuln melden einen ganz bedauernswerten Zustand. In einem Distrikt sei die Bevoelkerung voellig ausgerottet worden. Lord Bruce fuegt hinzu, die Ziffer von 800000 Toten, die Lord Cromer für unglaubwürdig halte, halte er für möglich. –

Wie in allem, was auf der Welt vorgeht, werden jetzt also auch an den Vorkommnissen in Armenien, über die übrigens noch gar keine beglaubigten Nachrichten vorliegen, die Deutschen von den Engländern mitverantwortlich gemacht. Ja die „Times“ verbreitete sogar in einer Meldung aus Cairo die schamlose Lüge, dass deutsche Konsuln in Kleinasien die Metzeleien leiteten und dazu ermutigten. So habe sich der deutsche Konsul Rössler in Aleppo nach Aintab begeben, um persönlich die Sache zu überwachen. In Wirklichkeit liegt die Sache natürlich umgekehrt. Die

deutschen Konsuln und die deutschen Missionen haben sich nach Kräften bemüht, Härten, die bei der Unterdrückung der Unruhen vorgekommen sein mögen, zu verhindern oder wenigstens zu mildern, und so ist es denn ohne Weiteres klar, dass die Reise des deutschen Konsuls von Aleppo nicht dem Zwecke gegolten hat, die Aufsicht über die „Greuel“ zu führen, sondern sie nach Möglichkeit zu verhindern. Aber die Engländer, die über die Judenmetzeleien und die Ermordung, Ausplünderung und Misshandlung von Deutschen durch ihre russischen Bundesgenossen bisher kein Wort der Missbilligung gefunden haben, möchten jetzt gerne, nach bekannter Methode, die angeblichen Greuel in Armenien den Deutschen an die Rockschösse hängen. Gegenüber dieser neusten englischen Hetze brauchen wir uns, soweit sie uns betrifft, nicht zu verteidigen; wohl möchten wir aber darauf hinweisen, dass die Armenier, falls sie von den Türken hart angefasst wurden, sich dies selbst zuzuschreiben haben, und dass, wenn es auf Veranlassung von europäischer Seite zu Ausschreitungen in Armenien gekommen ist, die Schuld nicht an Deutschland, sondern an unseren Feinden liegt, die durch Hetzereien und Geldmittel die Armenier der Türkei zum Aufstand veranlasst haben. Bei diesem Aufstand sind zuerst viele Tausend Mohammedaner von den Armeniern niedergemetzelt worden und noch am 23. September nannte ein Artikel im Londoner „Daily Chronicle“ Armenien den siebenten Verbündeten der Entente. Wenn die Türken dann zu scharfen Gegenmassregeln gegriffen haben, so tragen die aufständischen Armenier die Schuld selbst daran, die Mitschuld liegt aber nicht auf deutscher Seite, sondern auf Seiten der englischen, russischen und französischen Hetzer.

HHStA PA XII 463



Deportierung von Armeniern nach Amerika?

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 87/P.A

Konstantinopel, am 13. Oktober 1915

Schon vor etwa zwei Monaten hatte der amerikanische Botschafter bei Talaat Bey die Frage einer Massenüberführung von Armeniern nach den Vereinigten Staaten zur Sprache gebracht. Die amerikanische Regierung glaubt, die Armenier besonders im Westen ansiedeln zu können und verspricht sich von einer Einwanderung des arbeitsamen armenischen Volkes grosse Vorteile.

Talaat Bey, der nichts sehnlicher wünscht, als die Zahl der Armenier im türkischen Reiche tunlichst zu reduzieren, erklärte sich zu Anfang mit der amerikanischen Idee einverstanden.

Ein eingehenderes Studium der Frage scheint aber nun auf beiden Seiten ziemliche Schwierigkeiten der Durchführung zu Tage gefördert zu haben.

Herr Morgenthau erzählt mir, er habe nie im Namen seiner Regierung offizielle Vorschläge gemacht, da solche von den Türken als Einmischung in innere Angelegenheiten, sicherlich a limine abgewiesen würden, er habe die Frage nur rein akademisch zur Sprache gebracht. Auch sei es ausgeschlossen, dass eine solche Massendeportirung türkischer Staatsangehöriger aus der Türkei nach aussen hin sich als eine Aktion der amerikanischen Regierung darstelle. Die Aktion müsste jedenfalls die Form einer privaten Unternehmung haben, wenn auch die amerikanische Regierung ihre Unterstützung leihen würde. Auch müssten die sehr bedeutenden Kosten von privaten Gesellschaften, welche die Ansiedlung der Armenier in Amerika leiten würden, aufgebracht werden.

Die Türken machten jetzt übrigens allerhand Schwierigkeiten. Nach Ansicht Herrn Morgenthau's befürchten die türkischen Staatsmänner, dass durch eine Massenauswanderung unliebsame Détails über die gegen die Armenier getroffenen Massnahmen in die breite Oeffentlichkeit gelangen und die Welt sich noch mehr als bisher mit den Vorkommnissen im Innern Kleinasiens beschäftige.

Auch werde türkischerseits verlangt, dass jeder Armenier vor seiner Abreise sich durch seine Unterschrift verpflichte, nie mehr türkisches Territorium zu betreten. Nach echt türkischem Brauche müssten die Armenier überdies das Land völlig mittellos verlassen, all' ihr Hab und Gut müsste unbedingt zurückbleiben. Dadurch entstehe aber die Schwierigkeit, dass das amerikanische Gesetz die Einwanderung Mittelloser verbiete.

Der amerikanische Botschafter sagte mir weiter, die türkische Regierung wolle sich keinesfalls zu bindenden Erklärungen verpflichten, so dass es geschehen könnte, dass, falls infolge einer eingeleiteten Aktion Schiffe aus Amerika herüberkämen, um Armenier abzuholen, die türkische Regierung im gegebenen Moment diesen das Verlassen des Landes nicht gestatten würde. Da dies mit Rücksicht auf die grossen Kosten nicht riskirt werden könne, denke er daran, vielleicht auf die Art eine Lösung zu finden, dass Armenier türkischerseits gruppenweise auf eine Insel gebracht, und dort von amerikanischen Schiffen übernommen werden.

Herr Morgenthau machte mir den Eindruck, selbst nicht daran zu glauben, dass es zu Deportirungen im grossen Style kommen werde, weil die Schwierigkeiten und Kosten zu gross seien. Es dürfte aber gelingen, dass im Einvernehmen mit der türkischen Regierung freiwillig sich zur Auswanderung meldende Armenier in Gruppen von wenigen Hundert nach Amerika überführt und dort angesiedelt werden.

Der k. u. k. Geschäftsträger: TRAUTTMANSDORFF

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 463



Durch rigorose Zensur bedingt, nur unvollkommene Nachrichten über die Ausdehnung der Christenverfolgung

Abschrift

des vom k. und k. Generalkonsulate in Beirut an die k. und k. Botschaft gerichteten Berichtes Nr. 9/P vom 13. Oktober 1915

Infolge der äusserst rigorosen Zensur laufen in Beirut nur spärliche und unvollkommene Nachrichten über die Vorgänge im südlichen Armenien und nördlichen Mesopotamien ein, so dass man sich über die Ausdehnung der Christenverfolgung kein richtiges Bild machen kann. Nur so viel steht fest, dass die türkischen Behörden mit schonungsloser Härte vorgegangen sind und die Durchführung der an und für sich ungerechten Massregeln untergeordneten Organen überlassen hatten, welche es für überflüssig fanden, vorerst eine, wenn auch noch so oberflächliche Untersuchung über Schuld oder Unschuld ihrer Opfer einzuleiten.

Ohne auf Details eingehen zu wollen, glaube ich im Nachhange zu den bereits telegraphisch gemeldeten Vorfällen berichten zu müssen, dass der syrisch-katholische Bischof von Gezireh in Mesopotamien, Msgr. Michel Malké, gleichfalls ein Opfer der Massakres geworden zu sein scheint und dass drei seiner Priester spurlos verschwunden sind.

Was die von Konstantinopel ergangene Zirkularweisung, welche die Ordnung wiederherstellen sollte, betrifft, so konnte deren Durchführung von hier aus nicht kontrolliert werden, da alle aus dem Innern eintreffenden Nachrichten die Vorgänge nur in versteckten Worten andeuten und es daher nicht ersichtlich ist, ob die berichteten Vorfälle vor oder nach Erlassung des Einstellungsbefehles stattgefunden haben. Im hiesigen Amtsbezirke wurden die Christen, (auch die gregorianischen Armenier) überhaupt nicht belästigt.

Soviel steht jedoch fest, dass die Transporte von Verschickten andauern, wobei es sich allerdings möglicherweise um Leute handelt, welche schon früher aus ihren Wohnsitzen entfernt wurden. Auch wird für die Ernährung dieser Leute sehr schlecht gesorgt, sie erhalten höchstens drei Brote pro Tag und auch das nur unregelmässig, werden zu anstrengenden Fussmärschen gezwungen, müssen im Freien kampieren, haben oft weder Wäsche noch Schuhe, finden bei Erkrankungen keine ärztliche Hilfe etc. Auch hat sich der Missbrauch entwickelt, dass die bewachenden Organe gegen geringes Trinkgeld Kinder „verlieren“, was zwar einestheils von mildtätigen Personen zur Rettung der Kinder benutzt wurde, in vielen Fällen aber zu Menschenhandel ausartete. Die Verschickten werden in der Beka'a und im Hauran in rein-mohammedanische Dörfer zerstreut, die Kinder von ihren Eltern getrennt in muselmanischen Häusern untergebracht, so dass es unmöglich ist, den Bedürftigen Hilfe zukommen zu lassen. Dieses Vorgehen scheint eine systematische Islamisierung zum Zwecke zu haben.

Den Vorstellungen der Bischöfe gegenüber zeigen sich die Behörden taub, die Korrespondenz der hiesigen Patriarchate mit den Diöcesen des Innern ist überhaupt unterbrochen, so dass das Christentum in den betroffenen Distrikten ernstlich gefährdet erscheint.

HHStA PA XII 463



Bericht über die Haltung von Konsul Rössler in der Armenierfrage angefordert

Nr. 2359

Abschrift

eines vom kaiserl. deutschen Botschafter Herrn von Tschirschky
zur Kenntnisnahme übergebenen Telegramms

Pera, den 15. Oktober 1915

Der amerikanische Botschafter, mit welchem ich den im englischen Oberhause und in der feindlichen Presse gegen die deutsche Regierung und die deutschen konsularischen Vertreter in der Türkei, in Sonderheit gegen Konsul Rössler erhobenen Vorwurf der Begünstigung der Armenierverfolgungen besprochen habe, will einen Bericht des amerikanischen Konsuls in Aleppo über die Haltung Konsuls Rössler in der Armenierfrage einfordern und nach Genehmigung seiner Regierung uns zur Verfügung überlassen.

Herr Morgenthau betonte wiederholt, er wisse genau, daß deutscherseits alles geschehen sei, um die türkische Regierung von ihrem Vorgehen gegen den unschuldigen Teil der Armenier abzubringen und Ausschreitungen zu verhindern. Auch sei ihm aus Berichten seiner Konsuln bekannt, daß die deutschen Konsuln sich stets und überall der Armenier angenommen haben.

gez. WANGENHEIM

Der kaiserliche Botschafter
an Auswärtiges Amt

HHStA PA XII 463



Verordnung über die Bestrafung der Familien von Deserteuren und Stellungsflüchtigen

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. KONSULAT
ADRIANOPEL

Abschrift

Z. 92/P

Adrianopel, am 22. Oktober 1915

Die am ersten Bairamtage von den Militärbehörden veröffentlichte Verordnung die Bestrafung der Familien von Deserteuren und Stellungsflüchtigen betreffend hat in der christlichen Bevölkerung allgemeine Bestürzung hervorgerufen.

Es ist zwar auch in dieser Verordnung von der gleichmässigen Behandlung aller Ottomanen die Rede, das allgemeine Empfinden sieht aber in derselben eine geschickt verdeckte nur gegen die Griechen und Armenier gerichtete Waffe, um dieselben auf „gesetzlichem“ Wege ausweisen zu können.

Die hierorts gesammelte Erfahrung, die Differenzierung in der Behandlung der Christen und Mohammedaner lässt dieses Empfinden als richtig erscheinen und spricht die sofort in Angriff genommene „praktische“ Durchführung der Militärbestimmung ganz entschieden dafür.

In der in Frage stehenden Verordnung ist ein Termin angegeben (20. X. 1331.) bis zu welchem sich die Einzelnen bei den kompetenten Militärbehörden melden können um straflos auszugehen.

„Praktisch“ wird die Sache so gemacht, dass die Polizeiorgane in die Häuser der Griechen und Armenier, deren Angehörige sich dem Waffendienste entzogen haben, gehen und denselben mitteilen, dass sie innerhalb 14 Tagen weg müssen um nach dem Innern abtransportiert zu werden.

Die Ursache warum sich die Christen dem Waffendienste entziehen ist in der rohen Behandlung derselben und in dem Umstand zu suchen, dass man sie nicht als Soldaten, sondern als Strassenarbeiter, etc. etc. verwendet.

Nach Wien berichte ich nicht.

Der k. u. k. Konsul: NADAMLENZKI

Seiner Exzellenz

Herrn Markgrafen Pallavicini, Konstantinopel

HHSStA PA XII 463



Armenier-Verfolgung

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GENERALKONSULAT
TRAPEZUNT

Nr. 70/P
Vertraulich

Trapezunt, am 22. Oktober 1915

Aus gewöhnlich verlässlicher deutscher Quelle erfahre ich, dass die erste Anregung zur Unschädlichmachung der Armenier – allerdings nicht in der tatsächlich durchgeführten Weise – von deutscher Seite erfolgt sei.

Gleichlautend berichte ich nach Konstantinopel.

Der k. u. k. Konsul: KWIATKOWSKI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 463



Der Apostolische Nuntius bittet um Vermittlung bei der Hohen Pforte

K. UND K. MINISTERIUM
DES AUSSEßERN, WIEN

Tagesbericht Nr. 4946 p. d.

Wien, am 24. Oktober 1915

Der Apostolische Nuntius ist gestern bei mir erschienen und hat im Auftrage des Heiligen Vaters die Lage der Armenier im türkischen Reich zur Sprache gebracht.

Mgre. Scapinelli hat darauf hingewiesen, daß nach Aussage von geistlichen Personen, die aus den armenischen Gebieten zurückgekommen wären, die Armenier ihrer Ausrottung entgegengingen, daß das derzeitige Vorgehen der Türken viel grausamer wäre als jenes zur Hamidischen Zeit und daß demselben bereits ½ Million Armenier zum Opfer gefallen sei.

Der Papst habe sich in einem Handschreiben an den Sultan gewendet, um Abhilfe zu schaffen. Der Heilige Stuhl bittet, daß auch wir unsere Stimme in Konstantinopel erheben möchten.

Ich habe dem Herrn Nuntius erwidert, daß wir schon vor Monaten die Aufmerksamkeit der Hohen Pforte auf die uns zugekommenen Klagen über das unmenschliche und politisch fehlerhafte Vorgehen gegen die Armenier gelenkt hätten, daß wir uns die Sache immer vor Augen hielten und daß ich kürzlich Markgrafen Pallavicini vor seiner Rückreise nach Konstantinopel neuerlich mit mündlichen Instruktionen zu neuerlichen eindringlichen Vorstellungen in der Sache versehen hätte.

Vertraulich habe ich dem Nuntius gegenüber hinzugefügt, daß ich mir leider

keinen großen Erfolg von unserer Vermittlung versprechen könne, da man türkischerseits immer darauf hinweise, daß die Armenier politisch unzuverlässig seien und zahlreiche Ueberfälle auf friedliche türkische Ortsbewohner auf dem Gewissen hätten, während andererseits die türkische Regierung jedes systematische gewaltsame Vorgehen gegen das armenische Volk in Abrede stelle.

HHStA PA XII 464



Die Vernichtung der Armenier ist ein Schandfleck des zwanzigsten Jahrhunderts und ein indirekter Selbstmord der Verbündeten der Türkei

[HEINRICH ALBERTALL
VERTRETER DES K. K. KORRESPONDENZ-
BÜROS IN KONSTANTINOPEL]

Streng vertraulich

Konstantinopel, den 24. 10. 1915

I. Nr. 313 Inneres

(...)

Vernichtung der Armenier. Dieselbe schreitet fort. Aus dem Innern hier ankommende katholische Priester, protestantische Missionaere aber auch einheimische u. fremde Laien erzählen Schauderdinge, welche freilich unkontrollierbar. – Aber wenn nur der zehnte Teil wahr ist, dann ist es genuegend schrecklich und traurig. Die Vernichtung wird stellenweise auch auf mit Rom unierte orientalische Riten ausgedehnt: Katholische Armenier, Syrier, Chaldaeer (ueber einige Einzelfaelle habe ich von Familien-Mitgliedern sichere Mitteilungen), angeblich auch Maroniten in der fruher privilegierten Provinz Libanon. Ich habe schon wiederholt ausgefuehrt, dass mit den Brillen und Maßstab der hoechsten Staatskunst gemessen, die Verringerung des armenischen Elements eine kuehne staatsmaennische Tat und geschickte Benuetzung einer guenstigen Gelegenheit und der noetigen Massregelung der einen Aufstand vorbereitenden Armenier. Aber die Geister, welche die staatsmaennischen Zaubermeister Talaat u. Comp. riefen werden sie nun nicht los, und vermoegen sie nicht zu zuegeln und zu baendigen. An dem Ueberschreiten der Massregel und Befehle und den grossen Ausschweifungen sind neben dem herangezuechteten Nationalismus, Turkismus, Turanismus, Chauvinismus auch die mit dem Krieg angefachten atavistischen wilden Kriegs- und Raub-Eigenschaften und Instinkte der Tuerken, Kurden und der anderen mohammedanischen Rassen schuld. Wirtschaftlich werden von der Vernichtung der Armenier nicht die Tuerken sondern die Griechen und die Fremden profitieren.

(...)

Nachtrag zur Vernichtung der Armenier. Soeben habe ich mit dem durchreisenden Pater Dunkel, Direktor des Katholischen Kirchenwesens in Kleinasien, welcher seinen Sitz in Jerusalem hat, gesprochen. Derselbe reist morgen zur Berichterstattung nach Deutschland ab. Er sagte mir, dass er aus den Auftraegen, die er von seinem Cardinal und anderen Vorgesetzten erhaelt, ersehen hat, dass man in Europa keine Ahnung von den Massacren der Armenier und der sich auch auf die Katholiken erstreckenden Vernichtungsmassregeln hat. Auch er schaezt die Gesamtzahl der vernichteten Armenier auf eine Million!? Von Aleppo bis hierher beegnete er Armenischen Transporten (per Bahn, per Wagen und zu Fuss), die er auf 50000 Seelen schaezte. Anfaenglich sehen die Transporte ziemlich gut aus bis sie aber Aleppo erreichen, muessen Wagen, Bespannung, Vieh etc. wegen Futtermangel zurueckgelassen werden und kommen die Leute dort halb verhungert und krank an und sterben, wie er selbst gesehen und gezaehlt, taeglich nach Hunderten. Wenn sie nicht auf diesen oder anderen Etappenorten sterben, dann gehen sie auf ihren Bestimmungsorten zu Grunde, wo sie gar keine Existenzmittel haben und wo auch beinahe keine staatlichen Vorbereitungen getroffen werden. Dass sich die Vernichtung auch auf katholische Armenier, Syrier, und Chaldaeer ausdehnt, bestaetigte auch mein Gewaehrsmann. Ueber einzelne Behandlungen und Ermordungen von Bischoefen, Priestern, Schwestern, Frauen, Kindern erzaehlt mein Gewaehrsmann unglauubliche Schauderdinge. Von Aleppo bis hierher soll keine roemische Kirche mehr funktionieren. In Libanon, wo er vor drei Monaten weilte, war damals noch alles in Ruhe, aber alles in grosser Angst. Er bestaetigt, was ich schon wiederholt ausgesprochen habe, dass diese und andere Christen der Tuerkei die ganze Verfolgung auf Deutschland und unser Konto setzen und uns verdammen, dass sie auf eine Rettung nur von Frankreich und England hoffen, und dass Deutschland's und unsere Stellung bei den Nichtmohammedanern der Tuerkei fuer die Zukunft untergraben ist. Neu war mir, das was mein Gewaehrsmann darueber ausfuehrte, dass in den Provinzen nur die deutschen Protestanten seitens der Tuerken als richtige waschechte angesehen und behandelt werden, die Katholiken dagegen sozusagen als Deutsche zweiter Klasse oder sogar als „Deutsch-Armenier“, und dass man ihnen dies verstehen und fuehlen laesst. „Es ist ein Schandfleck des zwanzigsten Jahrhunderts und ein indirekter Selbstmord der Verbuedeten der Tuerkei.“ Mit diesen Worten schloss mein Gewaehrsmann seine Mitteilungen, welche wohl subjektiv und von den erlebten Schauderdingen beeinflusst, aber nicht uebertrieben scheinen.

Pater Dunkel duerfte sich in Wien aufhalten, um Cardinal Piffel und andern Geistlichen Wuerdetraegern Bericht zu erstatten. Zu gleichem Zweck ist schon vor drei Wochen Pater Norbert, Capuziner Superior von Erzerum, der aber schon seit Monaten hier weilte, nach Oesterreich gereist.

An das literarische Bureau des
k. und k. Ministerium des Aeussern, Wien

HHS&A PL 246



Armenische Unruhen

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. KONSULAT

ALEPPO

Z. 15/P

Zum Berichte vom 27. August 1915, Z 12/P

Aleppo, am 25. Oktober 1915

Die Kämpfe bei Suedié sind seit längerer Zeit beendet. Die aufständischen Armenier sollen samt ihren Familien auf englische Kriegsschiffe geflohen sein. Wie verlautet, sind die Männer, zirka 6000 Mann, nach den Dardanellen als Freiwillige abgegangen, während die Frauen und Kinder nach Cyprien gebracht worden sind. Die Verluste der Türken in den Kämpfen bei Suedié waren ganz geringfügig. Einen blutigen Verlauf nahmen dagegen die Vorgänge in Urfa. Erst vor einigen Tagen ist der Widerstand der in massiven Steinhäusern verbarrikadierten und mit Munition, Dynamit und Waffen reichlich versehenen Armenier gebrochen worden. Seitens der Türken sollen mehrere Bataillone sowie Artillerie unter dem Kommando Fahri Paschas bei der Niederwerfung des Aufstandes mitgewirkt haben. Ueber die Kämpfe verlauten keine ganz zuverlässigen Details. Es wird behauptet, dass die Türken mehrere hundert Tote und Verwundete gehabt haben. Von den aufständischen Armeniern sollen sehr viele gefallen sein. Im ganzen sollen zirka 3000 Personen, Frauen und Kinder inbegriffen, den türkischen Truppen unverletzt in die Hände gefallen sein.

Bemerkenswert ist ein Zwischenfall, der möglicherweise zu Weiterungen zwischen der Türkei und den Vereinigten Staaten Anlass geben könnte. Im Laufe des dreiwöchentlichen Kampfes flüchteten sich eine Anzahl Aufständischer samt ihren Familien in die dortige amerikanische Mission. Die Aufforderung des türkischen Kommandanten an den Vorsteher der Mission zur Räumung derselben fand keine Beantwortung. Nach langem Zuwarten wurde das Feuer gegen die Mission eröffnet und es verlautet, dass dabei auch zwei Amerikaner um's Leben gekommen sind. Angesichts der vierer-verbandfreundlichen Haltung der hiesigen amerikanischen Konsulatsfunktionäre sowie der im Vilajete lebenden Amerikaner befremdet das oben geschilderte Verhalten der amerikanischen Missionäre in Urfa nicht.

Aus den östlichen Vilajets Diarbekir, Bitlis wird das Auftreten von kleineren armenischen Banden gemeldet.

Gleichlautend berichte ich sub Z. 26/P. nach Konstantinopel.

Der k. u. k. Konsul: DANDINI

Seiner Exzellenz

Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 463



Verfolgung der Armenier

Memorandum

des Pater Hofer aus Erzerum. Vom Apostolischen Nuntius am 26. 10. 1915
im Rf II übergeben

Neben der gegen die katholischen Anstalten gerichteten freimaurerischen Verfolgung ist die viel schwerer wiegende der türkischen Regierung gegen die ganze armenische Nation zu erwähnen.

Infolge eines angestellten Verrates, dessen sich die Mitglieder der beiden regierungsfeindlichen Parteien, Intschiaksisten und Taschnakisten, welche größtenteils in Van wohnen, schuldig gemacht hatten, ordnete ein Regierungsedikt die strengste Bestrafung sämtlicher Armenier an. In der offiziellen Form dieses Ediktes wurde eine Ausnahme bezüglich der katholischen Armenier gemacht, die sich in der Tat in politische Sachen nie hineingemischt hatten. Aber im geheimen wurde allen Valis aufgetragen, sowohl gegen die Gregorianer als gegen die Katholiken vorzugehen.

Das Dekret verfügt die Todesstrafe für die Schuldigen oder Verdächtigen und die Verschickung für alle Uebrigen.

Das Wort „Verschickung“ (Deportation) bedeutet:

1. Vollständige Trennung der Ehemänner von ihren Weibern und der Mütter von ihren Kindern.

2. Drohungen und Schmeicheleien türkischer Sendlinge, um die einen und die anderen zum Abfall zu bewegen. Die Abtrünnigen – und es sind deren viele – werden sofort nach rein muselmanischen Ortschaften gebracht, von wo es keine Rückkehr mehr gibt.

3. Raub der Weiber, insofern sie nach ihrer körperlichen Beschaffenheit sich zum Verkaufe für die Harems oder zur Befriedigung der niederen Lüste der Notabeln und Wächter eignen.

4. Die kleinen Mädchen von verschiedenen Ortschaften werden als kleine Dienerinnen für türkische Häuser bestimmt, welchen es dann obliegt, ihnen die entsprechende mohamedanische Erziehung zu geben. Es sind deren sogar nach Konstantinopel gekommen. Andernorts werden alle christlichen Knaben beschnitten und in türkische Häuser gebracht. So wurden am 1. September, dem Geburtstage des Sultans, 100 christliche Knaben aus Angora, darunter viele katholische, feierlich beschnitten. (Augenzeuge: der vom Verfasser dieses Memorandums internierte Vorsteher der protestantischen Bruderschaft in Angora.)

5. Es gibt Landstriche, in denen die Frauen und Mädchen der gegenwärtig für ihr türkisches Vaterland kämpfenden Soldaten gesammelt und zur Verteilung in ausschließliche türkische Dörfer bestimmt werden. (Augenzeuge: der Berichterstatter.) Dies geschah in Ismidt.

Wenn auf diese Weise die Auswahl geschehen ist, dann werden die Uebriggebliebenen gezwungen, ihre ganze Habe, Häuser, Besitzungen, Geld zu verlassen und ins Innere zu gehen. Von meist rohen Gendarmen begleitet wandern sie von Dorf zu

Dorf, von Ebene zu Ebene, ohne Rast und Ruhe, immer einer unbekanntem Bestimmung nach. Seelisch erschüttert durch die Leiden und den Schmerz der Trennung, ist ihr Organismus nicht mehr im Stande, den Unbilden der Witterung und den Entbehrungen Stand zu halten, so daß viele auf dem Wege sterben. Andere werden ohneweiters niedergemacht. So bestätigt sich die Nachricht eines allgemeinen Massacres der Armenier in Van und Bitlis; auch jenes von Mardin, wo der katholische Bischof mit 700 seiner Getreuen niedergemacht wurde. Von Angora berichtet der obgenannte protestantische Zeuge, daß die ganze männliche armenische Bevölkerung von über 10 Jahren durch ein Massacre ausgerottet worden ist. Beispiele dieser Art könnte man noch viele anführen.

Die folgende von zwei vom Berichterstatter internierten türkischen Zeugen berichtete Tatsache möge die Grausamkeit, der die Verschickten ausgesetzt sind, beleuchten. In einer verlassenen Kirche auf dem Wege nach Angora befanden sich 150-200 verschickte Armenier, darunter ein katholischer Priester und zwei Schwestern, eingeschlossen und mit dem Bayonette bewacht. Genötigt, an diesem selben Orte ihre Bedürfnisse zu verrichten, liegen sie in dem verpesteten Raume, die einen auf den anderen auf der nackten Erde, da nicht genug Platz vorhanden war. Die zwei Zeugen konnten in diesem Menschenhaufen zwei Leichen von an der Cholera verstorbenen Weibern feststellen, welche die Wachen nicht zu beerdigen gestatteten.

Was in Sonderheit die armenisch-katholische Geistlichkeit betrifft, so wissen wir, daß sie größtenteils verurteilt wird, der Menge zu folgen, aber sie kann dort ihre heiligen Funktionen nicht ausüben. Die Bischöfe erleiden dasselbe Los. So hat man beim armenisch-katholischen Patriarchate in Konstantinopel keinerlei Nachricht über 6 Bischöfe. Dasselbe gilt bezüglich etwa 40 Priestern und ebensovielen Schwestern. Alle diese Unglücklichen können in diesem Augenblicke niedergemetzelt oder an Entbehrungen zu Grunde gegangen sein.

Es ist hervorzuheben, daß die Türken selbst die Zahl der durch Massacres oder Entbehrungen umgekommenen Armenier auf 500 000 und die Zahl der Verschickten auf 900 000 schätzen.

Zwei Missionssitzungen in Berlin

1. Sitzung des Missionsausschusses des Zentral Komitees der
Katholikenversammlung Deutschlands
2. Vierte ordentliche Mitgliederversammlung des „Internationalen
Institut für wissenschaftliche Forschung“

29. Oktober 1915

Prof. Dr. Schmidlin: (...) Ich möchte vor allem unterscheiden: 1. daß wir deutsche Katholiken zur Rettung des Christentums in der Türkei und unseres eigenen Namens vor der ganzen zivilisierten Welt unbedingt gegen die christlichen Greuel etwas tun und insbesondere bei unserer Reichsregierung vorstellig werden müßten, damit wir nicht in den Verdacht der Konspiration mit diesem Blutbad kommen.

In der Aussprache über dieses Thema berichtet Abg. Erzberger mit genauer Sachkenntnis eingehend über die an den Armeniern begangenen Greuel und stellt den richtigen Tatbestand fest. Er warnt nachdrücklich [vor] einem öffentlichen Protest. Derselbe sei ohne allen Nutzen und Erfolg bei den Türken und könne der guten Sache nur schaden.

Justizrat Dr. C. Bachem beklagt, daß, obgleich die russische Sache auch in den Augen der Armenier als verloren gelten müsse, diese sich noch jetzt zu Aufständen gegen die Mohammedaner hätten verleiten lassen. Die Folgen könne man angesichts der türkischen Erfolge sich denken...

Prälat Richen, Köln, bespricht die ungünstigen Verhältnisse der Katholiken in der Türkei, empfiehlt ein energisches Vorgehen gegen die armenischen Greuel...

Prof. Pfeilschifter: In der armenischen Frage sei unsererseits ein Eingreifen schwierig, die Armenier erdulden, was sie selbst verschuldet haben...

Abg. Gröber: Die Nachrichten aus Armenien seien übrigens getrübt, daher sei Vorsicht geboten. Für uns Katholiken ist maßgebend die Stellungnahme des Heiligen Vaters. Er hat nicht zu den Greueln geschwiegen, sondern die Armenier in Schutz genommen. Daher ist eine energische Erklärung an den Reichskanzler am Platze, die den Schutz der Christen verlangt. Eine Veröffentlichung derselben ist aber nicht erforderlich. Es wird unter anderem auch beschlossen daß:

Der Missionsausschuß des Zentralkomitees der Katholikenversammlungen eine Erklärung an den Reichskanzler in Sache der Armenier übermittelt. Die Abfassung dieselber wird Herrn Justizrat C. Bachem und Herrn Erzberger übertragen.

Diözesanarchiv Wien, Maria Empfängnis Verein II, Faszikel 8



Das Schreiben Seiner Heiligkeit wurde dem Sultan übergeben

Telegramm von Markgraf Pallavicini

Nr. 819

Pera, 29. Oktober 1915

Apostolischer Delegierter bittet, Apostolischem Nuntius in Wien behufs telegraphischer Verständigung Heiligen Stuhles mitteilen zu wollen, daß er 27. l. M. vom Sultan in Audienz empfangen wurde und Seiner Majestät das Schreiben Seiner Heiligkeit übergeben habe.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA XII 464



BEILAGE ZU BERICHT NR. 93/P. B DDO. COS-PEL 7. NOVEMBER 1915 [SIEHE S. 269]

Die Ausweisung der Armenier hat begonnen

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. KONSULAT
ADRIANOPEL

Abschrift

Z. 95/P

B.Nr.: h. ä.* Chiffre – Depesche Nr. 22 u. 23

Adrianopel, am 29. Oktober 1915

Die Ausweisung der Armenier, eine Massregel, die die weitere Durchführung des in meinem Berichte vom 29. v. Mts. No. 78/Pol. aufgestellten Programmes des jungtürkischen Komités darstellt, hat von einem Moment zum andern begonnen. Vorgestern Abend um 8 Uhr erschienen Polizeiorgane in den Häusern der reichsten und wohlhabenden armenischen Familien und zwangen dieselben innerhalb ½ Stunde, ihr Haus mit Weib und Kind zu verlassen. Den bedauernswerten Opfern einer unverständlichen und sinnlosen Politik, wurde gestattet, nur 40.–P.S. und einige unumgänglich notwendige Wäschestücke mitzunehmen. All ihr Hab und Gut, ihre Geschäfte mit einem Wort Alles mussten sie zurücklassen. Sie wurden auf 164 Wägen verladen und in der Nacht bewegte sich dieser unendlich traurige Zug aus der Stadt gegen Ouzoun-Keuprü zu, von wo aus diese Menschen weiter, angeblich nach Arabien, wahrscheinlich aber nach Mossul wo bereits 1½ Millionen ihrer Konationalen im Elend schmachten, abtransportiert werden sollen. Die Szenen, die sich in der Nacht vom 27. auf den 28. hier abgespielt haben, spotten jeder Beschreibung. Kranke, Greise und Kinder wurden aus den Betten herausgezerrt und mit Gewalt abgeführt. Keine Rücksichten und kein Erbarmen mit hilflosen unschuldigen Menschen liess man gelten, nur rohe Gewalt und barbarische Ungerechtigkeit herrschten.

* h. ä. = Abkürzung für hierämtlich

Mehrere Kinder, die z. B. in dem Institut der Agramer Barmherzigen Schwestern als Interne untergebracht sind, und von der Ausweisung ihrer Angehörigen keine Ahnung hatten, sind so für immer von ihren Eltern und Verwandten getrennt.

Die Häuser und Geschäfte der Ausgewiesenen wurden versiegelt und bewacht. Gestern begann man diese zu öffnen und denselben alles das zu entnehmen, was wertvoll ist. Euer Exzellenz können sich vorstellen, dass die Beute, man kann nur diesen noch milden Ausdruck gebrauchen, eine reiche ist. Teile derselben konnten unsere im türk. Spital arbeitenden Barmherzigen Schwestern sehen. Das Spital, welches sonst am notwendigsten Mangel leidet, war gestern plötzlich mit neuen Geschirren, Geld, Lebensmitteln, etc. reichlich versehen.

Die noch hier verbliebene armenische Bevölkerung lebt in einem panikartigen Schrecken. Sie fürchtet *mit Recht*, das Schicksal der Übrigen zu erleiden.

Die hiesigen Lokalbehörden erklären, für diese Vorfälle keine Verantwortung zu tragen, da sie über Befehl aus Konstantinopel handeln.

Da mir bekannt ist, dass unsere Feinde, anlässlich der Armeniermassacres und Ausweisungen in Kleinasien, die Nachricht verbreiteten, dass dies alles mit Wissen oder zum Mindesten mit Duldung der verbündeten Centralmächte geschehe, erachte ich es als meine Pflicht, immer unter Hinweis, dass eine Einmischung in innerpolitische Angelegenheit nicht statthaft ist, den hiesigen Behörden gesprächsweise zu erklären, dass wir ein solches Vorgehen nicht gutheissen können. Die Antwort war: „Das ist selbstverständlich, wir müssen aber Konstantinopel gehorchen.“

Jeder, der hier jahrelang lebt und die Armenier genau kennt, ist überzeugt, dass die grösste Majorität derselben allen Bestrebungen und Bewegungen gegen die Regierung ferngestanden hat. Es sind meistens Kaufleute, und zwar die tüchtigsten am Platze, die auch mit der Industrie der Monarchie in enger Berührung standen. Ob nicht durch diese Massregel auch uns nahestehende Interessen getroffen und geschädigt worden sind, wird die Zukunft lehren.

Der Versuch, sich auch der in Karagatsch wohnenden Armenier zu bemächtigen, es wurden am Tage vor dem Eintreffen der Bulgaren ungefähr 30 Mann nach der Stadt gebracht, ist an der energischen Haltung der bulgarischen Regierung gescheitert, die die Türken zwang, diese Armenier wieder auf bulgarisches Territorium zu bringen.

Die Stadt bietet ein trauriges Bild. Der grosse Bazar, in welchem sich die grössten und besten Geschäftshäuser der Stadt befinden, ist leer, $\frac{3}{4}$ der Kaufläden ist, wahrscheinlich für immer, gesperrt. Das Leben in der Stadt hat aufgehört, um 3 Uhr nachmittags werden die Geschäfte geschlossen. Armenier und Griechen trauen sich nicht aus den Häusern, die gesamte christliche Bevölkerung verbringt qualvolle Stunden und lebt in ständiger Angst. Ein deprimierendes Gefühl ist es, als Vertreter eines Kulturstaates diesem mittelalterlichen Treiben zusehen zu müssen, ohne helfen zu können und zu dürfen.

Nach Wien berichte ich nicht.

Der k. u. k. Consul: NADAMLENZKI m. p.

Seiner Exzellenz

Herrn Markgrafen Pallavicini, Konstantinopel

HHStA PA XII 463

Eingabe an den Reichskanzler betr. den Schutz der armenischen Christen

Berlin, 30. Oktober 1915

Der Missionsausschuß des Zentralkomitees für die Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands, versammelt zu Berlin am 29. Oktober 1915, hält es für seine unabweisbare Pflicht, seine Stimme zu erheben, damit den überaus harten Maßregeln, welche zurzeit von seiten der türkischen Regierung gegen die Armenier zur Anwendung gebracht werden, sofort ein Ende gemacht werde. Was immer auch den Armeniern zur Last fällt, so verlangt doch das Gebot der Menschlichkeit, welchem auch die türkische Regierung ihr Ohr nicht versagen darf, daß der drohenden Ausrottung des ganzen armenischen Volkes gesteuert werde.

Die Versammlung hat das Vertrauen zu der Leitung des Deutschen Reiches, daß sie auch bisher schon zur Linderung des Loses der Armenier alles getan hat, was in ihren Kräften stand. Sie bittet aber angesichts der fortdauernden Schrecknisse in Armenien, daß sie unausgesetzt auf diplomatischem Wege durch Einwirkung auf die Regierung der uns verbündeten Türkei, alles zur Linderung des Loses der Armenier aufbiete, was ohne Gefährdung des militärischen Bündnisverhältnisses geschehen kann.

Die türkische Regierung wird begreifen müssen, daß die christliche Bevölkerung Deutschlands trotz ihrer politischen Bundesfreudigkeit zur Türkei in Aufregung geraten muß, wenn ihre Glaubensgenossen in der Türkei so schwer bedrückt werden. Dies um so mehr, als alle deutschen Katholiken, wie es sich aus den Besprechungen des Missionsausschusses als springender Punkt ergab, auf dem Standpunkt stehen, von allen christlichen Völkern der Türkei volle Loyalität gegenüber dem türkischen Staate zu verlangen, sie auch ihrerseits bereit sind, in dieser Richtung auf die orientalischen Christen einzuwirken und bei ihnen das Verständnis für staatsbürgerliche Gesinnung zu wecken.

Übrigens erfordert es das richtig verstandene Interesse der Türkei selbst, daß diese sich nicht so wertvoller Mitarbeiter beraubt, wie die Armenier bisher es auf dem Gebiete der Staatsverwaltung und des wirtschaftlichen Fortschrittes für sie gewesen sind.

Vor allem aber bitten wir den Herrn Reichskanzler, darauf ein wachsames Auge zu halten, daß unter keinen Umständen auch in andern Teilen des türkischen Reiches ähnliche Ereignisse gegenüber der christlichen Bevölkerung Platz greifen.

Die im unterzeichneten Missionsausschuß vertretenen deutschen Katholiken hegen volles Vertrauen zur Leitung des Deutschen Reiches und zur befreundeten Regierung der Türkei, daß durch Beseitigung der erwähnten Mißstände unser Bündnis mit der Türkei auch weiterhin beim christlichen Volke Deutschlands freudige Stimmung und Teilnahme finden kann.

Im Namen aller im Missionsausschuß vertretenen Organisationen der deutschen Katholiken zeichnen:

Prälat DR. WERTHMANN, Vorsitzender
ERZBERGER, M. d. R.
Justizrat DR. BACHEM

Interesse an der Erhaltung der Handelsbeziehungen

Telegramm von Markgraf Pallavicini

Nr. 830
Chiffre

Pera, 1. November 1915

Bezug auf Telegramm No. 590 vom 27. v. M.

Ich habe heute Minister des Aeußern in überzeugender Weise auseinandergesetzt, daß wir die türkische Regierung für jeden Schaden verantwortlich machen müssen, welcher unsere Gläubiger infolge der Mängel des Gesetzes über die Vermögensliquidierung der Armenier treffen würde. Ich sagte, daß wir alle unsere Bedenken gegen das Gesetz der türkischen Regierung unterbreitet hätten und ich hoffte, sie werde denselben in einem Nachtragsgesetz und der Einführungsverordnung Rechnung tragen.

Minister des Aeußern antwortete, das Gesetz sei gemacht worden, um die Gläubiger der Armenier vor Schaden zu bewahren, und da dies der Zweck des Gesetzes sei und außerdem die türkische Regierung ein großes Interesse an der Erhaltung der Handelsbeziehungen mit uns habe, sei es selbstverständlich, daß unsere Gläubiger keinen Schaden erleiden dürften. Er werde dafür Sorge tragen, daß das Gesetz entsprechend abgeändert werde, bevor es der Kammer vorgelegt wird.

Ich habe Angelegenheit bei Minister des Aeußern vorgebracht, weil er mir sagte, daß er selbst sich mit derselben befasse.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA XII 463



Verschickung der Armenier. Christenverfolgung

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 92/P.C
Zu Bericht Nr. 79/P.A vom 30. Sept. 1915
2 Beilagen [Siehe S. 249 u. 251]

Konstantinopel, am 2. November 1915

Wie aus den seit Abgang meines obbezogenen Berichtes eingelangten Consularberichten, die Euer Excellenz gleichfalls vorliegen, zu entnehmen ist, dauert die Ausweisung der Armenier aus ihrer Heimat noch immer weiter fort und nimmt sogar in einigen Gegenden noch grössere Dimensionen an wie bisher. Dies geht auch aus dem Berichte des k. u. k. General-Consulates in Beirut v. 13. d. M. No. 9/P, dessen Abschrift ich anruhend unterbreite, hervor. Die auf die Einschränkung der Verschickung der Armenier abzielenden Verfügungen der Regierung scheinen also weder von ihr noch von den Organen an die sie ergangen sind ernst genommen worden zu sein.

Was ich aber in dem vorliegenden Bericht Vice-Consuls Nedwed sehr bezeichnend und beachtenswert finde, ist die Entartung der gegen die Armenier getroffenen Massnahmen in eine immer deutlicher werdende Christenverfolgung, die in ihrer weiteren Entwicklung leicht zu einer allgemeinen Bewegung gegen alle Fremden in der Türkei führen könnte.

Es hatte bisher den Anschein, dass die Armenier, die ausser den eigentlichen armenischen Gebieten leben, von der Verschickung verschont bleiben werden, seit letzter Woche treffen aber auch aus Adrianopel Meldungen ein, die besagen, dass die dortigen Armenier ebenfalls ausgewiesen werden. Diese sollen angeblich nach dem östlich von Aleppo gelegenen Sandjak Zor abgeschoben werden.

Nach Aeusserungen eines Comitémitgliedes zu einer glaubwürdigen Mittelsperson sollen die Armenier zwar während der Dauer des Krieges nicht weiter als ins Innere Klein-Asiens gebracht werden, nach Friedensschluss aber ohne Ausnahme nach Mesopotamien verschickt werden, was angesichts der Aufnahme die ihnen die arabischen Stämme dort bereiten dürften, ihrer gänzlichen Ausrottung gleichkommen würde. Nach den Armeniern sollen – wie der erwähnte Comité-Mann sich ausdrückte – die Griechen folgen.

Hiedurch wäre dann ein weiterer Schritt in der Richtung der Verfolgung jedes christlichen und fremden Elementes getan. Dass sich die in der Türkei lebenden Christen hierüber so ziemlich im Klaren sind, beweist die ebenfalls mitfolgende Abschrift eines Berichtes aus Adrianopel über die differenzielle Behandlung der christlichen und mohamedanischen Ottomanen, die in der dortigen christlichen Bevölkerung eine nur sehr begreifliche Bestürzung hervorgerufen hat.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 463



BEILAGE ZU BERICHT NR. 93/P. B. DDO. COS-PEL 7. NOVEMBER 1915 [SIEHE S. 269]

Unglaubliche Roheit bei der Ausweisung armenischer Familien

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. KONSULAT
ADRIANOPEL

Abschrift

Z. 97/P
h. ä. Bericht vom 29. v. M. Nr. 95/P

Adrianopel, am 2. November 1915

Jeder Tag bringt neue Details über die barbarische und brutale Art und Weise, mit welcher bei der Ausweisung der armenischen Familien vorgegangen wurde und über den geradezu abstossenden Cynismus, den die türk. Organe hiebei an den Tag legten.

Einige besonders krasse Fälle verdienen festgehalten zu werden. Bei der Familie Casatian der reichsten hier wurde die alte halbgelähmte Frau des Hauses in Begleitung ihrer Söhne, die zunächst ihr ganzes Bargeld hergeben mussten, auf einem von Büffeln gezogenen Wagen abtransportiert, nachdem man ihr 60 Piaster mit dem Bemerkten: „Das wird zur Bezahlung des Wagens genügen“ eingehändig hatte.

Schwer kranke Kinder wurden aus den Betten gerissen, ebenso Wöchnerinnen. Wer nicht folgte, wurde mit dem Gewehrkolben zur Eile angetrieben.

In den geräumten Häusern fanden dann ganze Gelage statt. Die türk. Executionsorgane scheuten sich nicht, sich bei hellichtem Tage an den Vorräten der Exilierten in deren Häusern gütlich zu tun, Klavier zu spielen, etc. etc. Ich kann Euer Excellenz versichern, dass nur die grausamste und cynischste Phantasie in der Lage ist, sich die Schauer dieser Ereignisse vorzustellen.

Die Häuser werden jetzt geräumt und die minderwertvollen Sachen an den Meistbietenden verkauft. Bei diesen Versteigerungen werden die Türken als Käufer bevorzugt.

Es sind zwar 16 Kommissionen gebildet, die alles bewegliche Vermögen inventarisieren und schützen. Die – noch übriggebliebenen – wertvollen Objekte werden in einem grossen Han hier deponiert.

Der Eindruck, den die Ereignisse der letzten Tage hier hervorgerufen haben, ist bei der gesammten Bevölkerung, die Mohammedaner nicht ausgeschlossen, ein geradezu niederschmetternder. Letztere können sich über die unglaubliche Rohheit, die in den leitenden Kreisen herrscht, nicht fassen. Beamte in leitenden Stellungen äusserten sich mir gegenüber in den schärfsten Ausdrücken, die Grausamkeit der Vorgangsweise verdammend.

Der empörende Cynismus wird auch durch die Tatsache bewiesen, dass die Schüler der hiesigen Schule des Komités dem Abzug der weinenden, jammernden und halb wahnsinnigen Menschen, aus Erziehungsrücksichten beiwohnten. Dass diese Kinder zu Komitadjis erzogen werden, erklärt der Direktor der Schule ganz offen!

Zwei Armenier, die noch nicht ausgewiesen wurden, sind in der Zwischenzeit wahnsinnig geworden!

Und jetzt, da die ganze Stadt Zeuge dieser empörenden Vorkommnisse war, jetzt, da das Komité, welches dies Alles am Gewissen hat, die Stimmung im Volke fürchtet, jetzt wagt es dieses selbe Komité, die Centralmächte und ganz besonders Deutschland der *Urheberschaft* dieses quattrocentistischen Wütens zu zeihen! „C'est l'Allemagne qui malheureusement nous a imposé ça“ lautet die gebrauchte Phrase.

Ich teile dies Alles Euer Excellenz ergebenst mit und wage es Euer Excellenz zu bitten, eventuell im Vereine mit der deutschen Botschaft in energischster Weise gegen das Aufkommen so infamer Verleumdungen eintreten zu wollen.

Nach Wien berichte ich nicht.

Der k. u. k. Konsul: NADAMLENZKI m. p.

Seiner Exzellenz

Herrn Markgrafen Pallavicini, Konstantinopel

HHSStA PA XII 463

Innerpolitische Zustände in der Türkei

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. KONSULAT
ADRIANOPEL

Abschrift

Z. 98/P
1 Beilage [Siehe unten]

Adrianopel, am 6. November 1915

In der Anlage lege ich Euer Excellenz einen mit meinem bulgarischen Kollegen ausgearbeiteten „Procès-Verbal“, die innerpolitischen Zustände in der Türkei betreffend, vor.

Zwei gleichlautende Exemplare übermittle ich an die kaiserl. deutsche Botschaft, während mein bulgarischer Kollege eines seiner Gesandtschaft, eines seiner Regierung und eines der Kabinettskanzlei Seiner Majestät dem bulgarischen Zaren vorlegen wird.

Ich berichte nicht nach Wien.

Der k. u. k. Consul: NADAMLENZKI m. p.

Seiner Exzellenz

Herrn Markgrafen Pallavicini, Konstantinopel

PROCÈS-VERBAL RÉDIGÉ D'UN COMMUN ACCORD PAR
LE CONSUL GÉNÉRAL DE BULGARIE
MONSIEUR G. SERAFFIMOFF
ET LE CONSUL D'AUTRICHE-HONGRIE
DR. ARTHUR CHEVALIER DE NADAMLENZKI
CHARGÉ AUSSI DES INTÉRÊTS ALLEMANDS

Les évènements qui se déroulent depuis quelque temps à Andrinople n'ont pas manqué de faire une impression profonde aux représentants des Puissances aujourd'hui alliées de la Turquie. Tout principe de civilisation et les sentiments humains que chaque chrétien ressent pour son semblable ont été foulés aux pieds. Le fait, que ce qui se passe n'est évidemment que l'exécution d'un programme mûrement réfléchi, d'un programme qui poursuit comme but «l'anéantissement des éléments chrétiens en Turquie» est d'une telle gravité que les soussignés se croient obligés d'en référer aux Puissances intéressées pour que des mesures soient prises afin de parer à des surprises désagréables pour l'avenir.

La persécution des éléments grecs a cessé depuis quelque temps, mais peut recommencer d'un moment à l'autre. Les souffrances auxquelles étaient exposées cette population sont connues et il n'est pas nécessaire d'y revenir.

Le nouveau système adopté par les cercles dirigeants, un système qui n'effraye pas seulement les juifs et les autres chrétiens vivant ici, mais aussi bien la grande masse de la population musulmane, a déployé toute sa cruauté et tout son cynisme à l'occasion

de l'expulsion des Arméniens d'Andrinople. Tout en admettant le principe fondamental que chaque état est maître chez lui et tout en reconnaissant qu'une partie de l'élément arménien en Turquie a travaillé d'une manière méprisante et hautement condamnable contre les intérêts de l'Empire Ottoman il est quand même vrai que la manière dont l'expulsion de l'élément arménien a été exécutée est contraire à tout principe d'humanité. Les procédés que les soussignés ont pu observer ici ne parlent pas seulement pour l'expulsion mais bien pour l'extermination d'une race entière!

La nuit du 27 au 28 du mois d'Octobre les organes de la Police se présentèrent chez les riches familles arméniennes de la ville en leur imposant de quitter immédiatement leurs maisons, leur bien, tout leur avoir pour être transportées pour une destination inconnue. Les scènes qui se sont déroulées cette nuit et les nuits suivantes ne peuvent être décrites. Il se passa des choses concevables seulement à un esprit tout à fait dépravé et à une âme barbare et brutale.

Des femmes allitées d'une couche du jour précédent furent arrachées du lit, des petits enfants gravement malades furent portés de force dans les charriots de transport, des vieillards à moitié paralysés furent obligés de quitter leur foyer. Des fillettes qui se trouvaient comme internes dans les écoles de la ville et qui n'avaient aucune idée du départ forcé de leurs parents furent ainsi séparées à tout jamais de leurs pères et de leurs mères.

Les malheureux n'eurent pas le droit de prendre de l'argent ou des objets qui leur étaient chers. Avec quelques piastres en main des hommes qui possédaient des fortunes considérables – dans la caisse d'un seul Arménien ont trouvé 4.000 Ltq. en billets de Banque – durent quitter le foyer de leurs ancêtres pour être conduits à la misère. La petite somme qui leur fut laissée était destinée au paiement de la voiture qui devait les conduire à Ouzun-Keuprü, première station sur la voie vers l'exil. Comme toute nourriture le Gouvernement leur fournit 300 Drams de pain par jour et par tête.

Les objets appartenant aux expulsés sont vendus aux enchères publiques à des prix dérisoires où l'acheteur turc a de nouveau la préférence. C'est ainsi qu'on gaspille les fortunes qui d'après le règlement devaient être inventarisées.

La nuit même de l'expulsion les organes turcs ont arrangé des petits festins dans les maisons sans maîtres, on y joua du piano, vida les caves et mangea les provisions trouvées. Les mêmes scènes se répétèrent le lendemain en plein jour. On nous a rapporté de source tout à fait sûre que beaucoup d'objets de valeur et de l'argent ont disparu. La seule voie de salut offerte aux Arméniens par les Turcs était celle d'embrasser l'islamisme! Jusqu'à présent une seule famille a cédé à cette pression!

D'après les déclarations du Vali et du Chef de la Police, les veuves et leurs enfants seront épargnés. Pour rendre malheureuse aussi cette catégorie, le Comité Jeune Turc a trouvé un autre moyen. Il cherche d'enlever les filles pour les donner comme femmes à des Turcs. Deux Demoiselles Menzildjian purent échapper à ces nouveaux dangers seulement grâce au fait qu'elles se trouvaient à l'école des Sœurs d'Agram protégée par le Consulat I. & R. d'Autriche-Hongrie.

Les Autorités bulgares font tout leur possible pour obtenir la remise de toutes les familles arméniennes dont les fils ou les maris se battent dans l'armée bulgare pour le but commun.

Le fait que les écoliers des écoles turques et particulièrement ceux des écoles du Comité ont été conduits pour assister comme à un spectacle au départ des centaines d'Arméniens fous de douleur et de désespoir, est d'après l'avis des soussignés d'une gravité énorme! Il laisse deviner et entrevoir les desseins secrets de la politique intérieure du Comité Jeune Turc qui inculque et nourrit ainsi dans les cœurs et les âmes des enfants la haine contre les chrétiens, haine qui un jour pourrait se tourner aussi contre les amis d'aujourd'hui. Que ce fait n'est pas seulement un pur hasard mais forme aussi partie d'un programme fixé d'avance, est prouvé par la circonstance connue à tout le monde, que pendant la poursuite de l'élément grec les écoliers turcs furent chargés de prendre part aux pillages des villages grecs aux alentours de la ville.

Le mouvement anti-chrétien a été constaté aussi à l'occasion de l'évacuation du territoire cédé à la Bulgarie. Les Turcs – la population et les Autorités elles-mêmes – ont évacué cette terre d'une manière tellement radicale que les paysans grecs et bulgares y sont restés dépourvus de ce qui était nécessaire à la vie et cela [à un] tel point qu'aujourd'hui les soldats bulgares sont obligés de leur donner à manger pour empêcher qu'ils meurent de faim. –

Ce que les soussignés viennent d'exposer suffit d'après leur humble avis amplement pour justifier leur démarche que ne poursuit aucun autre but que celui de mettre à la disposition de leurs Gouvernements le matériel nécessaire pour pouvoir se défendre un jour contre les attaques inévitables de nos ennemis qui feront tout leur possible pour nous rendre co-responsables des actions du Gouvernement Ottoman.

Abstraction faite de ce moment principal qui touche à la morale et à l'honneur des Etats civilisés, qui dans cette terrible guerre luttent ensemble justement pour la réalisation de ces principes et pour celui de la liberté des peuples opprimés, nous croyons de notre devoir d'attirer l'attention de nos Gouvernements encore sur un point qui est aussi d'une importance capitale.

Il y a la grande question économique qui est atteinte directement par l'expulsion de l'élément chrétien en Turquie.

Le chrétien: c'était le travailleur de la terre, c'était lui qui, modeste, tranquille et diligent, fournissait la main d'œuvre et l'expérience des siècles pour le travail de la terre, l'élevage des bestiaux, etc. etc., en un mot c'était lui qui réalisait les richesses naturelles du sol dans une grande partie de l'Empire Ottoman. Partout où l'élément chrétien – ici le grec – a été remplacé par l'élément turc on a pu constater un résultat absolument négatif. Le Turc paresseux et toujours le maître se démontrait inapte à un travail qui exige de la diligence, de la fatigue physique et de la persévérance. Il laissait toujours faire pour lui le chrétien détesté. Où le chrétien manque, la terre reste délaissée et toute production cesse.

Excepté l'élément juif et les étrangers, c'était encore l'élément chrétien: les Grecs et les Arméniens, qui fournissait le meilleur commerçant. Ici dans le Vilayet d'Andrinople les derniers temps presque toutes les grandes et riches maisons de commerce étaient entre les mains des Arméniens. Les riches commerçants et banquiers juifs et grecs avaient presque tous quitté le Vilayet après la guerre balcanique. Avec l'expulsion des Arméniens qui travaillaient avec les grandes fabriques d'Autriche-Hongrie et d'Allemagne les commerçants les plus importants ont quitté Andrinople sans natu-

rellement pouvoir se mettre en règle avec leurs fournisseurs, créanciers et débiteurs. Il est bien probable que par cette expulsion les intérêts matériels de notre commerce ont été lésés. Il est plus sûr qu'en continuant avec le système inauguré à présent on rendra la ville d'Andrinople qui dans le temps jouait un rôle important, un village d'un intérêt peut-être historique.

Consul General de Bulgarie:
GOURKO SERAPHIMOFF

DR. NADAMLENZKI

HHStA PA XII 463



Die armenischen Zwangsauswanderer

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. KONSULAT
DAMASKUS

Nr. 75/P

Damaskus, 7. November 1915

In den letzten Wochen wurden die eine Zeitlang unterbrochenen Transporte von aus ihrer Heimat zwangsweise deportierten armenischen Familien wieder aufgenommen. Die Zahl der neuerlich über Damaskus nach dem Süden verschickten Personen übersteigt 30000, sodass die Gesamtzahl dieser Zwangsauswanderer auf mehr als 50000 zu schätzen ist.

Die allergrösste Mehrheit von ihnen stammt gleich denen der früheren Transporte aus den Vilajeten Aleppo (Marasch, Urfa), Adana und Angora (Kaisarieh), nur wenige aus dem Vilajet Diarbekir, aus welch' letzterem die Auswanderung nach dem nähergelegenen Mesopotamien geleitet zu werden scheint. Der Religion nach sind sie in ihrer überwiegenden Mehrzahl gregorianisch, doch finden sich auch Angehörige aller anderen christlichen Riten. Die genaue Feststellung der Confession ist übrigens kaum möglich, da der Aufenthalt in Damaskus gewöhnlich nur wenige Tage beträgt und die hiesige Geistlichkeit der verschiedenen Riten es nicht wagt, mit den Verschickten in Verbindung zu treten.

Die Ansiedlung aller dieser Colonisten erfolgt gleich den früheren in dem Lande östlich des Jordans und des toten Meeres (Moab).

Der Ausdruck „Ansiedlung“ ist freilich nicht der richtige. Es fehlt den Einwanderern so ziemlich an allem hiezu. Selbst wenn die Regierung ihnen Ländereien überlässt, werden sie ohne Arbeitszeug, ohne Zugvieh, ohne Sämereien damit nichts anfangen können. Gegenwärtig lagern sie in den ihnen zugewiesenen Gebieten ausserhalb der besiedelten Orte, ohne Obdach im freien Felde und den Unbilden der jetzt beginnenden Regenzeit ausgesetzt. Ihre etwaigen Geldmittel, soweit sie solche aus dem Erlös ihrer früheren Habe besitzen, werden wohl nicht lange vorhalten, während das ihnen in Damaskus gewährte tägliche Zehrgeld von 1 Piaster per Person, vorausgesetzt dass es ihnen noch längere Zeit weiter gezahlt wird, sie kaum vor dem Hungertode zu schützen vermag.

Es ist wohl anzunehmen, dass diese „Ansiedler“ grösstenteils dem Untergange geweiht sind. Hunger und Seuchen hausen schon jetzt fürchterlich unter ihnen; bei ihrem Aufenthalt in Damaskus kamen auf 1000 Personen wenigstens 10 Todesfälle täglich. Die unausbleiblich sich einstellenden Epidemien bilden für die sanitären Verhältnisse von ganz Syrien keine geringe Gefährdung und muss es Wunder nehmen, dass von militärischer Seite keine Bedenken gegen die Nachbarschaft solcher Seuchenherde erhoben werden.

Für eine ziemliche Anzahl von Kindern ist es ein Glück zu nennen, dass sie teils mit Gewalt, teils freiwillig von ihren Angehörigen an hiesige meist mohammedanische Familien überantwortet wurden. Sie werden hiedurch wenigstens dem Hungertode entgehen, wengleich sie ihre Nationalität und ihre Religion mit der ihrer Herren werden vertauschen müssen.

Gleichlautend berichte ich unter gleichem Datum und gleicher Zahl nach Konstantinopel.
Der k. u. k. Generalconsul: RANZI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 463



Armenier- und Christenverfolgung

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 93/P.B
Zum Bericht Nr. 92/P.C vom 2. November 1915
Beilagen [Siehe S. 259 u. 263]

Konstantinopel, am 7. November 1915

Gleich nach meiner Rückkehr vom Urlaube habe ich auf Grund der mir von Euer Exzellenz mündlich erteilten Instruktionen mit dem Grossvezir über die Frage der Verschickung der Armenier ernstlich gesprochen und ihm die gefährlichen Folgen dieses Vorgehens auseinandergesetzt. Der Grossvezir zeigte für meine Ausführungen sehr viel Verständnis und hat versprochen, seinen ganzen Einfluss geltend zu machen, um diesen traurigen Zuständen abzuhelfen. Der Einfluss des Grossvezirs auf die übrigen Mitglieder des Kabinettes scheint aber geschwunden zu sein und seinen Versprechungen kann nur wenig Wert beigemessen werden. Der beste Beweis hiefür ist der Umstand, dass trotz seiner Versicherungen in dieser Beziehung nichts verfügt wurde, denn die seither fast täglich aus allen Teilen des türkischen Reiches einlaufenden Meldungen über die Verfolgung der Armenier besagen, dass diese immer grössere Dimensionen annimmt und, wie in meinem letzten einschlägigen Berichte bereits erwähnt, zu einer allgemeinen Christen- und Fremden-Verfolgung ausartet.

Wie aus den abschriftlich mitfolgenden Telegrammen und Berichten der unterstehenden Konsularämter erhellt, werden in Syrien die Klöster und andere katholische Anstalten geschlossen und konfisziert, in Bagdad die Christen und Juden verhaftet oder verschickt, während in Adrianopel gegen die Armenier in unbarmherziger Weise vorgegangen wird. Auch der griechische Geschäftsträger, der mich dieser Tage aufsuchte, hat mir erzählt, dass ihm gleiche Nachrichten aus Thrazien zukommen, wo die griechische Bevölkerung in ähnlicher willkürlicher Art aus ihren Heimstätten herausgetrieben wurde, um den aus den bulgarischerseits besetzten Gebieten zuströmenden Mohamedanern Platz zu machen. Diese Leute wurden zuerst nach Eregli gebracht und werden nun ins Innere Kleinasiens abgeschoben. Ihre Lage ist ganz jämmerlich, denn für ihre Verköstigung wird fast gar nicht gesorgt, so dass viele von ihnen an Hunger sterben.

Angesichts dieser Umstände habe ich mich gestern zu Halil Bey begeben und habe ihn, mich auf den mündlichen Auftrag Euer Exzellenz berufend, in sehr ernster Weise auf die schon fast allgemein werdende Christenverfolgung in der Türkei, speziell mit Hinblick auf die Sperrung von Klöstern und anderen geistlichen Institute, aufmerksam gemacht. Ich habe dem Minister des Aeussern gesagt, welch' schwere Folgen dies mit sich bringen könnte, da die Schuld an der Vertreibung und Vernichtung so vieler Unschuldiger auch uns und Deutschland als Alliierten zugeschrieben wird und wir nicht in der Lage sein werden, die Türkei in dieser Hinsicht zu verteidigen und die ganze Verantwortung auf sie zurückfallen lassen müssten. Aber auch vom rein türkischen Standpunkt betrachtet, sei diese Aktion eine schlechte Politik und ein grosser wirtschaftlicher Fehler, weil gerade jene Elemente, gegen welche sich die Verfolgung richtet, die arbeitsamsten im ottomanischen Reiche sind und zum Aufschwung desselben am meisten beitragen würden.

Meine Argumentation machte auf Halil Bey einen sichtlichen Eindruck und er verhehlte mir auch nicht, dass er persönlich ganz meiner Ansicht sei. Er sagte mir, er hätte schon in diesem Sinne auf Talaat Bey einzuwirken versucht und bereits soviel erreicht, dass in Hinkunft weiteren Verschickungen Einhalt getan wird. Der Minister erwähnte auch, dass Djambolat Bey, der gegenwärtige Chef des Polizei-Departements im Ministerium des Innern, nach Syrien geschickt wird, um eine Aktion zu organisiren, die zum Zweck haben wird, die dorthin deportirten Armenier in der Gegend von Mosul anzusiedeln und für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Halil Bey versprach mir ferner, über diese Frage nochmals mit Talaat Bey zu sprechen und ihn auf die Gefahren seiner Handlungen mit Bezug auf die auswärtige Politik und namentlich auf Griechenland aufmerksam zu machen.

Obwohl ich auf Grund meiner langjährigen Erfahrungen im Orient von türkischen Versprechungen nicht sehr viel erwarte, glaube ich, dass diesmal Halil Bey ziemlich aufrichtig gewesen ist. Auch in seinen Aeusserungen über die bezüglichlichen Absichten Talaat Bey's hat er ganz offen gesprochen und zugegeben, dass sein Ministerkollege dahin strebt, die armenische Frage noch während des Krieges nach seiner Art zu lösen und die Mächte vor ein fait accompli zu stellen. Ich bin auch überzeugt, dass Halil mit Talaat nochmals reden wird, es ist nur fraglich, mit welchem Erfolge. Denn um der beinahe systematisch gewordenen Verfolgung der Christen und Fremden mit

einem Schlag ein Ende zu bereiten, liegt nicht nur an dem Minister des Innern, gerade so wenig, wie der Umstand, dass die von Konstantinopel kommenden Weisungen mit so unerhörter Härte durchgeführt wurden. Es machen sich nämlich in der Verwaltung des grossen türkischen Reiches manche Zeichen einer gewissen Anarchie bemerkbar. Viele Lokalbehörden arbeiten einfach auf eigene Faust und gehen in ihrem Fremdenhass viel weiter, als die Regierung es wünschen würde. Die aus den Reihen der Comitémänner hervorgegangenen Valis und Mutessarifs gehorchen nur den Verordnungen, die ihnen vom Comité zukommen, nicht aber jenen, die ihnen die Regierung erteilt. Ein besonderes Beispiel ist hiefür der berüchtigte Valistellvertreter in Bagdad, Schefik Bey. Dass solche Verhältnisse sehr gefährliche Resultate zeitigen können, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, und auch Halil stimmte meinen diesbezüglich geäusserten Befürchtungen zu.

Im Laufe der Unterhandlung sagte mir noch der Herr Minister des Aeussern, Hakki Pascha hätte ihm aus Berlin geschrieben, dass das Verhalten der Türken in der armenischen Frage dort einen sehr schlechten Eindruck gemacht habe. Man befürchte nämlich mit Recht, dass die Sache in Amerika aufgegriffen werde, um in der öffentlichen Meinung auch gegen Deutschland zu agitiren, was natürlich den Ententemächten nur sehr willkommen sein könnte und im weitesten Masse ausgenützt werden würde.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 463



Christenverfolgung in der Türkei

Telegramm von Markgraf Pallavicini

Nr. 842
Chiffre

Pera, 8. November 1915

Mit Bezug auf meinen heute abgegangenen Bericht No. 93 B.

Ich habe letzten Samstag und heute bei Halil Bey in ernster und eindringlichster Weise in Angelegenheit Verfolgung der Armenier und Griechen interveniert. Der Minister versicherte mir, er hätte nach meiner samstägigen Unterredung die Angelegenheit mit seinen Kollegen besprochen und es sei beschlossen worden, die Armenier nicht weiter aus ihren Wohnstätten zu verschicken und für diejenigen, die sich bereits in Syrien befinden, Unterkunft zu suchen und für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Zu diesem Zwecke seien bereits von hier Beamte abgeschickt worden. Ferner wurde beschlossen, den aus Konstantinopel, Adrianopel und Rodosto verschickten Armeniern die Heimkehr wieder zu gestatten.

Bezüglich der Verfolgung der Griechen habe ich Halil Bey mit besonderem

Nachdruck auf die großen politischen Interessen aufmerksam gemacht, die hiebei im Spiele stehen. Ich habe ihm gegenüber im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes No. 618 vom 7. d. M. auch bemerkt, daß eine Bestrafung der unschuldigen Familienmitglieder der Stellungsflüchtigen gegen alle Rechtsbegriffe verstoße. Halil Bey antwortete mir, es bestehe diesbezüglich ein Gesetz, dessen Zweck sei, die Flüchtlinge eben durch diese Maßregel zur Rückkehr zu zwingen, er versichere mir aber, daß dieses Gesetz nicht zur Anwendung kommen werde, da einerseits konstatiert wurde, daß viele Stellungsflüchtlinge im bulgarischen Heer dienen und anderseits das Gesetz seinem Zweck überhaupt nicht entspreche.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA XII 463



Verhaftungen von Armeniern

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GENERALKONSULAT
SMYRNA

Nr. 76/P

Smyrna, den 9. November 1915

Vor 2 Wochen erschienen plötzlich in verschiedenen Stadtteilen Smyrnas französisch geschriebene Affichen ungefähr folgenden Tenors „Vive la paix! A bas l'Allemagne! A bas l'Autriche-Hongrie! ...“ etc., die sehr bezeichnend, folgenderweise schlossen „... Vive l'Entente! *Vive le Vali!*“

Daraufhin wurden sofort einige (10–15) Personen arretiert und, da bei der gerichtlichen Untersuchung „auch andere Tatsachen an's Licht gekommen sind“, wie mir der Generalgouverneur gelegentlich erklärte, haben die Behörden später „alle verdächtigen Armenier“ festnehmen lassen. Der vom Vilajet sorgfältig geheimhaltene Grund der Blockade des armenischen Viertels und der zahlreichen Arretierungen ist der, dass 6 armenische Jünglinge, die sich aus den armenischen Provinzen hierher geflüchtet haben, – über höheren Auftrag ausfindig gemacht resp. dem Gerichte ausgeliefert werden sollten. – Und dann erhielt der hiesige gregorianische Erzbischof Monseigneur Indjian, – der über Aufforderung des Valis bei den Armeniern grössere Beträge für die Winterkleider der Soldaten etc. gesammelt hatte –, vor Kurzem einen *Drohbrief*, in welchem er aufgefordert wird, sofort 5000 Ltq auch für gewisse Mitglieder seiner Gemeinde aufzubringen.

Die Verhaftung von insgesamt 2500–2600 Personen rief in den hiesigen armenischen Kreisen begreifliche Beunruhigung hervor, da sie zunächst befürchteten, dass sie das traurige Schicksal ihrer Correligionäre im Landesinnern teilen werden ...

Erst gestern ist es der Polizei gelungen, 3 der steckbrieflich Verfolgten – und zwar des Stefan Nalbantian, Ohannes Ohanessian und Avedis – habhaft zu werden. Eine

eigene Kommission führt weiter die Untersuchung und hat bisher von den Verhafteten über 2000 frei gelassen (zk 5–600 armenische Arbeiter, Hamals und Verdächtige bleiben noch in Gewahrsam).

Gleichlautend berichte ich heute sub gleicher Zahl nach Konstantinopel.

Der k. u. k. Konsul & Gerent: RADIMSKY

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 463



„Procès-verbal“ des k. und k. Konsuls und des bulgarischen Generalkonsuls in Adrianopel über die inner- politischen Zustände in der Türkei

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 94/P.B
2 Beilagen [Siehe S. 265]

Konstantinopel, am 10. November 1915

Den abschriftlich mitfolgenden Bericht No. 98/P v. 6. d. M. aus Adrianopel habe ich mit dem gleichfalls angeschlossenen „Procès-verbal“ soeben erhalten und fühle mich verpflichtet, bei der Vorlage desselben Euer Excellenz meine ernstesten Bedenken über diesen Schritt Konsul von Nadamlenzki's zum Ausdruck zu bringen. Meiner Ansicht nach ist es nicht ohne Gefahr mit Hinblick auf die politische Rückwirkung, die es hier haben könnte, dass unser Konsularvertreter in offizieller Form seine Unterschrift auf ein Schriftstück setzt, das eventuell in die Oeffentlichkeit kommen könnte, in welchem über das Vorgehen der türkischen Behörden und über die von der türkischen Regierung gegenüber den Fremden und Christen befolgte Politik eine so scharfe Kritik ausgeübt wird.

Ich muss – nach allem Anschein – die Initiative zur Aufsetzung eines solchen Protokolles bei dem bulgarischen General-Konsul in Adrianopel suchen und befürchte sehr, dass dieser hiezu seinen österreichisch-ungarischen Kollegen nicht ohne jeden Hintergedanken verleitet hat. Der Umstand, dass mehrere Ausfertigungen des fraglichen Protokolles verschiedenen Stellen in Bulgarien vorgelegt wurden, lässt nämlich die Vermutung zu, dass man dort diesen „Procès-verbal“ zur Unterstützung weiterer bulgarischer Aspirationen auf türkische Gebiete in der Richtung nach Constantinopel benützen könnte.

Die Verfassung eines solchen Protokolles war umso mehr überflüssig, als darin nichts enthalten ist, was Konsul von Nadamlenzki nicht schon in seinen einschlägigen Berichten erwähnt hätte oder was von einem jeden, der die Türkei kennt, nicht als Gemeinplatz betrachtet werden könnte. Ich habe daher aus den eben ausgeführten

Gründen nicht ermangelt, den k. u. k. Konsul in Adrianopel bei sonstiger Anerkennung seiner guten Absicht auf die Unrichtigkeit seines unbedachten Vorgehens aufmerksam zu machen und ihm eindringlichst nahezu legen, in Hinkunft seine politische Thätigkeit auf die allgemein gebräuchliche Form der Berichterstattung zu beschränken.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 463



Deutschenfeindliche Stimmung

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. KONSULAT
ADRIANOPEL

Abschrift

Z. 100/P

B. Nr.: h. ä. Chiffre – Depesche Nr. 20 u. 23
Streng vertraulich

Adrianopel, am 10. November 1915

Verschiedene Momente sind es, die in mehreren Kreisen eine fast deutschenfeindliche Stimmung hervorgerufen haben. Die Tatsache, dass heute in den meisten Verwaltungszweigen Deutsche an beratender und leitender Stellung sind und dass diese weder die Griechen- noch die Armenierverfolgungen verhindern konnten, hat zunächst das Gerücht von der Duldung derselben durch Deutschland aufkommen lassen. Die zu erwartende Expansion des deutschen Handels in der Türkei hat, so wird gefolgert, die Notwendigkeit erklärt, diesem durch Entfernung aller konkurrenzfähigen Elemente für die Zukunft die Wege ebnen zu müssen. Der Umstand, dass deutsche Offiziere bei den Ausweisungen der Christen aus Ouzoun-Keuprü anwesend waren und keinen Finger gerührt haben sollen, um dies zu verhüten, hat der schon vorhandenen Stimmung neue Nahrung gegeben.

Ich hatte bereits in meinem Bericht vom 21. XI. l. Js. No. 73/Politisch auf den Beginn einer Deutschland feindlichen Propaganda, die mit der Abtretung des Territoriums an Bulgarien im Zusammenhang stand, hingewiesen. Die letzten von mir gemeldeten Tatsachen zeigen, dass diese Propaganda nicht nachgelassen, sondern im Gegenteile im Steigen begriffen ist. Leider war es mir bis heute nicht möglich, meinen Gewährsmann dazu zu bewegen, mir die oder den Namen jener Personen zu nennen, die direkt erklärt hat, dass Deutschland die Armenierverfolgungen gewollt hatte. Er konnte mir nur versichern, dass es sich um eine einflussreiche Persönlichkeit handelt, die mit dem Komité in engster Fühlung steht und alle Geheimnisse desselben kennt.

Bei der Urteilslosigkeit und bei dem Mangel an jedem selbständigen Denken und Handeln, welches die grosse Masse in der Türkei im allgemeinen charakterisiert, ist es

natürlich, dass jede Stimmung für oder gegen eine Sache erst gemacht werden muss. Ich bin überzeugt, dass diese ganze anti-deutsche Bewegung vom Komité ausgeht. Ein Mitglied desselben hätte sich sonst nie erlaubt, eine Äusserung zu tun, die dem „Mot d'Ordre“ nicht entsprochen hätte.

Die Hauptthetzer in allen Fragen sind Gany-Bey und speziell Servet Bey. Letzterer hat sich dritten Personen gegenüber geäussert, dass die verbündeten Kaiserreiche ihre Erfolge nur den Türken zu verdanken hätten und gab zu verstehen, dass man jetzt die Deutschen noch brauche, später aber dieselben die Türkei werden verlassen müssen.

Nach Wien berichte ich nicht.

Der k. u. k. Konsul: NADAMLENZKI m. p.

Seiner Exzellenz

Herrn Markgrafen Pallavicini, Konstantinopel

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 96/P.C

Konstantinopel, am 17. November 1915

Seiner Exzellenz dem Herrn Minister des k. und k. Hauses und des Aeussern,
Stephan Baron Burián unterbreitet.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

HHStA PA XII 209



Das katholische Missions- und Schulwesen in der Türkei und die deutschen Katholiken

Referat

des Kaplans Dr. Straubinger an der deutschen Botschaft
in Konstantinopel, November 1915

Nr. 3
Vertraulich

November 1915

(...)

Nach dem Vorgehenden braucht die Notwendigkeit der Hilfeleistung nicht besonders betont zu werden. In Frage kommen dafür bei der politischen Konstellation nur deutsche, österreichische und neutrale Katholiken. Ein Hindernis ist allerdings die große Abneigung gegen Deutsche, die gerade in christlichen Kreisen herrscht. Man glaubt natürlich diesen Kreisen, daß nur Deutsche an der gegenwärtigen Kalamität mitschuldig seien, weil wir als befreundete Nation manches hätten hindern können.

Die Hilfeleistung kann sich unter den gegenwärtigen Umständen ausser durch diplomatischen Schutz nur durch Subsidien betätigen.

(...)

Leider hat man in Europa wenig Sympathien für die einheimischen Christen und behandelt sie namentlich wegen ihres Charakters mit Misstrauen. Allein wenn man die Geschichte dieser Kirche kennt, wird man manches verstehen und gern geneigt sein, für sie zu arbeiten.

Das Zeugnis kann man ihnen nicht versagen, daß sie seit Jahrhunderten unter ungünstigen Umständen zäh am Glauben ihrer Väter und ihrer Muttersprache festhalten, wie sie auch für Kultur und Fortschritt weit mehr Verständnis zeigten als ihre Umgebung.

Österreich-Ungarn hat schon aus natürlichen Gründen mehr Interesse an der Erhaltung der katholischen Mission als das zur Mehrheit protestantische Deutschland; auch ist es an der Wiederbelebung des Islam, der seine Spitze doch in letzter Linie gegen das Christentum richtet, nicht in gleicher Weise beteiligt wie letzteres, ganz abgesehen davon, daß das österreichische Kaiserhaus viel für die Missionen im Orient getan hat.

Von Österreich darf daher ein nicht unwirksamer Schutz der katholischen Interessen erwartet werden.

(...)

Diözesanarchiv Wien, Maria Empfängnis Verein II, Faszikel 8



Die Ausweisung von Armeniern hat aufgehört

Telegramm von Markgraf Pallavicini

Nr. 845
Chiffre

Pera, 10. November 1915

Zu meinem Telegramm Nr. 842 vom 8. d. M.

K. u. k. Konsul in Adrianopel telegraphiert in Beantwortung meiner Anfrage:

„Die Ausweisung von Armeniern hat seit einigen Tagen aufgehört. Die Räumung der Häuser und die öffentliche Verschleuderung von minder wertvollen Sachen aus denselben dauern an.“

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA XII 463



Zur Lage

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 95/P.A
Streng vertraulich

Konstantinopel, am 12. November 1915

Der deutsche Geschäftsträger teilte mir unlängst im Laufe eines vertraulichen Gespräches mit, dass seinen Nachrichten aus Berlin zufolge deutscherseits der Plan einer Expedition gegen den Suezkanal aufgegeben worden sei. Man sei in Berlin zur Einsicht gelangt, dass die Durchführung dieses Unternehmens zu grossen Schwierigkeiten begegnen, und dass dieselbe vielleicht zu einem neuen Misserfolge führen würde. Trotzdem wolle man aber die Vorbereitungen für den Feldzug gegen Egypten fortsetzen und die Aufgabe der Idee geheimhalten, weil man bei den Engländern die Furcht vor einer Bedrohung ihrer Position am Suezkanal wachhalten möchte. Hingegen sei Deutschland entschlossen, eine Expedition nach Mesopotamien mit deutschen Truppen durchzuführen und einige deutsche Divisionen dorthin zu dirigieren. Dies sei angesichts der Fortschritte, welche die englischen Truppen in Mesopotamien machten, notwendig, um die bedeutenden Interessen Deutschlands in jener Gegend zu schützen. Es sei nur zu begreiflich, wenn man in Berlin wegen des Schicksal Bagdads, des vorläufigen Endpunktes der deutschen Bahnlinie, besorgt ist.

Ich sagte Baron Neurath, dass eine Expedition nach Mesopotamien meiner Ansicht nach nur dann einen Sinn hätte und erfolgversprechend wäre, wenn man alle Vorkehrungen zum Schutze der Hauptstadt getroffen hätte. Es sei in erster Linie notwendig, hier soviel Kräfte zu concentrieren als man zur völligen Sicherung Constantinopels und der Dardanellen brauche; denn eine Einnahme der Hauptstadt durch den Feind würde jede militärische Action im Innern des Landes illusorisch machen und die dort operierenden Truppen wären dem sicheren Untergange geweiht. Ich halte es auch für einen grossen Fehler, wenn türkische Truppen von Constantinopel für Expeditionen in der asiatischen Türkei abgezogen werden. Wie ich aber höre, soll die Absicht bestehen, eine Armee von hier nach Syrien zu entsenden, wo man Handstreich der Entente gegen Alexandrette und Mersina befürchtet. Ich will zugeben, dass eine Landung der Entente im Winkel gegenüber von Cyprien für die Türkei sehr misslich wäre, weil dadurch die Herstellung der directen Bahnverbindung über den Taurus und Amanus von hier nach Palästina, an der eifrig gearbeitet wird, unmöglich gemacht würde, aber ich kann nur immer wiederholen, dass der Schwerpunkt des ganzen Krieges in Constantinopel und den Meerengen liegt und alles vermieden werden sollte, was die hiesige Position schwächen könnte, speziell wenn es sich um Sicherung solcher Unternehmen handelt, wie jenes gegen Egypten.

Wie Euer Excellenz aus meiner Berichterstattung wissen, war ich stets ein Gegner der ägyptischen Expedition, und zwar nicht nur aus militärischen Gründen sondern auch aus politischen. Diese Action war von Anfang an ungemein schwierig durchzuführen und endete vorläufig auch mit einer ernsten Schlappe der türkischen Armee.

Ich halte aber auch die Idee an und für sich für höchst gefährlich, weil durch das Festhalten an derselben England zum äussersten Widerstande gereizt wird. Ja ich glaube, man könne geradezu behaupten, dass die ganze Dardanellenaction nur eine Diversion gegen das egyptische Unternehmen war und dass England sich nie so stark in den Dardanellen engagiert hätte, wenn man es in Egypten nicht bedroht hätte.

Ausser dem Angriff auf den Suezkanal war im Programm, welches Enver Pascha mit dem deutschen Generalstab ausgearbeitet hat, die Verkündigung des heiligen Krieges enthalten. Diesen Programmpunkt betrachte ich als den zweiten grossen Fehler, den Deutschland begangen hat. Im Effect der Proclamierung des Djihads hat man sich in Berlin vollständig geirrt; der heilige Krieg hat in der islamitischen Welt durchaus nicht den Anklang gefunden, den man erhofft hatte. Es konnte auch nicht anders kommen, da dem Mohammedaner die gekünstelte Auslegung des Djihads als Krieg der Türkei gegen einzelne christliche Nationen im Bündnis mit anderen Christen nicht begrifflich zu machen ist. Die Zeiten, wo die Entrollung der grünen Fahne des Propheten alle Mohammedaner zum Kriege gegen die Ungläubigen begeistert, scheinen überhaupt vorbei zu sein; aber auch in früheren Zeiten hätte die mohammedanische Welt einen heiligen Krieg im Vereine mit Christen gegen andere Christen nicht begriffen. So hatte denn die Proclamierung des Djihads nur den Erfolg, der Welt zu offenbaren, dass der Khalif nicht mehr das Ansehen unter den Bekennern des Islams geniesst wie in früheren Zeiten und damit ist dem Prestige des Khalifen ein nicht wieder gut zu machender Schlag beigebracht worden.

Hingegen hat die Verkündigung des heiligen Krieges und das speziell von deutscher Seite stark übertriebene Coquettieren mit dem Islam zur Folge gehabt, dass die leitenden Staatsmänner in der Türkei, und speziell die intelligenten aber höchst ungebildeten Fanatiker à la Talaat und ihr ganzer Anhang in der übertriebenen Idee, die sie sich von ihrer eigenen Kraft machen, bestärkt wurden und dass sie in eine fremdenfeindliche national-mohammedanische Politik hineingedrängt wurden. Das Comité und die aus demselben hervorgegangenen türkischen Machthaber wollen den Krieg direct dazu benützen, um einen national-mohammedanisch-türkischen Staat zu begründen und alle fremden Elemente noch während des Krieges so viel wie möglich zu verdrängen. Die Euer Excellenz aus meiner Berichterstattung sowie aus den Meldungen der Consulate bekannten Ausschreitungen gegen das armenische Element waren der erste Schritt in dieser Richtung. In vielen Gegenden beginnt die Armenier-Verfolgung schon in eine allgemeine Christenverfolgung auszuarten und, wenn der Krieg noch lange dauert, so werden die Lebensbedingungen für alle Fremden in der Türkei derartige werden, dass sie das Land werden verlassen müssen.

Die Deutschen beginnen jetzt einzusehen, wozu die entfesselten Leidenschaften Leute vom Schlage Talaats führen können und es wird ihnen schon bange für die eigenen zukünftigen Pläne auf den Orient, weil sie fürchten, die Geister nicht mehr bannen zu können, die sie gerufen.

Der national-türkische Fanatismus richtet sich heute schon gegen alles Fremde und es scheinen sich die jetzigen Machthaber bei ihrem willkürlichen Vorgehen mit dem Gedanken in Sicherheit zu wiegen, dass die Angehörigen feindlicher Staaten in Folge

des Krieges, diejenigen der alliirten Staaten aber in Folge des Bundesverhältnisses schutzlos sind.

In letzter Zeit mehren sich die Beispiele türkischer Uebergriffe gegen deutsche Staatsangehörige und Anstalten, und alle Vorstellungen der deutschen Botschaft haben höchstens den Erfolg, die türkische Regierung zu verstimmen. Die deutschen Staatsangehörigen leiden unter den Requisitionen mehr als die Türken, ohne dass eine Abhilfe möglich wäre. Bezeichnend ist ein Vorfall, welcher sich vor einigen Wochen auf der deutschen Schule ereignete. Diese hat sich in Folge des grossen Zuspruches genötigt gesehen, ein an die Anstalt anstossendes Haus zu mieten. Die Inaugurierung dieses neuen Heims der Schule wurde unter grösseren Feierlichkeiten durchgeführt und ging der Director nach der Feier im alten Schulgebäude mit der Festversammlung zum neuen Haus, um von demselben Besitz zu ergreifen. Am Thore stellte sich ihm ein Hodja entgegen, der ihm erklärte, er hätte mit türkischen Waisenkindern das Haus besetzt. Alle Vorstellungen des Directors, der sich auf seinen Mietvertrag berief, blieben fruchtlos und so musste die Intervention der deutschen Botschaft angerufen werden. Die Schritte derselben blieben bis heute ohne jeden Erfolg.

Für Deutschland ist die Situation umso ungemütlicher, als die türkische Regierung in der unverfrorensten Weise in Berlin fortwährend Geld verlangt, und Deutschland, um die Türkei an unserer Seite festzuhalten, nicht nur mit ca. 2 Millionen Pfund monatlich hier aushelfen, sondern der Türkei ausserdem noch das Geld zur Bezahlung der Forderungen der deutschen Unternehmungen, wie anatolische Eisenbahnen, Bagdadbahn etc., vorstrecken muss.

Ich habe die fremdenfeindliche Strömung der Regierung, die Ausschreitungen gegen die Armenier und die beginnende Ausdehnung der Verfolgungen auf die Christen im Allgemeinen, wie Euer Excellenz aus meiner einschlägigen telegrafischen Meldung wissen, dem Minister des Aeussern gegenüber zur Sprache gebracht und ihm unverblümt meine Ansicht über diese unhaltbaren Zustände geäussert. Ich hielt Halil Bey vor, dass von einem constitutionellen Regime in der Türkei kaum mehr gesprochen werden könne, denn in einem constitutionellen Staate gelten die Gesetze für jedermann, während hier dieselben von der Regierung selbst nicht respectirt würden und die nicht-mohammedanischen Elemente in der Türkei nicht denselben Schutz der Gesetze genössen wie die Mohammedaner. Ich kam dann auf die immer mehr überhandnehmende Xenophobie der Regierung zu sprechen und sagte dem Minister, es werde den Mächten wohl schwer sein, angesichts dieser Verhältnisse der Aufhebung des Capitulations-Regimes zuzustimmen. Meine Ausführungen haben auf Halil Bey sichtlich grossen Eindruck gemacht, doch konnte er mir auf dieselben kein Wort erwidern.

Die hier durch den Krieg geschaffene Situation und das Fortschreiten der türkischen Oligarchen auf dem geschilderten Wege halte ich für sehr gefährlich für unsere und Deutschlands Zukunft im nahen Orient, ja sie können uns, wenn der Krieg noch lange dauert, um die Früchte unserer Siege bringen.

Unsere vornehmsten Ziele im gegenwärtigen Kriege waren auf eine uns genehme Regelung der Verhältnisse am Balkan und auf die Erhaltung und Erstarkung der

Türkei unter Anbahnung einer deutsch-österreichisch-ungarischen wirtschaftlichen Herrschaft im nahen Orient gerichtet. Das erste Ziel werden wir zweifellos durch den Krieg erreichen, aber die Türkei können wir, wenn der Krieg noch lange dauert, ganz verlieren. Denn dieselbe wird den Kriegszustand auch weiterhin benützen, um die christlichen Elemente hier zu vernichten und wird Zustände schaffen, die eine erspriessliche Arbeit nach Friedensschluss in dem von Deutschland und uns erträumten Sinne kaum möglich machen werden.

Die Türkei wird, je länger der Krieg dauert, desto mehr vom Selbständigkeitstau- mel erfasst und sie wird sich dann jeder Bevormundung durch die Centralmächte entziehen wollen und auch die Mithilfe der Entente-Mächte in diesem Bestreben nicht verschmähen.

Dann werden wir und Deutschland an die anderen Mächte Anschluss suchen müssen, um dieser widerspenstigen Türkei wieder Herr zu werden und es wird vielleicht der Moment kommen, wo auch Deutschland der Idee einer Aufteilung der Türkei zuneigen wird.

Will man daher die bisherige Politik weiter verfolgen und die Erhaltung der Türkei unter Wahrung des Einflusses der Centralmächte in derselben sich als Ziel setzen, so müsste man Mittel und Wege suchen, um diesem Kriege, welchen die Türkei in uns unerwünschter Weise auszubeuten beginnt, ein Ende zu setzen.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA I 944



Antwort des Reichskanzlers auf die Eingabe betr. den Schutz der armenischen Christen

DER REICHSKANZLER

Berlin, den 12. November 1915

Euer Hochwohlgeboren darf ich den Empfang der mir unterm 30 v. Mts. übermit- telten Entschliebung der Missionskonferenz des Zentral-Komitees der Katholiken Deutschlands [siehe S. 261] mit ergebenstem Dank bestätigen.

Die Kaiserliche Regierung wird, wie bisher, so auch in Zukunft es stets als eine ihrer vornehmsten Pflichten ansehen, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß christliche Völker nicht ihres Glaubens wegen verfolgt werden. Die deutschen Christen können darauf vertrauen, daß ich, von diesem Grundsatz geleitet, alles, was in meiner Macht steht, tun werde, um den mir von Ihnen vorgetragenen Sorgen und Wünschen Rechnung zu tragen.

Die Kaiserliche Botschaft in Konstantinopel habe ich von der Entschließung der
Missionskonferenz unterrichtet. gez. v. BETHMANN-HOLLWEG

An den Reichstagsabgeordneten
Herrn Erzberger, Berlin

Diözesanarchiv Wien, Maria Empfängnis Verein II, Faszikel 8



Die Häuser der ausgewiesenen Armenier werden vermietet

Telegramm von Markgraf Pallavicini

Nr. 853
Chiffre

Pera, 13. November 1915

Im Nachhange zu meinem Telegramm Nr. 845 vom 10. d.M.

K. u. k. Konsul Adrianopel telegraphiert:

„Gegen die Rückkehr ausgewiesener Armenier spricht die öffentliche Kundmachung, dass alle jene, welche ein Haus der Exilierten mieten wollen, sich bei den Behörden des Fiskus zu melden haben. Die Häuser werden mit den noch darin befindlichen Möbeln vermietet.“

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA XII 463



BEILAGE ZU BERICHT NR. 97/P. G DDO. COS-PEL 20. NOVEMBER 1915 [SIEHE S. 283]

Der Fall Menzildjian

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. KONSULAT
ADRIANOPEL

Abschrift

Z. 105/P

B. Nr.: h. ä. Chiffre – Depesche vom 7. lfd. M. Nr. 35

Adrianopel, am 15. November 1915

Die in meiner obbezeichneten Depesche angedeuteten Versuche Gany Bey's, die Fräuleins Menzildjian zweien seiner Freunde zu Frauen zu geben, sind bis vor 3 Tagen fortgesetzt worden. Jeden Tag erschienen die Schützlinge Gany Beys bei Frau Menzildjian und trachteten, dieselbe unter allen möglichen Drohungen und immer unter Berufung auf ihren „Gönner“ zum Nachgeben zu bewegen.

Vorgestern liess nun Gany Bey Frau Menzildjian zu seiner Frau bitten. Mit den trübsten Befürchtungen leistete Frau Menzildjian diesem Rufe folge und vernahm nun aus dem Munde der Frau des Komitéchefs, dass alle diese Drohungen und Einschüchterungsversuche nichts Anderes waren, als ein – Spass und schlechter Witz übermütiger junger Leute! Frau Gany Bey bestritt die Tatsache, dass ihr Mann die ganze Sache angezettelt habe und gab im Namen desselben die feierliche Versicherung ab, dass ihren Töchtern nicht nur nichts geschehen werde, sondern dass ihr Mann sie unter seinen besonderen Schutz nehme, damit ihnen ja niemand etwas zu Leid tut!

Damit Gany Bey sich zu so einem Schritt herbeilasse, muss wohl ein starker Druck auf das Komité in Konstantinopel und durch dieses auf ihn ausgeübt worden sein!

Ich berichte nicht nach Wien.

Der k. u. k. Konsul: NADAMLENZKI m. p.

Seiner Exzellenz

Herrn Markgrafen Pallavicini, Konstantinopel

HHStA PA XII 463



Einladung zu einer Besprechung über den Stand der katholischen Missionen

VOM KARDINAL-
FÜRSTERBISCHOF VON WIEN

Nr. 5

Wien, am 16. November 1915

P. T.

Donnerstag, den 25. d. M., um 5 Uhr nachmittags, findet im f.-e. Palais in Wien, I., Rotenturmstraße 2, eine wichtige Besprechung über den gegenwärtigen Stand der katholischen Missionen im Heiligen Lande und in Kleinasien sowie über deren künftige Gestaltung statt. Der Besprechung geht ein Vortrag des hochwürdigen Herrn Universitätsprofessors Dr. Schmidlin aus Münster* voran.

Indem ich hievon Mitteilung mache, erlaube ich mir zugleich zu dieser Besprechung höflichst einzuladen und ersuche im Falle persönlicher Verhinderung um Entsendung eines Vertreters.

† FRIEDRICH GUSTAV KARDINAL PIFFL
Fürsterzbischof

* siehe S. 287

Diözesanarchiv Wien, Maria Empfängnis Verein II, Faszikel 8



Armenische Verfolgung. Der Fall Menzildjian

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 97/P.G
I Beilage [Siehe S. 281]

Konstantinopel, am 20. November 1915

Am 7. d.M. telegrafirte der k.u.k. Konsul aus Adrianopel, dass zwei wohlhabende Armeniermädchen, Töchter einer Witwe namens Menzildjian, die mit Wissen der Lokalbehörden in die dortige Schule der Agramer Barmherzigen Schwestern als Interne eingetreten waren, vom Chef des Comitéausschusses in Adrianopel, Gany Bey, bedroht würden, an Türken gewaltsam verheiratet zu werden. Ich habe Herrn von Nadamlenzki den Auftrag erteilt, die Schwester-Oberin dahin zu instruieren, sie hätte beim Versuch, die gedachten Mädchen aus unserem Institute zu entführen, unter formellem Proteste nur der Gewalt zu weichen. In diesem Falle hätte er selbst beim Vali nachdrücklichst Einsprache zu erheben, und zu verlangen, dass die Mädchen unverzüglich in das Kloster zurückgebracht werden.

Anlässlich meiner letzten bereits gemeldeten Unterredung mit Halil Bey über die Frage der Verfolgung der Armenier und der Christen in der Türkei habe ich auch diesen Fall zur Sprache gebracht, und scheint meine Intervention, wie aus dem abschriftlich mitfolgenden Bericht dd. Adrianopel 15. November 1915 No. 105/P erhellt, den gewünschten Erfolg gehabt zu haben.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 463



Die türkischen Maßregeln gegen die Armenier scheinen nachzulassen

[HEINRICH ALBERTALL
VERTRETER DES K. K. KORRESPONDENZ-
BÜROS IN KONSTANTINOPEL]

Konstantinopel, 22. November 1915

I. Nr. 318 Inneres

(...)

Aderlass der Armenier. Diverse, mir seit den letzten Berichtsnotizen vorliegende Nachrichten summierend, und soweit moeglich beurteilend, wiederhole ich: Die Nachrichten sind tieftraurig, aber sie werden allseits masslos uebertrieben. Und alle Nachrichtensammler und Beurteiler vergessen die armenischen Suenden: Ihre aehnlichen, zuerst begonnenen Taten im Vilayet Erzerum und Van, und ihre erwiesenen

Aufstands-Vorbereitungen zum gegenwaertigen Existenzkampf der Tuerkei. Seit Halil Pascha's Eintritt ins Kabinett scheint ein Nachlassen der tuerkischen Massregeln gegen die Armenier zu beginnen. Ich hatte Gelegenheit, einigen Tuerken, besonders einem Pascha, der bei der jungtuerkischen Revolution eine hervorragende Rolle spielte, rueckhaltslose Vorwuerfe ueber den an der armenischen Nation vorgenommenen Aderlass zu machen. Meine ernstesten Worte ueber den materiellen Schaden und politische Folgen machten jedoch wenig Eindruck und wurden mit Folgendem abgeseigt: Den Einwurf, dass in der gegenwaertigen Kriegsmassenschlaechtereie dieser Aderlass keinen dauernden Eindruck zuruecklassen werde – mit dem Hinweis, dass auch die Abdul Hamid'sche Metzerei rasch vergessen wurde; noch waehrend derselben habe Kaiser Wilhelm dem Sultan ein Portrait geschickt (es ist richtig – die deutsche Botschaft suchte dies damals damit zu entschuldigen, dass sie sagte, die Sendung sei noch vor den Massacren expediert worden) und bald darauf sogar [den] Sultan persoendlich besucht und bei der Truppenparade neben dem sitzenden Sultan wie ein Vasall gestanden! – Dies ist gleichzeitig eine Illustration des jungtuerkischen Eigenduenkels, der es sogar nicht verschmaecht sich auch mit Abdul Hamid'schen Federn zu schmuecken.

Bedraengnis der Katholiken in der Tuerkei. Ich setze voraus, dass man am Ballplatz durch unsere Konsular- und Botschafts-Berichterstattung, sowie durch Informationen von kirchlicher Seite, genuegend darueber informiert ist, welcher materiellen und moralischen Schaden [man], teils indirekt, teils direkt, durch die tuerkischen Vernichtungsmassregeln gegen die Armenier, ihre Begleiterscheinungen und diverse tuerkische Zugaben und Anhaengsel erleidet, ich will daher die mir vorliegende neue „kleine Muenze“ nicht signalisieren. Bemerkenswert muss ich nur, dass auch auf diesem Gebiete, entsprechend dem „Naturgesetz“: der Kriegsuebertreibungen, Geruechte-Zirkulation und Legendenbildungen, welches eben ueberall waltet, wenn irgend welche alte Institutionen, Vorrechte, und Gewohnheiten mehr oder weniger leiden und zerstoert werden – auch von den aus den besten kirchlichen [Quellen] stammenden Nachrichten, Angaben und Daten ein gewisser Prozentsatz reduziert werden muss. – Im Uebrigen verweise ich auf heutige Berichtsnotiz IV.

Wirtschaftliches. In hiesigen Banken und Geschaeftskreisen, ueberhaupt in allen fremden Kreisen, wird Gespenstermalerei ueber die Folgen der Vernichtung der Armenier getrieben, indem ausgefuehrt wird, dass hierdurch die naechste Ernte vernichtet sei, und der ganze Provinz Handel gleichfalls. Kein Zweifel, dass beides schwer leiden wird. Aber ein solches summarisches Urteil ist unsinnig. In vielen Vilayets ist ja die Landwirtschaft gemischt in mohamedanischen und armenischen Haenden, und in manchen nur in mohamedanischen Haenden. Und in den armenischen Handel, welcher durch die Massregel der Armenier verloren geht, werden sich eben Griechen, Spaniolen, Fremde und auch ein wenig die geschaeftsunkundigen Tuerken teilen. (...)

An das literarische Bureau des
k. und k. Ministerium des Aeussern, Wien

HHStA PL 246

Privileg der Kaiserin Maria Theresia für die Kongregation der Mechitaristen

CONGREGATION DER
MECHITHARISTEN, WIEN

Obwohl die Mechitaristen-Kongregation seit ungefähr 150 Jahren in Österreich nicht nur gütige Aufnahme gefunden und in diesem langen Zeitraume den mächtigen Schutz der Kaiser und der österr. Regierung und Behörden genossen hat, sondern durch die grosse Kaiserin Maria Theresia, die erste und grösste Wohltäterin der Kongregation, mit namhaften Prärogativen, Exemptionen und Vorrechten versehen wurde, so befinden sich doch die Mitglieder der Kongregation in der letzten Zeit, speziell in der Türkei vor die Frage gestellt, ob sie wirklich österr. Untertanen sind oder nur einfache Schutzbefohlene Sr. Majestät, wie alle Katholiken in der Türkei.

Da in der letzten Zeit sogar die Profess-Theologen der Kongregation in Wien auf Grund eines provisorischen Gesetzes der Kais. ottomanischen Regierung vom Wiener ottomanischen Konsulat aufgefordert wurden, als gemeine Soldaten im türk. Heere zu dienen, so ist es für die Kongregation eine Existenzfrage, die österr. Staatsangehörigkeit der Mitglieder im Sinne des zu erwähnenden Privilegiums bei der ottomanischen Regierung anerkennen zu lassen, wofür wohl jetzt, wo die Türkei mit Österreich eng verbündet und befreundet ist, ein günstiger Zeitpunkt ist.

Die Mitglieder betrachteten und betrachten sich nicht nur als einfache Schutzbefohlene Sr. Majestät, sondern auch als österr. Untertanen und zwar auf Grund folgender Tatsachen:

I. Am 30. Mai 1775 gab die Kaiserin Maria Theresia der Kongregation ein *Privilegium*, worin gesagt wird:

«Desiderando la Congregazione Mechitarista dell' Ordine di Sant Antonio Abbate, e la Nazione Armena di stabilirsi in Trieste sotto la Nostra Dominazione, Noi condiscendo clementiosamente alle istanze rispettosissime rassegnate dalli Religiosi ... e dalle famiglie ... per parte e a favore degl' Individui secolari della mentionata Nazione, precorse le opportune intelligenze e concerti con l'Ordinarie ecclesiastico di Trieste, e presa la consultiva informazione di quella Nostra Intendenza Commerciale, e di questo Nostro Supremo Arlico Consiglio di Commercio: in virtù del presente graziosissimo *Privilegio* concediamo alli Religiosi Armeni ed alle famiglie secolari ... le sequenti *prerogative, esenzioni e beneficij*.»

Nach dieser Einleitung bestimmen die 16. und 17. Paragraphen:

«§ XVI. Li sacerdoti, Chierici, Novicij e Laici nazionali della Congregazione saranno riguardati in Trieste ed in tutti gli Stati di Nostra Dominazione *per Nostri Sudditi*,

§ XVII. E quegl' Individui, che con la scienza e assenso della Congregazione dovranno transitare, e transferirsi in Paesi esterni, saranno accompagnati con un *Passaporto* della Nostra Intendenza Commerciale, *che li qualificherà per Nostri*

Sudditi, e in tale qualità goderanno la protezione delli Nostri Ambasciatori, e Ministri.

II. Als die Mechitharisten im Jahre 1810 durch S. M. den Kaiser Franz I. in Wien aufgenommen wurden, wurden diese Privilegien bestätigt.

III. Das Hohe k. u. k. Ministerium des Äussern stellte bis heute jedem Mitgliede der Kongregation ausdrücklich als österr. Untertan einen Reisepass aus, entsprechend dem erwähnten Paragraphen des Privilegiums, somit auch den Profess-Theologen der Kongregation.

IV. Die Türkei selbst betrachtete wenigstens bis in die letzte Zeit die Mitglieder der Kongregation als österr. Untertanen.

V. Auch die österr. Konsulate in der Türkei betrachten die Mitglieder der Kongregation als österr. Untertanen, obwohl sie gegebenenfalls vermeiden, mit der türk. Regierung die Staatsangehörigkeitsfrage zu besprechen.

VI. Wir sind ferner der festen Meinung, dass wir gar nicht berechtigt wären, in der Türkei als „nichtösterreichische Staatsangehörige“ zu erscheinen, ohne gegen das den Mitgliedern der Kongregation gewährte Privilegium zu verstossen, und wir sind endlich auch überzeugt, dass das Hohe Ministerium des Äussern ein solches Vorgehen unsererseits als gegen das Privilegium verstossend mit Recht nicht anerkennen und sanktionieren würde.

Unter diesen Umständen und aus den angeführten Gründen müssen wir daher das Hohe Ministerium des Äussern ergebenst und inständigst bitten:

diesen unsicheren Verhältnissen ein Ende zu setzen, damit die Mitglieder der Kongregation von diesen Sorgen auf immer befreit, als ausgesprochene Österreicher mit ganzer Tatkraft und vollem Erfolg für die österr. Interessen in der Türkei arbeiten können.

Auch geruhe dieses Hohe Ministerium der Kaiserlich ottomanischen Regierung gegenüber unsere österr. Staatsangehörigkeit in klarer und entschiedener Weise zum Ausdruck und zur Geltung und Anerkennung zu bringen.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA XII 464



Die Mitglieder der Mechitaristen-Kongregation betrachten sich nicht nur als Schützlinge, sondern auch als Staatsangehörige der Monarchie

K. UND K. MINISTERIUM
DES AEUSSERN, WIEN

Nr. 5327
an Markgraf Pallavicini in Konstantinopel

Wien, am 24. 11. 1915

Euer Excellenz erhalten in der Anlage die Abschrift einer Eingabe des Erzabtes der hies. Mechitaristenkongregation*, die die Frage der Staatsangehörigkeit der Mitglieder dieser Kongregation zum Gegenstande hat. Wie Euer Excellenz aus dieser Eingabe und dem im Original gleichfalls anverwahrten Schreiben des hies. türk. Consulates** an die Mechitaristen-Congregation entnehmen wollen, sind die Mechitaristen Profess-Theologen kürzlich vom hies. ottom. Konsulat aufgefordert worden, ihrer Dienstpflicht im türk. Heere Genüge zu leisten, während die Ordensleitung auf dem Standpunkt steht, dass die Mitglieder der besagten Kongregation auf Grund alter Privilegien nicht nur als Schützlinge der Monarchie, sondern als Staatsangehörige derselben zu betrachten seien und daher einer solchen Dienstpflicht nicht unterlägen.

Ich beehre mich Euer Excellenz zu ersuchen, zu dieser Frage vom da. [dortamtlichen] Standpunkt Stellung nehmen und Hochderen Ansicht unter Rückschluss der Originalbeilage anher berichten zu wollen.

* Siehe S. 285

** Siehe S. 245

HHSStA PA XII 464



Konferenz der Katholiken in Wien

Auszug

aus einem Vortrag von Herrn Univ.-Professor Dr. Schmidlin, Münster

Wien, 25. November 1915

(...)

Unser *Programm* ist darnach klar gezeichnet: wir müssen retten, was gerettet werden kann, im Interesse unserer christlichen Religion und unserer europäischen Kultur wie unseres Vaterlandes und unserer türkischen Bundesgenossen.

Was als Mittel zu diesem Ziele uns vor allem vor Augen schwebte, war die

Einsetzung deutscher und österreichisch-ungarischer Kräfte an Stelle der vertriebenen französischen und italienischen, natürlich unter Wahrung der kirchlichen Rechte des Heil. Stuhles und der religiösen Genossenschaften einerseits, der staatlichen Interessen unserer und der türkischen Regierung andererseits, von der Erwägung ausgehend, daß eine solche Mitarbeit allen beteiligten Faktoren willkommen sein müßte. Ich selbst unternahm auf Wunsch unseres auswärtigen Amtes zu diesem Zwecke während der Weihnachtsferien eine Informationsreise nach Konstantinopel und legte das Ergebnis in einer ausführlichen Denkschrift nieder. Aber leider ist bis zur Stunde die Aktion nicht aus ihrem Vorbereitungsstadium herausgekommen, teils weil die politische und militärische Lage ein energisches Handeln nicht ermöglichte, teils weil die türkische Regierung dem ganzen Plane oder auch nur einem noch so minimalen Teile desselben nicht sympathisch gegenüberstand und unsere Diplomaten den Augenblick dafür nicht als gekommen erklärten. Erst nachdem die Wolke der Dardanellengefahr zerstreut und die Verbindung mit Konstantinopel wieder offen war, beschlossen wir in der Sitzung des Missionsausschusses vom 29. Oktober l.J. ernstlich an die Ausführung des Versuches heranzutreten und namentlich mit Oesterreich-Ungarn Fühlung zu nehmen. Die Folge davon ist diese *vertrauliche* Besprechung, die Seine Eminenz, der hochwürdigste Herr Kardinal von Wien zu organisieren die Güte hatte und der morgen eine ähnliche ungarische Konferenz in Budapest mit dem Vorsitz des Kard.-Fürstprimas von Gran sich anschließen wird.

Es sei mir gestattet, freimütig auf die bisherigen Hemmnisse und Schwierigkeiten bezw. auf die Stellungnahme der maßgebenden Faktoren einzugehen. Das Haupthindernis soll bei der *türkischen Regierung* d.h. bei ihren jungtürkischen Hintermännern liegen, die wohlbemerkt weniger aus islamischem Fanatismus, als aus Freidenkertum keine katholischen Missionare mehr dulden wollen, ganz gleichgiltig, ob es deutsche oder französische sind, und besonders krampfhaft vom Unterrichtswesen jeden religiös-christlichen wie fremdnationalen Einfluß auszuschalten suchen, das möglichst nationalisiert und verstaatlicht werden soll. Der Unterrichtsminister, ein zum Islam übergetretener Jude, wird als Christenfeind geschildert.

Diesem Bestreben dient auch ein während des Krieges erschiener Schulerlaß, der alle Bildungsanstalten der staatlichen Inspektion und Genehmigung unterstellt und das Türkische als Unterrichtssprache vorschreibt (sogar die profane deutsche Schule in Konstantinopel erhielt dementsprechend neulich eine Weisung, alle Lehrkräfte zu entlassen, die nicht ottomanische Untertanen seien!).

Auf der anderen Seite wird mir aber von einem hiesigen ausgezeichneten Kenner sowohl der türkischen Verhältnisse als auch der ausschlaggebenden Persönlichkeiten versichert, daß die verantwortlichen Leiter der Türkei recht wohl einsähen, wie wenig sie ohne unsere Hilfe die so schwierigen Kulturaufgaben der Zukunft lösen könnten und zu diesem Zweck selbst die Mitwirkung katholischer Ordensleute nicht verschmähen würden. Ich bin daher in meiner ursprünglichen Ansicht nur bestärkt worden, dass bei einer richtigen Aufklärung und energischen Vorstellung seitens unserer Vertreter das Vorurteil und der Widerstand der Türken gegen katholische Missions- und Schularbeit schwinden müßte, umsomehr als diese sich ganz den

Verhältnissen anpassen und ihre Pflegebefohlenen durchaus zu staatstreuer Gesinnung anhalten würden.

Damit berühre ich aber schon eine zweite Hauptschwierigkeit: die Haltung unserer diplomatischen und sonstigen Vertretung, die unsere Pläne schon wegen der damit verbundenen vitalen Staatsinteressen energisch fördern sollte, aber ihnen zum Teil eher passiven Widerstand entgegensetzt. Ich meine damit nicht die Zentralbehörden in Wien oder Berlin, die vielmehr großes Wohlwollen und Verständnis bekunden, auch nicht die Botschafter selbst, die in dieser Beziehung schon manches getan, als solche offizielle und inoffizielle Vertreter, die entweder positiv der Ausführung unserer Absichten entgegengetreten oder doch nicht den Mut haben, sich nachdrücklich dafür zu verwenden und ihnen die Wege zu ebnen. Sie halten uns entgegen, es könne in kultureller Hinsicht augenblicklich doch nichts geschehen, und das Mißtrauen gegen katholische Ordensleute sei unüberwindlich, weil sie als Agenten Frankreichs angesehen würden: aber mittlerweile sind z. B. 17 deutsche Professoren (soviel ich erfuhr, mit einer einzigen Ausnahme nur Protestanten) nach der Hochschule in Konstantinopel und ein ebenso protestantischer deutscher Schulreformer zur Ausgestaltung des Schulwesens an das türkische Unterrichtsministerium geschickt worden (der uns Katholiken nichts weniger als grün ist); und was die angebliche türkische Antipathie gegen uns Katholiken angeht, richtet sie sich entweder gegen das politisch-nationale Element und dann würde sie mindestens ebenso gut auf die interkonfessionelle deutsche Laienarbeit zutreffen, oder es handelt sich um eine antichristliche Säkularisierungstendenz, in welcher die Türkei leider von manchen unserer Repräsentanten eher gestärkt als zurückgehalten werden dürfte im Gegensatz zur französischen Orientpolitik, die nach dem Motto handelte, daß „der Antiklerikalismus kein Exportartikel“ sei. Inwieweit die Anklage zuverlässiger Augenzeugen berechtigt ist, daß die deutschen Behörden protestantische Institute und Missionäre im Gegensatz zu den katholischen nachdrücklicher fördern und schützen, kann ich nicht mit Sicherheit entscheiden. Hier muß also der Hebel angesetzt werden, wenn wir eine Wendung zum Bessern hoffen wollen.

Wie wird sich aber die kirchliche Behörde und insbesondere der *Heilige Stuhl* zu unserer Aktion stellen? Er hat bereits selbst verschiedentlich versucht, für die kath. Interessen im Oriente, für die Erhaltung der Missionsanstalten wie für die Schonung der Christen einzutreten, aber über schöne Beteuerungen und Versprechungen türkischerseits ist er bis jetzt kaum hinausgekommen, weil [er] eben keine politische Macht hinter sich hat. Selbstverständlich kann nun weder die römische Kurie noch die apostolische Delegatur in Konstantinopel oder Beirut direkt deutsche bzw. österreichische Kräfte in den Orient herbeirufen oder ihnen gar in cumulo die von den Franzosen oder Italienern verlassenen Posten übertragen, schon weil sie als neutrale Instanz auf die nationalen Empfindlichkeiten unserer Gegner Rücksicht nehmen muß. Aber ich zweifle nicht daran, daß der Papst gerne und dankbar unser Vorgehen begrüßen oder ihm wenigstens negativ zustimmen wird (was uns vorläufig genügt), namentlich wenn er sieht, daß auf andere Weise eine Rettung oder Wiedergewinnung des Bestehenden nicht möglich wird. Von den beiden Delegaten wissen wir bestimmt, dass sie positiv einen solchen Wunsch hegen und sogar schon

ausgesprochen haben, daß sie also unseren Leuten einen freundlichen Empfang bereiten würden. Etwaige weitere Bedenken oder Hemmnisse in dieser Hinsicht könnten ja unsere Bischöfe, Nuntien und Diplomaten aus dem Wege räumen.

Aehnlich müßten die Verhältnisse hinsichtlich der italienischen oder französischen Oberleitungen jener religiösen Genossenschaften geregelt werden, die ihren Zentralsitz außerhalb Deutschlands oder Oesterreich-Ungarns haben. Um den Uebergang zu erleichtern und unnötige Rivalitäten zu vermeiden, sollte man möglichst Mitglieder oder Provinzen desselben Ordens an die betreffende Stelle setzen (also wo vorher franz. Jesuiten, nachher deutsche, wo vorher ital. Franziskaner, jetzt deutsche); weiter nicht sosehr die eigentlichen Missionsgesellschaften heranziehen, die schon hinreichend mit Missionen belastet sind und für die möglichst die Heidenmission reserviert bleiben soll, als vielmehr solche Genossenschaften, die bisher noch keine Mission betreiben, wie die österreichischen Benediktiner, Franziskaner, Dominikaner, Kapuziner, Karmeliter, Trappisten, Lazaristen, Schulbrüder, die alle in ihren französischen oder italienischen Zweigen im Oriente vertreten waren und daher dort Verwendung finden könnten. Zwar sind viele dieser österr. Ordensprovinzen durch ihre Arbeiten stark in Anspruch genommen, aber bei energischem Willen ließen sich doch einige Kräfte für den Orient freimachen und auch neue Missionsberufe finden. Noch leichter würde die Rekrutierung in den weiblichen Genossenschaften.

(...)

Was die *Unierten* d. h. die Katholiken der orientalischen Riten angeht, so haben sie teilweise noch mehr gelitten als die Lateiner. Am schwersten wurden die *Armenier* betroffen. Der katholische Zweig derselben, der vor dem Kriege etwa 70000 Seelen zählte, hat in Kleinasien nur ein paar Gemeinden gerettet. Nämlich Brussa, Eskishehir, Biledschik, Marasch und Aintab, ferner Smyrna und vielleicht noch einige andere. Seine hauptsächlichsten Stationen im eigentlichen Armenien und im Vilajet Angora sind vollständig aufgelöst; von 6 Bischöfen fehlt jede Nachricht, von einigen ist sicher, dass sie deportiert wurden. Auf die erschütternden Einzelheiten, von denen diese Katastrophe begleitet war, einzugehen, ist unmöglich, da deren zu viele sind, doch müssen ein paar zur Beleuchtung der jetzigen Lage der armenischen Katholiken angeführt werden. Ein protestantischer Augenzeuge berichtet dem Ref. unter Vermittlung des Dragomans des österreichischen Konsulates, dass von den katholischen Armeniern in Angora, dem Hauptort der Unierten, anfangs September von 2500 Familien nur noch einige wenige vorhanden seien. Eine grosse Anzahl armenischer Knaben – der Augenzeuge glaubt etwa 1000 – seien als Geburtsfest des Sultans durch Beschneidung feierlich dem Islam zugeführt worden; Frauen und Mädchen seien vielfach in türkische Häuser überführt, die meisten deportiert worden. Von Ismidt erzählt P. Norbert Hofer Ord. Cap. auf Grund eigener Anschauung, dass die kath. Armenier zum zweiten mal vertrieben und ihre Kirche zweimal geplündert wurde. Er selbst hat die Kruzifixe und die heil. Oele von griechischen Frauen, die sie aufgelesen hatten, in Empfang genommen. Die Ereignisse im eigentlichen Armenien sind bekannt. Auffallend ist, dass von so vielen Orten Uebertritte zum Islam gemeldet werden. Die Tatsache, dass Armenier, deren national-religiöses Bewusstsein feststeht, zum Islam übertreten, kann man nur so

erklären, dass sie dadurch Schlimmerem entgehen wollten. Bezüglich der Deportationen, denen die meisten katholischen Armenier im Verein mit ihren orthodoxen Volksgenossen anheim fielen, darf bemerkt werden, dass solche auch entlang der Bagdadbahn ein Ding der Unmöglichkeit sind, wenn nicht weitgreifende Vorbereitungen dafür getroffen werden. [Der] Referent selbst, der voriges Jahr mit einer Karawane von ca. 50 Köpfen reiste, hat es erlebt, dass selbst an Eisenbahnstationen nicht genug Brot für diese kleine Anzahl aufzutreiben war. Es sind deshalb diese Deportationen, die zudem weit über die Eisenbahnstrecken hinaus bis in die syrisch-arabische Steppe erfolgen, mehr gefürchtet als die Massacres vor 20 Jahren. Wenn auch die Deportationen in erster Linie politischen Beweggründen entsprungen sein mögen, so führen sie doch, in diesem Umfange durchgeführt, von selbst zum Untergang der kirchlichen Gemeinden. Genaue Zahlen über die Verluste lassen sich nicht angeben, doch muss man auf eine bedeutende numerische Schwächung und Zerrüttung der Gemeinden selbst im Fall der Rückgängigmachung der Deportationen gefasst sein.

Die *syrisch-katholische Kirche* hat nach einer Nachricht des Patriarchen Ephrem Rahmani die Deportation ihrer Gläubigen aus Diarbekir und Umgebung zu beklagen.

Die *Chaldaische Kirche*, die in den letzten Jahren namentlich in der Umgebung von Wan sich gut entwickelte, ist stark in Mitleidenschaft gezogen. In Diarbekir und Umgebung verlor sie ihre Gemeinden durch Deportation. Derselbe Bericht liegt vor aus Seert, Dschesire und Mardin. Von Wan hat man keine Nachricht. Nach einer Nachricht des Patriarchen, die vor drei Wochen in Konstantinopel eingetroffen ist, müssen in der weitem Umgebung von Mossul blutige Verluste eingetreten sein.

Ueber die Lage der *Maroniten* konnte nichts in Erfahrung gebracht werden.

Die *unierten Griechen*, die in der europäischen Türkei nur eine kleine Kommunität darstellen, büssten zwei bis drei Gemeinden ein. Dagegen haben die unierten Griechen in Syrien und Palästina (*Melchiten*) nur die Deportation eines Bischofs und eines Geistlichen erfahren.

Ueber die *nicht-unierten* orientalischen Kirchen zu berichten liegt nicht im Rahmen dieser Aufgabe. Im allgemeinen dürfte ihre Lage der der Unierten entsprechen. Allem nach haben die nicht-unierten Armenier, die protestantischen ausgenommen, sogar noch schwerer gelitten als die unierten.

Nach dem Vorhergehenden braucht die Notwendigkeit der Hilfeleistung nicht besonders betont zu werden. In Frage kommen dafür bei der politischen Konstellation nur deutsche, österreichische und neutrale Katholiken. Ein Hindernis ist allerdings die grosse Abneigung gegen Deutschland, die gerade in christlichen Kreisen herrscht. Man glaubt nämlich in diesen Kreisen, dass wir Deutsche an der gegenwärtigen Kalamität mitschuldig seien, weil wir als befreundete Nation manches hätten hindern können. Ein weiteres Hindernis ist die beschränkte Bewegungsfreiheit in der Türkei. So wird es, ganz abgesehen von dem Mangel an Verkehrsmitteln, jetzt nahezu unmöglich sein, in die Gegenden von Armenien und Mesopotamien, vorzudringen. Ein drittes Hindernis ist die in der Türkei gegenwärtig herrschende Stimmung, die hinter jeder fremden Betätigung etwas Türkenfeindliches zu vermuten geneigt ist.

Der naheliegende Plan geht dahin, die verwaisten lateinischen Seelsorgsposten deutschen Geistlichen zu übertragen. Dieser Plan ist jedoch unausführbar, nicht nur weil manche der in Frage kommenden Orte ihre christliche Bevölkerung verloren haben, sondern weil dazu spezielle Sprachkenntnisse erforderlich sind.

Der andere Plan, der weit enger gefasst ist als der erste, bezweckt die Hilfeleistung durch deutsche Geistliche nur an den Orten, wo Deutsche in grösserer Anzahl sich befinden. Solche Orte sind Konstantinopel, Haidar-Pascha, Eskischehir und Adrianopel. Während des Krieges hat sich die Zahl der Deutschen bedeutend vermehrt, nicht nur an den angegebenen Orten, sondern auch anderwärts.

(...)

In der Konferenz der Katholiken vom 25. November 1915 in Wien, betonte Kardinal Piffl vor Eröffnung der Debatte, daß „alles vermieden werde, was die politische Empfindlichkeit der türkischen Regierung verletzen könnte, und daß alle Entschließungen unter Vorbehalt der Zustimmung des Heiligen Stuhls erfolgen“.

Es wird festgestellt, daß in Oesterreich bereits ein „Verein der unbefleckten Empfängnis Mariens zur Unterstützung der Katholiken im türkischen Reich und im Orient“ existiert.

Abgeordneter Erzberger (Deutschland): „... bei der ganzen Richtung, die die deutsche Politik nach dem Osten nehmen wird, ist mit einer gewaltigen Überschwemmung deutscher Auswanderer (Technikern) zu rechnen. Deutschland ist besonders auf technischem und industriellem Gebiet in der Mehrzahl protestantisch. Wir Katholiken würden dann bald, wenn wir nicht arbeiten, in den Hintergrund gedrängt werden. Wir deutsche Katholiken können das nicht allein machen, Oesterreich als katholische Großmacht muß die Führung übernehmen...“

Es wurde beschlossen ein sechsgliedriges Aktionskomitee, im Anschluß an den Verein von der Unbefleckten Empfängnis Mariens mit der zur Förderung dieser Mission notwendigen Arbeit zu betreiben.

Diözesanarchiv Wien, Maria Empfängnis Verein II, Faszikel 8



Englische Angriffe gegen die Deutschen

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. KONSULAT

ALEPPO

Z. 17/P

1 Beilage [Siehe S. 246]

Aleppo, am 30. November 1915

Seit längerer Zeit sind speziell in armenischen Kreisen Gerüchte im Umlaufe, denen zufolge die Aktion der Regierung gegen die Armenier auf Anregung Deutschlands erfolgt ist. Wie aus der Beilage ersichtlich, scheinen englische massgebende Kreise diesen Verleumdungen das Ohr geliehen zu haben.

Es ist jedenfalls sehr erfreulich, dass die Monarchie von diesen Angriffen nicht betroffen wurde.

Die hiesigen Deutschen zeigten sich über die englischen Anklagen äusserst verduzt und erbittert. Als Abwehr dagegen diente das ihrerseits hier im guten Glauben lancierte Gerücht, dass Goltz Pascha die Aufsicht über die Zivilverwaltung in diesen Gegenden demnächst übernehmen und bestrebt sein würde, nach besten Kräften den Armeniern gegen die türkische Brutalität zu Hilfe zu kommen. Desweiteren wurde von deutscher Seite angedeutet, dass sobald die auf dem Balkan operierenden deutschen Truppen in Konstantinopel eintreffen würden, Deutschland einen anderen Ton mit den türkischen Staatsmännern anschlagen würde.

Goltz Pascha ist hieher gekommen und wieder gegangen, ohne dass die in ihn gesetzten deutschen Hoffnungen sich erfüllt hätten.

Wie ich höre, sind die Armenier gegenwärtig mehr denn je überzeugt, dass Deutschland ein schändliches Spiel mit ihnen getrieben hat.

Gleichlautend berichte ich sub Z. 22/P nach Konstantinopel.

Der k. u. k. Konsul: DANDINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHSStA PA XII 463



Vente des propriétés mobilières et immobilières laissées par les Arméniens

Rapport confidentiel

Nr. 397

Konstantinopel, 31/XI. 1915

Noury Bey, Ex-Secrétaire Général de la Mahsoussé, actuellement membre dans les commissions d'enquête sur les affaires arméniennes, m'a dit: «Il a été créé une direction générale d'émigration à Alep, dont la charge consistera à s'occuper de l'expédition de tous les Arméniens vers la Mésopotamie. Une autre direction générale d'émigration est créée à Constantinople. Les enquêtes que [les] différentes commissions font dans les provinces consistent à inscrire les propriétés mobilières et immobilières, laissées par les Arméniens. Ensuite, le Gouvernement vendra ces propriétés, paiera leurs dettes par le produit de ces ventes, gardera une partie de l'argent pour leurs frais d'installation et le restant sera tenu à leur disposition. De tous les points de la Turquie, les Arméniens doivent être dirigés sur le Sandjak de Zor et en Mésopotamie. Ça découle d'une décision irrévocable du Comité Union et Progrès. – Après avoir fini avec les Arméniens, nous commencerons l'expulsion en masse des Grecs. Mais pour le moment, nous ne toucherons pas à ce point.»

HHSStA PA LX 272

Die Mitglieder des Mechitaristen-Konventes in Erzerum sind nach Konstantinopel abgereist

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 100/P.C

Zum Erlaß Nr. 4920 vom 22. 10. 1915

Konstantinopel, am 1. Dezember 1915

Über Ersuchen der hiesigen Mechitaristenniederlassung hat die Botschaft vor mehr als Monatsfrist Schritte unternommen, damit deren nach Erzerum exponierten Mitglieder die Reise nach Konstantinopel ermöglicht werde.

Wie nun Konsul Kwiatkowski nunmehr unter dem 24. v. M. telegraphisch meldet, sind die Mitglieder des Mechitaristenkonventes in Erzerum von dort nach Konstantinopel abgereist.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 464



Die Armenierverfolgung wird mit derselben Grausamkeit wie vor sechs Monaten betrieben

Konfidenten-Bericht

Nr. 444

Konstantinopel, 2/XII. 1915

Von einem seit langer Zeit in Kleinasien lebenden Deutschen, der kürzlich hier eingetroffen ist, erfahre ich, dass die Armenierverfolgung fort dauert und mit derselben Grausamkeit wie vor 6 Monaten betrieben wird. In neuester Zeit ist Aleppo zum Sammelpunkt der dem Tode geweihten Armenier gemacht worden. Wenn die Leute dort ankommen, sind sie fast durchwegs bereits im Zustande äusserster Erschöpfung. Natürlich fehlt es dort an allen Vorkehrungen zur Unterbringung und Verpflegung so zahlreicher Kranker, und der Arzt des deutschen Krankenhauses, der den Leuten sein Interesse zuwendet, kann nicht verhindern, dass die Armen, wie er sich ausdrückt, in ihrem Unrat verkommen. Diejenigen, die die Strapazen und Entbehnungen überstehen, werden dann durch die Wüste nach Sorb am Euphrat getrieben, wo eine Art Sammelager errichtet worden ist. Aber nur die wenigsten kommen dort an. Denn man gibt ihnen weder Brot noch Wasser mit, und die von früheren Leiden völlig erschöpften Menschen gehen während der Wüstenwanderung elend zu Grunde. Dass dies beabsichtigt ist, ergibt sich unter anderem aus der Tatsache, dass ein in Aleppo ansässiger Schweizer verhaftet und vor das Kriegsgericht gestellt worden ist, weil er an die Armenier vor dem Antritte des Wüstenmarsches 50 Brote

verteilt. Er wäre sehr schwer bestraft worden, wenn er nicht durch die Fürsprache einflussreicher Personen gerettet worden wäre.

Mein Gewährsmann, der das fürchterliche Armeniermassacre in Adana im Jahre 1909 erlebte, versichert, dass die entsetzlichen Szenen, die er damals mit angesehen hat, vollkommen in den Hintergrund treten angesichts der Vorgänge, die sich in den letzten Monaten in Anatolien abgespielt haben. Er hat auf gewissen Strecken zahllose entkleidete Leichen von Frauen und Kindern angetroffen. Einmal seien 2000 Armenier zusammengetrieben und wie Wild abgeschossen worden. Als er sich entsetzt von dem herzerreissenden Bilde abwandte, sagten ihm die Türken: „Was willst Du, Dein Kaiser will es ja!“ – Diese Auffassung, dass es der besondere Wunsch des deutschen Kaisers sei, die Armenier völlig auszurotten, ist in Anatolien von den türkischen Behörden planmässig verbreitet worden. – Einige Valis haben sich geweigert, die Befehle der Regierung auszuführen. Sie sind sofort abberufen und von Vertrauensmännern der Regierung ersetzt worden, denen man besondere Schneid zutrauen zu dürfen glaubte. So wurde nach Angora ein gewisser Atif Bey entsendet, der bis dahin im Ministerium gearbeitet hatte. Da seine definitive Ernennung von seinen Leistungen abhängig gemacht worden war, hat er in Angora die furchtbarsten Scheusslichkeiten verübt. 19 mittlere Beamte der Anatolischen Eisenbahn, die, wie der ganze Eisenbahndienst militarisiert waren, wurden aus den Bureaux fortgeholt und in der Nähe des Bahnhofs massacrirt. – Dies alles ist erst in den letzten Wochen vorgekommen, obwohl die Regierung, insbesondere Talaat Bey, schon im September der deutschen Botschaft versichert hatte, dass die Verfolgung der Armenier beendet sei. – In Uebereinstimmung mit anderen Berechnungen versichert mein Gewährsmann, dass etwa 1 Million Armenier ausgerottet worden sind.

Neben der rein humanitären Bedeutung haben die Armenierverfolgungen noch eine sehr ernste wirtschaftliche Seite. Mit den Armeniern ist der Türkei nicht nur der Kleinhändler, sondern auch ein wichtiges landwirtschaftliches Element genommen worden. Dies wird sich im kommenden Jahre in vielen Teilen der Türkei zeigen. Die Landwirtschaft hat schon dadurch empfindlich gelitten, dass ihr durch die Mobilmachung sehr viel Arbeitskräfte und Zugtiere verloren gegangen sind. Es ist etwa nur halb so viel wie in anderen Jahren ausgesät worden. In den Landesteilen mit sehr starker armenischer Bevölkerung sind die Felder fast ganz unbebaut geblieben. Die Türkei geht nach allen Privatberichten unparteiischer Beobachter einer grossen wirtschaftlichen Not entgegen, die sich umso fühlbarer machen wird, als der Mangel an Strassen und die unzureichende Zahl von Eisenbahngüterwagen eine Versorgung der notleidenden Landesteile aus besser gestellten Provinzen unmöglich machen werden. Wenn die türkische Volkswirtschaft entsprechend organisiert wäre, so könnte man jetzt den an vielen Stellen buchstäblich verfaulenden Ueberfluss aufspeichern. Aber daran denkt kein Vali. Ist der Notstand einmal eingetreten, so überlässt er es der Zentralregierung, Mittel zur Linderung desselben zu finden. Versagt auch diese, so muss sich das Volk mit seinem Schicksal abfinden. Im Punkte der Fürsorge für ihre Schutzbefohlenen waren die Vali des alten Regimes den heutigen weit voraus, wenn sie auch nicht ehrlicher waren als diese. Aber sie verstanden sich auf die Verwaltung, kannten ihr Vilayet und dessen Bedürfnisse, während die heutigen Vali

sich für ihren Posten meist nur durch ihre politische Zuverlässigkeit der Regierung empfohlen haben.

Der landwirtschaftliche Notstand wird sich übrigens auch in den Staatseinnahmen bemerkbar machen. In normalen Jahren brachte der Zehent an 7 Millionen Pfund. Für das neue Jahr ist er auf 4,3 Millionen veranschlagt, aber die Kenner glauben, dass etwa nur die Hälfte dieser Summe einkommen wird.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA XL 272



Geplante armenische Petition an die Regierung

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 101/P.B

Konstantinopel, am 7. December 1915

In einer eingehenden Unterredung, die ich Ende October mit Halil Bey hatte und über welche ich am 2. November d.J. unter No. 92/P.C berichtete, sagte ich dem Herrn Minister offen heraus, dass die Verfassung und die Gesetze nicht nur für die Untertanen geschaffen seien, sondern auch von der Regierung beobachtet werden müssten. Ich benützte dann auch diese Gelegenheit, um ihn erneut und eindringlichst auf die Gefahren aufmerksam zu machen, welche das willkürliche und grausame Vorgehen gegen die Armenier für die Regierung und für die Türkei selbst zur Folge haben müssten. Der Minister des Aeussern versprach mir damals, er werde eine ernste Rücksprache mit seinen Minister-Collegen nehmen. Ich konnte seither constatieren, dass in der Behandlung der Armenier tatsächlich eine Aenderung eingetreten war und von weiteren Verfolgungen Abstand genommen worden ist.

Nun höre ich, die Armenier beabsichtigen in einer Petition an die Regierung, in welcher sie gleichzeitig zugeben würden, dass sie sich hochverräterische Handlungen hätten zuschulden kommen lassen, zu versprechen, sich in Hinkunft als loyale Untertanen zu erweisen und die Gnade der Regierung anzurufen.

Wie mir ein Armenier, der bei den einschlägigen Verhandlungen eine führende Rolle spielt und der auch Mitglied des Comités Union et Progrès ist, erzählte, hätte man bei Talaat Bey angefragt, ob eine solche Petition von der Regierung angenommen würde, worauf eine zustimmende Antwort erteilt worden sei. Die Petition soll dieser Tage dem Grossvezier überreicht werden. Ich möchte es dahingestellt sein lassen, ob nicht die ganze Petition von Seite der Regierung bestellt oder wenigstens suggeriert wurde.

Der Minister des Innern hat sich dieser Tage in Begleitung des General-Intendanten Ismail Hakki Pascha und des Chefs der öffentlichen Sicherheit Djambolat Bey

über Konia nach Angora begeben. Diese Reise gilt zweifellos in erster Linie der Frage der Approvisionierung, sie dürfte aber auch mit der armenischen Frage in Zusammenhang stehen. Dass Djambolat Bey den Minister des Innern begleitet, und dass er eine grössere von der Kammer zur Verteilung an Armenier votierte Geldsumme mitgenommen hat, ist hiefür ein deutlicher Beweis.

Es zeigt sich immer klarer, dass die Regierung in den Massnahmen gegen die Armenier abwiegeln will. Es ist dies wohl nicht allein auf die sehr ernsten Schritte zurückzuführen, welche vom deutschen Botschafter und von mir wiederholt unternommen wurden, sondern auch auf die Erkenntnis, zu der man hier gelangt zu sein scheint, dass die Frage einer Regelung zugeführt werden muss. Man sagt sich offenbar, dass es vorteilhaft wäre, für alle Fälle die Sache bereinigt zu haben, wenn in der Zukunft sie einmal aufs Tapet kommen sollte. Durch die geplante armenische Petition wäre das Odium für die unerhörten Greuelthaten bis zu einem gewissen Grade von der Regierung abgewälzt, sie könnte darauf hinweisen, dass die Armenier es selbst zugegeben haben, sich des Hochverrates schuldig gemacht zu haben, und dass daher die Regierung nicht nur berechtigt sondern auch verpflichtet gewesen wäre, energische Massnahmen zu ergreifen. Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 463



Staatsangehörigkeit der Mitglieder der Wiener Mechitaristen-Kongregation

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 101/P.C
zum Erlasse Nr. 5327, vom 24. November 1915
1 Beilage [Siehe S. 245]

Konstantinopel, am 7. Dezember 1915

Der von der Ordensleitung der Wiener Mechitaristenkongregation vertretene Standpunkt, wonach deren Mitglieder auf Grund alter Privilegien nicht bloss als Schützlinge der Monarchie, sondern als Staatsangehörige derselben zu betrachten seien und daher in der Türkei nicht militärdienstpflichtig sind, erscheint mir ganz unhaltbar und unvertretbar.

Die in der Eingabe der Ordensleitung bezogenen Paragraphen des Privilegiums von 1775 sprechen nämlich meines Erachtens nicht für, sondern gegen die Richtigkeit der von der Kongregation vertretenen Auffassung, denn die Bestimmungen des §. XVI besagen ausdrücklich, dass die dort genannten Angehörigen der Kongregation *in Triest und in allen Staaten „di Nostra Dominazione“ als „unsere Untertanen“*

angesehen werden, ohne zu sagen, dass dies auch ausserhalb dieser Grenzen zu geschehen habe, bezw. dass fraglichen Personen die Zugehörigkeit zum Reiche, also die Staatsangehörigkeit verliehen wurde. Auch §. XVII verfügt bloss, dass gewisse Mitglieder der Kongregation mit Pässen der Kommunen – Intendantur betheilt würden, welche sie als „Unsere Untertanen“ bezeichnen und dass dieselben in dieser Eigenschaft den Schutz unserer Botschafter und Minister geniessen werden. Also auch diese Bestimmung sieht nicht die Verleihung der Staatszugehörigkeit an die Angehörigen der Wiener Mechitaristenkongregation sondern bloss die Schutzerteilung an dieselben vor, welche durch Bezeichnung dieser Personen in den Pässen als „Nostris Susditi“ erleichtert werden soll.

Von dem Gesagten auch ganz abgesehen und angenommen, dass das besprochene Privilegium den Mitgliedern der Wiener Mechitaristenkongregation tatsächlich die Zugehörigkeit zur Monarchie (?) oder die österreichische Staatsangehörigkeit zusichern würde, so könnte dasselbe doch nur innerhalb der Monarchie, speziell aber nicht in der Türkei zur Geltung kommen, da die in Betracht kommenden Personen durch ihre Geburt türkische Staatsangehörige sind und die Erteilung des Privilegiums ein einseitiger Akt ist, für dessen seinerzeitige Anerkennung durch die türkische Regierung keinerlei Beleg vorliegt.

Was nun die Behauptung betrifft, dass die Mitglieder der Kongregation seitens der türkischen Behörden, wenigstens bis in die letzte Zeit, als österreichische Untertanen angesehen wurden, so ist dieselbe nicht zutreffend. Die Lokalbehörden haben vielmehr vermieden, diese Frage aufs Tapet zu bringen, während unsererseits stets getrachtet wurde, um dieselbe herum zu laviere, da jede bezügliche Diskussion mit der Pforte aussichtslos wäre.

Meines Erachtens besitzen zwar die Angehörigen der Wiener Mechitaristenkongregation einen verbrieften Anspruch darauf, in der Monarchie als österreichische Staatsangehörige behandelt und unsererseits im Auslande nach Möglichkeit geschützt zu werden, sind aber durch diesen Anspruch weder ihrer ursprünglichen Staatsangehörigkeit verlustig geworden, noch auch von den durch letztere ihnen auferlegten Verpflichtungen liberiert. Den nach ottomanischem Gesetze wehrpflichtigen Kongregationsmitgliedern, welche der türkischen Militärdienstpflicht entgegen wollen, erübrigt demnach bloss dies durch Loskauf, oder Stellungsflucht zu erreichen; im letzteren Falle bleibt ihnen allerdings die Möglichkeit einer Rückkehr in die Türkei auf absehbare Zeit verschlossen.

Die Originalbeilage des eingangsbezogenen Erlasses bringe ich anverwahrt in Rückvorlage.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 464



Schutzgenossen

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GENERALKONSULAT
TRAPEZUNT

Z. 83/P

Trapezunt, am 10. Dezember 1915

Gelegentlich der Verhandlungen zwischen dem deutschen Konsul in Erzerum, Grafen von der Schulenburg, und dem Commandanten der türkischen Kaukasus-Armee, Mahmud Kiamil Pascha, betreffend der Abreise der Mechitaristen nach Konstantinopel, erklärte letzterer:

„Nach Aufhebung der Capitulationen gibt es keine Schutzgenossen mehr.“

Hinsichtlich der hiesigen (16) Schutzgenossen ergaben sich bisher keine Schwierigkeiten.

Gleichlautend berichte ich nach Konstantinopel.

Der k. u. k. Konsul: KWIATKOWSKI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 464



Haltung der deutschen Konsuln betreffend die Verfolgung der Armenier

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GENERALKONSULAT
TRAPEZUNT

Nr. 84/P
Chiffre

Trapezunt, 17. Dezember 1915

Gegenstand: Armenische Verfolgungen. Bezeichnend ist die Haltung des hiesigen und des Erzerumer deutschen Konsuls betreffend die Verfolgung der Armenier. Beide sind sichtlich bemüht, insbesondere die zahlreichen Tötungen abzuleugnen, obwohl Graf Schulenburg, der deutsche Konsul in Erzerum, wie mir ein Deutscher seiner Begleitung erzählte, *schon* auf der Reise nach Erzerum sich von den begangenen Gewalttaten überzeugen konnte und hiefür auch übereinstimmende Zeugnisse von Offizieren, Gendarmen und Anderen vorliegen.

Gleichlautend Konstantinopel.

Der k. u. k. Konsul: KWIATKOWSKI m. p.

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 463



Zwangswaise Bekehrung zum Mohammedanismus

Konfidenten-Bericht

Nr. 14

Konstantinopel, 6/I. 1916

Gegen die Armenier in Konstantinopel ist seitens der türkischen Regierung nicht in derselben Weise wie in den Provinzen vorgegangen worden. Man scheute das Aufsehen, das ein summarisches Verfahren hier herbeiführen konnte und fürchtete, dass bei dem Reichtume und Einflusse vieler Armenier ein Verheimlichen der Gewaltmassregeln unmöglich gewesen wäre.

Man griff daher zu einem anderen Mittel, um mit den Armeniern reinen Tisch zu machen. – Schon früher hatten viele Armenier, so in Brussa, um ihr Leben zu retten, sich zum Mohammedanismus bekehrt. Die Erlaubnis zur Bekehrung zum Islam wurde später an anderen Orten von der Regierung zurückgezogen. Jetzt hat man wieder das Bekehrungsverfahren im grösseren Stile aufgenommen und dasselbe insbesondere auf die armenischen Soldaten angewendet.

Diese neue Massregel hat in armenischen Kreisen grosse Beunruhigung hervorgerufen und sie sind bemüht, bevor sie zum Islamismus gezwungen werden, entweder durch Vermittlung des hiesigen amerikanischen Botschafters Protestanten oder durch Hilfe des päpstlichen Nuntius, Monsignore Dolci, Katholiken zu werden. –

In einem Befehle, der vom Kriegsminister Enver Pascha kürzlich streng vertraulich den Truppenkommandanten mitgeteilt wurde, wird von der imperativen Form abgewichen und den Kommandanten geraten, dem Wunsche der Andersgläubigen, die sich zum Islam bekehren wollen, keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA XL 274



Mechitaristen-Brüder in Erzerum

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 2/P.G

zum Bericht Nr. 102, vom 11. Dezember 1915

1 Beilage [Siehe S. 301]

Konstantinopel, am 8. Jänner 1916

Die Erzerumer Mechitaristenbrüder, deren Abreise nach Konstantinopel ich Euer Exzellenz bereits gemeldet habe, sind am 2. d. Mts. hier eingetroffen.

Gleichzeitig mit denselben kamen hier auch 10 armenische Schwestern der Kon-

gregation von der unbefleckten Empfängnis aus Erzerum an, für deren Reisebewilligung ich mich seinerzeit ebenfalls verwendet habe.

Die Namensliste der gedachten Geistlichen und Schwestern liegt bei.

Bezüglich des gegenwärtigen Aufenthaltsortes des vormaligen armenisch-katholischen Pfarrers in Hodortscher, P. Matthäus Hadjian, steht die von der Pforte erbetene Auskunft noch aus.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

BEILAGE ZUM BERICHT NR. 2/P. G DDO. KONSTANTINOPEL 8. JANUAR 1916

Abschrift

Les noms des Pères et des Sœurs arrivés

P. Augustin Amrig
P. Jakob Koss
P. Chérubin Honan
P. Cyril Hochar
P. Arsenius Djendoyan
Fr. Kiriak Tiro

} *Méchitharistes de Vienne arrivés
d'Erzeroum et installés au Couvent
des PP. Méchitharistes à Pancaldi.*

Sœur Catherine Ismirlian
" Akabi Kasesian
" Ephrosina Djivanian
" Marguerite Zohrabian
" Thérèse Honanian
" Nune Balabanian
" Klara Kherkherian
" Natalie Nersessian
" Epimé Hambarian
" Varvaria Agopian

} *Sœurs de l'Immaculée Conception ar-
rivées d'Erzeroum à Constantinople,
Péra, Sakisaghatch, Rus Tchechmé, et
qui sont installées au Couvent des
Sœurs de l'Immaculée Conception.*

Die Pforte lehnt eine Kontrolle des Gerichtswesens durch deutsche richterliche Beamte ab

Konfidenten-Bericht

Nr. 23

Konstantinopel, 14/I. 1916

Wie ich aus türkischen Kreisen erfahre, besteht auf der Hohen Pforte keine besonders freundliche Stimmung gegenüber dem deutschen Botschafter, Grafen Wolff-Metternich. Der Botschafter soll bereits einige Male mit den massgebenden Faktoren in einem Tone gesprochen haben, der sie mit Wehmut an die Zeit denken liess, zu welcher Fürst Hohenlohe die hiesige deutsche Botschaft gerierte. Fürst Hohenlohe war zwar auch genötigt, mit der türkischen Regierung ein ernstes Wort zu sprechen und zwar anlässlich der Verfolgung der Armenier, aber er tat dies in Formen, welche es die Türken kaum empfinden liessen, dass man mit ihrem Verhalten unzufrieden sei. Deshalb wünschte man sehr lebhaft, dass Fürst Hohenlohe endgültig als Botschafter in Konstantinopel bestellt werde.

Graf Metternich hat schon zweimal eine scharfe Sprache geführt. Vorerst hat er sich entschieden dagegen verwahrt, dass fortgesetzt in Anatolien von amtlicher Seite verbreitet werde, dass die Verfolgung der Armenier nicht nur die Zustimmung des deutschen Kaisers habe, sondern von ihm sogar gewünscht worden sei. Ferner hat Graf Wolff-Metternich eine wenig harmonische Unterredung auf der Pforte über die Notwendigkeit einer gründlichen Reform der Rechtspflege gehabt. Er soll eine Kontrolle des Gerichtswesens durch deutsche hohe richterliche Beamte verlangt und darauf die Antwort erhalten haben, dass die Türkei mit der Annahme eines solchen Vorschlages direkt wieder ins alte Regime hineinsegeln würde. Der Botschafter bestritt, dass Deutschland auf Umwegen wieder zu dem Zustande gelangen wolle, der unter der Herrschaft der Kapitulationen bestand, und gab gleichzeitig die Erklärung ab, dass bei Ablehnung seines Verlangens an umfassende deutsche Kapitalanlagen in der Türkei nicht zu denken sei, da man nicht Vertrauen zur türkischen Rechtspflege haben könne. Die Angelegenheit ist seither nicht weiter erörtert worden, aber aus einer Andeutung des Grafen Metternich ist zu entnehmen, dass er seiner Sache unbedingt sicher zu sein glaubt. Auf alle Fälle wird er noch grosse Schwierigkeiten zu überwinden haben, denn die Selbstgefälligkeit der Türken hat jetzt einen Grad erreicht, der sie zu sachlichen Erörterungen wenig geeignet macht. Jetzt zumal, nachdem die Engländer auch die Stellungen bei Sedd ul Bahr geräumt haben, was als grosser Erfolg der türkischen Armee gepriesen wird, obwohl mir aus sehr gut unterrichteter Quelle versichert wird, dass es dem Marschall Liman Pascha, der seit 10 Tagen die Vorbereitungen der Engländer zum Verlassen ihrer Stellungen wahrgenommen hatte, nicht gelungen war, die Türken zum Angriffe auf die ersteren heranzuziehen. Der deutsche Militärattaché, Oberst von Lossow, war nach Gallipoli gegangen, um dort seinen Einfluss im Sinne des Marschalls von Liman geltend zu machen, aber erfolglos.

[K. und k. Ministerium des Aeussern, Wien]

HHStA PA XL 274

Stand und Aussichten über die Unternehmungen für die deutschen Katholiken in der europäischen Türkei

Brief des Dr. Straubinger an den Reichsrats[tags]abgeordneten Erzberger

Kopie

Pera (St. Anton), 18. Jänner 1916

Euer Hochwohlgeboren!

Ihr Brief vom 5. Jänner gibt mir Gelegenheit zu einer gründlichen Aussprache.

Ich verstehe vollständig, daß die katholischen Kreise Deutschlands und Österreichs ungeduldig werden und mich, vielleicht auch Sie mit Vorwürfen überhäufen. Was wir aber hier erreichten (Entsendung von Geistlichen, Schwestern, Schulbrüdern), ist tatsächlich nicht groß; was wir nicht erreichten, ist bei weitem größer. Um das Mißverhältnis, das zwischen Gewolltem und Erreichtem liegt, verstehen zu lernen, würden Sie am besten persönlich hieher kommen und der bitteren Wirklichkeit Aug in Aug gegenüberreten. Im Folgenden gebe ich einen kurzen Überblick über Stand und Aussichten unserer Unternehmungen.

Stand im allgemeinen

In Deutschland macht man sich von der neuesten Türkei eine falsche Vorstellung, insofern man sie für abendländische Einflüsse empfänglich hält. Das ist auf dem Gebiet der Religion und Schule ganz und gar nicht der Fall. Im Gegenteil, die türkische Regierung tut alles – bewußt oder unbewußt – um aus der Türkei, die bis vor kurzem ein national und religiös sehr gemischtes Land war, einen türkischen muslimischen Einheitsstaat zu bilden. Es mag ja sein, daß manche der verantwortlichen Leiter von rein nationalen Gesichtspunkten ausgehen, in Wirklichkeit greifen aber die Türkisierungsbestrebungen stets auf das religiöse Gebiet über, da im Orient zwischen Nation und Religion nicht geschieden wird. Vertürkung, nationale Wiedergeburt der Türken, für die man in Deutschland so sehr schwärmt, bedeutet daher im Grunde Islamisierung. Protektionslos, wie die große Mehrheit der Christen jetzt ist, unterliegen sie jetzt einem rücksichtslosen Türkisierungsprozeß und verlieren dabei größtenteils, selbst wenn sie sich nicht zur Wehr setzen, Gut und Leben.

Stand der katholischen Kirche im besonderen

1. *Kirchen und Seelsorge:* Kirchen besitzen die Katholiken, von der Hauptstadt und dem Libanon abgesehen, nur mehr ganz wenige. Die meisten sind geschlossen, gewöhnlich auch geplündert, manche in Wohnungen, andere zu Moscheen verwan-

delt. Selbst in Konstantinopel erlitten mehrere Kirchen und Kapellen unter den Augen der europäischen Bevölkerung dasselbe Los.

Geistliche befinden sich trotz der Kirchenschließungen noch mancherorts und halten Gottesdienst in Privathäusern. (So auch Dr. David in Eskischehir und P. Liebl in Ismidt.)

Erstrebenswertes Ziel ist natürlich, überall wieder Seelsorge und Kultus einzuführen. Das Ziel ist aber unerreichbar. Ziehen Sie eine Linie Konstantinopel–Eskischehir–Konia–Adana–Marasch–Aleppo–Mossul, so finden Sie nördlich dieser Linie höchstens noch einige Tausend Katholiken verschiedener Riten (gegenüber 100000 zu Friedenszeiten). Sie aufzusuchen, ist bei der gegenwärtigen Lage so gut wie ausgeschlossen, da sie vollständig versprengt sind. Südlich der angegebenen Linie haben wir eine kompakte katholische Bevölkerung im Libanon, die aber vollständig von der Umwelt abgeschnitten wurde und daher für uns unerreichbar ist. Danken wir Gott, wenn sie nur abgeschnitten bleibt. Bleiben für uns noch die Katholiken der europäischen Türkei, einiger Orte an der Bagdadbahn, von Smyrna, den syrischen und mesopotamischen Hauptorten.

Bisher Erreichtes: Mit Hilfe der kaiserlichen Botschaft haben wir unter dem Titel „Seelsorge für die deutschen Katholiken“ die europäische Türkei, die Orte der Bagdadbahn bis Adana, sowie Syrien mit deutschen Geistlichen besetzt, 11 an der Zahl, wovon 6 (Franziskaner) in Syrien, 2 an der Bagdadbahn (Dr. David und P. Liebl?), 3 in Konstantinopel.

Vorschläge: Betreff Smyrna sind Verhandlungen im Gang und wird nur noch die Antwort des kaiserlichen Generalkonsuls abgewartet. Betreff Bagdad darf ich jetzt einen Geistlichen vorschlagen. Bagdad besitzt deutsche Schule, Konsulat, deutsche Bank, deutsches Lazarett. Bis zum Ausbruch des Krieges wurde es von französischen Karmelitern pastoriert, die aber das Land verlassen haben. Als Ersatz kommen daher in erster Linie deutsche Karmeliter in Betracht. Falls diese nicht wollen oder nicht können, Dominikaner, da die Missionen in und um Mossul in Händen der französischen Dominikaner lagen und Mossul und Bagdad leicht nach Herstellung der Bahn zu einem Sprengel vereinigt werden können. Für Nordsyrien, d. h. Aleppo, Alexandrette, Marasch, Aintab, schlage ich Besetzung durch die deutschen Franziskaner vor, die für die Kustodie angeordnet wurden. Genannte Orte sind nämlich bis jetzt von der Kustodie pastoriert. Durchführen kann aber den Vorschlag weder ich noch die Franziskaner in Syrien, sondern nur der deutsche Provinzial, der sie geschickt hat. Er oder einer der anderen Provinziale muß mit Nachdruck bei der Kustodie diese Forderung vertreten. Nur dann wird das für den deutschen Einfluß so wichtige Nordsyrien deutsches Missionsgebiet. Definitive Regelung natürlich nach dem Krieg. Ordensgeistliche müssen in Zukunft in Zivil kommen.

Die Öffnung einer der geschlossenen Kirchen ist noch nicht gelungen, doch bemühen sich dafür in tatkräftiger Weise sowohl die deutsche als auch die österreichisch-ungarische Botschaft.

2. *Schulen*: Die Zahl der ausländischen katholischen Schulen sank in der europäischen Türkei von zirka 60 auf 3 (österreichische), in der asiatischen Türkei von 400 bis 500 auf zirka 20 (deutsche). Unter den Schulen befanden sich eine Universität,

mehrere Fachschulen wissenschaftlicher Art, viele Kollegien mit guten Sammlungen und Bibliotheken, die gewöhnlich verschleppt wurden. Die Schulen wurden noch mehr als die Kirchen geplündert und türkischen Zwecken zugeführt.

Erstrebenswertes Ziel wäre die Rückgewinnung der Schulen oder Gründung neuer. Beides ist bei der jetzigen Stimmung vollständig ausgeschlossen. Dagegen werden Sprachlehrer für türkische Schulen gesucht, für die ich aber nicht zuständig bin. Der Versuch, auf dem Umwege über die Chaldäer zu einer deutschen katholischen Schule zu kommen, ist bisher nicht geglückt.

Bisher Erreichtes: Zufuhr von Lehrkräften für das St. Georgskolleg in Galata und für die Schulen der Borromäerinnen in Syrien.

Vorschläge: Finanzielle Unterstützung der bestehenden katholischen Schulen, damit sie sich halten und vergrößern können.

Zurückweisung von Vorwürfen: Daß deutsche Militärbehörden aufs rücksichtsloseste gegen katholische Missionsschulen vorgegangen seien, stimmt nicht, vielmehr sind begangene Rücksichtslosigkeiten auf Kosten der türkischen Behörden zu setzen, die den deutschen Truppen und Sanitätsmissionen die Plätze anweisen. Der andere Vorwurf, daß katholische Kinder protestantisch konfirmiert worden seien, läßt sich für hier – soweit ich sehe – nicht verifizieren. Doch wäre es begreiflich, wenn im Innern bei dem Mangel an katholischen Schulen solche Fälle vorkämen.

3. *Heilige Stätten*: Bei meiner letzten Unterredung mit Seiner Exzellenz dem kaiserlichen Botschafter vor 10 Tagen lag über diesen Punkt nichts Neues vor.

4. *Armenierfrage*: Die katholischen Armenier, obwohl sie sich im Gegensatz zu ihren orthodoxen Volksgenossen auf Weisung ihrer Bischöfe an den nationalen Selbstständigkeitsbestrebungen nicht beteiligten, wurden trotzdem in das Unglück, das ihre orthodoxen Stammesangehörigen ergriff, hineingerissen. Sie haben bis jetzt von 15 Diözesen 11 verloren, 2 sind gegenwärtig in größter Gefahr (Marasch und Aleppo), bestehen nur noch im halben Umfang. Die zwei übrigen (Konstantinopel und Brussa) sind geschwächt. Das Los, das die katholischen Armenier ohne ihre Schuld, wie übrigens auch einen Teil der katholischen Syrier und Chaldäer erteilte, war Massaker und Deportation, wobei aber zu bemerken ist, daß die Deportation mit allen ihren Folgen sich von dem Massaker nicht viel unterscheidet. Die Güter der Deportierten und Massakrierten unterliegen dem Liquidationsgesetz, das, wenn es allerorts angewandt wird, den Unglücklichen die Heimat vollends raubt.

Erstrebenswertes Ziel: Hilfsaktion für die Armenier, da, wo sie jetzt sind, u. zw., da für die orthodoxen und protestantischen Armenier hauptsächlich durch die amerikanischen Missionäre und den „deutschen Hilfsbund für christliches Liebeswerk in Armenien“ gesorgt wird, Hilfsaktion speziell für die katholischen Armenier.

Bisher Erreichtes: Unterstützung der Armenier in Aleppo durch die von Köln angewiesene Summe, ferner Unterstützung des in äußerster Notlage sich befindlichen armenisch-katholischen Patriarchats, wofür Dankschreiben nächstens kommen wird.

Vorschläge: Das bisher von uns Geleistete ist ein Tropfen auf einen heißen Stein. Wir brauchen zur Linderung auch nur der fürchterlichsten Not einige hunderttausend Mark. Man halte, so wie man es für Polen gemacht hat, eine Kirchenkollekte,

schieße uns aber jetzt schon (vielleicht aus den Missionskassen) Geld vor. Ohne Geld können wir nichts durchführen, gar nichts. Das Geld muß rasch kommen, sehr rasch. Sonst geht noch vieles zugrunde, was jetzt noch gerettet werden kann.

Das Hilfswerk für die Armenier überhaupt und für die katholischen Armenier im besonderen muß eine deutsche Organisation sein, damit die unsinnigen Gerüchte über uns und unseren Kaiser (als ob Seine Majestät der Urheber des Unglücks sei) endlich verstummen.

Ich schlage die Schaffung von vier Hilfszentren vor: Aleppo, Marasch, Angora, Konia. In Aleppo übertragen wir die Hilfsaktion den Borromäerinnen, nach Marasch sollte einer der für die Kustodie entsandten Paters, da diese daselbst eine Pfarrei hat. Marasch zählte nämlich in Friedenszeiten über 5000 katholische Armenier, ist Sitz amerikanischer Missionäre und bekommt in den nächsten Wochen einen evangelischen Pfarrer aus Deutschland. Angora und Konia kann Dr. David, der gegenwärtig in Angora weilt, oder einer der hiesigen Herren versorgen. An die in den Deportiertenlagern untergebrachten Armenier läßt sich auf legalem Weg nicht herankommen, doch ist nicht ausgeschlossen, daß hierin ein Wandel eintritt.

Die Organisierung der Hilfsaktion in Deutschland überlasse ich Ihnen bzw. den katholischen Missionskreisen Deutschlands.

5. *Charitas*: Mit dem Vorhergehenden haben wir das Gebiet der Charitas beschritten. Bei der jetzigen Notlage der Christen, die noch durch Teuerung und Arbeitslosigkeit gesteigert wird, ist für die Charitas ein weites Feld vorhanden. Katholische Kinder, die ohne Schule herumlungern, weil sie „mohammedanische“ Schulen nicht besuchen wollen und europäische wegen der Kosten nicht besuchen können, finden sich zahlreich. Man sollte diese herumtreibenden Kinder in einer Bewahranstalt sammeln. Waisenhäuser finden infolge des Krieges und der Not großen Zuspruch. Es existiert deren noch ein katholisches, nämlich das der österreichischen Vinzentinerinnen auf der Marmara-Insel Antigone. Hospitäler und Lazarette wären ebenfalls nötig.

Bisher Erreichtes: Vergrößerung des Waisenhauses auf Antigone, was jedoch der bischöflichen Initiative zu verdanken ist.

Vorschläge: Aufnahme von Waisen in die Schulen der Borromäerinnen in Syrien, wozu natürlich Unterstützung nötig ist; Gründung von eigenen Waisenhäusern, sobald Gründung solcher möglich ist. Auf der österreichisch-ungarischen Botschaft sagte man mir, daß in nächster Zukunft die Errichtung von Waisenhäusern unter türkischer Aufsicht möglich sein werde. Die für hier vorgeschlagenen Borromäerinnen könnten sich ganz wohl auch der Waisenflege annehmen. Für Aleppo ist der Bau des von Baron von Fürstenberg geplanten deutschen Spitals sofort in die Wege zu leiten und ich bitte, dieserhalb mit dem Herrn Baron, der in Deutschland verweilt, zu verhandeln. Ärztliche Mission geht überhaupt am leichtesten.

(..)



Aktennotiz aus der deutschen Botschaft in Konstantinopel über die Unterredung des Abgeordneten Erzberger am 10. Februar 1916 betreffend Armenier- und Christenfrage im Orient

1. Mit *Enver Pascha*, der zusagte, daß keine weiteren Maßnahmen gegen die Armenier erfolgten, die vertriebenen Armenier würden in geschlossenen Ortschaften angesiedelt werden. Religionsfreiheit wurde garantiert.

2. Mit *Talaat*, der als Kriegsziel die volle Unabhängigkeit der Türkei bezeichnete, Deutschland möge sich über alle Fragen mit der Türkei verständigen, auch den Ersatz der Kapitulationen, dann lasse sich alles regeln. Die Oeffnung der armenischen Kirchen werde erfolgen. Vertreibungen oder Gewaltmaßregeln gegen die Christen in Syrien seien ausgeschlossen, nur einzelne Personen hätten sich dort vergangen. Die Priesterseminare und Lehrerseminare könnten wieder geöffnet werden, nur dürfte der türkische Staatsgedanke darunter nicht leiden, worauf ich beruhigende Zusagen geben konnte. Die gesamten Fragen soll ich in einer Denkschrift bei den Ministern unterbreiten, welche nach meiner Ankunft in Deutschland ausgearbeitet und durch die Botschaft in Konstantinopel überreicht werden wird.

Die Armenierfrage

Auf Grund der Unterredung, die der Abgeordnete Erzberger am 10. Februar mit den türkischen Ministern Enver Pascha und Talaat Bey hatte, werden folgende Maßregeln zur *sofortigen* Durchführung vorgeschlagen:

1. Möglichkeit der direkten Annäherung an die Deportierten und zwar nicht durch Privatpersonen, sondern durch eine Mission des Malteser-Ritter-Ordens, die in Deutschland ausgerüstet wird und kostenlos arbeitet, Brot und andere nötige Subsistenzmittel werden durch diese Mission verteilt, aber von der Regierung geliefert.

2. *Allmählicher Rücktransport* der Deportierten und Neuansiedlung derselben, womöglich in der Nähe der Bahnlinien, damit sie einerseits besser überwacht, andererseits leichter versorgt werden können. Jedenfalls scheiden diejenigen Gegenden aus, die als zum Kriegsgebiet gehörend betrachtet werden. Die Ansiedlung darf sich indes nur auf Kleinasien und nicht auf Syrien und Arabien erstrecken. Die Ansiedlung erfolgt in geschlossenen Ortschaften. Die Regierung stellt den heimkehrenden Armeniern soviel und so gutes Land zur Verfügung, als sie vorher besessen haben. Für den Verlust der Wohnungen und des Inventars sollen sie dadurch entschädigt werden, daß ihnen Baumaterial, Ackergeräte und Saatfrüchte gratis zur Verfügung gestellt wird. Der Rücktransport und die Ansiedlung erfolgen durch die Delegation des Malteser-Ritter-Ordens.

3. Befriedigung der *religiösen Bedürfnisse* der Armenier. Es sind z. B. in Angora immer noch 2000 kath. Armenier ohne Bischof und Priester, obwohl schon vielfach Schritte unternommen wurden, ihnen einen Priester zu schicken. Die geschlossenen

Kirchen müssen wieder geöffnet werden, das Kirchengut zurückgegeben und den Armeniern, die aus Angst zum Islam übergetreten sind, die Rückkehr in ihre Kirche nicht zur Unmöglichkeit gemacht werden.

4. Die *städtischen Armenier* dürfen in ihre Städte, soweit sie nicht Kriegsgebiet sind, zurückkehren.

5. Das *Liquidationsgesetz* wird suspendiert oder findet wenigstens für diejenigen Armenier keine Anwendung, die zurückkehren.

6. Da die *katholischen Armenier* sich anerkanntermaßen von revolutionären Umtrieben fernhielten, sollten sie beim Rücktransport zuerst berücksichtigt werden.

7. Die türkische Regierung wird gebeten, den Patriarchen der kath. Armenier, *Mgr. Terzian*, nach kirchlich-katholischen Prinzipien anzuerkennen.

Der armenisch-katholische Patriarch hat mir nachstehende Wünsche vorgelegt, deren Verwirklichung durch die Vermittlung des Deutschen Reiches die äußerst kritische Lage der katholischen Armenier halbwegs noch retten könne.

Vor allem ist zu betonen, daß die kath. Armenier treue Untertanen des Reiches immer gewesen sind.

Es wäre wünschenswert zu veranlassen:

1. Daß die ausgewiesenen kath. Bischöfe, Priester, Nonnen und Laien in ihre Heimstätten zurückkehren, die Kirchen und Kirchengüter den Bischöfen und Priestern, das sequestrierte Hab und Gut den kath. Armeniern zurückerstattet werden, hauptsächlich aber in den Diözesen von Adana, Angora und Cäsarea [Kaisarieh], deren Bischöfe und Einwohner größtenteils nach Aleppo, Konia und in die syrischen Gegenden verbannt sind.

2. Daß aus den halbwegs noch verschont gebliebenen Diözesen von Konstantinopel, Brussa, Aleppo und Marasch die katholischen Armenier nicht mehr ausgewiesen werden.

3. Daß keine Zwangsbekehrungen von nun an vorkommen.

4. Daß man die Waisenkinder, soviel es noch möglich ist, retten möge.

5. Daß der Staat den nach allen Ecken und Enden verbannten in Elend und Not gebliebenen kath. Armeniern tatsächlich zu Hilfe komme.

6. Daß die deutschen Katholiken dem armen. kath. Patriarchat dessen Lage in jeder, hauptsächlich aber in materieller Hinsicht äusserst kritisch ist, tatkräftig zu Hilfe eilen mögen.

7. Daß die türkische Regierung den rechtmäßigen Patriarchen als Oberhaupt der katholischen Armenier anerkenne.

Über die Lage der kath. Armenier in der Türkei

1. Die kath. Armenier, deren Zahl von einigen auf annähernd 100000, von anderen höher geschätzt wird, sind scharf zu unterscheiden von den sogenannten gregorianischen oder orthodoxen wie von den protestantischen Armeniern. Sie stehen unter einem eigenen Patriarchen, sind von der türk. Regierung als Millet

anerkannt und haben in nationaler Hinsicht nie Anlaß zur Beschwerde gegeben. Gerade ihre Abneigung gegen die nationalistischen Bestrebungen, die allgemein anerkannt ist, hat ihnen den besonderen Haß ihrer Volksgenossen zugezogen und namentlich ihrem Patriarchen, der die nationalistischen Umtriebe verbot, große Anfeindung eingetragen. Träger der national-armenischen Unabhängigkeitsidee waren die an Rußland sich anlehenden orthodoxen Armenier, die die russischen Sendlinge unter sich duldeten, und andererseits die in den amerikanischen Schulen großgezogenen Armenier, die mit der Religion der protestantisch-amerikanischen Missionare gewöhnlich auch deren demokratische Gesinnung annahmen, vielfach Reisen nach Amerika unternahmen und dann als „Aufklärer“ zurückkehrten.

2. Trotz der loyalen Gesinnung der kath. Armenier und trotz der Zusicherungen, die man ihnen gab, widerfuhr ihnen dasselbe Schicksal wie ihren Volksgenossen. Die Verluste an Menschenleben und Gütern sind bei ihnen relativ ebenso groß wie bei den anderen, nur der Unterschied wurde gewöhnlich gemacht, daß bei ihnen Exekution und Deportation um einige Tage oder Wochen aufgeschoben wurden. Die Berichte, welche nichtarmenische Zeugen aus dem Innern bringen, sind so entsetzlich, daß man sie nicht niederschreiben kann (Die Anlagen 1, 2, 3, 4 geben einige Einzelheiten). Nur der gegenwärtige Stand der armenisch katholischen Kirche sei im Folgenden angegeben.

3. Von 15 Diözesen haben 11 aufgehört zu existieren: Adana, Angora, Kaisarieh, Diarbekir, Erzerum, Kharput, Malatia, Mardin, Musch, Siwas, Trapezunt. Zwei Diözesen sind zum Teil vernichtet: Marasch und Aleppo. Intakt sind nur noch die Diözesen Konstantinopel und Brussa, obwohl auch diese teilweise Verlust zu erleiden hatten. So wurden z. B. in Ismidt die kath. Armenier gleich den gregorianischen vertrieben, ihr Stadtteil niedergebrannt, ihre Güter veräußert angeblich zu Gunsten der Vertriebenen, tatsächlich zur Bereicherung türkischer Beamter. Was die vernichteten Diözesen im besonderen angeht, so haben Diarbekir, Kharput, Malatia, Mardin, Musch und zum Teil auch Erzerum ihre Bewohner durch Metzeleien, die übrigen durch Deportation verloren.

4. Man könnte vermuten, daß Deportation eine mildere Strafform ist, als Tötung. Tatsächlich unterscheidet sich aber erstere nicht viel von letzterer. Während nämlich bei den allgemeinen Massacres immer einige entkommen, sich verborgen halten oder auf die Berge flüchten, ist bei den Deportationen, die Aussicht auf Lebenserhaltung sehr gering. Man treibt die Menschen wie Viehherden wochen- und monatelang ihrem Bestimmungsort entgegen, für die notwendige Nahrung ist nur in den seltensten Fällen gesorgt. So erliegen die Armen massenhaft dem Hunger und den Seuchen. Sind sie am Bestimmungsort angelangt, so ist auch dort ihres Bleibens nichts, man treibt sie an einen neuen Bestimmungsort und von diesem wieder an einen anderen, sodaß sie nie zur Ruhe kommen. In anderen Fällen werden die Familien in türkischen Ortschaften zerstreut und, da die Männer gewöhnlich von den Frauen getrennt werden, sind letztere vollständig im Erwerb des Lebensunterhaltes auf sich selbst angewiesen. Hunger und Drohungen treiben sie in die Häuser der Türken. Die Kinder werden dann von selbst türkisch oder als sogenannte „Kriegswaisen“ auf staatlichem Wege vertürkt.

5. Man hatte nach den Versprechungen, die die türkische Regierung dem apost. Delegaten gegenüber abgab, gehofft, daß der Rest der kath. Armenier zurückkehren dürfe. Tatsächlich ist keiner von ihnen zurückgekehrt. Im Gegenteil nach zuverlässigen Nachrichten, die in diesen Tagen eingingen, geht man jetzt (...)

Die durch die gegen die Armenier im Allgemeinen angewendeten Maßregeln entstandenen Verluste an armenischen Katholiken lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Diözesen sind vollständig evakuiert worden und zwar: Adana, Angora, Kayssery [Kaisarieh], Diarbekir, Erzerum, Kharput, Malatia, Mardin, Mouche [Musch], Sebasto, Trapezunt und teilweise die Diözesen Marache [Marasch] und Aleppo. Nur die Diözesen Brussa und Konstantinopel sind für die Katholiken intakt geblieben, obgleich teilweise und private Ausweisungen in dieser Stadt vorgekommen sind.

Der Bischof von Adana, seine Priester, Nonnen und Getreuen sind in Aleppo interniert.

Der Bischof von Angora und seine Priester sind zuerst nach Tarsus geschickt worden, in der Diözese Adana, und von da nach Aleppo. Ein Priester mit Namen Ekizian ist auf der Reise getötet worden; von anderen Priestern hat man keine sichere Nachricht; die Nonnen von Angora, 38 an der Zahl, sind hin und her befördert, zuerst nach Eskischehir und dann nach Konia, wo sie sich jetzt befinden, betteln oder in den Häusern Dienste leisten, um etwas zum Leben zu finden; drei dieser Nonnen sind auf dieser Reise gestorben. Was die Getreuen anbetrifft, so sind die Frauen zum Teil nach Konia und zum Teil nach Eskischehir transportiert worden; die Männer sind hier und da verstreut untergebracht. Eine Anzahl Männer und Frauen sind gezwungenermaßen zum Islam übergetreten.

Der Bischof von Kayssery ist nebst seinen Priestern von Kayssery vertrieben und nach Talas, in einiger Entfernung von K. transportiert worden. Ein Teil seiner Diözesanen ist nach Konia gesandt worden und die übrig gebliebenen Familien sind in Gruppen von je fünf Familien in die muselmannischen Dörfer verteilt worden.

In Diarbekir ist ein großes Blutbad unter den Armeniern im allgemeinen angerichtet; eine große Zahl Armenier ist getötet und in den Tigris geworfen worden; von dem Bischofe, seinen Priestern und den Nonnen entbehrt man jeder Nachricht; man glaubt, daß sie ermordet worden sind.

Erzerum ist als erste große Diözese evakuiert worden; von den beiden Bischöfen ist der erste, Mgr. Kotschurian, in Erzinghian und der zweite Mgr. J. Melchisedichian in Eghin. Von den 40–50 Priestern der Diözese hat man keine Nachricht. Die neun Nonnen befinden sich auf dem Wege nach Konstantinopel mit den Mechitaristenpatern aus Wien; von den Diözesanen soll ein Teil nach Kharput, ein anderer Teil nach Urfa und ein Teil nach Der-el-Zor transportiert worden sein; aber die Mehrzahl soll ermordet worden sein.

Der Bischof von Kharput und seine Priester nebst drei Nonnen sind trotz der von dem Wali gegebenen Versicherung, daß sie über Urfa nach Aleppo geführt werden würden, in dem Dorfe Vartavil, 4 Stunden von dem Zentrum entfernt, ermordet worden. Eine der drei Nonnen soll nach Diarbekir entführt worden sein. Von den

Frauen sind nur einige in Aleppo angekommen, der Rest soll ermordet worden sein. Die Einzelheiten über den Tod des Bischofs und seiner Reisegefährten, wie sie von muselmannischen Zeugen berichtet worden sind, sind sehr erhebend. Kaum hatte der Bischof die Absicht der von dem Gouverneur zur Begleitung mitgegebenen Gendarmen und der aus Mezre gesandten Mörder erkannt, als er die seinigen ermutigte und sie aufforderte, sich dem Willen Gottes zu fügen. Er segnet sie, gab ihnen die Absolution und nachdem er selbst die Absolution empfangen hatte, bat er die Mörder, sie nicht zu sehr zu quälen; diese erschossen sie darauf.

Malatia. Man sagt, daß der Bischof Mgr. Khatschadourian im Gefängnis erwürgt worden ist und daß die Nonnen von Muselmännern entführt wurden, aber man weiß nicht, wohin. Die Priester und die Männer sind ermordet worden; nur die Frauen sind übrig geblieben. Der Gouverneur soll, aus Ironie, die Mörder von Mgr. Israelian und Mgr. Khatschadourian, für einige Tage ins Gefängnis gesteckt haben.

In *Mardin*, wo sich nur kath. Armenier befanden, sind der Erzbischof Mgr. Ignaz Maloyan, die Priester und die Männer alle ermordet, die Frauen und Kinder nach verschiedenen Richtungen zerstreut worden. Die Ereignisse in Mardin bringen die ersten Jahrhunderte des Bestehens der Kirche in Erinnerung. Der Erzbischof hielt eine Ansprache an die weinenden Getreuen und segnete sie alle, die auf den Knien um ihn herum lagen. Er gab ihnen die Absolution und gab ihnen mit einem Brot das Abendmahl, worauf alle nach Empfang des Sakramentes starben.

In der Stadt *Mouche* [Musch] und den sie umgebenden armenischen Dörfern sind die Armenier ausgerottet und alle Einwohner ermordet worden. Die Regierung hat dem armenischen katholischen Patriarchate offiziell mitgeteilt, daß der Bischof Mgr. Topouzian Jacques während der Empörung (?) der Armenier verschwunden ist.

In *Slavs* ist nur der Erzbischof Mgr. Leon Ketschdjian übrig geblieben. Man weiß nichts über die Priester von Tokat, Gurin und Pirkinik. Von den Nonnen von Tokat ist nur eine einzige in Aleppo angekommen, und man weiß nicht wie; die fünf anderen sind tot; die drei Nonnen von Gurin sind in Aleppo angekommen.

Ferner weiß man garnichts über das Schicksal der 13 Priester der Trapezunter Diözese. Man sagt, daß sie ermordet worden seien. Ferner weiß man nichts über die 22 Nonnen und Novizen von Trapezunt und Marsivan. Von den Nonnen von Samsoun ist nur eine einzige, eine Französin, dageblieben, von den anderen zehn hat sich eine in eine Cysterne gestürzt, um den Schändlichkeiten zu entgehen, eine andere hat den Verstand verloren und ist bald darauf gestorben. Von den anderen acht sind in Aleppo angekommen: eine, deren Kinnbacken durch Beilhiebe zerschmettert waren; sie ist einige Tage darauf im Hospital gestorben. Die Oberin ist auch etwas darauf an Erschöpfung durch die Leiden einer 3½ monatlichen Reise gestorben. Von den Diözesanen ist nur eine kleine Anzahl Frauen in Aleppo angekommen.

Von der Diözese *Marache* [Marasch] sind die Orte Zeytum und Albisdan geräumt worden. In Marache selbst sind etwa hundert Familien ausgewiesen worden. Der Bischof Mgr. Arpiarian, seine Priester und die Nonnen befinden sich in Marache.

Die Städte Aintab, Beylan, Kessab und Antiochia der Diözese Aleppo sind geräumt worden. Die Residenzstadt ist intakt. Der Priester von Antiochia ist in der Der-el-Zor interniert.

Es sind also 5 Bischöfe ermordet oder verschwunden. 5 sind an andere Orte transportiert und drei in ihren Diözesen geblieben. Die Zahl der ermordeten oder verschwundenen Priester beträgt 140, die der Nonnen 40.

Einige Notizen über die Ermordung von Christen in der Türkei

Vilayet Diarbekir: In der Umgegend von Ourfa [Urfa], in Veren-Chehir, einer kleinen Stadt von ungefähr 1400 Familien Armenier und 140 Familien Syrier; im ganzen 400 Familien sind ganz ausgewiesen zu Beginn des Sommers; die Männer sind alle ermordet worden. Die reichen Familien sind alle mit Frauen und Kindern ausgerottet worden.

In *Severek* sind alle Männer getötet, Frauen und Kinder, im ganzen 300 Familien vertrieben. Die Einwohner einer großen Anzahl jacobitischer Dörfer sind getötet worden. Vier chaldäische Dörfer eben so in der Umgegend von Diarbekir, mit ihren Priestern.

In *Mardin:* Alle Armenier in dieser Stadt sind ausgewiesen mit ihrem Erzbischof und ihren 10 Priestern, dann sind sie unterwegs ermordet worden.

In *Djezirat:* Alle chaldäischen und syrischen Christen mit all ihren Bischöfen und Priestern sind ermordet oder ausgerottet worden. 17 chaldäische Dörfer, zum Erzbistum dieser Stadt gehörig, sind geplündert und ausgewiesen; die Männer wurden getötet.

Diözese Séert: In der Stadt sind die Armenier, 450 Familien zählend, die Chaldäer von 120 Familien, die Jacobiter von 30 Familien alle geplündert, massakriert oder ausgewiesen worden, mit ihrem chaldäischen Erzbischof Mgr. Adai Seher. In der Umgegend dieser Stadt sind 40 chaldäische Dörfer mit ihren Priestern geplündert und getötet.

In *Ourfa:* Ourfa, das ehemalige Edessa, Hauptstadt der Könige Abgar, hat ein noch härteres Schicksal gehabt. Dreimal wurden die Christen, deren Zahl 25000 überstiege, geplündert, massakriert und mit Grausamkeit gequält; dann wurden die Stadtviertel beschossen und zerstört. Ihr Bischof und seine Priester, nebst den Notablen, etwa 500 Personen, wurden ins Gefängnis geworfen vor dem Morden, dann [ausgewiesen], wie man sagte, nach Diarbekir; aber unterwegs sind sie getötet worden. Jetzt sind tausende von Waisen Sklaven in muselmännischen Familien. In Ourfa ist eine große Zahl dieser Unglücklichen auf der Straße vor Hunger sterbend. Die Muselmänner Ourfas haben selbst an den Massakern mit der Regierung teilgenommen; sie haben alle Habe der Christen geplündert.

Armenien, Kurdistan und ein großer Teil Mesopotamiens sind der Schauplatz der barbarischsten und abscheulichsten Szenen gewesen. Die Cisternen, Täler, Grotten sind mit Leichen gefüllt worden. Die Flußläufe des Euphrat und des Tigris haben wochenlang verstümmelte Leichen fortgespült. Die Reisenden in diesen Gegenden begegnen von Stadt zu Stadt und Dorf zu Dorf nur nomadisierenden Armeniern und Chaldäern, die aus ihren Städten oder Dörfern vertrieben sind, im Freien nächtigen,

der Sommerhitze und der Winterkälte ausgesetzt sind. Sie sind alle zu einem entsetzlichen Tode verurteilt.

Das Schicksal der Christen in den anderen Teilen der Türkei ist sehr ungewiß. Sie sind ständig in der Gefahr, ermordet zu werden.

Angora

Katholikenzahl: 13–15 deutsche Katholiken, 1500–2000 armenische Katholiken. Früher, d. h. vor der Deportation betrug die Zahl der kath. Armenier 7–10000. Die Deportation verschonte nämlich diejenigen Familien, von denen ein Glied im Felde steht, sowie einige andere Familien, von denen nur die Männer ausgewiesen wurden. Ferner hielten sich ca. 50–100 Männer versteckt und entgingen so der Ausweisung. Dazu kommen noch 150–200 Exportierte von Konstantinopel, größtenteils russische Untertanen und katholischer Konfession.

Kirchen: Lateinische: keine. Armen.-kath.: 4, jetzt geschlossen, teils für andere Zwecke verwendet.

Geistliche: Lateinische: keine. Armenische: keine. Sie wurden alle samt dem Bischof deportiert. Nur die aus Konstantinopel Exportierten haben einen Geistlichen unter sich, der aber nur unter den Exportierten selbst Seelsorge betreiben kann.

Schulen: Knabenschule der franz. Schulbrüder (geschlossen). Mädchenschule der franz. Schulschwester (geschlossen).

Notwendige Maßnahmen: Zulassung eines armen. Geistlichen (bisher immer abgeschlagen). Bis dahin deutscher Geistlicher notwendig. Oeffnung wenigstens einer Kirche. Schule fände sofort Zulauf. Materielle Not in etwa zu lindern. Geistige Not jedoch größer, Versuchung zum Abfall zu den Griech.-Orthodoxen.

Andere Berichte besagen, daß auch *große materielle* Not in Angora herrscht. Dr. David unterhält bereits 6 Waisenkinder und läßt Mehl verteilen. Die größte Not ist indes geistiger Art. Die noch übriggebliebenen 1500 kath. Armenier (1/7 der früheren Zahl) sind ohne Geistlichen und werden immer mehr zum Abfall gezwungen. Die türkische Regierung läßt trotz vieler Versuche keinen armenischen Geistlichen nach Angora gehen, hat alle Kirchen daselbst geschlossen und selbst Dr. David die Abhaltung eines Gottesdienstes in seinem Hause untersagt. Der Wali teilte mit, daß zwei armenische Kirchen geöffnet würden, sobald ein armenischer Geistlicher komme. Ein solcher bekommt aber nie die Erlaubnis, dorthin zu gehen!

Für *deutschen Unterricht* an Gymnasium in Angora sind deutsche Lehrmittel erwünscht. Für Errichtung einer deutsch-türkischen Lesehalle braucht man Lese-stoff.

Die Ansiedelungen von Armeniern im Vilajet Syrien

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. KONSULAT
DAMASKUS

Nr. 4/P

Damaskus, 15. Februar 1916

In der Ansiedelung und Behandlung der nach dem Wilajet Syrien verschickten armenischen Auswanderer ist in den letzten zwei Monaten eine bemerkenswerte Aenderung eingetreten.

Vorauszuschicken ist, dass die Zahl der Zwangsauswanderer in der letzten Zeit gegenüber den vorhergehenden Monaten abgenommen hat; sie dürfte in der angegebenen Epoche 15 000 Personen nicht übersteigen, so dass die für das Wilajet Syrien in Aussicht genommene Gesamtziffer von 120 000 noch lange nicht erreicht ist.

Während die Auswanderung bisher ausschliesslich nach den ansiedlungsarmen südlichen Landesteilen insbesondere nach dem Ostjordanlande geleitet wurde, beginnt man nunmehr die Armenier auch nach besiedelten Gebieten zu verpflanzen. Eine Anzahl wurde in der Stadt Damaskus selbst belassen, sehr viele andere in den Dörfern der Ebene von Damaskus, der Ruta, verteilt. Das Los dieser ist verhältnismässig milder zu nennen. Denn man hat ihnen hier wenigstens Unterkunft verschafft, wo sie wenn auch zusammengedrängt, vor den Unbilden der Witterung geschützt sind. Sie finden ferner in den Dörfern die Möglichkeit eines Verdienstes durch ländliche Arbeiten, so dass sie mit dem von der Regierung ihnen gegebenen Zehrgelde ihr Leben fristen können. Endlich sind sie in den Dörfern der Ruta seitens der Bauern nicht jenen Misshandlungen ausgesetzt, welche sie von den Beduinen des Ostjordanlandes erdulden müssen.

Ebensoviele Familien sind freilich auch nach dem Süden wieder abgeschoben worden, insbesondere nach dem Djolan (Kunetra) und dem seinerzeit von der Beduinenbevölkerung geräumten Ledjah, welches man mit Armeniern wieder bevölkern zu wollen scheint. Auch hier ist indes eine gewisse Fürsorge der Regierung bemerkbar, indem dieselbe für die neuen Ansiedler Wohnstätten aufführen lässt, soweit solche nicht von früher vorhanden sind.

Das Taggeld, das bisher 1 Piaster per Person betrug, wurde für Erwachsene auf 2, für Kinder auf 1½ Piaster erhöht. Ob die Auszahlung immer erfolgt, ist für die entfernteren Gegenden allerdings nicht mit Gewissheit zu bejahen.

Eine ziemliche Anzahl von Armeniern findet bei dem Bau der neuen ägyptischen Bahn als Arbeiter Verdienst. Die Bahnverwaltung ist anerkennenswerterweise bemüht, eine größere Zahl von ihnen heranzuziehen.

Man führt die im allgemeinen zu beobachtende Besserung des Loses der Ansiedler auf das Eingreifen Djemal Paschas zurück, dem man eine menschenfreundlichere Gesinnung gegenüber diesen Unglücklichen zuschreibt. Tatsächlich hat Djemal Pascha einen Gendarmerieoffizier, welcher sich besonders schwerer Uebergriffe auf die Ehre und das Gut der Flüchtlinge zuschulden kommen liess, hinrichten lassen. In einer damals in allen Blättern des Landes veröffentlichten Verlautbarung erklärte er, dass die „Verpflanzung der Armenier aus Staatsrücksichten notwendig sei, dass aber

Leben, Ehre und Gut der Auswanderer in der Obhut der Regierung stehen, deren Ehrensache es sei, darüber zu wachen“.

Wie weit die Wanderungen sind, geht daraus hervor, dass selbst aus Trapezunt hier Familien eingetroffen sind, welche die ungeheuere Strecke unter Entbehrungen und Misshandlungen aller Art zu Fuss zurücklegten. Es ist wohl nicht übertrieben, wenn man sagt, dass die Hälfte von ihnen schon während der Reise zugrunde geht.

Gleichlautend berichte ich unter gleichem Datum und sub Zahl 5/P nach Konstantinopel.

Der k. u. k. Generalconsul: RANZI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 463



BEILAGE ZU BERICHT NR. 21/P. B DDO. COS-PEL 10. MÄRZ 1916 [SIEHE S. 323]

Armenierausweisungen werden fortgesetzt

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. KONSULAT
ADRIANOPEL

Abschrift

Z. 19/P

B. Nr.: h. ä. Depesche Nr. 14

Adrianopel, am 3. März 1916

Die Ausweisung der hier noch verbliebenen wenigen armenischen Familien hat am 1. l. Mts. nachts begonnen und wurde heute fortgesetzt. Die Szenen die sich hiebei abspielten, brauche ich Euer Excellenz wohl nicht zu beschreiben, es war alles eine getreue Nachahmung jener schrecklichen Nächte des Monates November. Am übelsten wurde diesmal dem armenischen Archimandriten Arsen mitgespielt. Er wurde am Boden geschleift und trotz seiner Klagerufe und Wehrlosigkeit fortwährend geschlagen.

Die Befehle, die diesmal in dieser Angelegenheit aus Constantinopel gekommen sind, scheinen drakonisch zu sein. Es werden keine Ausnahmen gemacht. Nur der Übertritt zum Islam kann die bedauernswerten Opfer der kaukasischen Misserfolge, vor dem Exil, das heisst dem sicheren Tode retten. Gany Bey selbst konnte seinen besten Freund Alex Alexanian nur dadurch retten, dass er ihn Mohammedaner werden liess. Den armenischen Beamten der Regie gewährte der Vali einen Termin bis Sonntag, an welchem Tage sie sich für den Islam oder für die Ausweisung entscheiden müssen.

Um ihr Leben zu retten, haben bereits gegen 40 Familien die Gesuche um Uebertritt zur mohammedanischen Religion eingereicht.

Es war wohl ein unendlich trauriger Anblick, als gestern eine Schar vor Angst halb

wahnsinniger Menschen im Konak erschien, um dem Glauben ihrer Väter abzuschwören!

Das Eigentum der Ausgewiesenen wurde sofort beschlagnahmt.

Nach Wien berichte ich nicht.

Der k. u. k. Konsul: NADAMLENZKI m. p.

Seiner Exzellenz

Herrn Markgrafen Pallavicini, Konstantinopel

HHStA PA XII 463



BEILAGE ZU BERICHT NR. 22/P. D DDO. COS-PEL 17. MÄRZ 1916 [SIEHE S. 337]

Zwangswaiser Übertritt der Armenier zum Islam

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. KONSULAT

ADRIANOPEL

Abschrift

Z. 21/P

1 Beilage [Siehe S. 317]

Adrianopel, am 8. März 1916

Die letzte Armenierverfolgung ist durch das in diesem traurigen Kapitel türkischer Verwaltung neue Moment des zwangsweisen Uebertrittes der gehetzten Opfer zum Islam charakterisiert. Den nach den im November stattgefundenen Ausweisungen noch übrig gebliebenen Familien wurde nach der jetzt erfolgten Ausweisung von ungefähr 30 Familien eröffnet, dass sie sich vor dem Exil nur durch den Uebertritt zum Islam retten könnten, wobei in „zarter“ Weise angedeutet wurde, dass auf der Reise ins innere Kleinasien alles mögliche passieren könnte und dass zwischen den beiden Kontinenten das Meer liege! Einige wenige blieben standhaft und konnten es nicht über sich bringen dem Glauben ihrer Väter abzuschwören, obwohl sie den sicheren Tod vor Augen hatten. Sie wurden ausgewiesen und sollen auf dem Wege nach Rodosto umgebracht worden sein.

160 Personen aber wurden Mohammedaner. Die Lokalbehörden sprechen natürlich immer nur von einem freiwilligen Uebertritt, da jeder auf die erste Frage ob er zum Uebertritt gezwungen wurde, mit einem „nein“ antworten musste. Die Saumseligen wurden vom Muhtar und Polizisten in den Abendstunden des 2. und 3. laufenden Monates daran erinnert, dass ihre Ausweisung unmittelbar bevorstehe, wenn sie nicht sofort die Uebertrittserklärung unterschrieben. Mit den 4 katholischen Familien verfuhr man genau so wie mit den anderen. Sie sind auch übergetreten und wurde ihnen jeder Verkehr mit den katholischen Priestern, unserer Schule und mir verboten, obwohl sie nie bei mir waren und ihre eventuellen Wünsche immer nur durch den Pfarrer vorbringen liessen.

Den zum Islam übergetretenen Witwen und Mädchen wurde gleich gesagt, dass man sie an Türken verheiratet werde, während den jungen Männern Türkinnen aufgezwungen werden. So ist hier die armenische Gemeinde ausgerottet worden, die

Kirche wurde eingezogen, alles Hab und Gut der Ausgewiesenen mit Beschlag belegt, Schmuck und Geldwerte wurden gestohlen und türkische Häuser mit Einrichtungen der Armenier reichlich und kostenlos ausgestattet.

Einige Kinder bereits Ausgewiesener sind noch in der Agramer Schule, es sind die einzig Übriggebliebenen, denen aber auch das Schicksal ihrer Rasse droht. Ueber Konsuln und Schutz fremder Mächte wird seitens Gany und Servet-Bey's hohnlächelnd die Achsel gezuckt. Der Gier und fanatischen Wut dieser Elemente ist hier alles ausgeliefert.

Die hier herrschende Schreckensherrschaft, deren ausführende Organe Gany und Servet sind – der Vali spielt eine geradezu klägliche würdelose Rolle – hat allen Christen hier jedes Vertrauen und jeden Frieden genommen. Unverantwortliche Elemente streuen schon jetzt in griechischen Kreisen das Gerücht aus: „Nach den Armeniern kommt ihr dran.“

Die bedauernswerte Bevölkerung, die heute infolge der skrupellosen wirtschaftlichen Ausnützung durch einige wenige, die Reichtümer häufen, an den Bettelstab gebracht, nur den einen Wunsch hat ihrer Beschäftigung nachgehen zu können, um sich ihr Brot zu verdienen, fragt in ihrer begreiflichen Angst und grenzenlosen Not, was machen die Verbündeten der Türkei? Was machen Österreich-Ungarn und Deutschland? Warum schreiten diese nicht ein, warum helfen sie nicht?

Von diesen Fragen, die in allen Kreisen immer lauter werden, bis zur Schlussfolgerung, dass wir mit diesen an das dunkelste Mittelalter erinnernden Missetaten einverstanden sind, ist nur ein – Schritt. Wieso kommt die Monarchie dazu sich das Ehrenschild, das sie sich während des ganzen Krieges makellos zu erhalten verstanden, von dem von blinder Wut und fanatischem Unverstand geleiteten Verbündeten, besudeln zu lassen? Warum soll Deutschlands Ehre befleckt werden?

Excellenz, die hiesigen Verhältnisse sprechen jeder Kultur, jeder Staatsweisheit Hohn. Tausende sind einer Bande unverantwortlicher Menschen ausgeliefert. Sollen die ungestraft ihr Handwerk weitertreiben? Haben wir nicht die Möglichkeit und Macht diesem Treiben, das auf unser Prestige einen schwarzen Schatten wirft, ein Ende zu bereiten? Sollen wir schaudernd zusehen wie die Türkei immer mehr an ihrem eigenen Grabe schaufelt?

Alle diese Fragen drängen sich mir auf, Fragen die jetzt mehr als je aktuell werden, da gerade die Staatskunst unserer Monarchie den verschiedenen Völkern gegenüber beispielgebend ist und von allen Kreisen bewundernd anerkannt wird.

Nach Wien berichte ich nicht.

Der k. u. k. Konsul: NADAMLENZKI m. p.

Seiner Exzellenz

Herrn Markgrafen Pallavicini, Konstantinopel

Abschrift

Beilage ad Nr. 21/P

Als Beleg zu meinem Berichte gebe ich einige Fälle besonders an:

Archimandrit Arsen. Dieser kirchliche Würdenträger, der seit 30 Jahren hier tätig ein aufrichtiger Freund der Türken war und wegen dieser seiner Freundschaft von

seiner Gemeinde oft angefeindet wurde, wurde aus seinem Hause mit Gewalt geschleift und in der rohesten Weise verprügelt. Er soll einige Wegstunden von hier umgebracht worden sein.

Fräulein Menzildjian. Über die Vorgeschichte dieses Falles habe ich bereits am 15. XI. vorigen Jahres sub No. 105/P. berichtet. Die Witwe Menzildjian entschloss sich, um ihr Leben und jenes ihrer Kinder zu retten, Mohammedanerin zu werden. Ihre Töchter, welche in unserer Schule waren, weigerten sich ihrem Beispiele zu folgen. Da erschien sie *im Wagen Gany-Bey's von dessen Diener begleitet* in unserer Schule und zwang nach einer unbeschreiblichen Scene, während welcher Frau Menzildjian ihre verzweifelten Kinder in der brutalsten Art schlug, diese dazu, ihr zu folgen. Dass auf die Gewinnung der Fräulein Menzildjian besonderes Gewicht gelegt wurde ist begreiflich, da diese sehr reich sind und grosse Güter besitzen! Die ihnen als Gatten zugeordneten Kreaturen Gany-Bey's, werden jetzt doch den langerwarteten Lohn einheimsen!

Herr Vartaressian. Für diesen, Prokuristen bei der Deutschen Orientbank, war die kaiserlich deutsche Botschaft eingeschritten und hätten die Lokalbehörden den Befehl erhalten sollen, ihn unbehelligt zu lassen. Vartaressian blieb in der Bank, in welcher er auch wohnt, und erhielt am Tage nach der Intervention der kais. deutschen Botschaft einen Drohbrief. Der Direktor der Bank begab sich zum Vali um von ihm den Schutz für seinen Beamten zu verlangen. Der Vali entblödete sich jedoch nicht, ihm wiederholt zu sagen, dass es nicht seine Sache sei zu intervenieren, sondern dass Vartaressian persönlich zur Polizei hätte kommen sollen, um die Anzeige zu erstatten. Als dieses Komplott Vartaressian in die Falle zu locken nicht gelang, wurden und werden ihm täglich durch Mittelpersonen seitens des Polizeichefs Aufforderungen geschickt sich „doch endlich zu entschliessen“. Bei diesem Falle wurde mir bekanntgegeben, dass man im Konak beschlossen hätte gegen jene Armenier die den Schutz irgend einer fremden Macht geniessen, gewaltsam vorzugehen.

Spionage in unserer Schule. Unsere Schule ist in der letzten Zeit von Detektiv- und Polizeiorganen bewacht, die jedoch nicht einschritten als mohammedanische Kinder die Fenster der Kapelle einschlugen. In der Schule selbst hat Servet Bey vor längerer Zeit zwei türkische Mädchen im Internat untergebracht (bisher wurde für sie nicht gezahlt), die ihm alles was vorgeht berichten müssen.

Ueber Wunsch ihrer Eltern sind acht armenische Mädchen des Internats Mohammedanerinnen geworden. Am Tage nach dem Uebertritt wurden diese bedauernswerten Kinder von Servets Spioninnen den ganzen Tag bewacht, jede ihrer Handlung beobachtet, ihr Essen kontrolliert, damit sie ja nicht einen Verstoss gegen die ihnen fremden neuen Religionsvorschriften begehen. Ein Verstoss wäre dann sicher wieder *gegen unsere Schule* ausgenützt worden. Vorsichtigerweise hatte ich die Oberin und die Schwestern ersucht auf alle diese Dinge genau aufzupassen, damit es dann nicht heisse, dass wir [es] mit den Armeniern halten.

Die Ausweisung der armenischen Bevölkerung aus Rodosto hat von neuem begonnen

Abschrift

eines Berichtes der k. und k. Konsularagentie in Rodosto Nr. 1/P vom 9. März 1916

Die Ausweisung der armenischen Bevölkerung aus diesem Amtsbezirke hat von Neuem begonnen. Diese seitens der Lokalregierung gegen die armenische Bevölkerung ergriffene Massregel dürfte mit der vor 10–12 Tagen hier stattgehabten plötzlichen Inspektionsreise des Generalgouverneurs von Adrianopel, Zekiria Zihni, welcher hierorts als einer der berüchtigsten Armenophoben gekennzeichnet wird, im Zusammenhange stehen. Gleich nach dessen Abreise von hier verbreitete sich das Gerücht, dass mehrere aus Adrianopel ausgewiesene armenische Familien erwartet werden, welche über Rodosto nach Kleinasien abtransportiert werden sollen. Tatsächlich trafen am 5. d. Mts. 16 aus Adrianopel ausgewiesene Familien hier ein, welche bis auf weiteres in einem von Gendarmen bewachten Hause untergebracht wurden.

Nun schritt hierauf die Lokalregierung zur Ausweisung hierorts ansässiger armenischer Familien vor. Am 8. d. Mts. noch vor Tagesanbruch, wurden 18–20 hiesige Familien des bemittelten und unbemittelten Standes in eine Mahone eingeschifft, zu denen man auch die obangeführten aus Adrianopel gesellte und nach Kleinasien abtransportierte. Unter den von hier ausgewiesenen Familien befindet sich auch jene des Stellvertreters des gegenwärtig abwesenden armenischen Bischofs. Die armenische Kirche wurde gesperrt.

Was nun die Immobilien und Effekten der Ausgewiesenen anbelangt, so werden erstere mit Beschlag belegt, die Effekten dagegen zu Spottpreisen öffentlich versteigert. Zu diesem Zwecke wurde von der Konstantinopler Regierung eine Sonderkommission eingesetzt, genannt „Emlak-i-Metrukîe“, welche über das gesamte bewegliche und unbewegliche Eigentum der Ausgewiesenen verfügt.

Am selben Tage des 8. März verbreitete sich das Gerücht, die Lokalregierung habe beschlossen, sämtliche hierorts zurückgebliebene armenische Familien auszuweisen, was unter der armenischen Bevölkerung allgemeine Bestürzung hervorrief. Um der Verbannung und Verfolgung zu entgehen, hat letztere beschlossen, den Islamismus anzunehmen; es wurden diesbezüglich zahlreiche Gesuche an die Lokalregierung gerichtet.

Die Gesamtzahl der noch hier verweilenden armenischen Familien wird auf ungefähr vierhundert geschätzt. Unter diesen sind auch diejenigen Familien eingerechnet, deren Ernährer zu Kriegszwecken eingerückt sind. Momentan dürften letztere Familien, circa 300–320 an der Zahl, von der Ausweisungsmassnahme nicht betroffen werden.

Mitteilung über Verfolgung, Ermordung und Deportation der Armenier. Forderung an Österreich, die Türkei zur Beendigung dieser Greuel zu veranlassen

Von Kardinal Piffli
persönlich übergeben

Prag und Wien, im März 1916

Namens des österreichischen Gesamtepiskopates erlauben sich die ergebenst Unterzeichneten die entsetzlichen Verhältnisse zur Kenntnis zu bringen, unter welchen die christlichen Armenier der Türkei oder richtiger die noch überlebenden Reste dieses Volkes soweit es den türkischen Staatsverband betrifft, sich befinden.

Der uns von einer verlässigen Seite mitgeteilte und zwar erhobene Tatbestand ist folgender.

In der Stadt Wan war von Armeniern Verrat zu Gunsten der Russen geübt worden, gegen welchen die Türkei mit Recht mit Strafen vorging. Doch arteten diese in eine allgemeine Armenierverfolgung aus und es wurden die Armenier in Wan, Bitlis, Erzerum, Erzinghian, Samsun, Trapezunt, Urfa, Diarbekir und Kerasunt, Fazza, Marasch, Alep, Angora, Panderma und anderorts zum größten Teile niedergemetzelt.

Diesem Blutbade folgte eine in ihren Folgen für das armenische Volk noch weit verhängnisvollere Maßregel, nämlich eine *allgemeine Deportation*, welche nicht aber in der Form von Übersetzung der Armenier in andere Gebiete durchgeführt wurde, sondern zur Aufreibung des ganzen Volkes sich gestaltete.

An Einzelheiten ist mitgeteilt worden:

Zu Hunderttausenden wurden Männer, Frauen und Kinder unter den schrecklichsten Leiden und Entbehrungen ohne Ruhe und Rast durch Kleinasien getrieben. Die Ebene von Konia, Angora und Alep war von weithin einen Geruch verbreitenden Leichen der Deportierten bedeckt; mehr als die Hälfte konnte die Strapazen nicht ertragen und erlag der Übermüdung und dem Hunger. Namentlich erlagen die Kinder, so daß die unter 5 Jahren stehenden Kinder von 15 000 Armeniern in einen in der Nähe bei Konia befindlichen Orte sämtlich umgekommen waren. Bei Flußübergängen warfen die verzweifelten Mütter oft ihre Kleinen, um ihnen das Leiden abzukürzen, in das Wasser. Die Männer wurden von den Frauen getrennt. In der Nähe von Urfa wurden alle jungen Mädchen und Frauen vollständig entkleidet, von den Soldaten entehrt und solange mißbraucht, bis viele den Geist aufgaben. Dies geschah sogar an katholischen Klosterfrauen aus Samsun, deren eine aus Entsetzen wahnsinnig wurde, während eine andere in den Brunnen sprang und ertrank.

Die Verheerungen des Todes lassen sich erschließen wenn berichtet wird, daß von 55 000 in Zelten bei Konia untergebrachten Deportierten binnen 2 Monaten 12 000 an Hungertyphus starben und daß von den bei Alep untergebrachten 100 000 Armeniern fast alle den Seuchen und dem Hunger erlagen.

Der Bericht sagt, daß wenn die Schilderung als übertrieben befunden werden sollte, diese vermeintliche Übertreibung noch weit hinter der Wirklichkeit zurück-

bleibt und daß die Greuel und die Entsetzlichkeiten der Beschreibung spotten. Die Todesopfer werden bisher auf 1 Million geschätzt.

Die ergebenst Gefertigten erheben nun Namens des österreichischen Episkopates ihre Stimme. Sie würden sich vor Gott und der Welt und vor der Geschichte der Unterlassung der schwersten Gewissenspflicht anklagen müssen, wenn sie nicht die hohe Vertretung der österreichischen Großmacht beschwören würden, im Verein mit dem deutschen Reiche die verbündete Türkei zu nötigen, dem Massenmorde und der Vertilgung der Armenier Einhalt zu thun. Es handelt sich um Lebensrettungen, die keine Zeit versäumen lassen, weil sonst nach 6 Monaten die jetzt noch Überlebenden dem entsetzlichen Geschehniß bereits verfallen sein würden.

Die hohen Regierungen der verbündeten Zentralmächte werden die geeignete Form der Intervention gewiss zu finden wissen. Doch könnte an Beschwichtigungen und Versprechungen der türkischen Regierung nicht Genüge gefunden werden. Denn nachdem solche bereits einmal einem deutschen interessierenden Abgeordneten gegeben worden waren, ist gleichwohl hierauf die Deportation mit ihren Schrecken in neuen Vilajets in Angriff genommen worden.

Aber das Aufhören der Deportation könnte nicht das einzige Ziel einer Intervention sein, sondern es müßte auch den noch Überlebenden die Sicherheit des Lebens gewährleistet und die Möglichkeit der Subsistenz geboten werden. Als Ansiedlungsorte mit einer gewissen Sicherheitsgewähr wurden uns Siedlungen längs der Bagdadbahn bezeichnet. Auch müßten für die Deportierten Arbeitsmöglichkeiten zum Erwerbe geschaffen, ferner ihnen eine Entschädigung für die in ihrer ursprünglichen Heimat konfiszirten Güter geboten und Anfangs direkt mit Unterstützungen unter die Arme gegriffen werden. Daß mit der Besserung des Loses jener Armenier zunächst katholischen Glaubens, welche sich loyal benommen und an den revolutionären Umtrieben nicht teilgenommen haben, begonnen werde und daß diese entweder zurückgeführt oder in bessere Siedlungsorte gewiesen würden, wäre ein gerechter Anspruch.

Ein weiteres Begehren, das an die türkische Regierung zu stellen wäre, ist das Aufhören und die Wiedergutmachung der religiösen Vergewaltigung. Die Deportation nahm zu einem großen Teil den Charakter einer Christenverfolgung an, was daraus hervorgeht, daß abgesehen von der Ermordung von 5 Bischöfen und zahllosen Priestern jenen Armeniern sofort eine Besserung des Loses zugewilligt wurde, welche sich zum Übertritt zum Islam entschlossen. Auch wurden die von den Männern und Eltern getrennten Mädchen und Knaben dem Islam zugewiesen. Diese müßten ebenso zurückgefordert werden wie die gewaltsam mit Türken verheirateten oder in die Harems gesteckten Frauen. Auch wäre auf der freien Religionsübung unter Hinweis auf die den Türken in Österreich-Ungarn gewährte religiöse Gleichberechtigung zu bestehen.

Die ergebenst Unterzeichneten erlauben sich auch die Vermutung auszusprechen, daß die erbetene Intervention unwirksam bleiben würde, wenn nicht gleichzeitig eine *Garantie* für die Erfüllung der gestellten Forderungen verlangt würde, und sind der Meinung, daß zu diesem Zwecke die Einsetzung einer gemischten d. i. türkisch-österreichisch-ungarischen und deutschen *Kommission* verlangt werden müßte,

welche die Besiedlung und die Versorgung der christlichen Armenier, sowie auch deren religiöse Freiheit zu überwachen hätte.

Die christlichen Mitglieder einer solchen Kommission wären wohl auch seitens ihrer Regierungen mit eigenen materiellen Mitteln auszustatten, um im Anfange dem Hungersterben der Entrechteten Einhalt tun zu können.

Die ergebenst Unterzeichneten beraten unter sich über die Möglichkeit, die in Angora einstweilen untergebrachten 38 katholischen armenischen Schulschwestern in österreichische Klöster aufzuteilen und stehen mit den übrigen Bischöfen auch vor der Frage, ob und wie Kirchensammlungen zu Gunsten der Armenier einzuleiten seien.

In Rücksicht auf das bestehende Bundesverhältnis zur Türkei würde es weniger angemessen scheinen, die Gläubigen von der Kanzel aus wissen zu lassen, daß die türkische Regierung selbst die Ausrottung der christlichen Armenier betreibt oder wenigstens geschehen läßt, und sind sie der Meinung, diese Sammlung lieber unter den Gesichtspunkt „für die notleidenden orientalischen Missionen und die Armenier“ zu bringen.

Daß aber und in wie weit der Sachverhalt den Blättern auf anderen Wegen bekannt wird, läßt sich nicht hindern und nicht abmessen.

An die osmanische Regierung aber sollte der energischste Appell nicht bloß an die Menschlichkeit sondern auch an das Bundesverhältnis zu den christlichen Zentralmächten gerichtet werden.

Indem die ergebenst Gefertigten im Namen des österreichischen Episkopates die vorstehenden Erwägungen mit der dringlichen und vertrauensvollen Bitte um wohlwollendste Würdigung zu unterbreiten sich gestatten, haben sie die Ehre, in vorzüglichster Hochachtung zu zeichnen

† LEO KARDINAL VON SKRBENSKÝ
Fürst-Erzbischof von Prag

† FRIEDRICH GUSTAV KARDINAL PIFFL
Fürsterzbischof von Wien

K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien

HHStA PA XII 464



Memorandum über die armenische revolutionäre Bewegung und die Maßnahmen zu deren Unterdrückung

AMBASSADE IMPÉRIALE OTTOMANE

1 Beilage [Siehe S. 325]

Wien, am 10. März 1916

Die kaiserlich ottomanische Botschaft beehrt sich in der Beilage einen authentischen Bericht über die wahren Gründe der letzten armenischen Unruhen im türkischen Reich mit der ergebenen Bitte zu übersenden, davon gütigst Kenntnis nehmen zu wollen.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA XII 463



Armenieverfolgung wird für immer ein Schandfleck für die türkische Regierung bleiben

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 21/P.B

2 Beilagen [Siehe S. 315 u. 325]

Konstantinopel, am 10. März 1916

Obwohl ich annehmen muss, dass Euer Exzellenz seitens des türkischen Botschafters das Memorandum zugesandt worden ist, welches auf der Pforte über die revolutionären armenischen Umtriebe und über die Gegen-Massnahmen der Regierung verfasst worden ist, unterbreite ich dennoch für alle Fälle ein Exemplar.

Das Memorandum ist sehr geschickt gemacht und entspricht auch in seinen Ausführungen über die Gefährlichkeit der seit langen Jahren bestehenden, stets mit der Unterstützung des Auslandes und namentlich Russlands und Englands coquettierenden armenischen Komités zweifellos der Wahrheit. Es ist auch nicht zu leugnen, dass sich die Armenier im Kaukasus und an der persischen Grenze von Anbeginn des gegenwärtigen Krieges und ganz besonders beim ersten Vormarsche der Russen in grosser Zahl offen an die Seite Russlands stellten. Es ist überdies wahr, dass die Anwesenheit einer mit den Feinden mehr [oder] weniger offen sympathisierenden Bevölkerung in den Grenzgebieten, in welche die Russen bei ihrem jetzigen Vormarsch einzudringen im Begriffe stehen, eine direkte Gefahr bildet. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, war es zweifellos eine Notwendigkeit, diese Gegenden und weiters die Küsten des Schwarzen Meeres, wo eine schwunghafte Spionage getrieben wurde, von den gefährlichen Elementen zu säubern, einzelne Gebiete vielleicht sogar zu evakuieren.

Die Männer aber zu massakriren, und die Frauen und Kinder in weit entlegene Gebiete zu exiliren, die diese bei den mangelnden Kommunikationen und bei der Unmöglichkeit einer hinreichenden Verpflegung nur in erschreckend herabgeminderter Zahl erreichen konnten, ist nicht nur nicht zu rechtfertigen, sondern wird für immer ein Schandfleck für die türkische Regierung bleiben.

Ich hatte neulich Gelegenheit, über die Frage der Armenier-Verfolgungen wieder mit dem Minister des Aeussern zu sprechen. Halil Bey musste mir zugeben, dass die Art und Weise, wie die Regierung vorgegangen ist, ein Fehler war, und noch offener sprach sich mir vor einigen Tagen der Grossvezir aus, der von allem Anfange an gegen die Verfügungen war, die in erster Linie von Talaat Bey und Enver Pascha ausgegangen waren. Er beklagte die Vorkommnisse und verhehlt sich nicht, dass es sehr schwierig sein werde, die türkische Herrschaft in jenen Gegenden wieder herzustellen.

In der letzten Zeit scheint zur Linderung der Lage der nach Mesopotamien, Syrien und das südliche Anatolien verschickten Armenier einiges geschehen zu sein; sie werden in besiedelte Gebiete verpflanzt und es wird wenigstens bis zu einem gewissen Grade für die Möglichkeit ihrer Weiterexistenz gesorgt. Dies ist entschieden ein Verdienst Djemal Pascha's, der sich überhaupt in vielfacher Beziehung als ein zwar strenger, aber gerechter und sehr tüchtiger Statthalter in Syrien und Palästina erwiesen hat. Ich erlaube mir auf den Euer Exzellenz vorliegenden Bericht des k. u. k. Generalkonsuls in Damaskus No. 4/P vom 14. Februar l. J. zu verweisen, in welchem dieser über die Ansiedlung der Armenier in Syrien Meldung erstattet.

Noch immer sehr streng wird im Gegensatz hiezu in Adrianopel vorgegangen, woselbst türkischerseits mit der Ausweisung der Armenier beziehungsweise mit ihrer gewaltsamen Bekehrung zum Islam fortgefahren wird. Der anliegende Bericht No. 19/P vom 3. l. M. des k. u. k. Konsulates in Adrianopel gibt ein anschauliches und äusserst trauriges Bild über die dort herrschenden Zustände. Da es sich auch um Angestellte der deutschen Orientbank handelte und armenische Mädchen aus der unter unserem Schutze stehenden Schule der Agramer Schwestern gewaltsam herausgeholt werden sollen, um sie zum Uebertritt zum Islam zu zwingen, so haben sowohl mein deutscher Kollege als auch ich auf der Pforte, wenn auch nicht offiziell intervenirt, so doch ernste Vorstellungen erhoben. Es scheint jedoch, dass die Treibereien nicht so sehr vom Vali selbst, sondern von 2 Mitgliedern des Komités ausgehen, gegen die die Regierung machtlos sein dürfte. Halil Bey hat zwar versprochen, mit Talaat Bey in der Angelegenheit zu sprechen, es muss aber befürchtet werden, dass auch der Letztere, selbst wenn er es wollte, nicht stark genug ist, um wirkliche Abhilfe zu schaffen.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

Vérité sur le Mouvement révolutionnaire Arménien et les Mesures gouvernementales

Constantinople 1916

Les arméniens ayant été de tout temps favorisés de la bienveillance et de la confiance du Gouvernement Impérial, la plupart d'entre eux occupèrent des places importantes dans le pays. Non seulement des postes élevés comme ceux de Directeur et de Sous-Secrétaire d'Etat leur furent confiés dans les différents Départements, mais ils furent même élevés jusqu'au rang de Ministre d'Etat. En outre depuis le rétablissement de la Constitution, la présence d'un Ministre arménien dans le Cabinet ottoman fut d'une pratique constante. Les arméniens profitant de l'attitude bienveillante et confiante du Gouvernement Impérial à leur égard étaient devenus un élément important dans la vie économique de l'Empire et la plupart d'entre eux acquirent de grandes fortunes. D'autre part, l'élément arménien ne cessant de bénéficier de la protection tout particulièrement bienveillante du Gouvernement Impérial, obtint des concessions et privilèges qui ne furent jamais accordés à aucune communauté par n'importe quelle Puissance. De ce fait, ils parvinrent à instituer dans toutes les localités de l'Empire des écoles et des églises et conservèrent, de la sorte, leur langue nationale ainsi que leurs coutumes et traditions religieuses à l'instar des autres communautés chrétiennes de l'Empire.

Malgré cela l'élément arménien, établi dans l'Empire, n'a non seulement pas su apprécier les bienfaits de justice et de bien-être dont il jouissait, mais, tout au contraire, n'a pas manqué, ainsi que l'établiront les faits énumérés ci-après, de profiter de toute occasion pour créer des embarras et difficultés d'ordre intérieur et extérieur. Ainsi lorsque, en 1294 de l'Hégire (1878), à la suite de la guerre que l'Empire Ottoman a eu à soutenir contre la Russie, les troupes ennemies arrivèrent à San Stefano, le Patriarche Nerses Varjabetian s'empressa d'aller trouver le Grand-Duc Nicolas, Commandant en Chef des Armées russes, et l'amena à faire insérer dans l'acte préliminaire de Paix, certaines clauses en faveur des arméniens; de même, lors de la réunion du Congrès de Berlin, ledit Patriarche ne se fit pas faute d'y envoyer une mission spéciale, en vue d'assurer l'insertion dans le traité de Berlin des clauses figurant dans celui de San Stefano. Par ces procédés, les arméniens ont tâché de s'assurer la protection de la Russie, ennemie de l'Empire; ils ont également essayé d'obtenir la protection de l'Angleterre, par une clause spéciale qu'ils parvinrent à faire introduire dans le traité de Chypre.

C'est à partir de cette date que les arméniens, forts du concours et de l'encouragement de l'Entente, ainsi que de leurs Agents dans l'Empire, fondèrent, en vue d'attirer l'attention de l'Europe sur eux, des sociétés secrètes sous les noms de «Hintchak» et de «Drochak» dont l'unique but était de fomenter et de provoquer, à toute occasion propice, des troubles dans les différentes parties de l'Empire et de

travailler de la sorte, sans relâche, à détacher de la Monarchie les provinces orientales. Cependant, le Gouvernement Impérial, après le rétablissement de la Constitution, exempt de tout esprit de parti pris, s'évertua à faire bénéficier indistinctement tous les sujets ottomans des droits politiques que le nouveau régime venait de proclamer et s'efforça tout particulièrement à satisfaire l'élément arménien.

C'est ainsi que le Gouvernement constitutionnel autorisa les Sociétés secrètes révolutionnaires, Tachnak, Hintchak et Drochak fondées, comme il est dit plus haut, lors de l'ancien régime et dont les comités, sous le nouveau régime, s'étaient transformés, du moins en apparence, en partis politiques, à continuer ouvertement et en toute liberté leur activité et à se développer comme ils le désiraient; le Gouvernement Impérial, sincèrement soucieux de gagner la confiance entière de l'élément arménien, poussa la mansuétude jusqu'à tolérer que lesdits partis continuassent à conserver leurs attaches avec leurs sections établies à l'étranger. Or les comités arméniens, interprétant mal la bienveillante tolérance du Gouvernement et l'attribuant plutôt à sa faiblesse qu'à sa bonté, ne manquaient pas d'agir dans le sens de leur programme fondamental: tous leurs efforts tendaient à la création, avec le concours et l'aide de l'Angleterre, de la France et de la Russie, d'une Arménie indépendante. Pour la réalisation de ce but, ils ne reculaient devant aucun moyen qui pût contribuer, en quelque sorte à l'affaiblissement et la décadence de l'Empire. Ainsi en 1908, au lendemain même du rétablissement de la Constitution, alors que le Gouvernement se débattait dans des difficultés intérieures et qui trouvèrent leur expression dans le mouvement réactionnaire du 31 Mars, les arméniens, fidèles à leur programme, en profitèrent immédiatement pour provoquer le même jour les événements révolutionnaires qui ensanglantèrent Adana.

Pendant la guerre balkanique, ce furent toujours les arméniens qui agirent avec le plus d'hostilité envers leurs compatriotes musulmans établis dans la région de Rodosto; ce furent encore eux qui, par des accusations mensongères, firent subir à tort à leurs concitoyens de douloureuses et cruelles épreuves.

Le Gouvernement Impérial ayant avant tout à cœur le rétablissement du calme et de la tranquillité dans le pays, non seulement empêcha que ces actes d'hostilité et d'agression dûs aux arméniens fussent ébruités parmi la population musulmane, mais encore prit-il soin de louer, par la voie des journaux, les faits et gestes de bravoure de ceux des officiers et soldats arméniens dans l'Armée qui, comparativement aux autres, s'étaient rendus utiles. C'est en usant de pareils procédés que le Gouvernement Impérial s'efforçait à dissiper le malentendu qui régnait entre les éléments musulman et arménien afin de faciliter ainsi l'introduction et l'application effective des réformes radicales dont il avait décidé de doter les provinces orientales.

Alors que d'une part, le Gouvernement Impérial s'occupait de préparer à l'intérieur le terrain pour l'introduction des réformes préconisées, il recourait, de l'autre, aux bons offices du Gouvernement Britannique en vue d'obtenir l'envoi d'inspecteurs généraux européens, ainsi que d'officiers de gendarmerie et de police.

Au moment où le pays, fortement éprouvé à la suite des revers essuyés pendant la guerre balkanique, travaillait à son relèvement, les arméniens déployèrent toute leur activité à pousser l'Empire vers l'abîme, en vue de réaliser leur dessein d'ériger sur ses

ruines une Arménie indépendante. Il est particulièrement regrettable d'avoir à constater qu'ils réussirent, par leurs agissements, à contrecarrer tous ces projets de réformes et de consolidation.

Tandis qu'ils s'adressaient à la Russie par l'entremise du *Katholikos*, ils entreprenaient d'autre part, Noubar Pacha en tête, une violente campagne pour amener une intervention étrangère dans les affaires intérieures de l'Empire. Aussi, arriva-t-il que l'Angleterre, qui, tout d'abord, avait acquiescé à la demande du Gouvernement Impérial d'envoyer des fonctionnaires spécialistes, cédant à la pression exercée par la Russie et à la campagne effrénée menée par certains organes de la presse étrangère, déclara ne pouvoir remplir sa promesse. Sur ce, l'intervention étrangère se manifesta dans des conditions aussi lourdes que pénibles.

Après sept mois de pourparlers, le Gouvernement Impérial fut contraint de faire venir des inspecteurs généraux étrangers que cette fois on lui imposait.

La Russie qui avait résolu la question macédonienne par le sang et par le feu, parvenait ainsi à créer une nouvelle Macédoine dans l'Anatolie Orientale. Le comité central «Tachnakiste», par sa circulaire très confidentielle en date du 5 Mars 1913, tombée entre les mains des Autorités Impériales, avisait ses différentes sections que les Gouvernements français, anglais et russe avaient décidé de prendre en main la question arménienne aussitôt que la paix serait définitivement rétablie, et qu'ils étaient d'accord sur le principe d'introduire, dans les provinces considérées arméniennes, un régime spécial.

La circulaire, après avoir relevé que Poincaré à Paris, Edward Grey à Londres et Sazonow à St. Pétersbourg, ainsi que les représentants des trois Puissances de l'Entente à Constantinople, ont recommandé au Comité de patienter et de se tenir sur l'expectative, poursuit ainsi: «Le Comité anglo-arménien à Londres qui a pris dans son sein plusieurs membres influents du comité balkanique, déploie pas mal d'activité. En effet celui-ci vient de présenter aux chefs d'Etat des six Puissances ainsi qu'à leurs gouvernements respectifs un mémorandum pressant, dont une copie a été également envoyée à Mr. Taft, Président des Etats-Unis. Il nous revient de bonne source que les Ambassadeurs d'Angleterre, de France et de Russie ont reçu des instructions pour s'occuper de la question arménienne. Nous nous efforçons d'obtenir le concours des autres Gouvernements ou tout au moins l'assurance qu'ils ne souleveront pas d'obstacles.»

La population musulmane qui se rendait bien compte que c'est aux menées des arméniens qu'elle devait la blessante ingérence étrangère dans les affaires du Pays, ne pouvait s'empêcher de ressentir à l'égard de ses compatriotes félons et traîtres une haine aussi naturelle que profonde.

Tel était l'état des choses lorsque la Guerre générale éclata.

Les arméniens qui, de tout temps, considéraient les Puissances de la Triple Entente comme leurs protectrices, n'épargnèrent aucun effort et s'imposèrent toute sorte de sacrifices pour assurer le succès de leurs armes et la défaite de la Turquie ainsi que de ses alliés.

Déjà, avant la participation du Gouvernement Impérial à la guerre, les comités arméniens avaient pris la décision de se tenir prêts et de suivre attentivement le

développement des événements. Ils étaient convenus qu'aussitôt que le succès pencherait du côté des armes ottomanes, de tous côtés des révoltes éclateraient, des massacres seraient commis, des incendies allumés et la retraite serait coupée aux armées turques; que les soldats arméniens déserteraient avec armes et bagages et formeraient des bandes pour mener une guérilla et contribuer ainsi aux succès des forces russes, afin d'amener la défaite de l'armée Impériale et d'obtenir comme résultat final la création d'une Arménie indépendante. En vue de la réalisation et de l'exécution de ce plan, les Puissances de l'Entente ont prêté, par tous les moyens dont elles disposaient, leur concours le plus efficace aux arméniens en les armant et en les encourageant dans leurs desseins. Pour se faire une idée du degré de l'activité déployée par les arméniens dans le but de commettre des actes révolutionnaires on n'a qu'à parcourir la correspondance émanant de différents membres des comités arméniens, correspondance dont la lecture est suffisamment édifiante.

Pour ce qui est de l'influence que les Puissances de l'Entente exerçaient de tout temps sur les arméniens et les encouragements qu'elles leur prodiguaient, il suffit de recourir aux déclarations officielles de certains hommes d'Etat. Celles-ci, jointes aux diverses correspondances relatées ci-après, constituent des preuves manifestes à cet égard.

Déjà, un mois avant l'entrée de la Turquie en guerre, le Tzar, dans un manifeste qu'il leur adressait, invitait les arméniens, sujets ottomans, à se soulever; les passages suivants dudit manifeste sont tout particulièrement significatifs:

«Arméniens, l'heure de vous affranchir du despotisme et de l'esclavage qui pèsent sur vous depuis cinq siècles et dont certains de vous sont encore victimes, a sonné.»

«Sous le sceptre du Tzar, joignez-vous à vos frères de sang afin de bénéficier de tous les bienfaits de la liberté et de la justice».

Un certain Abraham Tourabian, parlant au nom du comité de recrutement de volontaires arméniens, dans une adresse responsive y relative (voir le journal «La Tribune» de Genève du 22 Novembre 1914), dit entr'autres, ces phrases dignes de mention et que nous avons tirées d'un texte arménien: «Le Tzar de toutes les Russies et le Roi d'Arménie, réjoui du spectacle de deux cent mille baïonnettes arméniennes, c'est-à-dire d'une véritable armée consciente de son devoir, parle en notre faveur.»

«Les arméniens se rappellent avec une profonde reconnaissance que la France a toujours défendu leur cause. Je suis convaincu que la France ne nous considérera plus comme les victimes pitoyables du massacre général datant d'hier, mais comme un peuple guerrier qui sait lutter et mourir au nom de la civilisation.

L'Arménie qui, après avoir fait continuellement la guerre pendant cinq siècles, était tombée sous l'esclavage perpétuel des barbares, répond à l'heure du danger, vibrante de bravoure et avide de liberté, à l'appel du Tzar, avec la fierté qui caractérise sa race et dit: Majesté, me voici prête!»

«L'Indépendance Roumaine», dans son numéro du 12 Février 1915, rapporte qu'il ressort des déclarations faites par Sasonow que le dernier accord turco-russe constitue un acte historique par lequel le Gouvernement Ottoman reconnaît la situation particulière de la Russie dans les questions arméniennes et que par conséquent la Russie, après la guerre, saura en profiter. De même, Mr. Sasonow, dans le

discours qu'il a prononcé à l'occasion de l'ouverture de la Douma, a affirmé que les arméniens sont en train de lutter de concert avec les forces russes contre l'Empire Ottoman. Lors des débats qui se déroulèrent à la Chambre des Lords, Lord Cromer a déclaré que «l'un des buts poursuivis dans cette guerre, est la délivrance de l'Arménie du joug turc.» Et le Gouvernement anglais s'associa à cette déclaration.

Un rapport en date du 24 Décembre 1912 No 63, adressé par le Consul de Russie à Bitlis à Tcharikoff donne une idée de l'activité des comités arméniens et notamment de celui des Tachnaks. Vu l'intérêt que ce rapport présente, en voici quelques passages: «Le comité Tachnakiste déploie une grande activité et use de toute son influence pour gagner l'opinion publique arménienne en faveur de la Russie. La Société dont il s'agit, travaille avec tenacité pour provoquer des rencontres entre les éléments arménien et musulman et amener ainsi l'intervention russe et l'occupation du pays par les troupes russes. Dans ce but, les Tachnaks ont recours à différents moyens. C'est ainsi qu'ils tâchent de provoquer des échauffourées entre les Musulmans et troupes ottomanes d'une part, et les arméniens de l'autre afin de semer la peur et la terreur dans le pays. Les arméniens, tant citadins que villageois, y compris leurs chefs religieux, manifestent sans cesse leur sympathie envers la Russie. L'attitude des membres Tachnakistes, ainsi que les sentiments qu'ils professent à l'égard de la Russie, sont une conséquence des instructions qui leur sont transmises par le Comité central de Constantinople.»

Au huitième congrès Hintchakiste qui s'est réuni le 7 Septembre 1913, les décisions suivantes ont été prises:

«Dorénavant ou aura recours aux moyens révolutionnaires. C'est sur cette base qu'il sera procédé à la transformation des membres des sièges et succursales dans les différentes parties de l'Empire. Afin de pouvoir diriger et suivre de près les mouvements révolutionnaires, le siège central sera transporté en Bulgarie.»

Dans un article paru le 11 Septembre 1914 dans le journal «Arev», publié à Bakou sous le titre «En présence de minutes importantes» il est dit: «Un terme doit être mis à la question des arméniens ottomans. Il faut que cette pénible tragédie dans laquelle un peuple laborieux se débat depuis tant d'années et de siècles cesse enfin. Nos ancêtres sont parvenus à préserver de la destruction une nation contre l'univers entier et ont réussi à la faire vivre jusqu'aujourd'hui; ils ont su défendre, contre les agressions dont nous avons été l'objet du côté de l'Asie, les qualités et vertus morales de l'arménisme à tel point que c'est grâce à cela que nous comptons encore parmi les nations bien que nous soyons aujourd'hui politiquement faibles et dans une situation modeste. Devons-nous donc maintenant nous retirer avec déshonneur? Ou bien faut-il nous assurer dès à présent un avenir convenable? Telle est la question qui se pose à notre génération en ce moment important.»

Voici encore des extraits d'une lettre responsive adressée par un certain Archak Tchobanian, notable arménien habitant Paris, au Comité du «Hintchak Réformé» aux Etats-Unis. – «Vous me demandez des conseils sur la ligne de conduite à suivre; je vous en remercie. La question la plus importante est la Sainte-Guerre actuelle. C'est d'elle, d'elle seule, que nous tous, nous devons nous occuper. Toutes les autres questions, en dehors de celle-ci, sont de celles qui peuvent être réglées plus tard; les

arméniens qui sont éparpillés à travers le monde doivent de toutes leurs forces travailler au succès des Puissances de l'Entente. L'Allemagne et ses alliées sont condamnées à disparaître; une ère de renaissance va s'ouvrir. Vous devez travailler à en profiter. Les arméniens de Paris ont fourni un grand nombre de volontaires à l'armée française et le nombre de ceux qui s'y inscrivent va en grandissant. Déployez vos efforts pour expédier également de l'Amérique des volontaires à l'Angleterre et à la France, nous en recueillerons le fruit.»

Le journal arménien «Bahag» paraissant à Providence (Etats-Unis d'Amérique), dans son numéro du 24 Décembre 1914, dit que «les arméniens de Russie, prenant en considération la gravité de la situation, font preuve de loyalisme et de fidélité à l'égard de la Russie et déploient tous leurs efforts pour la victoire de cette dernière et la délivrance des arméniens en Turquie. Dans les différentes localités du Vilayet de Van, le mouvement révolutionnaire a déjà commencé. Partout où l'Armée russe fait son apparition, les arméniens se soulèvent en armes, procurant ainsi aux forces russes qui s'avancent toutes espèces d'appui et de soutien.»

Les extraits suivants du journal «Hintchak» du mois de Décembre 1914 (organe et porte-parole du comité central Hintchakiste social-démocrate) valent d'être cités: «Le comité social-démocrate hintchak, poussé par les événements politiques actuels, descend des montagnes de Taurus et des confins de l'Arménie au champ de bataille en sonnant le cor de combat et de révolution pour noyer dans le sang la tyrannie ottomane.

Dans cette lutte gigantesque qui met en question l'existence des nations, les arméniens vont réunir toutes leurs forces matérielles et morales, et, en brandissant l'épée de la révolte, prendront part à la guerre générale. Comme alliés de la Triple Entente, et en particulier de la Russie, ils coopéreront avec tous les moyens révolutionnaires et politiques dont ils disposent, à la victoire des alliés en Arménie, en Cilicie, au Caucase et à l'Azerbaïdjan, se laissant guider par leur patriotisme et remplissant ainsi leur devoir envers eux-mêmes et envers la civilisation.

Alors, en avant, camarades! Au travail! Ecrasons, par notre mort, la mort qui menace l'Arménie! Pour que l'Arménie vive et vive éternellement.»

Le journal roumain «Diminietza» a reproduit dans son numéro du 11 Juin 1915, l'appel lancé par le comité central du parti arménien S.D. Hintchakiste sous le titre «Pour l'autonomie de l'Arménie», et publié dans l'«Humanité» de Paris, dont voici quelques passages remarquables: «La nation arménienne, dès le premier jour de la guerre, eut l'audace de faire cause commune avec les alliés. C'était un spectacle épique et digne de tous les éloges de voir une nation martyrisée depuis des siècles, oubliant ses rancunes contre l'Europe et se préparant à se sacrifier, les armes à la main, pour la cause de la civilisation.

Présentement 80,000 soldats arméniens combattent sous le drapeau russe contre les armées austro-allemandes et 40,000 contre les armées turques. Ce n'est pas tout. Plus de 10,000 volontaires arméniens, venus de toutes parts, versent leur sang sur le front russo-turco-persan pour la réussite des armes alliées.»

Le même journal, dans son numéro du 21 Juillet 1915, insère la déclaration de la section du comité Hintchakiste de Bucarest que voici: «Aussitôt après le congrès, on

effectuera également le recensement de l'Arménie autonome. Le comité exécutif et les sections du parti Hintchakiste ont organisé en Angleterre, en Egypte, en Russie et en France des corps de volontaires. Les volontaires arméniens à Paris se sont fait, avant leur départ, photographier devant les Invalides. Le lendemain, les journaux français ont relevé les vertus de ces derniers. Le Secrétaire d'Etat au Foreign Office, Sir Edward Grey, dans une allocution qu'il a prononcée à cette occasion, a déclaré que les Arméniens en constituant, après la guerre actuelle, une Arménie autonome réaliseront l'idéal qu'ils poursuivent depuis longtemps.»

Ainsi qu'il ressort des documents et publications dont des extraits succincts ont été reproduits ci-haut, les arméniens, tout en travaillant d'une part à la création d'une Arménie indépendante, – projet dont la réalisation est conforme aux principes posés dans le programme tracé avant la guerre, – déploient, d'autre part, tous leurs efforts pour assurer la victoire des armes des Puissances de l'Entente. Quant à ces dernières, elles ne perdent aucune occasion à pousser les arméniens à la révolte, afin d'occuper ainsi des forces ottomanes dans l'intérieur du Pays.

Bien que ces intrigues fussent ourdies au vu et au su du Gouvernement Impérial, celui-ci s'abstint d'exercer une pression quelconque ou d'adopter des mesures répressives contre les arméniens jusqu'au jour où éclata la révolte de Van vers la mi-avril de l'année 1331 (1915) de l'Hégire. Il est nécessaire de relever que quelques mois avant cet événement, S. E. Enver Pacha avait prévenu le Patriarche arménien que, comme il ne lui serait pas possible de disposer pendant la guerre d'un nombre suffisant de gendarmes et de forces militaires pour le maintien de l'ordre et de la sécurité dans le pays, il se verrait obligé, dans le cas où les arméniens tenteraient de provoquer des révoltes, de prendre les mesures les plus rigoureuses pour étouffer, dans son origine tout soulèvement ou acte révolutionnaire, et ce, en vue d'assurer la tranquillité et la défense du Pays. Le Président de la Chambre des Députés n'avait pas manqué pour sa part de tenir un langage analogue aux députés arméniens affiliés aux Comités arméniens.

L'élément arménien se trouvait donc ainsi averti, tant par l'entremise du clergé que par celle des notables arméniens, des conséquences funestes que pourrait avoir tout mouvement insurrectionnel. Cependant en dépit de ces avertissements et recommandations, les arméniens n'ont pas cessé de déployer leur activité révolutionnaire. C'est ainsi que la majeure partie de la jeunesse arménienne, appelée sous les armes pour remplir le service militaire, a, non seulement, déserté, mais, munis d'armes distribuées par la Russie, s'est jointe aux forces ennemies pour attaquer la mère patrie. Les jeunes arméniens massacrèrent les populations musulmanes des régions frontières où l'ennemi avait réussi à pénétrer. Les arméniens restés dans les différentes parties de l'Empire poussèrent, de leur côté, l'audace jusqu'à commettre des actes de révolte et fomentent des troubles.

Le commandant de l'Armée Impériale ayant constaté que les arméniens faisaient cause commune avec les forces ennemies, se vit forcé, en vue d'assurer les derrières de ses troupes, d'ordonner le transfert vers le sud de l'élément arménien établi dans des localités considérées comme zones militaires.

Ainsi qu'il a été déjà exposé, dès le lendemain de la constitution, les Comités

révolutionnaires arméniens, agissant librement sous forme de partis politiques, avaient réussi à introduire dans leurs organisations presque tous les arméniens et à créer des sections dans toutes les parties du Pays. C'est pourquoi le Gouvernement Impérial qui se trouvait en présence d'une organisation révolutionnaire s'étendant sur le pays entier, s'est vu obligé de prendre des dispositions en conséquence.

Les assertions d'après lesquelles ces mesures auraient été suggérées à la Sublime Porte par certaines Puissances étrangères sont absolument dénuées de fondement. Le Gouvernement Impérial, fermement résolu à maintenir son absolue indépendance, ne pouvait naturellement admettre aucune immixtion, sous quelque forme que ce soit, dans ses affaires intérieures fût-ce même de la part des amis et alliés.

D'ailleurs, ainsi qu'il sera loisible de le constater par ce qui suit, des bombes, des armes prohibées, des documents et écrits révolutionnaires furent saisis lors des perquisitions faites dans toutes les localités de l'Empire, où l'élément arménien est plus ou moins dense. C'est par ces agissements que les arméniens ont placé le Gouvernement Impérial dans la nécessité d'adopter des mesures aussi rapides qu'efficaces.

Quelques-uns des actes révolutionnaires perpétrés par les arméniens sont brièvement exposés ci-après :

Vers la fin de l'année (1914), des gendarmes furent assaillis à main armée à Mouche et à Kizan.

Les communications entre Van et Bitlis furent interrompues et les fils télégraphiques coupés. Des bandes composées de déserteurs et de brigands arméniens attaquèrent l'hôtel du gouvernement à Zeïtoun et tentèrent d'exterminer la population musulmane, sans épargner les femmes et les enfants.

Lors des perquisitions opérées à Césarée, dans les cimetières, églises, écoles et autres lieux appartenant aux arméniens, les Autorités Impériales ont découvert des bombes, des armes, de la poudre, des clés pour chiffrer leur correspondance secrète, des instructions pour les bandes révolutionnaires et d'autres documents. Il a été prouvé que le vicaire arménien se trouvait à la tête de ce mouvement, et les inculpés ont avoué d'autre part que les bombes saisies étaient destinées à obtenir l'indépendance arménienne.

Le 11 Mars 1331 (1915), une bande arménienne, retranchée dans le monastère Téké, dominant la ville de Zeïtoun, a ouvert le feu sur un détachement de gendarmerie qui s'approchait du monastère. Le commandant du détachement ainsi que les gendarmes qui l'accompagnaient furent tués.

Dans le même mois de Mars, une révolte arménienne éclata dans la commune de Timar dépendant de Van. Le mouvement s'est propagé ensuite aux cazas de Guvache et de Chtak. Dans la ville même de Van, le mouvement insurrectionnel a été encore plus violent; d'importantes parties de la ville furent incendiées; des centaines de personnes, tant militaires que civiles, assassinées. C'est ainsi que le «Times» du 8 Octobre 1915, enregistre que les arméniens, armes en main, avaient réussi à reprendre la ville de Van et qu'à la bataille de Sari-Kamiche, de nombreux arméniens ottomans, plusieurs bandes arméniennes, commandées par des officiers russes venant de Russie et de Perse ont tenté de franchir les frontières ottomanes. Ces bandes

étaient munies de drapeaux portant ces inscriptions: «Les Arméniens sont délivrés» et «l'Arménie est libre».

Après une courte résistance, la ville de Van fut occupée par les Russes et les arméniens. La population musulmane restée dans la ville fut impitoyablement massacrée. Des bombes, de la dynamite, des armes, des uniformes de gendarme, de trompettes militaires et des milliers de déserteurs ont été saisis à Diarbékir, Sivas, Souchehri, Merzifon et Amassia. Le Gouvernement Impérial qui, ne voulant pas soulever dans les circonstances actuelles une grave question d'ordre intérieur, s'était tenu dans l'expectative sans aviser à aucune mesure répressive s'est vu, à la fin, forcé d'adopter les mesures – plutôt préventives que répressives – propres à enrayer ces menées révolutionnaires. En vue de mettre un terme à cette activité criminelle, il a dissout les comités arméniens et a ordonné la fermeture de leurs sièges tant à Constantinople que dans les Provinces. D'autre part, afin d'empêcher les arméniens se trouvant dans les zones militaires de créer des difficultés au Gouvernement Impérial et à l'armée ainsi que d'enlever aux bandes arméniennes toute possibilité de massacrer les populations musulmanes et, enfin, en vue d'assurer les communications de l'Armée Impériale et prévenir de la sorte tout coup de main, le transfert des arméniens habitant les zones militaires dans d'autres localités fut décidé. Le Gouvernement Impérial se serait borné à ces mesures si les arméniens n'avaient pas étendu leur activité révolutionnaire jusqu'aux champs d'action de l'Armée Ottomane; mais au commencement du mois de Juin de l'année courante, les arméniens ont, subitement, et, sans motif aucun, attaqué la ville de Charki-Kara-Hissar et incendié les quartiers musulmans. Huit cents insurgés s'enfermant dans la citadelle de la ville, n'ont pas même voulu prêter oreille aux conseils paternels et aux propositions conciliantes des Autorités Impériales. Ils ont causé la mort de 150 personnes parmi lesquelles le Commandant de la Gendarmerie. Presqu'à la même date, les Autorités Impériales, à la suite des perquisitions opérées, découvrirent des bombes et des armes prohibées à Ismid, Ada-Bazar et Baghtchédjik.

Pendant le bombardement d'Héraclée par la flotte russe, il a été constaté que les arméniens d'Ismid et d'Ada-Bazar, changeant subitement d'attitude, se livrèrent à l'espionnage en faveur de l'ennemi. Dans quelques endroits, ils formèrent même des bandes et attaquèrent les Musulmans.

A Brousse et dans ses dépendances les mêmes faits se produisirent avec plus de violence. Le Gouvernement Impérial a été ainsi amené à éloigner les arméniens habitant ces endroits dans des localités plus sûres.

A Marache aussi, les déserteurs et les comitadjis arméniens se sont révoltés.

Dans le vilayet d'Angora, à Bogazlayan, de fortes bandes arméniennes ont assailli les Musulmans. Avant leur transfert, les arméniens ont cherché à détruire les maisons et les villes qu'ils quittaient en provoquant de grands incendies.

A Ourfa, dans la nuit du 6 Septembre de l'année courante, des arméniens abrités dans des maisons solidement bâties et dominant la ville, ont ouvert le feu contre les patrouilles de gendarmerie, et, ainsi un mouvement révolutionnaire des plus violents a éclaté. Les arméniens ayant réussi à occuper les institutions appartenant à des étrangers, ont opposé une vive résistance aux agents de la force publique attaquant les

quartiers musulmans environnants et blessant et tuant de nombreuses personnes. Là-dessus, une force militaire suffisante fut envoyée sur les lieux, qui dispersa les insurgés et détruisit le 3 Octobre leurs repaires. Dans cette affaire, l'armée et la gendarmerie ont perdu 20 morts et 50 blessés. Grâce aux mesures rapides et énergiques adoptées par les autorités militaires, ce mouvement révolutionnaire a été étouffé sans que les étrangers et les institutions appartenant aux pays neutres ou ennemis, ainsi que les agents de ces premiers en eussent souffert. La répétition de pareils faits dans toutes les parties de l'Empire et la nécessité primordiale d'assurer la tranquillité intérieure et la défense extérieure du Pays ont rendu indispensable l'éloignement des arméniens des endroits où leur présence était considérée comme nuisible; c'est ce qui nécessita leur transfert en des localités plus sûres et hors de l'influence étrangère.

Pendant l'application de cette mesure, les arméniens furent parfois victimes de regrettables abus et violences; mais si déplorables qu'ils soient, ces faits étaient inévitables à cause de l'indignation profonde des populations musulmanes contre les arméniens qui travaillaient par la révolte et la trahison à mettre en danger l'existence d'un pays dont ils étaient les nationaux.

Toutes les forces militaires du Pays se trouvant sur les différents théâtres de guerre, les violences commises envers les arméniens ne purent pas être entièrement prévenues; néanmoins, des mesures générales furent édictées sans retard pour la protection de leur vie et de leurs biens. C'est ainsi qu'un bataillon de gendarmerie fut attaqué pendant qu'il cherchait à protéger un convoi d'arméniens qu'il accompagnait et plusieurs gendarmes ont même été tués par la population furieuse.

Le Gouvernement Impérial a promulgué une loi spéciale pour la sauvegarde des biens appartenant aux arméniens transférés, et il a chargé de l'application de cette loi des commissions composées de fonctionnaires capables et expérimentés. Il a également envoyé des commissions d'inspection qui enquêteront sur les lieux et déféreront aux cours martiales tous ceux dont la culpabilité aura été établie.

Or, ces commissions aussitôt qu'elles se mirent à l'œuvre, commencèrent à envoyer des rapports au sujet de leur activité. Voici en résumé le contenu d'un rapport reçu de la Commission d'enquête instituée à Sivas.

53 fonctionnaires ottomans civils, militaires, judiciaires, du fisc, de la police et de la gendarmerie ont été, avec les pièces judiciaires les concernant, déférés à la cour martiale pour abus de pouvoirs dans l'exercice de leurs fonctions. Leur mise en jugement est sur le point d'être ordonnée.

56 personnes parmi les fonctionnaires civils, les gendarmes et les militaires ont été condamnées par la cour martiale d'un mois de prison à 3 ans de travaux forcés et au paiement de différentes amendes pour abus et conduite illicite lors du transfert des arméniens. Quelques-uns desdits gendarmes ont été en outre radiés des cadres de la gendarmerie.

46 officiers et soldats de l'Armée Impériale, ainsi que des officiers de gendarmerie et des gendarmes sont sur le point de comparaître devant la cour martiale pour différents délits.

34 individus ont été condamnés pour les mêmes motifs par la cour martiale à des

peines variant d'un mois de prison jusqu'à 3 ans de travaux forcés ainsi qu'au paiement de différentes amendes suivant la gravité de leurs délits.

4 individus ont été traduits devant les tribunaux pour vols et usurpations.

Les Gouvernements de l'Entente voyant que le mouvement arménien qu'ils avaient fomenté ne pouvait plus aboutir au résultat qu'ils en espéraient, cherchent actuellement à se poser en protecteurs en demandant la cessation de cet état de choses.

En réalité, ainsi que nous venons de l'exposer, le Gouvernement Impérial a pris toutes les mesures possibles pour la protection de la vie et des biens des arméniens dont les lieux de séjour ont été changés, et il n'a jamais cessé de respecter leurs droits légaux. Comme il a été expliqué plus haut, le déplacement des arméniens de certaines régions où leur présence pouvait menacer la liberté d'action de l'Armée Impériale et troubler la tranquillité du pays fut jugé nécessaire uniquement par les Autorités civiles et militaires. Aucune mesure coercitive ne fut édictée par le Gouvernement Impérial contre les arméniens jusqu'à la date de leur révolte armée qui eut lieu à Van et dans les autres zones militaires, dans le courant du mois de Juin de l'année 1915 et après qu'ils eussent fait cause commune avec l'armée ennemie. En conséquence, les déclarations et les publications des hommes d'Etat et de la presse des pays ennemis d'après lesquelles une politique spéciale, inspirée par les circonstances actuelles, serait suivie en Turquie en vue d'anéantir l'élément arménien ou que, sous la poussée du fanatisme, un mouvement aurait été organisé contre tous les chrétiens de l'Empire, ne forment qu'un tissu d'absurdités.

Ce sont seulement les Puissances de l'Entente qui, dans le but de faire éclater une révolution dans l'intérieur du Pays et mettre par ce fait l'Armée Impériale dans une situation difficile, ont encouragé et excité les arméniens à se soulever contre l'Etat en faisant miroiter à leurs yeux les perspectives attrayantes d'une Arménie indépendante.

Et ce n'est qu'avec le rêve d'atteindre leur idéal national, que les malheureux arméniens se sont jetés dans cette lutte gigantesque. Les mesures forcément adoptées à leur égard ne sont que la conséquence de leurs propres œuvres et de celles qui les ont encouragés.



Widerruf des Religionswechsels der zu Mohammedanern gewordenen Armenier

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. KONSULAT
ADRIANOPEL

Abschrift

Z. 25/P

B. Nr.: h. ä. Bericht vom 8. lfd. M. Nr. 21

h. ä. Depesche Nr. 24 vom 13. lfd. M.

Adrianopel, am 16. März 1916

Wie ich bereits Euer Excellenz gemeldet, berief am 12. der Mérikes-Kaimakam Mehmed Ali, die Notablen der zu Mohammedanern gewordenen Armenier zu sich und teilte Ihnen mit, dass da sie nicht mit dem Herzen und voller Überzeugung Islams geworden seien, alle mit ihnen bisher diesbezüglich unternommenen Schritte, wie neu ausgestellte Dokumente, Namensänderungen, Kleidungswechsel bei den Frauen, etc. null und nichtig seien, dass sie sohin wieder Armenier seien wie früher.

Die in Betracht kommenden Individuen trauten ihren Ohren nicht als sie diese Eröffnung hörten und vermuteten in derselben eine Falle der Regierung, um sie so nunmehr als „Armenier“ ausweisen zu können. Diese Vermutung wurde für diese gepeinigten Opfer zur Gewissheit, als der Kaimakam der die Angst und Furcht der so „Befreiten“ wahrnahm, einigen unter ihnen, die er bei sich zurückbehält, „vertraulich“ eröffnete „dass der einzige Weg zu ihrer Rettung der sei, im Namen der armenischen Nation ein Kollektivtelegramm nach Konstantinopel abzuschicken, in welchem sie im Namen des Scheris erklärten, Mohammedaner bleiben zu wollen, darin aber von den hiesigen Lokalbehörden *verhindert* werden“.

Die Armenier liessen sich einschüchtern und wandten sich noch an Gany Bey um Rat. Dieser bestätigte die Eröffnung des Kaimakams und riet ihnen *die von ihm selbst verfassten zwei Depeschen* – eine an das Ministerium des Innern, eine an jenes des Kultus – abzuschicken. Nach einer stürmischen Beratung unter sich sandten die eingeschüchternen und für ihr Leben fürchtenden Armenier, die über Anraten Gany Bey's von circa 20 Personen gezeichneten Depeschen im Namen aller gewaltsam konvertierten (laut der letzten Schätzung waren es 700 Personen) ab.

So beschafften sich die hiesigen Regierungskreise und das Komité ein „glänzendes Entlastungsdokument“, das beide natürlich reichlich ausnützen werden!

Als unmittelbarer Anlass für diesen Gesinnungswechsel der leitenden Kreise wurde folgender Vorfall angegeben: Seit der Drangsalierung der hiesigen christlichen Bevölkerung im Allgemeinen und der armenischen im Speziellen, hatte ein Grieche eine Art Unternehmen zur Flucht nach Bulgarien ins Leben gerufen, das ihm und den beteiligten türkischen Sicherheitsorganen reichen Gewinn abwarf. Am 11. l. Mts. wurde eine grössere Expedition von zu Mohammedanern gewordenen Armenier im Momente ertappt als sie die Flucht ergreifen wollten. Der „Unternehmer“ und zwei Armenier wurden dabei erschossen, die anderen circa 12 Personen verhaftet. In

diesem Vorfall erklärte der Kaimakam den Beweis zu finden, dass die Armenier nicht gute Moslems seien! –

Auch die als Soldaten in der Armee dienenden Armenier hatten über Rat der Vorgesetzten Eingaben zum Übertritt eingereicht. Auch ihnen wurde erklärt, dass dies nicht notwendig sei und Sonntag wurde, zum ersten Male, ihnen und den anderen Christen im Heere der Vormittag freigegeben, damit sie ihre Kirche besuchen und an dem Gottesdienst teilnehmen. Die armenische Kirche war wieder geöffnet und der hier verhaftet gewesene armenische Priester freigelassen worden, er konnte aber nicht celebrieren, da Alles aus der Kirche entfernt worden war.

Die Stimmung in den armenischen Kreisen ist jetzt gedrückter denn je, da sie heute noch keine Antwort auf die erpressten Depeschen haben und die Ausweisung befürchten.

Ich berichte nicht nach Wien.

Der k. u. k. Konsul: NADAMLENZKI m. p.

Seiner Exzellenz

Herrn Markgrafen Pallavicini, Konstantinopel

HHSStA PA XII 463



Die aus Adrianopel ausgewiesenen Familien wurden nach Kleinasien deportiert

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 22/P.D

Zum h. a. Bericht vom 10. März 1916 Nr. 21/P.B

2 Beilagen [Siehe S. 316 u 319]

Konstantinopel, am 17. März 1916

Als ich vor einigen Tagen Talaat Bey nachmittags aufsuchen wollte, war mir eben ein Bericht des k. u. k. Konsuls in Adrianopel vom 11. d. Mts. [8.3.] No. 21/P zugekommen, von welchem ich eine Abschrift im Anbuge unterbreite. Herr von Nadamlenzki schildert die in Adrianopel mit Bezug auf die Ausweisung von Armeniern und deren gewaltsamen Uebertritt zum Islam herrschende Lage in den schwärzesten Farben.

Ich benützte die Gelegenheit, um Talaat Bey neuerdings freundschaftlichst auf den schlechten Eindruck aufmerksam zu machen, den diese unerhörten Vorgänge auf der ganzen Welt hervorrufen müssten. Der Minister des Innern versprach mir sofort verfügen zu wollen, dass die nach Rodosto ausgewiesenen Armenier-Familien die Erlaubnis zur Rückkehr nach Adrianopel erhalten, und dass der Zwang zum Uebertritt zum Islam eingestellt werde. Auch gab er mir wieder die Versicherung, dass die Schule der Agramer Schwestern, über deren Tätigkeit er sich sehr anerkennend aussprach, nicht werde angetastet werden.

Ich setzte den k. u. k. Konsul in Adrianopel von Vorstehendem telegrafisch in Kenntnis und erhielt 2 Tage darauf von ihm nachfolgendes Telegramm:

„Gestern berief der Kaimakam die zu Mohamedanern gewordenen Armenier zu sich und teilte ihnen mit, dass sie über Befehl aus Konstantinopel wieder Armenier seien, ihre alten Namen führen und die frühere Religion behalten können, ‚da sie im Herzen so wie so nicht gute Mohamedaner sein können‘. Aus Angst vor der Ausweisung haben dann 40 Familien an den Minister des Innern eine Kollektivdepe- sche abgeschickt, in welcher sie um die Erlaubnis bitten, Mohamedaner bleiben zu dürfen.“

Gestern ist mir der im weiteren Anbuge mitfolgende Bericht des k. u. k. Gerenten in Rodosto zugekommen. Aus diesem geht hervor, dass in Rodosto die gleichen traurigen Zustände herrschen, wie in Adrianopel. Ausserdem ist er ein Beweis, dass Talaat Bey nicht die Wahrheit sprach, als er mir sagte, dass die aus Adrianopel ausgewiesenen Familien nach Rodosto gebracht worden seien, aber nun von dort wieder zurückkehren dürfen. Tatsächlich sind sie nach Kleinasien deportirt worden.

Die Verfügung Talaat Bey's ist eine klare Demonstration der hier herrschenden Zustände; es ist aber unter den gegebenen Verhältnissen anderseits schwer den Leuten zu helfen.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 463



Anzeichen einer Spannung zwischen den Türken und den Deutschen

NACHRICHTENABTEILUNG
DES AOK

Vorgelegt von der H. K. Stelle
Lemberg, K. Nr. 6025

Auszug

aus dem Berichte eines nach Berlin und Kopenhagen
entsendeten Vertrauensmannes

19. März [1916]

Am meisten gehasst werden die Türken von den *Armeniern*. Als in Wan ein bewaffneter Aufstand entstand, benützten das die Türken, um 30000 (?) Armenier hinzumorden; Hunderttausende (5-600000?) wurden gewaltsam als verdächtig in das Innere, nach Mossul und Diarbekir, ohne Versorgungsmöglichkeit verschleppt, was zur Folge hatte, dass ca. 400000 (?) zu Grunde gingen. Für diese Vorfälle macht man auch die Zentralmächte verantwortlich, da sie es hätten verhindern können. Die

Russen sollen die Armenier auch nicht besser behandeln, nur ist das zu wenig bekannt und wird unserseits auch nicht ausgenützt.

Diese Tatsachen sind im Auslande bekannt und man rechnet bei der Entente unbedingt mit einem *Debacle der Türkei*, umso sicherer als in der jetzigen Stimmung bei den Türken die Anzeichen einer *Spannung zwischen ihnen und den Deutschen* herauszulesen sind. Dabei ist nicht zu vergessen, dass die französische Kultur die alleinherrschende in Konstantinopel ist; die bedeutendsten Blätter wie „Jeune Turquie“ und „Hilal“ sind französisch. Auch die Deutschen müssen sich der franz. Sprache bedienen. Die wachsende Hungersnot wird den Deutschen angerechnet. Die allgemeine Stimmung ist so gespannt, dass es auch zu Manifestationen kommen soll. – Auch soll die Türkei jeden Moment mit einem Separatfrieden drohen und ihrer Überzeugung Ausdruck verleihen, dass Deutschland dann verloren wäre. Der Vertrauensmann citiert den *Ausspruch eines deutschen Diplomaten*: „Man darf den deutschen Einfluss in der Türkei nicht überschätzen. Nach dem Kriege werden sich der engl. und franz. Einfluss wieder geltend machen. Innere Beziehungen einer aufrichtigen Freundschaft zwischen uns bestehen keineswegs und Alles was heute über die sogenannte Freundschaft geschrieben und vorgetragen wird, ist ein Humbug.“

Kriegsarchiv, KM AOK. K. Nr. 6498



Die Ausweisung aller Armenier soll bevorstehen

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 23/P.B
zum Bericht Nr. 22/P.D, vom 17. März 1916
1 Beilage [Siehe S. 336]

Konstantinopel, am 20. März 1916

Im Nachhange zu meinem obbezogenen Bericht unterbreite ich Eurer Exzellenz anruhend die Abschrift eines einschlägigen Nachtragsberichtes des k. und k. Konsulates in Adrianopel vom 16. d. Mts., Nr. 25/P.

Vorgestern Abend telegraphierte des weiteren Herr von Nadamlenzki, dass die Ausweisung aller Armenier bevorstehen soll. Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 463



Die rückgekehrten armenischen Familien wurden in einem von der Regierung bezeich- neten Haus untergebracht

Abschrift

des Berichtes ddo. Rodosto Nr. 4/Res. vom 28. März 1916

Am 21. d. Mts. sind fünf armenische Familien aus Ismid kommend hier eingetroffen. Die Rückgekehrten, die einen ganz kleinen Teil derjenigen Ausweisungen bilden, welche im November vorigen Jahres von hier stattgefunden haben, konnten – laut Angabe – seit ihrer Ausschiffung in Anatolien durch Zufall in Ismid zurückbleiben, während das Gros der Ausgewiesenen ins Innere Klein-Asiens abgeschafft wurde.

Sie erklärten ferner, dass sie über Auftrag der Ismider Behörden den Rückweg nach Rodosto über Konstantinopel angetreten haben und dass die Rückkehr weiterer zahlreicher Familien bevorstehe. Es wurde ihnen gleichzeitig mitgeteilt, dass sie nach Ankunft in Rodosto die nötigen Schritte bei der Regierung einzuleiten hätten, um in den Rückbesitz des verlorenen Gutes zu gelangen.

Die Rückgekehrten verweilen in einem von der Regierung bezeichneten Hause, dürfen sich dagegen frei in der Stadt bewegen.

Das Eintreffen in Rodosto der genannten Familien bildete hierorts ein besonderes Ereignis, das speziell von der muselmanischen Bevölkerung kommentiert wird. Die Erklärung der Heimgekehrten betreffend die Rückgabe des beschlagnahmten Gutes scheint besonders beeinträchtigend auf sie gewirkt zu haben, denn sie bekunden öffentlich ihre Unzufriedenheit.

Diese Mißstimmung herrscht speziell unter derjenigen muselmanischen Bevölkerung, die das Einwanderungselement in Thrazien bildet und das aus den seitens Bulgarien, Serbien und Griechenland während des Balkankrieges okkupierten Gebieten stammt. Diesem Elemente wurde von der Regierung gestattet, die den ausgewiesenen Armeniern gehörenden Felder und Gemüsegärten zu bebauen; es ist fraglich, ob die muselmanische Bevölkerung zu der freiwilligen Rückgabe dieser Terrains einwilligen werde. Jedenfalls haben bisher die rückgekehrten Familien keine Forderung bezüglich der Rückerstattung ihres Eigentums bei der Lokalregierung erhoben.

Die Aussagen der Heimgekehrten betreffend die Rückkehr weiterer Familien aus Klein-Asien haben insoweit eine Bestätigung erfahren, als diejenigen Familien, welche mit jenen aus Adrianopel am 8. d. Mts. von hier nach Anatolien abgeschafft wurden, am 27. d. Mts. zurückgebracht worden sind (h. a. Bericht No. 1/Res., vom 9. März 1916).

Auch diese Familien wurden im oberwähnten sogenannten Konzentrationslager

für armenische Familien untergebracht. Die Adrianopler Familien sind in einem Sonderhause interniert. Der freie Verkehr in der Stadt ist ihnen gestattet.

Abschriftlich berichte ich nach Konstantinopel sub No. 3/Res. PROHASKA m.p.

HHSa PA XII 463



Die Entwicklung des jungtürkischen Regimes

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 28/P.A
Streng vertraulich

Konstantinopel, am 8. April 1916

Die Zukunft des osmanischen Reiches nach dem Weltkriege wird, soweit sich dieselbe heute voraussehen lässt, das Produkt der langjährigen Entwicklung und der vielfachen Wandlungen sein, welche das jungtürkische Regime durchgemacht hat. Während der Regierung des Sultans Abdul Hamid war das türkische Reich eine absolute Monarchie, die auf theokratischer Basis aufgebaut war; der Sultan war als Khalif anerkannter unumschränkter Herrscher über alle Mohammedaner seines weiten Reiches, in welchem sich nationale Strömungen, soweit die islamitischen Elemente in Betracht kamen, kaum bemerkbar machten. Die nichtmohammedanischen Nationalitäten bildeten sozusagen Staaten im Staate, sie waren kirchlich organisirt unter ihrem Patriarchen und unterstanden demselben sogar vielfach in jurisdiktioneller Hinsicht. Das kirchliche Oberhaupt war selbst von den Türken bis zu einem gewissen Grade als Schirmherr seiner Konnationalen anerkannt und vertrat deren Interessen auf der Pforte. Gegen zu arge Uebergriffe wurden die nichtmohammedanischen Nationalitäten auch von aussen her geschützt.

Das osmanische Reich war bis zum Sturz Abdul Hamid's ein grosser islamitischer Staat, in dem die nichtmohammedanischen Nationalitäten, ein wenn auch durch periodische Verfolgungen gestörtes, so doch selbständiges Dasein führten, sie standen dem herrschenden islamitischen Volke als fremdes Element gegenüber und fanden trotz der Verfolgungen ihren Profit im Staate, sie hatten den Handel und das Gewerbe in der Hand, und wenn auch unterdrückt und hart arbeitend, ernteten sie die Früchte ihrer Arbeit.

Die Revolution vom Jahre 1908 inaugurierte eine neue Aera in der Türkei. Die jungtürkische Bewegung war ursprünglich eine durchaus liberale, der Sieg der Jungtürken wurde überall als Befreiung vom streng absolutistischen islamitischen Joch begrüsst und das Hauptlosungswort der Revolutionäre war Freiheit und Gleichheit für alle ottomanischen Staatsangehörigen ohne Unterschied der Religion, kurz die Abschaffung der scharfen Trennung zwischen dem herrschenden Islam und den unterdrückten Rajahs.

Unstreitig lag vom rein theoretischen Gesichtspunkte der Revolution eine gesunde Idee zu Grunde, man wollte durch Beseitigung der theokratischen Grundlage der Regierungsform und durch Einführung der Gleichberechtigung aller Religionen und Nationen einen modernen ottomanischen Staat schaffen, der im europaischen Völkerkonzert seinen Platz gefunden hätte. Der Versuch, aus dem grossen Reiche, das sich jahrhundertlang auf religiös-islamitischer Basis entwickelt hatte, einen modernen Rechtsstaat nach europaischen Begriffen zu machen, konnte aber praktisch nicht gelingen, weil durch Einführung der Gleichberechtigung aller Nationen und durch Aufhebung der islamitischen Vorherrschaft in dem ausgedehnten Reiche zu viel zentrifugale Kräfte ausgelöst wurden. Den jungtürkischen Idealisten schwebte die Creirung einer neuen Nation, der „ottomanischen“ vor, doch bedachten sie nicht, dass die jahrhundertlang als Rajahs behandelten Völkerschaften sofort zu irredentistischen Elementen werden würden, die in der Angliederung an ihre ausserhalb des osmanischen Reiches lebenden Stammesbrüder die Realisirung ihrer nationalen Träume erblicken würden.

Heute kann man ruhig sagen, dass die Geschicke des osmanischen Reiches seit 1908 mit Naturnotwendigkeit sich vollzogen haben und die ganze Kette von Ereignissen die Folgen der jungtürkischen Revolution waren. Diese hat die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens provoziert, hierauf folgte die italienische Aktion in Tripolis, und eine unmittelbare Folge des italienisch-türkischen Krieges war der Balkankrieg. Durch diesen unglücklichen Feldzug wurden die Jungtürken aus ihrem idealistischen Traum gerissen und sie erkannten, freilich zu spät, dass aus den verschiedenen in der Türkei wohnenden Nationen ein Einheitsstaat nie und nimmermehr zusammen geschweisst werden könne. Jetzt sahen die Führer der jungtürkischen Bewegung, dass die Existenz des ganzen Reiches bedroht war, und den Abgrund, der sich vor ihnen öffnete. Sie erkannten, dass die nichtmohammedanischen Nationen im Innern gefährliche Feinde geworden waren, die auch noch von konnationalen Nachbarstaaten in ihren Sonderbestrebungen begünstigt wurden, und dass sogar die mohammedanische Welt im Reiche nicht mehr einig war.

Die Jungtürken mussten daher allen ihren Prinzipien untreu werden und den Aufbau eines dauernden Staatsgebildes auf anderer Grundlage versuchen. Die Rückkehr zum alten theokratischen Staate war nicht mehr möglich und so wurde ein neuer Versuch unternommen, den Staat auf türkisch-nationaler Basis zu reformiren und lebensfähig und mächtig zu machen. Natürlich mussten die früheren Ideale der Gleichheit und Freiheit über Bord geworfen werden und es wurde eine neue Aera der Unterdrückung der fremden Nationen inaugurirt, welche für dieselben umso gefährlicher ist, als die neue Bewegung die alte türkische Duldsamkeit alles dessen, was den Herrschenden nicht stört, vermissen liess.

Diese Wendung der Dinge hatte einen entscheidenden Einfluss auf die Haltung der Jungtürken in der äussern Politik. Die jetzigen Machthaber sahen im Ausbruche des Weltkrieges den günstigen Moment, die Neugestaltung der Dinge von den andern Staaten ungestört herbeiführen und einen national-türkischen Staat unter Unterdrückung aller andern Nationalitäten gründen zu können. Sie haben auch geglaubt in den Zentralmächten eine Stütze für ihre Politik zu finden, weil die Interessensphären

und damit in weiterer Folge die Aufteilungspolitik gerade von Deutschland und Oesterreich-Ungarn bekämpft worden war und diese beiden Staaten das grösste Interesse an der Erhaltung der Integrität des ottomanischen Reiches hatten. Die Jungtürken hofften daher in uns und Deutschland in diesem grossen Kriege Stützen gegen die äussern, und damit auch gegen die inneren Feinde zu finden. Darin ist der Hauptgrund zu suchen, warum sich die Türkei im Herbst 1914 so leicht in den Kampf auf unserer Seite hineinziehen liess.

Leider haben die jungtürkischen Machthaber, welche sich unter dem Schutze dieser Allianz stark genug fühlten ihr Programm durchzuführen, die Situation ausgenützt, um gegen die nichttürkischen Nationalitäten in der schärfsten Weise aufzutreten. Talaat und Enver und ihr Anhang konnten nur während des Krieges so gegen die armenische Nation vorgehen und auch die andern Nationen so einschüchtern, dass heute ihr Ideal des türkischen Nationalstaates beinahe verwirklicht erscheint. Am liebsten hätten die Jungtürken auch gegen die Griechen dasselbe unmenschliche System angewendet, wie gegen die Armenier und sind sie nur durch Gründe der äussern Politik davon abgehalten worden. Ebenso sollen die Araber zu Vasallen der türkischen herrschenden Rasse herabgedrückt und durch Terrorismus niedergehalten werden.

Die Evolution des jungtürkischen Ideals vom freien ottomanischen Staat zum national-türkischen, in welchem das türkische Element die herrschende Oligarchie und die anderen Nationen die unterdrückten mehr oder weniger rechtlosen Nationalitäten bilden sollen, könnte beinahe als eine reaktionäre Bewegung, als eine Rückkehr zu den alten Verhältnissen bezeichnet werden, wobei nur die Basis sich geändert hat und die herrschende Nation auf mehr als die Hälfte zusammengesmolzen ist. Während früher das überwiegend starke mohammedanische Element die Grundlage des khalifischen Sultanates bildete, soll jetzt die numerisch schwache türkische Nation die Basis für die Oligarchie werden, welche das von zahlenmässig stärkeren und wenigstens teilweise kulturell höher stehenden Nationen bewohnte Reich regiren will.

Es mag Leuten à la Talaat und Enver eine gewisse Analogie mit Ungarn vorschweben, aber hier ist die magyarische Nation die in jeder Beziehung stärkste, und ausserdem ist das Land viel kleiner, während in der Türkei das türkische Element das numerisch schwächere und kulturell unter den Nationen, die das ausgedehnte Reich bewohnen, eines der tiefstehendsten ist.

Unter dem Schutze dieses Weltkrieges, wenn ich so sagen darf, hat sich die Evolution des jungtürkischen Staates vollzogen und wurde die Grundlage zur türkisch-nationalen Oligarchie gelegt. Natürlich wurde der Moment auch genützt, um sich aller Fesseln der Kapitulationen zu entledigen und eine Reihe von Gesetzen zu schaffen, welche alle den Aufbau eines türkischen Nationalstaates bezwecken. Dabei ist die Tendenz ganz offenkundig, auch jede Bevormundung, ja jede Einmischung der Alliierten zu verhindern. Das vielleicht zu offene Hervortreten Deutschlands mit seinen Absichten auf die Türkei nach einem siegreichen Abschluss des Krieges hat sogar eine Abneigung gegen Deutschland ausgelöst, welche bedenkliche Formen anzunehmen droht.

Es drängt sich nun die Frage auf, ob die jungtürkischen Staatsmänner jetzt das Rezept gefunden haben, nach welchem sich dieses grosse Reich regeneriren lässt.

Ob durch die Schaffung eines türkischen National-Staates und fortdauernde Terrorisirung der Nationalitäten durch die jungtürkische Oligarchie ein die Stürme der Zeit überdauerndes Gebilde entstehen wird, lässt sich schwer voraussagen, aber es beschleicht einen unwillkürlich die Befürchtung, dass die zentrifugalen Kräfte, zu denen nach dem Krieg auch das mohammedanisch-arabische Element kommen wird, durch die Durchführung der jetzigen jungtürkischen Staatsidee erst recht ausgelöst werden könnten, und dass das Reich weiteren Evolutionen und vielleicht einem wieder von aussen begünstigten Zerfall entgegengehe.

Wenn aber die jungtürkische Idee des nationaltürkischen Staates in der jetzigen Ausdehnung oder nach Abbröckelung einiger – vielleicht der armenischen und arabischen Provinzen – sich durchführen lässt, so fürchte ich, dass dies für die Türkei einen Rückschritt um Jahrhunderte bedeuten werde. Die Realisirung des jetzigen Regierungsprogrammes bedeutet die Abschliessung von Europa und den endgiltigen Verzicht auf die Schaffung eines Rechtsstaates im europaischen Sinne.

Ich komme mehr und mehr zur Ueberzeugung, dass bei der ganz anderen Mentalität des Türken von den türkischen Elementen das Heil für dieses Land nie zu erwarten ist. Deshalb sehe ich in der neuesten Evolution, die das jungtürkische Programm durchgemacht hat, die grösste Gefahr für die Zukunft des Reiches und für die wirtschaftliche Arbeit Europas in der Türkei.

Einen Einblick in die türkische Mentalität gestattet das Verhalten der Regierung in der Frage der Rückwirkung der Armenierverfolgungen auf die fremde Industrie und ganz besonders eine Notiz der Pforte, welche mir überreicht wurde und ich heute abgesondert vorlege. Darin wird direkt der Grundsatz ausgesprochen, dass der Fremde kein Recht auf bessere Behandlung habe, als der ottomanische Staatsangehörige, also mit andern Worten, er ist ebenso wie jeder nichttürkische Ottomane der Willkür der chauvinistischen türkischen Oligarchie ausgeliefert.

Nachdem ich, wie aus den vorstehenden Ausführungen hervorgeht, überzeugt bin, dass, solange dieses chauvinistisch-national-türkische Programm hier verfolgt wird, an eine Schaffung von Rechtszuständen im europaischen Sinne nicht zu denken ist, muss ich dafür eintreten, dass vor unserer definitiven Zustimmung zur Aufhebung der Kapitulationen in den abzuschliessenden Verträgen möglichst grosse Kautelen zum Schutze unserer Staatsangehörigen in der Türkei und ihres Eigentums geschaffen werden, und dass auf jeden Fall die Meistbegünstigung ausbedungen werde. Vielleicht wird nach Friedensschluss unter dem gemeinsamen Drucke aller europaischen Mächte hier soviel erreicht werden können, dass eine gedeihliche Arbeit in der Türkei für den Europaeer wieder möglich sein wird.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 210



Armenierkonversion

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. KONSULAT
ADRIANOPEL

Abschrift

Z. 48/P

B.Nr.: h. ä. Bericht vom 15. 3. lfd. J. Nr. 25/P

Adrianopel, am 28. April 1916

Die Frage der Konversion der Armenier ist erst in der letzten Woche zu Gunsten derselben geregelt worden. Sie erhielten ihre alten Dokumente zurück und können nunmehr sich frei bewegen und ihren Kultus ausüben.

Längere Zeit hindurch war die Entscheidung streitig. Es hatte sich darin ein Kampf zwischen dem Vertreter des Komités, der plötzlich für die Armenier eintrat und dem Vertreter der Regierung, der sie immer noch zu Mohammedanern machen wollte, entsponnen. Dieser Streit hatte natürlich mehrere Unannehmlichkeiten zur Folge. Eine Behörde erkannte die einzelnen Individuen unter ihren früheren Namen an, während andere nur die neuen türkischen Namen gelten lassen wollte.

Von den ausgewiesenen Familien ist keine einzige zurückgekehrt. Die meisten sind in Rodosto untergebracht und dürften meiner Ansicht nach nicht mehr hieher kommen, da ihr Hab und Gut doch verkauft und beschlagnahmt wurde.

Nach Wien berichte ich nicht.

Der k. u. k. Konsul: NADAMLENZKI m. p.

Seiner Exzellenz

Herrn Markgrafen Pallavicini, Konstantinopel

HHStA PA XII 463



Armeniergreuel seitens der Türken

K. UND K. ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHE
GESANDTSCHAFT

Z. 27/P

Sofia, am 2. Mai 1916

Der mir mit letztem Courier zugekommene Bericht Herrn von Rakovszky's ddo Constantinopel v. 8. d. M. bildet die traurige Bestätigung der gegen die Armenier seitens der Türken verübten namenlosen Greuelthaten, die auch Herr Radoslavoff schon des öfteren, unter Ausdrücken des Bedauerns mit mir besprach, wobei er, wie natürlich, bei mir ein sympathisches Echo finden musste.

Wenn man auch den bulgarischen Ministerpräsidenten, nach all dem, wie die Bulgaren in Mazedonien gehaust, nicht gerade als competenten Richter in der

Materie ansehen darf, so ist die Meinung des Ministerpräsidenten, das unmenschliche Vorgehen der Türken, zu dem sie sich in dem Bewusstsein der Macht, das ihnen ihre Verbindung mit den Zentralmächten gäbe, ermutigt gefühlt hätten, könnte auch auf letztere in der Zukunft seinen nicht erwünschten Abglanz werfen, immerhin registrierenswert.

Herr Radoslavoff sagte mir auch, die Türken trachteten jetzt durch Brochüren, von denen auch ihm ein Exemplar zugekommen, die Ansicht zu verbreiten, die Armenier begingen Grausamkeiten gegen die Mohammedaner; dies sei aber alles Lüge und die Türken beschränkten sich nicht nur auf die Verfolgung der Armenier in den kleinasiatischen Provinzen, sondern dehnten dieselben auch gegen die bulgarischen Armenier sogar bis Adrianopel aus.

Einige bulgarische Armenier, die sich in letztere Stadt begeben hätten, seien spurlos verschwunden und trotz aller Bemühungen wäre es dem Ministerpräsidenten bisher nicht gelungen, über deren Los eine Nachricht zu erhalten.

Herr Radoslavoff will auch erfahren haben, dass der k. und k. Consul in Adrianopel sich um diese Unglücklichen bemüht hätte, doch seien seine Interventionen von den türkischen Behörden vollkommen unberücksichtigt gelassen worden.

Der k. u. k. Gesandte: TARNOWSKI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 463



Warnung vor der Möglichkeit einer Interpellation

[K. UND K. MINISTERIUM
DES AEUSSERN, WIEN]

Nr. 3144

[Brief wurde ins Ungarische übersetzt]

Wien, 28. 6. 1916

Wie Euer Excellenz aus der zuliegenden*, von dem hies. türk. Botschafter persönlich übergebenen Notiz gütigst entnehmen wollen, befürchtet man türkischerseits, daß es den Bemühungen einiger armen. Priester, die Maßnahmen der türk. Regierung gegen die Armenier als einen Ausfluß der religionsfeindl. Tendenz des gegenwärtigen ottom. Regierungssystems dar[zu]stellen, gelingen könnte, den Cardinal Czernoch zu vermögen, in den ung. Reichstag eine – der türk. Regierung naturgemäß unliebsame – Interpellation zu Gunsten der Armenier in der Türkei herbeizuführen.

Der H[err] Cardinal soll – wie die türkische Botschaft wissen will – diesbezüglich

* Siehe S. 347

mit mehreren Kirchenfürsten Rücksprache gepflogen haben, in deren Verlauf beschlossen worden sein soll, daß die priest. Abgeordneten der Volkspartei die königl.-ung. Regierung in der Armenierfrage zu interpellieren hätten. Überdies wäre der Journalist und Notar, Péter Arthur Vákár, ein Armenier von Geburt, vom Cardinal Primas nach Constantinopel entsandt worden, um Tatsachenmaterial zu sammeln.

Ich beehre mich, Euer Excellenz für alle Fälle von dem Vorstehenden in Kenntnis zu setzen, damit Euer Excellenz, falls sich die der türk. Botschaft zugekommenen Informationen als richtig erweisen sollten, die im Gegenstande geeigneten Schritte rechtzeitig zu unternehmen vermögen, wobei ich wohl voraussetzen darf, daß Hochdieselben sich mit mir in der Ansicht begegnen, daß eine derartige Interpellation im gegenwärtigen Augenblicke äußerst inopportun wäre.

Für eine sz. [seinerzeitige] gütige Mitteilung im Gegenstande, die mir als Substrat für die Beantwortung der in Rede stehenden Notiz dienen würde, wäre ich Euer Excellenz bes. dankbar.

Graf Tisza
königl.-ungar. Ministerpräsident, Budapest

[BEILAGE ZUM SCHREIBEN NR. 3144 VOM 28. JUNI 1916 AN GRAF TISZA, BUDAPEST]

La question arménienne, les relations entre la Turquie et la Hongrie et l'influence du Saint-Siège

Certains prêtres arméniens, qui voient d'un mauvais oeil les rapports sincèrement amicaux qui existent entre la Turquie et la Hongrie, se sont adressés au cardinal *Csernoch Janos*, l'informant que les Arméniens se trouvant en Turquie sont en butte aux pires persécutions et que ce système du Gouvernement Ottoman est dirigé plutôt contre le christianisme que contre la nation arménienne et ce, dans le but d'amener le cardinal à provoquer à la Chambre hongroise des interpellations en faveur des Arméniens et dirigées contre la Turquie.

Le cardinal aurait discuté cette question avec d'autres dignitaires de l'Eglise et il aurait été décidé, qu'en matière de démonstration, les députés de la Volkspartei qui sont prêtres interpelleraient le Gouvernement à la Chambre.

Les Arméniens s'étant souvent adressés à S. S. le Pape avec des plaintes de ce genre, il semble qu'il faut voir dans cette attitude du cardinal C. Janos l'influence du Saint-Siège.

Le journaliste et notaire d'origine arménienne Vakar Peter Arthur, de Gyergyos St. Miklos (comitat de Csik), a été envoyé par le cardinal à Constantinople pour y recueillir du matériel pour ces interpellations.

HHStA PA XII 464



Armenische Revolutionäre in Aleppo

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. KONSULAT
ALEPPO

Z 5/P

Aleppo, am 3. Juli 1916

Vor einigen Monaten wurde in Aleppo eine Bande zugereister armenischer Revolutionäre in der Stärke von zirka 70 Mann ausgehoben und dem Standgerichte ausgeliefert. Wie nunmehr gerüchtsweise verlautet, sollen sich dieselben mit dem Plane getragen haben, als türkische Soldaten und Offiziere verkleidet Bombenanschläge auf dieses Konsulat sowie auf das deutsche zu verüben. Gleichzeitig sollten Angriffe auf die Staatsbürger der Mittelmächte sowie die christliche Bevölkerung erfolgen. Der Zweck dieses Planes soll gewesen sein, den Mittelmächten den Glauben beizubringen, dass vollste Unordnung im Lande herrsche und dass ein energisches Auftreten gegenüber der Türkei am Platze sei.

Von den hiesigen massgebenden Stellen sind nähere Angaben über die Pläne dieser Bande nicht erhältlich. Es erscheint jedoch nicht unwahrscheinlich, dass die Angelegenheit wie geschildert sich verhalte. Das Bestreben der Entente, unter anderem durch geschickte Benützung der armenischen Bewegung, die Mittelmächte von der Türkei zu trennen, unterliegt keinem Zweifel und der ausgedachte Modus hätte bei Verwirklichung dem angestrebten Zwecke dienen können.

Den Revolutionären wurden türkische Militärgewehre, Bomben sowie Uniformen abgenommen. Der Prozess gegen dieselben ist beendet und eine Reihe von Todesurteilen gefällt.

Gleichlautend berichte ich unter Z. 6/P. nach Konstantinopel.

Der k. u. k. Konsul: DANDINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XXXVIII 369



Die Note des türkischen Botschafters in Wien beruht auf falschen Informationen

GRAF TISZA
KÖNIGL.-UNGAR. MINISTERPRÄSIDENT
BUDAPEST

Deutsche Übersetzung

Z. 4076/res. I.M-E vom 9. 7. 1916

Budapest, 9. Juli 1916

Mit Bezug auf die d.a. Note vom 28. Juni, Z. 3144, beehre ich mich E.E. das im Gegenstande an mich gerichtete Schreiben zur Kenntnisnahme mit dem Ersuchen

abschriftlich zu übermitteln, den Herrn türkischen Botschafter über den wahren Sachverhalt aufklären zu wollen. [GRAF TISZA]

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

In der Anlage: Abschrift

Abschrift

Euere Exzellenz!
Verehrter Freund!

Bei Rückschluss des Schreibens des Herrn Ministers des Aeussern sub ./ beeile ich mich zu erklären, dass die Note des türkischen Botschafters in Wien von Anfang bis zu Ende auf falschen Informationen beruht.

Seit Kriegsbeginn hat kein einziger armenischer Geistlicher mit mir, weder mündlich, noch schriftlich über die Verfolgung der Armenier verhandelt. Vom Heiligen Stuhle habe ich in der Armenierfrage niemals eine Weisung oder Auskunft erhalten.

Was ich im Gegenstande weiss, habe ich ausschliesslich von in der Türkei lebenden deutschen, österreichischen und ungarischen Untertanen erfahren, zum Teile in Zeitungen und Brochuren gelesen. Namentlich las ich auch die im Gegenstande herausgegebenen beiden Hefte der türkischen Regierung.

Keinen Augenblick hat mich der Gedanke beschäftigt, die ungarische Regierung in der Armenierfrage zu interpellieren. Zu einer derartigen Taktlosigkeit fühle ich mich unfähig. Es ist selbstverständlich, dass ich auch mit den Mitgliedern der Volkspartei niemals über das Projekt einer solchen Interpellation verhandelt habe. Nach Empfang Deines Briefes schrieb ich sofort Johann Molnár, dass falls die Partei etwas derartiges planen sollte, ich dies entschiedenst missbilligen würde.

Dass ich Peter Arthur Vákár nach Konstantinopel entsendet hätte, ist ein Märchen. Vákár ist mir nicht einmal bekannt.

Es wolle Dir gefällig sein, den türkischen Botschafter im Wege des Ministers des Aeussern zu beruhigen, dass ich das gute ungarisch-türkische Verhältnis aufrichtig zu pflegen wünsche und hoffe, dass die türkische Regierung keinen ihrer Untertanen wegen seiner Religion verfolgt, sondern dieselben gegen den Fanatismus beschützt.

Empfange bitte den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Bajcs, am 7. Juli 1916

Dein ergebener JOHANN CSERNOCH m. p.

Königl.-ungar. Ministerpräsident
Graf Tisza

HHStA PA XII 464



Stellungnahme Deutschlands

KAISERL. DEUTSCHE BOTSCHAFT

Abschrift

Nr. 368

Von der deutschen Botschaft überreicht

Therapia, den 10. Juli 1916

So sehr es auch – aus den verschiedenen Gründen – zu beklagen ist, daß es uns nicht gelungen ist, die Armenierpolitik der Pforte in mildere Bahnen zu lenken, so haben andererseits weder unsere Feinde noch die sogenannten Neutralen das geringste Recht, uns daraus einen Vorwurf zu machen, oder auch nur zu verlangen, daß wir unsere Mißbilligung öffentlich aussprechen. Wir haben nach besten Kräften das Los des unglücklichen armenischen Volksstammes in der Türkei zu mildern gesucht, sowohl durch Einwirkung auf die Regierung wie durch mildtätige Gaben.

Die namenlosen Greuel aller Art dagegen, die im Laufe des Weltkrieges von Engländern, Franzosen und Russen, von den drei Nationen, die sich als Vorkämpfer des protestantischen, katholischen und orthodoxen Glaubens hinstellen, an den deutschen Zivil- und Kriegsgefangenen verübt worden sind, sind niemals Gegenstand von Vorstellungen seitens einer der verbündeten Ententemächte bei der anderen geworden; ebensowenig hat je verlautet, daß sich in der feindlichen Presse eine Stimme für die mit Füßen getretenen Menschenrechte erhoben hätte. Wohl aber ist glaubwürdig berichtet worden, daß der Erzbischof von Canterbury sich nicht gescheut hat, die bekannten Taten der Besatzungen des Baralong und des King Stephen in seinen Predigten als gottgefällige Werke hinzustellen.

Dieser Sachverhalt ist auch der Pforte bekannt, und sie ist unseren Vorstellungen in der Armenierfrage wiederholt mit dem Hinweis hierauf begegnet. Nicht wir, wie so oft behauptet worden ist, sondern unsere Feinde haben den Türken die Wege gezeigt, wie man die verdächtigen Bevölkerungselemente ohne Rücksicht auf die Gebote der Menschlichkeit unschädlich macht.

gez. METTERNICH

Seiner Exzellenz dem Reichskanzler
Herrn v. Bethmann Hollweg

HHStA PA XII 463



Die Konversion der armenischen Auswanderer zum Islam

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. KONSULAT
DAMASKUS

Nr. 21/P

Damaskus, am 4. August 1916

In der Ansiedlungsfrage der armenischen Zwangsauswanderer, welche über alle Teile des Vilajets verteilt sind, ist ein bemerkenswertes neues Moment hervorgetreten. Nach zuverlässigen Nachrichten, welche keinen Zweifel zulassen, wird im

ganzen Vilajet seitens der Behörden sowohl in den Städten als auch auf dem Lande ein starker Druck auf die Auswanderer geübt, den Islam anzunehmen. Jetzt wo die Auswanderungsbewegung so ziemlich zum Stillstand gekommen ist und die Ansiedler an ihren neuen Wohnstätten sich zu stabilisieren im Begriffe sind, sucht man von ihnen durch die Konversion ein Aufgeben ihrer Nationalität, eine Verschmelzung mit der Bevölkerung zu erreichen.

In Hama, also dem Sitze eines Mutessarifs, sind schon vor einiger Zeit zahlreiche Konversionen dieser Art erfolgt. So manche der dort angesiedelten Armenier, welche durch den Aufenthalt in der Stadt ein verhältnismässig besseres Los haben und dort verschiedenen gewerblichen Berufen nachgehen können, haben sich durch die Androhung, dass sie nach den Dörfern abgeschoben werden würden, zu dem Religionswechsel bewegen lassen; für andere, welche bisher von der Regierung ein Zehrgeld erhalten haben, war die Entziehung dieses bestimmend. Die Armenier sind durch das furchtbare Schicksal, das über sie hereingebrochen ist, mürbe geworden und haben die moralische Kraft zum Widerstande grossenteils eingebüsst.

Gilt dies für die Städte, so sind die Konversionen am Lande, in den Dörfern noch zahlreicher, obwohl man nicht sagen kann, dass die mohammedanische Bevölkerung der betreffenden Gegenden damit sympathisiert. In den Dörfern ist die Lage der armenischen Auswanderer so schlimm, dass sie zumeist auf das Taggeld der Regierung angewiesen sind. Es ist daher begreiflich, dass einerseits die Entziehung dieses, andererseits die Aussicht, im Falle des Uebertrittes eine Hütte und ein Stück Land zu eigen zu bekommen, sie mehr oder minder gefügig macht. Der Uebertritt ist umso leichter, als er in Ermangelung armenischer Priester lediglich durch die Erklärung vor dem Verwaltungsmedjlis des betreffenden Bezirkes vollzogen wird.

In Damaskus selbst und Umgebung hatte man bisher – vielleicht mit Rücksicht auf die fremden Konsulate, von ähnlichen Zwangsmitteln Abstand genommen. Auch hier war zwar die Konversion mehrerer Familien erfolgt, sie war aber mehr eine freiwillige, wegen zu gewärtigender materieller Vorteile. Nun hat man auch hier mit Zwangsmitteln begonnen; seit circa 1 Woche werden alle armenischen „Muhadjir“ in der Stadt, deren man habhaft wird, aufgegriffen und in die gregorianische Kirche gesperrt. Die, welche den Islam anzunehmen erklären, werden freigelassen; jene, welche den Uebertritt rundweg verweigern, in die Dörfer abgeschoben. Eine ziemliche Anzahl hat sich zur Konversion verstanden, während allerdings eben so viele standhaft blieben.

In Damaskus wurden diese Zwangsmassregeln bisher nur in Ansehung der gregorianischen Armenier angewendet, die katholischen und protestantischen aber, welche freilich nur in geringer Zahl vorhanden sind, verschont, falls sie ihre Konfession durch Bescheinigungen der Heimatsbehörden nachweisen können.

Gleichlautend berichte ich unter gleichem Datum und sub No. 25/P nach Konstantinopel.

Der k. u. k. Generalconsul: RANZI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 463

Das armenische Nationalstatut

K. UND K. MILITÄRBEVOLLMÄCHTIGTER
IN KONSTANTINOPEL

Mb. Nr. 1688 von 1916

Konstantinopel, am 15. August 1916

Ein politisches Ereignis von grosser Bedeutung hat sich in diesen Tagen vollzogen: die türkische Regierung hat endlich die Konsequenzen aus der revolutionären Haltung der armenischen Nation gezogen und mit einem Schlage die privilegierte Stellung dieses Volkes innerhalb der Türkei zunichte gemacht.

In der Tat besaßen die Armenier in der Türkei eine Vorzugsstellung unter den christlichen Einwohnern, da sie eine viel weitergehende Autonomie besaßen als zum Beispiel die zahlreichste christliche Nation, die Griechen. Die christlichen Religionsgemeinschaften erfreuten sich seit der Eroberung Konstantinopel's durch die Türken sehr wertvoller Autonomierechte und waren in ihren religiösen Unterrichts- und Wohltätigkeitsinstitutionen fast gänzlich unabhängig. Insbesondere die Armenier besaßen im Statut ihres Patriarchates eine Magna Charta von grosser Liberalität. Am Sitze des armenischen Patriarchates in Konstantinopel bestanden nicht nur eine geistliche und eine weltliche Kongregation zur Besorgung der Kirchen- und Vermögensverwaltung, sondern auch eine sogenannte Nationalversammlung von 140 aus Klerus und Laien gewählten Mitgliedern, welche sehr bald sich zu einer Art von Parlament entwickelte, in welchem die Berufspolitiker eine führende Rolle spielten. Diese Nationalversammlung war der Herd der revolutionären Agitationen, welche die gesamte armenische Nation auf die Bahn des Abfalls führte.

Die türkische Regierung hat nunmehr ein neues organisches Statut für das armenische Patriarchat ausgearbeitet und zum Gesetz erhoben, welches wohl die geistliche und die Laien-Kongregation, ähnlich dem Statut des (griechischen) ökumenischen Patriarchates, bestehen lässt, sie aber unter die strenge Kontrolle der Regierung stellt, die Nationalversammlung jedoch vollständig abschafft. Dadurch wird der bisher in der armenischen Kirche vorwiegende Einfluss des Laienelements gebrochen und, ähnlich wie in den anderen christlichen Religionsgemeinschaften in der Türkei, durch den gemischten Einfluss von Geistlichen und Laien ersetzt, wobei in geistlichen Angelegenheiten der Klerus fast ausschliessliche Kompetenz haben wird.

Ein nicht minder reformbedürftiger Uebelstand war die bisher gesetzmässige Unterordnung der türkisch-armenischen Kirche unter die geistliche Jurisdiktion des armenischen Patriarchen und Katholikos von Etschmiadsin im Kaukasus, welcher als das geistliche Oberhaupt der gesamten armenischen Kirche betrachtet wird. So lange die Armenier in Russland unzufrieden waren, lag in dieser Unterordnung für die Türkei keine Gefahr, im Gegenteil, der Katholikos von Etschmiadzsin konnte dank der Unterstützung durch die türkisch-armenische Kirche einen viel wirksameren Widerstand gegen die Assimilationsgelüste der russischen Regierung leisten. Seit der Neuorientierung der armenischen Politik änderte sich aber auch das Verhalten des Katholikos von Etschmiadzsin gegenüber der Türkei vollständig und gelang es

Russland auch die ottomanischen Armenier auf die russische Seite zu bringen und sie gegen die Türkei auszuspielen. Es ist bekannt, dass im gegenwärtigen Krieg die Armenier mit Leib und Seele der russischen Sache ergeben sind. Es war daher nur ein Gebot der Selbsterhaltung, dass die türkische Regierung nunmehr jede Verbindung mit dem Patriarchat von Etschmiadsin abschnitt und die türkisch-armenische Kirche als vollkommen autonom und autokephal erklärte.

Ausser dem Katholikos von Etschmiadsin bestanden noch zwei Kirchenfürsten in der armenischen Kirche, welche traditioneller Weise den Titel „Katholikos“ führten, ohne jedoch irgendwelche Prärogative zu besitzen: die Bischöfe von Ahthamar (einer Insel im Wan See) und von Sis (der alten Hauptstadt des ehemaligen Königreiches Kleinarmenien, jetzt Wilajet Adana). Diese beiden Titel wurden gänzlich abgeschafft.

Die beiden Patriarchate von Konstantinopel und Jerusalem wurden in ein einziges – mit dem Sitz in Jerusalem – vereinigt, so dass die gesamte Kirchenverwaltung von Konstantinopel nach Jerusalem verlegt wurde. Dies geschah zweifellos aus dem Grunde einer leichteren Ueberwachung und um der durch Reichtum und Einfluss mächtigen armenischen Gemeinde der Hauptstadt den Todesstoss zu versetzen. Der armenische Patriarch von Jerusalem wurde dem Kultusministerium unterstellt und eine Reihe von Massregeln verfügt um die Wahlen der Mitglieder des geistlichen und des weltlichen Rates, sowie die Verhandlungen und Beschlüsse dieser Versammlungen einer strengen staatlichen Kontrolle zu unterwerfen.

Die armenische Nation wird diesen entscheidenden Schlag wortlos und widerstandslos hinnehmen müssen. Auch vom Standpunkte des europäischen Staatsrechtes kann gegen diese Massregel kaum ein ernstlicher Widerspruch erhoben werden, denn das alte Statut der armenischen Kirche hat tatsächlich einen Staat im Staate geschaffen und dieser Zustand war nur so lange erträglich, als die Armenier loyale Untertanen der Türkei geblieben waren.

Das armenische Patriarchat von Konstantinopel wurde übrigens gleich nach Promulgierung des neuen Gesetzes – am 10. August – polizeilich gesperrt.

POMIANKOWSKI

[An das
K. und k. Kriegsministerium, Wien]

Kriegsarchiv, KM Prä. 47-1/39



Listen der ausgewiesenen Armenier

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 3501/A
Zum Erlaß Nr. 488 vom 9. Februar 1916
Beilagen

Jeniköj, am 19. September 1916

In der Anlage werden dem k. und k. Ministerium des Aeussern die vom k. und k. Konsulate in Aleppo vorgelegten Listen der aus dem dortigen Amtsbezirke ausgewiesenen armenischen Kaufleute in je 3 Exemplaren vorgelegt.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien

AUSGEWIESENE ARMENISCHE KAUFLEUTE

Liste des Négociants du Vilayet d'Alep

Signes & Abreviations

tran	transite
man.	manufacture
épi.	épicerie
qun.	quincaillerie
com.	commission
exp.	exportation
imp.	importation
ban.	banquier
agr.	agriculture
nég.	négociant
nég-drg.	Nég. en drogues
prod-agr.	produit-agricoles
tis.	nég. en tissus
co-s.	nég. en cocon-soie
sav-hi	nég. en savons & huiles
pro.	propriétaire
br-py.	nég. en broderies du pays
ent.	entrepreneur
av.	avocat
DB.	Agent-Deutsche-Orient-Banque

Firma/Name	Sitz	Branche
Agob Kechian & fils	Alexandrette	tran.man.
Agob Palolian & fils	"	épi.
Agob Sarafian	"	qun.
Kework & Agob Schamelian	"	qun.
Mosses Ardjian	"	tran.
Naoum Hougaz	Antab	com.exp.
S. Sahagian	"	ban.
Bedrus Achedjian	"	com.agr.pro.
Djibedjian Frères	"	com.exp.imp.
K. Barsomian freres	"	imp.exp.
Ohanes Beradjikian	"	exp.prd-agr.
Nazaret Manouchadjian	"	com.ban.
A. N. Nazaretian	"	pro.com.sav-hi
Sarkis. Kradjian	"	com.exp.br-py.
Mosses Demirdjian	"	nég.com.
Naoum Dacho	"	nég.com.
Manouel Topachian	"	nég.com.
Hanna Kurkedjian	"	pro.agr.com.
Nazar Beradjikian	"	com.prd-agr.
Herlakian Hosep	Marache	ban.man.com.agr.pro.DB.
Herlakian Avedis	"	ban.man.com.agr.pro.
Herlakian Arutin Abrah.	"	ban.man.com.agr.pro.ent.
Herlakian Krekor Bogos	"	ban.man.com.agr.pro.
Herlakian Issay	"	ban.pro.nég-dro.
Belazikian Nazaret	"	tis.sav-hi
Zerun Toutundjian	"	ban.prd-agr.
Hachir Pamboukian	"	nég-drg.agr.ent.
Leon Amerlian	"	nég-drg.prd-agr.
Hadji Tchardjian	"	nég-drg.prd-agr.
Babikian Melkon	"	man.
Manouk Samelian	"	man.
Otchaw Nazaret	"	man.
Nazar Payaslian	"	man.
Agob G. Tchorbadjian	"	man.
Kework Messrobian	"	nég-drg.pro-agr.
Nazaret Messrobian	"	nég-drg.pro-agr.
Deragos Enoffian	"	nég-drg.pro-agr.
Hossep Aramian	"	com.pro-agr.
Aghig Mumdjian	"	com.pro-agr.
Ohanes Kehia Astour	"	man.com.pro-agr.
Sahadji Nichan	"	ban.pro.
Sahadji Bogos	"	tis.
Yertchanek Messrobian	"	tis.
Philip Kredjian	"	man.
Krekor Kteikian	"	man.

Firma/Name	Sitz	Branche
Melkon Azarabetian	Marache	man.
Choukri Saboundjian	"	agr.ent.
Arutin Nulpatian	"	man.
Zaki Sukias	Antioche	ban.sav-hi.co-s.com.exp.agr.
Garabed Kundakdjian	"	av.
Setrak Mardilian	"	agr.co-s.tis.
Aghig Aga Iani Kumuchian	Killis	com.pro-agr.
Abodji Attarian	"	com.pro-agr.
Arutin Neptian	"	com.pro-agr.
Agob Kaltchian	"	com.pro-agr.

AUSGEWIESENE ARMENISCHE KAUFLEUTE

Firma/Name	Sitz	Branche	Bemerkungen
Jussufian & Kassapian	Mersina	Eisen, Dragant, Jute, Eisen	
Ohannes Schertchian	"	Commissions, Manufactures	
Kirkor Bachtarian	"	Commissions, Manufactures	
Ohannes Porsukian	"	Manufactures	
Dikran Kazerian	"	Manufactures	
Keropé Gourdikian	"	Bademäntel, Handtücher	
M. Mouroukian & fils	"	Commissions, Manufactures	
Sarkis Devletian	"	Eisen, Jute, Dragant	
Okumuchian & Balian	"	Commissions	
Ourfalian & Bidjakdjian	"	Händler in allen Artikeln	
Agop Kalpakian	"	Commissions	
Djivan Kazazian	"	Manufactures	
Kazazian & Balian	Smyrna	Manufactures	Succursale Mersina
S. Mindikian & fils	Konstantinopel	Manufactures	d ^{no} d ^{no}
Hrant Ourgandjian	Mersina	Modeartikel	
Rupen Kirichdjian	"	Glaswaren	
Nichan Essayan	"	Commissions	
Archak Chimchirjian	Mersina	Kommissions	Zuckerimport von Oesterreich
Benjamin Levon Baklayan	"	Manufactures	
Abraham Mirakjan	"	Manufactures	
Artin Essayan & Fils	"	Modeartikel	
Iprannossian Frères	Konstantinopel	Manufactures	Succursale Mersina Der Besitzer ist zum türk. Glauben über- getreten, worauf alle Zweigniederlassun- gen eröffnet wurden.

Firma/Name	Sitz	Branche	Bemerkungen
Rupen Selian	Mersina	Export von Dürmen	
Vahan Margossian	"	Herrenmode	
Garabet Kabasakalian	"	Commissions	
Ohannes Gazarian & C°	"	Herrenmode	
Dikran Balian	"	Manufactures	
Agop Agopian	"	Divers	
Agop & Garabet Agopian	"	Manufactures	
Agop Kehidjan & Fils	"	Manufactures	
M. et K. Z. Zelvejan	"	} deren Geschäfte wurden geschlossen, sie sind jedoch bisher noch nicht ausgewiesen worden.	
Bedros Abadjian	"		
Agop Manolian	"		
Horen Sarafian	"		
Kechichian et Chahpazian	"		
Onik Luzararian	"		

**LISTE DER AUS DER STADT ADANA VERBANNTEN
ARMENISCHEN KAUFLEUTE UND HÄNDLER**

Firma/Name	Branche
Ayanian, Nazaret	Manufakturwarenhändler
Avédikian, Haroutoun	Kupferhändler
Achikian, Dicran	Fabrikant
Atéchljan, Nazaret	Manufakturwarenhändler
Ainedjian, Zabel	Kommissionär
Adalian, Bédros	Manufakturwarenhändler
Arakélian, Garabet	do.
Adalian, Boghos	do.
Ayanian, Guiragos	do.
Avédian, Dihran	Schneider & Tuchhändler
Adayian Garabed & Nichan	Manufakturwarenhändler
Aivazian, Bédros	Schuster & Lederhändler
Aghazarian & Kazandjian	Kolonial- & Landesprodukte
Avédissian & Kéchichian	Eisenwarenhändler
Alticozalian, Vahan	Manufakturwarenhändler
Avakian & Cie.	Spitzenhändler
Avédissian & Aivasian	Manufakturwarenhändler
Achikian, Mourad	Fabrikant
Adalian, Kirkor	Manufakturwarenhändler
Avédian, Missak	Ingenieur
Avédissian, Avédis	Landesprodukte
Aléghosian, Hayghas	Manufakturwarenhändler
Arabian, Frères	Photograph & Bedarfsart.
Asirian, S. & Fils	Kolonial- & Landesprodukte

Firma/Name	Branche
Bezadjian, Dicran	Kolonial- & Landesprodukte
Babikian, Dihran	Advokat & Kommissionär
Boyadjian, Mihran	Landesprodukte
Bedrossian, Dihran	Kurzwarenhändler
Bedrossian, Boghos	do.
Bédrossian, V. & A.	Kurzwarenhändler
Bakalian, Dicran	Kleinwarenhändler
Bedoyan, Mihran	Manufakturwarenhändler
Bedoyan, Ohanes	do.
Bozadjian, Dihran	Kolonial- & Landesprodukte
Boyadjian, Chiragos	Manufakturwarenhändler
Bédrossian, Bédros	Apotheker
Bédrossian, Vahan	Manufakturwarenhändler
Bakalian, Sarkis	Mühlenbesitzer
Berberian, P. & S.	Manufakturwarenhändler
Bozadjian, M. & D.	Kolonial- & Landesprodukte
Boyadjian, Garabed	do.
Bedoyan, Garabed & Vartan	Manufakturwarenhändler
Balian, Bédros	Schneider & Tuchhändler
Babahikian, Garabed	Kurzwarenhändler
Baghtchedjian, Kévork	Manufakturwarenhändler
Baltayan, M.	do.
Bédrossian, Agop	Apotheker
Bédrossian, Kricor	Manufakturwarenhändler
Chahpazian & Kéchichian	Landesprodukte
Costanian, Garabed	Kurzwarenhändler
Chahmirian, Yervant	Kleinwarenhändler
Deragopian, Garabed	Schneider & Tuchhändler
Djiérian, Levon	Kolonial- & Landesprodukte
Donabetian, Vahan & Cie.	Manufakturwarenhändler
Derderian, Artin	Kolonial- & Landesprodukte
Demirdjian, Agop	Schneider & Tuchhändler
Djambazian, Stepan	Uhrenhändler
Damlanayan, Haygazoun	Kleinwarenhändler
Demirdjian, Oxen	Manufakturwarenhändler
Djéridian, Manouk	do.
Djéridian & Toughladjian	do.
Djéridian, Roupen	do.
Djéridian, Krikor	do.
Djirian, Eprem	do.
Djiguérian, H. Garabed	do.
Etmekdjian, Stepan	Schneider & Tuchhändler
Enichteyan, Nazaret	Manufakturwarenhändler
Enichteyan, Guiragos	do.
Eghiayan, Sarkis & Fils	do.

Firma/Name	Branche
Fronkian, Vahan	Kolonial- & Landesprodukte
Garabetian & Kouyoumdjian	Manufakturwarenhändler
Gazarian, Mihran	Kurzwaren & Nouveautés
Hovnanian, Mihran	Schuster & Lederhändler
Hairabetian, Bedros	Manufakturwarenhändler
Hanessian, Krikor	do.
Hairabetian, A. & M.	Schuster & Lederhändler
Halvadjian & Kurdjian	Kurzwarenhändler
Hairabetian, Krikor	Kolonial- & Landesprodukte
Hatemian, Ohannes	Manufakturwarenhändler
Israbian, Garabed & Vahan	Schneider & Tuchhändler
Kouyoumdjian, Artin	Manufakturwarenhändler
Kazandjian, Ohannes & Kedérian, Roupen	Kupferhändler
Kardjian, Kiragos	Kleinwarenhändler
Kilindjian, Krikor	Papierwarenhändler
Khoubessarian, Agop	Manufakturwarenhändler
Kalebdjian, Siméon & Krikor	do.
Kertmenian, Frères & O. Pilcyan	do.
Keklikian, Agop	do.
Katchadourian, Sarkis	do.
Khorozian, Krikor	Schuster & Lederhändler
Kouyoumdjian, G. M. K. H. frères	Manufakturwarenhändler
Kaloustian, Kaloust	Kolonial- & Landesprodukte
Kaloustian, Hi. Asdour	do.
Kaloustian, A. A. & Cie.	do.
Kerboyan, Boghos	Schneider & Tuchhändler
Kouchkérian, Parikian	Kolonial- & Landesprodukte
Khoubessarian, Loutfi	Manufakturwarenhändler
Karaoglanian, Ychjia	Schuster & Lederhändler
Khoubessarian, Léon	Manufakturwarenhändler
Kehyayan, Kiragos & Fils	do.
Kechichian, Arsen	do.
Kechichian, Mihran	do.
Kechichian, Sarkis	do.
Kechichian, Kevork	do.
Kertmenian, Avedis & Abraham	do.
Kalepdian, Kevork	Kolonial- & Landesprodukte
Luledjian, Agop	Kurzwarenhändler
Luledjian, Artin & Cie	do.
Mardikien, Donnik	Fabrikant
Mendikian, T. & Fils	Manufakturwarenhändler

Firma/Name	Branche
Melémétian, Haigazoun	Manufakturwarenhändler
Marcarian, Nazaret	Kommissionär
Midayoumian, Garabed	Manufakturwarenhändler
Makinadjian, Siméon	Manufakturwaren & Nouveautés
Nadjarian, Haroutoun	Kurzwarenhändler
Nadjarian, Hageup	do.
Nadjarian, Ohannes	Fabrikant
Nercessian, Eprem	Photograph & Bedarfsartikel
Nadjarian Nercessian, Artin	Kurzwarenhändler
Oundjian, Samuel	Manufakturwarenhändler
Oundjian, Garabed	do.
Oundjian, Artin	do.
Ourfalian, Oxen	Kurzwarenhändler
Oskianian, Oskian	do.
Pampoukdjian, Margaros	Fabrikant
Pampoukdjian, Léofet	do.
Patepanian, Garabet	Kurzwarenhändler
Partapanian, Nercess	Manufakturwarenhändler
Piloyan, Ohannes	do.
Piloyan, Ohanes & A. Fernanian	do.
Papazian, Ohannes	Apotheker
Paklayan, Setrak	Kleinwarenhändler
Pirénjan, K. Fils	Manufakturwarenhändler
Parikian, Boghos	do.
Simikian, Artine	Landesprodukte & Fabrikant
Sousmadjian, M. & M.	Kolonial- & Landesprodukte
Sarafian, Mihran & Haighazoun	Manufakturwarenhändler
Sislian, K.	Kolonial- & Landesprodukte
Simonian, Agop	Kurzwarenhändler
Séférian, Sarkis	Manufakturwarenhändler
Sayabelian, S. & Cie.	Schuster & Lederhändler
Sayabelian, Avédis	Schuster & Lederhändler
Telalian, Sayabalian	Manufakturwarenhändler
Tellalian, S. & T.	do.
Topalian, Socrate & Cie.	Schuster & Lederhändler
Tchiftgueuvertchinian, Agop	Kupferhändler
Toughladjian, A. H.	Kurzwarenhändler
Tutundjian, Frères	Schneider & Tuchhändler
Tatirossian, Roupen	Manufakturwarenhändler
Tachdjian, Artin	Kurzwarenhändler
Tutundjian, Kevork	Schneider & Tuchhändler
Tchilinguirian, Apraham	Manufakturwarenhändler

Firma/Name	Branche
Terzian, Garabed	Schneider & Tuchhändler
Tchertchian, Oh. & B.	Kolonial- & Landesprodukte
Tcholakian, Léon	Manufakturwarenhändler
Tcholakian, Samuél	do.
Topalian, Sarkis	Schuster & Lederhändler
Tchadirdjian, Karnik	Manufakturwarenhändler
Torikian & Markarian	do.
Vouravourian, Artin	Manufakturwarenhändler
Waris, Frères	Manufakturwarenhändler
Yétérian, Léon	Manufakturwarenhändler
Yaghlian, Diran	do.
Yaghdjian, Bedros	do.
Yétérian, Vahan	do.
Youssoufian Kassapian & Cie.	Kolonial- & Landesprodukte
Yéménidjian, Léon	Kurz- & Eisenwarenhändler
Yétérian, Arsen	Glaswarenhändler
Yirikian, Artin	do.

Adana, am 19. Juli 1916

Der k. u. k. Vize-Konsul: RICHARD STÖCKEL

HHS&A PA XII 463



Deutscher Botschafter Graf Metternich

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 76/P.C

Zu Bericht Nr. 74/P.B vom 29. September 1916

Konstantinopel, 7. Oktober 1916

Der deutsche Botschafter Graf Metternich hat am 3. d.M. Konstantinopel verlassen; offiziell hat er sich auf Urlaub nach Deutschland begeben. Da aber das Wolffsbureau hieher telegraphiert hatte, daß der deutsche Gesandte im Haag, Herr von Kühlmann, ihn vertreten werde, wo doch erst kürzlich der Botschaftsrat Herr von Radowitz gewissermaßen als Vertrauensmann hieher gesandt worden war, da überdies die Ernennung Herrn von Rosen als Nachfolger Herrn von Kühlmanns im Haag publiziert wurde, zweifelt niemand in Konstantinopel, daß Graf Metternich abberufen wurde und nicht mehr auf den hiesigen Botschafterposten zurückkehrt.

Seine Abreise gestaltete sich denn auch zu einem förmlichen Abschiede, indem sehr zahlreiche Deutsche aus den Kreisen der Zivilbeamten und Militärs, ein großer Teil des diplomatischen Korps, aber auch ein Vertreter des Sultans, des Großveziers u. s. w. auf dem Bahnhofe anwesend waren.

Graf Metternich hat mir über seinen Abgang kein Wort gesagt und nur zugegeben, daß er auf unbestimmten Urlaub gehe.

Selbst der Großvezier scheint mir überrascht und erstaunt, daß Graf Metternich so schnell vom hiesigen Schauplatze verschwindet und wiederholte mir, was er mir schon neulich einmal gesagt hatte, daß die Beziehungen des deutschen Botschafters zu ihm und auch zu den anderen Ministern sich in letzter Zeit sehr gebessert hätten. Andererseits sprach er sich aber diesmal offener über die Fehler des Grafen Metternich aus als neulich und meinte, dieser wäre nicht der gegebene Mann für den hiesigen Posten, er hätte es nicht verstanden, mit den hiesigen Leuten umzugehen und hätte sich so mit den meisten von allem Anfang an schlecht gestellt. Der Großvezier warf Graf Metternich – vielleicht mit Recht – vor, daß er in der allerersten Begegnung, die er nach seiner Ankunft in Konstantinopel mit ihm hatte, die armenische Frage zur Sprache gebracht und der türkischen Regierung wegen ihres Vorgehens schwere Vorwürfe gemacht hätte.

Ganz besonders nimmt aber Said Halim Pascha dem Grafen Metternich seine Haltung in der Schulfrage übel. Gewisse, wahrscheinlich auf Grund erhaltener Instruktionen vom deutschen Botschafter gemachte Andeutungen, daß diese Frage so ernst sei, weil die Zentrumsparthei auf eine günstige Erledigung derselben sehr halte und deshalb der deutschen Regierung an einer solchen Lösung sehr daran liegen müsse, sind hier an manchen Orten dahin ausgelegt worden, daß Graf Metternich hier die Politik des Zentrums vertreten wolle. Man begegnet jetzt oft der Bemerkung: „Il était trop catholique“. Dieser Eindruck, daß Graf Metternich eine katholische Politik treibe, ist bei den türkischen Ministern noch durch eine Unterredung vertieft worden, die dieser mit Talaat Bey hatte und in welcher er der türkischen Regierung

die Überlassung des Coenaculum in Jerusalem nahelegte. Er begründete diese Suggestion damit, daß dadurch die Zentrumsparthei günstiger gestimmt werden könnte, was wieder der deutschen Regierung es leichter machen würde, in der Schulfrage nachzugeben.

Es ist interessant, festzuhalten, wie die Türken in Fragen des Katholizismus empfindlich geworden sind und wie sehr sie gegen die von Seite Deutschlands etwas plump und gewalttätig in Szene gesetzte katholische Propaganda-Aktion mißtrauisch sind.

Es muß uns dies ein Fingerzeig sein, daß auch wir bei unserer verhältnismässig bescheidenen Aktion uns diese Stimmung vor Augen halten und mit äußerster Vorsicht vorgehen müssen.

Der angeblich als zeitweiliger Vertreter des Grafen Metternich und als Geschäftsträger nach Konstantinopel entsandte Herr von Kühlmann war, wie Ew. erinnerlich sein dürfte, zu Anfang des Krieges hier Botschaftsrat unter dem Botschafter Baron Wangenheim. Er unterhielt damals sehr gute Beziehungen zu den maßgebenden türkischen Staatsmännern und unter diesen mit Halil Bey, der um jene Zeit noch nicht Minister des Äußern war.

Ich habe Herrn von Kühlmann viel gesehen damals und habe von ihm einen guten Eindruck gewonnen. Es ist mir heute nicht bekannt, für wie lange Zeit diese Geschäftsträgerschaft in Aussicht genommen ist und was für Absichten die deutsche Regierung betreffs der Wiederbesetzung des Postens hegt. Ich glaube aber, daß es kein glücklicher Gedanke wäre und es hier auch nicht gerne gesehen würde, wenn der Posten eines deutschen Botschafters zu lange unbesetzt bleiben sollte. PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 210



BEILAGE ZU BERICHT NR. 82/P, SMYRNA, 12. NOVEMBER 1916 [SIEHE S. 364]

Des Arméniens troublent la paix des morts

Smyrna, 9 Novembre 1916

Communiqué du Vilayet

La vilayée nous communique:

Quelques Arméniens, mal intentionnés, non contents des malheurs provoqués par eux au détriment de leur correligionnaires et de la population paisible en général, ont poussé le manque de scrupule jusqu'à aller troubler dans leurs tombes la paix des morts. Contraints de faire des aveux, ils ont été [obligés de] retirer eux-mêmes des cercueils des morts et parmi leurs ossements, les preuves matérielles de leurs

agissements subversifs consistant en armes et mécanismes à dynamite qu'ils ont remis à la police.

On ne saurait assez stigmatiser la noirceur d'âme qui a pu conduire ces malfaiteurs à de telles horreurs.

Article paru dans «La Réforme»

HHStA PA XII 463



Waffenfunde armenischer Provenienz

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GENERALKONSULAT
SMYRNA

Nr. 82/P

Vertraulich

1 Beilage [Siehe S. 363]

Smyrna, den 12. November 1916

In einer seit zirka 30 Jahren aufgelassenen Gruft „Foscolo“ des hiesigen katholischen Friedhofs sind, wie telegrafisch gemeldet, Bomben und Gewehre armenischer Provenienz gefunden worden. Die Angaben des in Haft genommenen armenischen Totengräbers haben auch zur Entdeckung von Bomben in einem neben der armenischen Kirche in Karatasch gelegenen Brunnen geführt.

Alle diese Waffen sind älteren Datums und stammen angeblich noch aus der hamidischen Zeit.

Im Laufe der Enquete soll nun ein junger Armenier, der aus seinem Versteck zum Militärdienst herangezogen wurde, aus Rache eine Reihe seiner Korreligionäre als Revolutionäre denunziert und hinzugefügt haben, dass in der hiesigen armenischen Gemeinde noch eine Menge Waffen versteckt gehalten werden. . . .

Nachdem die daraufhin eingeleiteten Recherchen zu keinem befriedigenden Resultate geführt haben, forderte Rahmy Bey den armenischen Erzbischof auf, ihm ungesäumt alle Revolutionäre anzugeben, da er andernfalls *die ganze Nation mit Msgr Endjian an der tête* in's Landesinnere verbannen werde.

Weder der Erzbischof noch die Gemeinde waren jedoch im Stande, Rahmy Bey irgend welche Revolutionäre zu nennen, woraufhin am 8. 9. d. Mts. ca 200 Armenier verhaftet und 160 sofort als erste Staffel – angeblich nach Angora – expediert wurden. Zu gleicher Zeit erschien auch das beiliegende Communiqué des Vilajets in allen hiesigen Zeitungen.

Dieser odiosen Massnahme des Generalgouverneurs, – die hier *viel böses Blut* gemacht hat, – wurde dank dem energischen Eingreifen des hier glücklicherweise anwesenden Marschalls Liman Pascha Einhalt gemacht: die Arretierungen wurden gestoppt und die bereits Verbannten sollen zurückbefördert werden . . .

Liman Pascha reiste am 11. d. Mts. von hier nach Konstantinopel ab, wo er über die vorstehende Angelegenheit dem deutschen Botschafter referieren wird.

Gleichlautend berichte ich nach Wien.

Der k. u. k. Konsul & Gerent: RADIMSKÝ m. p.

Seiner Exzellenz
Herrn Markgrafen Pallavicini, Konstantinopel

HHStA PA XII 463



Amerikanische Demarchen zugunsten der Armenier

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 89/P.A

Konstantinopel, am 21. November 1916

Die deutsche Botschaft hat den Auftrag erhalten, die Schritte, welche die amerikanische Regierung zur Verhinderung weiterer Armenier-Verfolgungen auf der Pforte macht, ihrerseits zu unterstützen.

Herr von Kühlmann sagt mir, dass er es jedenfalls vermeiden werde, seine Tätigkeit in Konstantinopel und seine Konversationen mit den türkischen Ministern damit zu beginnen, dass er sich für die Armenier einsetze. Er müsse mit Recht befürchten, dass er sich dadurch hier – ebenso wie es bei Graf Metternich der Fall war – in höchstem Grade unbeliebt machen würde, worunter die ohnehin schon sehr heiklen Verhandlungen, die gegenwärtig in anderen wichtigen Fragen zwischen der deutschen und der türkischen Regierung geführt werden, notwendiger Weise ungünstig beeinflusst wären und sich noch schwieriger gestalten müssten. Herr von Kühlmann beabsichtigt daher, die amerikanischen Schritte vorläufig nur durch einen Dragoman auf der Pforte zu unterstützen.

Ueberdies wird Herr von Radowitz, der gegenwärtig noch Geschäftsträger ist, aber dieser Tage abreist, heute gelegentlich eines Abschiedsbesuches bei Halil Bey in freundschaftlicher Weise die armenische Frage berühren, und vor Akten weiterer Verfolgung warnen.

Die armenische Frage ist dadurch neuerlich wieder akut geworden, dass sich die türkischen Behörden in Smyrna wieder einmal eines recht groben Uebergriffes gegen die Armenier schuldig gemacht haben. Eine grosse Anzahl Armenier sind aus Smyrna ausgewiesen worden, angeblich, weil auf einem armenischen Friedhof vergrabene Bomben und Explosivstoffe gefunden worden waren. Da diese aus der Abdul Hamidischen Zeit stammen, und die meisten der verschickten Armenier reiche Leute waren, ist wohl mit Sicherheit anzunehmen, dass es sich den Behörden in erster Linie um eine Erpressung gehandelt hat.

Wie das k. u. k. Generalkonsulat in Smyrna berichtet, und wie mir Marschall

Limán auch selbst erzählte, hat dieser auf das energischste gegen die vom Vali verfügte Verschickung protestirt und deren sofortige Rückgängigmachung gefordert. Der Marschall erklärte Rahmy Bey unumwunden, dass er ein solches Vorgehen, solange er Kommandant der V. Armee sei, nicht dulden werde und drohte damit, er werde die Polizisten, falls sie gegen die Armenier vorgehen, durch das Militär einfach verhaften lassen. Rahmy Bey hat schliesslich nachgegeben, und so kann es der Energie Marschall Limans gedankt werden, dass diesmal Verschickungen von Armeniern in Smyrna verhütet worden sind.

Es beweist dieser Vorfall aber deutlich, welchen Chikanen und Gefahren die armenische Bevölkerung in der Türkei fortwährend ausgesetzt ist.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 463



Die Besserung der Lage der armenischen Zwangsauswanderer

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. KONSULAT
DAMASKUS

Nr. 32/P

Damaskus, 28. November 1916

Die mit Bericht vom 4. August d.J. No. 21/P gemeldete Zwangskonversion der Armenier zum Islam ist anerkennenswerterweise nach kurzer Zeit wieder aufgegeben worden. Die Einstellung fällt mit dem Amtsantritte des neuen Wali von Damaskus Tahsin Bey zusammen, und ist es somit naheliegend, sie seiner Initiative zuzuschreiben. Ob dies zutrifft oder ob es sich um eine allgemeine Massregel handelt, wäre nur durch einen Vergleich mit dem in anderen Wilajeten beobachteten Vorgänge sicher zu beurteilen.

Nunmehr ist seit kurzem auch sonst eine wirkliche Besserung des Loses der Armenier zu verzeichnen, welche einen völligen Systemwechsel in ihrer Behandlung zu bedeuten scheint. Man schafft alle früher nach dem Hauran und Kerak verschickten Armenier, soweit sie nicht in den Dörfern bereits sesshaft geworden sind, nach den Städten Syriens, um daselbst für ihre Ansiedlung Sorge zu tragen. Ihrer Mehrzahl nach sind es Frauen und Kinder, wie ja im allgemeinen bei der Deportierung die Männer von ihren Familien getrennt wurden. Von den nach dem Hauran und Kerak Verschickten sind seither allerdings ungefähr $\frac{1}{4}$ den Seuchen und dem Hunger erlegen, aber wenigstens der Rest wird, wenn die Massregel allgemein durchgeführt wird, dem Verderben entgehen können.

In Damaskus ist eine Anzahl grosser Häuser, die von der Regierung requiriert wurden, für die Unterkunft solcher zurückgeholter armenischer Familien angewie-

sen und in jedem derselben eine ziemliche Menge von ihnen untergebracht worden. Für ihren Lebensunterhalt sorgt die Behörde, indem sie ihnen ein Taggeld gewährt und sie mit dem Notwendigsten an Kleidern beteiligt. Den Frauen und erwachseneren Kindern wird Arbeitsgelegenheit verschafft, andere Kinder werden zum Schulbesuche angehalten. Mit der Aufsicht über diese Häuser wurden eigene Vertrauensmänner beauftragt.

Gegenüber der Tatsache der Besserung des Loses der Armenier ist es wohl von geringerer Bedeutung, welche Motive hierfür bestimmend waren und ob insbesondere Gründe administrativer Natur den Ausschlag gaben. Jedenfalls kamen unter anderen auch sanitäre Gesichtspunkte in Betracht, da das grenzenlose Elend dieser Familien der gefährlichste Krankheitserzeuger war. Nebenbei dürfte auch das Moment der Heranziehung des kulturell im allgemeinen auf höherer Stufe stehenden armenischen Elements zur Hebung des Niveaus der syrischen Bevölkerung eine Rolle spielen. Durch die Ansiedlung der Armenier in Syrien sind daselbst teils neue früher hierzulande unbekannte Erwerbszweige entstanden, teils die bestehenden verbessert worden. Dieser Einsicht ist durch ihre Ansiedlung hauptsächlich in den Städten Rechnung getragen worden, wo sich ihnen auch bessere Erwerbsgelegenheiten bieten.

Ein, so sehr man auch politische Notwendigkeiten ins Treffen führen mag, schreiendes Unrecht an der Menschlichkeit ist damit im Begriffe, soweit dies noch möglich ist, teilweise wieder gut gemacht zu werden.

Gleichlautend berichte ich unter gleichem Datum und sub No. 37/P nach Konstantinopel.

Der k. u. k. Generalconsul: RANZI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 463



„Schwarze Liste“ von angeblichen armenischen Revolutionären

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GENERALKONSULAT
SMYRNA

Nr. 90/P
Streng vertraulich

Smyrna, den 3. Dezember 1916

Die seinerzeit – vide ha. Bericht Nr. 82/P vom 12. v. Mts. – in's Landesinnere verbannten Armenier sollen bis auf ca 70–75 Personen welche die Reise in's Exil fortsetzen müssen, zurückgekommen sein.

Inzwischen hat Rahmy Bey sein mit schweren Drohungen verbundenes Verlangen nach Angabe von armenischen Revolutionären an die Nation wiederholt, woraufhin diese schliesslich 46 Personen (die zwar – nach dem Dafürhalten der Gemeinde – unschuldig sind jedoch ev. „verdächtig“ erscheinen könnten) angab.

Der Generalgouverneur begnügte sich nicht damit, sondern er legte der Gemeinde eine neue von der hiesigen Polizei zusammengestellte „schwarze Liste“ von 150 Personen „zur Ueberprüfung“ vor...

Diese Vorgänge haben begreiflicherweise den armenischen Conseil des Anciens in grosse Angst versetzt: nachdem ihnen die armenischen Revolutionäre nicht bekannt sind können sie trotz bestem Willen dem Wunsche des Vali nicht entsprechen und vollends *Unschuldige* anzeigen; andererseits befürchten sie aber neue Vexationen seitens der Lokalbehörden, wenn sie die „Liste“ nicht approbieren.

In ihrer grossen Bestürzung wandten sich einige Mitglieder der Gemeinde – *vertraulich* – auch hieher mit der Anfrage, ob die k. u. k. Botschaft durch *vorsichtige* Intervention (d.h. ohne zu erwähnen, dass einige Armenier ha. vorsprachen) zu ihren Gunsten nicht etwas tun könnte. Ihr bisheriger Protektor Liman Pascha ist momentan von Smyrna abwesend.

Gleichlautend berichte ich nach Wien.

Der k. u. k. Consul & Gerent: RADIMSKÝ m.p

Seiner Exzellenz

Herrn Markgrafen Pallavicini, Konstantinopel

HHStA PA XII 463



Zustände in Anatolien

K. UND K. MILITÄRBEVOLLMÄCHTIGTER
IN KONSTANTINOPEL

Mb. Nr. 103 von 1917

Konstantinopel, am 10. Jänner 1917

Nachfolgende Schilderungen der Zustände in Anatolien sind Berichten des k. u. k. Konsulates Samsun entnommen:

Für das kommende Jahr sind wegen Mangel an Arbeitskräften in den Gegenden zwischen Samsun und Sivas kaum 10% der Anbaufläche bestellt, Tausende von Flüchtlingen aus dem Kaukasus und den östlichen Vilajets bevölkern die Ortschaften und richten an den Feldern, Obst- und Weinpflanzungen erheblichen Schaden an.

Infolge völlig ungenügender Obsorge der Behörden herrscht unter den Ausgewanderten unbeschreibliches Elend und tiefe Unzufriedenheit, die aus Russland stammenden sehnen sich dorthin zurück. Für die öffentliche Gesundheitspflege geschieht fast nichts, ebenso läßt die Sicherheit viel zu wünschen übrig.

Ein Deutscher, der die Gegend Trapezunt-Merzifun bereiste, berichtet desgleichen über das viele Elend, welches ihm in jeder Form begegnete; die Behörden versagen, die von den Armeniern im Innern des Landes betriebene Seidenzucht, der Obst- und Weinbau, scheinen verloren, die Strassen sind im kläglichsten Zustande. Dabei hat die Corruption der Beamten seit den Armenier Massacres im Vorjahre an

Umfang noch zugenommen, wer stehlen konnte, tat es, am meisten die politische Behörde, die Polizei und Gendarmerie. So wird z.B. jetzt das Vermögen des Kaimakams von Merzifun, eines Günstlings des Valis von Sivas, auf 10–19000 Ltq geschätzt.

Ein Agent des österr. Lloyds in Trapezunt beschreibt die Zustände und Stimmungen in dieser Stadt während seiner Abreise, kurz vor der Einnahme durch die Russen: Die Behörden hatten vollständig den Kopf verloren, niemand fand an ihnen Unterstützung; die Leute wandten sich, alles im Stich lassend, zu regelloser Flucht. In Tschauschli wurde er von der erregten Menge, hauptsächlich türkischen Frauen, mit „deutsches Schwein“ etc. beschimpft und konnte er sich nur dadurch von Tätlichkeiten schützen, daß er sein ganzes Kleingeld hergab.

Ein mit dem Einkauf von Hanf und Hanfsamen betrauter Vertreter einer Budapester Firma berichtet über die schlimmen Erfahrungen, die er während einer mehr als viermonatigen Anwesenheit in Samsun und Umgebung bezüglich seines Berufes mit den türkischen Behörden dortselbst gemacht hat. Trotzdem ihm *Talaat Bey* bei seiner Abreise von Konstantinopel versichert hatte, er solle nur ruhig nach Samsun fahren, es sei dort alles für ihn vorbereitet, fand er nicht nur nicht das geringste Entgegenkommen bei den betreffenden amtlichen Stellen, sondern stieß überall und immer auf eine Verschleppungspolitik, so daß er noch nach Monaten seine Aufträge nicht erledigen konnte.

Für den k. u. k. Militärbevollmächtigten: [Unterschrift unleserlich]

An das
k. und k. Kriegsministerium, Wien

Kriegsarchiv, KM Präs. 47-1/4



Die armenische Frage in der Antwortnote der Entente

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPOL

Nr. 6/P.B

Konstantinopel, am 20. Jänner 1917

Die türkische Regierung hat den die armenische Frage betreffenden Passus in der Antwortnote der Entente bei der Publikation derselben unterdrückt, und haben auch die Minister mir gegenüber mit keinem Worte diesen Punkt berührt.

Wie ich nun erfahre, sind die türkischen Machthaber über die Behandlung der armenischen Frage in der Ententenote ebenso aufgebracht, wie über das Verlangen, dass die Türkei aus Europa verschwinde. Sie können aber erstere nicht so zu ihren politischen Zwecken ausnützen, wie das letztere und sind sogar genötigt gewesen, diese Bemerkungen der Note zu unterdrücken, da sie doch das Gefühl haben, dass selbst in mohammedanischen Kreisen ihre auf die Extermination der armenischen

Bevölkerung hinzielenden Massnahmen nicht gebilligt werden. Das rücksichtslose und unmenschliche Vorgehen gegen die Armenier hat doch nur bei den fanatisirten Anhängern des Komités und bei den Leuten Anklang gefunden, welche sich durch die Liquidation der Vermögen der deportirten und ermordeten Armenier bereichert haben, während die ruhiger denkenden Elemente in der Bevölkerung und zwar auch unter den Mohammedanern, in der Extermination dieser arbeitsamsten Nation im türkischen Reiche eine grosse ökonomische Gefahr für die Zukunft sehen.

Die Besprechung der armenischen Frage in der Antwortnote der Entente scheint nun im Komité ein Wiederaufleben des Hasses gegen die Armenier ausgelöst zu haben. Diese selbst sagen, dass die Entente ihnen einen sehr schlechten Dienst erwiesen habe, indem sie der türkischen Regierung die armenischen Massakres vorgehalten hat. Sie befürchten, dass die Folge dieses Vorgehens der Entente, die Inszenirung von neuen Verfolgungen sein werde, und behaupten sie dafür sichere Anzeichen zu haben.

Vor Allem haben sie konstatiert, dass die hiezu kompetenten Behörden den Auftrag erhalten haben, jede Vermögensübertragung von Gütern, welche Armeniern gehören, zu verweigern. Derartige geheime Befehle sind in den letzten Jahren stets die Vorläufer der armenischen Massakres oder Deportationen gewesen, weil man dadurch verhindern wollte, dass die Güter der Deportirten der Zwangsliquidation, dem besten Mittel zur Bereicherung der Türken auf Kosten der Armenier entzogen werden.

Ausserdem konnten die Armenier konstatiren, dass sich seit Uebergabe der Antwortnote bei den türkischen Machthabern wieder ein leidenschaftlicher Hass gegen die Armenier bemerkbar macht, welche sie als die Urheber des Aufrollens dieser Frage betrachten. Es würde nun ganz der türkischen Mentalität entsprechen, wenn die Regierung durch eine neuerliche Armenierhetze den Rest dieser Nation in der Türkei vernichten und dadurch die ganze armenische Frage in radikalster Weise aus der Welt schaffen wollte.

Die hiesigen Armenier sind namentlich seit den letzten Massakres und Deportationen sehr nervös und furchtsam, aber ich halte es auch nicht für ausgeschlossen, dass die impulsiven und fanatischen türkischen Staatsmänner auch noch die Dummheit begehen, durch eine gross angelegte neuerliche Verfolgung der Armenier sich nicht bloss bei ihren Feinden, sondern in der ganzen civilisirten Welt jede Sympathie zu verscherzen.

Obige Nachrichten sind mir erst in letzter Stunde zugekommen, ich werde aber noch Gelegenheit haben meinen deutschen Kollegen zu sehen, und die Angelegenheit mit ihm zu besprechen.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz

Herrn Ottokar Grafen Czernin, Wien

HHStA PA XII 463



Äußerung des Großveziers zur armenischen und syrischen Frage

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 9/P.A

Konstantinopel, 30. Jänner 1917

Als ich kürzlich mit dem Großvezier die Botschaft Mr. Wilsons an den Senat erörterte, kamen wir auch auf die Note zu sprechen, welche die türkische Regierung im Zusammenhange mit der Antwortnote der Entente an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, an die Neutralen gerichtet hat.

Ich sagte unter anderem, daß der ruhige und sachliche Ton der Note sicherlich einen günstigen Eindruck gemacht haben müsse. Said Halim Pascha antwortete, er wäre mit der Note selbst auch einverstanden gewesen, wenn er sie auch noch immer zu lange gefunden hätte. Der erste Entwurf sei noch länger gewesen und er habe darauf bestanden, daß Anwürfe über die Bedrückung der Finnländer, der Buren und der Irländer, wie solche den Noten Österreich-Ungarns und Deutschlands entlehnt worden waren, gestrichen werden, da, wie er sich ausdrückte, diese Fragen die Türkei gar nichts angingen und er auf dem Standpunkte stehe, daß man sich nicht zu sehr um das kümmern solle, was fremde und feindliche Staaten mit ihren eigenen Staatsangehörigen machen, wenn man doch nicht zugeben wolle, daß sich die Fremden in die eigenen Angelegenheiten einmengen.

Der Großvezier sagte mir dann weiter, er bedauere es eigentlich, sich mit der Redigierung der Note nicht eingehender beschäftigt und sich bloß auf den Wunsch nach Streichung einiger überflüssiger Phrasen des Entwurfes beschränkt zu haben. Er sei nämlich der Ansicht, daß die Türkei einmal in unzweideutiger Weise vor der ganzen Welt auf die fortwährenden Vorwürfe der Feinde wegen der Behandlung der Armenier und wegen der Strafmaßnahmen in Syrien reagieren müsse. Es müsse einmal angenagelt werden, daß die Maßnahmen, zu welchen die Türkei nicht nur berechtigt, sondern durch die Umstände gezwungen war, ihren Grund in den Machinationen der Russen, bzw. Engländer und Franzosen haben, so daß auf jene die Schuld für alles Geschehene zurückfalle. Die fragliche Note wäre vielleicht die günstigste Gelegenheit gewesen; er werde aber einen nächsten Anlaß benützen.

Ich habe dem Großvezier zu seinem Vorhaben nicht zugeredet. Denn so wahr sein Standpunkt auch sein möge, so ist doch nicht anzunehmen, daß sich die Türkei von der Schuld dadurch freimachen werde, daß sie diese auf andere zu schieben versucht; auch wird es der Türkei doch nie gelingen, darüber hinauszukommen, daß die Art und Weise der Durchführung der gegen die armenische Bevölkerung getroffenen Maßnahmen, selbst wenn man diese letzteren an sich als bis zu einem gewissen Grade begründet anerkennen sollte, einen Beweis unerhörter Roheit und asiatischer Unkultur darstellt.

Der k. u. k. Geschäftsträger: TRAUTTMANSDORFF

Seiner Exzellenz
Herrn Ottokar Grafen Czernin, Wien

HHStA PA XII 211

Wechsel in der türkischen Regierung

Mb. Nr. 327

Pera, 6. Februar 1917

an stelle des prinzen said halim welcher demission gegeben hat, wurde talaat bey zum großwesir ernannt. – talaat bleibt gleichzeitig minister des inneren und proviso-
risch auch finanzminister, bisheriger minister des äusseren halil bey wurde bautenmi-
nister, an seine stelle kam bisheriger handelsminister ahmed nessimi bey. – enver
pascha bleibt auf seinem posten. ursache des wechsels ist einerseits krisis in ernäh-
rungsfragen und diesbezüglicher fortwährender konflikt zwischen generalintendan-
ten und ressortminister, welche zu schlichten said halim pascha nicht genügend
energie besass. andererseits gegensatz in der reformfrage, über welche ich mit mbno
252, – von 27/1, – berichtet habe. – talaat ist in der inneren politik der mann der
rücksichtslosen brutalen energie, vertreter der extremen modernisierungsideen und
gleichzeitig der schowinistischen nationaltürkischen richtung, nach aussen ist er
überzeugter anhänger der zentralmächte und als solcher verlässlicher und entschiede-
ner als der bisherige großwesir.

POMIANKOWSKI gm

Kriegsarchiv, KM Präs. 47-1/13



Spionage und Attentatspläne der Armenier in Odrin

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 16/P.D

Zum Telegramm des Grafen O. Czernin
ddo. Sofia 12. Februar 1917 Nr. 58

Konstantinopel, am 24. Februar 1917

Konsul Nadamlenzki hatte Abschriften seiner Meldungen an die k. u. k. Gesandt-
schaft in Sofia über Spionage-Tätigkeit und Attentatspläne der Armenier in Odrin
auch mir seinerzeit mit dem Auftrage übermittelt, hievon an hiesiger zuständiger
Stelle sowie dem k. u. k. Militärbevollmächtigten Kenntnis zu geben.

Ich habe hievon abgesehen, weil ich mir dachte, dass es genügen dürfte, wenn die
k. u. k. Gesandtschaft in Sofia ihr notwendig erscheinende Mitteilungen an zuständi-
ger bulgarischer Stelle macht, und weil es mir rätlicher erschien, dass die türkische
Regierung durch die Bulgaren auf diese angeblichen Treibereien der Armenier in
Odrin aufmerksam gemacht werde, als durch uns.

Ich halte es nämlich nicht für ausgeschlossen, dass sich die Türken nur zu leicht
dazu entschliessen, gegen Armenier sehr strenge Massnahmen zu ergreifen, und
würde es lieber vermeiden, dass die Türken durch uns aufmerksam gemacht worden
wären, wodurch uns vor der Oeffentlichkeit für eventuelles übertriebenes Vorgehen

die Schuld aufgehalst würde. Ich habe von diesem Gesichtspunkte ausgehend vor einiger Zeit bereits Konsul Nadamlenzki telegraphiert, in der Angelegenheit mit grösster Vorsicht vorzugehen, weil es mir nicht ausgeschlossen schiene, dass die Türken einen blossen Verdacht gegen einzelne Armenier zum Vorwand nehmen könnten, für allgemeine und unerwünschte Massnahmen gegen die ganze armenische Bevölkerung von Adrianopel und der Umgebung.

Der k. u. k. Geschäftsträger: **TRAUTTMANSDORFF**

Seiner Exzellenz
Herrn Ottokar Grafen Czernin, Wien

HHStA PA XII 211



Unterdrückung eines Berichtes über die Armenierverfolgungen

Eingelangt von:

KAISERLICH OTTOMANISCHE GESANDTSCHAFT

Protokoll Nr. 3210 ex 1917

Zur Einsicht: Ante expeditionem: der St. P. Z. E. ST.

23. 2. / 26. 2. 1917

In einer als „nicht amtlich“ bezeichneten und nur von einem Dragoman unterfertigten Zuschrift teilt die kaiserlich ottomanische Gesandtschaft mit, daß 3 an der Schule in Aleppo wirkende deutsche Lehrer nach ihrer Rückkehr nach Deutschland dem Auswärtigen Amte in Berlin einen Bericht über die Lage erstattet haben, worin sie unter anderem die türkische Regierung für die Armenierverfolgungen verantwortlich machen. Dieser Bericht sei von schweizerischen Blättern veröffentlicht worden und dient zu bekannten Propagandazwecken. Die zuständigen Stellen in Konstantinopel glauben annehmen zu können, daß die hiesige Zensurbehörde eine etwaige Veröffentlichung dieser schweizerischen Hetzartikel durch die Wiener Presse nicht dulden werde. Dies werde nicht amtlich zur h. o. Kenntnis gebracht.

Da im Kr. Ue. A. auch das Min. d. Aeußern durch einen Funktionär vertreten ist, wäre das Geschäftsstück dem Kr. Ue. A. zur weiteren Veranlassung abzutreten.

(Auf Umschlag über das Exhibit).

Wird dem k. u. k. Kriegsministerium (Kr. Ue. A.) zur weiteren geeignet erscheinenden Veranlassung übermittelt.

Wien, am 28. Februar 1917

Präsidium des
k. k. Ministerium des Innern

Allgemeines Verwaltungsarchiv, Präsidium des k. k. Ministeriums des Innern



Der Krieg diene dem Zentralkomitee der jungtürkischen Partei als Gelegenheit, den Handel und die Industrie den Armeniern und Griechen zu entreißen

Konfidenten-Bericht

Nr. 47

Konstantinopel, 27/2. 1917

Die jungtürkische Partei lässt sich nicht nur in politischen und Nationalitätenfragen, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht vom extremsten Chauvinismus leiten. Der Krieg diene den Türken als günstige Gelegenheit dazu, um namentlich in Anatolien und Syrien den Handel und die Industrie den Händen der Armenier und Griechen zu entreissen, in Konstantinopel aber die Tätigkeit der europäischen Kommissionäre lahmzulegen. Der Impuls hiezu ist von der Regierung, beziehungsweise vom Zentralkomitee der jungtürkischen Partei ausgegangen. Die Valis und Mutessarifs der einzelnen Provinzen gingen umso eifriger an die Verwirklichung der Pläne der Regierung, als ihnen die „Nationalisierung“ des Handels Gelegenheit bot, grosse Vermögen zusammenzuraffen. – Dass die Valis tatsächlich instruktionsgemäss vorgehen, erhellt aus einem in meine Hände gelangten Jahresberichte des Gouverneurs von Aleppo an das türkische Handelsministerium, worin folgender Passus vorkommt:

„Mit Genugtuung kann ich melden, dass es, den Intentionen der Regierung gemäss, gelungen ist, sowohl hier als auch im Sandjak Marasch eine völlige Aenderung der Verhältnisse herbeizuführen. Mein Vilayet ist von christlichen Elementen gesäubert. Während noch vor 2 Jahren mehr als 80% der Kaufleute und Gewerbetreibenden aus Christen bestanden, entfallen derzeit 95% auf die Mohammedaner und nur 5% auf die Christen.“

Nach dieser Einleitung wird detailliert aufgezählt, welche Gewerbezweige in verlässliche muselmanische Hände übergegangen seien. Beachtenswert ist, dass der Bericht nicht von Griechen, Armeniern oder Arabern, sondern kollektiv von Christen spricht.

Für uns erscheint eine solche Gestaltung der Verhältnisse überaus bedenklich, da jene muselmanischen Elemente, die sich jetzt, dank der Gnade der einzelnen Gouverneure und Bezirkschefs, in den Geschäften und Unternehmungen der teils vertriebenen, teils zugrundegegangenen Armenier und Griechen etabliert haben, zum überwiegenden Teile nicht die geringste kommerzielle oder industrielle Bildung besitzen; abgesehen davon, dass ihre Verlässlichkeit mehr als zweifelhaft ist, muss auch berücksichtigt werden, dass sie, als Kreaturen, der Lokalbehörde, beziehungsweise dem Lokalausschusse des Komitees blinden Gehorsam schulden. Daraus folgt nun, dass sie nur mit den von diesen designierten Ex- und Importeuren in Verbindung treten wollen. Der Vali wird nach seinem Gutdünken heute die Deutschen favorisieren, morgen vielleicht die Ungarn oder Oesterreicher. Wer garantiert aber dafür, dass sich seine Sympathien nach dem Frieden nicht den Franzosen, Engländern oder Amerikanern zuwenden werden? Es wäre daher verfehlt, wenn die Kaufleute und Fabrikanten der Monarchie auf Grund der gegenwärtigen Waffenbrü-

derschaft sich in rosigen Illusionen bezüglich der Expansion in der Türkei wiegen würden. Die jungtürkische Generation kennt nicht den Begriff der Dankbarkeit, und da im Grunde jeder Muselman xenophob ist, nimmt er keinen Anstand, aus materiellen Gründen demjenigen den Rücken zu kehren, der noch gestern sein Freund war und sich demjenigen anzubiedern, mit dem er vorgestern im Kampfe stand.

Ein vorzügliches Beispiel für diesen Typus eines modernen Türken bietet der Vali von Smyrna, Rahmy Bey, welcher enge Beziehungen mit den Engländern unterhält und darauf rechnet, nach dem Kriege mit englischen und französischen Kapitalien industrielle Unternehmungen ins Leben rufen zu können. Darauf kann es zurückgeführt werden, dass er gegenüber dem Vizepräsidenten der ungarischen Oelzentrale, der vom Ministerium um Abgabe eines Fachgutachtens angegangen wurde, und der die Oelfelder des Vilayets auf eigene Kosten bereiste, die schroffste Haltung bekundete und erklärte, dass sich das Ministerium eine überflüssige Mühe gab, eine Studienkommission zu entsenden; das Notwendige werde er ohnehin nach seinem eigenen Ermessen veranlassen.

Es ist Tatsache, dass die meisten Valis die Verfügungen der Zentralregierung nicht sehr respektieren, wenn es sich nicht um politische oder militärische Angelegenheiten handelt. Das vor 3 Jahren eingeführte Vilayet-Gesetz hat die Gouverneure mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet, und daher erscheint es empfehlenswert, dass unsere Unternehmer ihre Zeit nicht in Stambul verlieren, sondern trachten mögen, mit den einzelnen Valis selbst zu einer Vereinbarung zu gelangen.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA XL 275



Mißstimmung über die schrankenlos wuchernde Korruption

**K. UND K. MILITÄRBEVOLLMÄCHTIGTER
IN KONSTANTINOPEL**

AOK.NA. Nr. 3979
Streng geheim

Konstantinopel, am 18. März 1917

(...)

Die wirkliche Gefahr für Talaat Pascha liegt auf einem anderen Gebiet, nämlich in der steigenden Mißstimmung über die schrankenlos wuchernde Korruption. Die jungtürkischen Kreise wurden während des Krieges von einem wahren Bereicherungstaumel erfaßt: wie ich schon wiederholt zu melden in der Lage war, hat diese rücksichtslose Bereicherungssucht hauptsächlich in der Approvisierung und im Geldwesen ganz unerträgliche Zustände geschaffen. Es wurde geradezu als patrioti-

sche Pflicht der Mohammedaner proklamiert, sich zu bereichern, unter der stillschweigenden Voraussetzung: „auf Kosten der christlichen Geschäftsleute.“

Aber die jungtürkischen Führer hatten bei der Proklamierung dieses Schlagwortes nicht bedacht, daß diese Bereicherung in erster Linie auf Kosten der konsumierenden Bevölkerung, in zweiter Linie auf Kosten des Staatssäckels und nur in den seltensten Fällen auf Kosten ihrer geschäftskundigeren christlichen Konkurrenten durchführbar sei.

(...)

Es wird ganz unverhohlen erklärt, daß alle innerpolitischen Maßnahmen der Regierung von der Geldgier der führenden Männer diktiert wurden und werden, wie z. B. der seinerzeitige Boykott österreich-ungarischer, dann griechischer Waren, die Armenierverfolgungen, das Vorgehen gegen die ausländischen Reeder, die Approviierungsmaßregeln ...

(...)

Der Gesamteindruck der in der Kammer vorgebrachten Beschwerden ist, daß die Regierungsorgane heute ganz ebenso bestechlich und gewissenlos sind, wie in früheren Zeiten.

POMIANKOWSKI

An den k. und k. Chef des
Generalstabes in Feldpost 11

Kriegsarchiv, KM Präs. 47-1/26-1917



Djavid Bey im türkischen Kabinett

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 25/P.B

Konstantinopel, 24. März 1917

Ich habe schon in meinen letzten Berichten über das neue türkische Kabinett hervorgehoben, daß Djavid Bey demselben das Gepräge gibt. Nun hat mir dieser selbst sein politisches Programm auseinandergesetzt und einiges über seinen Eintritt ins Kabinett erzählt, was meinen Eindruck bestärkt, daß der Finanzminister mehr und mehr die Richtlinien der inneren und der äußeren Politik angibt.

Djavid Bey erzählte mir, daß er für seinen Eintritt in das Kabinett Talaat Paschas die Bedingung gestellt habe, daß man ihm in wirtschaftlichen Fragen vollkommen freie Hand lasse. Außerdem habe er eine vollständige Änderung der Politik der Regierung in der armenischen, griechischen und arabischen Frage verlangt und sogar ausbedungen, daß die Entscheidung über das Vermögen der Deportierten in höchster Instanz dem Finanzministerium zugewiesen werde. Er habe jetzt alle die Vermögensliquidierungsangelegenheiten dort konzentriert, wolle für eine schonende und

gerechte Abwicklung der Liquidationen sorgen und den Armeniern, soweit als möglich, ihr Vermögen rückerstatten lassen.

Der Minister bezeichnete mir gegenüber die Verfolgungen der Armenier, Griechen und Araber als größten Mißgriff des früheren Kabinettes. Vom politischen Standpunkt sei es ein großer Fehler gewesen, ganze Nationen zu verfolgen und ausrotten zu wollen und vom wirtschaftlichen Standpunkte wäre die Vernichtung arbeitsamer Völkerschaften in der Türkei ein Verbrechen gewesen. Die heutige Regierung sei aber fest entschlossen, nicht nur diese Politik aufzugeben, sondern sogar gut zu machen, was möglich sei.

Die Tendenz, welche Djavid Bey bei dieser Politik verfolgt, ist ganz klar; er weiß, daß die Türkei den Krieg nicht mehr lange wird fortsetzen können und er rechnet mit dem Beginn der Friedensverhandlungen im Laufe dieses Jahres. Nun will er nicht vor einer Situation stehen, wie sie die früher verfolgte türkische Politik herbeiführen mußte, nämlich daß die Türkei ganz von dem guten Willen der Zentralmächte abhängt, welche sie vor der anklagenden feindlichen Welt in Schutz nehmen müßten. Er will sich bei der Friedenskonferenz nicht ganz den Zentralmächten ausliefern, die doch ihre eigenen Interessen denen des türkischen Verbündeten voraussetzen werden; wahrscheinlich fürchtet er auch, daß uns und Deutschland das Fallenlassen der Türkei sehr erleichtert würde, wenn von gegnerischer Seite die armenischen und arabischen Atrozitäten zur Sprache gebracht würden. Deshalb galt es für Djavid, rechtzeitig Umkehr zu halten und ein für die Friedensverhandlungen günstigeres Terrain zu schaffen, indem die Schuld für die Massakers der früheren Regierung in die Schuhe geschoben werden. Talaat Bey, der populärste Mann des früheren Kabinettes und einer der Hauptschuldigen an der unseligen Politik der Verfolgung der nichttürkischen Elemente hat die Logik der Argumente Djavids anerkannt. Er hat sich rasch gehäutet und folgt gerne den klugen, staatsmännischen Ratschlägen Djavids, diesen wieder mit dem Gewicht seiner Stellung und seiner großen Beliebtheit im Volke unterstützend.

Im Laufe der Unterredung frug ich den Finanzminister, warum sein Freund Hussein Djahid Bey nicht in das Kabinett eingetreten wäre. Djavid Bey antwortete mir, die Zeit für ihn wäre noch nicht gekommen, er sei zu radikal in seinen reformistischen Bestrebungen und hätte er unter anderem als Bedingung seines Eintrittes in das Kabinett die Annahme des lateinischen Alphabets für die türkische Sprache verlangt.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz

Herrn Ottokar Grafen Czernin, Wien

HHStA PA XII 211



Viscount Bryce: The Treatment of the Armenians in the Ottoman Empire 1915/16

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GENERALKONSULAT
TRAPEZUNT

Z. 21/P

Samsun, am 26. Mai 1917

So weit ich bisher in dies Buch Einsicht nehmen konnte, beruht dessen Inhalt, meinen Wahrnehmungen und Erkundigungen nach, zum grossen Teil auf Wahrheit.

Schon von Trapezunt aus hatte ich Gelegenheit, die offenbar auftragsgemässe Abschwächung der türkischerseits an den Armeniern begangenen Grausamkeiten, durch die Kaiserlich Deutschen Konsuln Grafen von der Schulenburg (Erzerum) und Dr. Bergfeld (Trapezunt) zu beleuchten.

Nachträglich erfuhr ich noch, dass das Eintreten Herrn Scheubner's, Deutschen Amtsleiters in Erzerum, zugunsten der Armenier, nicht die Billigung der Deutschen Botschaft und der Militär-Mission fand, und Graf von der Schulenburg von dieser Stelle und auch von General Bronsart beauftragt wurde, eine andere Haltung einzunehmen.

Erst persönliche Wahrnehmungen, u. a. auf der Akropolis von Kara-Hissar, wo Graf Schulenburg noch im Mai v.J. halbverweste Frauen- und Kinderleichen vorfand, veranlassten ihn zur Aenderung seiner Anschauung und Berichterstattung. –

Der der Deutsch-Georgischen Mission zugeteilt gewesene Stabsarzt Dr. H. Stoffels teilte mir erst kürzlich mit, dass er im Herbst 1915, zwischen Musch und Seert, in einer grösseren Anzahl früher armenischer Ortschaften in Kirchen und Häusern verkohlte und verweste Frauen- und Kinderleichen gesehen habe.

Gleichlautend berichte ich nach Konstantinopel.

Der k. u. k. Konsul: KWIATKOWSKI

Seiner Exzellenz
Herrn Ottokar Grafen Czernin, Wien

HHStA PA XII 463



Behandlung der Griechen in der Türkei

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 75/P.D

Jeniköj, am 15. September 1917

Die türkische Regierung hat seit Abbruch der Beziehungen mit Griechenland die in der Türkei lebenden Griechen, und zwar sowohl ottomanischer als hellenischer Staatsangehörigkeit über alle Erwartung gut behandelt. Die ottomanischen Griechen wurden mehr als früher zum Kriegsdienst herangezogen und diejenigen griechischer Staatsangehörigkeit wurden zum grössten Teile aus den zum Kriegsgebiete gehörenden Küstenstrichen ausgewiesen; es ist aber sonst nirgends gegen die Griechen aus dem alleinigen Grunde vorgegangen worden, dass sie Christen und dazu Griechen wären.

Man hat hier eingesehen, dass es nach der ganzen Lage der Dinge für die Türkei gegenwärtig kein Interesse sei, dass sich das Verhältnis der abgebrochenen Beziehungen mit Griechenland in einen Kriegszustand verwandle und man will es daher vermeiden, der griechischen Regierung ernstlichen Anlass zu Rekrimationen zu geben. Der weitere und hauptsächlichste Grund liegt aber darin, dass man hier zur Einsicht gekommen ist, dass das seinerzeitige Vorgehen gegen die Armenier nicht nur die Türkei in den Augen der ganzen Welt tief herabgesetzt hat, sondern auch sonst ein grosser Fehler war. Wäre es vor einem oder 1½ Jahren zu einem Kriegszustande zwischen der Türkei und Griechenland gekommen, so wäre hier vielleicht in noch ärgerer Weise gegen das griechische Element gewütet worden als seinerzeit gegen die Armenier.

Je näher das Ende des Krieges kommt, desto deutlicher zeigt es sich, wie schwer die türkische Regierung unter dem Eindrucke und unter den Konsequenzen der an den Armeniern verübten Greuelthaten zu leiden hat. Dieser nicht gut zu machende Fehler wird den damals am Ruder gestandenen und heute noch regierenden Männern von den unzufriedenen Elementen in der Türkei mit immer größerer Wirkung vorgeworfen und gegen sie ausgenützt. Die türkische Regierung selbst sieht sich aber auch bei allen Friedens-Plänen und Kombinationen durch die armenische Frage in ihrer Bewegungsfreiheit gehemmt. Es ist nicht so sehr die Angst, die armenischen Provinzen zu verlieren, – man würde diesen Verlust vielleicht sogar verhältnismässig leicht verschmerzen – es ist vielmehr das Gefühl, dass die armenische Frage von allen Mächten (Freund und Feind) zum Anlass genommen werden wird, um sich wie früher in die inneren Fragen der Türkei einzumengen und so die Türkei die Errungenschaft des gegenwärtigen Krieges – das Kapitulations-Regime abgeschüttelt zu haben – auf der seinerzeitigen Friedens-Konferenz wieder einbüßen könnte.

Der k. u. k. Geschäftsträger: TRAUTTMANSDORFF

Seiner Exzellenz
Herrn Ottokar Grafen Czernin, Wien

HHStA PA XII 463

Türkisches Desideratum nach einer largeren Interpretierung des geheimen Vertrages

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 85/P
Streng geheim

Jeniköj, den 20. Oktober 1917

Mit meinem Telegramm Nr. 581 vom 17. d. M. habe ich Euer Excellenz das türkische Desideratum gemeldet, dass die Centralmächte nicht nur – wie im geheimen Vertrage stipuliert – die Integrität des Ottomanischen Reiches garantieren, sondern – in einem Zusatze zu demselben – dafür Gewähr leisten sollen, dass beim Friedensschluss auch keine Bedingungen (Autonomie einzelner Provinzen) der Türkei auferlegt werden, welche einer Loslösung derselben vom Reiche gleichkäme. Ich hatte auch berichtet, dass Kaiser Wilhelm in dieser Sache persönlich eingreifend, Herrn von Kühlmann beauftragt hat, zur Lösung derselben eine der türkischen Wünsche möglichst rechnungstragende, zweckentsprechende Formel zu ermitteln, eine Aufgabe, welche der Staatssekretär durch eine vage Zusage lösen zu hoffen scheint.

Hiezu glaube ich ergänzend melden zu sollen, dass diese Lösung mir aus naheliegenden politischen Gründen nur dann möglich erscheint, wenn Deutschland – wie übrigens nicht das erste Mal – ein Versprechen eingeht, welches es nicht zu halten gesonnen ist. Andernseits glaube ich aber auch nicht, dass die türkischen Machthaber auf eine solche Versprechung allzu ernst bauen werden. Es dürfte sich vielleicht bei ihnen um den Wunsch handeln, ihren politischen Freunden gegenüber ein positives Ergebnis des Kaiserbesuchs vorführen und beweisen zu können, dass die Türkei auch in dieser Hinsicht durch das Bündnis mit den Mittelmächten gedeckt ist.

Was unsere Stellungnahme zu dieser Angelegenheit anbelangt, so dürften – da wir nur zum Vertrage accediert haben, uns keinesfalls grössere Verpflichtungen, auch in der Ausführung – als Deutschland erwachsen und somit scheint es mir, dass es nicht zu entgehen, aber auch ganz unbedenklich sein wird, wenn die k. u. k. Regierung einer eventuellen, deutscherseits der Türkei zu gebenden Versicherung beipflichtet.

Herr von Kühlmann, wie immer er diese tückische Art, aus dem Kaiserbesuche Kapital schlagen zu wollen, einschätzt, teilt übrigens ganz meine Meinung, dass wir unbedingt die Türkei mit Brot und Geld weiterunterstützen müssen. (Namentlich müsse ihr Weizen aus Rumänien zukommen), denn solange, aber nur solange, können die Mittelmächte auf das Osmanenreich rechnen.

Uebrigens sagte mir der Staatssekretär, dass wenn er auch, wie natürlich bei solchen Anlässen, für eingehende Beobachtungen wenig Zeit gehabt habe, er jedenfalls bezüglich der momentanen politischen Situation mit dem Gesehenen recht zufrieden sei.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Ottokar Grafen Czernin, Wien

HHStA PA I 522

Türkisches Verlangen einer großzügigeren Interpretierung der geheimen Bündnisverträge und bulgarische Wünsche bezüglich der Dobrudscha anlässlich des Besuches S. M. des deutschen Kaisers in Konstantinopel und Sofia

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
BERLIN

Nr. 150/P
Streng geheim

Berlin, am 26. Oktober 1917

Ueber die Verhandlungen, die während des Aufenthaltes Kaiser Wilhelms in Constantinopel mit der türkischen Regierung geführt wurden, teilt mir Herr von Kühlmann Folgendes mit.

Bekanntlich stipulierte der Artikel I des geheimen deutsch-türkischen Bündnisvertrages vom Januar 1915 den Eintritt des casus foederis, sobald eines von den beiden Ländern von Seiten Englands, Frankreichs, Russlands oder der Balkanconfoederation angegriffen wird. Auf türkischen Wunsch wird nunmehr der casus foederis auch auf Italien ausgedehnt.

Ebenso hat sich Deutschland bereit erklärt, dem Verlangen der Pforte nachzugeben, den für sie nachteiligen Artikel II des geheimen Vertrages ganz fallen zu lassen – wonach die Türkei zwar verpflichtet wäre, Deutschland Waffendienste zu leisten, sobald dieses von England angegriffen wird, sie selbst aber erst bei einem gleichzeitigen Angriffe Englands *und* einer Continentalmacht von Deutschland die bewaffnete Hilfe fordern könnte.

Im sogenannten geheimen Vertrage, der im September 1916 von der deutschen und der osmanischen Regierung „über die Bedingungen bei Friedensschluss“ abgeschlossen wurde, hatten die beiden Staaten sich gegenseitig die territoriale Integrität ihrer Gebiete garantiert. Dem unmittelbar vor dem Besuche Kaiser Wilhelms in Constantinopel türkischerseits ausgesprochenen Verlangen, diesen geheimen Vertrag noch durch die formelle Zusage zu erweitern, dass der Türkei keine Bedingungen auferlegt werden, welche einer Loslösung einzelner Provinzen vom Reiche gleichkämen (Autonomie von Mesopotamien, Armenien*, Kaukasus, Arabien, Hedjas), wird ebenfalls deutscherseits entsprochen werden (vide Bericht des Botschafters Markgrafen Pallavicini vom 20. d. M. Nr. 85/P), und zwar durch folgenden Zusatz: „L'Empire Ottoman et l'Empire Allemand s'engagent à s'opposer à toute proposition qui serait formulée, lors des négociations de la paix, de façon à introduire de quelque manière que ce soit, une restriction ou limitation du droit de souveraineté absolue de l'un des deux Empires sur tout le territoire qui en fait partie intégrante et à ne pas conclure la paix tant que cette proposition ne sera pas écartée définitivement.“ Die etwaige Nichterfüllung eines solchen Verlangens deutscherseits hätte wohl unbedingt den Bruch der geheimen Verträge zur Folge haben müssen, was, wie mir Herr von Kühlmann sagt, der hiesige türkische Botschafter Hakki Pascha durch die Worte

* Späterer handschriftlicher Zusatz

charakterisierte „que poser une telle question veut dire en même temps la résoudre favorablement.“

Der Wortlaut dieser geheimen Zusatzverträge, welche die drei Wünsche der Türkei enthalten, wurde nunmehr anlässlich der Anwesenheit des deutschen Staatssekretärs des Aeussern in Constantinopel – vorbehaltlich der Genehmigung Kaiser Wilhelms und des Reichskanzlers, die selbstredend erteilt wird – paraphiert.

Herr von Kühlmann ersucht mich, Euer Excellenz von Vorstehendem Mitteilung zu machen und Hochdieselbe zu bitten, die k. u. k. Regierung möge auch ihrerseits den deutscherseits erfüllten, nicht zu umgehenden Wünschen der Türkei ihre Zustimmung erteilen, sobald dieselbe mit dieser Bitte an uns herantreten wird.

In Sofia wurde, wie mir der Staatssekretär sagt, auf sehr eindringliche Art und Weise die Ueberlassung der Dobrudscha an Bulgarien urgiert, worauf aber deutscherseits immer wieder ausweichend geantwortet wurde. Um die Gemüter zu beruhigen, wurde den Bulgaren die Ueberlassung zweier Kreise, die dermalen unter deutscher Militärverwaltung stehen, in Aussicht gestellt, wozu die Oberste Heeresleitung nunmehr auch ihre Zustimmung erteilt hat.

Seiner Exzellenz
Herrn Ottokar Grafen Czernin, Wien

Der k. u. k. Botschafter: HOHENLOHE

HHStA PA I 522



Über den Zusatzartikel zum Bündnisvertrag

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPOL

Nr. 93/P
Streng geheim
zum Bericht de dto Berlin, 26. X. 1917, Nr. 150/P

Konstantinopel, am 17. November 1917

In meinem Berichte Nr. 85/P. vom 20. Oktober d. Js. besprach ich den türkischen Wunsch, dass die Centralmächte in einem Zusatzartikel zu unserem geheimen Verträge dafür Gewähr leisten, dass beim Friedensschluss keine Bedingungen der Türkei auferlegt werden, welche der Loslösung einzelner Provinzen vom Reiche gleichkämen.

Wie Euer Excellenz wissen, hatte mir Herr von Kühlmann gesagt, er glaube, man könnte durch irgend eine vage Zusage diesem Verlangen wohl nachkommen.

Nun entnehme ich aus dem mir gütigst mitgeteilten Berichte des Prinzen Hohenlohe, dass die deutsche Regierung in dieser Angelegenheit in weitgehendster und preciser Form die Wünsche der Pforte berücksichtigen wird. Der mir mitgeteilte Text des Zusatzartikels erscheint eine namhafte Erweiterung des Artikels 2. *des heurigen Ergänzungsvertrages*, namentlich durch die zu übernehmende Verpflichtung

tung „de ne pas conclure la paix tant que cette proposition ne sera pas écartée définitivement.“

Unter solchen Umständen glaube ich auf diesen Gegenstand zurückkommen und Euer Excellenz besondere Aufmerksamkeit auf die der Türkei hiedurch eingeräumten allzu grossen Befugnisse lenken zu sollen, welche ihr seinerzeit eventuell möglich machen würden, den Friedensschluss zu verzögern.

Mein deutscher Kollege, welcher persönlich meine diesbezüglichen Bedenken teilt, sagte mir, Herr von Kühlmann sei der Meinung, dass wenn es zum Friedensschluss tatsächlich kommen sollte und das einzige Hindernis hiezu im Wunsche der Entente liegen würde, dass in den heute okkupierten türkischen Provinzen die Souveränität der Pforte in gewisser Beziehung eingeschränkt werde, die türkische Regierung im eigenen Interesse nicht auf ihrer Ablehnung verharren würde. Hiedurch würde die Frage vom praktischen Werte wesentlich verlieren.

Ich möchte meinerseits aber die Sache nicht im Voraus schon als so sicher hinstellen. Alles wird seinerzeit von den allgemeinen und insbesondere von den Machtverhältnissen der Regierung und des Komités abhängen. Lag es momentan in der Absicht der Pforte, aus dem Kaiser-Besuche hauptsächlich Kapital zu schlagen, so kann man doch nicht verkennen, dass die förmliche oder verschleierte 'Losreisung von Armenien, Mesopotamien, Syrien und Arabien das politische Todesurteil der jetzigen Machthaber wäre.

Dieses deutsche Entgegenkommen der Türkei gegenüber wird übrigens durch weitere Aeusserungen des Grafen Bernstorff an mich noch in recht merkwürdiger Weise beleuchtet. Der Botschafter erzählte mir, dass in Deutschland viele Politiker der Ansicht seien, dass die Türkei für diesen Krieg die pots cassés werde bezahlen müssen. So habe der gewesene Reichskanzler, Doktor Michaelis, als er ihm den hiesigen Botschafterposten antrug, dem Grafen Bernstorff gesagt, dass er eine recht schwere und undankbare Aufgabe übernehme, da der Friede wohl auf Kosten der Türkei geschlossen werden dürfte. Aber nicht nur auf Kosten der Türkei – welche Ansicht ich übrigens seit Kriegsausbruch vertrat – sondern auch auf Kosten Russlands wollen manche politische Kreise Deutschlands das Einverständnis mit England und so den Frieden herbeiführen. Deutschland würde hiebei die Ostsee-Provinzen und England Mesopotamien erhalten.

Endlich erlaube ich mir noch zu bemerken, dass die Streichung des Artikel 2. des Hauptvertrages vom Jänner 1915 mir auch nicht unbedenklich erscheint, indem diese Verfügung die Mitkontrahenten der Türkei ganz ohne Sinn in einen von der Pforte, vielleicht in einem Momente der politischen Verzweiflung mit Grossbritannien leichtfertig vom Zaun gebrochenen Streit verwickeln kann.

Allerdings müsste man in dieser ganzen Frage sich über den zu verfolgenden Zweck im Klaren sein, sowie namentlich darüber, ob Verträgen auch juridische oder nur rein politische Bedeutung zukommt. Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Ottokar Grafen Czernin, Wien

Friedensbedingung der Türkei: Räumung des von den Russen okkupierten türkischen Gebietes

Telegramm von Markgraf Pallavicini

Nr. 737
Chiffre

Pera, 21. Dezember 1917

Mein Telegramm Nr. 726 vom 17. d.M.

Großvezier bestätigt mir heute, daß eine der hauptsächlichsten Friedensbedingungen, welche die Türkei an Russland stellen werde, die Räumung des von Russen okkupierten türkischen Gebietes sei.

Ich habe Talaat Pascha bemerkt, daß meiner Ansicht nach Hauptsache sei, möglichst rasch mit Russland Frieden zu schließen. Nun könnte es sich, fuhr ich fort, ereignen, daß die jetzigen russischen Machthaber sich mehr durch theoretische Prinzipien als durch konkrete Konsiderationen leiten lassen, und wäre sehr möglich, daß sie speziell in Territorialfragen Standpunkt vertreten, daß den Bevölkerungen der beiderseits okkupierten Territorien freie Wahl gelassen werden soll, sich für die eine oder die andere Partei zu entscheiden. Dies könnte für die von den Russen besetzten Gebiete der Türkei der Fall sein.

Großvezier antwortete mir hierauf, daß dieses Prinzip für die okkupierten ottomanischen Gebiete keine Anwendung finden könnte, da sich dort jetzt nur mehr Türken befänden. Armenier gäbe es keine mehr und die Kurden hätten sich vor der russischen Invasion ins Innere zurückgezogen.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA I 1053



BEILAGE ZU BERICHT NR. 106/P.G DDO. COS-PEL 29. DEZEMBER 1917 [SIEHE S. 386]

Demande de soutenir l'entr'aide catholique

DELEGAZIONE APOSTOLICA
DI CONSTANTINOPOLI

Constantinopoli, le 24 Décembre 1917

Excellence,

Il paraît qu'un nombre d'environ cinq mille catholiques Arméniens, de la province de Cotorcioun, diocèse d'Erzérourm, ont été déportés en différentes régions de cet Empire. On ignore l'endroit précis, mais on croit qu'ils se trouvent à Eghine, Malatia, Kharpout, Aghabir. Leurs parents qui ont réussi à gagner la Russie avant la

guerre, se sont adressés au Saint-Siège pour faire des recherches sur ces familles, auxquelles ils veulent envoyer des secours pour cette affreuse misère.

En ce but humanitaire, je viens demander le concours des consuls de Votre Empire, afin qu'ils me dressent dans leur amabilité, s'il est possible, une liste des familles arméniennes catholiques de Cotorcioun, qui pourraient se trouver dans lesdites villes, ou partout ailleurs, d'après, leur connaissance.

Je prie Votre Excellence d'agréer l'expression de ma reconnaissance et de ma considération la plus distinguée. Délégué Apostolique: ANGE MARIE DOLCI m.p.

A Son Excellence le Marquis Pallavicini
Ambassadeur d'Autriche-Hongrie, Constantinople

HHStA PA XII 464



BEILAGE ZU BERICHT NR. 106/P. G DDO. COS-PEL 29. DEZEMBER 1917 [SIEHE S. 386]

L'impossibilité de soutenir l'entr'aide catholique

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Abschrift

Nr. 836/P

Constantinople, le 28 Décembre 1917

En réponse à la lettre de Votre Excellence du 24 Décembre, j'ai l'honneur de L'informer qu'il n'existe pas d'office consulaire austro-hongrois dans les régions où, d'après vos renseignements, de nombreux Arméniens Catholiques se trouveraient actuellement. Les quelques Consuls I. et R. d'Anatolie en sont fort éloignés et ils ne pourraient d'ailleurs, pour des raisons évidentes, s'adresser aux Autorités locales au sujet des recherches que préconise le Saint-Siège.

Je me vois par conséquent et à mon grand regret dans l'impossibilité de donner suite à la demande dont Votre Excellence a bien voulu m'entretenir. Veuillez agréer, Monseigneur, l'assurance de ma considération très distinguée. PALLAVICINI m.p.

A Son Excellence Monseigneur Ange Marie Dolci
Délégué Apostolique, Constantinople

HHStA PA XII 464



Ansuchen des Apostolischen Delegaten um Erkundigungen über deportierte katholische Armenier

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 106/P.G
2 Beilagen [Siehe S. 384 u. 385]

Konstantinopel, am 29. Dezember 1917

Mit dem abschriftlich mitfolgenden Schreiben hat mich der hiesige Apostolische Delegat gebeten, über das Schicksal etwa 5000 aus dem Bistum Erzerum stammender und angeblich ins Landesinnere deportierter katholischer Armenier durch die k. u. k. Konsularämter Erkundigungen einziehen zu lassen, da in Russland lebende Armenier sich diesbezüglich an den Heiligen Stuhl gewendet haben.

Da in diesem Belange bloss die von jenen Gebieten weit entfernten Konsularämter in Samsun und Mossul in Betracht kämen, habe ich dieser Bitte nicht nachkommen können und dem Apostolischen Delegaten dies im gleichfalls abschriftlich anverwahrten Schreiben mitteilen zu sollen geglaubt.

Es erschiene mir nicht unmöglich, dass diese humanitäre Aktion politische Zwecke verbirgt und, dass es sich hiebei für die russischen Armenier darum handelt, festzustellen, dass – trotz der türkischen Behauptung, es existieren nunmehr in Anatolien keine Armenier mehr – sich tatsächlich dort noch zahlreiche Armenier befinden. Auf Grund solcher Konstatierungen wird dann vielleicht russischerseits eine Autonomie für Armenien gefordert werden.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Ottokar Grafen Czernin, Wien

HHStA PA XII 464



Die Russen im Vilajet Trapezunt; armenische Banden im Gefolge

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GENERALKONSULAT
TRAPEZUNT

Z. 6/P

Samsun, am 16. Jänner 1918

Hadji Hamdi Bey, Abschnittscommandant bei Trapezunt, später bei Tireboli, entsandte einen seiner Offiziere in das von den Russen besetzte türkische Gebiet und soll von demselben folgende Mitteilungen erhalten haben:

Die Russen hatten auf wirtschaftlichem Gebiete Manches geleistet, u. a. in Trapezunt einen Hafen, eine Automobilstrasse von der russischen Grenze bis nahe an die Front gebaut. Die russischen Besatzungen zögen sich bereits zurück, Truppen

würden aus Trapezunt nach Odessa überführt. Die im Gefolge der Russen erschienenen armenischen Banden, in ihrer Hoffnung auf ein unabhängiges Armenien getäuscht, nähmen gegen die Russen eine feindliche Haltung ein und gedächten dem türkischen Vordringen Widerstand zu leisten. –

Sollte sich letztere Mitteilung bewahrheiten, dann wären bei dem noch immer bestehenden Armenier-Hasse Vergeltungsmassregeln an den in der Türkei verbliebenen Armeniern zu befürchten.

Gleichlautend berichte ich nach Konstantinopel.

Der k. u. k. Konsul: KWIATKOWSKI

Seiner Exzellenz
Herrn Ottokar Grafen Czernin, Wien

HHStA PA I 946



Banden in den armenischen Provinzen

Telegramm von Markgraf Pallavicini

Nr. 64
Chiffre

Pera, 4. Februar 1918

Bezug auf Telegramm No. 62 von gestern.

Halil Bey sprach mir heute von den Banden in den armenischen Provinzen und sagte mir, daß dieselben gegen die zwischen Erzerum und Erzinghian befindliche türkische Bevölkerung mit der größten Barbarei vorgehen.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA I 946



Aufstand im russischen Kaukasusgebiet?

Telegramm von Markgraf Pallavicini

Nr. 71
Chiffre

Pera, 8. Februar 1918

Mein Telegramm No. 67 vom 5. d. M.

Ich habe Eindruck, daß die türkische Regierung die von armenischen Banden in den bisher von Russland besetzten türkischen Gebieten angeblich verübten Greuel-taten zum Vorwand nimmt, um diese Territorien langsam wieder zu besetzen.

Enver Pascha hat dem k. und k. Militärattaché gestern gesagt, daß sich jetzt auch mohammedanische Banden bilden, welche bereits Trapezunt bedrohen sollen. Außerdem rechnet man türkischerseits auf einen Aufstand im russischen Kaukasusgebiete.

Gleichlautend Brest No. 2.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA I 946



Die angeblichen armenischen Banden an der Kaukasusfront

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 13/P.B

Vertraulich

zum h. a. Tel. Nr. 71 vom 8. d. M.

1 Beilage [Siehe S. 390]

Konstantinopel, am 9. Februar 1918

Der gegenwärtige Moment ist zwar von historischer Bedeutung, aber gerade die grossen Ereignisse, welche sich in den Parlamenten der Grossmächte und in Russland abspielen, lenken die ganze Aufmerksamkeit nach Auswärts. Hiedurch und durch die Abwesenheit der leitenden türkischen Staatsmänner ist seit einiger Zeit in Konstantinopel selbst eine vollständige innerpolitische Accalmie bemerkbar.

In dieselbe fiel plötzlich vor Wochenfrist die Euer Excellenz bereits telegrafisch gemeldete Nachricht, dass an der Kaukasus-Front armenische Freiwillige an Stelle der abgegangenen regulären russischen Truppen aufgetaucht seien und die dortige mohammedanische Bevölkerung misshandelten.

Im hiesigen Kriegsministerium haben Flüchtlinge aus diesen Gebieten schauerliche Dinge über die Greuelthaten dieser aus armenischen und georgischen, vormals in russischen Diensten befindlichen Freischärlern gebildeten Banden zu erzählen gewusst. Massen-Massacres von Türken, meistens Frauen und Kindern, seien namentlich in Erzinghian und Platana bei Trapezunt verübt worden.

Diese Nachrichten sind von der türkischen Regierung im Auslande verbreitet worden und brachte sogar die Agence Milli vor drei Tagen ein Kommuniké, wonach die Gefahr in dieser Zone für Alle so gross sei, dass die zur Regelung der aus dem Waffenstillstande entspringenden Fragen in Kikit tagenden ottomanischen und russischen Delegierten sich an den Kommandanten der III. türkischen Armee um Schutz gewendet hätten.

Kein Wunder also, wenn sich die Ottomanische Heeresleitung entschloss, den dortigen Truppen den Befehl zu erteilen, durch entsprechende Vorrückung die Fühlung mit den russischen Regulären (wo diese wohl sein mögen?) herzustellen.

Nun wissen die letzten Nachrichten von stets wachsendem Umfange der armenischen Bewegung einerseits, gleichzeitig aber von der Gegenbildung mohammedanischer Banden hinter der türkischen Front zu berichten; militärischerseits ziehe man Letztere für die Säuberung des von den Armeniern infestierten Territoriums vor, weil bei ihnen die Ernährungsfrage keine Sorgen hervorrufe. Gegenwärtig seien die armenischen Banden auf Trapezunt zurückgedrängt und dürfte diese Stadt bald eingenommen werden.

Ich habe zwar noch keine positive Handhabe, um an der Richtigkeit der obigen türkischen Schilderung zu zweifeln. Sie entspricht aber vollkommen der traditionellen Version, welche die Pforte seit Urzeiten bei jedem Christen-Massacre, und namentlich bei den armenischen Greueln stets ausgegeben hat. Es fehlt da gar nichts: einzelne Fälle, wo die sehr natürliche Verzweiflung der Rajas Gewalttaten vollbrachte, werden masslos aufgebauscht, die Bewegung wird immer gefährlicher, bis die Türken gezwungen werden, derselben ein Ende zu machen, natürlich in „sehr bedachter und massvoller“ Weise.

Für die Vermutung, dass auch hier ein Vorwand vorliegt, spricht der sehr wichtige Umstand, dass es sich diesmal in erster Linie nicht um die Eliminierung einiger Ueberbleibenden dieser unglückseligen Rasse handelt, sondern vor Allem, wie ich aus einem Gespräche mit einem angesehenen Komitémitglied entnehmen konnte, um die Rückgewinnung des von Russland okkupierten Gebietes. Ja von Eroberungen im Kaukasus-Gebiete, mit der Mithilfe der dort ansässigen Mohammedaner wird geträumt!

Dass diesen hochtrabenden Plänen, wenn sie tatsächlich bestehen, eine eminente politische Grundlage nicht abgesprochen werden kann, erscheint mir klar. Müssen doch die türkischen Machthaber, welche wohl dessen bewusst sind, dass ihnen die effektive Macht über die von den Engländern besetzten Gebiete verloren gegangen ist, diese Gelegenheit geradezu begrüßen, ihr Prestige wenigstens im Norden gegenüber dem russischen Chaos zu retten und vielleicht zu erhöhen; dies desto mehr, als die Gefahr doch immer noch besteht, dass wenn die Verhältnisse in Russland sich endlich konsolidieren, sich eben in jener Gegend ein armenischer Staat bilden könnte, dessen Grenzen bis weit in die Türkei hinein reichen würden. Raschheit des Handelns ist daher geboten und da die Türkei in dieser Frage ganz auf sich gewiesen ist, mag die Regierung sehr leicht auf die Idee gekommen sein, dadurch ein *fait accompli* zu schaffen.

Die sprichwörtlichen „Missetaten der Armenier“ würden hiefür, wie bereits so oft, einen ausgezeichneten Vorwand liefern und wenn hiebei nicht nur einige Ueberbleibenden der unglücklichen ottomanischen Armenier, sondern auch zahlreiche russische Konnationalen zu Grunde gehen, so dürfte dies im Auge der türkischen Regierung nur noch ein Vorteil sein.

Wie gesagt aber fehlen mir bis jetzt positive Daten für diese Annahme und endlich kann ich mir darüber noch kein Bild machen, ob angesichts der herrschenden Kommunikationsschwierigkeiten, namentlich was die Ernährung anbelangt, die ganze Expedition – wenn sie tatsächlich geplant ist, doch nicht mit einem Misserfolge enden wird.

Ich erlaube mir den heutigen Leitartikel des „Hilal“ noch beizuschliessen, welcher manche meiner obigen Ausführungen zu bestätigen scheint.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Ottokar Grafen Czernin, Wien

BEILAGE ZU BERICHT NR. 13/P. B DDO. COS-PEL 9. FEBRUAR 1918 [SIEHE S. 388]

Nouvelles alarmantes

On recevait à Constantinople depuis quelque temps des nouvelles très alarmantes sur l'état des choses dans nos provinces envahies par les Russes. On parlait de massacres en masses, de dévastations, de violences inouïes. Ces nouvelles impressionnaient profondément les habitants de la capitale et inspiraient des inquiétudes bien compréhensibles aux réfugiés qui, ayant laissé une partie de leurs parents et tous leurs biens dans ces provinces, s'étaient enfuis devant l'invasion russe.

Une note communiquée à la presse ottomane par l'agence Milli vient malheureusement de confirmer ces tristes nouvelles.

La note établit, il est vrai, que les atrocités ne sont pas commises par des soldats réguliers russes et que ce sont des bandes irrégulières qui dévastent le pays et massacrent les habitants. Mais cela n'adoucit aucunement la profonde douleur que nous ressentons.

Il paraît que les soldats réguliers russes se retirent systématiquement du front du Caucase. Où vont-ils? D'après quelques dépêches arrivées dernièrement de la Russie, ils se retirent vers le nord du Caucase pour lutter contre Kaledine établi au sud-est de la Russie, ou pour lui venir en aide. Quoiqu'il en soit, ce n'est pas ce qui nous intéresse maintenant; c'est la sécurité des habitants de ces malheureuses provinces envahies qui nous préoccupe; le gouvernement russe est libre, bien entendu, de disposer comme il l'entend de ses troupes; mais d'après l'acte d'armistice conclu entre nous et lui, il doit en même temps prendre les mesures nécessaires pour assurer la sécurité de la vie et des biens des habitants; il ne peut pas livrer ceux-ci privés de tout moyen de défense, aux exploits des bandes irrégulières, sauvages et féroces, assoiffées de sang; il devait bien présumer que nous ne pourrions pas rester longtemps comtempleurs indifférents des actes d'atrocité commis contre nos nationaux et nous serions forcés de prendre des mesures pour les protéger.

Déjà fortement impressionnée par ces nouvelles alarmantes: venant de ce côté, l'opinion publique exigeait du gouvernement des mesures énergiques afin de mettre fin au carnage atroce qu'on y commet.

Nous sommes bien aises d'apprendre par le communiqué de l'Agence Milli que le gouvernement vient de prendre une de ces mesures; il paraît qu'on s'y est décidé sur la demande expresse de la commission mixte russo-turque qui instamment sollicitait d'être protégée contre les bandes. La commission dont il s'agit était constituée d'après

l'acte d'armistice afin d'établir les bases de l'organisation spéciale des endroits restés libres entre les deux armées; c'est elle qui a prié le commandant de notre armée de la protéger contre les violences des bandes.

Ce fait en lui-même est très éloquent et n'a guère besoin d'être commenté. Les bandes ont poussé leur audace jusqu'à s'attaquer aux villes et à ne pas respecter les autorités russes elles-mêmes; ce sont celles-ci qui ont demandé l'intervention de notre armée. On peut donc se faire une idée, d'après ce fait, de la conduite des bandes envers les habitants sans défense et les ravages qu'elles commettent dans les provinces abandonnées.

Le gouvernement fera, bien entendu, son devoir. Mais il doit prendre des mesures non seulement pour le présent, mais aussi pour l'avenir; une fois que la retraite de l'armée russe a commencé, elle ne s'arrêtera guère, car provoquée par des causes profondes, la dissolution de l'armée russe est un fait fatal. Or, nous ne pouvons pas tolérer qu'en se retirant, l'armée régulière russe dont l'esprit de discipline et le sentiment de l'honneur pouvaient servir pour nous de garanties suffisantes pour la protection des biens et de la vie des habitants, abandonne ceux-ci aux excès des bandes irrégulières; cette situation elle-même crée pour nous deux sortes de devoir: le premier, extirper ces bandes sans merci et l'autre, ne pas perdre le contact avec l'armée régulière russe. Bien entendu, [si celle-ci] occupe un endroit fidèle aux conditions établies par l'armistice, nous n'aurons aucune inquiétude à nourrir au sujet du sort de ses habitants; mais aussitôt que cet endroit serait abandonné par les Russes et que les bandes commenceraient à le dévaster, notre devoir sacré est d'y accourir et de protéger nos nationaux.

HHStA PA I 946



Deutsche Bedingungen für einen Friedensvertrag

Telegramm von Prinz Hohenlohe

Nr. 117

Chiffre. Streng geheim

Berlin, 22. Februar 1918

Antwort der deutschen Regierung auf das Schreiben der russischen Regierung vom 19. d. M. (sogenanntes *Ultimatum*):

Deutschland ist bereit, unter folgenden Bedingungen mit Russland die Verhandlungen wieder aufzunehmen und Frieden zu schließen.

1. Das deutsche Reich und Russland erklären die Beendigung des Kriegszustandes. Beide Nationen sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft zusammen zu leben.

2. Die Gebiete, die westlich der den russischen Vertretern in Brest-Litowsk mitgeteilten Linie liegen und zum russischen Reich gehört haben, werden der territo-

rialen Hoheit Russlands nicht mehr unterstehen; die Linie ist in Gegend Dünaburg bis zur Ostgrenze Kurlands zu verlegen. Aus der ehemaligen Zugehörigkeit dieser Gebiete zum russischen Reiche werden ihnen keinerlei Verpflichtungen gegenüber Russland erwachsen. Russland verzichtet auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse der Gebiete. Deutschland und Oesterreich-Ungarn beabsichtigen, das künftige Schicksal der Gebiete im Benehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen.

Deutschland ist bereit, sobald der allgemeine Frieden geschlossen und die russische Demobilisierung vollkommen durchgeführt ist, das östlich der obgenannten Linie gelegene Gebiet zu räumen, soweit sich nicht aus Artikel 3 etwas anderes ergibt.

3. Livland und Estland werden von russischen Truppen und Roter Garde unverzüglich geräumt und von deutscher Polizeimacht besetzt, bis Landeseinrichtungen die Sicherheit gewährleisten und die staatliche Ordnung hergestellt ist. Alle aus politischen Gründen verhafteten Landesbewohner sind sofort freizulassen.

4. Russland schließt sofort Frieden mit ukrainischer Volksrepublik. Ukraine und Finnland werden ohne jeden Verzug von russischen Truppen und Roter Garde geräumt.

5. Russland wird alles in seinen Kräften stehende tun, um alsbald die ordnungsmäßige Rückgabe der ostanatolischen Provinzen an die Türkei sicherzustellen, und erkennt die Abschaffung türkischer Kapitulationen an.

6. a) Die völlige Demobilmachung des russischen Heeres einschließlich der von der jetzigen Regierung neu gebildeten Heeresteile ist unverzüglich durchzuführen.

b) Die russischen Kriegsschiffe im Schwarzen Meere, in der Ostsee und im Eismeer sind entweder in russische Häfen zu überführen und dort bis zum allgemeinen Friedensschlusse zu belassen oder sofort zu desarmieren. Kriegsschiffe der Entente im russischen Machtbereiche sind wie russische Kriegsschiffe zu behandeln.

c) Die Handelsschiffahrt im Schwarzen Meere und in der Ostsee wird wieder aufgenommen, wie es im Waffenstillstandsvertrage vorgesehen war; das Minenräumen dafür hat sofort zu beginnen. Das Sperrgebiet im Eismeeere bleibt bis zum Allgemeinen Friedensschlusse bestehen.

7. Der deutsch-russische Handelsvertrag von 1904 tritt, wie in Artikel VII Ziffer IIa des Friedens mit der Ukraine, wieder in Kraft unter Wegfall der in Artikel 11 Ziffer 3 Absatz 3 des ...* vorgesehenen besonderen Vergünstigungen für asiatische Länder; ferner wird der ganze erste Teil des Schlußprotokolles wiederhergestellt. Dazu kommt: Sicherung Ausfuhrfreiheit und Ausfuhrzollfreiheit für Erze; alsbaldige Verhandlung über Abschluß eines neuen Handelsvertrages; Sicherung Meistbegünstigung bis mindestens Ende 1925, auch für den Fall der Kündigung des Provisoriums; endlich Bestimmungen entsprechend Artikel VII Ziffer III, Ziffer IVa, Absatz 1 und Ziffer V des Friedens mit der Ukraine.

8. Die rechtspolitischen Angelegenheiten werden geregelt auf Grundlage der Beschlüsse der ersten Lesung der deutsch-russischen Rechtskommission. Soweit

* Chiffre verstümmelt

Beschlüsse noch nicht gefaßt sind, also insbesondere Ersatz von Zivilschäden, auf Grundlage der deutschen Vorschläge, Ersatz der Aufwendungen für Kriegsgefangene, auf Grundlage des russischen Vorschlages. Russland wird deutsche Kommissionen zum Schutze der deutschen Kriegsgefangenen, Zivilpersonen und Rückwanderer zulassen und nach Kräften unterstützen.

9. Russland verpflichtet sich, jegliche amtliche oder amtlich unterstützte Agitation oder Propaganda gegen die vier verbündeten Regierungen und ihre Staats- und Heereseinrichtungen, auch in den von den Zentralmächten besetzten Gebieten, einzustellen.

10. Vorstehende Bedingungen sind in 48 Stunden anzunehmen. Russische Bevollmächtigte haben sich unverzüglich nach Brest-Litowsk zu begeben und dort binnen drei Tagen den Frieden zu unterzeichnen, der innerhalb weiterer zwei Wochen ratifiziert sein muß.

Berlin, den 21. Februar 1918

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes: VON KÜHLMANN

Wurde Seiner Exzellenz dem Herrn Minister sub No. 1 nach Temesvár, Orsova und Crajova nachtelegraphiert.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA I 1053



Bericht über die Vollversammlung am 1. März 1918

Telegramm

vom Armeecoberkommando, Chef des Generalstabes

Nr. 113
Op. geh.

Baden, 1. März 1918

Feldmarschalleutnant von Csicseric meldet 1. März unter Nr. 15:

Vollversammlung vom 1. März 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags. Vorsitzender Gesandter von Rosenberg (Deutschland) begrüßt Russen, weist auf Dringlichkeit der Arbeit hin und schlägt die Bildung je einer politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Kommission vor. Russischer Vorsitzender Sokolnikow erklärt sich bereit, auf Grund der „den Russen durch die deutschen Waffen aufgezwungenen Bedingungen“ zu verhandeln, spricht sich aber gegen die Sonderkommissionen aus. Rosenberg geht auf die russische Ablehnung bedingungsweise ein und beginnt nunmehr, aus dem deutschen Ultimatum punktweise den Text des Kollektivvertrages abzulesen.

Aus Rosenbergs Ausführungen verdient die Neuformulierung der anatolischen Forderungen hervorgehoben zu werden; auf Deutschlands Vorschlag sollen der Türkei nicht nur die im gegenwärtigen Kriege von den Russen besetzten anatolischen

Gebiete zurückgegeben werden, sondern Russland hätte auch zuzugestehen, daß Erdehan [Ardahan], Kars, Batum ihr Schicksal völlig unabhängig, im Einvernehmen mit der Türkei zu bestimmen hätten. Diese von Moslims bewohnten Gebiete seien 1878 von der Türkei statt einer Kriegsentschädigung an das Zarentum abgetreten worden; die Einwohner hätten gerade in der jüngsten Zeit viel unter der russischen Soldateska zu leiden und sich mit Hilferufen nach Berlin und Stambul gewendet. Ihnen müsse geholfen werden. Weitere Erläuterungen Rosenbergs galten der Notwendigkeit, nicht nur die staatliche Unabhängigkeit Persiens, sondern auch Afghanistans zu sichern.

Nach Schluß der Rede des deutschen Vorsitzenden werden der russischen Delegation mit kurzen Bemerkungen die Entwürfe zu den rechtlichen und wirtschaftlichen Zusatzverträgen und die Karte mit der „blauen Linie“ überreicht. Russische Delegation hat nur zugehört, sich jeder meritorischen Äußerung bisher enthalten.

Nächste Sitzung: Auf Vorschlag der russischen Delegation 5 Uhr nachmittags.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA I 1052



Der Vorsitzende der russischen Delegation protestiert gegen den Artikel IV des Friedensvertrages

Telegramm von v. Mérey

Nr. 349

Brest-Litowsk, 3. März 1918

Vor Beginn der heutigen Vollsitzung fand eine Vorbesprechung der fünf Vorsitzenden statt, welche das Programm der Plenarsitzung feststellten und das in meinem gestrigen telegrafischen Berichte enthaltene Protokoll unterzeichneten, womit vereinbart wird, daß vorerst nur die fertigen Vertragstexte unterzeichnet werden und daß dadurch Giltigkeit des Vertrages nicht beeinträchtigt wird.

In der hierauf folgenden Plenarsitzung, in welcher ich den Vorsitz führte, wurden vorerst die Vollmachten vorgewiesen, wobei durch mich und Herrn von Rosenberg der Vorbehalt für die nachträgliche Unterfertigung der Verträge durch Euer Exzellenz und Herrn von Kühlmann gemacht wurde, der keinem Einwande begegnete. Hierauf gab Sokolnikow zwei Erklärungen ab. In der ersten wies er auf Artikel 4, letzter Absatz des Friedensvertrages (Batum, Erdighian [Ardahan]) hin, welcher über das Ultimatum hinaus gehe, somit eine neue, im Ultimatum fehlende Forderung aufstelle, welche Russland unter dem Drucke der Gewalt und des andauernden Vormarsches der deutschen Truppen anzunehmen gezwungen sei. Er protestiere gegen dieses Vorgehen, welches Russland militärisch und maritim schwer schädige, eine Gebietsveränderung ohne Befragung der Bevölkerung involviere und einer Annexion gleichkomme.

In seiner zweiten Erklärung wies er darauf hin, daß die Arbeiter- und Bauernregierung der russischen Republik von dem deutschen Ultimatum im Stadium der Demobilisierung getroffen wurde und daher gezwungen war, dieses anzunehmen und den ihr vorgelegten Friedensvertrag zu unterzeichnen.

Der Gang der früheren Verhandlungen in Brest-Litowsk habe gezeigt, daß der von den deutschen Vertretern angestrebte Friede von annexionistischen und imperialistischen Gedanken getragen sei. Es sei kein Verständigungsfrieden, sondern ein Gewaltfrieden, den Russland zähneknirschend unterfertige.

Unter dem Vorwand der Befreiung würden die Randvölker unterjocht und die dortigen herrschenden Klassen gegen die Arbeitermassen geschützt. Die russische Revolution werde geknebelt, indem ihr die Propagierung der revolutionären Ideen untersagt werde. Durch Besetzung der Ukraine und Finnlands stütze Deutschland die revolutionsfeindlichen Kräfte und sichere hiedurch, durch seinen weiteren Vormarsch, durch die Zuweisung Batums an die Türkei seine strategische Stellung. Das durch Bruch des Waffenstillstandes vergewaltigte und unter dem Drucke des fortdauernden deutschen Vormarsches stehende Russland habe keine Wahl; es unterzeichne den ihm vorgelegten Friedensvertrag, lehne jedoch jede Verhandlung darüber ab. Der hiemit erzielte Triumph des Militarismus und Imperialismus über die Revolution werde jedoch nur vorübergehend sein.

In meiner Entgegnung gab ich dem Bedauern Ausdruck über die scharfen Töne der russischen Erklärung. Wir hätten gehofft und gewünscht, daß an diesem Tage nur friedliche und versöhnliche Töne angeschlagen werden. Was den Protest gegen den Artikel IV anbelangt, so verweise ich darauf, daß russische Delegation genügend Zeit besaß und in der Lage war, über die ihr vorgelegten Vertragsentwürfe zu verhandeln und die ihr nicht genehmen Bedingungen abzulehnen. Wenn sie ohne zu verhandeln die Entwürfe en bloc annahm, so habe sie sich dies selbst zuzuschreiben. Was die jetzige Situation Russlands anbelangt, so sei es nicht Schuld der Vierbundmächte, wenn die Dinge diesen Gang nahmen. Zwei Monate dauerten die Verhandlungen, die bei entsprechender Verwendung von der russischen Seite reichlich Zeit geboten hätten, das Friedenswerk auf der zu Beginn einvernehmlich festgelegten Grundlage zu einem gedeihlichen Ende zu bringen. Wenn der Gang ein anderer war, so lehnen die Mächte des Vierbundes die Verantwortung hiefür ab. Sie legen aber auch Verwahrung gegen den Vorwurf der Vergewaltigung ein, der nicht zutreffe; alle Verantwortung treffe die russische Regierung allein, die gegen eine sachliche Verhandlung war. Fortsetzung folgt.

Gleichlautend Bukarest.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA I 1052



Protokolle der Friedensverhandlungen mit Rußland

ÖSTERR.-UNGAR. BEVOLLMÄCHTIGTER
BEI DEN FRIEDENSVERHANDLUNGEN
IN BREST-LITOWSK

Beilagen

Brest-Litowsk, 4. März 1918

In der Anlage unterbreite ich die stenographischen Protokolle der Sitzungen, welche in der Zeit vom 1. bis einschließlich 3. l. M. in Brest-Litowsk über die Verhandlung und den Abschluß des Friedensvertrages und seiner Annexe zwischen Oesterreich-Ungarn, Deutschland, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rußland andererseits stattgefunden haben.

MÉREY

Seiner Exzellenz
Herrn Ottokar Grafen Czernin, Wien

VERHANDLUNGEN DER DEUTSCHEN, ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN, BULGARISCHEN, TÜRKISCHEN UND RUSSISCHEN DELEGATIONEN IN BREST-LITOWSK

I. Verhandlungstag

a) Vormittagssitzung Freitag, den 1. März 1918, vormittags 11 Uhr

Der Vorsitzende der Deutschen Delegation eröffnet die Verhandlungen 11 Uhr 5 Minuten, vormittags.

Gesandter von Rosenberg: Ich eröffne die Sitzung.

Die Vertreter der vier verbündeten Mächte begrüßen die Russische Delegation und hoffen, daß die gemeinsame Arbeit zu einem guten Ende führen wird.

Für die große Arbeit stehen uns nur drei Tage zur Verfügung. Straffste Zusammenfassung aller Kräfte und sparsamstes Haushalten mit der Zeit werden nötig sein, wenn das Werk rechtzeitig vollendet und damit der Krieg im Osten beendet werden soll. Ich kann daher nur dringend bitten, alle irgendwie entbehrlichen Reden zu vermeiden und stets daran zu denken, daß jede hier in unfruchtbaren Reden vergeudete Stunde draußen mit kostbarem Blute bezahlt werden muß. Die einmal wiederaufgenommenen Feindseligkeiten können erst eingestellt werden, wenn der Friedensvertrag unterzeichnet ist. Nicht zum Reden und Debattieren, sondern zum Handeln, zur Unterzeichnung des Friedens sind wir hier versammelt.

Die Delegationen der vier Verbündeten haben die Wartezeit benutzt, um für die abzuschließenden Verträge Formulierungen vorzunehmen, Formulierungen, die auf den am 21. Februar von Berlin vorgeschlagenen und von Petersburg angenommenen Grundlagen aufgebaut sind und sich im übrigen an die früheren Brester Besprechungen anlehnen.

Die Anordnung des Stoffes denken wir uns so, daß ein politischer Hauptvertrag

mit Rußland von allen vier Verbündeten abzuschließen ist, daß die wirtschaftlichen Abmachungen in getrennte Anlagen verwiesen und die rechtlichen Fragen in gleichfalls getrennten Zusatzverträgen geregelt werden.

Dieser Anordnung folgend und angesichts des Zwanges, jede Minute zu sparen, schlage ich vor, drei Kommissionen einzusetzen, eine politische, eine wirtschaftliche und eine rechtliche. Je formloser und zwangloser diese Kommissionen oder Gruppen von Abgeordneten ihre Arbeit verrichten werden, desto besser dürfte es für den Erfolg sein.

Wenn der Herr Vorsitzende der Russischen Delegation einverstanden ist, schlage ich ferner vor, die heutige Versammlung sofort als politische Kommission weiter tagen zu lassen und die Zusammensetzung sowie den Arbeitsplan der Kommissionen im einzelnen am Schlusse der Sitzung in formloser Aussprache festzusetzen.

Herr Sokolnikow: Im Namen der Russischen Delegation habe ich die Ehre für die Begrüßungsworte zu danken, die hier an uns gerichtet worden sind. Die Russische Delegation hält es auch ihrerseits für notwendig die hier bevorstehende Arbeit in möglichst kurzer Zeit zu erledigen.

Die Russische Delegation erblickt ihre Aufgabe darin, diejenigen Bedingungen anzunehmen, die mit den Waffen in der Hand Deutschland der Russischen Regierung diktiert hat.

Die Russische Delegation nimmt den Vorschlag an, die Sitzung gleich fortzusetzen, lehnt es aber ab, Kommissionen zu bilden. Die Russische Delegation hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Arbeiten zur Annahme des Friedensvertrages zweckmäßiger in einer Vollsitzung durchgeführt werden müssen.

Gesandter von Rosenberg: Der Herr Vorsitzende der Russischen Delegation sprach von den Bedingungen, die Deutschland der Russischen Regierung mit den Waffen in der Hand diktiert. Die Russische Regierung hat es in der Hand, aus freiem Entschluß diejenige Lösung zu wählen, die ihrem eigensten Interesse entspricht; sie kann die von uns vorgeschlagenen Bedingungen annehmen oder sich für die Fortsetzung des Krieges entscheiden.

Die Ablehnung des Vorschlages, Kommissionen zu bilden, bedauere ich, bestehe aber auf dem Vorschlage nicht. Glaubt der Herr Vorsitzende der Russischen Delegation, ohne Kommissionen auszukommen und die dreitägige Frist einhalten zu können, so soll auch dies uns recht sein.

Ich habe hier vor mir liegen die noch nicht ganz fertiggestellten Entwürfe für die wirtschaftlichen Anlagen und den rechtlichen Zusatzvertrag. Ein flüchtiger Blick lehrt bereits, wie gewaltig der Umfang dieser Arbeiten ist. Ich bin aber einverstanden, daß der Vorschlag der Kommissionsbildung zurückgestellt und zunächst der von der Russischen Delegation vorgezogene Weg probiert wird.

Das Einverständnis der Russischen Delegation vorausgesetzt, treten wir jetzt in die sachliche Arbeit der politischen Kommission ein.

Einem gestern in informeller Sitzung geäußerten Wunsche der Russischen Delegation entsprechend, möchte ich den Versuch unternehmen, unserer Besprechung, die am 21. Februar 1918 von Deutschland vorgeschlagenen Bedingungen zugrunde zu legen.

Die Antwort der Deutschen Regierung auf das Schreiben der Russischen Regierung vom 19. Februar 1918 lautet:

„Deutschland ist bereit unter folgenden Bedingungen mit Rußland die Verhandlungen wieder aufzunehmen und Frieden zu schließen:

Das Deutsche Reich und Rußland erklären die Beendigung des Kriegszustandes. Beide Nationen sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft zusammen zu leben.“

Herr Sokolnikow: Ich schlage vor, daß der Text hier nicht übersetzt wird, da der Inhalt uns bekannt ist.

Gesandter von Rosenberg: Wir begrüßen diesen Vorschlag.

Dieser Punkt aus der Sprache eines mit telegraphischer Kürze abgefaßten Dokuments in die Sprache eines Vertrages übertragen, würde nach unseren Vorschlägen wie folgt lauten:

„Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei einerseits und Rußland andererseits erklären, daß der Kriegszustand zwischen ihnen beendet ist. Sie sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben.“

Hat die Russische Delegation jetzt hierzu etwas zu bemerken und wird diese Fassung angenommen.

Herr Sokolnikow: Wir würden vorschlagen, erst den ganzen Text vorzutragen.

Gesandter von Rosenberg: Der zweite Punkt unseres Vorschlages vom 21. Februar beschäftigte sich mit den Gebieten, die westlich einer bestimmten Linie liegen. Diesen Punkt möchten wir in den Artikel III des Friedensvertrages verweisen, während wir in dem Artikel II den Punkt IX des Vorschlages vom 21. Februar verwerten wollen, der von der amtlich unterstützten Agitation und Propaganda spricht.

Der Einfachheit halber verlese ich zunächst den Artikel II:

„Die vertragschließenden Teile werden jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die Staats- und Heereseinrichtungen des anderen Teiles unterlassen. Die Verpflichtung gilt, soweit sie Rußland obliegt, auch für die von den Mächten des Vierbundes besetzten Gebiete.“

Der Artikel III des Friedensvertrages, der dem Punkte II der Bedingungen entspricht, lautet:

„Die Gebiete, die westlich der zwischen den vertragschließenden Teilen vereinbarten Linie liegen und zu Rußland gehört haben, werden der russischen Staatshoheit nicht mehr unterstehen; die vereinbarte Linie ergibt sich aus der diesem Friedensvertrag als wesentlicher Bestandteil beigefügten Karte (Anlage I) [nicht abgedruckt]. Die genaue Festlegung der Linie wird durch eine deutsch-russische Kommission erfolgen.

Den in Rede stehenden Gebieten werden aus der ehemaligen Zugehörigkeit zu Rußland keinerlei Verpflichtungen gegenüber Rußland erwachsen.

Rußland verzichtet auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse dieser Gebiete. Deutschland und Österreich-Ungarn beabsichtigen, das künftige Schicksal dieser Gebiete im Benehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen.“

Ich darf hier einschalten, daß die von uns gegebene russische Übersetzung lediglich den Zweck hat, den Herren die Arbeit zu erleichtern, ohne authentische Bedeutung zu besitzen. Maßgebend ist der deutsche Text.

Herr Sokolnikow: Wir nehmen dies zur Kenntnis.

Gesandter von Rosenberg: Der Absatz 2 des Punktes 2 der Bedingungen ist in den Artikel 4 unseres Entwurfes verwiesen. In diesem Punkt IV muß auch aufgenommen werden der Punkt 5 Satz 1 der Bedingungen, wo es sich um die ostanatolischen Provinzen handelt. Der Artikel IV würde lauten:

„Deutschland ist bereit, sobald der allgemeine Friede geschlossen und die russische Demobilmachung vollkommen durchgeführt ist, das Gebiet östlich der in Artikel III Abs. 1 bezeichneten Linie zu räumen, soweit nicht Artikel VI anders bestimmt.

Rußland wird alles in seinen Kräften stehende tun, um die alsbaldige Räumung der ostanatolischen Provinzen und ihre ordnungsmäßige Rückgabe an die Türkei sicher zu stellen.“

Dies ist der letzte Absatz, „der ostanatolischen Provinzen“ ist die wörtliche Wiedergabe des Punktes 5 der Bedingungen.

Die Herren werden gesehen haben, daß wir im Punkt V der Bedingungen nicht von den im gegenwärtigen Kriege besetzten Provinzen, sondern von den ostanatolischen Provinzen gesprochen haben. Der Grund dafür ist der, daß wir auch für die Provinzen Erdehan [Ardahan], Kars und Batum etwas tun wollten, die 1878 von der Türkei an die zaristische Regierung abgetreten werden mußten. Denn gerade damals, als der Wortlaut unserer Bedingungen festgestellt wurde, ertönten sowohl nach Konstantinopel wie nach Berlin flehende Hilferufe der mohammedanischen Bevölkerung dieser drei Bezirke; sie baten um Hilfe gegen die Gewalttaten und Grausamkeiten, denen sie sich von Truppenkörpern ausgesetzt sahen, die russisch waren oder sich als russische ausgaben; und sie richteten die dringende Bitte an die Deutsche Regierung und an die Türkische Regierung, daß ihnen die Wiedervereinigung mit der Türkei gestattet werden möchte.

Die Türkische Regierung war seinerzeit gezwungen worden, diese Bezirke dem zaristischen Rußland abzutreten, weil die Türkei sich nicht in der Lage sah, eine schwere, ihr auferlegte Kriegsentschädigung zu zahlen. Die mohammedanische Bevölkerung fühlt sich noch heute als zur Türkei gehörig und empfindet den Vorgang von 1878 als einen Verkauf von Völkern für Geld.

Es hätte für uns nahegelegen, in den Friedensvertrag bei den Worten: Räumung und Rückgabe der ostanatolischen Provinzen, einzufügen: einschließlich der Bezirke Erdehan, Kars und Batum. Wir haben hiervon abgesehen, um auch nicht den Schein annexionistischer Hintergedanken zu erwecken.

Der dritte Absatz des von uns ausgearbeiteten Friedensvertrages beschränkt sich daher auf folgende Sätze, die unsere Minimalforderungen darstellen:

„Die Bezirke Erdehan [Ardahan], Kars und Batum werden gleichfalls ohne Verzug von den russischen Truppen geräumt. Rußland wird sich in die Neuordnung der staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Verhältnisse dieser Bezirke nicht einmischen, sondern überläßt es der Bevölkerung dieser Bezirke, die Neuordnung im Einvernehmen mit den Nachbarstaaten, namentlich der Türkei, durchzuführen.“

Satz 1, die Forderung der Räumung, verfolgt den Zweck, die Bevölkerung gegen weitere Verfolgungen nach Möglichkeit sicherzustellen.

Satz 2 will der Bevölkerung im Einklang mit dem von der Russischen Regierung selbst verkündeten Prinzip der Selbstbestimmung der Völker Gelegenheit geben, selbst über ihr Schicksal zu entscheiden.

Punkt 3 der Bedingungen beschäftigt sich mit Livland und Estland. Im Interesse eines organischen Aufbaues des Vertrages verweisen wir diesen Punkt in den Artikel VI, während Artikel V des Vertrages zunächst die Bestimmungen von Punkt 6 der Bedingungen über die Demobilmachung wiedergibt. Artikel V des Vertrages würde lauten:

„Rußland wird die völlige Demobilmachung seines Heeres einschließlich der von der jetzigen Regierung neugebildeten Heeresteile unverzüglich durchführen.

Ferner wird Rußland seine Kriegsschiffe entweder in russische Häfen überführen und dort bis zum allgemeinen Friedensschluß belassen oder sofort desarmieren. Kriegsschiffe der mit den Mächten des Vierbundes in Kriegszustand verbleibenden Staaten werden, soweit sie sich im russischen Machtbereich befinden, wie russische Kriegsschiffe behandelt werden.

Das Sperrgebiet im Eismeer bleibt bis zum allgemeinen Friedensschluß bestehen. In der Ostsee und, soweit die russische Macht reicht, im Schwarzen Meere wird sofort mit der Wegräumung der Minen begonnen. Die Handelsschiffahrt in diesen Seegebieten ist frei und wird sofort wieder aufgenommen. Zur Feststellung der näheren Bestimmungen, namentlich zur Bekanntgabe der gefahrlosen Wege für die Handelsschiffe werden gemischte Kommissionen eingesetzt. Die Schifffahrtswege sind dauernd von treibenden Minen freizuhalten.“

Punkt 3 und 4 der Bedingungen befinden sich im Artikel VI des Vertrages zusammengefaßt. Da ein erheblicher Teil der Ukraine im Verlaufe der hinter uns liegenden kriegerischen Operationen, ein weiterer Teil in Durchführung der jetzt im Gange befindlichen freundschaftlichen Hilfsaktion besetzt worden ist, wird in diesem Artikel auch der Punkt 9 der Bedingungen, betreffend die Agitation und Propaganda, zum Vorschein kommen müssen. Dasselbe gilt für Finnland, mit dem wir in freundschaftlichen Beziehungen leben.

Artikel VI unserer Fassung würde lauten:

„Rußland verpflichtet sich sofort Frieden mit der ukrainischen Volksrepublik zu schließen und den Friedensvertrag zwischen diesem Staate und den Mächten des Vierbundes anzuerkennen. Das ukrainische Gebiet wird unverzüglich von den russischen Truppen und der Russischen Roten Garde geräumt. Rußland stellt jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die öffentlichen Einrichtungen der Ukrainischen Volksrepublik ein.

Estland und Livland werden gleichfalls ohne Verzug von den russischen Truppen und der Russischen Roten Garde geräumt. Die Ostgrenze von Estland läuft im allgemeinen dem Narwa-Flusse entlang. Die Ostgrenze von Livland verläuft im allgemeinen durch den Peipus See und Pskowschen See bis zu dessen Südwestecke, dann über den Lubanschen See in Richtung Liwenhof an der Düna. Estland und Livland werden von einer deutschen Polizeimacht besetzt, bis dort die Sicherheit durch eigene Landeseinrichtungen gewährleistet und die staatliche Ordnung hergestellt ist. Rußland wird alle verhafteten oder verschleppten Bewohner Estlands und Livlands sofort freilassen und gewährleistet die sichere Rücksendung aller verschleppten Estländer und Livländer.

Auch Finnland und die Aalandinseln werden alsbald von den russischen Truppen und der Russischen Roten Garde, die finnischen Häfen von der russischen Flotte und den russischen Seestreitkräften geräumt. Solange das Eis die Überführung der Kriegsschiffe in russische Häfen ausschließt, werden auf den Kriegsschiffen nur schwache Kommandos zurückbleiben. Rußland stellt jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die öffentlichen Einrichtungen Finnlands ein.“

Es folgt noch ein weiterer letzter Absatz, der an die Brester Besprechungen vor dem Abbruch anknüpft:

„Die auf den Aalandinseln angelegten Befestigungen sind sobald als möglich zu entfernen. Über die dauernde Nichtbefestigung dieser Inseln sowie über ihre sonstige Behandlung in militärischer und schiffahrtstechnischer Hinsicht ist ein besonderes Abkommen zwischen Deutschland, Rußland, Finnland und Schweden zu treffen; es besteht Einverständnis darüber, daß hierzu auf Wunsch Deutschlands auch andere Anliegerstaaten der Ostsee hinzuzuziehen sein würden.“

In Artikel VII dachten wir eine Bestimmung aufzunehmen, die sich bereits in dem Waffenstillstandsvertrag findet. Es handelt sich um Persien. Im Waffenstillstandsvertrag war gesagt worden:

„Ausgehend von dem Grundsatz der Freiheit, Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit des neutralen persischen Reiches sind die türkische und die russische Oberste Heeresleitung bereit, ihre Truppen aus Persien zurückzuziehen. Sie werden alsbald mit der persischen Regierung in Verbindung treten, um die Einzelheiten der Räumung und die zur Sicherstellung jenes Grundsatzes sonst noch erforderlichen Maßnahmen zu regeln.“

Wir schlagen vor, diese für Persien geltende Bestimmung in den Friedensvertrag hinüberzuretten und gleichzeitig auf Afghanistan auszudehnen, das in einer ähnlichen Lage ist wie Persien. Die Fassung würde zu lauten haben:

„Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und die territoriale Unversehrtheit Persiens und Afghanistans zu achten.“

Die Aufnahme der Bestimmung selbst erscheint uns wesentlich und von größter Wichtigkeit. Was die Fassung anlangt, so wären wir bereit, eventuell zu erwägen,

diese Fassung mehr der Formulierung des Waffenstillstandsvertrages anzupassen. Indem ich mir Vorschläge nach dieser Richtung vorbehalte, darf ich vorläufig die von mir vorhin verlesene Fassung überreichen.

Artikel VIII würde sich mit den Kriegsgefangenen zu beschäftigen haben und lauten:

„Die beiderseitigen Kriegsgefangenen werden in ihre Heimat entlassen. Die Regelung der hiermit zusammenhängenden Fragen erfolgt durch die im Artikel XII vorgesehenen Einzelverträge.“

Mit diesem Artikel VIII haben wir bereits die im Punkt 8 der Bedingungen behandelte Materie angeschnitten. Die Detailregelung zu diesem Punkte der Bedingungen wird in dem Zusatzvertrage erfolgen.

Der Artikel IX würde nach unseren Vorschlägen dem Verzicht auf Kriegskosten und Kriegsschädenersatz zu widmen sein.

„Die vertragschließenden Teile verzichten gegenseitig auf den Ersatz ihrer Kriegskosten, das heißt der staatlichen Aufwendungen für die Kriegführung sowie auf den Ersatz der Kriegsschäden, das heißt derjenigen Schäden, die ihnen und ihren Angehörigen in den Kriegsgebieten durch militärische Maßnahmen mit Einschluß aller in Feindesland vorgenommenen Requisitionen entstanden sind.“

In Artikel X wäre die Wiederaufnahme der diplomatischen und konsularischen Beziehungen festzustellen. Er lautet:

„Die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen den vertragschließenden Teilen werden sofort nach der Ratifikation des Friedensvertrags wieder aufgenommen. Wegen Zulassung der beiderseitigen Konsuln bleiben besondere Vereinbarungen vorbehalten.“

Artikel XI würde feststellen, daß die Detailausführung von Punkt 7 der Bedingungen, wirtschaftliche Beziehungen, in vier verschiedenen Anlagen zu erfolgen hat. Artikel XI würde lauten:

„Für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Mächten des Vierbundes und Rußland sind die in den Anlagen 2 bis 5 enthaltenen Bestimmungen maßgebend, und zwar Anlage 2 für die deutsch-russischen, Anlage 3 für die österreichisch-ungarisch-russischen, Anlage 4 für die bulgarisch-russischen, Anlage 5 für die türkisch-russischen Beziehungen.“

Artikel XII des Vertrages würde in Ausführung von Punkt 7 der Bedingungen feststellen, daß die rechtspolitischen Angelegenheiten in Einzelverträgen zu regeln sind. Der Artikel würde lauten:

„Die Herstellung der öffentlichen und privaten Rechtsbeziehungen, der Austausch der Kriegsgefangenen und der Zivilinternierten, die Amnestiefrage sowie die Frage der Behandlung der in die Gewalt des Gegners geratenen Handelsschiffe werden in Einzelverträgen mit Rußland geregelt, welche einen wesentlichen

Bestandteil des gegenwärtigen Friedensvertrages bilden und, soweit tunlich, gleichzeitig mit diesem in Kraft treten.“

Ich darf hierzu bemerken, daß der sehr wichtige Punkt 5 der Bedingungen, der sich mit der Abschaffung der türkischen Kapitulationen beschäftigt, nicht in dem Friedensvertrag, sondern an besonderer Stelle zu erledigen sein wird. Die gleichzeitige Unterzeichnung des hierfür vorgesehenen Dokumentes würde natürlich Bedingung für die Unterzeichnung des Friedensvertrages überhaupt sein.

Artikel XIII des Friedensvertrages beschäftigt sich mit der Sprachenfrage und lautet:

„Bei der Auslegung dieses Vertrages sind für die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland der deutsche und der russische Text, für die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland der deutsche, der ungarische und der russische Text, für die Beziehungen zwischen Bulgarien und Rußland der bulgarische und der russische Text und für die Beziehungen zwischen der Türkei und Rußland der türkische und der russische Text maßgebend.“

Der XIV. Artikel trifft Bestimmungen über die Ratifikation.

„Der gegenwärtige Friedensvertrag wird ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen tunlichst bald in Berlin ausgetauscht werden. Die russische Regierung verpflichtet sich, den Austausch der Ratifikationsurkunden auf Wunsch einer der Mächte des Vierbundes innerhalb von zwei Wochen vorzunehmen.

Der Friedensvertrag tritt, soweit nicht seine Artikel, seine Anlagen oder die Zusatzverträge anders bestimmen, mit seiner Ratifikation in Kraft.“

Die Einleitung und der Schluß des Vertrages bewegen sich in den üblichen Formen. Der Verlesung wert sind wohl nur die einleitenden vier Zeilen, die wir uns etwa so denken:

„Da Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei einerseits und Rußland andererseits übereingekommen sind, den Kriegszustand zu beenden und die Friedensverhandlungen möglichst rasch zum Ziele zu führen, wurden zu Bevollmächtigten ernannt etc.“

Der Text der Nebenverträge ist, soweit ich orientiert bin, annähernd festgestellt. Ich bin im einzelnen über den gegenwärtigen Stand der Arbeiten nicht unterrichtet und würde es für nützlich halten, wenn in dieser Beziehung einzelne Mitglieder der vier verbündeten Delegationen, die besonders an diesen Fragen interessiert sind, sich mit den entsprechenden Mitgliedern der russischen Delegation direkt in Verbindung setzen.

Die gegenseitige Vorlegung der Vollmachten wird vielleicht heute nachmittag oder morgen früh erfolgen können.

Ich höre soeben, daß, soweit Deutschland in Betracht kommt, die wirtschaftliche Anlage fertiggestellt ist. Vielleicht hat Seine Exzellenz, Herr Wirklicher Geheimer Rat von Koerner die Güte, uns etwas darüber zu sagen.

Exzellenz von Koerner: In Ziffer 7 der am 21. Februar der russischen Regierung

gestellten Bedingungen ist als Grundlage der Wiederherstellung der handelspolitischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Handelsvertrag von 1894/1904 bezeichnet worden. Eben dort ist angegeben worden, daß die Ausnahmen, die im alten Verträge bestanden, die Beziehungen zwischen Rußland und den asiatischen Ländern in Wegfall kommen sollen, daß ferner die Sicherheit der Ausfuhrfreiheit für Erze hergestellt wird, daß für alle Fälle die Meistbegünstigung zwischen Rußland und den Vierbundstaaten bis 1925 gesichert sein soll und endlich, daß, ebenso wie das in dem Friedensvertrage mit der Ukraine geschehen ist, ein Vorbehalt festgelegt werden soll bezüglich besonderer Begünstigungen, welche Deutschland und Österreich-Ungarn sich gegenseitig gewähren, und ähnlicher Begünstigungen zwischen den mit diesen beiden Ländern im Zollbegünstigungsverhältnisse stehenden dritten Ländern. Weiter ist ebenso wie im ukrainischen Vertrag eine Kündigungsbestimmung für die provisorische Wiederinstandsetzung des alten Vertrages in Aussicht genommen und endlich eine Bestimmung aufgenommen, welche die Freigabe der in neutralen Ländern lagernden Waren betrifft, auf denen die Beschränkung liegt, daß sie nicht in das Gebiet des anderen Teiles übergeführt werden dürfen. Auf Grund dieser Bedingungen ist eine spezielle Ausarbeitung gemacht worden, welche ich hier überreiche.

Es finden sich noch einzelne Abweichungen, die ich aber jetzt nicht speziell behandeln möchte. Ich würde das einer späteren Behandlung vorbehalten, nachdem die russische Delegation von den Vorschlägen Kenntnis genommen hat. Ich möchte dazu noch bemerken, daß wir für die russische Uebersetzung Vorarbeiten gemacht haben, welche der russischen Delegation das Studium unseres Vorschlages erleichtern werden. Wir sind bereit, diese Vorarbeiten der russischen Delegation zur Verfügung zu stellen. Es wird dann wohl erwünscht sein, daß der von der russischen Delegation mit diesem Auftrage Versehene sich mit unserem Dolmetscher in Verbindung setzt.

Gesandter v. Rosenberg: Wenn der Herr Vorsitzende der russischen Delegation einverstanden ist, würde ich zunächst noch Seine Exzellenz Herrn Kriege bitten, seine Erklärungen über den Rechtsvertrag abzugeben.

Herr Sokolnikow: Das entspricht unseren Wünschen.

Exzellenz Kriege: In Punkt 8 der deutschen Antwort auf das Schreiben der russischen Regierung vom 19. Februar 1918 ist ausgeführt worden, daß die rechtspolitischen Angelegenheiten auf Grundlage der Beschlüsse der ersten Lesung der Deutsch-Russischen Rechtskommission geregelt werden sollen, soweit die in der Rechtskommission gemachten Vorschläge der deutschen und russischen Delegation auseinander gingen, soll die Regelung auf Grund der deutschen Vorschläge erfolgen. Die Beschlüsse der Kommission ebenso wie die auseinandergehenden deutschen und russischen Vorschläge sind in einem Schriftstück zusammengestellt, das sich betitelt: „Deutsch-Russische Rechtskommission, Ergebnisse der ersten Lesung. Festgestellt durch das Redaktionskomitee“. Dieses Redaktionskomitee war aus deutschen und russischen Mitgliedern zusammengesetzt; die von ihm hergestellte Fassung ist von den beiderseitigen Mitgliedern genehmigt worden. Von dem Schriftstücke ist der russischen Delegation seinerzeit eine größere Anzahl von Abdrucken mitgeteilt

worden. Auf dieser Grundlage ist von der deutschen Delegation nunmehr ein deutsch-russischer Zusatzvertrag ausgearbeitet worden. Dieser Zusatzvertrag hält sich gemäß den von der russischen Regierung angenommenen deutschen Bedingungen an das erwähnte Schriftstück. Soweit er davon abweicht, handelt es sich um redaktionelle Verbesserungen oder um kleinere Zusätze, die zum besseren Verständnis des Sinnes dienen. Ich habe die Ehre, dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation je zwei Abdrucke dieses Entwurfs eines deutsch-russischen Zusatzvertrages zu überreichen.

Es wird in wenigen Minuten noch ein kleiner Nachtrag folgen, der eine Einarbeitung des letzten Satzes des Punktes 8 der deutschen Antwort enthält. Dieser letzte Satz besagt: „Rußland wird deutsche Kommissionen zum Schutze deutscher Kriegsgefangener Zivilpersonen und Rückwanderer zulassen und nach Kräften unterstützen.“ Es wird sich empfehlen, diesen Punkt ebenfalls in den Zusatzvertrag aufzunehmen.

Was die russische Fassung des Zusatzvertrags betrifft, so liegt eine Vorarbeit seitens der russischen Delegation insofern vor, als das erwähnte Dokument „Ergebnisse der ersten Lesung der deutsch-russischen Rechtskommission“ seinerzeit in das Russische übertragen worden ist. Es wird sich ebenso wie bei den handelspolitischen Arbeiten empfehlen, daß sich der russische Uebersetzer mit dem deutschen Übersetzer wegen der endgültigen Fassung in Verbindung setzt.

Exzellenz v. Mérey: Ich habe die Ehre zu erklären, daß auch die österreichisch-ungarische Delegation die in Artikel XI des Entwurfes zum Friedensvertrage vorgesehene Anlage 3, welche die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland zu regeln bestimmt ist, in Form eines Vorschlages ausgearbeitet hat. Ich habe die Ehre, dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation diesen Vorschlag zu überreichen. Das Mitglied der österreichisch-ungarischen Delegation Herr Konsul Wildner wird die Ehre haben, mit einigen Worten die Grundzüge dieses Vorschlages auseinander zu setzen.

Herr Wildner: Die Anlage 3 faßt einige wesentliche Punkte allgemeiner Natur zusammen, die im wesentlichen den Bestimmungen des deutschen Entwurfs gleich sind. Eine abweichende Bestimmung ist vorgesehen für den Fall, daß eine Änderung der Zollverhältnisse innerhalb eines oder beider der vertragschließenden Teile eintritt. Für diesen Fall soll vorgesehen werden, daß die Meistbegünstigung auch für die einzelnen Staaten weiter Anwendung findet. Wir haben es weiter für notwendig gefunden, falls die russische Seite damit einverstanden sein sollte, daß die Bestimmungen des Notenwechsels vom 15. Februar 1906, betreffend die Behandlung von Geflügel und tierischen Rohstoffen, auch während der Dauer des Provisoriums Anwendung finden. In der Untieranlage sind jene Bestimmungen des österreichisch-ungarisch-russischen Handelsvertrags vom 15. Februar 1906 zusammengefaßt, die während der Dauer des Provisoriums Anwendung finden sollen. Desgleichen sind in dieser Untieranlage jene Änderungen und Ergänzungen vermerkt, welche die Bestimmungen des Handelsvertrages infolge der geänderten Verhältnisse erfahren mußten.

Exzellenz v. Mérey: Ich habe ferner die Ehre zu erklären, daß die österreichisch-ungarische Delegation auch für den durch den Artikel XIII des Entwurfes des

Friedensvertrages vorgesehenen Einzelvertrag Österreich-Ungarns mit Rußland über die rechtspolitischen Fragen Vorschläge ausgearbeitet hat. Diese Vorschläge sind mit Ausnahme einiger Einzelheiten bereits fertiggestellt, und ich werde die Ehre haben, dieselben in der heutigen Nachmittagssitzung der russischen Delegation zu überreichen. Ich behalte mir vor, anlässlich der Übergabe dieser Vorschläge ihren Inhalt kurz zu skizzieren. Für den Moment beschränke ich mich darauf zu bemerken, daß sich diese Vorschläge im Wesen an die deutscherseits gemachten Vorschläge anlehnen.

Gesandter v. Rosenberg: Der Herr Vorsitzende der bulgarischen Delegation hat das Wort.

Exzellenz Toscheff: Im Namen der bulgarischen Delegation habe ich die Ehre zu erklären, daß spätestens bis morgen Mittag es möglich sein wird, dem Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation die Projekte für den Rechts- und Handelsvertrag, die in der bestimmten Frist zwischen Bulgarien und Rußland geschlossen sein müssen, zu überreichen. Hinzufügen möchte ich noch, daß die genannten Entwürfe sich inhaltlich nicht von denen unserer Verbündeten unterscheiden, da sie auf den politischen Vertrag begründet sind. Selbstverständlich enthalten diese Entwürfe auch manche Bestimmungen, welche speziell Bulgarien und Rußland in ihren wirtschaftlichen und rechtlichen Beziehungen interessieren.

Gesandter von Rosenberg: Ich bitte nun Seine Hoheit Hakky Pascha, das Wort zu nehmen:

Seine Hoheit Hakky Pascha gibt eine Erklärung folgenden Inhalts ab:

S. A. Hakky Pacha a d'abord fait une historique des négociations antérieures de la délégation ottomane avec celle des Russes. Il a dit la délégation turque avait été amenée à donner déjà deux projets de traité à la délégation russe, conformément aux idées alors courantes pour la forme des actes à conclure à Brest-Litowsk. Une première idée avait été de signer des traités de paix séparés entre chacun des alliés et la Russie et de réunir l'ensemble par un acte final qui en aurait fait un traité unique. Les traités devaient seulement contenir les questions essentielles et les détails devaient être réglés par des traités à négocier plus tard. La délégation turque a alors donné un premier projet d'après ce système à la délégation présidée par Monsieur Joffe. Après l'arrivée de Monsieur Trotzky l'idée de réunir toutes les questions à résoudre dans un même traité ayant prévalu un second projet plus détaillé que le premier a été remis à Monsieur Trotzky. Le système définitivement adopté par la conférence quant à la forme des actes à conclure est un troisième qui consiste à réunir dans un traité collectif toutes [les] matières communes, le système commercial pour chacun des alliés et la Russie devant former un acte à part qui formera l'annexe au traité collectif. En outre chacun des alliés signera avec la Russie un traité additionnel pour y traiter des questions référées par le traité collectif et de celles d'un intérêt spécial. La délégation ottomane a été donc amenée à réviser les deux projets antérieurs et à en éliminer tout

sujet déjà reproduit dans le traité collectif. Il a donc l'honneur de remettre à la délégation russe deux textes, dont l'un, se rapportant à la matière commerciale et devant former l'annexe 5 du traité collectif, est d'une forme très modifiée du texte qui avait été proposé dans le temps à Messieurs Joffe et Trotzky et qui, croit-il, était déjà agréé par ces Messieurs. L'autre est le traité juridique et additionnel.

Hakky Pacha en présentant le traité additionnel a donné de courtes explications sur les articles dont la grande partie, a-t-il dit, avait été déjà discutée et presque approuvée par les deux délégations. Les articles 1, 2 et 3 ne sont que les développements nécessaires des articles du traité collectif sur l'évacuation et la démobilisation, sont en partie extraits de la convention d'armistice entre les armées du Caucase et ont été déjà discutés par les deux délégations. L'article 4 est le développement de l'article du traité additionnel et se trouvait dans les projets antérieurs. L'article 5 non plus n'est pas nouveau et se trouve exactement dans les projets de traités juridiques allemand et austro-hongrois. L'article 6 concerne les traités, l'ultimatum a résolu cette question. Il avait été déjà à deux reprises lu avec les délégations Joffe et Trotzky et n'avait jamais rencontré une opposition. L'article 7 concerne le rétablissement des relations postales et télégraphiques. Il était plus long dans les projets antérieurs, desquels on a depuis supprimé les détails. L'article 8 concerne la Perse. Il est presque tel quel dans les deux premiers projets. Les deux délégations l'ont déjà admis; la forme, afin d'éviter [une] répétition du traité collectif, a été un peu modifiée au commerce; il reproduit aussi une clause de la convention d'armistice des armées du Caucase. Les articles 9, 10 et 12 concernent les droits des particuliers; ils ne sont pas tout à fait dans les formes des deux projets antérieurs et ont été un peu modifiés avec des renvois aux clauses du traité additionnel proposé par l'Allemagne. L'article 11 concerne le droit d'émigration des musulmans russes. L'article 13 concerne les prisonniers de guerre, l'article 14 nouveau est un renvoi au traité allemand additionnel. L'article 15 concerne les ratifications.

Hakky Pacha après avoir ainsi expliqué les articles a dit que l'annexe 5 commercial doit naturellement être rédigé dans les langues dans lesquelles le traité collectif est à rédiger; mais qu'il proposerait pour le Traité additionnel la signature en une seule langue, la langue française vu qu'on n'a pas réellement le temps matériel de faire des traductions russe et turque, traductions que les parties sont dans l'impossibilité de vérifier réciproquement. Sur la demande de Hakky Pacha le chef de la délégation russe a déclaré admettre cette façon de procéder.



Der Kampf gegen das Armenier- und Griechentum in Ost- und Mittel-Anatolien (1915–1918)

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GENERALKONSULAT
TRAPEZUNT

Z. 17/P

Samsun, am 13. März 1918

Zu den Kriegsfolgen für Ost- und Mittel-Anatolien zählt auch der Kampf des Türkentums gegen Armenier und Griechen, der in seinem Ursprung und späteren Verlauf manche Uebereinstimmung aufweist.

Armenier, wie Griechen, erfreuten sich in Kirchen- und Schulsachen weitgehender Selbständigkeit; im Handel und Gewerbe, in freien Berufen hatten Viele von ihnen ansehnliche Erfolge erzielt und so die Herren des Landes vielfach in den Hintergrund gedrängt. Allerdings litt die armenische, wie die griechische Landbevölkerung unter der Willkür der Behörden, die armenische überdies unter der Bedrückung der Kurden; im Ganzen war jedoch die Stellung Beider, insbesondere in den Städten, keineswegs ungünstig, und erstanden ihnen gegebenenfalls jederzeit gefällige Helfer: ihr hoher Clerus und die fremden Vertreter.

Während das Verhältnis zwischen Türken und Armeniern schon in der Hamidischen Zeit ernste Trübungen erfahren und zu den bekannten Blutbädern der letzten zwei Jahrzehnte geführt hatte, blieben die Beziehungen zwischen Türken und Griechen immerhin leidliche, bis eine übermütige Stimmung unter den Letzteren im Zusammenhang mit den ungeahnten Erfolgen des hellenischen Heeres im Balkankriege, gewaltsame örtliche Ansiedlungsversuche Thracischer Muhadjirs, türkischerseits verfügter Boykott griechischer Handels-Unternehmungen, auf beiden Seiten Erbitterung erzeugte. –

Die Griechen Trapezunts nahmen dank dem mässigen Einflusse ihres Metropolitens Chrysantos, wie auch später, eine vorsichtigeren Haltung ein, sonst aber stand zu Beginn des Weltkrieges fast die Gesamtheit der Armenier und Griechen mit ihren Wünschen auf Seite des damaligen Dreiverbandes, teilte mit ihm im Geiste Freude und Leid und harrete sehnsüchtig der Einfahrt der englisch-französischen Flotte in den Bosphorus, sowie ihrer Vereinigung mit der Seemacht des Zaren im Schwarzen Meere. Doch die Dardanellen widerstanden, der Siegeszug durch Galizien im Frühjahr 1915 setzte ein, hingegen begann sich nun rasch das Schicksal der Armenier zu erfüllen.

Der aufreizende Aufruf des Katholikos von Etschmiadsin zu Gunsten des Zaren am Kriegsbeginn, häufig Fahnenflucht unter den Soldaten armenischer Herkunft, Bandenbildungen,^{1, 2} vor allem aber der armenische Aufstand von Wan (April 1915),

¹ „Das Benehmen einiger der armenischen Banden, die zu Beginn des Krieges gebildet wurden, hat nicht dazu beigetragen, das Vertrauen der muhamedanischen Bevölkerung zu gewinnen“ – Russischer Militär-Gouverneur General Peschkoff, *Manchester Guardian*, 13. IX. 1916.

² Viscount Bryce: *The Treatment of Armenians in the Ottoman Empire 1915/16*, wo ein Brief vom 25. VII. 1915 die Zahl der armenischen Freiwilligen auf 20000 bis 30000 (!) beziffert.

hatte den alten Zorn der Türken entfacht und aus militärisch-politischen Gründen die Aussiedelung der gesamten Armenier im Sommer 1915 veranlasst.

Von dieser, mit ausgesuchter Grausamkeit durchgeführten Massregel, wurden in den sechs ostanatolischen Vilajets, im Vilajet Trapezunt und Sandjak Samsun, rund eine Million Armenier betroffen, von denen nur ein sehr geringer Teil dem Tode oder der Verbannung nach Mesopotamien, beziehungsweise Syrien, entging³. Die damaligen entsetzlichen Vorgänge, die in den Vilajets Sivas und Trapezunt ihren Höhepunkt erreichten, fanden anlässlich des letzten jungtürkischen Congresses (September 1917) in den Erklärungen des gegenwärtigen Gross-Vezirs Talaat Pascha auffällige Beleuchtung⁴.

Die Küsten-Griechen waren durch die Behandlung der Armenier nicht gewarnt worden. Allerdings bewahrten die Griechen Trapezunt's bis zur russischen Besetzung der Stadt (18. April 1916) ihre vorsichtige Haltung, dagegen konnte ich schon gelegentlich meines mehrwöchigen Aufenthaltes in Kerasunt (März–April 1916), daselbst eine bedenkliche Hinneigung der Griechen zu Russland, die in zahlreichen unüberlegten Aeusserungen zu Tage trat, wahrnehmen und hierüber auch berichten. Noch schlimmer jedoch entwickelten sich die Dinge in Samsun und Umgebung.

Schon im Jahre 1915 hatten sich aus Fahnenflüchtigen Banden gebildet, die durch das gewalttätige Vorgehen türkischerseits in den griechischen Dörfern, beträchtliche Verstärkungen erhielten: doch erst die im August 1916 festgestellte Verbindung der griechischen Banden mit den russischen Schiffen, die erwiesene Unterstützung durch Russland, Ueberfälle auf die Post und auf Gendarmerie-Abteilungen, veranlassten endlich die türkische Regierung, eine Truppen-Macht von mehreren tausend Mann in und um Samsun zur Bekämpfung des Bandenwesens zusammenzuziehen. Zu dem war ihr ja die auch hier so häufig in unbesonnenster Weise zum Ausdruck gebrachte Hinneigung vieler hiesiger Griechen zu Russland kein Geheimnis geblieben.

Es folgten nun Ende 1916–Anfang 1917 die Plünderung und Niederbrennung einer grösseren Anzahl griechischer Dörfer, über 200 Ausweisungen blossgestellter oder verdächtiger Griechen Samsun's, die plötzliche Ausweisung der Griechen zweier grosser Vororte Samsun's (Kadiköi und Eliasköi), am 9. Jänner 1917, in den folgenden Monaten bei fortdauernden Bandenkämpfen, zahlreiche Hinrichtungen von Banditen und Deserteuren.

Im Sommer vorigen Jahres schien eine mildere Stimmung bezüglich der Griechen durchzubrechen. Izzet Pascha trat für sie ein, Refet Pascha und andere wurden abberufen. Aber die fortdauernde Tätigkeit der Banden, die vergeblichen Bemühungen des Metropoliten Germanos behufs Einstellung der Bandentätigkeit, vor allem aber der Überfall einer griechischen Bande auf ein türkisches Dorf bei Baffra im

³ Z. B. in Erzerum, wo von 20000 Armeniern beiläufig 100, in den Vilajets Erzerum, Wan, Bitlis, mit rund 580000 Armeniern (nach Angabe des armenischen Patriarchats 1912) – 12000 übrig blieben (*The Treatment*).

⁴ „Man kann nicht behaupten, dass diese Deportationen in regelrechter Weise vor sich gegangen sind. – Diejenigen, die der Uebeltaten überführt wurden, sind zu härtesten Strafen verurteilt worden, wie zum Tode und zu Zwangsarbeit.“

Oktober 1917, veranlassten die heute noch in rücksichtsloser Weise andauernde Räumung der griechischen Dörfer um Baffra.

Metropolit Germanos, der allzulange die drohende Gefahr nicht erkannt, war inzwischen (29. Oktober 1917) plötzlich nach Konstantinopel ausgewiesen worden.

Im Ganzen wurden an der Küste, von Tireboli bis Baffra, beiläufig 70000 Griechen von der Ausweisung und Zwangsansiedlung im Innern betroffen und dürfte hievon der grössere Teil, da die Massregel in der ungünstigsten Jahreszeit zur Durchführung gelangte, umgekommen sein.⁵ Die Städte, ausgenommen Ordu, blieben bisher von einer allgemeinen Ausweisung der Griechen verschont. –

So ging denn ein Strafgericht, wie es die Geschichte nur selten zu verzeichnen hat, über Armenier und Griechen nieder und wird schwerlich der im Lebenskampfe ringenden Türkei die Berechtigung zur nachdrücklichen Abwehr innerer Feinde abzusprechen sein; aber sie überschritt hiebei jedes gesunde Mass staatlicher Notwehr, beging zahllose Grausamkeiten, vernichtete eine Unmenge wirtschaftlicher Kräfte, ohne hiedurch derzeit mehr als die fast gänzliche Ausrottung der Armenier und die empfindliche Schwächung der Griechen, somit allerdings die programmässige Minderung des christlichen Elementes dieses Gebietes, zu erreichen. Doch reichlich angesammelter Hass gegen das Türkentum, wofür auch die gegenwärtigen schweren Kämpfe mit den armenischen Banden in Ost-Anatolien zeugen, die Armenier und Griechen im Auslande im Vereine mit ihren Schützern, werden die armenische und griechische Frage nicht ruhen lassen und der Türkei auch nach dem Kriege schwere Verlegenheiten schaffen.

Zudem beweist die geschichtliche Erfahrung, dass Volksfragen auf die Dauer durch Gewalt nicht zu ersticken sind und dass die befreiende Lösung, wenn auch spät, so doch immer eintritt.

Exoriare aliquis, nostris ex ossibus ultor!

Gleichlautend berichte ich nach Konstantinopel.

Der k. u. k. Konsul: KWIATKOWSKI

⁵ Die Griechen des Vilajets Kostambol, die schon im Sommer 1915 ein gleiches Schicksal traf, bleiben hier ausser Betracht.

Seiner Exzellenz
Herrn Ottokar Grafen Czernin, Wien

HHStA PA XII 463



Die türkische Presse und die armenischen Bandenuntaten

K. K. KORRESPONDENZBÜRO
VERTRETUNG IN KONSTANTINOPEL

Korrespondenten-Bericht

Nr. 75

Konstantinopel, am 16. März 1918

Die bereits signalisierten Artikel der türkischen Blätter über die Bandenuntaten in den von den Russen geräumten Gebieten wurden im Laufe der Woche fortgesetzt, es scheint aber, dass bereits das Pressbureau die Instruktion erhielt, diese Presskampagne nunmehr einzudämpfen, insbesondere die Rücksicht hervorheben zu lassen, die man auf die übrigen loyalen Armenier nehmen müsste.

Einige türkische Zeitungen gingen nämlich in ihren Angriffen gegen die Armenier sehr weit. Sehr heftig war ein Artikel des „Sabah“, der wohl einem Armenier gehört, redaktionell aber vom Chefsekretär des Senates Ismail Muschtak Bey geleitet wird. Wie gewöhnlich, war dieser Redakteur besonders grob.

Wohl sei kein Zweifel, führt er in seinem Leitartikel vom 13 l. M. aus, dass es die Armenier des Kaukasus sind. Aber auch eine grosse Verantwortlichkeit träfe einen Teil der Armenier der Türkei, die, trotzdem sie der Wohltaten und des Wohlwollens dieses Landes genossen, es nicht verfehlt haben, bei der ersten Gelegenheit die Hand gegen ihre Mitbürger zu erheben. Keine Verantwortung, insbesondere eine solche, könne unbestraft bleiben. Wir sind sicher, dass unsere Regierung und unsere Armee diesen Punkt verfolgen wird. Aber die Pflicht der Regierung besteht nicht nur darin, die alten Rechnungen ins reine zu bringen. Sie muss die Sache noch höher auffassen und Sicherheitsmassregeln für die Zukunft treffen. Dieser Teil der Armenier, der die Besetzung eines Landesteiles durch eine feindliche Armee zur bestialischen Vernichtung eines Teiles ihrer Mitbürger benützte, nur weil sie Mohamedaner waren, kann von nun an nicht mehr als „ottomanische Armenier“ betrachtet werden. Wir nennen sie ohne Zögern „feindliche Armenier“ welche ihr Recht auf das Weiterverbleiben in diesem Lande eingebüsst haben. Das ist nicht nur ein Recht sondern auch eine Pflicht der Regierung gegen ihre Untertanen.

Die Kampagne trat somit aus dem ersten Rahmen: Rechtfertigung und Reinsprechung der Türken für die zu Beginn des Krieges begangenen Untaten und die gewaltsame Vertreibung der Armenier aus Anatolien, heraus. Sie artete in eine Predigt zur Vertreibung oder Ausrottung der übrigen armenischen Einwohner der ostanatolischen Gebiete aus.

Andere Journalisten wollten noch weiter gehen. Ahmed Aghaiff (oder Aghaoghlu), ein Kaukasier, wollte im „Hilal“ und im „Terdshuman“ schreiben, die Armenier leben überall in der Minorität: durchschnittlich ein Armenier gegen 15 Türken. Diese 15 Türken würden alle Armenier vernichten können. Diesen Satz hat jedoch der Zensor gestrichen. Es ist aber im „Hilal“ ein Satz geblieben, wonach auch der Kaukasus und Persien nunmehr, ihr Schicksal sein dürfte, zu einer Hölle für die Armenier werden musste: „Tout au plus ces crimes et ces atrocités provoqueront-ils une indignation inoubliable dans le vaste monde qui va jusqu' aux confins de la

Chine et comme les Arméniens sont par Dieu même condamnés à vivre justement au milieu de ce monde, quel que soit son sort définitif, quelles que soient les mains dans lesquelles il se trouve, il deviendra un enfer pour eux. Voilà le seul résultat auquel peuvent aboutir tant de crimes.“

Am darauffolgenden Tage griff auch der „Tanin“ mit einem „Grossarmenien“ betitelten Artikel ein. Er wies auf die Stellung, die früher die Armenier in der Türkei und in der türkischen Verwaltung innehatten, erkannte ihnen auch gute Eigenschaften zu, aber betonte wie sehr der Wahnsinn eines Grossarmeniens zur Trübung des Verhältnisses zwischen den Armenier und den Türken beigetragen hat. Roh wie die Armenier als Bergvolk waren, griffen sie zu Gewaltmitteln: die Bombe und der Aufstand waren ihr einziges Ueberredemittel. Die Armenier glaubten, dass sie mit den 3 Millionen ihrer gesammten Bevölkerung in der Türkei, im Kaukasus und in Persien hätten ein grosses Kaiserreich bilden können, wo sie doch kaum 10% der von ihnen beanspruchten Gebiete bewohnen.

Die türkische Regierung, fuhr das Blatt weiter fort, versuchte den unschuldigen Teil der Armenier durch eine gute Behandlung von den Versuchungen der von aussen kommenden Agitation fern zu halten. Dies gelang aber ihr nicht. Die Schlappe der Türkei im Balkankriege gab den armenischen Komites sehr viel Verwegenheit. Die armenischen Organisationen begannen ganz offen gegen uns zu arbeiten. Nach unserem Eintritte im Kriege glaubten die Armenier ihr Ziel erreichen zu können. Die Komiteorganisationen dehnten sich bis zu den fernsten Winkeln der Front aus: es war eine revolutionäre Armee, die den Armeen des Zaren die Umgehung der türkischen Armee ermöglichen sollte ... die türkische Regierung traf die nötigen Massregeln dagegen. (N.B. Also hier rechtfertigt das Blatt die Vertreibung der Armenier im Jahre 1914/15 mit dem geläufigen Argumente der Pforte)... Aber die Armenier griffen noch einmal zur Bombe. Wohl hat die Türkei ihr Leben gerettet und der Zarismus liegt zu Boden. Aber diese Komitadschis, die rohesten Komiteleute die je die Welt gekannt hat, verlieren noch nicht Hoffnung. Sie färben alles um sie herum in Blut. Dem muss selbstverständlich ein Ende gesetzt werden. Diese Heissköpfe sind ein Unglück nicht nur für Ostanatolien, sondern auch für den Südkaukasus und für Persien. Die tollwütenden Ideale dieser Leute, die das türkische Reich zerstückeln wollen, erstrecken sich auch auf den Südkaukasus und Nord-Persien, die sie beherrschen wollen. Sie wollen die Türken des Kaukasus zerschmettern, die Georgier knechten, Nordpersien erobern. Aber grosse Wahnsinnvorstellungen pflegen grosse Enttäuschungen zur Folge zu haben.

Diese heftige Sprache, welche auch in den verbündeten diplomatischen Kreisen keinen guten Eindruck gemacht haben dürfte, flösste den hiesigen Armeniern die grösste Angst ein. Auch vernünftige türkische Journalisten waren der Meinung, dass diese Publikationen schlechte Folgen haben könnten. Als vor etwa zwei Wochen, mehrere türkische Journalisten im türkischen Kriegspressquartiere berufen wurden, um ihre Meinung über die Zweckmässigkeit einer antiarmenischen Kampagne zu äussern, sagte der Herausgeber des „Soir“ Ahmed Ihsan Bey ganz offen, er könne wohl in seiner Zeitung, die wohl nicht an das untere türkische Volk spreche, etwas schreiben und die Tatsachen müssten gewiss in Europa verbreitet werden, aber in den

türkischen Blättern wäre eine solche Kampagne abzuraten: sie würde den Fanatismus der Massen noch einmal entfachen. Nach einigen Tagen wurden jedoch die Journalisten nochmals, in Abwesenheit Ihsan Beys gerufen und es wurde ihnen ein höherer Befehl mitgeteilt.

Diese Frage der antiarmenischen Kampagne wurde auch im Senate berührt. Gelegentlich einer Debatte über einen Gesetzentwurf des Ministeriums des Innern, machte Ahmed Risa Bey, in der vorgestrigen Sitzung die Bemerkung, er lenke die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Publikationen der türkischen Presse gegen die Armenier; sie könnten nur den Fanatismus des Volkes entfachen und bedauerliche Folgen haben. Wir haben ja, sagte der Redner, noch hundert tausende von treuen Armeniern . . . Die Kampagne müsste aufhören. Der Vertreter des Ministeriums des Innern erklärte, er werde dies dem Minister berichten.

Jetzt scheint die Regierung doch verstanden zu haben, dass sie den Unterschied zwischen den Schuldigen und den Unschuldigen machen müsste. Der heutige „Sabah“ schreibt einen Artikel, worin dieser Unterschied hervorgehoben wird.

Der „Soir“ schrieb gestern ganz milde und unter Betonung dieses Unterschiedes. Aehnlich der „Osmanische Lloyd“ in dessen Artikel ein Druckfehler die Türken, statt die Armenier für „blutigierig“ bezeichnete.

Auch die armenischen Blätter mussten über Aufforderung der Pforte die Bandenuntaten brandmarken. Hervorhebung verdient, dass die griechischen Blätter, wahrscheinlich auf ein Losungswort, bei der Behandlung dieser Frage die gemeinsamen Interessen von Türken und Griechen in der Bekämpfung des gemeinsamen Feindes, des Panslavismus, betonen, und auf die Haltung des griechischen Metropoliten von Trapezunt hinweisen.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PL 192



Pressekampagne gegen die Armenier

Telegramm von Markgraf Pallavicini

Nr. 165
Chiffre

Pera, 17. März 1918

Mit Bezug auf Bericht No. 25/P.A vom 16. d.M.

Preßkampagne gegen die Armenier hat in den hiesigen armenischen Kreisen große Aufregung verursacht. Deutscher Kollege hat hierüber Herrn von Kühlmann nach Bukarest berichtet, worauf Talaat Pascha angeordnet hat, die Preßkampagne vorläufig einzustellen. Graf Bernstorff glaubt, daß die mit meinem heutigen Telegramm No. 163/16 gemeldete Reise Midhat Schükri Beys nach Bukarest möglicherweise mit dieser Angelegenheit in Verbindung steht, immerhin gibt er zu, daß es sich vielleicht hierbei auch um die thrazische Frage handeln könnte.

Gleichlautend Wien No. 165*.

* sic!

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHSStA PA XII 463



Die armenische Frage. Ein Artikel des „Tanin“

K. K. KORRESPONDENZBÜRO
VERTRETUNG IN KONSTANTINOPEL

Korrespondenten-Bericht

Nr. 85

Konstantinopel, am 23. März 1918

Wie in Kammerkreisen verlautet, soll die Regierung die Absicht haben, bei der bevorstehenden militärischen Aktion im Kaukasus auch die dortigen Armenier wegen der Missetaten in den ostanatolischen türkischen Provinzen zu bestrafen und ihren Einfluss in diesem Lande zu brechen.

Die Presskampagne in der armenischen Frage sollte aufhören. Sie dauert aber noch immer fort und zwar in einem anderen Sinne. Am 20. brachte der „Tanin“ einen Leitartikel, dessen Sinn darin zu bestehen scheint, dass die türkische Regierung nunmehr die in der Türkei übrigbleibenden Armenier zu einer Loyalitätserklärung und zu einer offenen Missbilligung der ganzen Aktion der armenischen politischen und revolutionären Parteien und Komites zwingen will. Hier ein Auszug des „Eine Lehre“ betitelten Artikels des türkischen Offiziosus:

Wie für so viele Nationen, habe der Krieg auch für die Armenier eine grosse Lehre

ergeben, wovon sie profitieren müssten. Sie hätten sich bisher einer Utopie hingegeben, zu deren Verwirklichung die primitivsten Voraussetzungen fehlten. Trotzdem aber nahmen sie als wirklich bestehende nationale Ideale die ihnen durch den englischen und russischen Imperialismus eingeflüsterten Gedanken und zur Verwirklichung dieser Träume wagten sie die verwegenen Handlungen. So sehr sich aber die kranke armenische Einbildungskraft sich bemühte, dieses in der Wirklichkeit nicht bestehende Ideal zu schaffen, war alles vergeblich. Nur haben sich die Armenier durch ihre krankhafte Tätigkeit viel Uebel getan.

Diese armenische Utopie bestand darin, mit den 2½ Millionen hüben und drüben zerstreuten Armeniern und anderen durch diese zu beherrschenden Nationen ein armenisches Kaiserreich zu bilden . . . Wären die Armenier nur Nationalisten, wären wir die ersten gewesen, ihnen Recht zu geben. Wir hätten wie wir oft schon machen wollten, ihnen die Hand gereicht und gegen jene gekämpft, die die grösste Pression gegen die armenische Nation ausüben wollten. Aber hinter dem Vorhange des armenischen Nationalismus verbarg sich reiner Imperialismus.

Nach Erwähnung der blutigen Ereignisse der letzten Tage in Ostanatolien fährt das Blatt fort:

„Wir wollen, dass die osmanischen Armenier endlich einmal aus diesen blutigen und schauerlichen Lehren profitieren. Keine Regierung kann wehrlos gegen jene bleiben, die sie mit Bomben in der Hand verhindern wollen, ihre Pflicht zu tun . . . Wir wollen dass die Unschuldigen sich auszeichnen. Alle Armenier müssen einsehen, dass das Komitatentum eine in blutiger Geschichte begrabene sehr üble Sache ist. Dem Komitatentum muss endlich einmal [ein] Ende gesetzt werden. Die Lehre die die Armenier aus den Ereignissen der letzten Jahre ziehen müssen, ist, dass die das Komitatentum als ein verdammtes und verächtliches Instrument anerkennen, welches sehr viel Blut fliessen liess, und mit ganzer Aufrichtigkeit loyale Untertanen der türkischen Regierung werden. Im Grade, wo sie aus dieser Lehre lernen werden und sich dies zu beweisen bemühen, wird die osmanische Regierung ihnen wohlwollend sein und sich, mehr als sie selbst beeilen, die durch verräterische Hände geöffneten Wunden zu laben.“

(Es scheint also, dass die türkische Regierung ein *certificat de bon service* der Armenier verlangen wird.)

Der gestrige „*Jamanak*“ (armenisches Blatt) hat einen Leitartikel geschrieben, wo er die Komites missbilligt. Auch haben die armenischen Blätter alle türkischen Artikel übersetzt.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PL 192



Keine weiteren antiarmenischen Presseartikel

K. UND K. MILITÄRBEVOLLMÄCHTIGTER
IN KONSTANTINOPOL

Mb. Nr. 1422 res. von 1918

Konstantinopel, am 28. März 1918

Von der Regierung inspiriert, hat die Konstantinopler Presse eine Zeitlang eine heftige Kampagne gegen die in den wiederbesetzten Gebieten von Erzindjan [Erzinghian] und Erzerum zu Banden gerotteten Armenier geführt. Die Pforte ergriff diese Gelegenheit, um neuerlich eine Rechtfertigung ihrer drakonischen Maßregeln gegen die Armenier in den ersten Kriegsjahren, sowie der jetzt bei Wiederbesetzung der verlorenen Gebiete bevorstehenden Gewaltmaßregeln in Szene zu setzen. Aber die Presseartikel wurden immer deutlicher. Während in den ersten Veröffentlichungen der Unterschied zwischen jenen Armeniern, welche sich an der Kaukasus-Front hochverräterische Handlungen hatten zu Schulden kommen lassen, und den friedfertigen Armeniern der Hauptstadt gebührend hervorgehoben wurde, erschienen seit dem 13-ten März Artikel, deren heftige Sprache gegen die Armenier im Allgemeinen die Regierung beunruhigten, weil diese Pressekampagne im weiteren Verlaufe unzweifelhaft zu Paniken unter der christlichen Bevölkerung geführt hätte.

Am genannten Tage schrieb der „Hilal“ und „Terdschuman“, dass die Armenier überall im Reiche in der Minorität seien. 1 Armenier gegen circa 15 Türken und diese 15 Türken würden die Armenier leicht vernichten können. Diesen Satz hat jedoch die Zensur gestrichen; immerhin ist in diesem Artikel noch genug Aufreizendes stehen geblieben, wie:

„Die armenischen Greuel und Schandtaten werden in allen islamitischen Ländern bis nach China hinein unvergessen bleiben. Da aber das Schicksal gerade diese Länder den Armeniern als Wohnsitz zuwies, so wird der Islam ihnen diesen Wohnsitz zur Hölle machen und dies wird das einzige Resultat ihrer Verbrechen sein.“

Am 14-ten März brandmarkte der „Tanin“ die großarmenischen Träume und die Mittel zu ihrer Verwirklichung. Ohne irgend einen Unterschied zwischen gutgesinnten und revolutionären Armeniern zu machen, bezeichnet er die Armenier als „rohes Bergvolk“, als ein Unglück für jedes Land, das sie bewohnen, und rechtfertigt die Maßregeln der Regierung gegen die Armenier im Jahre 1914/15.

Seit diesen Artikeln ist es – offenbar auf Befehl der Regierung – wieder etwas stiller in der hauptstädtischen Presse geworden. Die Regierung scheint auch durch die ablehnende Haltung der verbündeten Zensurstellen diesen Artikeln gegenüber etwas stutzig geworden zu sein. Auch eine Debatte im Senat, gelegentlich der Beratung über das Budget des Ministerium des Innern, dürfte dazu beigetragen haben. Der Senator Ahmed Riza Bey betonte, dass die antiarmenischen Presseartikel den Fanatismus des niederen Volkes aufstacheln und bedauerliche Folgen haben würden, und verwies auf die Hunderttausende von loyalen Armeniern, die vor der Volkswut geschützt werden müssten.

Als Merkmal des seither eingetretenen Umschwunges mag der Artikel des „Tanin“ vom 20-ten März gelten. Darin heißt es:

„Nach allen diesen durch die armenischen Komitadschis verübten Greuelthaten sehen wir uns nunmehr (nach dem Zusammenbruch Russland's) allein en tête à tête mit den Armeniern. Der Vorhang des letzten Aktes dieses blutigen Drama's ist gefallen und wir müssen weiter mit den Armeniern leben, wenn es auch schwer ist, das Vergangene zu vergessen, so werden wir doch nicht gestatten, dass auch die Unschuldigen unter der gerechten Strafe für die Schuldigen leiden. Für die Armenier ergibt sich aus den Ereignissen der letzten Jahre die Lehre, dass sie das Komitadschitum als verdammenswert und verächtlich anerkennen und mit ganzer Aufrichtigkeit loyale Untertanen der türkischen Regierung werden müssen. Nach Maßgabe der Beweise, die sie von dieser Umkehr erbringen, wird die Regierung ihnen wieder das alte Wohlwollen zuwenden.“

Dieser offenbar inspirierte Artikel des offiziellen Organs scheint zu bedeuten, dass die türkische Regierung von den am Leben gebliebenen Armeniern eine Loyalitätserklärung erzwingen will.

Aus den letzten Tagen ist kein neuer Artikel über dieses Thema in der hiesigen Presse zu verzeichnen.

Geht nur an den k. und k. Chef des Generalstabes in 3 Exemplaren.

In Vertretung: [Unterschrift unleserlich]

An den k. und k. Chef
des Generalstabes in Standort

Kriegsarchiv, KM AOK. NA. 8168



Unklare und sich widersprechende Nachrichten aus Transkaukasien

[K. UND K. MINISTERIUM
DES AUSSERN, WIEN]

Telegramm in Ziffern

1. an Markgrafen Pallavicini in Konstantinopel, Nr. 131
2. an Gottfried Prinzen Hohenlohe in Berlin, Nr. 172

Wien, am 4. April 1918

I.

Der Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 191 vom 27. v. M. wurde dem Prinzen Hohenlohe mit dem Ersuchen mitgeteilt, über die einschlägige Auffassung der kaiserlich deutschen Regierung zu berichten.

Der k. u. k. Botschafter in Berlin telegraphiert nun wie folgt:

„Im Auswärtigen Amte liegen nur unklare und widersprechende Nachrichten aus Transkaukasien vor. Ein aus Tiflis zurückgekehrter deutscher Konsul, der dort drei Jahre interniert war, meldet, daß bei den dortigen Mohammedanern und christlichen

Georgiern starke Neigung zur Gründung eines selbständigen Georgien unter türkischer Vorherrschaft bestehe.

Man steht hier auf dem Standpunkt, daß Verhandlungen mit kaukasischer Republik solange nicht angängig sind, bis dieses Staatswesen von Großrußland anerkannt wird.

Wunsch der Türkei, Batum zu erhalten, läßt große Schwierigkeiten mit Georgien befürchten.

Herr von Kühlmann hat dies Talaat Pascha zu verstehen gegeben, der hiefür auch Verständnis zeigte, womit er bei seinen Landsleuten allerdings allein stehen dürfte.

Hier wird der gegenwärtige Moment, wo Türken über alte Grenze ins Gebiet von Kars eindringen, für dortige armenische Bevölkerung als besonders kritisch angesehen. Auswärtiges Amt hat Graf Bernstorff angewiesen, mäßigend auf türkische Regierung einzuwirken, und wäre für analoge Instruktion an Markgrafen Pallavicini sehr dankbar.“

Ich ersuche Euer Exzellenz, in dem von der kaiserlich deutschen Regierung gewünschten Sinne im Einvernehmen mit Ihrem deutschen Kollegen auf die Pforte einzuwirken.

2.

Ich telegraphiere den Inhalt Euer Durchlaucht Telegrammes Nr. 207 vom 3. d. M. an Markgrafen Pallavicini und füge bei: „(Describ. letztes Alinea aus Erl. 1)“.

Vorstehendes zur Mitteilung im dortigen Auswärtigen Amte.

HHS&A PA X 155



Gefahr für die Armenier im Kaukasus

Telegramm von Markgraf Pallavicini

Nr. 224
Chiffre

Pera, 8. April 1918

Euer Excellenz Telegramm Nr. 131 vom 4. d. Mts.

Gefahr für die Armenier im Kaukasus.

Ich habe diese Angelegenheit auftragsgemäß, bevor ich sie bei der Pforte zur Sprache gebracht, mit meinem deutschen Kollegen besprochen.

Deutscher Botschafter sagte mir, er habe bei diesem Anlasse keinen speziellen Auftrag erhalten, aber bereits seit einiger Zeit auf Grund verschiedener Weisungen Sache hier zur Sprache gebracht und bezüglich der Behandlung der Armenier Milde empfohlen. Er habe diesbezüglich immer vom Großvezier beruhigende Zusicherungen erhalten, welcher auch von einer allgemeinen Amnestie sprach.

Herr Botschafter ist indessen diesbezüglich sehr skeptisch.
Ich werde nicht ermangeln, bei der ersten Gelegenheit mich im befohlenen Sinne zu äußern.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA X 155



BEILAGE ZU BERICHT NR. 18/P. F, DEN HAAG, 15. APRIL 1918 [SIEHE S. 422 OBEN]

Communiqué

BUREAU ARMÉNIEN DE CORRESPONDANCE
LA HAYE

La Haye, le 10 Avril 1918

Dernièrement le Reichstag a tenu une séance secrète sur la question arménienne qui est liéé avec le paragraphe IV du traité de Brest-Litovsk, faisant cession à la Turquie des trois provinces, Batoum, Kars et Ardahan.

A la suite de cette séance secrète, le rapporteur a déclaré en séance publique que «la Turquie avait donné des assurances que les Arméniens seraient traités avec douceur, que les troupes turques garderaient une sévère discipline et que la population ne serait pas rendue responsable pour les délits commis par quelques-uns.»

Il est impossible de prendre au sérieux ces assurances du gouvernement turc; la population arménienne connaît, par l'expérience du passé, que ces promesses ne lui offrent aucune garantie de sécurité. Le gouvernement turc avait aussi assuré en 1915 qu'il ne ferait que déplacer les quinze cent mille Arméniens de l'Arménie, mais le fait est que, un million d'entre eux ont trouvé la mort au cours de ces déportations, pratiquées suivant un plan préconçu. Il importe aussi de faire remarquer que les massacres sont habituellement mis à exécution par des repris de justice et des criminels, élargis à cette fin et groupés en bandes par les soins du gouvernement, ou bien, par des tribus pillardes et sanguinaires dirigées par les autorités. Dans ces conditions, les assurances de discipline des troupes n'ont aucune signification.

En ce qui concerne la situation des Arméniens du Caucase, nous sommes renseignés que le gouvernement turc a déjà, par ses émissaires, excité les éléments mahométans du Caucase contre les chrétiens et particulièrement contre les Arméniens, et le mot d'ordre est donné pour que, sitôt que les troupes turques entreraient au Caucase, l'on mette à exécution le sinistre projet. L'envahissement de la province de Bakou par des milliers de brigands Kurdes est un commencement de l'exécution de ce plan.

Il est certain que, sans les succès allemands en Russie et sans la coopération des officiers et des canons allemands, la Turquie n'aurait jamais songé à une mainmise sur le Caucase, elle n'aurait même pas pu réenvahir l'Arménie. On conçoit donc, que

l'Allemagne aura toute la responsabilité des malheurs qui vont s'abattre à nouveau sur l'Arménie et ce ne sont pas les promesses turques qui l'en dégageraient. Il appartient au Gouvernement allemand d'empêcher les conséquences funestes d'une situation qu'il a créée lui-même au Caucase par le paragraphe IV du traité de Brest-Litovsk.

[K. und k. österr.-ungar.
Gesandtschaft, Den Haag]

HHStA PA XII 463



Talaat Pascha: Keine Gewaltmaßregeln gegen die Armenier

Telegramm von Markgraf Pallavicini

Nr. 234
Chiffre

Pera, 11. April 1918

Zu meinem Telegramm No. 224.

Ich habe mich heute beim Großvezier im befohlenen Sinne geäußert.

Talaat Pascha versicherte, daß gegenwärtig gegen die Armenier keine Gewaltmaßregeln ergriffen werden würden, übrigens seien in den Gebieten von Kars und Ardahan, wo die türkischen Truppen über die Grenze vordringen, keine Armenier vorhanden.

Großvezier behauptete, überzeugt zu sein, daß es nicht im türkischen Interesse gelegen wäre, wenn gegen die armenische Bevölkerung Gewalttaten verübt werden sollten, welche in ganz Europa schlechten Eindruck machen würden.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA X 155



Großvezier ist der Meinung, daß die mohammedanischen Grundbesitzer die türkischen Truppen freudig begrüßen werden

Telegramm von Markgraf Pallavicini

Nr. 235
Chiffre

Pera, 11. April 1918

Im Nachhange zu meinem Telegramme No. 229.

Talaat Pascha bestätigte die gemeldete Nachricht und fügte hinzu, er habe Grund anzunehmen, daß die transkaukasische Republik die Bestimmungen des Brest-Litowsker Vertrages bezüglich der Räumung von Batum, Kars und Ardahan akzep-

tieren werde (weil die türkischen Truppen eben dorthin vorgedrungen seien!). Uebrigens meinte Großvezier, seien viele dortige mohammedanische Grundbesitzer von den Bolschewikis bedroht und diese würden gewiß Ankunft türkischer Truppen freudigst begrüßen.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA X 155



BEILAGE ZUM TELEGRAMM VOM 16. APRIL 1918, Z. 1974-75 [SIEHE S. 422 UNTEN]

Vernichtung des armenischen Volkes wird weitergeführt

EVIDENZBUREAU, CHIFFREGRUPPE II.
KÖNIGSWUSTERHAUSEN RUSSISCH

Abschrift

Radionachrichten

12. April 1918

Dem Vormarsche der türkischen Truppen an der Kaukasusfront folgt die Massenvernichtung der armenischen Bevölkerung. Die friedliche Bevölkerung, die Frauen und Kinder werden zu Tausenden ermordet, ihr Hab und Gut geraubt und verbrannt. Der Vertrag, welchen wir in Brest-Litowsk zu unterzeichnen gezwungen wurden, überließ das Schicksal der Bevölkerung der Bezirke von Ardagan [Ardahan], Kars und Batum der Selbstbestimmung der Bevölkerung dieser Bezirke . . . Die Vernichtung des armenischen Volkes wird auch jetzt weitergeführt. (Die Bevölkerung) an der türkischen Front war auf der Seite Rußlands welches Ardagan, Kars und Batum nur deshalb abgetreten hatte, weil Deutschland der Verbündete der Türkei war. Die Verantwortung für die Greuelthaten, welchen die armenische Bevölkerung in den durch die türkischen Truppen gegenwärtig besetzten Gebieten ausgesetzt ist, fällt auf die deutsche Regierung, mit deren Hilfe die Türkei für sich diese Gebiete ausbedungen hat. Das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten erhebt entschiedenen Protest gegen eine solche Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes der Bevölkerung . . . Vermeidung der weiteren Vernichtung der friedlichen Bevölkerung, wie dies in Ardagan der Fall war.

Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten:

TSCHITSCHERIN KARACHAN

An das
deutsche Auswärtige Amt, Berlin

HHStA PA XII 463



Communiqué des hiesigen armenischen Korrespondenzbureaus

[K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. GESANDTSCHAFT
DEN HAAG]

Nr. 18/P.F

Ad h. a. Bericht Nr. 16C vom 30 v. M.

1 Beilage [Siehe S. 419]

Haag, den 15. April 1918

Im Verfolge meines obzitierten Berichtes beehre ich mich Euer Exzellenz ein mir nunmehr vom „armenischen Korrespondenzbureau im Haag“ direkt zugeworrenes Communiqué vorzulegen, welches sich sachlich im allgemeinen mit der, in der bezogenen Relation erwähnten, in der hiesigen Presse veröffentlichten Darstellung des genannten Bureaus deckt.

Der k. u. k. Gesandte: SZÉCHÉNYI

Seiner Exzellenz
Herrn Ottokar Grafen Czernin, Wien

HHStA PA XII 463



Angebliche armenische Massaker an der Kaukasusfront

K. UND K. MINISTERIUM
DES AEUSSERN, WIEN

Telegramm

1. an Markgrafen Pallavicini in Konstantinopel

2. an Gottfried Prinzen Hohenlohe in Berlin

Z. 1974-75

Beilage: Radiodespeche Königswusterhausen Nr. 2055

vom 12. April 1918 [Siehe S. 421]

Wien, 16. April 1918

ad 1

Die russischen Volkscommissionäre für auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin und Karachan haben an das deutsche Auswärtige Amt die in Abschrift zuzuliegende Radiodespeche gerichtet, mittelst welcher gegen angebliche Massacres der armenischen Bevölkerung im Kaukasus durch die dort vorgehenden türkischen Truppen Protest erhoben wird.

Ich ersuche Euer Excellenz, sich zunächst Gewissheit darüber verschaffen zu wollen, ob die erhobenen Beschuldigungen den Tatsachen entsprechen, und, bejahenden Falls, nach Besprechung und im engsten Einvernehmen mit Ihrem deutschen Collegen, die Angelegenheit bei der Pforte in entsprechender Weise zur Sprache zu bringen.

Euer Excellenz Berichterstattung im Gegenstande sehe ich mit Interesse entgegen.

Ich beehre mich Euer Excellenz in der Anlage sub 1 eine an das Auswärtige Amt gerichtete Radiodepesche der russischen Volkscommissionäre für auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin und Karachan zu übermitteln. Ich habe diese Depesche zum Gegenstand eines Erlasses an Markgraf Pallavicini gemacht, dessen Abschrift sub 2 beiliegt.

Euer Excellenz wollen diese Instruction an den k. u. k. Botschafter in Constantinopel dem Auswärtigen Amte mitteilen und darauf hinwirken, dass Graf Bernstorff gegebenen Falls im gleichen Sinne angewiesen werde, wie Markgraf Pallavicini.

Ich gewärtige Euer Excellenz gegenständliche Berichterstattung.

HHStA PA XII 463



Transkaukasische Regierung verlangt Räumung der besetzten Gebiete

Telegramm von Markgraf Pallavicini

Nr. 251
Chiffre

Pera, 16. April 1918

Mein Telegramm No. 229 vom 9. d. M.

Nessimi Bey hat gestern meinem deutschen Kollegen gesagt, daß die transkaukasische Regierung anfangs türkisches Ultimatum angenommen habe, daß aber das „Parlament“ dieser Republik sich gegen dieses ausgesprochen und von der Türkei Räumung der besetzten Gebiete verlangt habe.

Deutscher Botschafter hat hierüber nach Berlin berichtet und vorgeschlagen, daß beide Zentralmächte sowohl auf die Türkei wie auf transkaukasische Regierung einwirken behufs Erzielung einer Verständigung.

Meiner Ansicht nach dürfte dies sehr schwer sein, da die Türkei nach erheblichen Kämpfen gegen Georgier und Armenier Batum besetzt haben und die eroberten Gebiete um keinen Preis räumen werden. Andererseits könnte transkaukasische Republik sehr schwer auf Batum verzichten.

[K. und k. Ministerium
des Aeußern, Wien]

HHStA PA X 155



Einmarsch türkischer Truppen in Transkaukasien

Telegramm von Markgraf Pallavicini

Nr. 255. Chiffre

Pera, 19. April 1918

Mein Telegramm Nr. 251 vom 16. d. Mts.

Großvezier und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten kamen heute auf die türkisch-transkaukasischen Beziehungen zu sprechen und sagten mir, daß die Türkei sich eigentlich mit der transkaukasischen Republik auf Kriegsfuß befinde, da letztere, den Brest-Litowsker Frieden nicht anerkennend, gegen den Einmarsch der türkischen Truppen in die drei zu räumenden Bezirke protestiert habe. Situation sei dadurch schwerer, daß die Franzosen und Engländer offenbar in Tiflis hetzen und armenische und georgische Banden gegen den Vormarsch organisieren.

Es bleibe daher nach Ansicht der beiden Staatsmänner nichts übrig, als bei Tiflis militärisch vorzugehen und dort dann eine Türkei günstige Regierung einzusetzen, mit welcher sogar ein Bündnis geschlossen werden könnte. Es läge türkischer Regierung ferne, andere Gebiete als die laut des Brester Friedens zu räumenden Distrikte besetzen zu wollen. Man müsse also in Transkaukasien einen Staat gründen, welcher sicherer Nachbar der Türkei sei.

Talaat Pascha meinte, daß dies auch im Interesse beider Zentralmächte gelegen sei, welche nicht zugeben könnten, daß der transkaukasische Staat unter anglo-französischen Einfluß komme, wodurch Weg nach dem Osten gesperrt werden würde. Regierung fürchte aber, daß wenn die türkischen Truppen bis Tiflis vorrücken, Groß-Russland dies als eine feindselige Handlung betrachten und der Türkei Krieg erklären könnte. Russland sei zwar momentan nicht in der Lage, militärische Operationen vorzunehmen, es wäre aber immerhin für die Türkei eine sehr ernste Sache, wieder in Kriegszustand mit diesem Staate zu treten. Die Pforte wende sich daher an die Zentralmächte mit der Bitte, das gedachte beabsichtigte Vorgehen der türkischen Truppen nach Tiflis als eine im gemeinsamen Interesse der Verbündeten unternommene Aktion zu bezeichnen, weil Groß-Russland es dann nicht wagen dürfte, der Türkei Krieg zu erklären. Hilmi Pascha sei gestern beauftragt worden, Angelegenheit im obigen Sinne bei der k. und k. Regierung zur Sprache zu bringen.

Ich erwiderte Großvezier, daß mir die Sache sehr ernst scheine und daß meiner Ansicht nach es türkischerseits überhaupt verfehlt gewesen sei, unter Nichtbeobachtung der Brester Bestimmungen in Transkaukasien einzurücken, bevor man sich mit der dortigen Regierung geeinigt habe.

Talaat Pascha entgegnete, daß die Türkei hiezu gezwungen wurde dadurch, daß dortige mohammedanische Bevölkerung ihre Hilfe gegen die armenischen Banden angerufen habe.

Also ganz nach deutschem Rezept. .

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA X 155

Von türkischer Seite werden angebliche armenische Massaker an der Kaukasusfront geleugnet

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 36/P.B
zum Erl. Nr. 1974 vom 16. April d.J.

Konstantinopel, am 20. April 1918

Bevor ich im Gegenstande weitere Schritte unternehme, glaube ich auf Folgendes aufmerksam machen zu sollen:

Es erscheint mir höchst wahrscheinlich, dass die in Transkaukasien vorrückenden türkischen Truppen, nach Landessitte, Greuelthaten gegen die dortige armenische Bevölkerung verüben.

Mein deutscher Kollege und ich haben indessen hierüber nicht die geringste Nachricht, geschweige denn positive Anhaltspunkte.

Türkischerseits wird die Sache nicht nur geleugnet, sondern, wie Euer Excellenz aus meiner Berichterstattung wissen, und wie der Grossvezir mir noch vorgestern ausführte, die ganze Schuld auf die Armenier geschoben, gegen welche die kaukasischen Mohammedaner die Türken zur Hilfe gerufen hätten.

Um daher auch den geringsten Eindruck zu machen, müsste die beabsichtigte Demarche bei der Pforte vom Beweismaterial unterstützt werden, welches hier zu verschaffen, vorläufig unmöglich erscheint. Vielleicht wäre aber die russische Regierung in der Lage dies zu tun.

Eine Präventivwarnung habe ich übrigens infolge des hohen telegraphischen Auftrages vom 4. April Nr. 131 in dieser Angelegenheit an die Pforte ergehen lassen. In wie wenig befriedigender Weise dieselbe aufgenommen wurde, wissen Euer Exzellenz aus meinem Telegramme Nr. 234 vom 10. April.

Uebrigens erfahre ich, dass mein deutscher Kollege, welcher – wie Euer Exzellenz wissen – fortgesetzt hier zur Milde gegenüber den Armeniern mahnt, eines ihm gewordenen ähnlichen Auftrages, wie des eingangs erwähnten, sich in der Weise entledigt hat, dass er den in Rede stehenden Protest der bolschewistischen Regierung dem türkischen Auswärtigen Amte einfach übermittelte.

Der k. u. k. Botschafter: PALLAVICINI

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 463



Die türkisch-transkaukasischen Beziehungen

[K. UND K. MINISTERIUM
DES AEUSSERN, WIEN]

Telegramm in Ziffern

1. an Grafen Larisch in Berlin, Nr. 223
2. an Markgrafen Pallavicini in Konstantinopel, Nr. 172

Wien, am 21. April 1918

I.

Markgraf Pallavicini telegraphiert:

„Großvezier und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten kamen heute auf die türkisch-transkaukasischen Beziehungen zu sprechen und sagten mir, daß die Türkei sich eigentlich mit der transkaukasischen Republik auf Kriegsfuß befinde, da letztere, den Brest-Litowsker Frieden nicht anerkennend, gegen den Einmarsch der türkischen Truppen in die drei zu räumenden Bezirke protestiert habe. Situation sei dadurch schwerer, daß die Franzosen und Engländer offenbar in Tiflis hetzen und armenische und georgische Banden gegen den Vormarsch organisieren.

Es bleibe daher nach Ansicht der beiden Staatsmänner nichts übrig, als bei Tiflis militärisch vorzugehen und dort dann eine Türkei günstige Regierung einzusetzen, mit welcher sogar ein Bündnis geschlossen werden könnte. Es läge türkischer Regierung ferne, andere Gebiete als die laut des Brester Friedens zu räumenden Distrikte besetzen zu wollen. Man müsse aber in Transkaukasien einen Staat gründen, welcher sicherer Nachbar der Türkei sei.

Talaat Pascha meinte, daß dies auch im Interesse beider Zentralmächte gelegen sei, welche nicht zugeben könnten, daß der transkaukasische Staat unter anglo-französischen Einfluß komme, wodurch Weg nach dem Osten gesperrt werden würde. Regierung fürchte aber, daß, wenn die türkischen Truppen bei Tiflis vorrücken, Groß-Rußland dies als eine feindselige Handlung betrachten und der Türkei Krieg erklären könnte. Rußland sei zwar momentan nicht in der Lage, militärische Operationen vorzunehmen, es wäre aber immerhin für die Türkei eine sehr ernste Sache, wieder in Kriegszustand mit diesem Staate zu treten. Die Pforte wende sich daher an die Zentralmächte mit der Bitte, das gedachte beabsichtigte Vorgehen der türkischen Truppen nach Tiflis als eine im gemeinsamen Interesse der Verbündeten unternommene Aktion zu bezeichnen, weil Groß-Rußland es dann nicht wagen dürfte, der Türkei Krieg zu erklären. Hilmi Pascha sei gestern beauftragt worden, Angelegenheit im obigen Sinne bei der k. u. k. Regierung zur Sprache zu bringen.

Ich erwiderte Großvezier, daß mir die Sache sehr ernst scheine und daß meiner Ansicht nach es türkischerseits überhaupt verfehlt gewesen sei, unter Nichtbeobachtung der Brester Bestimmungen in Transkaukasien einzurücken, bevor man sich mit der dortigen Regierung geeinigt habe.

Talaat Pascha entgegnete, daß die Türkei hiezu gezwungen wurde dadurch, daß dortige mohammedanische Bevölkerung ihre Hilfe gegen die armenischen Banden angerufen habe.“

Euer Hochgeboren wollen vorstehendes Telegramm dem Herrn Staatssekretär vertraulich mitteilen und beifügen, ich teilte die Auffassung Markgrafen Pallavicinis, daß ein eventueller türkischer Vormarsch in Transkaukasien uns Rußland gegenüber in eine immerhin schwierige Lage bringen könnte.

Deshalb schwebt mir vor, die sicherlich auch in Berlin zu gewärtigende Demarche der türkischen Regierung dahin zu beantworten, daß die Zentralmächte die von der Türkei für ihre Aktion in Transkaukasien erbetene Solidaritätserklärung nicht abgeben könnten und zur Vorsicht raten müßten.

Um jedoch zu vermeiden, daß diese Ablehnung in Konstantinopel allzusehr verstimme, und da wir ferner ein Interesse daran haben, daß es der türkischen Regierung ermöglicht werde, auf gewisse Erfolge im Osten hinzuweisen, was ihr eine größere Nachgiebigkeit in den uns näher tangierenden Balkanfragen gestatten würde, möchte ich dem türkischen Botschafter gegenüber hinzufügen, ich hielte es für natürlich, daß die Türkei Fühlung mit den mohammedanischen Elementen in Transkaukasien suche, um sich auf diese Weise einen gewissen Einfluß in jenen Gebieten zu sichern, daß dies aber im möglichsten Einvernehmen mit der Regierung der transkaukasischen Republik zu geschehen hätte.

Da ich Gewicht darauf lege, daß die Antwort des Wiener und des Berliner Kabinetts sich in derselben Richtung bewege, ersuche ich Euer Hochgeboren um Drahtantwort, ob der Staatssekretär seine Antwort an Hakki Pascha gleichfalls in obigem Sinne zu erteilen gedenkt.

2.

Ich teile Euer Exzellenz Telegramm 255 dem k. u. k. Geschäftsträger in Berlin mit und füge bei: (Inseratur ex Erl. 1 von „Euer Hochgeboren wollen vorstehendes“ ... bis ... „zu erteilen gedenkt.“)

Vorstehendes zu Euer Exzellenz rein persönlichen Information.

HHStA PA X 155



Über die „Kaukasische Sache“ wurde noch kein Entschluß gefaßt

Telegramm von Prinz Hohenlohe

Nr. 255
Chiffre

Berlin, 22. April 1918

Zu Euer Exzellenz Telegramm No. 223 vom 21. d. M.

Der hiesige türkische Botschafter hat dem Auswärtigen Amte die transkaukasische Angelegenheit bisher nur signalisiert, dieselbe aber noch nicht zur Sprache gebracht.

Man beabsichtigt, die Ausführungen Hakki Pascha's zur Kenntnis zu nehmen und ihm zu antworten, daß man die Sache einer eingehenden Prüfung unterziehen und sich zu derselben erst nach erzieltm Einvernehmen mit dem Wiener Kabinette äußern werde.

Herr von Kühlmann, welcher noch keinen diesbezüglichen Entschluß gefaßt hat, ist vorerst der Ansicht, man sollte die kaukasische Sache bis zur weiteren Klärung der türkisch-bulgarischen Grenzrekifikationsfrage dilatorisch behandeln, um je nach dem Ergebnisse des zum Vor- oder Nachteile der Türkei Erreichten das türkische ...* Ansuchen beschränken oder erweitern zu können.

* Chiffre verstümmelt

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA X 155



Angebliche armenische Massaker an der Kaukasusfront

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
BERLIN

Nr. 46/P.B
zu Erlaß Nr. 1975 vom 16. d.M.

Berlin, den 22. April 1918

Ich habe den Inhalt obzitierten Erlasses mit dem Unterstaatssekretär Herrn von dem Bussche besprochen, welcher mir sagte, dass Graf Bernstorff bereits beauftragt worden wäre, im Gegenstande zu berichten, dass aber eine diesbezügliche Meldung bisher noch ausständig sei. Er selbst – der Unterstaatssekretär – glaube nicht an die angeblichen armenischen Massakers an der Kaukasusfront.

Euer Excellenz Wunsche entsprechend werde der deutsche Botschafter in Cospoli nunmehr im gleichen Sinne instruiert werden wie Herr von Szilassy.

Der k. u. k. Geschäftsträger: LARISCH

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

HHStA PA XII 463



Türkische Regierung erwägt Amnestie für alle Armenier

Telegramm von Markgraf Pallavicini

Nr. 266
Chiffre

Pera, 24. April 1918

Großvezier hat heute deutschem Botschafter gesagt, daß die türkische Regierung eine Amnestie für alle Armenier zu erlassen gedenkt.

Es scheint mir dies mit den in Bezug auf Transkaukasus bestehenden türkischen Absichten in Verbindung zu stehen (siehe mein Telegramm No. 255 vom 18. d. M.).

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA XII 463



Glückwunschdepeschen

Vom AOK. folgende Telephondepesche hier eingelangt:

Dringend

Pera um 8 h 30 [1918]

Aus Anlaß der Einnahme von Kars und hiemit der Besetzung des der Türkei im Frieden von Brest zugesprochenen Gebietes schienen mir Glückwunschdepeschen von Seiner Majestät an S. Majestät den Sultan, sowie vom Chef des Gltbes [Generalstabes] an Enver Pascha angezeigt.

Zu beachten wäre, daß heute der Jahrestag der Thronbesteigung des Sultans ist.

POMIANKOWSKI

Telegramm Hughes Reichenau
Militärkanzlei

Der Chef des Gltbes hat an Enver Pascha eine Glückwunschdepesche gerichtet.

Auf Grund dessen wagt man die Absendung des nachfolgenden Ah [Allerhöchst] Telegramms a. u. zu beantragen:

Ah Telegramm an Seine Majestät Sultan Mohamed V.
Kaiser der Ottomanen, Konstantinopel

Reichenau, am 27. April 1918

Mit größter Freude ergreife ich die Gelegenheit um Euerer Majestät anläßlich der Einnahme von Kars durch die tapferen ottomanischen Truppen und der hiemit verknüpften Besetzung des der Türkei im Frieden von Brest zugesprochenen Gebietes herzlichst zu beglückwünschen und gleichzeitig den Segen des Allmächtigen, der

dieses geschichtliche Ereignis mit dem Jahrestage der Thronbesteigung Euer Majestät in verheißungsvollen Zusammenhang zu bringen so gnädig war, für Euere Majestät zu erbitten.

KARL

[Karl der Erste von Gottes Gnaden
Kaiser von Österreich, König von Böhmen usw.]

Kriegsarchiv, KM 69-18/5



Armenische Deputation in Berlin

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
BERLIN

Nr. 53/P.A

Streng vertraulich

Zu Erlaß Z. 2252 vom 2. Mai 1918

2 Beilagen [Siehe S. 425 u. 431]

Berlin, am 10. Mai 1918

Wie Euer Excellenz der beiliegenden mir vom Auswärtigen Amte zur Verfügung gestellten Aufzeichnung entnehmen wollen, weilt eine aus drei Herren bestehende armenische Deputation seit einigen Wochen hier. Ich erfahre hiez zu streng vertraulich, dass diese Herren mit einer militärischen Reiseerlaubnis ohne Vorwissen des Auswärtigen Amtes eingelangt sind. Obwohl man bei dieser Zentralstelle anfangs eventuelle Schwierigkeiten mit der Türkei befürchtete, ist man nunmehr mit dem hiesigen Aufenthalte der Deputation nicht unzufrieden, indem es gelungen zu sein scheint, die armenischen Herren bis zu einem gewissen Grade für eine Verständigung mit der Türkei gefügiger zu stimmen. Zu diesem Zwecke haben der zuständige Referent im Auswärtigen Amte und die hiesigen armenierfreundlichen Kreise – die entsprechend informiert worden waren – mit ihnen Fühlung genommen und ihnen die dem Auswärtigen Amte vorliegenden recht befriedigenden Nachrichten aus Armenien mitgeteilt. Wie ich höre, berichten diesbezüglich im Widerspruche zur Annahme des k. u. k. Botschafters in Konstantinopel (dessen Bericht Z. 36 B/P vom 20. April l. J. in der Anlage zurückfolgt) sowohl General Seeckt, der die vorrückende türkische Front bereist hat, wie der dorthin delegierte Konsul Anders und der Correspondent der Frankfurter Zeitung Herr Weitz gleichlautend, dass die Nachrichten über türkische Greuelthaten beim gegenwärtigen Vormarsch vollkommen unbegründet seien. Die Türken sollen die armenische Bevölkerung durch schonende Behandlung für ein eventuelles Plebiscit zu gewinnen suchen.

Wie ich Euer Excellenz bereits telefonisch melden liess, hat die armenische Deputation nunmehr im Auswärtigen Amte die Bitte vorgebracht, nach Wien fahren zu dürfen, um ihre Wünsche auch der k. u. k. Regierung zu unterbreiten. Ich habe den Mitgliedern der Delegation in Entsprechung des erhaltenen telefonischen Auf-

trages mitteilen lassen, dass das k. u. k. Ministerium des Aeussern ihrer Reise nach Wien zugestimmt hätte, dass Euer Excellenz jedoch nicht in der Lage wären, die Herren persönlich zu empfangen. Die Deputation hat hierauf auf ihre Absicht, nach Wien zu fahren, verzichtet.

Ich möchte nur noch erwähnen, dass die Deputation im Auswärtigen Amte vom Unterstaatssekretär von dem Bussche empfangen worden ist.

Der k. u. k. Botschafter: HOHENLOHE

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Baron Burián, Wien

BEILAGE ZUM BERICHT NR. 53/P. A DDO. BERLIN 10. MAI 1918 [SIEHE S. 430]

Am 22. April sind die Armenier *Nasariantz* aus Petersburg, *Melik-Karageosian* aus Tiflis und *A. Djamalian* aus Tiflis von Rußland kommend, in Begleitung eines deutschen Offiziers hier eingetroffen. Sie bezeichnen sich als Delegierte des armenischen Nationalrats, eine Organisation, die ganz Rußland einschließlich des Kaukasus umfaßt. Ihr Auftrag sei, mit der Kaiserlichen Regierung über gewisse das Schicksal der Armenier betreffende Fragen zu verhandeln. Mit der Vorbringung ihrer Wünsche wollten sie zunächst warten, bis 2 weitere Delegierte aus Tiflis eingetroffen seien. Wir haben auf ihren Wunsch unsere Vertretung in Kiew telegraphisch beauftragt, diesen Delegierten, falls sie sich dort meldeten, die Reise zu ermöglichen und haben ferner ein Telegramm Karageosians an die Schwedische Gesandtschaft in Petersburg vermittelt, worin diese gebeten wurde, durch einen Vertrauensmann der Armenier die säumigen Delegierten zur Eile zu mahnen. Da keine Antwort kam, haben sich die drei Armenier entschlossen, nicht länger zu warten und haben ihre Wünsche in den 3 hier beigefügten Denkschriften niedergelegt.

Die Anträge beziehen sich sowohl auf die Armenier in Kars, Ardahan und Batum und im Kaukasus überhaupt wie auf die in den ostanatolischen Provinzen der Türkei. Sie wünschen

1. Sofortige Einstellung des türkischen Vormarsches der von schweren Ausschreitungen begleitet sei;
2. Selbstbestimmungsrecht für die Bevölkerung von Kars, Ardahan und Batum wobei die vor den türkischen Truppen geflüchteten Armenier zur Abstimmung mit zuzulassen wären;
3. Unterbleiben jeder türkischen Einmischung in innere Angelegenheiten Kaukasien;
4. Schaffung geordneter Zustände in türkisch Armenien; Rückkehr der nach Kaukasien Geflüchteten. Bürgschaften für Sicherheit von Leben, Ehre und Eigentum.

Zu türkischen Versprechungen könnten die Armenier kein Vertrauen haben. Es wird gebeten möglichst schnell eine deutsche Kommission abzuordnen, die an Ort und Stelle die Verhältnisse zu prüfen, die Ausführung der erforderlichen Maßnahmen in die Wege zu leiten und zu überwachen hätte.

Die Delegierten haben den Wunsch ausgesprochen von dem Herrn Reichskanzler empfangen zu werden.

Es dürfte indes genügen, wenn der Herr Stellvertretende Staatssekretär sie empfängt.

Für die Beantwortung ihrer Vorstellungen wird folgender Vorschlag gemacht:

Die Kaiserliche Regierung begrüßt es mit Genugtuung, daß sich der armenische Nationalrat in diesem für das armenische Volk so bedeutungsvollen Augenblick vertrauensvoll an sie gewandt hat. Sie hat den dringenden Wunsch, daß in den Gebieten, wo die Armenier leben, nach den schrecklichen Ereignissen der vergangenen Jahre Ruhe und Ordnung wieder einziehen und ein dauerndes friedliches Verhältnis zwischen der christlichen und der muhamedanischen Bevölkerung hergestellt wird. Sie hat sich auch überzeugt, daß die Kaiserlich Osmanische Regierung diesen Wunsch teilt und zu milder Behandlung der Armenier entschlossen ist. Leider haben, wie uns jetzt auch von deutscher Seite (Herr *Weitz*, den Nasariantz kennt) bestätigt wird, armenische Banden bei dem Herannahen der Türken besonders im Bezirk von Erzindjan [Erzinghian] furchtbare Untaten verübt. Umsomehr ist es anzuerkennen, daß die türkischen Truppen strengste Manneszucht gewahrt haben. Die Meldungen der neutralen und feindlichen Presse über Greuelthaten der türkischen Truppen sind böswillig erfunden. Die Türken sind sogar mit besonderer Milde vorgegangen und haben z. B. in Batum die sämtlichen Gefangenen nach Entwaffnung wieder freigelassen. Wenn bei ihrem Herannahen Kämpfe zwischen den verschiedenen Bevölkerungselementen entstanden sind, so können sie dafür nicht verantwortlich gemacht werden. Wo die Truppen eingerückt sind, herrscht nach den uns vorliegenden Nachrichten zuverlässiger Gewährsmänner vollständige Ordnung. Enver Pascha hat bei seinem Besuch in Batum eine Proklamation an die Armenier von Kars, Ardahan und Batum erlassen, worin er sie zum Bleiben auffordert und sich zum Bürgen ihrer Sicherheit, Freiheit und Habe erklärt. Diese Proklamation hat schon beruhigend gewirkt.

Was die Armenier der ostanatolischen türkischen Provinzen angeht, so wird die Türkische Regierung, wie sie uns amtlich mitgeteilt hat, in nächster Zeit eine Amnestie für die im Lande Befindlichen erlassen und diejenigen, die ihren Besitz verloren haben, entschädigen.

Zu den von den Delegierten vorgebrachten Wünschen ist zunächst zu bemerken, daß die Türken ihren Vormarsch eingestellt haben. Eine Überschreitung der im Friedensvertrag von Brest gezogenen Grenzen beabsichtigen sie nicht.

Seit die Delegierten ihre Heimat verlassen haben, hat sich die Lage dadurch wesentlich verändert, daß in Transkaukasien die Regierung gewechselt hat und die neuen Machthaber sich zur Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Türkei auf der Grundlage des Brester Friedens entschlossen haben. In diesen Tagen beginnen die gemeinschaftlichen Beratungen in Batum. Die Kaiserliche Regierung ist dabei durch eine Delegation vertreten, an deren Spitze der Militärbevollmächtigte in Konstantinopel General von Lossow steht. Sache der Armenier wird es sein, ihre Anträge und Wünsche wegen der Gestaltung ihrer Verhältnisse in Kars, Ardahan und Batum dort durch Vermittelung der Transkaukasischen Regierung, der ja

Armenier angehören, zur Geltung zu bringen. Wir hoffen, daß es dabei zu einer Verständigung kommen wird, die auch dem armenischen Volke zum Segen gereicht.

Selbstverständlich würde es für die Verhandlungen von nachteiligstem Einfluß sein, wenn die armenischen Banden ihre Kämpfe inzwischen fortsetzten und die armenische Propaganda in den neutralen Ländern nicht eingestellt würde.

HHStA PA XII 463



Rat der kaiserlich-deutschen Regierung an die türkische Regierung, die Grundlagen des Brester Vertrages nicht zu verlassen

KAISERLICH
DEUTSCHE BOTSCHAFT, WIEN

Telegramm aus Berlin

Nach Cos-pel mitgeteilt mit
Schreiben 28. 5. 1918 Nr. 2671

Berlin, 28. Mai 1918

Infolge des Verhaltens der Türkischen Regierung sind die Friedensverhandlungen in Batum gescheitert. Aus diesem Anlaß ist die Transkaukasische Regierung auseinandergefallen; Georgien hat sich vermutlich unterdessen als selbständiger Staat proklamiert.

Die Türkische Regierung hat sich auf Grund der Bestimmungen des Brester Vertrages, wonach die Bezirke Ardahan, Kars und Batum von Rußland geräumt und es der Bevölkerung überlassen wurde, ihre staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Verhältnisse im Einvernehmen mit den Nachbarstaaten, besonders mit der Türkei neu zu ordnen, für berechtigt gehalten, diese Bezirke zu okkupieren. Die Türken haben aber an ihrer Grenze nicht Halt gemacht, sondern sie haben den Vormarsch weiter fortgesetzt. Bei den Verhandlungen in Batum haben die Delegierten der Türkischen Regierung mit dem Vorrücken ihrer Truppen immer weitergehende Gebietsforderungen gestellt. Außer Ardahan, Kars und Batum verlangten sie die Bezirke Achalzych und Achalkalaki und im Gouvernement Eriwan die Bahn Alexandropol-Djulfa, einschließlich des Gebiets westlich davon und einen 25 km breiten Streifen östlich der Bahn, das Gebiet nördlich Batum bis in die Höhe von Cobulety, wogegen die Türken sich zur Rückgabe des weiter nördlich von ihnen besetzten georgischen Gebiets bereit erklärten.

Die Kaiserliche Regierung hat der Türkischen Regierung nachdrücklichst geraten, die Grundlagen des Brester Vertrages nicht zu verlassen und ihr empfohlen, die Stadt Batum nicht zu behalten, sondern den Georgiern zu überlassen, weil es wegen der Bevölkerungsverhältnisse und aus wirtschaftlichen Gründen schwerlich zu dauernden friedlichen Verhältnissen zwischen der Türkei und Georgien kommen könne. Die Kaiserliche Regierung hat einen Austausch des Bezirks Batum nördlich des

Tschorochflusses gegen andere und zwar von Tataren bewohnte transkaukasische Gebietsteile ins Auge gefaßt und der Türkischen Regierung nahegelegt, sich freundschaftlich mit der Transkaukasischen Regierung zu einigen.

Statt diesem Rat der Kaiserlichen Regierung zu folgen, haben die Türken jedes Maß verloren. Sie haben in Elisabethpol und anderen tatarischen Bezirken die türkische Flagge gehißt und sie beabsichtigen die Annexion des ganzen Gouvernements Elisabethpol und Baku und gehen auf Baku vor, um die Bolschewisten zu vertreiben und sich dort festzusetzen. Die türkischen Truppen sind auf der Front südlich Achalkalaki im Vorrücken gegen Tiflis und Eriwan. Die türkischen Truppen begleitenden kurdischen und tatarischen Freiwilligen rauben und morden in armenischen Ortschaften, aus denen alle Männer abgeführt werden. Die armenische Bevölkerung flieht nach Osten, wo sie alsbald auf Tataren stoßen wird.

Die Lage ist außerordentlich kritisch. Ein weiterer Vormarsch der türkischen Truppen würde im Kaukasus den allgemeinen Kampf entfesseln und könnte unter Umständen den Brester Frieden gefährden.

Aus dieser Sachlage ist ferner zu besorgen, daß die kaukasischen Christen, besonders die Armenier dem Wüten der irregulären Truppen und der tatarischen Bevölkerung preisgegeben, ausgeplündert, aus ihren Wohnsitzen vertrieben und wenn es ihnen gelingt, ihr Leben zu retten, in jeder Weise vergewaltigt werden. Die verbündeten Mächte können es aber weder vor ihren eigenen Völkern noch vor der Welt verantworten, wenn sie es zuließen, daß die mit ihrer Hilfe durchgesetzten Bestimmungen des Brester Vertrages als Freibrief zur Verfolgung der Christen im Kaukasus mißbraucht werden. Abgesehen hiervon werden durch das türkische Vorgehen im Kaukasus starke Kräfte den Operationen zur Verteidigung Mesopotamiens und Palästinas und zur Wiedergewinnung des verlorenen Gebiets, also den wichtigsten militärischen Aufgaben der Türkei entzogen.

Unter diesen Umständen ist dem Kaiserlichen Botschafter in Pera folgende Instruktion erteilt worden:

„Durch das Vorgehen der Türken, die sich über unsere von wahrer Bundesfreundlichkeit eingegebenen Mahnungen und Warnungen hinweggesetzt haben, ist die Hoffnung auf eine gütliche Einigung mit den Kaukasiern zerstört und die Kaukasische Konföderation gesprengt worden. Angesichts dieser neuen schwierigen und bedauerlichen Lage sollen Euere Exzellenz der Pforte in freundlicher aber bestimmter Form mündlich folgendes erklären:

1. Die Kaiserliche Regierung wahrt sich gegenüber allen Geschehnissen im Kaukasus freie Hand. Sie behält sich namentlich ihre Stellung vor zu solchen inner- und außerhalb der Bezirke Ardahan, Kars und Batum getroffenen Maßnahmen, die mit dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk nicht in Einklang zu bringen sind.

2. Einen weiteren Vormarsch türkischer Truppen im Kaukasus und eine türkische Propaganda außerhalb der genannten drei Bezirke kann die Kaiserliche Regierung weder billigen noch unterstützen.

3. Die Kaiserliche Regierung erkennt die georgische Regierung als de fakto-

Regierung an und erklärt sich vorbehaltlich der Zustimmung der russischen Sowjet-Republik grundsätzlich zur Anerkennung der Unabhängigkeit Georgiens bereit. Sie ladet die Kaiserlich Osmanische Regierung ein, ebenso zu verfahren und die Grenzen Georgiens zu achten. Die genaue Abgrenzung Georgiens wird unter deutscher Beteiligung zu vereinbaren sein.

4. Die Kaiserliche Regierung ersucht die Kaiserlich Osmanische Regierung, die angemessene Behandlung der Armenier in den von der Türkei besetzten Gebieten sicher zu stellen. Nähere Vorschläge behält sich die Kaiserliche Regierung vor.

5. Die Kaiserliche Regierung glaubt die Kaiserlich Osmanische Regierung darauf aufmerksam machen zu müssen, daß die Türkei aus den bestehenden politischen Verträgen keine Ansprüche gegen Deutschland auf Schutz und Beistand für solche militärischen oder diplomatischen Aktionen herleiten kann, die sie ohne unsere Zustimmung oder gar gegen unsern Rat unternimmt. Wir lehnen für derartige auf eigene Faust begonnene Unternehmungen jede Verantwortung ab und müssen der Türkei die Folgen überlassen. Sollte sich durch willkürliche Zersplitterung der Kräfte die Gesamtlage der Türkei verschlechtern und die Erreichung der vertragsmäßig verbürgten Ziele in Frage gestellt werden, so wird sich die Türkei damit abzufinden haben, da sich die Kaiserliche Regierung auf eine Mehrbelastung ihres politischen Kontos ihr gegenüber nicht einlassen kann. Ebenso wenig könnte die Kaiserliche Regierung die Türken decken, wenn von türkischer Seite Ausschreitungen gegen die christliche Bevölkerung des Kaukasus verübt würden.“

Von Seiten der deutschen Obersten Heeresleitung sind entsprechende Schritte bei der türkischen Heeresleitung unternommen worden.

Da Gefahr im Verzuge ist, war es nicht möglich, mit dem Wiener Kabinett vorher ins Benehmen zu treten. Der Herr Staatssekretär von Kühlmann würde aber Sr. Exzellenz dem Herrn Grafen von Burián sehr dankbar sein, wenn er mit größtmöglicher Beschleunigung den Markgrafen Pallavicini anweisen wollte, die gleiche Erklärung wie Graf Bernstorff abzugeben. Damit sich die Türkische Regierung einem einheitlichen Vorgehen der beiden verbündeten Großmächte gegenüber sieht und nicht den Versuch macht, die eine gegen die andere auszuspielen.

Die Kaiserliche Regierung erwartet beschleunigten Drahtbericht über die Antwort Sr. Exzellenz des Herrn Grafen Burián.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA X 155



Kaukasien

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
BERLIN

Nr. 61/P.A
Zu Erlaß 2604 vom 24. d.M.

Berlin, am 29. Mai 1918

Wie ich im Auswärtigen Amte feststellen konnte, hat die Deutsche Oberste Heeresleitung ursprünglich tatsächlich das türkische Vorgehen nach Djulfa gutgeheissen in der Hoffnung, den Abtransport der türkischen Truppen von Alexandropol aus nach Mossul zu erleichtern und dadurch den englischen Streitkräften Schwierigkeiten zu bereiten.

Mitteilungen Herrn von Kühlmanns entnehme ich, dass die Berichte des Obersten von Lossow sehr ungünstig lauten und von ganz masslosen und unerfüllbaren Wünschen der Türkei handeln. Die Türkei wolle ganz Kaukasien annectieren und die armenische Bevölkerung mit allen Mitteln völlig ausrotten; Massakres und Blutbäder wären an der Tagesordnung. Unter diesen Umständen hätte sich die deutsche Regierung veranlasst gesehen, an die Türkei zur Einstellung ihrer unvernünftigen und unmenschlichen Politik eine Art von Ultimatum zu stellen, um dieselbe zur Besinnung zu bringen. Herr von Kühlmann begrüsst es mit dankbarer Genugtuung, dass Euer Excellenz dem Grafen Wedel auf dessen im Auftrage des Staatssekretärs vorgebrachte Bitte, sich dem deutschen Vorgehen der Pforte gegenüber anzuschliessen, zugesagt hätten, die deutsche Politik in Constantinopel möglichst zu unterstützen.

Der k. u. k. Botschafter: HOHENLOHE

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Grafen Burián, Wien

HHSStA PA X 155



Materialien zur osteuropäischen Politik

Herausgegeben

vom Ausschuß für deutsche Ostpolitik, Berlin W 50, Augsburger Straße 74

Nr. 3

Zur Information. Wörtlicher Abdruck nicht gestattet

15. Juni 1918

Die letzten Ereignisse im Kaukasus und ihre weltpolitische Bedeutung

In der Beilage LI der „Russischen Revolution“ (vom 4. Mai 1918) schilderten wir die „Selbständigkeitsbewegung im Kaukasus“ bis zum Brester Friedensvertrage. Wir geben jetzt die Darstellung der späteren, sehr folgenschweren Ereignisse auf Grund der Mitteilungen hier eingetroffener kaukasischer Politiker.

Die Schriftleitung

Die türkische Politik im Kaukasus nach dem Abschluß des Brester Friedensvertrages

Der Artikel IV des Brester Friedensvertrages enthält folgende Bestimmungen für den Kaukasus: „Die Bezirke Ardahan, Kars und Batum werden ohne Verzug von den russischen Truppen geräumt. Rußland wird sich in die Neuordnung der staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Verhältnisse dieser Bezirke nicht einmischen, sondern überläßt es der Bevölkerung dieser Bezirke, die Neuordnung im Einvernehmen mit den Nachbarstaaten, namentlich der Türkei, durchzuführen.“

Unterdessen hatten die russischen Truppen infolge der allgemeinen russischen Demobilisation das Gebiet bereits geräumt; mithin hätten jetzt die Verhandlungen zwischen der Bevölkerung dieser Gebiete und der Türkei beginnen können. Statt dessen stellte Rauf Bey, der Vorsitzende der türkischen Friedensdelegation in Trapezunt (vergl. Beilage LI der „Russ. Rev.“, S. 3, 4) ein *Ultimatum* an die transkaukasischen Unterhändler, innerhalb dreier Tage die Bedingungen des Brester Vertrages anzuerkennen. Gleichzeitig ergriffen die Türken, mit Hilfe der örtlichen mohammedanischen Bevölkerung, Besitz von Ardahan und richteten ein furchtbares Blutbad unter der christlich-armenischen Bevölkerung an.

In Ardahan hatten sich zahlreiche armenische Flüchtlinge zusammengefunden, weil das umliegende Land von räuberischen Kurden unsicher gemacht wurde. Am 15. März traf nun der bekannte Kurdenführer Aga Abdulla an der Spitze von 200 Reitern in Ardahan ein. Er galt als in türkischen Diensten stehend und wurde von den örtlichen mohammedanischen Behörden feierlich empfangen. Am nächsten Tage begann nun eine furchtbare Armeniermetzelei. Augenzeugen (Georgier, Griechen und Russen) haben später berichtet, wie die Mannschaften Abdullas und örtliche Tataren und Adsharen (Mohammedaner) die Häuser der Armenier, die in der vorhergehenden Nacht mit besonderen Zeichen versehen worden waren, überfielen und alle darin befindlichen armenischen Männer töteten. Auch Frauen und Kinder

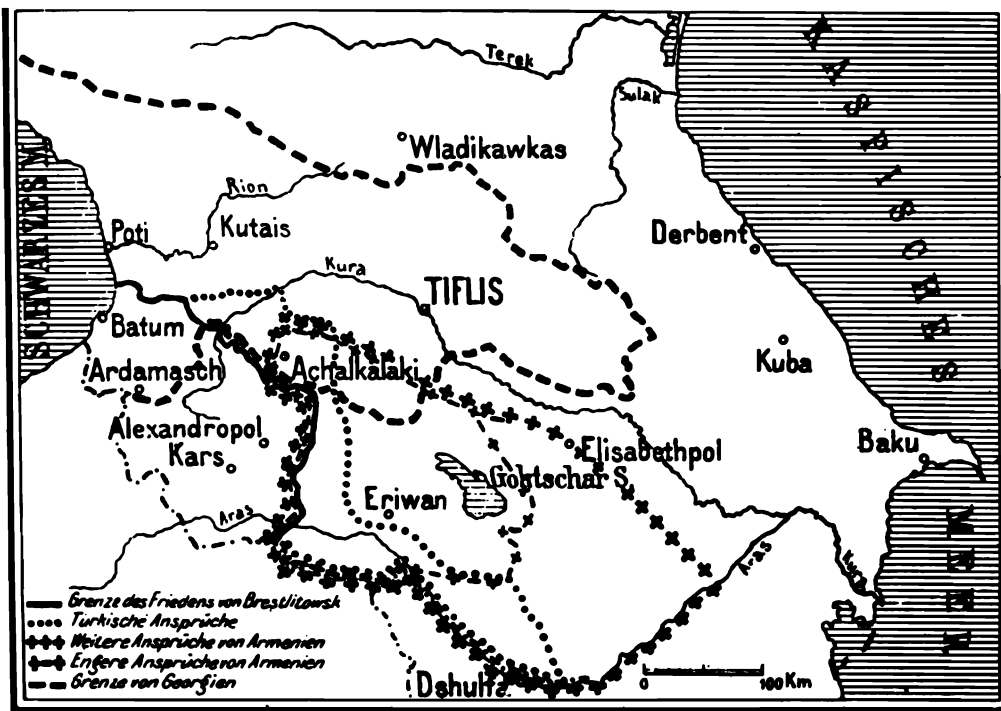
wurden dabei getötet, die meisten aber in besonderen Häusern gefangen gehalten. Einige dieser Häuser wurden später angezündet, wobei die Insassen lebendig verbrannten. Auf diese Weise wurden etwa 7000 Armenier niedergemetzelt, bald darauf etwa 1500 nach Olty geflüchtete Armenier.

Wegen dieses Vorgehens der Türken erklärte die kaukasische Regierung in Tiflis, daß sie das Ultimatum ablehne, denn sie konnte an die loyale Einhaltung des Brester Vertrages durch die Türkei nicht mehr glauben.

Die erweiterten Forderungen der Türkei

Unterdessen hatte sich die transkaukasische Republik auch formell als vollständig unabhängig erklärt und sandte eine neue Friedensdelegation, unter der Führung ihres Präsidenten Tschenkeli, nach Batum zu Verhandlungen mit den Türken.

Einige Tage nach ihrem Eintreffen in Batum stellte der Vorsitzende der türkischen Delegation, Halil Bey, ganz neue Forderungen. Es sollten vom kaukasischen Gebiet, außer den im Brester Verträge genannten Bezirken, der Türkei noch abgetreten werden: der ganze Kreis Surmalu, ein Teil des Kreises Alexandropol mit der gleichnamigen Stadt, die Kreise Achalkalaki, Achalzcha [vermutl. Achalzych], Eriwan und Etschmiadsin. Bald darauf, am 15. Mai, um 4 Uhr morgens, erhielt der Führer der transkaukasischen Armee an der Front Eriwan–Alexandropol, General Nasarbekow, vom Kommandierenden der türkischen Truppen die ultimative Forderung, binnen drei Stunden die Stadt Alexandropol und die Eisenbahnlinie bis Dshulfa zu räumen, angeblich weil die Engländer gegen Dshulfa vorrückten. (In der Folge wurde festgestellt, daß die nächsten englischen Truppenteile etwa 500 Kilometer entfernt waren.) Die Antwort Nasarbekows, daß er sich erst mit der Regierung in Tiflis verständigen müsse, nahmen die Türken nicht an und begannen um 7 Uhr morgens das Bombardement von Alexandropol. Nach der Einnahme der Stadt rückten die Türken, nun schon ohne nähere Motivierung, weiter vor: eine Abteilung marschierte nach dem Gouvernement Eriwan, um den transkaukasischen Truppen unter General Silikow in den Rücken zu fallen; die zweite Abteilung ging in der Richtung Tiflis vor und nahm die Ortschaften Karakilis, Dshelal-Ogly und Woronzow ein, etwa 80 Kilometer von Tiflis entfernt. Andererseits besetzten türkische reguläre Truppen Igdird und den ganzen Kreis Surmalu, während gleichzeitig bewaffnete Banden örtlicher Tataren, die von türkischen Emissären geführt wurden, in die Kreise Bortschalu und Achalzych eindringen, mit der Richtung gegen die Eisenbahn Tiflis–Poti, die auf diese Weise abgeschnitten werden sollte. In sämtlichen besetzten Gebieten wurden alle männlichen Personen von 18 bis 50 Jahren durch die Türken gefangengenommen und verschleppt.



Der Name der Stadt Alexandropol ist nicht westlich, sondern dicht östlich von der Grenzlinie des durch den Vertrag von Brest-Litowsk bestimmten türkischen Gebietes zu lesen. Statt Ardamasch ist etwas weiter östlich zu lesen Ardahan. [Wortlaut des Eratzettels, der der Karte aus dem Jahr 1918 beigelegt worden war.]

Die Unternehmungen der Türken in Richtung Baku

Als sich im November 1917 die russischen Truppen von der kaukasischen Front zurückzuziehen begannen, traten bewaffnete tatarische Banden unter dem Kommando türkischer Emissäre im Bezirk Schamchory–Elisabethpol auf und schnitten die Verbindung zwischen Baku und Tiflis ab. Das Ziel dieser Operation war, die aus Rußland heimkehrenden kaukasischen Truppenteile von ihrer Heimat abzuschließen und dadurch eine Stärkung der neu gebildeten kaukasischen Armee zu verhindern. Tatsächlich wurden in Elisabethpol alle zurückkehrenden armenischen Soldaten von den Tataren mit Waffengewalt gezwungen, an der Schwelle ihrer Heimat umzukehren. Sie wandten sich nach Baku, wo sie von den Maximalisten aufgefordert wurden, ihnen bei der Eroberung der Stadt zu helfen. Sie taten es gegen das Versprechen, daß die Maximalisten ihnen bei der Erzwingung des Durchzuges durch Elisabethpol behilflich sein würden. Die Einlösung dieses Versprechens erwies sich aber als unmöglich, weil in der letzten Maiwoche verstärkte Banden unter der Führung türkischer Emissäre in jener Gegend erschienen und in der Stadt Elisabethpol ein Bruder Enver Paschas, der türkische Offizier Nazim Bey, die Gewalt an sich gerissen

hatte. Aehnliche Banden tauchten in den Bezirken Achalzych und Sakatala auf, in denen die Armenier in furchtbarer Weise terrorisiert und Fahnen mit dem türkischen Halbmond gehißt wurden.

Das türkische Ultimatum vom 26. Mai und die Auflösung der transkaukasischen Republik

Die transkaukasische Republik bestand aus einer Konföderation von drei Staaten: Georgien, Armenien und Tatarien. Georgien umfaßte den Bezirk Suchum, das Gouvernement Kutais und den größten Teil des Gouvernements Tiflis; Tatarien oder Aderbeidschan [Aserbaidtschan] bestand aus dem Gouvernement Baku mit der Stadt Baku und einem Teil des Gouvernements Elisabethpol; Armenien aus dem Gouvernement Eriwan und Teilen der Gouvernements Elisabethpol und Tiflis.

Am 26. Mai richtete Halil Bey im Namen der türkischen Regierung ein Ultimatum mit dreitägiger Frist an die transkaukasische Republik außer den schon früher geforderten Gebietsabtretungen an die Türkei, auch den Kreis Nachitschewan, einen Teil des Kreises Scharur-Daralageaz und einen andern Teil des Kreises Eriwan abzutreten. Am selben Tage erklärte Georgien seine Selbständigkeit, unter Hinweis darauf, daß es nicht vertragsmäßig zu Rußland gehört hatte, sondern ihm gewaltsam angegliedert worden war. Der transkaukasische Landtag zerfiel infolgedessen und erklärte seine Auflösung. Die föderative transkaukasische Republik hatte aufgehört zu existieren. Diese Entwicklung entspricht durchaus den Absichten der Türkei, denn sie will offenbar nur Georgien und das ihr durch seine mohammedanische Grundbevölkerung eng befreundete Tatarien als existenzberechtigt anerkennen und strebt nach der vollständigen Vernichtung Armeniens.

Die Lage der Armenier

In den Gebieten Transkaukasiens, deren Abtretung an die Türkei verlangt wird, beträgt die armenische Bevölkerung nach den letzten statistischen Daten: in der Stadt und dem Bezirk Alexandropol 202 505, in der Stadt und dem Bezirk Achalkalaki 82 775, im Bezirk Surmalu 82 686, in der Stadt und dem Bezirk Achalzcha [vermutl. Achalzych] 28 225, in der Stadt und dem Bezirk Nachitschewan 54 030, in den betreffenden Bezirken von Eriwan und Etschmiadsin zirka 74 000; dazu kommen noch die im Brester Verträge abgetrennten Gebiete von Kars, Ardahan und Batum mit 133 399 armenischen Bewohnern, so daß die Gesamtzahl 607 620 beträgt. Rechnet man dazu noch die etwa 200 000 Armenier, die aus Türkisch-Armenien geflüchtet und zeitweilig in Kars und Eriwan untergebracht sind, so erhöht sich die Gesamtzahl der heimatlos gewordenen Armenier auf etwa 800 000.

Der den Armeniern verbleibende Rest ihres Landes umfaßt nur noch etwa 10 000 Quadratkilometer mit gegen 350 000 Einwohnern, ein Gebiet – bestehend aus Teilen der Bezirke Ren-Bajazid, Kasach, Bortschalu, Etschmiadsin, Eriwan und Scharur – das den See von Goktschar umschließt und zu einem großen Teile von diesem gewaltigen See und von unbewohnbaren Gebirgen bedeckt ist. Dieses Restland hat

kaum die Möglichkeit, die dort ansässige armenische Bevölkerung zu ernähren, geschweige denn den 800000 Armeniern, die durch den türkischen Vormarsch und die türkischen Abtretungsansprüche heimatlos werden, Zuflucht zu bieten. Die aus ihren Heimstätten geflüchteten oder durch die Türken verdrängten Armenier werden infolgedessen gezwungen sein, sich neue Siedlungsgebiete zu suchen, und da freies Land nirgends vorhanden ist, werden sie mit Waffengewalt in das Gebiet der benachbarten Völker eindringen, wodurch der ganze Kaukasus in dauernde kriegerische Wirren gestürzt werden würde.

Ein Kompromißvorschlag der Armenier

Mit den Bestimmungen des Brester Vertrages haben sich die Armenier bereits abgefunden, wenn auch schweren Herzens, da sie dadurch bedeutende Teile des ihnen gebührenden Territoriums verlieren. Sie verlangen nur die loyale Durchführung der Vertragsbestimmungen, d. h. Rücksichtnahme auf die Wünsche der ansässigen Bevölkerung in diesen Bezirken. In den Verhandlungen zu Batum hat sich ferner ergeben, daß die Türken aus strategischen Gründen den Besitz des Bezirkes Achalzcha [vermutl. Achalzych] und des südlichen Teiles des Bezirkes Surmalu erstreben. Auch die Abtrennung dieser Gebiete wäre für die Armenier annehmbar, wenn ihnen dafür ein Streifen Landes am rechten Ufer des Arpatschai-Flusses – etwa 20 Kilometer breit und 50 bis 60 Kilometer lang – überlassen würde, welcher von jetzt geflüchteten Armeniern bewohnt war; dort liegen die Ruinen der alten armenischen Hauptstadt Ani und andere historische Stätten von hohem Pietätwert für die Armenier. Auf dieser Grundlage ließe sich eine Verständigung erzielen. Darüber hinaus sind aber die Armenier zu keinerlei Zugeständnissen erbötig. Ihr Vorschlag bedeutet das Minimum für die Existenzfähigkeit ihres zukünftigen Staatswesens.

Die politische Bedeutung der türkischen Forderungen

Wenn die Pläne der Türken sich verwirklichen, so wird nicht nur die zukünftige Bahnlinie vom Schwarzen Meer durch Transkaukasien und Persien in der Richtung auf Afghanistan und Indien, die jetzt schon bis Täbris ausgebaut ist, auf einer Strecke von mehreren hundert Kilometern in türkischem Besitz sein und durch türkisches Gebiet führen, sondern die Türken werden auch an einer Stelle, unweit Borschom, so nahe an der transkaukasischen Linie stehen, die von Batum über Tiflis nach Baku führt, daß sie diese unmittelbar bedrohen und Tiflis eventuell gleichzeitig von zwei Seiten her, von Borschom und von Karakilis an der Bahn Tiflis–Eriwan, fassen könnten.

Auf diese Weise würde die Türkei zur Vormacht in Transkaukasien, d. h. auf dem ganzen Gebiet zwischen dem Schwarzen und Kaspischen Meere, werden, zumal die Verbindung mit den nahe verwandten Tataren, die fast das ganze östliche Transkaukasien bewohnen, in dieselbe Richtung, Verstärkung der türkischen Macht, führen müßte. Bei der Wichtigkeit beider durch Transkaukasien führenden Weltverkehrslinien, der einen von Batum über Tiflis, Baku, das Kaspische Meer und Transkaspien

nach Turkestan und Afghanistan, der anderen durch Persien nach Afghanistan und Indien – zukünftig werden beide noch eine weit erhöhte Bedeutung bekommen – kann es im deutschen Interesse kaum wünschenswert erscheinen, wenn die russische Herrschaft über das wichtige kaukasische Durchgangsgebiet durch eine türkische ersetzt wird. Für Deutschland wäre es ebenso wie für die Kaukasier besser, wenn im Kaukasusgebiet selbständige nationale Staatengebilde ohne beherrschende Beeinflussung durch unmittelbare große Nachbarn, wie Rußland oder die Türkei, entstehen. Die Kaukasusländer sind wirtschaftlich sehr entwicklungsfähig, und ihre Durchgangslage für den gegenwärtigen und noch mehr für den zukünftigen Weltverkehr ist so wichtig, ihre Rohstofflieferungen und ihre Aufnahmefähigkeit für den deutschen Absatzmarkt können so gesteigert werden, daß Deutschland darauf bedacht sein sollte, dieses Verkehrsgebiet von anderen Kräften möglichst unbeeinflußt zu erhalten. Schon die Abtretung von Kars, Ardahan und Batum ist kein Vorteil für das deutsche Interesse. Die von den Türken erstrebte Erweiterung ihrer Position ist es dagegen so wenig, daß man versucht sein könnte, zu fragen, ob nicht ursprünglich noch andere als türkische Gedanken dahinterstecken.

Die wirtschaftlichen Folgen der türkischen Expansionspläne

Die Besetzung des im Brester Frieden der Türkei zugesprochenen Gebiets durch türkische Truppen hat zur Folge gehabt, daß die christliche, in erster Linie armenische Bevölkerung dieser Landstriche sich bereits von dort geflüchtet hat. Es mag dahingestellt bleiben, ob das in der Absicht der Türken lag. Jedenfalls ist die Flucht Tatsache, und die verlassenen Ländereien liegen jetzt leer da. Dasselbe wird der Fall sein, wenn die jetzt neu von den Türken verlangten Gebiete ihnen zufallen. Sie sind gleichfalls von kaukasischen Armeniern bewohnt, und für diese wird die Uebergabe an die Türkei das Signal zur sofortigen Abwanderung sein. Auf keinen Fall werden sie unter türkischer Herrschaft im Lande bleiben. Haben doch die Türken noch vor kurzem bei den Verhandlungen in Trapezunt den Armeniern gesagt, sie möchten am liebsten mit dem in der Türkei noch verbliebenen, den Metzeleien und Deportationen entgangenen Rest der armenischen Bevölkerung auch Schluß machen.

Die Folge einer Flucht der Armenier aus dem von den Türken beanspruchten Gebiet in Transkaukasien würde also die Verödung weiter, bisher gut kultivierter Striche sein. Ihrerseits werden die Türken nicht fähig sein, die verödeten Landstriche mit ähnlich fleißigen Ackerbauern, wie die Armenier sind, zu besiedeln. Abgesehen von dem großen Menschenverlust, schätzungsweise eine Million Männer, den die Türkei in den letzten sechs bis sieben Jahren erlitten hat, ist der Türke als kolonisationskraft erfahrungsgemäß nicht befähigt. Voraussichtlich würden also die nomadischen Kurdenstämme aus dem gegenwärtig türkischen Gebiet nach Transkaukasien hinüberziehen und das frühere Kulturland würde Weideland für die kurdischen Schaf- und Ziegenherden werden. Es ist eine wirtschaftlich und moralisch gleich unmögliche Perspektive, daß große, früher gut bebaute und bevölkerte Gebiete in so wichtiger Weltlage nach dem Kriege durch die mohammedanischen Bundesgenossen

Deutschlands einem alten, kultivierten und christlichen Volk genommen und wüstegelegt werden. Dazu kommt, wie gesagt, der Nachteil, der den deutschen Interessen in politischer Beziehung durch eine türkische Vormachtstellung in Transkaukasien zugefügt werden würde.

HHStA PA X 157



Der Batumer Friedensvertrag

Telegramm von Baron Szilassy

Nr. 386
Chiffre

Pera, 25. Juni 1918

Die zwei ersten Delegierten der seit einigen Tagen hier weilenden armenischen Delegation zur Konferenz, Aharonian und Katisoff [Khatissoff, Khatissian], besuchten deutschen Botschafter und mich. Ersterer ist Präsident Nationalrates und der Delegation, zweiter, ehemaliger Bürgermeister von Tiflis, ist Minister des Aeussern. Sie machen einen guten, gebildeten Eindruck.

Sie erzählen mir, daß während der Batumer Verhandlungen Türken weitergerückt seien und da hiedurch die kaukasische Konföderation gesprengt, sie, sich allein überlassen, gezwungen waren, Frieden zu unterzeichnen, um ihr Volk vor weiteren Verfolgungen zu schützen. Nicht einmal Protest zu erheben hätten Türken ihnen bei der Unterzeichnung erlaubt.

Batumer Frieden, den sie mir übergaben und den ich mit heutigem Kurier einsende, lasse dem armenischen Staat von den zwei Millionen Armeniern des Kaukasus und den 300000 Flüchtlingen aus der Türkei kaum 200000.

Meine Mitredner erzählen in durchaus glaubwürdiger Art von schrecklichen Verfolgungen und Massacres sowohl seitens der tatarischen Bevölkerung wie der türkischen Truppen. Kars, durchwegs armenisch, hätten sie während des Waffenstillstandes freiwillig geräumt, da die Türken erklärt hätten, auf der Basis Brester Friedens zu stehen, was sie akzeptierten. Im ganzen von den Türken besetzten Gebiete seien kaum mehr Armenier zu finden, über 600000 seien aus diesem Gebiet nach Georgien und nordwärts geflüchtet.

Die beiden Delegierten sagten, sie setzten ihre ganze Hoffnung, welche darin bestehe, einen größeren lebensfähigen Staat zu bilden, in uns und Deutschland, und wären bereit, im Falle Berücksichtigung ihrer territorialen Ansprüche (über welche ich berichte) einen Schleier auf die Vergangenheit zu werfen und mit Türkei in Freundschaft zu leben.

Ich erwiderte, daß wenn Konferenz stattfinden sollte, k. und k. Regierung gewiß ihren Einfluß für eine gerechte Lösung des Problems einsetzen würde. Sie antworteten, daß gerade unsere Kompetenz in Nationalitätenfragen hierfür Gewähr biete.

Die Herren Delegierten sagten mir schließlich, daß nach dem erzwungenen

Batumer Frieden derselbe bis zum 4. Juli ratifiziert werden sollte und erbitten meinen Rat in ihrem Dilemma. Ratifizieren sie den Vertrag, so hieße das, ihn anerkennen, täten sie es nicht, so würden Türken ihre Verfolgungen wieder anfangen. Ich sagte ihnen, ich könnte einen offiziellen Rat nicht geben, da wir dies alles nicht anerkannt. Persönlich fehle mir aber auch die genaue Kenntnis der Umstände.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA X 157



BEILAGE ZU BERICHT NR. 57/P. C DDO. COS-PEL 29. JUNI 1918 [SIEHE S. 447]

Bericht einer Konversation zwischen dem Militärbevollmächtigten Pomiankowski und dem armenischen Delegierten und Minister Khatissian

Auszug

eines streng geheimen Berichtes des k. und k. Militärbevollmächtigten
FML Pomiankowski an das Armeeeoberkommando de dato Konstantinopel
25. Juni 1918

Zu Beginn des Weltkrieges liess der General-Gouverneur des Kaukasus, Woronzoff-Daschkoff, ihn, Khatissian, zu sich rufen und sagte ihm, dass für die Armenier der Zeitpunkt gekommen sei, um ihre Unabhängigkeit zu erkämpfen. Er verlangte von den Armeniern 10 Regimenter und versprach feierlich, im Falle des Sieges, ein unabhängiges Armenien aufzurichten, wohl verstanden aber auf türkischem, *nicht* auf russischem Territorium. Aber nach der Eroberung von Türkisch-Armenien, wollten die Russen von diesem Versprechen nichts mehr wissen. Die Russen waren es selbst, welche alle noch übrig gebliebenen Armenier aus Türkisch-Armenien nach dem Kaukasus verschleppten. 60000 Kosakenfamilien wurden bereit gestellt und zum Teil abtransportiert, um an die Stelle der abgeschafften Armenier in Türkisch-Armenien angesiedelt zu werden. Die Ausführung dieser Massregel wurde jedoch durch den Ausbruch der Revolution verhindert. Die Russen räumten die türkischen Gebiete, blieben jedoch im Kaukasus weiter und belassen dortselbst starke Garnisonen.

Zu Beginn der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk waren es die *türkischen* Delegierten, welche die Vertreter der kaukasischen Stämme: Georgier, Tataren, Armenier, Bergvölker etc. einluden, an den Verhandlungen teilzunehmen. Der Terror der Bolschewiken und die Furcht vor ihren Greuelthaten, welche alles bisher Dagewesene übertroffen haben sollen, verhinderte aber die Kaukasier an der Abreise

nach Brest-Litowsk und so kam es, dass die drei kaukasischen Gebiete von Kars, Ardahan und Batum an die Türkei abgetreten wurden, ohne dass die Wünsche der Bevölkerung vorher gehört worden seien.

Nach der Räumung Transkaukasiens durch die Bolschewiken konstituierte sich die einheitliche Südkaukasische Republik mit dem Regierungssitze in Tiflis. (Der Ministerpräsident war Keketschkory. Finanzminister Khatissian. Unterrichtsminister ein Tatare.)

Auf Einladung der Türkei entsandte die Tifliser Regierung Abgeordnete nach Trapezunt, um mit den türkischen Delegierten über ein Friedensabkommen zu beraten. Während dieser Verhandlungen wurden aber die Bestimmungen des Brest-Litowsker Friedens bekannt, die im ganzen Kaukasus, besonders aber unter den Georgiern, die tiefste Entrüstung hervorriefen. Vor Allem die Abtretung Batum's wurde als eine Gefährdung der Lebensfähigkeit des selbständigen Kaukasus bezeichnet. In der Hoffnung, dass die georgischen und armenischen Streitkräfte im Stande sein würden, den Vormarsch der Türken aufzuhalten, wurde der Protest gegen den Brest-Litowsker Frieden veröffentlicht und die Rückberufung der Trapezunter Delegierten beschlossen. Die Hoffnung auf bewaffneten Widerstand war aber trügerisch: Die verfügbaren Streitkräfte waren nur Soldaten aus der desorganisierten russischen Armee, ohne Führer, ohne Munition, Geschütze und Maschinengewehre. Die in aller Eile formierten Einheiten konnten den türkischen Streitkräften gegenüber nichts ausrichten, und die Tifliser Regierung sah sich bald gezwungen, der Türkei mitzuteilen, dass sie bereit sei, den Brester Frieden anzuerkennen.

Halil Bey, der mittlerweile in Batum angekommen war, erklärte jedoch, dass nunmehr, infolge des bewaffneten Widerstandes der Kaukasier, die drei Gebiete nicht mehr auf Grund des Friedensvertrages, sondern nach Kriegsrecht erworben seien und dass er die kaukasische Republik nur mehr nach Abtretung weiterer Gebiete (Achalkalaki, Achalzych, Alexandropol etc.) anerkennen werde.

General Lossow, der mit Halil nach Batum gekommen war, widersetzte sich vergeblich den übertriebenen türkischen Forderungen. Um sich dieses unbequemen Ratgebers zu entledigen, wurde der General jeder Bewegungsmöglichkeit beraubt; es war ihm unmöglich gemacht worden zu telegraphieren und die deutsche Botschaft hier war 6 Tage lang ohne jede Nachricht von Lossow. Die Türken behaupteten, die telegraphischen Verbindungen seien gestört.

Noch vor der Abreise Lossows stellte Halil der Tifliser Regierung ein 72stündiges Ultimatum: Wenn die Kaukasier in die geforderte Gebietsabtretung nicht einwilligen sollten, würde die türkische Armee ihren Vormarsch fortsetzen. Als Khatissian, als Vertreter der Tifliser Regierung, in Batum eintraf, um auf Grund des türkischen Ultimatus neue Verhandlungen anzubahnen, traf er Lossow bereits an Bord eines Dampfers, um nach Berlin zu reisen. Lossow riet Khatissian, alle türkischen Bedingungen zum Scheine anzunehmen. Um aber weitere türkische Uebergriffe nach Möglichkeit zu verhindern, entschloss sich Lossow, das mittlerweile (am 27. Mai) als unabhängig proklamierte Georgien offiziell unter das Protektorat Deutschlands zu stellen. Diese Protektoratserklärung wurde in Tiflis durch Grafen Schulenburg aus den offenen Fenstern des Regierungs-Gebäudes unter allgemeinem

Enthusiasmus verkündet und die deutsche Flagge gehisst. Gleichzeitig wurden aus deutschen Kriegsgefangenen kleine Patrouillen formiert, welche, begleitet von georgischen Banden, an die erreichbaren Grenzpunkte entsendet wurden, um dort ebenfalls die deutsche Flagge aufzuziehen. Die Türken, sowie die mit ihnen nun verbündeten Tataren, respektierten diese Flaggen nicht; es kam zwischen den deutsch-georgischen Detachements einerseits und den türkisch-tatarischen Banden und türkischen Truppen anderseits zu Zusammenstößen, in welchen circa 10 Deutsche getötet und mehrere verwundet wurden.

Nach Proklamierung der 3 unabhängigen interkaukasischen Republiken hat Khatissian als Chef der armenischen Delegation, dem Rate Lossows folgend, die türkischen Bedingungen ohne weiteres angenommen und gleich den Georgiern und Tataren am 4. Juni d.J. in Batum den Frieden mit der Türkei unterzeichnet.

Ueber die gegenwärtige Lage der Armenier im Kaukasus sagte Khatissian Folgendes:

Als die türkische Armee ihren Vormarsch zur Besetzung der 3 Provinzen Kars, Ardahan und Batum, begann, flüchtete die gesamte armenische Bevölkerung dieser Gebiete nach Norden. Die Armenier waren nicht im Zweifel, über das Schicksal, das sie von den türkischen Truppen zu erwarten hatten. Die wenigen zurückgebliebenen Armenier wurden auch tatsächlich insgesamt massakriert. Es geschah dies planmäßig derart, dass in die armenischen Dörfer zuerst Banden entsendet wurden, welche die Massakres durchführten, dann aber erst reguläre Truppen, welche einige Bandenführer aburteilten, um später beweisen zu können, dass die Truppen an den Grausamkeiten unschuldig seien. Tatsächlich soll in den besetzten 3 Gebieten kein Armenier mehr vorhanden sein, dagegen sollen sich in den Bergen nördlich von Tiflis mindestens eine halbe Million geflüchteter Armenier aufhalten. Ein kleiner Teil dieser Armenier hat, nach der Unterzeichnung des Batumer Vertrages, versucht in die Heimat zurückzukehren, wurde aber beim Passieren des von tatarischen Banden besetzten Gebietes zwischen Schulaweri und Karaklisse, südlich Tiflis, aufgerieben und massakriert. Ein typischer Fall der in diesen Gebieten herrschenden Mordlust hat sich vor den Augen des gegenwärtigen armenischen Kriegsministers, ehemaligen russischen Generals, Gorganoff, zugetragen. Er fuhr mit 67 Armeniern, Männern, Frauen und Kindern, in einem Eisenbahnzuge von Tiflis nach Eriwan. Unterwegs wurde, in Sanain, der Zug von einer tatarischen Bande aufgehalten und sämtliche 67 Armenier massakriert. Gorganoff selbst rettete sich nur dadurch, dass er sich als Russe ausgab.

HHS&A PA X 156



Den Kaukasus betreffend

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 57/P.C
Streng vertraulich
1 Beilage [Siehe S. 444]

Konstantinopel, den 29. Juni 1918

Im Verfolge und in Ergänzung meines Berichtes Nr. 56/P-B vom 25. Juni d.J. unterbreite ich im Auszuge eine mir zur Verfügung gestellte Relation des Herrn k. u. k. Militärbevollmächtigten über eine von ihm mit dem armenischen Delegierten und Minister des Aeussern Khatissoff stattgehabte Konversation.

Im Verlaufe der letzteren schilderte Herr Khatissoff (oder Khatissian) seinem Mitredner die jüngsten Ereignisse in Transkaukasien in interessanter Weise und betonte namentlich die Stellungnahme der heranrückenden Türken, welche sich nicht auf den Brest-Litowsker Vertrag, sondern lediglich auf das Kriegsrecht basierten. Dies führte sodann nach den Aeusserungen des armenischen Staatsmannes zur deutschen Protektoratserklärung über Georgien, welche angeblich nicht ohne einen förmlichen Zusammenstoss zwischen Deutschen und Georgiern auf der einen Seite und den Türken und Tataren auf der anderen Seite möglich gewesen sei.

Schliesslich erlaube ich mir Euer Exzellenz Aufmerksamkeit auch auf die Beschreibung der jüngsten armenischen Massacres, nach der Darstellung Herrn Khatissoff's, zu lenken.

Vorgestern besuchten mich die Delegierten Nordkaukasiens und Daghestans (mein heutiger Bericht Nr. 57/P-B).

Mit General Haliloff, welcher einen guten Eindruck machte, konnte ich mich nur russisch verständigen. Hingegen entwickelte mir spontan Haidar Bey Bamatoff, der Erste Delegierte und Minister des Aeussern, die Aspirationen der neuen Republik, welche auf volle Unabhängigkeit ausgehen.

Allerdings musste mein Mitredner gestehen, dass ein grosser Teil der Bevölkerung des von den Delegierten beanspruchten Gebietes, welches bis zur Mündung der Kuma im Osten und bis Noworossisk im Westen reicht, und namentlich die christlichen Kosaken, diese „Regierung“ nicht anerkennen und, dass sämtliche Städte des gedachten Territoriums sich in den Händen der Bolschewiken befinden, doch will er eine Besserung von der Zukunft erhoffen. Haidar Bey schwebt, nach Einvernehmen mit Russland, wozu er auf unsere Hilfe hofft, die Konstituierung in jenem Gebiete eines zentraleuropafreundlichen gemischten christlichen und mohamedanischen Staates vor, in welchem jedes Volkselement seine Eigenart wahren würde.

Aus seinen Aeusserungen glaubte ich entnehmen zu können, dass die Türkei dem Anspruche dieser Republik, welche sie sich zur Umklammerung der transkaukasischen christlichen Staaten wohl rein mohamedanisch wünschen dürfte, ihre Anerkennung gibt.

Schliesslich erzählte mir noch Herr Bamatoff, dass die Turco-Tataren unter der

Leitung Nouri Beys den Marsch gegen Baku wieder aufgenommen hatten. Ob dies den Tatsachen entspricht, entzieht sich meiner Beurteilung.

Ich bemerke noch, dass die vom Staatssekretär von Kühlmann in seiner jüngsten Rede bezüglich der Behandlung der Kaukasus-Völker zu Gunsten der Georgier gemachte Differenzierung hier unangenehm berührt hat.

Der k. u. k. Gesandte und Geschäftsträger: SZILASSY

Seiner Exzellenz

Herrn Stephan Grafen Burián, Wien

HHStA PA X 156



Die armenische Frage

K. K. KORRESPONDENZBÜRO
VERTRETUNG IN KONSTANTINOPEL

Korrespondenten-Bericht

Nr. 186

Konstantinopel, am 29. Juni 1918

Wie bereits berichtet, benützt die türkische Regierung die Errichtung einer armenischen Republik im Kaukasus um dies als eine Art Gunst an die Armenier hinzustellen und die armenische sowie die türkische Presse für Artikel zu benützen wonach eine armenische innere Frage in der Türkei nicht mehr besteht.

Warnend war in dieser Beziehung ein im „Ati“ vom 25. I. M. erscheinener Artikel Dschelal Nuris, worin auch von der wühlerischen Arbeit der mazedonischen Abgeordneten unter der türkischen Verfassung viel die Rede war, die ihre Instruktionen von den verschiedenen Gesandtschaften erhielten.

Die europäische Türkei wurde nur vorübergehend von uns getrennt. Die Nationalitätenfrage wurde zu 85% an die Balkanstaaten übertragen. Sie wird diese Staaten wie ein Krebs auffressen, die sie mindestens ein Jahrhundert beschäftigen wird. Es wird ein vierter, fünfter Balkankrieg kommen. Wir werden dabei eine Rolle zu spielen haben. Bevor wir einen einzigen Soldaten schicken, werden wir eine Stadt zurückkriegern, gegen ein Armeekorps werden wir eine ganze Provinz erhalten.

Dann sagte der „Ati“ etwas imperativ, der Armenier müsste die Vergangenheit, das Komitee Tschanaktschutiun vergessen. Denn wenn er beginnt, einen Unterschied zwischen „ich“ und „du“ zu machen, dann wird der Alpdruck einer Kalamität über den Kopf der armenischen Nation schweben... Der Türke sei ein Herrscher-volk...

Das haben die Armenier als eine Drohung aufgefasst. Und im heutigen „Ati“ konnte man lesen: „Der Redakteur der armenischen Zeitung ‚Vertschinlur‘ sagte vorgestern an Dschelal Nuri: wir protestieren gegen Ihren Artikel. Wir können nicht den Grundsatz der Treue unter Drohung achten. Wir sind treu, weil wir die

Staatstreue als richtig betrachten.“ Wenn dem so ist, habe Dschelal Nuri geantwortet, dann bleibt keine Meinungsverschiedenheit zwischen uns.

Der „Vakit“ brachte am 27. I. M. einen Leitartikel unter dem Titel „Die Liquidierung der armenischen Frage“.

Es habe bisher eine armenische Frage bestanden, welche Anlass zu grenzenlosen Kommentaren gab. Einige Armenier glaubten, dass armenische Frage die Schaffung eines Grossarmenien zwischen dem Kaukasus und Adana bedeutet. Für England war die armenische Frage die Schaffung eines Pufferstaates gegen das Vordringen Russlands in Persien und gegen das Mittelmeer. Für Russland wäre Armenien ein Stützpunkt um in das Mittelmeer zu gelangen. Unter diesen drei Auffassungen litten die Armenier und die Türkei. Ohne diese Aufwiegelungen, hätte heute ein zahlreiches armenisches Element in der Türkei bestanden, welches glücklich und geschätzt gelebt hätte . . . Dafür die eine oder die andere Seite verantwortlich zu halten, wäre heute unnützlich. Verantwortlich dafür sind England, Russland, die armenischen Komitadschis und das alte türkische Regime . . .

Das Blatt betont hier die guten Eigenschaften der Armenier und sagt, dass die Türken keinen Grund des Hasses gegen die Armenier haben. Nach so vielen bitteren Erfahrungen müssen sich die beiden Teile verständigen und endgültig die Rechnungen liquidieren. Dann würden auswärtige Einwirkungen keinen Einfluss mehr haben. Dass die Türkei die Armenier nicht hasst, beweist die Bildung der armenischen Republik, eines unabhängigen armenischen Staates. Wenn die armenische Regierung sich keinen Illusionen hingiebt, sondern sich ausschliesslich mit ihren Angelegenheiten befasst, werden wir, sagt das Blatt, die armenischen Wünsche, welche bisher Anlass zu Misstrauen gaben, mit Freude begünstigen. Dann wird die armenische Regierung wahre Freunde in uns finden und unserer Unterstützung sicher sein . . . Das wahre Interesse des armenischen Staats erheischt, in freundschaftlichen Beziehungen mit uns zu leben. Die Beziehungen zwischen der Bevölkerung Armeniens und den Ottomanischen Armeniern müssen aufgeklärt werden. Ein armenischer Staat, der nach mazedonischem Modell uns gegenüber handeln würde, würde sich selbst sehr viel Uebel tun . . .

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PL 190



Bitte um Beistand gegen die gewaltsamen Verfolgungen der Türkei

Abschrift

ARMENISCHE REPUBLIK
DELEGATION IN BERLIN

Berlin, den 19. Juli 1918

Denkschrift

der Bevollmächtigten der Armenischen Regierung an Seine Exzellenz den
Herrn k. und k. Oesterreichisch-Ungarischen Botschafter

Furchtbar ist das Mass der Leiden, das in den Wirren dieses Krieges über unsere Nation hereingebrochen ist. Dreiviertel unserer 2 Millionen zählenden Volksgenossen in der Türkei fielen einer in der Weltgeschichte beispiellosen Verfolgung zum Opfer: Die Männer wurden hingeschlachtet, die Mädchen geschändet und in die Harems geschleppt, Frauen und Kinder monatelang nackt und hungernd von Ort zu Ort getrieben, bis sie, dezimiert und zusammengeschmolzen, in den Wüsteneien Mesopotamiens und Arabiens anlangten, um dort unter den Wirkungen eines mörderischen Klimas unter unsagbaren Entbehrungen, Hunger und Epidemien elend zugrunde zu gehen.

Von ihren christlichen Brüdern in Europa ihrem Schicksal überlassen, wurden einundeinhalb Millionen wehrloser armenischer Christen der Türkei das Opfer des sinn- und mitleidlosen Wütens einer übelwollenden Regierung. Nicht dass sie das entschuldbare Opfer der Kriegsnotwendigkeiten geworden wären – denn was konnte der Türkei ökonomisch und moralisch mehr schaden, als die begangenen Armenier-Greuel, und nicht auch, dass die militärische Sicherheit Massregeln von solcher Unmenschlichkeit erfordert hätte, konnten Frauen und Kinder die militärische Sicherheit gefährden, und wurde von den Deportationen nicht auch die Masse der armenischen Bevölkerung getroffen, die weitab von der Kriegszone in Cilicien und Westanatolien ihren Sitz hatte? Und wann erlebte man es sonst, dass für die Schuld weniger Schuldiger – wenn es solche überhaupt gab – eine ganze Nation mit Frauen und Kindern deportiert wurde und die Deportation in ihrer Ausführung tatsächlich nichts anderes als eine brutale Ausrottung bedeutete.

Der vernichtende Schlag gegen die Armenier war vielmehr von langer Hand geplant; der Weltkrieg bot nur die günstige Gelegenheit, ihn ungestört und unbeachtet auszuführen. Er wurde schonungslos ausgeführt, ungeachtet der erheblichen Verdienste, die sich gerade die Armenier um die Begründung und Befestigung der jungtürkischen Herrschaft erworben hatten, ungeachtet der loyalen und tapferen Haltung, die – nach eigenem türkischen Zeugnis – in dem Balkankrieg die Armenier an den Tag legten, und trotzdem sie auch in dem gegenwärtigen Kriege alles taten und nichts unterliessen, mit Gut und Blut dem gemeinsamen osmanischen Vaterlande zu dienen.

Das Unrecht, das unserem Volke geschah, ist himmelschreiend und berechtigte

uns zu der Erwartung, dass ihm Genugtuung widerfahren, die armenische Frage endlich in einer Weise gelöst würde, die eine Wiederholung solcher Schrecken für immer unmöglich machte. Als dann der Zarismus zusammenbrach und sowohl von der neuen russischen Regierung, als auch von den Zentralmächten das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker verkündet und bezüglich Polens und anderer Völker Russlands durchgeführt wurde, glaubten wir zuversichtlich hoffen zu dürfen, dass nach dem gleichen Prinzip auch in dem von den Russen besetzten Türkisch-Armenien verfahren werden würde, für das zudem internationale Verpflichtungen der Türkei zur Einführung von Reformen bestanden.

Die Enttäuschung unserer Nation war daher masslos, als sie erfahren musste, dass nicht nur das besetzte Türkisch-Armenien – wo sich ein Teil der nach dem Kaukasus geflüchteten Armenier wieder angesiedelt hatte – den Türken bedingungslos zurückgegeben, sondern ihnen überdies noch durch den Brester Vertrag ein Teil Kaukasisch-Armeniens, Kars und Ardahan, ausgeliefert wurde – ein der historischen Tradition der letzten Jahrhunderte zuwiderlaufender Vorgang, wodurch neue christliche Gegenden, moderne Städte und blühende Ortschaften der Türkenherrschaft preisgegeben wurden.

Wenig kümmerten sich die Türken um das für die Bevölkerung von Kars, Ardahan und Batum im Brester Vertrag vorgesehene Selbstbestimmungsrecht und wenig um die Bedingung, dass türkische Truppen diese Provinzen nicht betreten sollten. Sie marschierten in Kars, Ardahan und Batum ein, die armenische Bevölkerung, soweit sie sich nicht durch schleunige Flucht rettete, den ärgsten Ausschreitungen entfesselter mohammedanischer Banden preisgebend.

Aber auch die durch den Brester Vertrag gezogenen Grenzen Transkaukasiens respektierten sie nicht; sie drangen weiter vor bis tief in das Innere Kaukasisch-Armeniens, überall Schrecken und Elend, Flucht und Verzweiflung um sich verbreitend. Gegenwärtig haben sie wider Recht und Billigkeit die Hälfte von Kaukasisch-Armenien besetzt; über 600000 Armenier mussten, Haus und Hof, Hab und Gut im Stiche lassend, zur Rettung ihres nackten Lebens in die Berge und Wälder fliehen, wo sie unter Entbehrungen aller Art, unter Epidemien, die um sich greifen und unter den Unbilden der herannahenden kälteren Jahreszeit den ärgsten Gefahren für Leben und Gesundheit ausgesetzt sind, während ihre herrenlos zurückgelassenen Güter dem Raub und Verfall anheim fallen.

Der Strom der armenischen Flüchtlinge und ihre Sterblichkeit wächst von Tag zu Tag, die Morde und Plünderungen an Armeniern häufen sich in erschreckendem Masse, mohammedanische Banden, durch die Gegenwart der türkischen Truppen ermutigt, treiben ungestraft ihr Unwesen. Dem letzten Rest unseres Volkstums, den kaukasischen Armeniern, droht das gleiche unerbittliche Schicksal der Vernichtung, wie ihren Volksgenossen in der Türkei, wenn ihnen nicht bald, *sehr bald*, Hilfe wird; und helfen können ihnen nur die Zentralmächte.

Kaukasisch-Armenien hat nach der Auflösung der Transkaukasischen Republik, dem Beispiel Georgiens folgend, seine Unabhängigkeit erklärt und seine eigene Regierung gebildet, die uns hierher schickte, den Sorgen und Befürchtungen unserer Nation Ausdruck zu geben, gegen die Vergewaltigung des Brester Vertrags durch die

Türkei zu protestieren und um wirksamen Schutz zur Abwendung eines Unheils zu bitten, das die letzten Reste unseres Volkes zu vernichten droht. Unsere Nation ist von der Ueberzeugung durchdrungen, dass die christlichen Bundesgenossen der Türkei es nicht dulden können, dass diese, gestützt auf ihre Bundesgenossenschaft, den Brester Vertrag, den sie mitunterzeichnet haben, mit den Füßen tritt und ein Volk gänzlich ausrottet, das seit Jahrhunderten christliche Religion und europäische Kultur an den Pforten Asiens vertreten hat.

Bei der Deutschen Regierung haben wir für unsere Beschwerden wohlwollendes Verständnis, Mitgefühl für unsere Leiden und Bereitschaft gefunden, den Bedingungen des Brester Vertrags zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Wir wenden uns vertrauensvoll auch an Oesterreich-Ungarn, das den Brester Vertrag mit unterzeichnet hat und den Schutz der Christen im Orient stets zu seinen vornehmsten Aufgaben zählte, und bitten ergebenst, das Seinige dazu beitragen zu wollen, damit durch baldige Räumung unseres transkaukasischen Gebiets bis zu der von dem Brester Vertrag gezeichneten Grenze von den Türken die Sicherheit für Leben und Eigentum wiederhergestellt und den armenischen Flüchtlingen die Möglichkeit gegeben wird, in ihre Heimstätten zurückzukehren und in friedlicher Arbeit an dem Aufbau unseres neuen Staates tätig zu sein; und wir bitten ferner, bis zur Durchführung der Räumung und zu ihrer Beaufsichtigung militärische Expeditionen abzuschicken, um unser Volk vor weiteren Verfolgungen durch die Türken wirksam zu beschützen.

Die Bevollmächtigten der Armenischen Regierung:

DR. H. OHANDJANIAN

A. SMALOFF m. p.

HHStA PA X 157



Die Delegation der armenischen Republik in Berlin

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
BERLIN

Nr. 82/P.F

accl: Convolut [Siehe S. 450]

Berlin, am 22. Juli 1918

Ich habe am 19. d. M. die bevollmächtigten Vertreter der armenischen Republik Dr. H. Ohandschanian und A. Suraboff empfangen, welche mir die beiliegende Denkschrift samt Anlagen mit der Bitte um Weiterleitung an Euere Excellenz überreichten.

Die Herren begründeten noch mündlich die in der Denkschrift entwickelten Ausführungen und erklärten, sie wendeten sich an die verbündeten Zentralmächte, damit dieselben dem christlichen armenischen Volke, das seitens der Türkei einer gewaltsamen Verfolgung ausgesetzt sei, beiständen. Speziell wäre dringende Hilfe – am besten durch Entsendung von deutschen und österr.-ungar. Truppen – nötig,

wenn nicht das ganze Volk dem Untergange geweiht sein solle. Die Türkei habe durch ihren Vormarsch in kaukasischem Gebiete die im Brest-Litowsker Verträge vereinbarten Grenzen weit überschritten und bedrohe durch ihre Massnahmen auch die auf kaukasischem Boden wohnhaften Armenier mit Vernichtung. Die armenische Delegation habe bei der deutschen Regierung weitgehendes Entgegenkommen gefunden und erbitte nun dasselbe auch von der öst. ung. Regierung als Schutzmacht der Christen im Orient. Angesichts des traurigen Loses der armenischen Flüchtlinge in dem türkischerseits besetzten Kaukasus sei, wie bereits erwähnt, dringende Abhilfe geboten.

Ich habe mich darauf beschränkt, die Delegation des warmen Interesses der k. u. k. Regierung an dem Schicksale der Armenier zu versichern und ihnen die Weiterleitung ihrer Denkschrift zuzusagen.

Die genannten Herren, welche in Berlin Gäste der deutschen Regierung sind, wurden im Auswärtigen Amte von Unterstaatssekretär Freiherrn von dem Bussche empfangen, der ihre auch mir vorgebrachten Wünsche entgegennahm. Wie ich im Auswärtigen Amte erfahre, wurde den Armeniern eine wohlwollende Prüfung ihrer Bitten versprochen, ohne dass ihnen – wie die armenischen Vertreter mir andeuteten – eine positive Zusage gemacht worden wäre.

Die deutsche Regierung beabsichtigt die auch ihr vorgelegte Denkschrift dem deutschen Botschafter in Constantinopel zuzusenden. Eine genauere Prüfung der ganzen Frage wird jedoch erst bei der bevorstehenden kaukasischen Konferenz in Constantinopel möglich sein und denkt man zunächst nicht an irgend eine Démarche bei der türkischen Regierung, von der ohnehin nichts zu erwarten wäre.

Ich bitte um allfällige Weisungen, in welchem Sinne ich die armenischen Bevollmächtigten in Erledigung des Euer Excellenz beiliegend unterbreiteten Memorandums noch zu verständigen hätte.

Der k. u. k. Botschafter: HOHENLOHE

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Grafen Burián, Wien

HHStA PA X 157



Die Lage der geflüchteten Armenier ist geradezu verzweifelt

[K. UND K. MINISTERIUM
DES AUSSERN, WIEN]

Telegramm in claris

an die k. und k. Botschaft in Berlin Nr. 466

Wien, 27. Juli 1918

Wie ich aus Meldungen Baron Franckensteins entnehme, hat General Baron Kress über die dringenden Bitten des armenischen Bischofs Mesrop um Hilfe für die

hungernden vor den Türken geflüchteten Armenier vor ungefähr zehn Tagen nach Berlin telegraphiert.

Da sich der Bischof auch an Baron Franckenstein gewendet hat, begab sich dieser in Begleitung des Bischofs und eines österreichisch-ungarischen Militärarztes an Ort und Stelle.

Er telegraphiert hierüber unterm 24. d.:

Er habe am Tage vorher einen Teil der in den Wäldern von Bakuriani kampierenden zirka 40000 Armenier besichtigt, die aus dem zwei Tagesmärsche entfernten Achalaliaki [vermutl. Achalkalaki] angesichts des türkischen Vormarsches im Mai geflüchtet sind. Ein Teil habe noch geringe Vorräte und Vieh, die übrigen seien in großer Not, liegen teilweise krank herum, dem Regen ausgesetzt, Flecktyphus und andere Krankheiten seien in steter Zunahme. Falls diese Flüchtlinge noch längere Zeit in ihrer gegenwärtigen Lage blieben, werde nach berechtigter Ansicht der unter ihnen tätigen Aerzte eine hohe Sterblichkeit durch Hunger eintreten. Wegen Seuchengefahr erlaube die georgische Regierung ihre Verteilung in Georgien nicht.

Die besonders gut stehende Ernte in ihren Heimatdörfern müßte in zehn, spätestens zwanzig Tagen eingebracht werden. Falls diese Flüchtlinge nicht bis dahin unter Garantie ihres Lebens gegen türkische Gewaltakte zurückkehren können, dürfte großer Teil der Ernte zugrunde gehen, da die Türken nicht in der Lage sein würden, sie zu bergen und es bliebe die Alternative, daß die Mittelmächte in den kommenden Monaten diese Leute mit Getreide versorgen oder der Hungersnot überlassen.

Zirka 30000 armenische Flüchtlinge seien in Tiflis notdürftig untergebracht. Sie befinden sich, wie Baron Franckenstein sich persönlich überzeugte, wegen Brotmangels an der Verhungerungsgrenze und erwarten sehnsüchtig die Möglichkeit, in ihre Heimat zurückzukehren.

Die Lage der beiläufig 50000 in die Umgebung von Erivan geflüchteten Armenier soll, wie Bischof Mesrop versichert, eine geradezu verzweifelte sein.

Euer Durchlaucht wollen Vorstehendes dem Auswärtigen Amte zur Kenntnis bringen und hinzufügen, daß ich, falls man in Berlin zu einem solchen Schritte ebenfalls bereit wäre, Baron Szilassy beauftragen würde, die Pforte auf die verzweifelte Situation der Armenier, die für die Türkei neue schwere Anklagen zur Folge haben wird, aufmerksam zu machen und dringende Abhilfe zu verlangen, sowie insbesondere auch darauf hinzuwirken, daß den von Baron Franckenstein erwähnten Armeniern in der Gegend von Bakuriani die Rückkehr in ihre Dörfer raschestens ermöglicht werde.

Ersuche um Drahtbericht.

BURIÁN

HHStA PA X 157



Bericht des Dr. Stefan Steiner über seine Reise im Kaukasusgebiete

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 65/P.B

Zum d.a. Tel.Nr. 122 vom 22. März 1918

Beilage [Siehe S. 456–462]

Vertraulich

Jeniköj, den 27. Juli 1918

Der Korrespondent des Kriegspressequartiers Dr. Stefan Steiner ist vor Kurzem von seiner auf Einladung des türkischen Hauptquartiers in Nord-Anatolien und Transkaukasien unternommenen Reise hieher zurückgekehrt und hat mir über seine gewonnenen Eindrücke den beiliegenden Bericht erstattet.

Letzterer schildert das unsägliche Elend der armenischen Bevölkerung infolge der durch die Türken begangenen Greuelthaten. Dr. Steiner bemerkt aber, dass die Armenier selbst – insoferne sie dies konnten – hinter den Türken in dieser Hinsicht nicht zurückblieben. Der Berichterstatter meint, wohl mit Recht, dass die gegenwärtig in Aussicht genommenen Grenzen des armenischen Staates viel zu eng gezogen seien, als dass derselbe lebensfähig sein könnte.

Es erscheint mir immerhin bemerkenswert, dass Dr. Steiner trotz seiner türkischen Umgebung in der Lage war, die türkischerseits gegen die Armenier verübten Greuelthaten festzustellen.

Ferner behauptet der Berichterstatter, dass infolge der in letzter Linie wegen des Kaukasus gegen Deutschland – und angeblich auch gegen uns – in der türkischen Armee entstandenen Mißstimmung, der Gedanke eines Separatfriedens mit der Entente dort Anhänger gewinne. Georgien hege Sympathien für England und habe sich nur in der Not in die Arme Deutschlands geworfen.

In zweierlei Hinsicht bespricht Dr. Steiner die Beziehungen der Monarchie zum Kaukasusgebiete und zwar vorerst in Betreff eines von den Armeniern angeblich gewünschten oesterreich-ungarischen Protektorates. Zweitens behauptet er, dass die mohamedanischen Nordkaukasier eine Konföderation des ganzen Kaukasusgebietes präkonisieren, in welcher in wirtschaftlicher Beziehung Georgien eine deutsche, Azerbeidjan [Aserbaidshan] eine türkische und Nordkaukasien eine oesterreich-ungarische Einflußsphäre bilden würde. Dies sollen die Nordkaukasier angeblich aus dem Grunde wünschen, weil sie sich hiedurch eine Sicherung gegen die Uebermacht Deutschlands und der Türkei erhoffen. Dr. Steiner behauptet nämlich, dass die Türken sich bereits daran schickten, Streitkräfte nach dem Nordkaukasus zu entsenden und nur von den Deutschen daran verhindert wurden. Sie hätten aber durch Emissäre für die Durchwühlung des Landes gesorgt.

Schliesslich meint der Berichterstatter, dass, seinen Informationen zufolge, Russland gegen die praekonisierte Konfoederation nichts einzuwenden habe.

Trotzdem dass diese, wie manch' andere Behauptung des Berichterstatters wohl nicht ganz stichhältig sein dürfte, glaube ich doch seine nicht uninteressante Relation

als Ergänzung und Kommentar zu der diesbezüglichen anderweitigen Berichterstattung vorlegen zu sollen. Der k. u. k. Gesandte und Geschäftsträger: SZILASSY

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Grafen Burián, Wien

BEILAGE ZU BERICHT NR. 65/P. B DDO. COS-PEL 27. JULI 1918

Bericht

Ueber Bitte des türkischen Hauptquartiers unternahm ich eine Reise durch Türkisch Armenien und die neueroberten Gebiete im Kaukasus, die am 12. April begann und am 13. Juli mit meiner Rückkehr nach Cospoli endete.

Der Zweck dieser Reise war die öffentliche Meinung Europas darüber zu unterrichten, dass in den wiedereroberten Gebieten die von Russland bezahlten und aufgehetzten armenischen Banden gegen das muselmanische Element barbarisch gehaust haben und, dass demzufolge die Türkei zu den äussersten Massnahmen berechtigt war. Den ersten Teil dieser Reise habe ich mit Paul Weitz, Vertreter der „Frankfurter Zeitung“, unter Führung zweier türkischer Offiziere zurückgelegt und bekamen, da wir von allen türkischen Behörden sorgsam gehütet, mit niemandem reden konnten, ein sehr einseitiges Bild. Zivil- und Militär-Behörden bearbeiteten uns tagtäglich, um uns zu überzeugen, dass die Armenier die grössten Verbrecher des Weltalls und die Türken die unschuldigen Opfer der armenischen Barbarei seien. Dass die Türken im Jahre 1915 das ganze Volk in Türkisch Armenien ausgerottet haben, wurde zwar zugegeben, aber als eine minderwertige Nebensächlichkeit betrachtet. Es waren ja nur Armenier (Christen) die dort hingeschlachtet wurden, aber bei den jetzigen Ereignissen handelt es sich doch um Mohammedaner und das ist ein himmelhoher Unterschied. Ich muss jedoch betonen, dass es gar nicht nötig war, die armenischen Greuelthaten uns so eindringlich aufzutischen, denn sie waren in den türkischen offiziellen Berichten nicht allzu stark übertrieben worden. Es ist durchaus wahr, dass die sogenannte armenische Armee die in ihre Hände gefallene türkische Bevölkerung ebenso behandelte wie es einst die Türken mit den Armeniern gemacht haben. Auch die Niedermetzelung türkischer Kriegsgefangener ist wahr. Wenn der Umfang dieser Metzereien nicht jenen der Massacres des Jahres 1915 erreicht hat, so war das nicht der armenischen Barmherzigkeit zuzuschreiben, sondern dem Umstande, dass die Zahl der zurückgebliebenen Türken eine verhältnismässig geringe war.

Als dann die Türken in dem sogenannten siegreichen Vormarsche wieder ins armenische Gebiet kamen, nahmen sie grausame Rache und alles was an Armeniern zurückblieb wurde niedergemacht. Der einzige Ort, der auf strengen Befehl Wehib Paschas geschont wurde, war die Stadt Alexandropol. So blieben in den Bezirken Kars, Ardahan und Batum, Achatschik [vermutl. Achalzych] kaum noch Armenier übrig, ausser denen, die sich noch rechtzeitig in die Berge oder nach Tiflis, Poti und Kutais gerettet haben.

In Alexandropol hatte ich sehr viel Gelegenheit mit armenischer Intelligenz, die im politischen Leben des Landes eine Rolle spielte, zu verkehren und kam zu dieser Ueberzeugung, dass die von den Armeniern befolgte Desperado-Politik von einem bedeutenden Teile Armeniens nicht gebilligt wurde. Das gemässigte Element konnte jedoch gegen die Extremen, die das Volk an sich rissen, nichts ausrichten umsoweniger weil gerade die Aktivistenpartei die ausgiebigste Unterstützung Englands genoss. Auf England bauten sie alle ohne Parteiunterschiede. Und noch heute nach dem grässlichen Zusammenbruch vertrauen sie alle felsenfest auf die englische Hilfe, die ihrer Ansicht nach unbedingt kommen muss.

Der Türkenhass wurzelt unauslöschbar tief in allen Herzen, in dieser Frage gibt es keine Parteiunterschiede und auch die gemässigten wollen nichts von einem Zusammenleben mit den Muselmanen wissen. Aus diesen Gründen wird wohl auch der grösste Teil der geflüchteten Bevölkerung in die von Türken beherrschten Gebiete kaum zurückkehren, sondern sich lieber in den anderen Ländern des Kaukasus und in Russland niederlassen. Auf jeden Falle scheint mir eines sicher zu sein, nämlich das, dass solange Armenier in irgend einem Teile der Türkei oder in der Nähe der türkischen Grenze wohnen, sie jederzeit gewillt sein werden, ein gefügiges Werkzeug einer jeglichen Macht zu werden, die ihren Freiheitsdrang und Hass gegen die Türkei benützen will.

Freilich betont heute die Leitung der neuen armenischen Republik, mit den türkischen Nachbarn in nicht nur guter, sondern brüderlicher Freundschaft leben zu wollen. Glauben wird man diesen Beteuerungen gerade so wenig schenken können, wie den türkischen Versicherungen, dass sie mit den Armeniern von nun an ewige Freundschaft halten wollen. Diese Absicht mag in manchen türkischen Kreisen vorhanden sein, denn sie brauchen in dem verödeten Armenien arbeitende Hände, nur wird die gute Absicht an dem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Armeniern und Muselmanen früher oder später scheitern.

Eine interessante Erscheinung ist die Auswanderung der muselmanischen Bevölkerung aus den verwüsteten Landstrecken von Kurdistan und Armenien in die wirtschaftlich höher stehenden neueroberten Gebiete. Diese Bewegung hat die vollkommene Verödung der schon früher traurigen kurdisch-armenischen Landesteile zur Folge und ich wüsste wirklich nicht, wie man diese Länder nun von der vollkommenen Verödung retten könnte. Die Lage der Armenier sowohl in Alexandropol wie auch in der neuen Republik ist keine beneidenswerte. Von muselmanischen Stämmen umgeben, werden sie sich kaum vor der Raub- und Mordlust dieser Feinde retten können, und darum ist mir der zum Ausdruck gebrachte Wunsch der Armenier mit dem ich allseitig bestürmt wurde, nach dem oesterreichischen Protektorate recht verständlich. Wie sich die Türkei, wenn diese Frage doch aufs Tapet kommen sollte, verhalten würde, kann man zwar heute nicht sagen, doch ist es anzunehmen, dass bei den neuen Bestrebungen der Türkei, mit Armenien gut Freund zu sein, sie gegen solch' ein Protektorat nichts einzuwenden hätte. Jedenfalls würde solch' ein Protektorat dem oesterreichischen Exporthandel zugute kommen, denn es ist nicht schwer vorauszusehen, dass der ganze kaukasische Handel bald in armenischen Händen sein wird.

Ich befand mich gerade bei der kaukasischen Armee, als sie die im Brest-Litowsker Frieden festgesetzten Grenzen am Arpatschai überschritten hatten und den Vormarsch gegen Alexandropol antrat. Der Optimismus der Armee war etwas Wunderliches. Die imperialistischen Hoffnungen kannten keine Grenzen, und sie alle sahen schon die türkische Flagge am Persischen Golf und am chinesischen Meere wehen. Mit dem Bekanntwerden des türkisch-deutschen Gegensatzes in der Kaukasusfrage loderte der in jedem Herzen schlummernde Fremdenhass mit elementarer Gewalt auf. Die Kriegsgedanken gegen Bulgarien waren mit einem Schlage vergessen und es blieb nur die ungeheure Wut gegen das treulose Deutschland und in der Weiterentwicklung der Gefühle gegen Alles, was fremd ist, zurück. Oesterreich wurde demzufolge in den selben Topf geworfen wie Deutschland. Diese Erscheinung ist recht lehrreich, denn es zeigt sich, dass im Falle eines deutsch-türkischen Gegensatzes nicht Oesterreich gewinnt sondern die Entente. Es gibt auch heute in der Armee keine anderen Erörterungen als die Besprechung eines möglichen Friedensschlusses mit England. Der Gedanke eines Separatabkommens mit der Entente ist heute, nach dem deutsch-türkischen Gegensatze Niemandem mehr fremd. Sie sehen sich dadurch, dass sich Deutschland den türkischen Interessen widersetzte, moralisch gerechtfertigt. Sie sagen einfach, dass Deutschland den Verrat begonnen habe.

Die wirtschaftliche Lage in Kurdistan und Türkisch Armenien ist trostlos. Die russische Besetzung und dann der armenische Rückzug gab diesem schon früher armen Lande den letzten Rest. An arbeitenden Händen ist grosser Mangel, sodass die Türken gezwungen sind, zur Erhaltung der von den Russen gebauten Eisenbahnen und Strassen aus den neubesetzten russischen Gebieten Armenier und Tataren zur Arbeit herbeizuholen. Freilich gehen dann diese Leute bald zugrunde, da es an Lebensmitteln überall mangelt. Waren sind gar keine vorhanden und, da man doch damit rechnen muss, dass bis zu einem gewissen Umfange landwirtschaftliche Arbeiten vorgenommen werden müssen, da das Land auf Selbstversorgung angewiesen ist, so könnte an landwirtschaftlichen Geräten ziemlich viel abgesetzt werden. An Rohmaterialien sind grosse Mengen Schafwolle und Hanf vorhanden.

Die kaukasischen Republiken

Die Entwicklung der kaukasischen Angelegenheit hat man sich in der Türkei wohl ganz anders vorgestellt als es in der Wirklichkeit der Fall war. Sie sahen sich schon im sicheren Besitze des ganzen Kaukasus, wo die panislamitische Propaganda seit geraumer Zeit mit grosser Energie betrieben wurde. Die erhoffte Herrschaft über den Kaukasus hätte der Türkei eine wichtige Flankenstellung gegen Zentralasien gegeben, die die türkische Freundschaft für England wertvoll, für Deutschland unerlässlich gemacht hätte. Das Terrain war gut vorbereitet. Die Tataren, die zu den Russen im schärfsten Gegensatze standen, waren für die türkische Sache von jeher gewonnen. Mit Hilfe der Türkei hofften sie das russische Joch abzuschütteln und dann die führende Rasse im Kaukasus zu werden. Einstweilen wären sie auch geneigt gewesen, sich dem türkischen Staate einzuverleiben, freilich auch nur so lange, bis sie sich genügend stark fühlen, die Georgier zu unterwerfen und dann als herrschende Rasse

selbständig zu werden. Das sind auch heute die leitenden Ideen der Tataren von Baku und Elisabethpol und so muss man mit ihrem unbedingten Festhalten an der Türkei rechnen.

Armenien: Das Schicksal Armeniens ist eine ungeheure Tragödie, verursacht durch die Ungunst der Umstände und die politische Dummheit seiner Führer. Wahrlich, die englisch-amerikanische Agitation hatte bei diesen planlosen Phantasten keine schwere Arbeit. In Türkisch Armenien ist das Volk ganz ausgerottet, nur kleine traurige Reste vegetieren in Syrien, so schwach und demoralisiert, dass für die Türkei die einst gefährliche Armenierfrage ein für allemal gelöst ist. Auch in Russisch Armenien hat das Volk viel gelitten. Ein Teil der Bevölkerung hatte sich, als die türkischen Truppen mit den kurdischen Vorhuten herannahten, in die Berge geflüchtet, zu einer Zeit, wo der harte kaukasische Winter noch im Gebirge lag, sodass diese schlecht genährten und kaum bekleideten Menschen zu Tausenden zugrunde gingen. Die sogenannte armenische Armee büsste infolge der unwissenden Führung auch einen grossen Teil seines [ihres] Bestandes ein. Am Aergsten erging es denen, die keine Zeit hatten sich zu flüchten oder die heimatliche Scholle nicht verlassen wollten. Sie wurden von kurdischen Banden und türkischen Truppen ohne Ausnahme niedergemacht. Vom Aussterben der Rasse ist aber dessenungeachtet keine Rede, denn es blieben im Erivaner Bezirk, weiters in Tiflis, Kutais und dem Stawropoler Bezirk noch immer grosse Mengen Armenier zurück, um bei der bekannten Fruchtbarkeit der Rasse in einigen Menschenaltern wieder ein zahlreiches Volkstum entstehen zu lassen. Leicht werden es auch jene Armenier nicht haben, die im Georgischen Gebiete wohnen, denn der nationale Hass zwischen Georgiern und Armeniern ist aus wirtschaftlichen Gründen sehr gross. Der ganze Reichtum Georgiens ist ja in armenischen Händen. Dass Armenier und Georgier zur Zeit des türkischen Vormarsches zusammengearbeitet haben, hat auch nichts zu sagen, da es nur unter dem Zwang der äusseren Ereignisse geschah.

Die in Azeirbadschan [Aserbajdschan] wohnenden Armenier können sich in der Zukunft auch dann nicht halten, wenn die Türken ihre heutige Absicht, mit den Armeniern in guter Freundschaft zu leben, durchführen sollten. Da ist eben der nationale Gegensatz zwischen Tataren und Armeniern doch zu unüberwindlich. Was nun selbst die armenische Republik anbelangt, so ist sie an Umfang viel zu klein, um diesem rührigen Volke genügend Platz und Ellbogenfreiheit zu bieten. Auch haben sie immer die Grenzübergriffe der Tataren und der Kurden zu fürchten, die in der Zukunft gewiss nicht abgeneigt sein werden, sich die Früchte armenischen Fleisses mit Waffengewalt zu verschaffen. Das wissen die Armenier nur allzu gut und so ist es leicht zu verstehen, warum sie sich nach dem Protektorat einer europäischen Grossmacht sehnen. Die Deutschen sind in Armenien überall verhasst, da man ihnen zum Vorwurf macht, dass sie die Armeniermetzeleien im Jahre 1915 leicht hätten verhindern können und trotzdem mit verschränkten Armen zugeschaut haben. Die einzige Macht, die sonach nach dem heutigen Stande der Dinge das Protektorat übernehmen könnte, bliebe Oesterreich.

Georgien: Ein eigentümliches Bild bietet das Verhältnis Georgiens zu Deutschland. Die Georgier, die immer englandfreundlich waren, da besonders in Georgien

englisches Geld ausgiebig gearbeitet hat, riefen die deutsche Hilfe nur in der äussersten Not an, um sich vor der türkischen Invasion und der tatarischen Schreckensherrschaft zu retten. Von einer freundschaftlichen Gesinnung der Georgier zu Deutschland kann wirklich keine Rede sein. Georgien hat heute den deutschen Beschützer am Halse, es wird aber jede Gelegenheit benützen, um sich dieses Freundes zu entledigen. Auch ist die russenfreundliche Partei sehr stark, vielleicht stärker als die Selbstständigkeitsparteien sind. Die innere Lage des Landes ist äusserst kritisch, die Unsicherheit im Lande nimmt immer bedrohlichere Dimensionen an und die finanzielle Frage wird immer brennender. Wie in Azeirbadschan [Aserbaid-schan] und Armenien ist hier eine fremde Gendarmerie dringend notwendig.

Nordkaukasus: Ein Gebiet, das bisher in den politischen Kombinationen des kaukasischen Problems wenig beachtet wurde, ist der Nordkaukasus, sonach jenes Gebiet, das sich vom Kubanfluss als allgemeiner nördlicher Linie gerechnet, im Süden bis Georgien und Azeirbadschan erstreckt. Die Struktur des Landes ist so mannigfaltig, dass es auf den ersten Blick unmöglich erscheint, zwischen diese widersprechende Interessen eine Ordnung zu bringen. Bei näherer Betrachtung aber sind zwar die Verhältnisse verworren, aber bei Weitem nicht in diesem Masse wie es die ethnographische Karte vermuten lässt. Die Angaben, die ich über Bestrebungen, Zustände und Aussichten dieser Länder anführe, sind indirekte Informationen, die ich von den verschiedensten leitenden Persönlichkeiten eingezogen habe. Das wichtigste Element dieser Gebiete ist das Muselmanische, das nicht nur religiös, sondern sogar fanatisch ist. Sie halten ihre Religion hochwertiger als jene der Tataren, die Schiiten sind. Die ganzen nordkaukasischen Völker bekamen die Religion direkt von den Arabern her und die Verbindungssprache der Gebildeten und besonders der einflussreichen Geistlichkeit ist die arabische. Die Mohammedanischen Stämme des Kaukasus haben, wie bekannt, die Hilfe der Türkei angerufen und die Türkei hat diese Hilfe in jeder Form zugesagt. Wie ich bei der IX. Armee in Kars weilte, beabsichtigte man die Entsendung verschiedener Regimenter nach dem Nordkaukasus und zwar sollten diese Truppen über Tiflis nach Daghestan und dem Ossetenlande marschieren. Das Festsetzen der Deutschen in Tiflis und der darauf folgende Konflikt mit Deutschland verhinderte die Türkei in der Ausführung ihrer Pläne und die mohammedanischen Völker Nordkaukasiens erwarten noch heute sehnsüchtig das Erscheinen der türkischen Hilfstruppen, die ihnen die Herrschaft über das Land, vor Allem aber die Auseinandersetzung mit den Kuban- und Terek-Kosaken ermöglichen würden. Die streitigen Fragen zwischen den Muselmanen und den Kosaken sind reine Agrarfragen, die früher oder später unbedingt gelöst werden müssen. Einstweilen ist beim Volke Nordkaukasiens noch nicht bekannt, dass die Deutschen das Erscheinen der türkischen Hilfe verhindert haben. Die Intelligenz, unter ihr die Geistlichkeit, haben bisher diese Wahrheit vor dem Volke verschwiegen, um das Entstehen einer deutschfeindlichen und dann in der Weiterentwicklung fremdenfeindlichen Stimmung zu verhindern. Sollte aber der deutsch-türkische Gegensatz bekannt werden, so würde die äusserste Feindschaft der muselmanischen Bergvölker gegen alles was fremd ist mit elementarer Gewalt ausbrechen. Aus der Türkei sind bereits Emissäre in grösserer Zahl dahin entsendet worden, um Deutschland beizeit-

ten die Suppe zu versalzen. Einen Nutzen wird zwar die Türkei von dieser Aktion nicht haben, was sie da tut, gleicht dem was der Engländer mit den Worten „The Dog in the manger“ ausdrückt. Der Standpunkt der führenden Kreise im Nordkaukasus ist der folgende: „Wir sind zwar Muselmanen, aber die türkische Herrschaft herbeizusehnen fällt uns nicht ein. Wir brauchen die Führung einer europäischen Macht, um uns zu entwickeln. Was die Deutschen anbelangt, wissen wir zwar, dass sie fähig wären unser Land in Ordnung zu bringen, nur sind die Sympathien für Deutschland bei uns nicht gross, wir fürchten für unsere Selbständigkeit vor dem deutschen Imperialismus und vor der erdrückenden wirtschaftlichen Stärke Deutschlands. Sonach ist für uns weder die deutsche noch die türkische Hilfe allein erwünscht. Sollte aber auch diese Hilfeleistung gemeinsam von den beiden erfolgen, so wären die uns drohenden Gefahren auch nicht beseitigt, da am Ende die Türkei vor den Deutschen doch das Feld räumen müsste. Aus diesen Gründen haben wir auch die in Batum von den Deutschen zugesagte Hilfe mit keiner besonderen Freude aufgenommen. Wir wollen ein freies Kaukasien aller Völker, das sich der Russen geradeso erwehren kann, wie vor der Ausbeutung Deutschlands und dem Kulturverfall der Türkei. Darum müssen sich erstens alle kaukasischen Völker in einer Conföderation vereinigen und zweitens zur staatlichen Einrichtung dieser Conföderation die gemeinsame Hilfe der Zentralmächte bekommen. Durch die Teilnahme Oesterreichs hätten wir weder von der Türkei, noch von Deutschland etwas zu befürchten. Das Gleichgewicht der Kräfte wäre eben da. Vor Oesterreich fürchten wir uns darum nicht weil wir wissen, dass es nur wirtschaftliche Vorteile bei uns suchen würde, keine Eroberungsabsichten [hat] und dabei zu der uns nötigen Kulturarbeit am ehesten befähigt ist. Die Teilnahme Oesterreichs an dieser Aktion könnte auch der Türkei nur erwünscht sein, denn es wäre nicht ganz und gar dem deutschen Gutwillen ausgesetzt. In grossen Zügen stellen wir uns den Vorgang dann folgendermassen vor. Die Türkei bekommt als Einflußsphäre Aserbeidjan [Aserbaidshan]; Deutschland hat wegen des Weges nach Zentralasien das grösste Interesse an Georgien, wo es sich schon wirtschaftlich und militärisch festsetzt. Uebrig bliebe noch Nordkaukasien wo der oesterreichische Einfluss dominieren könnte.

Uns und dem ganzen übrigen Kaukasus tut vor Allem die Herstellung der Ordnung not, wozu wir die Waffenhilfe der Zentralmächte durch ein gemischtes Korps brauchen. Diese Truppen genügen zur Regelung der inneren Verhältnisse und zur Bergung der reichen Vorräte. Im nordkaukasischen Gebiete befinden sich etwa 25 Millionen Pud Getreide exportfertig. Dieses gemischte Korps müsste dann auf eine Reihe von Jahren im Kaukasus verbleiben, um dort die Rolle der Gendarmerie zu übernehmen.

Nach unseren Informationen würden uns weder die Ukraine, noch Russland besondere Hindernisse in den Weg legen und unsere Staatenbildung stören wollen.“

Das ist ungefähr das Resumé all dessen was mir die verschiedensten leitenden Persönlichkeiten des Nordkaukasus erklärten. Der Tenor all dieser Erklärungen war immer die Vorliebe für Oesterreich, aus dem einfachen Grund weil sie in der österreichischen Mitarbeit ihre Selbständigkeit am besten gesichert sahen.

Es hat den Anschein, dass ein solches Unternehmen im Nordkaukasus eine gute

Gelegenheit wäre unter verhältnismässig geringen Opfern für Oesterreich-Ungarn grosse wirtschaftliche Vorteile zu sichern, auf jeden Fall viel grössere als ihr in der Türkei auch bei unverhältnismässig grösserem Einsatze erwachsen könnten.

DR. STEPHAN STEINER

HHStA PA X 156



BEILAGE I ZU BERICHT NR. 9/P. A VOM 4. AUGUST 1918
[Auf Abdruck des Berichts wurde verzichtet.]

Besuch in Eriwan. Gespräche mit den Ministern und dem Katholikos über die Lebensunfähigkeit Armeniens in den Batumer Grenzen und die Flüchtlingskatastrophe

TELEGRAMM IN ZIFFERN

VON BARON FRANCKENSTEIN UND BARON KRESS

Tiflis, am 4. August 1918

Rückkehren soeben von Erivan, wo Augenschein und eingehende Besprechungen mit Regierungen und Katholikos unsere Auffassung bestätigt, dass Armenien nur durch *baldige* Hilfe der Mittelmächte vom Untergang errettet werden kann. Das jetzige kleine Armenien kann nicht einmal die sesshafte Bevölkerung ernähren, geschweige denn drei- bis fünfhunderttausend Flüchtlinge, die sich zur Zeit in Armenien befinden und die Herstellung der Ruhe und Ordnung unmöglich machen. Die schwere Lage der Flüchtlinge führt dauernd entgegen dem Willen der Regierung zu neuen Bandenbildungen und somit zu neuen Verwicklungen mit den Türken. Diese schliessen ringsum Armenien hermetisch ab und verhindern jeden Handel und Verkehr, veranlassen türkische und persische Bevölkerung zur Abwanderung, was armenische Regierung Angriff auf Erivan befürchten lässt. Auch hier haben die Türken Bedingungen des Batumer Friedens nicht eingehalten, sondern halten wichtige Gebiete jenseits der Batumer Grenze besetzt. Armenien ist nur mit Grenzen von Brest ohne die von Türken angestrebten Grenzberichtigungen lebensfähig. Diese würden gerade die wirtschaftlich wichtigsten Distrikte an Türkei bringen. Produktionsfähige Gebiete sind z. Zt. fast sämtlich von Türken besetzt und werden von ihnen planmässig ausgeraubt. Insbesondere führen sie trotz Aprilvertrages grosse Baumwollvorräte aus. Ernte ist zum Teil von Türken eingebracht, grösstenteils geht sie zu Grunde. Eisenbahn bis Nachitschewan muss unbedingt armenisch werden. Türken wäre Anspruch auf Truppenbeförderung wie in Georgien einzuräumen. Bahn befindet sich in leidlich gutem Zustande. Armenien stellt ebenso bestimmt wie Georgien in Abrede, dass es zwischen beiden Staaten zu Verwicklungen kommt, wenn sich Türken auf Batumer Grenzen zurückziehen. Gegenteilige Behauptung Envers ist nur Vorwand, um Zeit zur Beendigung der vollen Zerstörung und

Ausraubung des vertragswidrig besetzten Landes zu gewinnen. Neuerdings wollen Türken von Asserbeidjan [Aserbaidshan] aus in rein armenische Provinz Karabach einrücken und entwaffnen. Wenn sie nicht durch uns daran verhindert werden, sind neue Kämpfe der wehrhaften Bergbewohner gegen Mohamedaner unvermeidlich.

Erbitte dringend sofortige Benachrichtigung, ob die armenischer Regierung zugegangene Meldung richtig, dass Armenien austroungarisches Interessengebiet mit austroungar. Schutztruppen werden soll. Armenien würde diese Lösung dankbar annehmen.

Empfang in Erivan war warm und herzlich. Bericht und Schreiben des Katholikos an Kaiser Wilhelm und Kaiser Karl, in denen er Majestäten als christliche Herrscher um Schutz bittet, folgen mit nächster Post.

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Grafen Burián, Wien

HHStA PA X 157



**Die armenischen Flüchtlinge mißtrauen den Türken und wollen
nur dann in ihre Dörfer zurückkehren, wenn ihr Schutz
von einer anderen Macht übernommen wird**

Telegramm von Baron Szilassy

Nr. 478
Chiffre

Pera, 15. August 1918

Mein Telegramm No. 465 vom 6. d. M.

Armenische Flüchtlinge.

Enver Pascha sagte Militärbevollmächtigtem, daß dieselben nun nach Batum, Alexandropol und in die Gegend von Akhalkalik [Achalkalaki] zurückkehren sowie sich beiderseits der Eisenbahn innerhalb einer 20 Kilometer breiten Zone niederlassen können.

Kriegsminister bemerkte, daß diese Konzession bereits gegen die militärischen Interessen sei, da die Türken Armenier somit in ihrem Rücken haben würden (und daß General Seeckt deshalb abgeraten hätte).

Er gewährt sie aber trotzdem.

Militärbevollmächtigtem haben die hiesigen armenischen Delegierten gesagt, daß Flüchtlinge den Türken nicht trauen und nur dann in ihre Dörfer zurückkehren würden, wenn ihr effektiver Schutz von einer anderen Macht übernommen werden würde.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA X 157



Die Frage der de-facto-Anerkennung der armenischen Republik und der Entsendung einer diplomatischen Vertretung nach Eriwan

K. UND K. ÖSTERR.-UNGAR. BOTSCHAFT
KONSTANTINOPEL

Nr. 72/P.C

Zum d.ä. Telegramm Nr. 369 vom 12. d.M.

Streng vertraulich

Jeniköj, den 20. August 1918

Ich habe in meiner Berichterstattung zwar stets dafür plaidiert, dass wir uns im Kaukasus nicht hoffnungslos engagieren sollen, kann aber trotzdem nach reiflicher Ueberlegung die Bedenken des Berliner Auswärtigen Amtes bezüglich der de facto Anerkennung der Armenischen Republik und der Entsendung eines diplomatischen Vertreters nach Eriwan nicht im vollen Masse teilen. Ich glaube vielmehr, wie Euer Excellenz es in hochderen Depesche einleitend bemerken, dass es sich empfehlen würde, den Wünschen der Armenier einigermaßen entgegenzukommen, wenn auch, meiner Ansicht nach, und wie berichtet, wir am besten dort einheitlich mit Deutschland vorgehen würden und jedenfalls keine nennenswerten Truppen schicken oder ein förmliches Protektorat übernehmen sollten.

Es schiene mir daher wünschenswert, die Frage der Entsendung einer k. u. k. (und einer deutschen) Vertretung nach Eriwan, – was dem Armenischen Volke gewiss eine moralische Stütze bieten dürfte und mir als dasjenige erscheint, was wir gegenwärtig ohne Gefahr von Prestigeverlust für dieses bedauernswerte Volk tun können – nicht ohne weiteres vom Tapete wegzunehmen.

Diese Erwägung wird mir vor Allem aus humanitären Gründen und aus Rücksicht auf unsere Stellung als christliche und katholische Grossmacht diktiert; sodann um die Armenier nicht noch mehr in die Arme der Entente zu treiben; und schliesslich – und dies sei meine Entschuldigung für diesen Bericht – weil ich nicht so überzeugt bin, dass, si on lui dore suffisamment la pilule, die türkische Regierung sich unbedingt gegen diese Entsendung aussprechen würde.

Allerdings ist die Stellung des ottomanischen Vertreters in Eriwan – wie ich übrigens schon in meinem Telegramm Nr. 463 vom 6. August d. Js. ausführte – eine eigenartige. Die Türkei betrachtet Armenien – mirabile dictu – als ihre eigene Kreation und es wird abzuwarten sein, wie der kaiserliche Vertreter in Eriwan sich in die Rolle der „zarten Hebamme“ einfinden wird! – Aber ich glaube nicht, dass die türkischen Machthaber durchwegs von machiavellistischen Intentionen gegenüber diesem eigenen Geschöpfe beseelt sind. Ich glaube vielmehr, dass manche und unter diesen der Grossvezir, die armenischen Greuelthaten wegen der öffentlichen Weltmeinung, wenn aus keinem anderen Grunde, lebhaft bedauern, und im neuen Staatsgebilde die Möglichkeit sehen, sich von den verhassten Armeniern zu isolieren, und vor ihrem überlegenen wirtschaftlichen Einfluss zu schützen.

Sodann würde immerhin die Entsendung einer k. u. k. Vertretung nach Eriwan einer de facto Anerkennung Armeniens gleichkommen und dies könnte schliesslich

als ein weiterer Schritt in der von der Pforte so lebhaft gewünschten Anerkennung des Batumer Vertrages gedeutet werden!

Ich habe neulich Talaat Pascha hierüber zu sondieren getrachtet, allerdings ohne die Frage der Entsendung einer Vertretung überhaupt zu erwähnen; ich konnte natürlich, da ich die grösste Reserve im Sinne Euer Excellenz Instruktion beobachtete, keinen positiven Eindruck gewinnen. Ich gewann aber auch nicht den absoluten Eindruck, dass eine eventuelle effektive Sondierung gar so unfreundlich aufgefasst werden würde.

Ich würde daher vorschlagen, dass wir hier vertraulich mitteilen, dass ohne den Batumer Vertrag anzuerkennen, wir geneigt seien, der durch denselben geschaffenen Lage insoferne Rechnung zu tragen, dass wir Vertreter nicht nur nach Georgien, sondern auch nach Armenien und nach *Azerbeidjan* [Aserbaidtschan] schicken möchten.

Die Sondierung käme am besten von uns. Es wäre aber dann natürlich erwünscht, dass – um weniger Verdacht zu erwecken – auch Deutschland eine Vertretung nach Eriwan entsende.

Ohne, wie gesagt, eine Gewähr für die Aufnahme einer solchen Demarche hier zu übernehmen, glaube ich doch, dass dieselbe, wegen der eingangserwähnten Momente, unternommen werden könnte.

Im schlimmsten Falle würde sie später uns gegenüber der christlichen Welt von Nutzen sein, und die gegenwärtige Verstimmung der Pforte wegen des Kaukasus dürfte hiedurch keinesfalls erheblich gestärkt werden. Es ist mir übrigens in diesem Punkte die Logik des deutschen Auswärtigen Amtes vollständig unverständlich.

Auch könnte unsere Vertretung wann immer – wenn es sich nur um dieselbe und nicht um Besetzung oder Protektorat handelt – ohne Prestigeverlust zurückberufen werden.

Dass mein obiger Gedankengang von einigen Türken geteilt wird, erhellt aus einer Konversation, welche ich vor einigen Tagen mit Prinz Said Halim hatte. Derselbe sagte mir, dass die Evakuierung des türkischen Armeniens militärisch vollständig begründet gewesen sei, nur sei es eine Schande gewesen, diese zum Anlass zu Greuelthaten zu benützen. Der Prinz bemerkte ferner, er begreife nicht den Wunsch der Regierung, die Grenzen Armeniens so enge zu ziehen. Es sollte im Gegenteile gross genug sein, um auch als Anziehung für die türkischen Armenier zu dienen, damit sie in möglichster Anzahl dorthin streben und das Reich von ihrer Anwesenheit befreien. Es sei ein Wahnsinn, dass die Regierung dies nicht einsehe und durch ihre Kurzsichtigkeit die günstige Gelegenheit versäume, die armenische Frage endlich zu regeln. Diese kindische Politik werde der Türkei nach dem Kriege noch die grössten Unannehmlichkeiten seitens der Entente eintragen.

Der k. u. k. Gesandte & Geschäftsträger: SZILASSY

Seiner Exzellenz
Herrn Stephan Grafen Burián, Wien

HHStA PA X 157



Kaukasus-Problem und Österreich-Ungarn

K. UND K. MILITÄRBEVOLLMÄCHTIGTER
IN KONSTANTINOPEL

Mb. Nr. 3795 res. von 1918
Dem deutschen Generalstabe nicht mitzuteilen

Konstantinopel, am 20. August 1918

Unter den mannigfachen Lösungen, welche von verschiedenen deutschen Maßgebenden Faktoren betreffs des kaukasischen Problems besprochen und propagiert werden, nimmt jene der Teilung in Einflußsphären, beziehungsweise Protektorate eine der wichtigsten Stellen ein. Die Türken sollen Aserbaidschan (ohne Baku) behalten, Deutschland würde Georgien besetzen und protegieren, während unserer Monarchie Armenien als äquiparierender Anteil zugedacht wird.

Es ist nun bekannt, dass diese Lösung auch von armenischer Seite gewünscht, propagiert und erbeten wird. Der armenische Delegierte in Berlin hat dortselbst einen ähnlichen Plan vorgelegt und um Entsendung eines österreich-ungarischen Detachements von 3–4000 Mann gebeten (mein Bericht Mb. No 3756 res vom 17. d. Mts.). Die hier befindliche Delegation ist vor einigen Tagen korporativ bei mir erschienen und der Präsident derselben, Herr *Aharonian*, hat mir in langer Rede die Vorteile dieser Lösung auseinandergesetzt.

Die Armenier erblicken in derselben die einzige Rettung ihres Volksstammes vor vollständiger Vernichtung; es wäre die erste effektive Hilfe von Seite einer europäischen Macht für Armenien, welches seit 50 Jahren von England unter den trügerischsten Versprechungen für seine politischen Zwecke ausgenützt und immer wieder nach getaner Arbeit seinem Schicksal und der Rache der Türken überlassen worden ist. Für Oesterreich-Ungarn hätte die Uebernahme des Protektorates über Armenien die günstigsten Folgen in wirtschaftlicher Hinsicht. Denn Georgien und überhaupt der ganze Kaukasus sind wirtschaftlich in den Händen der Armenier, welche dank ihrer kommerziellen Befähigung und Rührigkeit auch in der Türkei, in Persien und in anderen orientalischen Ländern das reichste Element bilden und den ganzen Handel beherrschen. Herr *Aharonian* bittet im Interesse seines Volksstammes um möglichst rasches Zugreifen, ganz besonders aber um sofortige Entsendung eines österreich-ungarischen diplomatischen Vertreters nach Eriwan.

Ich halte es nun für notwendig und interessant, über die Ansicht, sowie Stellungnahme unseres hiesigen Geschäftsträgers des Herrn Gesandten *von Szilassy* zu diesen Projekten Bericht zu erstatten und daran anknüpfend meine eigene Meinung über diesen Gegenstand darzulegen:

Der Herr Gesandte ist der Ansicht, dass jede Besetzung, jedes Protektorat und jede Etablierung von Einflußsphären im Kaukasus unbedingt zu vermeiden wären. Im Falle einer solchen Lösung wären wir gezwungen, die Armenier nicht allein vor türkischen Massakern zu schützen, sondern auch vor Hunger zu retten; jedes in noch so verschleierte Form etablierte Protektorat würde uns in Konflikt mit allen Nachbarländern Armenien's bringen. Unser gegenwärtig ausgezeichnetes Verhältnis zur Türkei würde zweifellos getrübt werden und ebenso würden wir in kürzester

Zeit mit Georgien, Russland und selbst mit Deutschland in ganz überflüssige Komplikationen verwickelt werden.

Die dem Herrn Gesandten für unser Verhältnis zu Kaukasien und speziell Armenien vorschwebende Formel würde ungefähr lauten: Wir sollten uns für den Kaukasus nur in Bezug auf Beschaffung der für die weitere Kriegsführung nötigen Rohstoffe und wegen allgemeiner ökonomischer Vorteile interessieren und hiebei trachten, so viel als möglich zum Schutz der dortigen christlichen Bevölkerung beizutragen.

Die Durchführung dieser grundsätzlichen Direktive würde vor allem darin bestehen, dass jede weitere Aufforderung an die Türkei betreffs Räumung der Grenzregulierungsbezirke, ebenso aber auch jede vertragsmäßige Festlegung oder Sicherung derselben zu unterbleiben hätten. Die Konferenz – wann sie überhaupt zu Stande kommt – soll sich nicht mit Grenzbestimmungen, sondern nur mit Verteilung der zur Kriegsführung notwendigen Rohstoffe befassen. Hiezu wäre es notwendig, möglichst bald gemischte deutsch-österreich-ungarische Kommissionen nicht allein nach Georgien und Armenien, sondern auch nach den mohammedanischen Gebieten zu entsenden, welche die Erfassung und den Abschub der Rohstoffe zu bewirken hätten. Die Anwesenheit dieser Kommissionen scheint dem Herrn k. und k. Geschäftsträger eine bessere Gewähr gegen Massakers, Grenzverletzungen und andere Ausschreitungen zu bieten, als es eine förmliche militärische Besetzung des Landes durch unsere oder deutsche Truppen ergeben würde.

Zur Begleitung der Kommissionen oder einzelner Offiziere wäre die Stationierung schwacher Abteilungen in den Hauptstädten immerhin notwendig. Doch wäre es nach Ansicht des Herrn Gesandten von besonderer Wichtigkeit, dass die Kommissionen stets gemischt seien und die Einteilung in Einflußsphären vermieden werde, da nur in diesem Falle eine eventuell notwendig werdende Räumung des Landes leicht und ohne Einbuße an Prestige durchgeführt werden könnte.

Dieses relative Desinteressement Deutschland's und Oesterreich-Ungarn's im Kaukasus soll jedoch den Türken nicht umsonst zugestanden, sondern möglichst teuer verkauft werden. Der Preis hiefür wäre die definitive Aufgabe aller Präensionen auf die Gebiete westlich der Maritza bei gleichzeitiger Ueberlassung der Dobrudscha an Bulgarien.

Wenn ich nunmehr meine Meinung über die Lösung des kaukasischen Problems äußern soll, so kann ich mich nur mit den Vorschlägen des Herrn Gesandten *von Szilassy* vollkommen einverstanden erklären.

Auch ich bin vollständig überzeugt, dass Deutschland und Oesterreich-Ungarn in diesen fernen Gebieten gegenwärtig nicht die Macht besitzen, um ein Protektorat über Georgien und Armenien auszuüben und politische Einflußsphären dort zu errichten. Ebenso wenig sind wir im Stande, die türkische Regierung zu zwingen, ihre einmal beschlossene Richtlinie in ihrer kaukasischen Politik zu ändern oder aufzugeben. Es ist demnach das Klügste und gleichzeitig das einzig Mögliche, den türkischen Aspirationen keine weiteren Hindernisse entgegenzusetzen und dieselben vorläufig inoffiziell und ohne vertragsmäßige Festlegung anzuerkennen.

Es wäre meiner Ansicht nach auch ein großer Erfolg, wenn wir von der Pforte als

Gegenleistung für dieses bedingte Desinteressement die Zustimmung zu unserer wirtschaftlichen Penetration, Sicherung des Lebens und des Besitzes der Armenier und ganz besonders Aufgeben aller Aspirationen auf Gebiete westlich der Maritza, hiemit Lösung der Dobrudscha-Frage und endgiltige Beilegung des türkisch-bulgarischen Konfliktes erreichen könnten. Die aus diesen Zugeständnissen resultierenden Vorteile wären nach meinem Dafürhalten so groß, dass ich – wenn die Türkei es unbedingt verlangen sollte – selbst die vertragsmäßige Ueberlassung eines Teiles der im Batumer Frieden annektierten Gebiete an die Türkei befürworten würde. Aus Aeußerungen des Großveziers, welche derselbe vorgestern mir gegenüber machte, gewann ich den bestimmten Eindruck, dass die türkische Regierung bereit wäre, sich mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn betreffs der sogenannten Grenzregulierungsbezirke zu verständigen, d. h. sich mit einem Teile derselben zu begnügen.

Meiner Ansicht nach wäre es ein geradezu glückliches Ereignis, wenn es heute – besonders im Hinblick auf die Lage an der Westfront – gelingen würde, die Differenzen zwischen den Verbündeten zu beseitigen und das alte vertrauensvolle Verhältnis, auch betreffs Bulgariens und der Türkei wieder herzustellen. Die Türkei war und ist für uns doch zweifellos ein treuer und wertvoller Verbündeter und verdient deshalb auch wohlwollende Berücksichtigung ihrer nationalen Aspirationen. Sie ist für die Zentralmächte trotz der einigermaßen geänderten Lage im Orient doch immer noch viel wichtiger als Armenien und Georgien. Uebrigens dürfte die gegenwärtige Lage bei Baku die Türkei zu gewissen Konzessionen geneigter gemacht haben, so dass jetzt ein besonders günstiger Moment für den Beginn von Verhandlungen eingetreten zu sein scheint.

Was nun die Forderung des Herrn k. und k. Gesandten nach stets gemeinsamem Vorgehen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns in den verschiedenen wirtschaftlichen Kommissionen und Operationen anbelangt, so würde ich auch diesem Postulat beipflichten, vorausgesetzt, dass dasselbe von Deutschland vorbehaltlos angenommen und tatsächlich paritätisch durchgeführt werden würde. Es ist nämlich nicht ausgeschlossen, dass Deutschland unsere gleichberechtigte Mitarbeit betreffs Georgien nicht akzeptieren wollte und vielleicht auch mit Rücksicht auf bereits abgeschlossene Verträge nicht mehr akzeptieren könnte. In diesem Falle müssten wir uns natürlich in Armenien in wirtschaftlicher Hinsicht freie Hand, beziehungsweise eine ähnliche Stellung ausbedingen, wie sie Deutschland in Georgien innehat.

Ich glaube sogar, dass die Türkei den letzteren Standpunkt dem gemeinsamen Vorgehen vorziehen würde. Denn, wenn Deutschland und Oesterreich-Ungarn überall gemeinsam vorgehen, so wird die Türkei eben überall das Dominieren des deutschen Einflusses vermuten und befürchten, so dass sie – bei dem Misstrauen und der Antipathie der Türken gegen Deutschland – eine rein österreich-ungarische Arbeit in Armenien entschieden vorziehen dürfte.

Was nun die Sicherung des Lebens und Besitzes der christlichen Bevölkerung im Kaukasus betrifft, so bin ich überzeugt, dass auch diese Aufgabe sich nur durch entsprechende Verhandlungen und moralische Einflussnahme auf die türkische Regierung, dann die türkischen Kommandanten und Behörden im Kaukasus durchführen lässt. Die Anwesenheit von Handelskommissionen der Zentralmächte in den

bedrohten Gebieten, die Begleitung der zurückkehrenden Bevölkerung durch einzelne Organe werden gewiss größere Wirkung haben, als ein Aufgebot militärischer Kräfte, die ja doch den türkischen Kräften nicht gewachsen sein werden und die Türken an Gewalttaten direkt doch nicht hindern können.

Es scheint mir nun von größter Wichtigkeit zu sein, die oben skizzierten Richtlinien für unsere kaukasische Politik mit möglicher Beschleunigung zur Durchführung zu bringen. Denn eine weitere Entfremdung zwischen den Verbündeten sollte unbedingt hintangehalten werden, ganz abgesehen davon, dass die ganze Lage im Kaukasus eine weitere Verzögerung der gründlichen Sanierung der durch die bisherige verfehlte Politik verfahrenen Situation nicht mehr zu vertragen scheint.

Es müssten demnach die Verhandlungen mit der Türkei in dem oben angedeuteten Sinne unverzüglich aufgenommen werden. Mit Rücksicht auf den nicht mehr fernen Eintritt der rauhen Jahreszeit hätte die Entsendung einer österreich-ungarischen Vertretung mit den für die handelspolitische Aktion nötigen Organen und Offizieren nach Eriwan so bald als möglich zu erfolgen. Um unsere Vertretung, unsere Handelsorgane und Kommissionen gegen immerhin mögliche Bandenangriffe zu schützen, müsste unserer Mission ein militärisches Detachement – in der unumgänglich notwendigen Stärke, vorläufig vielleicht eine Kompagnie – mitgegeben werden.

Dass die rasche Einnahme von Baku nunmehr eine Notwendigkeit geworden ist, dürfte nunmehr auch den Deutschen klar geworden sein. Sollten türkischerseits für dieses Unternehmen k. und k. Truppen erbeten werden (vielleicht 1–2 Bataillone aus der Ukraine und vielleicht die 15 cm Haubitze-Batterie Manouschek), so könnte diesem Ansuchen, falls dies überhaupt möglich ist, entsprochen werden, jedoch nur mit der ausdrücklichen Bedingung, dass unsere Truppen nach Einnahme von Baku sofort wieder zurückkehren und auf keinen Fall zu weiteren Unternehmungen im Kaukasus oder in Persien verwendet werden dürften.

Es zeigt sich nun, dass *Enver* Pascha vollkommen Recht hatte, als er zu einer raschen Operation gegen Baku drängte; das Prestige der Deutschen Obersten Heeresleitung in der Türkei wird durch die deutsche Baku-Politik und die Vorgänge bei dieser Stadt gewiss nicht erhöht werden.

Dieser Bericht wurde mit der k. und k. Botschaft in Konstantinopel besprochen und geht nur an den k. und k. Chef des Generalstabes in 3 Exemplaren.

POMIANKOWSKI

An den k. und k. Chef
des Generalstabes in Standort

Kriegsarchiv, KM AOK. NA Nr. 21084



Die Anerkennung der armenischen Regierung als de-facto-Regierung erscheint gegenwärtig nicht unbedenklich

Telegramm von Prinz Hohenlohe

Nr. 553
Chiffre

Berlin, 24. August 1918

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm No. 491 in claris von 9. d. M.

Auswärtiges Amt teilt mir im Gegenstande Nachstehendes vertraulich mit:

Eine ausdrückliche Erklärung über die Anerkennung der armenischen Regierung als de-facto-Regierung erschiene dem Auswärtigen Amte im gegenwärtigen Augenblicke nicht unbedenklich, weil Russland darin eine Förderung der Loslösungsbestrebungen Armeniens erblicken würde. Wir könnten dann auch nicht umhin, die Republik Aserbaidschan in gleicher Weise anzuerkennen. Wenn die russische Regierung bei der Anerkennung der armenischen Republik* ein Auge zudrücken würde, wäre keinesfalls darauf zu rechnen, daß sie das Gleiche hinsichtlich Aserbaidschans tun würde.

Dem armenischen Wunsche nach Sendung von diplomatischen Vertretern ist nach Ansicht des Auswärtigen Amtes durch den Besuch des Herrn von Seeckt und des Baron Franckenstein schon in gewissem Maße entsprochen. Laut Mitteilung Generals von Kress hat er ferner zwei deutsche Offiziere zur politischen und wirtschaftlichen Beobachtung nach Eriwan detachiert. Aus Personalmangel müsse die deutsche Regierung darauf verzichten, auch einen diplomatischen Vertreter dorthin zu entsenden. Das Auswärtige Amt würde es aber nur begrüßen, wenn dies unsererseits geschähe. Das Auswärtige Amt teilt die Auffassung Euer Exzellenz, daß türkischerseits kein Einwand dagegen erhoben werden könnte.

* Chiffre verstümmelt

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA X 157



Die durch den russisch-deutschen Zusatzvertrag geschaffene Situation ist für die Türkei absolut unannehmbar

Telegramm von Baron Szilassy

Nr. 521
Chiffre

Pera, 5. September 1918

Ich höre aus guter Quelle, daß der Großvezier am Tage seiner Abreise die armenische Delegation empfangen [habe] und ihr erklärte, daß die durch den russisch-

deutschen Zusatzvertrag geschaffene Situation, wonach nur Georgien und nicht Azerbeidjan [Aserbaidtschan] und Armenien anerkannt seien, für die Türkei absolut unannehmbar sei. Die Armenier hätten daher alles Interesse, mit den Türken in dieser Sache gemeinsame Sache zu machen.

Auf den Einwand der Delegation bezüglich der Flüchtlingsfrage und der zu engen armenischen Grenzen habe Talaat Pascha geantwortet, er sei bereit, die erste sofort zu regeln und Armenien solche Grenzen zuzugestehen, welche es lebensfähig machen sollen.

Dies würde Eindruck bestätigen, den ich von meinem letzten Gespräche mit dem Großvezier gewonnen hatte, daß in der Frage der „Grenzregulierung“ wir vielleicht ein gewisses Nachgeben von den Türken erreichen könnten.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA X 157



BEILAGE ZUM BERICHT NR. 118 VOM 30. OKTOBER 1918. ARMENISCHE REPUBLIK. DELEGATION
IN BERLIN [SIEHE S. 474]

Die Lage der Armenier in Baku ist entsetzlich

Auszüge

aus der Tifliser Zeitung „Kawkaskoe Slowo“ vom 12. Oktober 1918 betreffend die
turco-tatarischen Greuel gegen die Armenier in Baku

Eine Persönlichkeit, die während des türkischen Einzuges in Baku in dieser Stadt weilte, berichtet:

„Die Türken drangen am 14. September a. c. aus drei Richtungen in die Stadt ein: von der Schemachinskistrasse, der Stanislawskistrasse und der Schwarzen Stadt her. Es begann Mord und Plünderung. Das Plündern geschah streng systematisch. Gruppen von örtlichen Tataren durchgingen in Begleitung von 2 bis 3 türkischen Soldaten die Strassen und raubten die Häuser der Reihe nach aus. Sie liessen nicht eine einzige Wohnung aus, sie übergingen nicht einen einzigen Laden. Von allen armenischen Häusern in Baku blieben, wie durch Wunder, nur etwa 15 verschont. Die Häuser wurden rein ausgeplündert. Die Plünderer liessen buchstäblich nichts zurück, nicht einmal ein Tablett, noch eine gebrechliche Bettstelle oder einen Blumentopf. Sie nahmen alles mit; schwerere Gegenstände führten sie auf Leiterwagen weg, die den Plünderern folgten.

Auch das Morden der Armenier war methodisch. Es wurden weder Männer noch Frauen geschont, weder Kinder noch Greise und Kranke. Die Mörder drangen in die

Häuser ein und töteten die ganze Familie vom Jüngsten bis zum Ältesten. Nur wenigen gelang es, sich loszukaufen, und diese verdankten ihre Rettung nur dem Umstande, dass in ihre Häuser nicht auch Azerbeidschaner Tataren, sondern nur türkische Soldaten eingedrungen waren. Es ist wahr, an der Bluthochzeit nahmen in gleicher Weise teil die türkischen Soldaten wie die örtlichen Tataren; aber die Türken waren immerhin weniger unerbittlich. Es gab Fälle, wo die Türken, nachdem sie das Loskaufgeld empfangen, ihre Opfer nicht nur nicht töteten, sondern sie auch gegen die Tataren in Schutz nahmen. Diese letzteren waren überhaupt mitleidslos; der Anblick des Blutes reizte sie nur zu neuem Blutvergiessen. Wenn bei den türkischen Soldaten manchmal das Geld oder das Flehen der Opfer nutzte, so liessen die Tataren sich durch nichts vom Morden abhalten, durch nichts rühren. Auf das Flehen um Schonung, auf das Angebot des Loskaufs erwiderten sie nur: ‚Wir wollen es nicht, wir brauchen Blut‘.

In ihrem blutigen Beginnen machten die Tataren selbst vor den öffentlichen Einrichtungen nicht Halt. Im Krankenhause von Balachani wurden alle Kranken niedergemetzelt; die Ärzte und Krankenschwestern vergifteten sich, um den Martern und Misshandlungen zu entgehen. Getötet wurden auch die Kinder in den Flüchtlingskinderhorten. Als man die Stadt von den Leichen zu säubern begann, wurden in der Kamenistosstrasse auf das Lastautomobil, das die Leichen aus der Stadt bringen sollte, 60 Leichen von acht- bis zehnjährigen Waisenkindern aus dem Flüchtlingsheim geladen. Weder die getöteten noch die am Leben gebliebenen Frauen entgingen der Schändung. Vergewaltigt wurden auch kleine Mädchen und bejahrte Frauen in den Häusern und auch auf den Strassen...

... Die Tataren sagten nachher, es sei ihnen erlaubt worden, 3 Tage lang zu morden und zu plündern.

Es ist sehr schwer, die Zahl der Opfer genau festzustellen. Jedenfalls ist sie sehr gross. In den tatarischen Kreisen schätzt man die Zahl der Getöteten auf 8000; nach Angabe der Armenier sind es 30000. Gänzlich vernichtet ist die armenische Bevölkerung von Ermenikend und der Schwarzen Stadt.

Drei Tage währte dieses schreckliche Morden...

Als das Morden aufhörte, begannen die Verhaftungen. Fast die ganze in der Stadt gebliebene armenische Intelligenz wurde ins Gefängnis geworfen. Die Armenier werden aus Baku nicht herausgelassen; wem es glückt zu fliehen, dem drohen die Gefahren der Reise.“

„Eine aus Baku hier (Tiflis) eingetroffene glaubwürdige Persönlichkeit berichtet folgendes:

Viele Armenier verdankten ihre Rettung dem persischen Konsul, den Georgiern und Juden. 80% des Besitzes der Juden ist geraubt worden. Die Wohnungen der jüdischen Ärzte Wasschawski und Stein und des jüdischen Rechtsanwaltes Prodski sind gänzlich ausgeplündert.

(...)

Die Lage der Verhafteten ist hart. Es ist sehr schwer, ihnen von aussen her zu helfen. Der Verhaftungsgrund ist unbekannt. Auf die Frage: Warum verhaftet ihr?

erfolgt die Antwort: Es ist nötig, und deshalb verhaften wir, was braucht da noch der Grund erklärt zu werden. Bis jetzt noch ereignen sich Aufläufe in den Strassen, und Armenier, die in das Gedränge geraten, werden arretiert und ins Gefängnis gebracht. Kurz, die Lage der Armenier in Baku ist entsetzlich. Wenn keine Hilfe von aussen kommt, werden viele Armenier Hungers sterben . . .“

HHS:A PA X 157



Die Türkei ist gezwungen, Frieden zu schließen

Telegramm von Markgraf Pallavicini

Nr. 637
Chiffre

Pera, 18. Oktober 1918

Naby Bey hat mich soeben aufgesucht und mir im Namen der Regierung Mitteilung gemacht, daß die Türkei am Ende ihrer Kräfte angelangt und gezwungen sei, mit unseren Gegnern in Kontakt zu treten und den Frieden zu schließen. Naby Bey betonte, daß er diese Demarche bei mir und meinem deutschen Kollegen gemacht, um uns Beweis zu liefern, daß Türkei in voller Loyalität gegenüber ihren Alliierten handle und auch in der Zukunft handeln wolle, da sie größtes Gewicht darauf lege, die guten Beziehungen auch nach dem Kriege zu den Zentralmächten aufrechtzuerhalten.

Minister des Aeußern sagte mir, Regierung hätte durch eine Mittelsperson (aber nicht Rahmi Bey) Schritte getan, um die Ententemächte zu sondieren. Er glaubt, daß er schon Montag oder Dienstag Antwort haben werde. Er werde mich stets au courant dessen halten, was geschieht, und würde mich auch, wenn es notwendig wäre, daß ich Konstantinopel verlasse, rechtzeitig davon in Kenntnis setzen. Aktion Rahmi Beys leugnete er nicht ab, aber er behauptete, daß die Regierung mit derselben nichts zu tun habe. Die Fäden der Aktion Rahmi wären schon unter der früheren Regierung gesponnen worden und werden jetzt auf eigene Faust vom Vali von Smyrna fortgesetzt.

Naby Bey sagte mir, Türkei sei militärisch vollständig fertig. Armee verfüge über nicht mehr als 60000 Gewehre. Außerdem sei die innere Lage derart, daß es Türkei unmöglich sei, Krieg weiterzuführen. Sie wird sich meiner Ansicht nach auf Gnade und Ungnade ergeben. Aus seinen Reden konnte ich entnehmen, daß, wenn Entente Bedingung der Oeffnung der Dardanellen stellen werde, dieselbe sofort angenommen werden würde.

Ich habe volle Ueberzeugung, daß die Türkei nicht anders handeln konnte und bis zum letzten Momente an unserer Seite ausgehalten hat. Wenn sie jetzt von uns abspringt, kann man ihr daher absolut keinen Vorwurf machen. Es gibt eben auch für

die Einhaltung der Verträge gewisse Grenzen, die durch den Selbsterhaltungstrieb jedes Staates diktiert werden.

[K. und k. Ministerium
des Aeussern, Wien]

HHStA PA I 965



Unmenschliche Ausschreitungen der türkische Truppen und der Tataren gegen die armenische Bevölkerung bei der Einnahme von Baku

ARMENISCHE REPUBLIK
DELEGATION IN BERLIN

Nr. 118

Berlin, den 30. Oktober 1918

Durchlaucht,

Soeben erhielt ich aus der Heimat Einzelheiten über die entsetzlichen Greuel, die das türkische Militär und die tatarischen Einwohner bei der Einnahme von Baku gegen die dortige armenische Bevölkerung begangen haben. Viele Tausend friedliche Armenier, darunter namhafte armenische Intellektuelle, Frauen, Kinder und Greise, wurden niedergemetzelt, die armenischen Wohnungen mit wenigen Ausnahmen ausgeplündert, die Gefängnisse mit Armeniern gefüllt, wo sie jetzt noch furchtbaren Leiden unterworfen sind. Die Askeris und Tataren behaupteten, dass es ihnen erlaubt worden sei, drei Tage lang zu morden und zu plündern. Und sie taten es gründlich und schonungslos.

Ein dem türkischen Befehlshaber Chalil Pascha attachierter deutscher Offizier gab unserem diplomatischen Vertreter in Tiflis gegenüber seinem Unmut über die Greuel mit folgenden Worten Ausdruck: „Die Barbarei, die in Baku begangen wurde, ist unbeschreiblich. Als Christ und Europäer solche Greuel mitanzusehen, geht über meine Kraft; ich werde noch heute Abend Chalil Pascha meinen Abschied einreichen. Wieviele Armenier getötet wurden, kann ich nicht genau sagen. Vielleicht ist die Zahl nicht sehr gross; aber das Morden geschah in der barbarischsten Weise, und die ganze Stadt wurde geplündert. Ich sah in einer Strasse 20 bis 25 gefesselte Armenier und neben ihnen eine Wache. Ihr Schicksal war mir klar, und es kostete mich grosse Mühe, sie zu retten. Aber wieviele ähnliche Fälle mussten ohne die rettende Hilfe bleiben. Wenn wir durch die Strassen gingen, hörten wir immer Hilferufe aus den Häusern. Einigen konnten wir folgen, aber wie vielen nicht . . . Wir waren nur vier Deutsche und konnten nicht viel helfen, da das Benehmen (der Muhammedaner) auch uns gegenüber nachgerade erstaunlich war. Chalil Pascha ist nicht direkt schuld an den Greueln. Die ganze Verantwortlichkeit fällt auf Nuri Pascha und seinen Stab; sie hätten, wenn sie es gewollt, die Massakers und Plünde-

rungen verhindern können. Diese fanden statt nicht nur beim Einzug der Truppen in die Stadt, sondern auch später. Ich habe den Eindruck, dass die Metzerei vorher geplant war. Darin lag wohl auch der Grund, dass die Türken alles taten, um die Teilnahme der deutschen Truppen an der Expedition zu verhindern.“

Zur weiteren Information über die Vorgänge in Baku habe ich mir erlaubt, Auszüge aus der Tifliser Zeitung „Kawkaskoe Slowo“ diesem Schreiben beizulegen*.

Nach der Einnahme von Baku haben vernichtende Armeniermassakers auch in den Distrikten Nuchi und Aresch (Jelisawetpol) stattgefunden. Armenische Priester und Notablen wurden niedergemetzelt, Frauen und Mädchen geschändet, Kinder zusammengetrieben und mit Knütteln totgeschlagen. Die muhammedanischen Geistlichen, an die sich die Armenier mit der Bitte wandten, ihr Leben zu schonen, und sie wollten gern zum Islam übertreten, antworteten ihnen, sie würden in den Bezirken von Nuchi und Aresch die Armenier selbst aus dem Gedächtnis der Menschen austilgen. Den Bericht der armenischen Geistlichen von Nuchi und Aresch erlaube ich mir, gleichfalls in Abschrift beizulegen [in diesem Band nicht abgedruckt].

Unserem diplomatischen Vertreter in Tiflis wurde ferner von der Absicht der Türken Mitteilung gemacht, im Falle eines Rückzuges aus Azerbeidschan [Aserbaidshan] die fünfte und fünfzehnte türkische Division dort zurückzulassen, um als Soldaten der tatarischen Republik in tatarischer Uniform an den geplanten Raub- und Vernichtungszügen gegen die armenische Bevölkerung, so namentlich Karabagh's [Karabach], teilzunehmen. Schon jetzt lauten die Nachrichten aus Karabagh ausserordentlich beunruhigend. Türkische Truppen sind über Askeran vorgedrungen und bombardieren die armenischen Dörfer. Es ist klar, dass die Türken auch in dieser Gegend auf die Vernichtung der armenischen Bevölkerung es abgesehen haben.

Meine Regierung hat mich beauftragt, gegen diese neuerlichen unmenschlichen Ausschreitungen der türkischen Truppen und der Tataren gegen die armenische Bevölkerung bei der k. u. k. österreichisch-ungarischen Regierung Verwahrung einzulegen.

DR. H. OHANDJANIAN

Bevollmächtigter Vertreter der armenischen Regierung

* Siehe S. 471

Seiner Durchlaucht
dem österr.-ungar. Botschafter in Berlin



Quellen

Österreichisches Staatsarchiv, Wien:
Allgemeines Verwaltungsarchiv
Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA)
HHStA PA = Politisches Archiv
HHStA PL = Presseleitung
Kriegsarchiv

Diözesanarchiv, Wien

Editorial Instructions

The documents are in chronological order. Whenever possible, the designated supplements in the documents are listed under the date of the supplement. The dates of the documents and supplements can vary, hence the respective document was referred to at the head of the supplement. Conversely, supplements were referred to preceding or following the text of the document.

As regards official documents, the file reference is located before the text, the source at the end. Thereby the document in the respective archive is traceable instantly.

In respect to the exact repetition of the original text, the spelling of proper and place nouns was inconsistent. Official entries such as receipt stamp, distributor, mode of forwarding, etc. were dispensed with.

In the documentary evidence, a coded heading was added to each document to facilitate the reader's quick orientation. Original documents have no headings.

Editorial insertions appear in square brackets.

Indication de la Rédaction

Les documents sont présentés dans l'ordre chronologique. Les annexes mentionnées dans les documents se retrouvent sous la date de l'annexe, si on a pu découvrir cette pièce. Les dates d'un document et d'une pièce jointe peuvent différer. Pour cette raison le document concerné est rappelé au début des annexes. En plus, le lecteur trouvera avant ou après le document le renvoi par rapport à l'annexe.

Les documents officiels portent le numéro du dossier à l'en-tête, et un renvoi indiquant la source du document à la fin du texte. Ainsi tout document peut être retrouvé facilement dans les archives respectives.

Les textes des documents correspondent fidèlement à ceux des originaux dont l'orthographe différent des noms propres et des lieux a été conservé. Par contre on a renoncé à reproduire les notes

des administrations comme le cachet de la date d'entrée, la liste des destinataires ou le mode de transport etc.

Pour permettre au lecteur une orientation rapide on a ajouté à tout document un titre rappelant l'information principale d'un papier. Les originaux n'ont pas de titres.

Les insertions de la rédaction se trouvent entre crochets.

Redaktioneller Hinweis

Die Dokumente sind chronologisch geordnet. Die in den Dokumenten genannten Beilagen sind, wenn sie zu ermitteln waren, unter dem Datum der Beilage zu finden. Das Datum von Dokumenten und Beilagen kann voneinander abweichen, deshalb wurde am Kopf der Beilagen auf das entsprechende Dokument verwiesen, umgekehrt wurde vor oder nach dem Text des Dokuments auf Beilagen verwiesen.

Bei den amtlichen Dokumenten steht vor Textbeginn das Aktenzeichen, am Schluß die Quellenangabe. Dadurch ist das Dokument in dem jeweiligen Archiv sofort auffindbar.

Bei der getreuen Wiedergabe der Originaltexte wurde die nicht immer einheitliche Schreibweise von Eigen- und Ortsnamen beibehalten. Auf Kanzleivermerke wie: Eingangsstempel, Verteiler, Beförderungsart usw. wurde verzichtet.

Um dem Benutzer dieser Dokumentation die schnelle Orientierung zu ermöglichen, wurde jedem Dokument eine stichwortartige Überschrift beigegeben. Die Originaldokumente haben keine Überschriften.

Einfügungen der Redaktion stehen in eckigen Klammern.

Register

As the expressions "Armenia", "Armenians", "Turkey" and "Turks" are used constantly in this documentation, they aren't referred to in the index.

Etant donné que les noms « Arménie », « Arméniens », « Turquie » et « Turcs » reviennent de façon permanente dans cette documentation, on a renoncé de les faire figurer dans l'index.

Da die Begriffe „Armenien“, „Armenier“, „Türkei“ und „Türken“ in dieser Dokumentation durchgehend vertreten sind, wurden sie in das Register nicht aufgenommen.

- Aalandinseln 401
 Abdul Aziz 77
 Abdul Hamid II., Sultan der Türkei von 1876 bis 1909; 21, 27, 33, 39f., 96, 102, 179, 200, 212, 243, 284, 341, 365
 Abdul-Kader 81
 Abdulla Aga 437
 Abgar 312
 Achalaliaki [vermutl. Achalkalaki] 454
 Achalkalaki 433f., 438, 440, 445, 454, 463
 Achalzcha [vermutl. Achalzych] 438, 440f.
 Achalzych 433, 438, 440f., 445, 456
 Achatschik [vermutl. Achalzych] 456
 Achod 56
 Adabasar, Ada-Bazar 207, 210, 213, 333
 Adana 40, 48, 58, 65f., 70–73, 78f., 139, 150, 189, 203, 206, 240, 295, 304, 308ff., 326, 357, 361, 449
 Adana, Vilajet 69, 123, 202, 210, 268, 353
 Aderbeidschan [Aserbaidtschan] 440
 Adjenli 57
 Ado 77
 Ado, de Saghtountz 78
 Adrianopel 24, 30, 36, 50, 145, 221, 251, 259, 263, 265–268, 270f., 273f., 276, 281, 283, 292, 315f., 319, 324, 336–341, 344, 346, 373
 Adrianopeler Frage 145ff., 151
 Adsharen 437
 Afghanistan 394, 401, 441f.
 Agence Milli 71, 388, 390
 – telegraf. bulgar. 223
 Aghabey 59
 Aghabir 384
 Aghavsian, Djano 78
 Aghpi 83
 Agnuni 139
 Agop, cordonnier 79
 Agop, mouhtar du village 86
 Agopian, Varvaria 301
 Agramer Barmherzige Schwestern 260, 266, 283, 317, 324, 337
 Aharonian, Avedis, Präsident des armen. Nationalrats 443, 466
 Ahmed 64f.
 Ahmed Aghaiff (oder Aghaoghlu) 411
 Ahmed Ihsan Bey 412f.
 Ahmed Izzet Pascha s. Izzet Pascha
 Ahmed Nessimi Bey, türk. Handels-, später Außenminister 372, 423
 Ahmed Pascha 181
 Ahmed Risa (Riza) Bey 242f., 413, 416
 Ahmed Tewfik Pascha, türk. Botschafter in London von 1909–1914; 103
 Ahthamar 353
 Ainkassir 81
 Aintab [*Antep*] 206, 246, 290, 304, 311, 355
 Akhalkalik [Achalkalaki] 463
 Akropolis von Kara-Hissar 378
 Aktionskomitee, armenisches 131f., 143f.
 Alaschkerd, Tal von 180
 Alay Bey 148
 Albanesischer Aufstand 39
 Albanien 39
 Albertall, Heinrich 218, 236, 240, 253, 283
 Albisdan 311
 Alep, Aleppo [*Haleb*] 57, 148, 156, 192f., 206f., 227, 246f., 250, 254f., 263, 292ff., 304ff., 308, 310f., 320, 348, 354, 373f.
 Aleppo, Vilajet 123, 134, 202, 206, 268, 354
 Alexandrette [*İskenderun*] 156, 277, 304, 355
 Alexandropol [*Leninakan*] 433, 436, 438ff., 445, 456ff., 463
 Alexanian, Alex 315
 Alexanian, Kazbar 57
 Ali Pascha, ehem. Vali von Van 42
 Ali Pascha, Vali de Bitlis 81
 Aligan, tribu 148
 Allemagne s. Deutschland
 Allemands, les s. Deutsche
 Alliierte 33 s. a. Entente
 Almasd, épouse de Haro 78
 Altoun 81
 Amanus 277
 Amassia [*Amasya*] 235, 333
 Amerika s. Vereinigte Staaten von Amerika
 Amerikaner 223, 255, 374
 Amérique s. Vereinigte Staaten von Amerika
 Amrig, Augustin, Pater, Superior der Mechitaristen in Erzerum 229f., 239, 301
 Anabat 79, 149

- Anafarte 221
Anatolie, Anatolien 22, 24, 28, 30, 34, 36, 39, 43, 45, 64, 68, 76, 79, 83, 86, 98, 102, 107, 120f., 131, 134, 147, 158, 188, 199, 201, 212, 227, 295, 302, 324, 327, 340, 368, 374, 385f., 408, 410ff., 415, 450, 455
Anatolische Eisenbahn 295
Andéroun 58
Anders, Konsul 430
Andonian, Aram 26
Andonian Documents 20, 26, 32
s. a. Naim-Andonian
Andrinople s. Adrianopel
Anglais, les s. Engländer
Angleterre s. England
Anglo-Franzosen 213
Angora [*Ankara*] 179, 213, 234, 237, 256f., 295, 297, 306–310, 313, 320, 322, 364
Angora, Vilayet 123, 268, 290, 333
Ani 441
Ankara s. Angora
Ankine 55
Antab s. Aintab
Antep s. Aintab
Antigone, Insel 306
Antioche, Antiochia 227, 311, 356
Antonio Abbate, Orden 285 s. a. Mechitaristen
Apissoghon 59
Apraham, de Norchène 149
Arab-Ali 57
Araber 202, 343, 374, 377, 460
Arabian, Krikor 80
Arabien 259, 307, 381, 383, 450
Arakel 79
Archarouni, Msgr., Patriarch 64, 67
Ardagan [*Ardahan*] 421
Ardahan 394, 399f., 419ff., 431–434, 437, 439f., 442, 445f., 451, 456
Ardamasch 439 s. a. Ardahan
Ardjak 86
Aresch 475
Arev 329
Armeeoberkommando, k. u. k. 245, 393
Armenian Rectory 46
– Volunteer Corps s. Freiwilligeneinheiten
Armenische Cultusgemeinde für das Herzogtum Bukowina und das Königreich Galizien 48
– Kolonie Java 51
– Komitees 132, 210, 323, 326f., 331, 333, 412, 414f.
– Republik 450, 464, 470f., 474
–, revolutionäre Komitees 182, 193, 208, 331, 414
Armenisches Komitee von London 67, 327
– Komitee von Manchester 67
– Korrespondenzbureau im Haag [*Den Haag*] 422
Arpatschai-Fluß 441, 458
Arpiarian, Bischof 311
Arsen, Archimandrite 315, 317
Artaki 55
Artine, chaudronier 58
Artine, de Hintzorik 82
Artzounk 78f.
Aserbaidtschan, Aserbeidjan 45, 166, 197, 330, 440, 455, 459ff., 463, 465f., 470f., 475
Asia Minor s. Kleinasien
Asie Mineure s. Kleinasien
Asien 87, 102f., 107, 119, 329, 452, 458, 461
Askeran 475
Askeris, Volksstamm 474
Assemblée Nationale Arménienne 69f., 94–97
Asserbeidjan s. Aserbaidtschan
Assyr 159
Ati 448
Atif Bey 295
Ausschuß für deutsche Ostpolitik 437
Austria-Hungary s. Österreich-Ungarn
Austro-Hungarians s. Österreicher
Autriche-Hongrie s. Österreich-Ungarn
Avedis 272
Avran 83
Ayvazian 45
Azatamart 21, 27, 34
Azeirbadschan s. Aserbaidtschan
Azerbeidjan s. Aserbaidtschan
Azerbeidjan s. Aserbaidtschan
Azerbeidschan s. Aserbaidtschan
Azkagintch 149
Azoudi 64

Bachem, C. Justizrat 258, 261
Bachkalé 76
Baden 393
Baffra 187, 409f.
Bagdad 98, 123, 202, 222, 224, 270f., 277, 304
Bagdadbahn 103, 156, 222, 225, 279, 291, 304, 321
Baghdassar 149
Baghtché 66
Baghtchédjik s. Bakdschedschik
Bahag 330
Baiburt [*Bayburt*] 195
Bairak 190
Bajaret 181
Bakdschedschik 230, 232, 333
Bakou, Baku 329, 419, 434, 439ff., 448, 459, 466, 468f., 471–475
– Kamenistosstraße 472
– Schemachinskistraße 471
– Schwarze Stadt 471f.
– Stanislawskistraße 471
Bakuriani 454

- Balabanian, Nune 301
 Balachani 472
 Balkan 27, 49, 141, 177, 279, 293, 448
 Balkan people s. Balkanvölker
 Balkan Wars s. Balkankriege
 Balkanconfoederation 381
 Balkankriege 21, 27, 33, 49, 62f., 213, 267, 326,
 340, 342, 408, 412, 448, 450
 Balkans s. Balkan
 Balkanvölker 21, 33
 Balkler 85
 Bamatoff s. Haidar Bey Bamatoff
 Banderma 86
 Baralong, Kriegsschiff 350
 Bared 147
 Barissil 82
 Barran, Sir J. 141
 Barsam 77
 Bartolomäusnacht 202
 Basna 206
 Bassorah 98, 123, 222
 Bataillons de volontaires s. Freiwilligeneinheiten
 Batavia 51 s. a. Armenische Kolonie Java
 Batoum, Batum 42, 181, 394f., 399f., 418–421, 423,
 431–434, 437f., 440ff., 445f., 451, 456, 461ff.
 Batumer Friedensvertrag 443f., 446, 462, 465
 Bauman, General 135
 Bayburt s. Baiburt
 Bazmar 86
 Bcharé Tchato 81
 Béchar 148
 Bécharé 77
 Bederkhan s. Reszak Bey
 Bederkhan Bey 79, 82
 Bédouins, les s. Beduinen
 Bédros 77
 Bédrossian, Nadir 56
 Beduinen 184, 314
 Behérik 80
 Beirut 123, 134, 238, 249, 262, 289
 Beka'a 249
 Bekir Bey 42
 Belgien 158, 205
 Benediktiner 290
 Berchtold von und zu Ungarshitz, Leopold Graf,
 k. u. k. Minister des Äußern vom 17. 2. 1912 bis
 13. 1. 1915; 40f., 43ff., 49f., 54, 64, 67ff., 75,
 91, 93, 104f., 107, 116ff., 122, 126, 128, 131,
 133, 140f., 143, 145, 147, 151, 155, 157f.,
 161–165, 167, 171f.
 Bergfeld, Dr., dt. Konsul in Trapezunt 378
 Bergvölker 444, 460
 Berlin 22, 24, 28, 30, 35, 37, 120, 144, 146, 151,
 153, 168, 175ff., 180, 210, 258, 261, 271,
 277–280, 289, 338, 373, 381f., 391, 393f., 396,
 399, 403, 417, 421, 423, 427f., 430, 433, 436,
 445, 450, 452ff., 464, 466, 470, 474
 Berliner Kabinett 427
 – Kongress 48, 325
 – Vertrag 44ff., 48f., 51, 62, 87, 96f., 108, 146,
 325
 Bernstorff, Johann Heinrich Graf, dt. Botschafter
 in Konstantinopel von 1917–1918; 383, 414,
 418, 428, 435
 Besucherik 81f., 84, 106, 108
 Bethmann Hollweg, Theobald von, dt. Reichs-
 kanzler von 1909–1917; 281, 350
 Beylan 311
 Beyrouth s. Beirut
 Bichérik s. Besucherik
 Bidjéi-Atlichak 57
 Bihl, Wolfdieter 21, 25, 27, 32f., 38
 Biledjik, Biledschik [*Bilecik*] 59, 214, 290
 Bismil 82
 Bitcher 85
 Bitlis 58, 72, 76, 80ff., 84ff., 148ff., 184f., 188f.,
 208, 239, 257, 320, 329, 332
 Bitlis, Vilajet 21, 27, 33, 69, 72, 98, 105f., 108,
 123, 134, 136, 158, 160, 163, 188, 197, 202, 255,
 409
 Bitschofsky 44
 Black Sea s. Schwarzes Meer
 Blédjan 150
 Bogazlayan 333
 Boghos Nubar Pascha 51, 61, 63, 139, 210, 327
 Bohtiom 80
 Boli 123
 Bolschewiki 421
 Bolschewisten 434, 444f., 447
 Bompard, Louis Maurice, franz. Botschafter in
 Konstantinopel von 1909–1914; 163
 Borromäerinnen 305f.
 Borschom 441
 Bortschalu 438, 440
 Bosnien 206
 Bosphorus 169, 185, 221, 226, 408
 Boubo 82
 Boulanik 148
 Boyle, Sir Edward 61
 Breslau, Kreuzer 222
 Brester Besprechungen 401
 Brest-Litovsk, Brest-Litowsk 391, 393–396, 406,
 419, 421, 444f.
 Brest-Litowsker (Friedens)Vertrag 420, 424, 426,
 429, 432ff., 437–445, 447, 451ff., 458, 462
 British Commitee 61ff.
 Bronsart von Schellendorf, Fritz, Generalmajor
 176, 378
 Brousse s. Brussa
 Bruce, Lord 246

- Brussa [*Bursa*] 57, 181, 211, 214–217, 227f., 290, 300, 305, 308ff., 333
 Brussa, Vilayet 123, 207
 Bryce, J. Annan M. P. Viscount, später Lord 61f., 378, 408
 Bucarest s. Bukarest
 Budapest 288, 347f., 369
 Bukarest 163, 165, 330, 395, 414
 Bukowina 48 s. a. Armenische Cultusgemeinde
 Bulgaren 56, 72, 260, 345, 372, 382
 Bulgares, les s. Bulgaren
 Bulgarie s. Bulgarien
 Bulgarien 77, 165, 207, 223, 265, 267f., 273f., 329, 336, 340, 342, 382, 396, 398, 403, 406, 458, 467f.
 Bündnisvertrag, geheimer deutsch-türkischer 380f.
 Buren 371
 Burián von Rajecz, Stephan Freiherr (seit 1918 Graf), k. u. k. Minister des Äußern vom 13. I. 1915 bis 22. 12. 1916 und 16. 4. 1918–24. 10. 1918; 25, 31, 37, 174, 178, 182, 186ff., 191–195, 197, 199f., 205ff., 209, 227ff., 234, 236, 238, 240, 244, 248, 252, 255, 263, 269, 271, 273ff., 280, 283, 293f., 297ff., 301, 315, 324, 338f., 344, 346, 348f., 351, 363, 366f., 425, 428, 431, 435f., 448, 453, 456, 463, 465
 Bursa s. Brussa
 Bussche-Haddenhausen, Hilmar Frhr. von dem, dt. Unterstaatssekretär in Berlin 428, 431, 453
 Buxton, Noel M. P. 61f.

 Caban 58
 Cairo 246
 Caix, Robert de 61f.
 Canada 45
 Canitz s. Kanitz
 Canterbury, Erzbischof von 350
 Caparede, René 61
 Carlotti, Marquis 92
 Casatian 264
 Castamoni 123
 Caucase s. Kaukasus
 Caucasus s. Kaukasus
 Central Powers s. Zentralmächte
 Centralmächte s. Zentralmächte
 Cesarea s. Kaisarieh
 Césarée s. Kaisarieh
 Chabert, 2. Dragoman der ital. Botschaft in Konstantinopel 124
 Chabinkarahisar s. Şebinkarahisar
 Chah Husséin Bey 81
 Chakarian, Agop 86
 Chakir, Behaeddin s. Şakir
 Chaldäer 253f., 305, 312
 Chaldaische Kirche 291
 Chalil Pascha 474
 Chambre des Lords 329
 – Hongroise 347
 Charitas 306
 Charki-Kara-Hissar 333
 Charmetant, Felice, Pater 241
 Charo 82
 Cheich-ül-Islam s. Scheich ül Islam
 Cheigh 150
 Cheiho 82
 Cheik Ali 148
 Cheik Feyzoullah 79
 Cheik Mahmoud 79
 Cheik Moussa 150
 Cheik Seiffeddine 84
 Cheik Seyfédoulla 80
 Chine 412
 Chirvan 148
 Choughek 78
 Christ 46
 Chrysantos, Metropolit 408
 Chtak 332
 Chypre s. Cypem
 Cilicia, Cilicie, Cilicien [*Kilikien*] 21, 24, 27, 30, 36, 45, 48f., 51, 114, 180, 185, 210, 222, 330, 450
 Cobulety 433
 Coenaculum 363
 Colonie arménienne d'Angleterre 46
 Comitadjis, jungtürkische s. Komitadjis
 Comité anglo-arménien à Londres s. Armenisches Komitee in London
 – central Hintchakiste 330f.
 – Jeunes Turcs s. Jungtürkisches Komitee
 – Union & Progrès s. Komitee für Einheit und Fortschritt
 Comités arméniens s. Armenische Komitees
 – revolutionnaires arméniens s. Armenisches, revolutionäres Komitee
 Conference ambassadoriale s. Londoner Botschafter-Réunion
 – on the Question of Armenia 61ff.
 Congrès de Berlin s. Berliner Kongreß
 Conseil Civil 54
 – des Anciens, armenisch 368
 – Mixte 69f., 94f., 127
 Constantinople s. Konstantinopel
 Constantinopoli s. Konstantinopel
 Cospoli s. Konstantinopel
 Cotorcioun 384f.
 Crajova 393
 Cromer, Lord 246, 329
 Csernoch, Janos s. Czernoch
 Csicserics, Feldmarschalleutnant 393
 Csik 347

- Cumuldjina 55
 Cypem 66, 255, 277
 Czernin von Chudenitz, Ottokar Graf, k.u.k.
 Minister des Äußern vom 22. 12. 1916 bis
 16. 4. 1918; 370f., 373, 377–380, 382f., 386f.,
 390, 396, 410, 422
 Czernoch, Johann, Kardinal 346f., 349
- Dachnaktzoutioun s. Daschnaktzutium
 Dadik 84
 Dadian, Vahakn N. 20, 26, 32
 Daghestan 447, 460
Daily Chronicle 247
 Damas s. Damaskus
 Damaskus 123, 134, 176, 243, 268f., 314, 324,
 350f., 366
 Dandini de Sylva, Alois Graf, k.u.k. Konsul in
 Aleppo 193, 207, 228, 255, 293, 348
 Dänemark 158
 Dardanellen, Dardanelles 22, 28, 35, 123, 166,
 185, 188f., 213, 221ff., 225, 233, 241, 255,
 277f., 288, 408, 473
 Darendé 56
 Daschnaken, Partei 21, 27, 33f., 179, 256, 326f.,
 329
 Daschnaktzutium 21, 27, 33, 41, 60, 139, 448
 Dashnak Party s. Daschnaken
 David, Dr. 304, 306, 313
 Der-el-Zor 206, 310f.
 Der Stepanian, Haroutioun 245
 Derik 56
 Dersim 197
 Dertiol [*Dörtiyol*] 72, 193, 206
 Derviche 148
 Derviche Alié Raman 82
 Derviche Amiré Iskan 77
 Dette Publique Ottomane 149, 190, 235, 240
 Deurt-Yol s. Dertiol
 Deutsch-armenischer Verein 180, 210
 Deutsche 15, 17f., 30, 167, 177, 192, 201, 205,
 208, 220f., 223, 225f., 237, 246f., 254, 274f.,
 278, 291–294, 338f., 362, 374, 446f., 455,
 459ff., 469, 474
 Deutsches Komitee 61f., 67
 Deutsches Reich 261, 321, 381, 391ff., 398
 Deutsch-Georgische Mission 378
 Deutschland 15f., 18, 24, 36, 51f., 87, 93, 103,
 119f., 124, 133, 143, 154, 161, 167, 170f.,
 175–178, 180, 182, 190, 208–211, 216, 225f.,
 236, 239, 244ff., 254, 258, 261, 264, 267, 270ff.,
 274, 276–280, 290, 292, 302f., 306f., 317, 330,
 339, 343, 362f., 371, 373, 377, 380f., 383,
 391ff., 395–399, 401, 403f., 407, 421, 435,
 442f., 445, 455, 458, 460f., 464, 466ff.
 Deutsch-Russische Rechtskommission 392, 404f.
- Dévriche 80
 Diarbekir, Diarbékir [*Diyarbakir*] 55ff., 71f.,
 80ff., 84ff., 148f., 184, 203, 206, 227, 233, 239,
 291, 309f., 320, 333, 338
 Diarbekir, Vilajet 69, 98, 106, 108, 123, 134, 136,
 158, 160, 163, 202, 255, 268, 312
 Didan 80
 Dikran 83
Diminietza 330
 Diyarbakir s. Diarbekir
 Djabaghjour 65
 Djamalian, A. 431
 Djanik, Djanique 123, 134
 Djanoyan, Avédis 77
 Djavid Bey, Gouverneur 76
 Djavid Bey, türk. Finanzminister 168, 174, 176, 376f.
 Djémal 148
 Djemal Bey, Pascha, türk. Bautenminister 153,
 155, 167ff.
 Djemal Pascha, Gouverneur 314, 324
 Djémil 80, 85
 Djendoyan, Arsenius 301
 Djévad 78
 Djevdet Bey, Generalgouverneur von Van 197
 Djezirat 312
 Djghak 148
 Djihad 278, 329
 Djin-Osman 57
 Djivanian, Ephrosi 301
 Djizekli 79
 Djolan 314 s. a. Kunetra
 Djoulfa s. Djulfa
 Djoun 148
 Djulfa 44, 433, 436, 438
 Dobrudscha 381f., 467f.
 Dolci, Ange Marie, Msgr. Päpstlicher Delegat in
 Konstantinopel 241, 300, 385
 Dominikaner 290, 304
 Dörtiyol s. Dertiol
 Douma s. Duma
 Doynel de Saint-Quentin, René Comte 124, 126
 Dreibund 52, 132, 140, 142ff., 165f., 408
 Drochak 325f.
 Dschelal Nuri 448f.
 Dschesire 291
 Dshelal-Ogly 438
 Dshulfa s. Djulfa
 Duma 188, 329
 Düna 401
 Dünaburg 392
 Dunkel, Pater 254
- Edessa s. Urfa
 Edindjik 86
 Eghin, EGINE 149, 310, 384

- Eghoyan, Ado 80
 Egypten 139, 176f., 179, 277f., 331
 Eismeer 392, 400
 Elgan 83
 Eliasköi 409
 Elisabeth, mère d'Apissoghon 59
 Elisabeth, mère de Mardiros 59
 Elisabethpol 434, 439f., 459
 Elmas Bey 86
 Elo 78
 Emin Buad 240
 Emine 82
 Emino-Zino 86
 Emlak-i-Metruk, Sonderkommission 319
 Empire Allemand s. Deutsches Reich
 – Ottoman s. Reich, türkisches
 – Turkish s. Reich, türkisches
 Endjerli 72
 Endjian, Msgr. 364
 England 39, 46, 51f., 74, 93, 103, 106, 119f., 122, 124, 132, 161, 166, 168, 172, 176, 179ff., 192, 254, 278, 323, 325ff., 330f., 381, 383, 449, 455, 457f., 466
 Engländer 56, 171, 220, 223, 225, 239, 246f., 277, 302, 350, 371, 374f., 389, 424, 426, 438, 461
 Engousnak 78
 Entente 22, 28, 34, 132, 161, 165, 174, 192, 202, 207, 244, 247, 271f., 277, 280, 327f., 330f., 335, 339, 348, 369ff., 383, 392, 455, 458, 464f., 473
 Ententisten 157
 Enver Pascha, türk. Kriegsminister von 1914 bis 1918; 23, 30, 36, 165, 167–170, 173, 176, 178, 193, 197, 209, 220ff., 225, 278, 300, 307, 324, 331, 343, 372, 388, 429, 432, 439, 462f., 469
 Ephrem Rahmani, Patriarch 291
 Erdehan [Ardahan] 394, 399f.
 Erdighian [Ardahan] 394
 Eregli 270
 Erivan, Eriwan 433f., 438, 440f., 446, 459, 462–466, 469f.
 Ermacora, Felix 20, 26f., 32f.
 Ermenikend 472
 Eroun 148
 Erouni 84
 Erzberger, Matthias, dt. Reichstagsabgeordneter 258, 261, 281, 292, 303, 307
 Erzéroum, Erzerum [*Erzurum*] 21, 27, 33, 44, 50, 71, 94, 150, 156f., 172f., 181, 184f., 187, 190f., 195ff., 210, 213, 229, 233, 235, 239f., 243, 254, 256, 294, 299ff., 309f., 320, 378, 384, 386f., 409, 416
 Erzerum, Vilajet 21, 27, 33, 98, 106, 108, 123, 134, 136, 158, 160, 163, 202f., 236, 283
 Erzherzog-Oberkommandierender 172
 Erzindjan, Erzinghian [*Erzincan*] 70f., 85, 94, 181, 194, 197, 310, 320, 387f., 416, 432
 Erzurum s. Erzerum
 Esase 59
 Eskischehir, Esqui-Chéhir 55, 290, 292, 304, 310
 Essani 83
 Estland 392, 400f.
 Estländer 401
 Etats-Unis s. Vereinigte Staaten von Amerika
 Etschmiadsin 352f., 408, 438, 440
 Euphrat 294, 312
 Europa, Europe 49, 62, 70, 74, 130, 146, 177, 200, 222, 243, 254, 276, 325, 330, 344, 369, 412, 420, 450, 456
 Fahreddin Bey 161
 Fahri Pascha 255
 Farghine 149
 Fatma-Derviche 78
 Favre, Leopold 61f.
 Fazza 320
 Feigl, Erich 20, 24, 26, 30, 32, 36
 Férik 83
 Feyzi Bey Pirindji Zadé 81
 Finnland 157, 392, 395, 400f.
 Finnländer 371
 Fitzmaurice, G. H., 1. Dragoman der engl. Botschaft in Konstantinopel 124, 185
 Flotow, Ludwig Freiherr von, k. u. k. Botschafter in Berlin 144f.
 Foreign Office 103, 331
 Français, les s. Franzosen
 France s. Frankreich
 Franckenstein, Georg Frhr. von und zu 453f., 470
 François-Joseph, Empereur s. Franz Joseph I.
 Frankfurt 246
Frankfurter Zeitung 246, 430, 456
 Frankreich 25, 31, 38, 51f., 99, 102, 104, 106f., 124, 132f., 154, 161, 172, 179, 192, 254, 289, 326ff., 330, 381
 Franz I., Kaiser von Österreich 286
 Franz Joseph I., Kaiser von Österreich-Ungarn von 1848–1916; 44, 46, 49, 172, 241
 Franziskaner 290, 304
 Franzosen 56, 171, 239, 289, 350, 371, 374, 424, 426
 Französisches Komitee 61f., 67
 Freiwilligeneinheiten, armenische 25, 32, 38
 French Committee s. Französisches Komitee
 Friedensvertrag 391, 394–399, 401ff., 405
 Fürstenberg, Baron von 306
 Galata 305
 Galizien, Königreich 48, 408
 Gallipoli 302
 Gany Bey 275, 281ff., 315, 317ff., 336

- Garabétian, Guiragos 59
 Gargar 76
 Garroni, Camillo Marchese, ital. Botschafter in Konstantinopel 189, 226
 Gavache 150
 Genf 140
 Georgien 418, 433, 435, 440, 443, 445, 447, 451, 455, 459–462, 465–468, 471
 Georgier 198, 412, 418, 423, 433, 437, 444–448, 458 ff., 472
 Georgischer Staat 188
 German Committee s. Deutsches Komitee
 Germanos, Metropolit 409 f.
 Germany s. Deutschland
 Gezireh 249
 Ghatchiquian, Baghdassar 54
 Gharzan 72, 81, 85, 148 f.
 Giers, Michael Nikolajewitsch von, russ. Botschafter in Konstantinopel von 1912–1914; 100 f., 106, 119 ff., 124 ff., 132, 145 ff., 154 f., 164
 Giresun s. Kerasunt
 Godi 76
 Goeben, Panzerkreuzer 222
 Goktschar, See von 440
 Gol 85
 Goltz, Colmar Freiherr von der (Goltz Pascha), Generalfeldmarschall 225, 293
 Gorganoff, General 446
 Govrik, von, Erzbischof 46 f., 239
 Gran, von, Kardinal-Fürstprimas 288, 347
 Grande-Bretagne s. Großbritannien
 Grandes Puissances s. Großmächte
 Grand-Vézir s. Großvezier
 Great Powers s. Großmächte
 Grèce s. Griechenland
 Grecs, les s. Griechen
 Grey, Sir Edward 74, 103, 119 f., 141 f., 327, 331
 Griechen 39 f., 56, 167, 172, 189, 201, 214, 244, 251, 260, 263, 271, 274, 284, 293, 343, 352, 374, 377, 379, 408 ff., 413, 437
 Griechenland 165, 207, 244, 270, 340, 379
 Gröber, Abgeordneter 258
 Großarmenien 412, 449
 Großbritannien 99, 107, 383
 Großmächte 21, 25, 27, 31, 33, 38, 63, 75, 92, 97, 99 f., 106, 108, 114, 118, 122, 124, 133, 136, 138–142, 145, 152 f., 155, 159, 164, 265, 327 f., 330 f., 335, 388, 435, 459
 Großrußland 418, 424, 426
 Großvezier 41, 54, 67 ff., 75, 90, 93, 104, 115, 119, 121 f., 134, 146, 151, 153 ff., 158, 164 f., 167–170, 182, 192, 197, 199 f., 202, 208 f., 228, 269, 296, 324, 362, 371 f., 384, 409, 418, 420 f., 424 ff., 429, 464, 468, 470 f.
 Guelhok 80
 Guendj 65
 Guendjo 77
 Guerre balcanique s. Balkankriege
 – Mondiale I s. Weltkrieg I.
 – russo-turque 98
 Guiragos 77
 Guiragssian, Bédros 77
 Gurin, Gurine 78, 311
 Guvache 332
 Gyergyos St. Miklos 347
 Haag, Den 362, 419 f., 422
 Habsburger 48 f.
 Hachda 80
 Hadji Hamdi Bey 386
 Hadji Mouhamed 81
 Hadji Yaghoub 72
 Hadjian (Hadji), Matthäus D., Pater 230, 301
 Hadji-Chéfatli 59
 Hadjidjan 80
 Hadjine 65 f., 206
 Hadji-Tchagh 149
 Hadschin s. Hadjine
 Hagopyan, Garabet 86
 Haïdar 77
 Haidar Bey Bamatoff 447
 Haidar Pascha 222, 292
 Hakki 65
 Hakki (Hakky) Pascha, Ibrahim, türk. Botschafter in Berlin, türk. Vertreter in Brest-Litowsk 271, 381, 406 f., 427 f.
 Haleb s. Aleppo
 Halil Bey, Kommandant in Erzerum 197
 Halil Bey, Präsident des türk. Staatsrates, später Minister des Äußern 155, 168 f., 209, 270 ff., 279, 283 f., 296, 324, 363, 365, 372, 387, 438, 440, 445
 Haliloff, General 447
 Hama 351
 Hamam-Keuy 65
 Hambarian, Epimé 301
 Hamidieh, Kreuzer 172
 Hamidiens, régiments 112, 137, 160
 Hamsi-Kiöi 235
 Handelsvertrag von 1904, deutsch-russisch 392
 – von 1906, österr.-ungar.-russ. 405
 Haragonis 76
 Harbt 79
 Hardarinian, K. 65
 Harnodji 83
 Haro 78
 Haroutioun 56
 Haroutiounian, Krikor 82
 Hassan Agha 65
 Hassan Bekli 206

- Hassan Bey 181
 Hassané Osman 81
 Hasso 148
 Hassoyé Ibrahim 81
 Hatchadourian, David 82
 Hatcho 149
 Hauran 238, 249, 366
 Hedjas 381
 Héghine 77f.
 Heilige Sophie 189
 – Stätten 305
 Heiliger Krieg s. Dihad
 – Stuhl 259, 288f., 292, 347, 349, 385f.
 – Vater s. Papst
 Heiliges Land 282
 Hekkiari 108
 Hekkvan 106
 Helfferich, Karl, Finanzpolitiker 224
 Hemayak, Erzbischof 127
 Heraclée, Herakle 222, 333
 Herant Bey Abro 21, 27, 33
 Hermen 77
Hilal 219, 339, 390, 411, 416
 Hilfsbund für christliches Liebeswerk in Armenien, Deutscher 305
 Hilmi Pascha 21, 27, 33, 241, 424, 426
 Hintchak s. Hintschak
Hintchak 330
 Hintchak Réformé 329
 Hintschak 179, 325f., 330f.
 Hintschakisten 179, 256, 329
 Hintzorik 82
 Hirid 149
 Hisso 82
 Hizan 60, 79
 Hlé oghlou Hassan 83
 Hochar, Cyril 301
 Hodortscher 230, 301 s. a. Kodortschur
 Hofer, Norbert, Pater 256, 290
 Hoff, Generalinspektor für Armenien 163
 Hoffman, Adolf, Pastor 61, 63
 Hohe Pforte 25, 31, 37, 48, 51, 61, 68, 90, 93, 97ff., 103, 115f., 118, 120, 122, 124f., 128, 130–136, 143f., 146, 152f., 155, 158f., 162ff., 170, 192, 195, 207, 209, 213, 215f., 224, 226, 252, 298, 301f., 323f., 332, 341, 344, 350, 365, 381ff., 389, 412f., 416, 418, 422, 424ff., 434, 436, 454, 465, 467
 Hohenlohe-Langenburg, Ernst Wilhelm Friedrich Fürst zu, dt. Botschafter in Konstantinopel 24, 31, 37, 208f., 216, 224, 234, 237, 302
 Hohenlohe-Schillingsfürst, Gottfried Prinz zu, k. u. k. Botschafter in Berlin 382, 391, 417, 422, 427, 431, 436, 453, 470
 Holland 158, 163
 Honan, Chérubin 301
 Honanian, Thérèse 301
 Horner, R. 246
 Hosref (Hosrow) 66, 71
 Hosrof Efendi Aghayan 83, 86
 Houïte 83
 House of Commons 61
 Hovakim 83
 Hovannisian, Richard G. 21, 28, 34
 Hovhannessian, KH. 65
 Hovsepian, Charo 86
 Hrohdentz 60, 76 s. a. Khrokhdentz
Humanité 330
 Husni 64f.
 Husni Efendi 58
 Hussein Djahid Bey 377
 Hussein Hilmi Pascha s. Hilmi Pascha
 Hussejn Pascha 42 s. a. Kurden
 Ibrahim Bey, Präsident des Komitees für Einheit und Fortschritt in Brussa 217
 Ibrahim 78
 Igdir 438
Indépendance Roumaine 328
 Indien 441f.
 Indjian, Erzbischof 272
 Inéboli 140
 Institut der Agramer Barmherzigen Schwestern s. Agramer Barmherzige Schwestern
 International Financial Commission 63
 Internationale Kontrollkommission 67
 Internationales Institut für wissenschaftliche Forschung 258
 Intschiaksisten s. Hintschakisten
 Invalides, Dômes des 331
 Irländer 371
 Iskenderun s. Alexandrette
 Islam 24, 140, 171, 201, 205, 241, 276, 278, 288, 290, 300, 308, 310, 315f., 321, 324, 337, 341, 350f., 366, 475
 Ismaïl 64f.
 Ismaïl Djambolat Bey, Chef der öffentlichen Sicherheit 174, 270, 296f.
 Ismaïl Hakki Bey, ex-député de Cumuldjina 55
 Ismaïl Hakki Pascha, Generalintendant 296
 Ismaïl Muschtak Bey 411
 Ismid, Ismid [*Izmî*] 58, 123, 207, 210, 230–234, 236, 239f., 256, 290, 304, 309, 333, 340
 Ismirlian, Catherine 301
 Ispahan, Kohledampfer 222
 Israelian, Msgr., Evêque de Kharpout 311
 Israeliten 212
 Istanbul s. Konstantinopel
 Italie, Italien 39, 51f., 116, 124, 133, 171, 220, 222f., 226, 381

- Italiener 222 f., 289
Itidal 71
 Itihad ve Terraki regime 22, 28, 34
 s. a. Komitee für Einheit und Fortschritt
 Itihadist Triumvirat 22, 28, 34
 Izmiel 233
 Izmir s. Smyrna
 Izmirlian, Patriarch 185
 Izmit s. Ismid
 Izzet Bey, Gouverneur-Général 77
 Izzet Pascha, Großvezier 1918; 409
- Jacobiter 312
 Jagow, Gottlieb von 52, 87, 89, 142, 144
Jamanak 415
 Jäschke, Gotthard 21, 27, 33
 Jelisawetpol s. Aresch
 Jeniköj, am Bosphorus gelegener Vorort von Konstantinopel, Sommerdomizil der k. u. k. österr.-ungar. Botschaft 90, 93, 100 f., 104 ff., 115, 119, 124, 127 ff., 131, 143, 145, 151 ff., 164 ff., 170, 208, 227 f., 234, 237, 354, 379 f., 455, 464
 Jerusalem 123, 134, 254, 353, 363
 Jesuiten 290
Jeune Turquie 339
 Jeunes Turcs s. Jungtürken
 Joffe, Adolf Abramowitsch, russ. Botschafter 406 f.
 Jordan, Fluß 268
 Juden 234, 247, 270, 472
 Jungtürken 21, 27, 34, 39 ff., 116, 179, 181, 220, 236, 243, 288, 342 f.
 Jungtürkische Bewegung 342
 – Führer 376
 – Generation 375
 – Idealisten 342 f.
 – Komitadjis 65, 263 f.
 – Kreise 192, 216, 375
 – Oligarchie 344
 – Partei 374
 s. a. Zentralkomitee der jungtürk. Partei
 – Staatsidee 344
 Jungtürkischer Congress 409
 – Staat 343
 Jungtürkisches Komitee 21, 27, 33, 179, 198, 204, 210, 212, 259, 266 f.
 s. a. Komitee für Einheit und Fortschritt
 – Regime 161, 341
 Jusuf Eli Provinz 230
- Kabadja Oghli 59
 Kachak 84
 Kadi Jemen 206
 Kadrak 191
 Kaidköi 409
- Kaisarieh [*Kayseri*] 191, 202, 233, 239, 268, 308 ff., 332
 Kaiser, deutscher s. Wilhelm II.
 Kaiser, österreichische 276, 285
 s. a. Franz I. und Franz Joseph I.
 Kalamat oghlou Ali, Dérébey 83
 Kaledine 390
 Kamach 197
 Kanikugh 84
 Kanitz, Gerhard Graf von 224
 Kapuziner 190, 290
 Karabach, Karabagh 463, 475
 Karabetian, Markos 150
 Karachan, Lew Michailowitsch, russ. Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten 421 ff.
 Karagatsch 260
 Karageosian, Melik 431
 Kara-Hissar 378 s. a. Akropolis
 Karakilis, Karaklisse 438, 441, 446
 Karassi 123
 Karatasch 364
 Karl I., Kaiser von Österreich-Ungarn von 1916 bis 1918; 429 f., 463
 Karmeliter 290, 304
 Kars 394, 399 f., 418–421, 429, 431–434, 440, 442 f., 445 f., 451, 456, 460
 Kars-Bazar 83
 Kasach 440
 Kasbar 80
 Kasesian, Akabi 301
 Kaspisches Meer 441
 Kassarghan, tribu 86
 Katisoff s. Khatissoff
 Kaukasien 39 f., 436, 461
 Kaukasier 434, 442, 444 f., 455
 Kaukasische Konföderation 434, 443, 461
 – Republik 445, 458
 Kaukasischer Staatenbund 188
 Kaukasus 22, 28, 34 f., 118, 156, 168, 170–177, 201 f., 299, 330, 352, 368, 381, 387–390, 407, 411 f., 414, 416, 418–422, 425, 427, 431, 434 f., 437, 441–449, 451, 453, 455–458, 460 f., 464 bis 469
Kawkaskoe Slowo 471, 475
 Kayseri s. Kaisarieh
 Kayssery s. Kaisarieh
 Kazaryan, Haro 65
 Kazbar, d'Osdine 150
 Kazbar, marchand 149
 Kéghi 72, 81, 83, 94, 150
 Keketschkory, Eugen, Ministerpräsident der Südkaukasischen Republik 445
 Kelekian, Diran 127–131, 179, 185
 Kéork 78
 Képo 82

- Kerak 366
 Kerasunt [*Giresun*] 171, 235f., 320, 409
 Kérim-Hassan 57
 Kérim-Oghli 58
 Kéropé 85
 Kessab 311
 Kétchar 150
 Ketschdjian, Leon, Erzbischof 311
 Keuruk Khalil Oghlou Husséine 55
 Kevork V. s. Utudjian, Kevork
 Khalid 77
 Khalid Bey 64f.
 Khalif 278, 341
 Khanik 77
 Kharpout, Kharput 85, 95, 206, 233, 239, 309f.
 s. a. Mamouret-ul-Aziz
 Kharput, Vilajet 98, 106, 108, 134, 136, 158, 160,
 163
 Khatchoyan, Guiragos 78
 Khatissoff (Khatissian), Alexander, armen. Mini-
 ster des Außern, 443–447
 Khatschadourian, Bischof 311
 Kherkherian, Klara 301
 Khosrof Efendi 81
 Khoulp 65
 Khouyte 64
 Khrokhdentz [vermutl. Hrohdentz] 60, 76
 Kiabolau 79
 Kiamil 64
 Kiamil Pascha 39
 Kiani Bey 174
 Kiavour-Déré 78
 Kiazim 55
 Kiew 431
 Kikit 388
 Kilikien s. Cilicia
 Kilis, Killis 148, 206, 356
 Kindj 58
 King Stephen, Kriegsschiff 350
 Kirbo 148
 Kirghali 82
 Kirkkilisse 208
 Kizan 332
 Kizil-Kodja 58
 Kizil-Yar 59
 Kleinarmenien, ehem. Königreich 353
 Kleinasien 15, 17f., 21f., 27, 29, 35, 49, 53, 70, 87,
 105, 139f., 181f., 191, 202, 223, 227f., 238,
 243, 246, 248, 254, 260, 263, 270, 282, 290, 294,
 307, 316, 319, 337f., 340
 Kodjan 80
 Kodortschur [vermutl. Hodortscher] 230, 301
 Koerner, Paul Ernst von 403
 Kokisson 148
 Köln 258, 305
 Komitadjis, jungtürkische s. Jungtürkische Ko-
 mitadjis
 Komitadschis, armenische 42, 231, 412, 417, 449
 Komitee für Einheit und Fortschritt 168, 174, 197,
 215, 217, 220, 224, 228, 234, 242, 263f., 271,
 274f., 278, 282f., 293, 296, 324, 345, 370, 374,
 383, 389
 Komk 77
 Konferenz der armen. Komitees in London 67
 Konia, Konja [*Konya*] 123, 179, 182, 190, 211,
 214f., 233, 239, 297, 304, 306, 308, 310, 320
 Königswusterhausen 421f.
 Konstantinopel [*Istanbul*] 21f., 24, 27–31, 33,
 35ff., 40f., 43f., 50–53, 63, 67f., 75, 88, 91, 95,
 102f., 107, 114, 133, 136, 139–142, 144, 154,
 156ff., 162f., 167ff., 173ff., 177ff., 181f.,
 184–191, 193f., 196f., 199–207, 210–213,
 215f., 218ff., 222, 225, 227–230, 232f., 235f.,
 239f., 242f., 245ff., 249, 252f., 255ff., 260,
 262, 269, 271, 273, 275, 277, 281ff., 287ff.,
 291–294, 296f., 299–302, 304f., 307–310, 313,
 315, 319, 323, 325, 327, 329, 333, 336–341, 345,
 347ff., 351ff., 356, 362f., 365, 367ff., 371–376,
 378, 381f., 384–388, 390, 394, 410, 414, 416f.,
 423, 425, 427–430, 432, 436, 444, 447f., 453,
 456, 466, 469, 473
 Kopé 78
 Kopenhagen 338
 Korkoyan, Boghos 82
 Korvou 86
 Kosaken 43, 444, 460
 Kuban-Kosaken 460
 Terek-Kosaken 460
 Koss, Jakob 301
 Kostambol 410
 Kotschurian, Bischof 310
 Koukhp [vermutl. Khoulp] 65
 Koulak-Kaja 235
 Kozan 66
 Kozi 77
 Kress von Kressenstein, Friedrich Freiherr, Gene-
 ralmajor 453, 470
 Krieg, italienisch-türkisch 342
 Kriege, Johannes 404
 Krikorian, Der 77
 Krikorian, Manouk 65
 Kubanfluß 460
 Kühlmann, Richard von, dt. Botschafter in Kon-
 stantinopel, 1916–1917; 362f., 365, 380–383,
 393f., 414, 418, 428, 435f., 448
 Kuma, Fluß 447
 Kunetra 314
 Kurden 40–44, 48, 53, 55, 58, 60, 62, 64, 76f.,
 79–84, 86, 118, 148ff., 173, 182, 184, 188, 197,
 202, 216, 253, 384, 419, 437, 459

- Kurdistan 42, 202, 312, 457f.
 Kurds s. Kurden
 Kurland 392
 Kutais 440, 456, 459
 Kwiatkowski, Ernst von, k. u. k. General-Konsul
 in Trapezunt 24f., 30f., 36f., 167, 171f.,
 186ff., 190, 194f., 205f., 230, 236, 240, 252,
 294, 299, 378, 387, 410

 La Haye s. Haag, Den
 Lakadsch 222
 Lakéyan, Mighré 79
 Lanis oghlou Mouhamed 149
 Larisch-Moennich, Friedrich Graf von, k. u. k.
 Geschäftsträger in Berlin 426, 428
 Lazar, Alfred, Konsularkanzleirat der k. u. k. Bot-
 schaft in Konstantinopel 193
 Lazaristen 290
 Ledjah 314
 Leninkan s. Alexandropol
 Leningrad s. Sankt Petersburg
 Lepsius, Johannes 20, 23, 26, 30, 32, 36, 61f.,
 131f., 143, 145, 210
 Libanon 101, 106, 108, 151, 253f., 303f.
 s. a. Lybanonstatut
 Liebl, Pater 304
 Liman von Sanders, Otto, preuß. General und
 türk. Marschall, Chef der dt. Militärmission in
 der Türkei seit 1913; 175f., 225, 302, 364ff., 368
 Livland 392, 400f.
 Livländer 401
 Liwenhof 401
 Loi des réformes de 1895; 97
 s. a. Projet des réformes de 1895
 London 46f., 61, 67, 74, 102f., 120, 132, 141, 327
 Londoner Balkan-Komitee 67
 – Botschafter-Réunion 45ff., 87
 Londres s. London
 Lossow, Otto von, Generalmajor, dt. Militärbe-
 vollmächtigter in Konstantinopel 302, 432, 436,
 445f.
 Loussik s. Lussik
 Lubanscher See 401
 Lussik, fille de Harountioun 56, 82
 Lybanonstatut 117

 Macédoine s. Mazedonien
 Magna Charta 352
 Mahmé, brigand kurde 80
 Mahmé, commandant 57
 Mahmoud 148
 Mahmud Emin s. Mehmed Emine
 Mahmud Kiamil Pascha 299
 Mahmud Schefket (Schevket) Pascha, Großvezier
 39, 53, 68, 75, 90, 103f.

 Maï-Guézir 66
 Makedonien s. Mazedonien
 Malatia [*Malatya*] 108, 309ff., 384
 Malatra 106
 Malésian, Vahan 139
 Malké, Michel Msgr. 249
 Maloyan, Ignaz, Erzbischof 311
 Malteser-Ritter-Orden 307
 Mamouretul-Aziz, Mamouret-ul-Aziz 123, 134,
 202 s. a. Kharput
 Manchester 46, 67
 Manchester Armenian Committee 61, 67
Manchester Guardian 408
 Mandan 76
 Mandelstam, André N., 1. Dragoman der russ.
 Botschaft in Konstantinopel 100, 106f., 120f.,
 124ff., 128f., 131f., 146
 Manouk 58
 Manoukian, Garabed 45
 Manouschek, Haubitz-Batterie 469
 Manoyan, Déro 78
 Marache s. Marasch
 Maran 84
 Marasch [*Maras*] 79, 86, 206, 268, 290, 304ff.,
 308f., 311, 320, 333, 355, 374
 Mardin 238, 257, 291, 309–312
 Mardiros 59, 76
 Mardrossian, Dano 77
 Maria Theresia, Kaiserin 285
 Marian, femme de Kazbar Alexanian 57
 Marie 150
 Maritza 467f.
 Marmarameer 222, 306
 Maroniten 253, 291
 Marsivan 311
 Masmuretulasis s. Mamouret-ul-Aziz
 Maximalisten 439
 Mazedonien 39, 49, 54, 63, 90, 98, 102, 240, 327, 345
 Mechitaristen(orden) 47, 195, 204, 229, 239f.,
 245f., 285ff., 294, 297–301, 310
 s. a. Antonio Abbate, Orden
 Méchitaristes s. Mechitaristen
 Mecque, La s. Mekka
 Médine 184
 Mehmed Ali 336
 Mehmed Bey 72
 Mehmed Emine 54, 57, 148
 Mekka 171, 184
 Melchisedichian, J., Bischof 310
 Melchiten 291
 Melkon 148
 Melkou 149
 Mensdorff-Pouilly-Dietrichstein, Albert Graf von,
 k. u. k. Botschafter in London bis 1914; 46, 67,
 75, 87f., 141

- Menzildjian 266, 281 ff., 318
 Mer Noire s. Schwarzes Meer
 Mérey von Kapos-Mére, Kajetan, k. u. k. Botschafter in Rom, Bevollmächtigter in Brest-Litowsk 52 f., 87, 89, 116, 142, 394, 396, 405
 Merle, Adalbert, k. u. k. Generalkonsul in Smyrna 41
 Mersifun 235, 333, 368 f.
 Mersina, Mersine 66, 71, 277, 356
 Merzifon s. Mersifun
 Mesopotamia, Mesopotamie, Mesopotamien 23, 29 f., 36, 176, 202, 205, 214, 249, 263, 268, 277, 291, 293, 312, 324, 381, 383, 409, 434, 450
 Mesrop, Bischof 453 f.
 Messias 220, 223
 Metternich s. Wolff-Metternich
 Mezre 311
 Michaelis, Georg, dt. Reichskanzler vom 14. 7. bis 31. 10. 1917; 383
 Midhat Schükri Bey 414
 Midiate 82
 Mighikiam, Elo 54
 Mighirditch 55
 Mighirtitchian, S. 65
 Mir Mehe, Kurdenchef 42
 Missak, d'Osdine 150
 Missionsausschuß 261
 Missionsgesellschaften 290
 Missionskonferenz 280
 Mitchakugh 58
 Mittag von Lenkheym, Rudolf Freiherr, k. u. k. Geschäftsträger in Konstantinopel 163 f.
 Mittelmächte 15, 17, 20, 26, 33, 348, 380, 462
 s. a. Zentralmächte
 Mittelmeer 156, 449
 Mo 77
 Moab 268
 Modgan, Modghan 79, 81, 84, 149
 Mohamed V., Sultan von 1909–1918; 429 f.
 Mokouk 54
 Molakind 78
 Molnár, Johann 349
 Monarchie, k. u. k. 211, 260, 287, 293, 297 f.
 Mont Liban 109
 Morgenthau, Henry, amerik. Botschafter in Konstantinopel 182 f., 192, 200, 203, 208, 248, 250
 Móricz von Técső, Peter, k. u. k. Generalkonsul in Trapezunt 40, 43 f., 50, 157 f.
 Mosditchian, H. N. 61
 Mossul [*Mosul*] 82, 123, 196, 199, 201 f., 208, 259, 270, 291, 304, 386, 436
 Mossul, Vilayet 204
 Mouche s. Musch
 Moughdad 147
 Mouhamed Chérif 79
 Mouhammed 83
 Mouradian, Charo 149
 Moushine Bey 58 f.
 Moussa 78
 Moussoul s. Mossul
 Movsès 82
 Movsessian, Sarkis 148
 Münster 282, 287
 Musch [*Musch*] 54, 64 f., 77 ff., 81, 83, 148, 197, 239, 309 ff., 332, 378
 Musik 233
 Naby Bey 473
 Nachitschewan 440, 462
 Naci, Ömer 21, 27, 33
 Nadamlenzki, Artur Ritter von, k. u. k. Konsul in Adrianopel 24, 30, 36, 251, 260, 264 f., 268, 273, 275, 282 f., 316 f., 337, 339, 345, 372 f.
 Nadji s. Naci
 Nahabet 59
 Naher Osten 15, 17 f.
 Naim-Andonian Documents 20, 26, 32
 Nalbantian, Stefan 272
 Nalter 86
 Narodni Pravo 223
 Narver 149
 Narwa, Fluß 401
 Nasarbekow, General 438
 Nasariantz 431 f.
 Nasli-Han 57
 National Armenian Delegation s. Nationale armenische Delegation
 Nationale armenische Delegation 61, 67
 Nationalrat, armenisch 431 f.
 Nationalregierung, armenische 202
 Nationalversammlung, armenische 127, 352
 National-Versammlung, armenisch-orthodox 64, 68
 Nazarbek 45
 Nazim Bey 439
 Nazlou, mère d'Esase 59
 Near East s. Naher Osten
 Nedjd 159
 Nedwed, Karl, k. u. k. Vizekonsul in Beirut 263
 Nektar, femme d'Aghabey 59
 Neratow, Anatol Anatoljewitsch N. 88 f.
 Nersès 78
 Nersessian, Natalie 301
 Nessimi Bey s. Ahmed Nessimi Bey
 Neurath, Konstantin Freiherr von 277
 New Georgievsk 224
 New York 45
 Nicolas, Grand Duc, Commandant en Chef des Armées Russes 325
 Nomad tribes s. Nomades
 Nomades 62, 138

- Noradounghian (Noradounghian) Gabriel Efendi, türk. Minister des Äußern 21, 27, 33, 233
 Norbaronian, Georges 245
 Norbert, Capuziner Superior in Erzerum 254
 Norchène 149
 Nor-Kugh 77
 Norwegen 158, 163
 Noubar Pascha s. Boghos Nubar Pascha
 Nouréyan, Aré 84
 Nouri Bey 86
 Nouri (Nuri) Bey, Pascha 448, 474
 Noury Bey 293
 Noworossisk 447
 Nuchi 475
- Oberste Heeresleitung, deutsche 382, 435f., 469
 Occident 218
 O'Connor, T. P., M. P. 61f.
 Odessa 175, 387
 Odrin 372
 Oghnoud 58
 Ohandjanian, Artem 16f., 19f., 26, 32
 Ohandjanian (Ohandschanian), Hamazasp 452, 475
 Ohanessian, Ohannes 272
 Ohannès de Persed 85
 Ohannès, prêtre 79
 Ohanessian, Mighirtitch 80
 Olty 438
 Omaran 80
 Orangebuch 188
 Ordou, Ordu 157, 171, 235, 410
 Orfa s. Urfa
 Orient 46f., 49, 116, 218, 270, 276, 278ff., 289f., 292, 303, 307, 452f., 468
 Orient, l'Œuvre de l' 241
 Orientbank, Deutsche 318, 324
 Ormaniom, Patriarch 46
 Orsova 393
 Osdine 150
 Oskan Efendi, türk. Postminister 21, 27, 33, 233
 Oskanian, Antoine 245
 Osman 77
 Osmanie, Osmanié 72, 78, 206
 Osmanischer Lloyd 224, 413
 Osmayan, Osso 78
 Ossetenland 460
 Österreich 49, 254, 276, 285, 292, 303, 320, 458f., 461
 Österreicher 15, 286, 374
 Österreichischer Lloyd 369
 Österreich-Ungarn 15–18, 31, 37, 46, 51f., 87, 124, 133, 139f., 167, 178, 182, 189, 209, 265ff., 272, 276, 288, 290, 317, 321, 343, 371, 385, 392, 396, 398f., 403–406, 452, 462, 466ff.
- Ostjordanland 314
 Ostsee 392, 400f.
 Ostsee-Provinzen 383
 Ottoman Bank 190, 235, 240
 Ottoman Empire s. Reich, türkisches
 Ottomanische Heeresleitung 388
 Ourfa s. Urfa
 Ouzoun-Keuprü 259, 266, 274
 Ovsanna, femme de Nahabet 59
 Ozime 76
- Palestina 277, 291, 324, 434
 Pallavicini, Johann Markgraf von, k.u.k. Botschafter in Konstantinopel vom 5. 10. 1906 bis 11. 11. 1918; 24f., 31, 37f., 54, 64, 68f., 75, 87ff., 91, 93, 100, 104f., 107, 115, 122, 126, 128, 131, 133, 143f., 147, 151, 153, 155, 158, 162f., 165–168, 171, 174, 178, 182ff., 186, 192, 194f., 197, 199f., 209, 224, 227, 229, 234, 238, 251f., 259f., 262–265, 271, 274ff., 280–283, 287, 294, 297f., 301, 316f., 324, 337ff., 344f., 354, 363, 365f., 368, 370, 377, 380f., 383–387, 390, 414, 417f., 420, 422–427, 429, 435, 473
 Pancaldi 301
 Panderma 320
 Panfilli, Guido, k.u.k. Legationsrat in Konstantinopel 124ff., 129ff.
 Papaghan 71
 Papst 252, 258f., 289, 347
 Paris 63, 91, 132, 327, 329f.
 Pariser Komitee der Hintschak 179
 Parsehian, Charoukin 57
 Pastirmadschain, Deputierter 201
 Patriarchat, armenisch 64, 70, 130, 136–139, 164, 173, 187, 352f.
 –, armenisch-katholisch 104f.
 –, armenisch-orthodox 53, 63, 75
 Payélian, Krikor 85
 Pera, Stadtteil von Konstantinopel 153, 167f., 174, 183, 189, 250, 259, 262, 271, 276, 281, 301, 303, 372, 384, 387, 414, 420, 424, 429, 434, 443, 470, 473
 Perchab-Osman 57
 Pergariv 76
 Perim 222
 Persed 85
 Persien 40, 42, 181, 224, 332, 394, 401, 407, 411f., 441f., 449, 466, 469
 Persischer Golf 222, 458
 Peschkoff, General 408
 Petersburg s. Sankt Petersburg
 Petites Sœurs 241
 Pfeilschifter, Prof. 258
 Pforte s. Hohe Pforte
 Pietschmann 202

- Piffel, Friedrich Gustav, Kardinal Fürsterzbischof von Wien 254, 282, 288, 292, 320, 322
- Pilo 86
- Pilrik 77
- Pirkinić 311
- Piro 82
- Platana 388
- Poincaré, Raymond, franz. Präsident von 1913 bis 1920; 327
- Polen 305, 451
- Pomiankowski, Joseph, k. u. k. Militärbevollmächtigter in Konstantinopel 193, 353, 372, 376, 429, 444, 469
- Ponsonby, Arthur, M. P. 61 f.
- Pontus 204
- Porte s. Hohe Pforte
- Poti 438, 456
- Pourtalès, Friedrich Graf von, dt. Botschafter in Rußland von 1907–1914; 117
- Powers s. Großmächte
- Prag 320, 322
- Proche Orient s. Naher Osten
- Prodski, Anwalt 472
- Projaska, Louis, Konsularkanzleisekretär 341
- Projet des réformes de 1895; 51 f., 99, 102, 106 s. a. Loi des réformes de 1895
- Prophet 278
- Providence 330
- Prunkul, Varteres Ritter von 49
- Pskowscher See 401
- Puissances s. Großmächte
- Puissances Centrales s. Zentralmächte
- Rachel, femme de Vartan 59
- Racho 77
- Radimský, Wladimir, k. u. k. Konsul in Smyrna 174, 273, 365, 368
- Radoslawoff, Wasil Christow, bulgar. Ministerpräsident von 1913–1918; 345 f.
- Radowitz, Wilhelm von, dt. Botschaftsrat in Konstantinopel 362, 365
- Rafaël 76
- Rahaban, tribu 148
- Rahmi (Rahmy) Bey, Vali von Smyrna 174, 364, 366 f., 375, 473
- Rakovszky von Nagy-Ráhó, Béla 345
- Raman, tribu 82, 148
- Ramgavar, Partei 179
- Ranzi Karl, k. u. k. Generalkonsul in Damaskus 269, 315, 351, 367
- Ras El Ain 227
- Rauf Bey 437
- Réchid, contrebandier 72
- Rechkotan, tribu 81 f.
- Rédo 78
- Refet Pascha 409
- Réforme, La 364
- Regie s. Tabak Regie
- Reich, dt. s. Deutsches Reich
- Reich, Türkisches (Osmanisches) 20 ff., 24, 26 ff., 31–34, 37, 39 f., 62 f., 70, 73 f., 93, 96, 116, 118 f., 134, 141 f., 160, 209, 225, 231, 245, 247, 252, 266 f., 269 f., 325 ff., 329, 331 f., 334, 341–344, 378, 380 ff., 384, 408, 412, 465
- Reichenau 429
- Reichskanzler, deutscher 224, 258, 261, 280, 382 f., 432
- Reichstag 419
- Ren-Bajazid 440
- Réouf Bey 78
- Reschid-Bey, General-Gouverneur von Smyrna 41
- Reszak Bey 181
- Rhodos 222
- Richen, Prälat 258
- Riza 150
- Rizeh 171
- Rodosto 222, 271, 316, 319, 326, 337 f., 340, 345
- Rom 105, 115, 241, 253
- Rosen, Friedrich 362
- Rosenberg, Frederic Hans von, Vorsitzender der dt. Delegation in Brest-Litowsk 393 f., 396 bis 399, 404, 406
- Rössler, W., dt. Konsul in Aleppo 246, 250
- Rote Garde, russisch 400 f.
- Rotes Kreuz 172
- Roumanie s. Rumänien
- Roumélie 56
- Rumänien 163, 165, 207, 219, 223, 380
- Rus Tchechmé 301
- Russen 21 f., 25, 27 f., 31, 33 f., 40, 43, 56, 124, 126, 157, 171, 176, 191, 194, 203, 213, 222, 225, 239, 320, 323, 333, 339, 350, 369, 371, 384, 386 f., 390 f., 393, 411, 437, 444, 451, 458, 461
- Russes, les s. Russen
- Russia s. Rußland
- Russians s. Russen
- Russie s. Rußland
- Russische Republik 395
- Russische Revolution 437
- Russische Revolution 395
- Rußland 25, 28, 31, 38 f., 47, 50–54, 64, 68, 87, 90–93, 99–103, 105 ff., 115–121, 124, 126, 129 ff., 136, 139 f., 143 f., 154, 156 f., 161, 164 ff., 168, 172 f., 176, 179 f., 183, 186 ff., 192 ff., 204, 219, 309, 323, 325–332, 352 f., 368, 381, 383 f., 386–406, 409, 417, 419, 421, 424, 426 f., 431, 433, 437, 439 f., 442, 447, 449, 451, 455 ff., 461, 467, 470
- Ruta, Ebene von Damaskus 314
- Rutherford, V. H. 61

- Sabah* 127, 129, 179, 185, 411, 413
 Saboyan, Krikor 150
 Saghtountz 78
 Sahmanatrouioum 114, 138
 Saïd Halim Pascha, Mehmed, Präsident des türk. Staatsrates 1908, Großvezier 1914–1917; 93, 103f., 115, 120, 122, 146, 155, 164, 170, 199, 209, 242, 362, 371f., 465
 Saint Pétersbourg s. Sankt Petersburg
 Sainte Guerre s. Dihad
 Saint-Quentin s. Doynel de Saint-Quentin
 Saint-Siège s. Heiliger Stuhl
 Sakaria, Fluß 213
 Sakatala 440
 Sakatzor 83
 Şakir, Bahâeddin 21, 27, 33
 Sakisaghatch 301
 Sako 78
 Salisbury, Lord 102
 Salo 86
 Salonik[i] 240
 Samout 83
 Samsoun, Minenschiff 222
 Samsoun, Samsun 39, 83, 134, 140, 171, 187, 198f., 202, 204f., 235, 311, 320, 368f., 378, 386, 409
 San Giuliano, Antonio, Marchese Paternò Castello di, ital. Minister des Äußern 52, 87, 89, 116, 142
 San Stefano 325
 Sanain 446
 Sando 78
 Sankt Georgskolleg 305
 Sankt Petersburg [*Leningrad*] 47, 91, 116f., 143ff., 153, 158, 161, 327, 396, 431
 Sara, fille de Nadir Bédrossian 56
 Sari-Kamiche 332
 Sarkis 77
 Sarkissian, O. 65
 Sarous 148
 Sasonow (Sassonow), Sergej Dmitrijewitsch, russ. Minister des Äußern von 1910–1916; 47, 91f., 102, 117, 145, 158, 161, 188, 327f.
 Sassoun 77, 148
 Satchli 59
 Sazonow s. Sasonow
 Scapinelli, Msgr. Apostolischer Nuntius 252, 259
 Schahbaz 45
 Schamchory 439
 Scharur 440
 Scharur-Daralageaz 440
 Schefik Bey 271
 Scheich ül Islam 41, 55, 171
 Scheubner-Richter, Max Erwin von 229, 378
 Schiiten 460
 Schmidlin, Dr. 258, 282, 287
 Schönberg, Dr., 2. Dragoman der dt. Botschaft in Konstantinopel 124, 126, 146
 Schulaweri 446
 Schulbrüder, französische 290, 313
 Schulenburg, Friedrich Werner Graf von der, dt. Konsul in Erzerum 299, 378, 445
 Schulschwestern, französische 313
 Schwarzes Meer 24, 30, 36, 102f., 169f., 175, 199, 201, 208, 213, 222, 323, 392, 400, 408, 441
 Schweden 401
 Schweiz 179
 Schweizerisches Komitee 61f., 67
 Sebasto 310
 Sebastopol 169, 175
 Şebinkarahisar 24, 30, 36
 Sedd ul Bahr 302
 Seeckt, Hans von, Generalstabschef des türk. Heeres ab Januar 1918; 430, 463, 470
 Seert, Séert [*Sürt*] 54, 57, 72, 77, 80, 85, 108, 291, 312
 Séférian, Hatcho 80
 Seher, Adai, chaldäischer Erzbischof 312
 Séïd Ali 84
 Seïd, Kurdenchef 42
 Seine Heiligkeit s. Papst
 Sélim Bey 83
 Séméan, Krikor 78
 Seraffimoff (Seraphimoff), Gourko, bulgar. Generalkonsul 265, 268
 Serbes, les 56
 Serbien 223
 Sérink 56
 Servet Bey 275, 317f.
 Severeck 312
 Shabinkarahisar s. Şebinkarahisar
 Shakir, Behaeddin s. Şakir
 Siest 106
 Siirt s. Seert
 Silikow, General 438
 Silvan 80f., 84, 86
 Sirmed 57
 Sirmi 82
 Sis 65f., 206, 353
 Sislo, fils de Cheik Ali 148
 Sivas, Siwas 56, 95, 150, 163, 185, 189, 235, 309, 333f., 368f.
 Sivas, Vilajet 98, 106, 108, 123, 134, 136, 158, 160, 202, 213, 409
 Skrbenský, Leo, Kardinal, Fürst-Erzbischof von Prag 322
 Slavs 311
 Smaloff, A. 452
 Smyrna, Smyrne [*Izmir*] 24, 30, 36, 40f., 55, 123, 139, 174, 229f., 272, 290, 304, 356, 363–368, 375, 473

- Sodraker Hissar 195
 Sœurs d'Agram s. Agramer Barmherzige Schwestern
 Sœurs de l'Immaculée Conception 301
 Sof Abraham 77
 Sofia 185, 345, 372, 381f.
 Sohrab s. Zohrab
 Soir 412f.
 Sokolnikow, Grigorij Jakovlewitsch, Vorsitzender russ. Delegation in Brest-Litowsk 393f., 397ff., 404
 Sol 83
 Sorb 294
 Sosso 79
 Souchehri 333
 Souchon, Wilhelm, Admiral 169f., 175, 225
 Sowjet-Republik, russische 435
 Spaniolen 284
 Spender, Harold 61
 Sasonoff s. Sasonow
 Stambul s. Konstantinopel
 Stawropol 459
 Stein, Arzt 472
 Steiner, Stefan 455, 462
 Stöckel, Richard, k. u. k. Vize-Konsul in Adana 361
 Stoffels, H. Stabsarzt 378
 Straubinger, Kaplan 275, 303
 Stumvoll, Felix, k. u. k. Vize-Konsul in Smyrna 140
 Sublime Porte s. Hohe Pforte
 Suchon s. Souchon
 Suchum 440
 Suczawa 48 s. a. Armenische Cultusgemeinde
 Suedie, Suedié 227, 255
 Suez, Kanal von 176, 233, 277f.
 Suleyman, Mafadji 65f.
 Sultan 62, 88f., 91, 101f., 106–110, 114, 120f., 125, 132, 134, 136, 139, 159, 185, 224, 252, 256, 259, 284, 290, 341, 362, 429
 Sultanat, khalifisches 343
 Suraboff, A. 452
 Surème 84
 Surmalu 438, 440f.
 Swiss Committee s. Schweizerisches Komitee
 Symonds, Arthur G. 61f.
 Syria, Syrie, Syrien 23, 30, 36, 233, 269ff., 277, 291, 304–307, 314, 324, 366f., 371, 374, 383, 409, 459
 Syrier 253f., 305, 312
 Syrisch-katholische Kirche 291
 Szápáry von Szápár, Friedrich Graf, k. u. k. Botschafter in Petersburg 161
 Széchényi, Ludwig Graf, k. u. k. Gesandter in Den Haag 422
 Szécsen von Temerin, Nikolaus Graf, k. u. k. Botschafter in Paris 88
 Szilassy von Szila und Pilis, Julius Baron von, k. u. k. Gesandter und Geschäftsträger in Konstantinopel 428, 443, 448, 454, 456, 463, 465 ff., 470
 Szögyény-Marich von Magyar-Szögyén, Ladislaus (Graf), k. u. k. Botschafter in Berlin 52f., 87ff., 142
 Tabak Regie 235, 240, 315
 Täbris 441
 Tachnak, parti s. Daschnaken, Partei
 Tachnaktoutioun s. Daschnaktzutium
 Tachsin Bey, Vali in Erzerum 172, 190, 366
 Taft, William Howard, amerik. Präsident von 1909 bis 1913; 327
 Tahsin Bey s. Tachsin Bey
 Takvim-i-Vekayi 22, 29, 35
 Talaat Pascha, Mehmed, türk. Minister, Großvezier von 1917–1918; 23f., 30f., 36f., 104f., 163, 165, 167f., 170, 173f., 178, 184, 192, 197, 200, 202, 209, 228, 232, 234, 237f., 243, 247, 253, 270, 278, 295f., 307, 324, 337f., 343, 362, 369, 372, 375 ff., 384, 409, 414, 418, 420, 424, 426, 465, 471
 Tanin 189, 223, 412, 414, 416
 Targhine 82
 Tarnowski von Tarnow, Adam Graf, k. u. k. Gesandter, Missionschef in Sofia 346
 Tarsus 206, 310
 Taschnak s. Daschnaken
 Taschnakisten s. Daschnaken
 Taschnaksutian s. Daschnaktzutium
 Tashnagsutium s. Daschnaktzutium
 Tasso 150
 Tataren 434, 437ff., 441, 444, 446f., 458ff., 471f., 474f.
 Tatarien 440
 Taurus 277, 330
 Tcharikoff 329
 Tchato 79
 Tchazon 82
 Tchéliik 82
 Tchétó 80
 Tchobanian, Archak 329
 Tchoboyan, Arouche 82
 Teheran 43f.
 Téké, monastère 332
 Tellan 77
 Temesvár 393
 Terdschuman 411, 416
 Terzian, Msgr. Patriarch der Kath. Armenier 105, 308
 Tétó 82

- Tewik Pascha s. Ahmed Tewik
 Theodoraki Efendi Arzoglou 140
 Therapia 350
 Thrazien 233, 270, 340
 Thurn und Valsássina, Duglas Graf von, k. u. k.
 Botschafter in St. Petersburg 47, 88f., 91, 102,
 117f.
 Tiflis 188, 417, 424, 426, 431, 434, 438–441, 443,
 445f., 454, 456, 459f., 462, 472, 474f.
 Tigris 310, 312
 Timar 332
Times 246, 332
 Tireboli 157, 386, 410
 Tiro, Kiriak 301
 Tisza, Istvan Graf, königl.-ungar. Ministerpräsi-
 dent von 1903–1905 und von 1913–1917; 347ff.
 Tokat 311
 Tonabet, S. 65
 Topouzian, Jacques, Bischof 311
 Tortum 190
 Toscheff, Andrea, mit bulgar. Delegation in
 Brest-Litowsk 406
 Totes Meer 268
 Touhmanian, Melkon 82
 Tourabian, Abraham 328
 Trabzon s. Trapezunt
 Traité de Berlin s. Berliner Vertrag
 – Brest-Litowsk s. Brest-Litowsker Vertrag
 – Chypre s. Zypern-Vertrag
 Tranò, Ludwig, k. u. k. Kanzleirat in Brussa 215f.
 Transkasprien 441
 Transkaukasien 417, 424–427, 429, 432, 440–443,
 445, 447, 451, 455
 Transkaukasische Republik 420, 424, 426, 438,
 440, 451
 Transkaukasischer Landtag 440
 Trapezunt [*Trabzon*] 39, 41, 43f., 50, 98, 140,
 156f., 167, 171f., 175, 185, 187, 190, 194ff.,
 199, 203, 205, 208, 230, 235, 239, 243, 252, 299,
 309ff., 315, 320, 368f., 378, 386–389, 408f.,
 413, 437, 442, 445
 Trapezunt, Vilajet 123, 134, 158, 163, 180, 198,
 202, 204
 Trappisten 290
 Trautmansdorff-Weinsberg, Karl Graf zu, k. u. k.
 Geschäftsträger in Konstantinopel 25, 31, 37,
 244, 248, 371, 373, 379
 Treaty of Berlin s. Berliner Vertrag
 Trébizonde s. Trapezunt
Tribune de Genève, La 328
 Triest, Trieste 285, 297
 Triple-Entente (Allianz) 132, 143f., 156, 179, 201,
 210, 327, 330 s. a. Dreibund
 Tripoli, Tripolis 21, 27, 33, 222, 342
 Trotzky, Léon 406f.
- Trumpener, Ulrich 22, 28, 34
 Tschanaktschutium s. Daschnaktzutium
 Tschataldscha 221
 Tschauschli 369
 Tschenkeli, Akakij, Iwanowitsch, georg. Politiker
 438
 Tscherkessen 227
 Tschirschky und Bögendorff, Heinrich von, dt.
 Botschafter in Wien 87, 250
 Tschitscherin, Georgij, russ. Volkskommissar für
 Auswärtige Angelegenheiten ab März 1918 bis
 1930; 421ff.
 Tschoroch, Fluß 434
 Turco-Tataren 447
 Turian, Msgr. 139
 Turkestan 442
 Türkisch-englischer Verein 210
 – französischer Verein 210
 – russischer Verein 210
 Tzar s. Zar, russisch
- Ueskueb 240
 Ukraine 392, 395, 400, 404, 461, 469
 Ukrainische Volksrepublik 392
 Ungarn 343, 347, 374
 Unionisten 157
 Urfa 24, 30, 36, 123, 134, 202, 227, 255, 268, 310,
 312, 320, 333
 Urmia 197
 Utudjian, Kevork V., Evêque, Catholicos 46, 51f.
- Vákár, Peter Arthur 347, 349
Vakit 449
 Van 15f., 18, 22, 28, 33f., 43, 60, 76, 79, 86, 149,
 172, 181, 184f., 190f., 201, 204, 208, 210, 213,
 222, 239, 256f., 291, 320, 331ff., 335, 338, 408
 Van, Vilajet 21, 27, 33, 41f., 69, 71, 98, 105f., 108,
 123, 134, 150, 158, 160, 163, 180, 186, 197, 202,
 236, 283, 330, 409
 Vandalen 232
 Varjabetian, Nerses Patriarch 325
 Vartan 59
 Vartanian, Stépan 150
 Vartaressian 318
 Vartavil 310
 Vartkes (Vartkis), Deputierter 207, 233
 Varto 79
 Vehouni, Archimandrite 45
 Venizelos 165
 Verein der unbefleckten Empfängnis Mariens zur
 Unterstützung der Katholiken im türkischen
 Reich und im Orient 292
 Vereinigte Staaten von Amerika 45, 94, 171, 179,
 184, 200, 202f., 247f., 255, 271, 309, 327,
 329f., 371

- Veren-Chehir 312
 Verto oghlou Mehmed 150
 Vertschinlur 448
 Vienna, Vienne s. Wien
 Vierbund 395 f., 400, 402 ff.
 Vinzentinerinnen 306
 Viranschahir 202
 Volkspartei 347, 349
 Vosime 60
- Waffenstillstandsvertrag 401
 Wan s. Van
 Wan See 353
 Wangenheim, Hans Freiherr von, dt. Botschafter
 in Konstantinopel von 1912–1915; 23 f., 29, 31,
 36 f., 103, 119 f., 126, 132, 144 ff., 151, 153 ff.,
 165 f., 170, 197, 199, 250, 363
 Warschau 224
 Washington 183
 Wasschawski, Arzt 472
 Wassermann, Eugen von, Bankier 177
 Wedel, Botho Graf von, dt. Botschafter in Wien
 1918; 436
 Wehib Pascha 456
 Weitz, Paul 430, 432, 456
 Weltkrieg I. 20, 26, 28, 32, 212, 342, 408, 444, 450
 Werthmann, Prälat 261
 Westeneck s. Westenenk
 Westenenk, Generalinspektor für Armenien 162 f.
 Westfront 468
 Wien 22, 24, 28, 30, 35, 37, 46, 51 f., 87 f., 92, 101,
 133, 142, 144, 229 f., 245, 252, 254, 259 f., 282,
 285, 287, 289, 292, 297 f., 301, 310, 316, 320,
 322 f., 346, 349, 368, 373, 414, 417, 422, 426,
 430 f., 453
 Wiener Kabinett 427, 435
 Wildner, Heinrich, k. u. k. Konsul 405
 Wilhelm II., Kaiser von Deutschland von 1888
 bis 1918; 224, 284, 295, 302, 306, 380–383,
 463
 Williams, Aneurin 61
- Wilson, Woodrow, amerik. Präsident von 1913
 bis 1921; 371
 Wolffbureau (Wolffs Telegraphisches Büro) 224, 362
 Wolff-Metternich, Paul Graf von, dt. Botschafter
 in Konstantinopel 1915/1916; 24, 30, 37, 302,
 350, 362 f., 365
 World War I s. Weltkrieg I.
 Woronzoff-Daschkoff, Generalgouverneur 444
 Woronzow 438
- Yaghoub Djémil 66, 71
 Yalova 86
 Yapaghtoun 56
 Yastaghli 59
 Yémen 159
 Young Turk Committee s. Jungtürkisches
 Komitee
 Young Turks s. Jungtürken
 Yozghad [Yozgat] 58 f.
- Zar, bulgarisch 265
 Zar, russisch 102, 328, 408, 412
 Zarenreich 91
 Zeitoun, Zeitun 206, 227, 311, 332
 Zekiria Zihni, Generalgouverneur 319
 Zentralkomitee der jungtürkischen Partei 374
 – der Katholikenversammlung Deutschland 258,
 261, 280
 Zentralmächte 20, 22, 26, 28, 33 f., 166, 177 f.,
 184, 202, 260, 264, 280, 321 f., 342, 346, 372,
 377, 382, 393, 423 f., 426 f., 451, 461, 468, 473
 Zentrumspartei 362 f.
 Zeytun s. Zeitun
 Zia 150
 Zir 59
 Zohrab, Deputierter 139, 207, 233
 Zohrabian, Marguerite 301
 Zor 98, 123, 134, 263, 293
 Zusatzvertrag, deutsch-russisch 405, 470 f.
 Zweibund 115
 Zypern-Vertrag 103, 325

f. = and following page; ff. = and following two pages

f. = page suivante; ff. = deux pages suivantes

f. = folgende Seite; ff. = folgende zwei Seiten

MAP OF THE ARM



THE REMAINS OF THE LADOLAH MARYHEED ARMENIANS WHO WERE MASSACRED BY THE TURKS IN APRIL 1915.



A woman from the mountain side, looking down at the bodies of her children, killed in the massacre at Van, 1915.



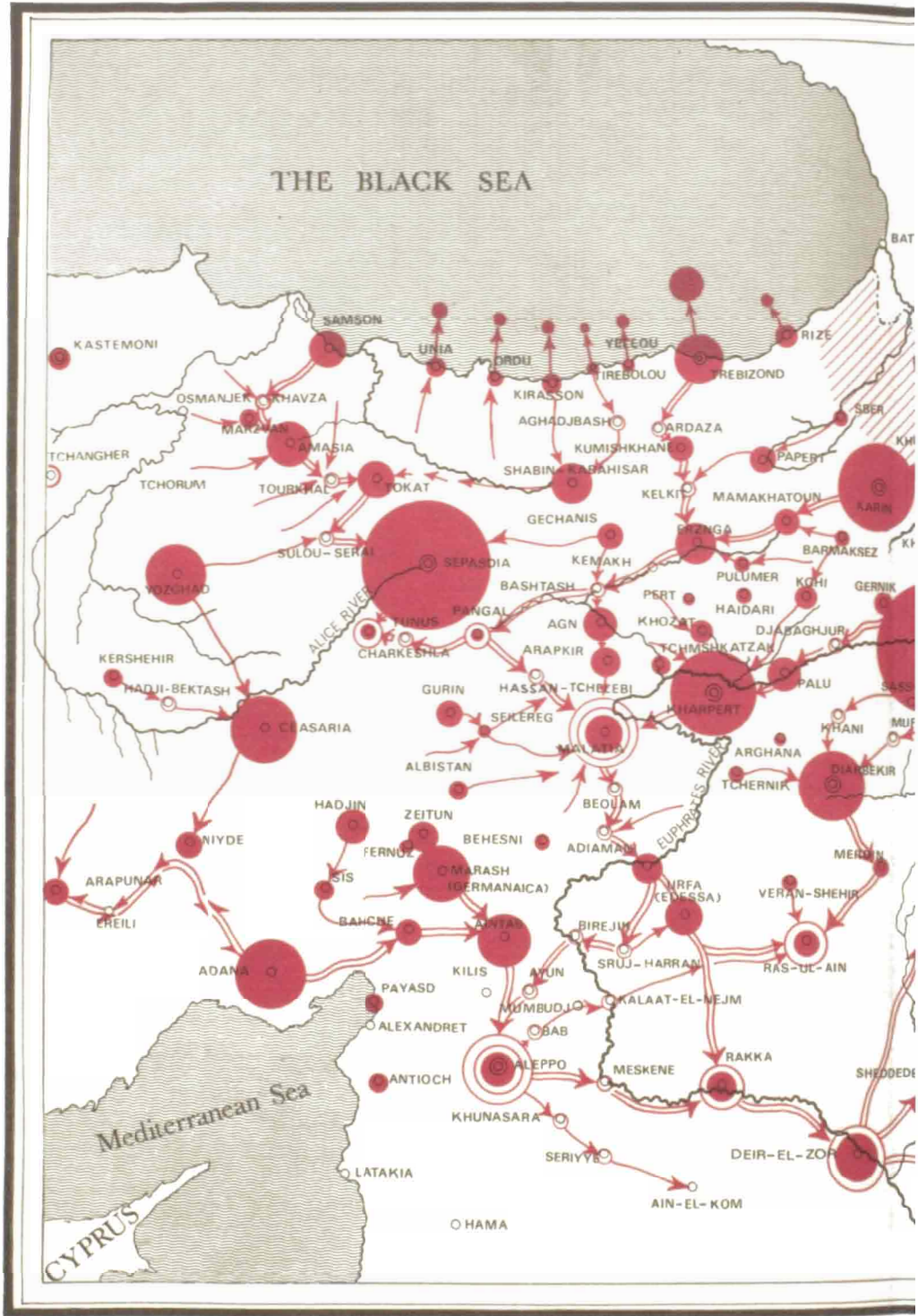
Turkish soldiers and their victims, all taken to a public square in Aleppo, 1915.



Women and children of Armenian women, in a public square in Aleppo, 1915.



A public square in Aleppo, in Turkey, after Armenian bodies had been buried for five months since the massacre of the genocide victims in the area of Van (right).

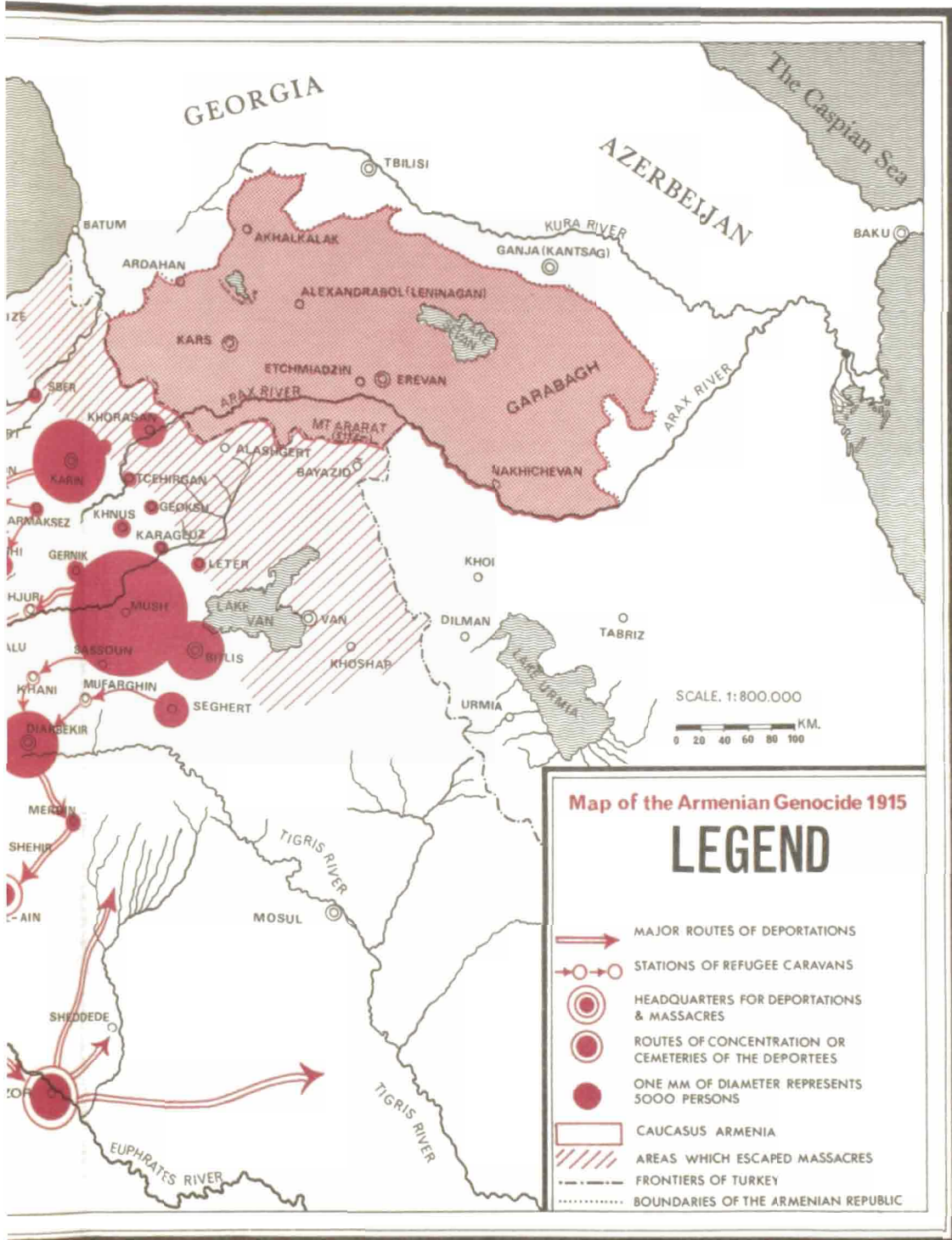


REMEMBER A

APRIL

THE DAY THE ARMENIANS MOURN THE DEATH OF THE VICTIMS

ARMENIAN GENOCIDE



NUMBER AND DEMAND

APRIL 24

THE VICTIMS OF THE FIRST GENOCIDE OF THE 20th CENTURY